



Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien

*Herausgegeben von der
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien*

Band 124

Droste Verlag Düsseldorf

Axel Grießmer

Massenverbände und Massenparteien im wilhelminischen Reich

Zum Wandel der Wahlkultur

1903–1912

Droste Verlag Düsseldorf

Die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien e. V., Bonn, wird institutionell gefördert
durch das Ministerium für Schule und Weiterbildung,
Wissenschaft und Forschung des Landes
Nordrhein-Westfalen.



Copyright © 2000 by
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien e. V., Bonn
Droste Verlag GmbH, Düsseldorf 2000
ISBN 3-7700-5228-5

VORWORT

Die vorliegende Studie wurde im Wintersemester 1998/99 unter dem Titel »Massenverbände gegen Massenparteien. Zum Wandel der Wahlkultur im wilhelminischen Kaiserreich« von der Philosophischen Fakultät der Universität des Saarlandes als Dissertation angenommen. Sie wurde für die Drucklegung nur leicht überarbeitet.

Mein besonderer und herzlichster Dank gilt zunächst Frau Prof. Dr. Elisabeth Fehrenbach, meiner wissenschaftlichen Lehrerin, für ihre stets kritische, aber wohlwollende Förderung, Unterstützung und ihre Hilfe. Dank zugleich an Prof. Dr. Rainer Hudemann, der das Zweitgutachten angefertigt hat. Dank an die vielen, die mich dabei unterstützt haben, diese Untersuchung zu beenden – einige errahnen nicht, daß sie einen wichtigen Beitrag dazu geleistet haben.

Der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien in Bonn, ihrem Präsidenten, Herrn Prof. Dr. Klaus Hildebrand, und insbesondere auch ihrem Generalsekretär, Herrn Dr. Martin Schumacher, möchte ich meinen großen Dank für die Aufnahme in ihre Schriftenreihe »Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien« sagen. Herrn Dr. Schumacher bin ich für seine geduldige Betreuung während der letzten Arbeitsphase sehr verbunden.

Zwischen der Promotion und der Veröffentlichung dieser Arbeit liegt eine sogenannte Jahrtausendwende – wer hat schon das seltene Vergnügen, über zwei Jahrtausende promovieren zu können.

Homburg, im Winter 1999/2000

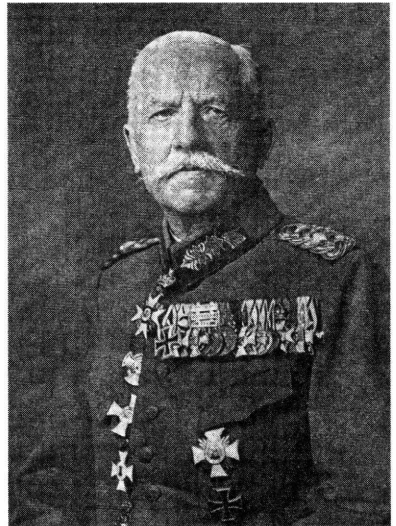
Axel Griesmer



Eduard von Liebert, 1. Vorsitzender des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie – als M.d.R. und als Generalleutnant



Heinrich Claß



Heinrich Claß

INHALT

Vorwort	5
Einleitung	11

Erster Teil

Auf dem Weg zum politischen Massenmarkt

Erstes Kapitel

Das national-bürgerliche Lager unter Mobilisierungsdruck	29
1. Wahlorganisation und Wahlkämpfe im Kaiserreich vor 1903	29
2. Die politische Entwicklung nationaler Massenverbände nach den Reichstagswahlen von 1903	49
3. Der Wandel des Deutschen Flotten-Vereins zu einer politischen Organisation	52
4. Gründung, Aufbau und Ziele des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie	69
5. Nationale Agitationsverbände und das Scheitern partei- und sammlungspolitischer Gründungsversuche	89

Zweiter Teil

Mittler, Makler und Mandate

Die Wahlarbeit Nationaler Verbände und die Mobilisierung der Massen

Zweites Kapitel

Der Alldeutsche Verband und die Parteienkonkurrenz	103
1. Alldeutsche Kandidaturen im Wahlkampf 1903	103
2. Alldeutsche Reaktionen auf die Wahlen 1903: Organisation im Zeichen der »Nationalen Opposition« und die Wahlen von 1907 und 1912	117

Drittes Kapitel

Massenverband gegen Massenpartei: Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie im Wahlkampf	140
1. Die Wahlbewegung 1907 und Reichsverbandskandidaturen. . . .	140
2. Reichsverbandsengagement 1907: Die Beispiele Kassel und Magdeburg	157
3. Wahlhilfe des Reichsverbandes für bürgerliche Parteivereine . . .	180
4. Die politische Position und organisatorische Entwicklung des Reichsverbandes nach den Wahlen von 1907 bis zum Bruch des Bülow-Blocks	186
5. Das Dilemma des Reichsverbandes bei den Wahlen von 1912: der Mißerfolg in Kassel	192

Viertes Kapitel

Neue Agitationsstile und Massenmobilisierung: Die Verschärfung der wahlinhaltlichen Konkurrenz im Spiegel der Auseinandersetzung zwischen Reichsverband und Sozialdemokratie	199
1. Die Intensivierung schriftlicher Agitation	199
2. Die wahlinhaltliche Konkurrenz zwischen Massenorganisationen und die Überwindung der sozialdemokratischen Wahlwerbekrise von 1907	205
3. Schulung für den politischen Massenmarkt: Rednerausbildung bei Parteien und Verbänden	226

Fünftes Kapitel

Verbände wider den »Zentrumsturm«: Der Flotten-Verein im Wahlkampf gegen den politischen Katholizismus bei den Reichstagswahlen 1907	238
1. »Honoratioren«, »Aktivisten« und Wählermobilisierung	238
2. Die »Keimianer« im Wahlkampf	253
3. Der Evangelische Bund und der Antiultramontane Reichsverband	267
4. Eine Wahlkampagne auf nationaler Ebene	271

Sechstes Kapitel

Der Rückzug der nationalen Verbände aus der Wahlpolitik	278
---	-----

Siebtes Kapitel

Die Liberalen und das Aufgebot der Massen	293
---	-----

Schlußbetrachtung	301
-----------------------------	-----

Verzeichnis der Abkürzungen	310
---------------------------------------	-----

Quellen und Literatur

A. Ungedruckte Quellen	311
----------------------------------	-----

B. Gedruckte Quellen und Literatur	312
--	-----

Verzeichnis der Abbildungen	328
---------------------------------------	-----

Register	329
--------------------	-----



Erzberger



Bebel

»Es wird für einen künftigen Geschichtsschreiber eines der interessantesten Kapitel der innenpolitischen Entwicklung und insbesondere der parlamentarischen Entwicklung des Deutschen Reichstags sein, wenn er die Periode von 1895 bis 1908 inbezug auf die Flottenfrage beschreibt«, betonte der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, August Bebel, während der Etatdebatten zu einer Marinenovelle am 29. Januar 1908.¹ Bebel sollte im weitesten Sinne Recht behalten. Die Untersuchung der innenpolitischen Interdependenzen zwischen Rüstungspolitik, Nationalismus und Parlamentarismus sind nicht zuletzt seit der 1930 erschienenen Arbeit Eckart Kehrs über »Schlachtschlottenbau und Parteipolitik« sowie den Studien Volker Berghahns eines der Kernthemen der Kaiserreichsforschung.²

Neben den im Reichstag vertretenen politischen Parteien und ihrer Stellung zur maritimen Machtentfaltung Deutschlands rückten auch jene Organisationen im vorparlamentarischen Raum in den Blickpunkt des Forschungsinteresses, die der imperialen »Weltpolitik« lautstark das Wort redeten und politische Entscheidungsprozesse überparteilich an »nationalen« Aufgaben wie Flottenausbau oder Kolonialerwerb ausgerichtet wissen wollten. Die nationalen Agitationsverbände wie der Flotten-Verein oder der Alldeutsche Verband stiegen im Kaiserreich zu einem innenpolitischen Machtfaktor auf, weil sie »Massen« für ihre Ziele geschickt propagandistisch zu mobilisieren und zu organisieren wußten; der Flotten-Verein etwa zählte eine Million Mitglieder.

Die Geschichte der nationalistischen pressure groups³ wurde bislang vorrangig vor dem Hintergrund des Funktions- und Bedeutungswandels des Nationalismus im Kaiserreich geschrieben, der sich nach der Reichsgründung von einem Phänomen der Linken zu einem »Kampfbegriff« der Rechten wandelte.⁴ Ihre beachtlichen organisatorischen Erfolge seit den

¹ SBR, Bd. XII/1, S. 2728.

² E. KEHR, 1930; V. BERGHAHN, Tirpitz-Plan, 1971; DERS., Zu den Zielen des deutschen Flottenbaus, 1970.

³ Zu den wichtigsten nationalen Verbänden siehe die Darstellungen zum Flotten-Verein von G. ELEY, Reshaping, 1980; DERS., Reshaping the Right, 1978; A. WULF, Flotten-Verein, 1983; zum Alldeutschen Verband R. CHICKERING, 1984; jetzt auch M. PETERS, 1992; zum Reichsverband gegen die Sozialdemokratie K. SAUL, Staat, 1974, S. 115–132; daneben D. FRICKE, Reichsverband, 1959, S. 237–280. Zusammenfassend am besten H.-P. ULLMANN, Interessenverbände, 1988, S. 104–114; auch Th. NIPPERDEY, Deutsche Geschichte, 1992, Bd. II, S. 595–609; H.-U. WEHLER, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, 1995, Bd. III, S. 1071–1081; zuletzt H. HAGENLÜCKE, 1997, S. 22–40, zur Entwicklung der deutschen Rechten am Vorabend des Ersten Weltkrieges.

⁴ H. A. WINKLER, Nationalismus, 1978.

1890er Jahren wurden dabei stets als Beleg für das Vorherrschen antiparlamentarischer Tendenzen im Kaiserreich gewertet, die mit dem Aufkommen des neuen, integralen und imperialen Nationalismus verbunden schienen. Allerdings ist gegen diese Sichtweise einzuwenden, daß der Reichstag neben der (bürgerlichen) Öffentlichkeit die bedeutendste Adresse der nationalen Agitationsverbände war. Denn um ihre Vereinsziele zu verfolgen, versuchten sie zunächst, innerhalb der Reihen liberaler und konservativer Abgeordneter eine starke Lobby im Parlament zu gewinnen. Diese Taktik war jedoch mit dem Nachteil verbunden, daß die erklärten Gegner der Rüstungs- und Kolonialpolitik, Sozialdemokratie und politischer Katholizismus, ihre parlamentarische Stellung zunehmend durch Wahlerfolge ausbauen und festigen konnten: Die Reichstagswahlen von 1903 brachten der politischen Arbeiterbewegung enorme Stimmengewinne und versetzten die Zentrumspartei in eine halbhegemoniale Position.

In der Forschung wurde bislang nicht beachtet, daß die nationalen Agitationsverbände im Gefolge des für sie ungünstigen Wahlausgangs von 1903 ihre Strategie von Grund auf wechselten: War mit der Rolle des Lobbyisten bei Abgeordneten und Parteien eher ein passives Zuwarten auf politische Entscheidungen in ihrem Sinne verbunden, das von den gegebenen parlamentarischen Mehrheiten abhängig blieb, gingen die nationalistischen Massenorganisationen nunmehr dazu über, ihre erklärten inneren »Feinde« aktiv zu bekämpfen. Verbände wie der Flotten-Verein, die Alldeutschen oder der 1904 gegründete Reichsverband gegen die Sozialdemokratie traten bei den nächsten Reichstagswahlen im Jahr 1907 erfolgreich als Wahlkämpfer gegen SPD und Zentrumspartei auf und übernahmen die Rolle des Mittlers und Maklers für eine »nationale« Ziele unterstützende liberal-konservative Koalition.

Der Übergang der nationalen Verbände vom Lobbyismus zum Wahlengagement nach 1903, zu einer Politik, die die personale Zusammensetzung des Reichstags nicht mehr als gegeben hinnahm und neben Mandatsträgern und Parteien nun auch Wähler innerhalb und außerhalb ihrer Reihen mobilisieren und beeinflussen wollte, hatte bedeutende Konsequenzen sowohl im Hinblick auf einen Stilwandel massenorganisierter Wahlpolitik und Wahlkampfführung als auch auf die politische Kultur im Kaiserreich. Die berühmt-berüchtigten Reichstagswahlen von 1907, eine stark emotionalisierte Kampagne um die Kolonialpolitik, sah die nationalistischen pressure groups in einer Schlüsselstellung, was das Zustandekommen des Wahlergebnisses sowie die mittelbaren Folgen der Wahlentscheidung für die organisatorische Gestaltung von Wahlkämpfen und die Wahlkampfpolitik anbetraf. Von diesem Stilwandel wurde auch die Parteienkonkurrenz im Wahljahr 1912 nachhaltig beeinflusst.

Die Tatsache, daß nationalistische pressure groups nach der Jahrhundertwende ihre politischen Ziele auch als Wahlkämpfer für die im Reichstag vertretenen national-bürgerlichen Parteien zu verfolgen begannen, enthüllt eine Seite ihres Handelns, die sie durch lautstarke antiparlamentarische Pro-

paganda und Polemik stets geschickt zu verdecken verstanden. Die historische Forschung zur Entwicklung der nationalen Agitationsverbände im Kaiserreich, die ihr Erkenntnisinteresse in erster Linie auf die Untersuchung von Programmatik, Vereinszielen und das Innenleben der Organisationen konzentrierte, versäumte es, zwischen antiparlamentarischer Propaganda und wahlkampfpolitischem Pragmatismus zu unterscheiden. Hier gilt es zu differenzieren: Indem die Verantwortlichen des Flotten-Vereins, des Alldeutschen Verbandes oder des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie in den Raum der Wahlpolitik, der Wahlkampforganisation und -agitation eindringen, sollten sie dem Parlament doch weit mehr Bedeutung zumessen, als sie es bislang getan hatten. Sie waren gezwungen, den Einflußgewinn, den der Reichstag als Verfassungsinstitution für parlamentarische Entscheidungsprozesse und als nationale, öffentliche Bühne für die Vertretung von Interessen im Machtgefüge des Reiches erzielen konnte, in ihr politisches Kalkül mehr und mehr einzubeziehen. Gerade die von der Forschung stets betonte Radikalisierung von Interessenpolitik und Ideologie nationaler Verbände kurz vor dem Ersten Weltkrieg sollte in diesem Zusammenhang dahingehend hinterfragt werden, ob die wachsende antiparlamentarische Polemik der pressure groups nicht in direkter Abhängigkeit zu ihren späteren Mißerfolgen im Reichstag stand: Die Führungskader der nationalen »Rechten« wechselten angesichts für sie ungünstiger Parteienkoalitionen nach dem Bruch des liberal-konservativen »Bülow-Blocks« im Jahr 1909 in die neue, außerparlamentarische »Nationale Opposition« und versuchten dort durch lautstarken Radikalismus ihren Einfluß- und Bedeutungsverlust im Reichstag zu kompensieren. Der Antiparlamentarismus nationaler Verbandspolitiker, latent stets vorhanden und nunmehr mit Nachdruck verfolgt, war, so steht zu vermuten, vor allem ein Ergebnis ihres letztendlichen Scheiterns im Reichstag und des Bedeutungsgewinns des nationalen Parlaments. Das wahlpolitische Wirken von Verbänden – falls thematisiert – wurde in diesem Zusammenhang stets auch unter dem Aspekt der Desintegration und Lähmung der politischen Parteien verstanden. Die parlamentarische Repräsentation politischer Weltanschauungen im Kaiserreich schien gar, wie Hans-Jürgen Puhle zuletzt noch einmal betont hat, durch das »Prinzip der Organisation« von Interessen »überwältigt und erdrückt« worden zu sein.⁵ Bezogen auf das Wahlwirken nationaler Verbände für liberale und konservative Parteien und die Konsequenzen, die sich insbesondere für die nationalen Verbände daraus ergaben, kann jedoch eher das Gegenteil angenommen werden, wie im Rahmen der nachfolgenden Studie zu zeigen sein wird.

⁵ Siehe H. J. PUHLE, *Repräsentation und Organisation*, 1986, S. 226; DERS., *Parlament*, 1970, S. 361; DERS., *Agrarische Interessenpolitik*, 1975. Zur Diskussion weiterhin anregend H.-U. WEHLER, *Kaiserreich*, 1973, S. 90–95; DERS., *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, 1995, Bd. III, S. 1038–1081.

Die Bedeutung des Wandels nationaler Verbände von Lobbyisten zu Wahlkämpfern erschöpft sich nicht in der Feststellung pragmatischen Handelns, um die parlamentarische Mehrheitsbildung zu beeinflussen. In Konkurrenz zu den bereits erfolgreich arbeitenden sozialdemokratischen und katholischen Massenorganisationen sollte es ihnen vielmehr auch gelingen, die Wahlkampfkultur im Lager der bürgerlich-nationalen Honoratiorenparteien auf dem Weg in die moderne, anonymisierte Massenagitation ein Stück weit mitzugestalten. Im Zeichen dieser Wahlkonkurrenz zwischen Verbände- und Parteiorganisationen prägte sich der »politische Massenmarkt« (Hans Rosenberg) entscheidend weiter aus. Die Verbände begegneten dem Mobilisierungsdruck, der von Sozialdemokratie und Zentrum ausging, im national-bürgerlichen Lager am besten und verarbeiteten zugleich das Phänomen der »Fundamentalpolitisierung« der deutschen Gesellschaft, das in beiden Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg an Dynamik gewann, vor den liberalen Parteien.⁶

Den Höhepunkt massenmobilsierter Konkurrenz zwischen nationalen Verbänden vor allem mit der politischen Arbeiterbewegung stellten, wie bereits erwähnt, die sogenannten »Bülow-« oder »Hottentotten-Wahlen« des Jahres 1907 dar. Sie erreichten mit einer Wahlbeteiligung von 84,7 Prozent einen Höchstwert politischer Partizipation. Die Bedeutung dieser Wahlen wurde bislang, orientiert am Wahlergebnis, darin erkannt, daß der unaufhaltsam erscheinende parlamentarische Aufstieg der Sozialdemokratie infolge der nationalistisch angeheizten Atmosphäre, die dem liberal-konservativen Bündnis im »Bülow-Block« den Sieg brachte, jäh unterbrochen wurde. Auch definierte die SPD angesichts des Mißerfolgs ihre Position gegenüber der Reichsnation und der imperialen Machtentfaltung unter heftigen inneren Flügelkämpfen neu.⁷ Indessen: Das Drängen einer Organisation wie des im Vorfeld des Wahlkampfes entstandenen Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie auf den politischen Massenmarkt nötigte der sonst so selbstbewußten politischen Arbeiterbewegung nicht allein eine Strategiedebatte um ihre Haltung zum Nationalstaat auf. Die SPD überprüfte in der Folge der Wahlen von 1907 auch ihre bis dato unschlagbar erscheinende Wahlwerbemethodik. Da das Wahlengagement nationaler Verbände in der Forschung bislang kaum notiert, geschweige denn genauer

⁶ Die »Fundamentalpolitisierung« und ihre Organisation in Parteien und Verbänden bzw. die »Vermassung« von Politik wurden zuletzt von H.-P. ULLMANN, *Kaiserreich*, 1995, S. 126–137, eindrucksvoll beschrieben. Zum gesellschaftsgeschichtlichen Transformationsprozeß um die Jahrhundertwende in neuerer sozialhistorischer Perspektive P. NOLTE, 1996, insbesondere S. 185.

⁷ Siehe zu den politischen Ereignissen im Zusammenhang der Reichstagswahlen 1907 die weiterhin grundlegende, bereits 1941 erschienene Arbeit von G. D. CROTHERS, 1941; zu den Auseinandersetzungen und Spaltungstendenzen innerhalb der Sozialdemokratie nach den Wahlen C. E. SCHORSKE, 1955.

untersucht wurde, erschien das wahrnehmbare Schlingern des sozialdemokratischen Schiffes lange lediglich als Ergebnis innerparteilicher Spaltungstendenzen und der inhärenten Anziehungskraft des imperialen Nationalismus auch auf die sozialdemokratische Arbeiterschaft. Diese Studie will unter anderem zeigen, daß die Erfolge der Wahlagitation nationaler Verbände für eine schwere Krise der Sozialdemokratie nach 1907, aber auch für deren Überwindung mitverantwortlich und mit ursächlich waren.

Wie bereits angedeutet, übten die Ausweitung der politischen Partizipationschancen auf größere Teile der Bevölkerung sowie der damit verbundene Aufstieg der politischen Arbeiterbewegung einen starken Mobilisierungsdruck auf die liberalen und konservativen Honoratiorenparteien bzw. auf die regierende Staatsbürokratie aus. Zudem begünstigte das System der absoluten Mehrheitswahl nach allgemeinem, gleichem und geheimem Wahlrecht jene Parteien, die sich wie SPD und Zentrum auf die Fundamente eines stabilen Sozialmilieus stützen konnten und die vor allem regionale Hochburgen besaßen. Die liberalen Honoratiorenparteien verfügten über keine solche Basis. Da der Liberalismus seit der Reichsgründung den Status einer Bewegung verloren hatte und zu einer Partei unter vielen geworden war, wurde er in seinen angestammten Wahlkreisen einer steigenden Anzahl an Herausforderern ausgesetzt, die wie Sozialdemokraten oder Zentrums-katholiken die Organisation der Massen bereits beherrschten. Gewannen etwa die Nationalliberalen 1890 noch 19 ihrer 42 Reichstagsmandate im Ersten Wahlgang, errangen sie 1912 nurmehr vier Direktmandate von 45. Liberale Parteien waren zunehmend auf die Stichwahlhilfe anderer politischer Gruppierungen oder interessenpolitischer Massenorganisationen in ihrem weltanschaulichen Umfeld angewiesen. In diese Bresche sprangen als erste die nationalen Verbände bei den Wahlen von 1907.

Die politische Mobilisierung breiter Bevölkerungsschichten sowie ihre Bedingungen, Voraussetzungen, Mechanismen und Auswirkungen auf das gesellschaftspolitische System bestimmt seit den späten 1960er Jahren das Erkenntnisinteresse der Kaiserreichsforschung. Vor allem die Diskussion um den Charakter der Fundamentalpolitisierung der wilhelminischen Gesellschaft und die Beharrungskraft des obrigkeitlichen Systems hat die Forschung angeregt. Im Zusammenhang damit entstanden zwei unterschiedliche »Bilder« des Kaiserreichs. Die Historikergruppe um Hans-Ulrich Wehler, die in der Tradition Eckhart Kehrs und der historischen Sozialwissenschaften steht, erkennt ein Abwehrbündnis der konservativ-agrarischen und der liberal-großbürgerlichen Eliten unter der Ägide der regierenden Obrigkeit gegen die vorwärtsdrängende politische Arbeiterbewegung und die Tendenzen der Demokratisierung. Eine dauerhafte Koalition der »Junker und Schlotbarone« habe dabei ihre Gefolgschaft durch nationalistische Integrationsideologien auf manipulative Weise gesteuert und zugleich innenpolitische Krisenherde nach »außen« verlegt. Organisiert war das Abwehrbündnis gegen die Arbeiterbewegung in einem modernitätsfeindlichen

»Sammlungskartell« aus den national-bürgerlichen Parteien, den großen Wirtschafts- und den nationalen Agitationsverbänden.⁸

Sowohl der dauerhafte Erfolg einer Sammlung der »staatstragenden« Eliten und politischen Gruppen seit dem Ende der 1890er Jahre als auch Struktur und Mechanismen politischer Manipulationsstrategien »von oben« wurden im Gegenzug von den beiden englischen Historikern David Blackbourn und Geoff Eley stark in Zweifel gezogen.⁹ Sie stellten der Sicht eines im Obrigkeitsstaat erstarrten Kaiserreichs ihr Modell eines dynamische, pluralistische Tendenzen von unten aufweisenden politischen und gesellschaftlichen Systems entgegen. Auch enttarnten sie das Bündnis der Eliten als brüchige Allianz. Insbesondere am Beispiel des 1898 gegründeten Flotten-Vereins kann Eley eindrucksvoll zeigen, wie dieser seinen gouvernementalen und schwerindustriellen Gründervätern nach 1902/03 rasch entglitt und in die Hände sogenannter »Aktivisten« fiel – radikalen Nationalisten mit teils bildungs- und besitzbürgerlichem, teils adligem Hintergrund, Publizisten und Berufsfunktionären. Unter ihrer Leitung wandelte sich der Verein zur innenpolitisch mächtigen, aber unabhängigen bürgerlichen Massenorganisation, die keiner manipulierenden Strategen bedurfte und zugleich eher Antiestablishmentaffekte demonstrierte.

Die These Eleys von der »Selbstmobilisierung der bürgerlichen Basis« gegen obrigkeitsstaatliche Manipulationsstrategien verläßt allerdings im Hinblick auf die Zielrichtung politischer Mobilisierung nicht die eingefahrenen Bahnen der Interpretation, wenn sie das Engagement der Vereinsführung bei den Reichstagswahlen von 1907 erwähnt¹⁰: Eley vermag den Widerspruch nicht aufzulösen, warum sich gerade politische Demagogen und Radikalnationalisten, die vorgaben, demokratischer Mehrheitsbildung im Parteienkampf ablehnend gegenüberzustehen, in das Wahlgeschehen einmischten. Dieser Widerspruch ist symptomatisch dafür, daß das Konzept der »Mobilisierung von unten« die These von der »Manipulation von oben« im Grunde nicht ersetzte, sondern nur ergänzte: die Vertreter beider Forschungsrichtungen hoben den potentiell konservativen Charakter der populistischen nationalen Verbände, ihre überparteiliche, sprich eher antiparteiische Prägung hervor.¹¹ Das Wahlengagement der Flotten-Vereinsspitze erscheint demzufolge bei Eley nur als Episode, deren Erwähnung zur Chro-

⁸ Siehe vor allem H.-U. WEHLER, *Kaiserreich*, 1973, insbesondere S. 60–78 und 90–118; D. STEGMANN, *Erben*, 1970; H. J. PUHLE, *Parlament*, 1970; DERS. *Agrarische Interessenpolitik*, 1975, S. 72–140; V. BERGHAHN, *Tirpitz-Plan*, 1971, S. 11–20; vgl. zusammenfassend auch W. MOCK, *Manipulation*, 1981.

⁹ D. BLACKBOURN/G. ELEY, *Mythen deutscher Geschichtsschreibung*, 1980; G. ELEY, *Reshaping*, 1980; DERS., *Die »Kehrites« und das Kaiserreich*, 1978; D. BLACKBOURN, *Class, Religion, and Local Politics*, 1980; R. J. EVANS (Hrsg.), 1978, insbesondere S. 11–39 (Einleitung); vgl. erneut W. MOCK, *Manipulation*, 1981.

¹⁰ G. ELEY, *Reshaping*, 1980, S. 254–260.

¹¹ Dies hat jüngst Ch. NONN, *Verbraucherprotest*, 1995, S. 16, nochmals nachdrücklich betont.

nistenpflicht gehört. Wie Roger Chickering in seiner profunden »Cultural Story« über den Alldeutschen Verband nachweisen kann, rekrutierten die nationalen Verbände ihre Führungskader und Mitglieder zu einem großen Teil aus nationalliberalen, frei- und deutschkonservativen Parteikreisen.¹² »Nationale«, vermeintlich überparteiliche Interessen gingen offenbar ein pragmatisches Bündnis über personale Affiliationen ein, das sich mit der Zeit, so wird in dieser Arbeit zu zeigen sein, auf organisiertes Wahlkampfengagement für die national-bürgerlichen Parteien ausdehnte und Voraussetzung für die Wählermobilisierung durch nationale Verbände war. Diese parlamentsorientierte Wahlpolitik der selbstorganisierten bürgerlichen Basis in den nationalen Verbänden und den Wandel der Wahlkampfkultur im Kaiserreich, den sie hervorrief, wurden von beiden Forschungsrichtungen in ihrer Bedeutung nicht erkannt.

Festzuhalten bleibt, daß die Rolle des vielfältigen und mächtigen Verbändewesens, insbesondere aber der nationalen Agitationsverbände, in der Kaiserreichsforschung sehr kontrovers beurteilt wurde und wird. Allerdings geriet im Rahmen der bisherigen Diskussion um die Zielrichtung der Manipulations- bzw. Mobilisierungsstrategien und damit zusammenhängend um die Frage, ob das Verbändewesen die Demokratisierung des Systems förderte oder eher einem antidemokratischen Pluralismus Vorschub leistete, die Bedeutung, die die Wählermobilisierung bzw. Wahlkämpfe an sich für die nationalen Verbände gewannen, aus dem analytischen Blickfeld.

Auch die im Rahmen der Kaiserreichskontroverse entstandenen Arbeiten zur Verbändeforschung bieten im Hinblick auf den organisatorischen Wandel des Wahlwirkens, der mit dem Übergang des Verbändewesens vom manipulierten Verein zum selbstmobilisierten Massenverband und vom Lobbyismus zur Wählermobilisierung einherging, sowie zur Periodisierung dieses Wandels zu wenig. Die Untersuchung der Methodik politischer Einflußnahme auf Parteien und Parlament konzentriert sich meist auf jenen Mittelkatalog, den Thomas Nipperdey in einem bereits 1961 veröffentlichten Aufsatz erstmals näher analysiert hat.¹³ Nipperdey untersuchte im Hinblick auf die Verbandstätigkeit im Wahlkampf Interpellationsmechanismen und monetäre Hilfen, die »klassischen« Stilmittel der Beeinflussung von Kandidaten und Parteien. Die Rekrutierung von imperativen Mandatsträgern über Spendengelder war der traditionale Einflußkanal finanziell potenter, aber massenpolitisch bedeutungsschwacher Interessenorganisationen auf parlamentarische Entscheidungen und Entscheidungsträger. Methoden der Wählermobilisierung hingegen sowie das Wahlkampfengagement nationaler Massenverbände nach der Jahrhundertwende blieben bei Nipperdey unberücksichtigt.

Selbst die Parteien- und Wahlforschung weist im Hinblick auf die Untersuchung von Mobilisierungsträgern und -stilen Defizite auf. Weil beide in

¹² R. CHICKERING, 1984, S. 183–213.

¹³ Th. NIPPERDEY, Interessenverbände und Parteien, 1961, S. 269–275.

Deutschland organisationsgeschichtliche und wahlhistorische Ansätze kaum verbinden und dazu meist noch getrennte Wege gehen, ist dies zunächst auch nicht weiter erstaunlich: die Parteihistoriographie untersucht die Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte, Persönlichkeiten, Sozialmilieus und Programme der jeweiligen Organisationen, während die historische Wahlforschung eher die quantifizierende Analyse von Wahlergebnissen oder wahlinhaltliche Einzelstudien bevorzugt.¹⁴

Die 1992 erschienene, vielbeachtete Arbeit von Karl Rohe zu »Wahlen und Wählertraditionen« in Deutschland plädiert für die Verbindung von Parteien- und Wahlgeschichtsschreibung zur Erforschung politischer Konkurrenz. Allerdings unterläßt auch er, den Wandel der Mobilisierungstechniken um die Jahrhundertwende in diese Forderung einzubeziehen. Dieser Wandel ist jedoch mit entscheidend, um Wählertraditionen nachzuspüren. Zudem erhält das Verbändewesen im wahlhistorischen Kontext bei Rohe nicht die Aufmerksamkeit, die ihm eigentlich gebühren müßte. Gerade der Begriff des »nationalen Lagers«, das sich nach Rohe über die weltanschaulichen Gegensätze und die Grenzen der Sozialmilieus zwischen liberalen und konservativen Gruppen gegenüber dem sozialistischen und katholischen Lager gebildet habe, sollte im Hinblick auf Wahlen und Wahlkämpfe um die nationalen Verbände erweitert werden.

Auch in der Vielzahl wahlsoziologischer Studien, die anhand von Wahlergebnissen und sozialstrukturellen Daten Wählerbewegungen und das Wählerverhalten in der Masse untersuchen, sind letztere kaum vertreten. Entwicklung und Tendenzen der Parteienpräferenz der Wähler stehen im Vordergrund der Analyse, nicht die Wählermobilisierung durch politische und interessenpolitische Organisationen. Mit der Arbeit von Jürgen Schmädke zu Wählerbewegungen im wilhelminischen Deutschland hat die Historische Wahlsoziologie einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Allerdings widmet auch Schmädke der Wählermobilisierung durch nationale Verbände und ihrer Bedeutung während der Wahlbewegung 1907 wenig mehr als eine Anmerkung mit Quellenhinweisen.¹⁵

Über einzelne Reichstagswahlen während der letzten beiden Jahrzehnte vor dem Ersten Weltkrieg liegen mittlerweile auch wahlinhaltliche Einzelstudien vor; sie stützen sich meist auf die Auswertung der »Hauptstadt und Gesinnungspresse«.¹⁶ Die Arbeiten von Brett Fairbairn insbesondere zu den beiden Wahlkämpfen von 1898 und 1903 sind im erweiterten Zusammenhang unserer Thematik insofern bemerkenswert, als sie den Rahmen einer wahlinhaltlichen Untersuchung verlassen und den Wandel der Parteienkoalitionen mit den übergeordneten Wahlthemen in Verbindung bringen.

¹⁴ Siehe die kritischen Bemerkungen in Ch. NONN, Parteien und Wahlen, 1997, S. 30.

¹⁵ J. SCHMÄDEKE, 1995, S. 77; siehe auch W. WÖLK, 1978, S. 505–548; dagegen mit Hinweisen zu Mobilisierungsstrategien im bürgerlich-nationalen Lager S. SUVAL, 1985, S. 140, zur Wahltaktik des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie; vgl. zuletzt J. SPERBER, *The Kaiser's Voters*, 1997.

¹⁶ Siehe Th. KÜHNE, *Wahlrecht*, 1993, S. 536.

Das im Kaiserreich alternierende Angebot an Wahlparolen – Fairbairn unterteilt diese in »national issues«, d.h. Fragen, die die Militär- und Außenpolitik betreffen, bzw. in »fairness issues«, Fragen, die die Steuerpolitik, Zoll- und Wahlrechtsangelegenheiten beinhalten – ist dabei Ausgangspunkt, um die kumulierte Wählergunst zu untersuchen und den Stil der Agitation anzudeuten. Die Reichstagswahlen von 1907 – ein Paradebeispiel für die zeitweilige Dominanz von »national issues« – fallen allerdings aus dem Interpretationsrahmen Fairbairns, der sich auf die Wahlen davor konzentriert. Auch die intensive Wahlpolitik der nationalen Agitationsverbände als Mittler zwischen konservativen und liberalen Parteien bei Stichwahlen bleibt demzufolge unberücksichtigt – dabei ist sie ein entscheidendes Kriterium für das Zustandekommen der Parteienkoalition im sogenannten »Bülow-Block«.

Die Wahlen von 1907 und 1912 sind zum einen durch die ältere Arbeit des Amerikaners George Dunlap Crothers und zum anderen durch die 1964 als Dissertation vorgelegte Studie von Jürgen Bertram abgedeckt.¹⁷ Das 1941 erschienene Buch von Crothers, weiterhin das einschlägige Werk zur Wahlbewegung 1907, verharret allerdings auf der Ebene der rein beschreibenden Darstellung der politischen Ereignisse und der Wahlhalte bzw. der Wahlergebnisse. Die nationalen Verbände als Akteure im Wahlkampf werden durch Crothers erwähnt, sie spielen in der Studie jedoch lediglich als regierungstreue Propagandisten nationaler Parolen in der Öffentlichkeit eine Rolle.¹⁸

Eine Ausnahme in der vorstehend erwähnten Forschungsliteratur stellt die 1964 erschienene Arbeit von Jürgen Bertram dar. Sie thematisiert zum ersten – und bislang zum einzigen – Mal die wählermobilisierenden Aktivitäten sowohl von Massenparteien als auch von Massenverbänden sowie ihre intensive Kampagnetätigkeit während der Wahlbewegung 1912, die mit 84,9 Prozent Wahlbeteiligung den Spitzenplatz in der Reichsstatistik einnimmt. Der Gewinn des Buches liegt vor allem darin, daß Bertram eine vorzügliche Momentaufnahme des organisierten Aufgebots der Massen in sämtlichen politischen Lagern am Ende des Kaiserreichs bietet. Wahlprogramme und die wahlinhaltliche Konkurrenz zwischen Parteien und Kandidaten ebenso wie Wahlorganisation und Wahlstile von Verbänden werden vergleichend untersucht. Als besonders aktiv auf Verbändeseite erwiesen sich dabei der Volksverein für das katholische Deutschland, die Wahlkampforganisation der Zentrums Partei, der Bund der Landwirte als interessenpolitische Wahlkampfstütze der Agrarkonservativen sowie die Verbände koalition im Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie; der Hansa-Bund, nach dem Bruch des »Bülow-Blocks« 1909 gegründet, verstand sich als eine »antifeu-

¹⁷ G. D. CROTHERS, 1941; J. BERTRAM, Wahlen, 1964; vgl. auch DERS., Reichstagswahlkampf, 1978.

¹⁸ G. D. CROTHERS, 1941, S. 113–117 und 143–146.

dale Sammlungsbewegung« des liberalen Bürgertums und des neuen Mittelstands.¹⁹

Bertram konzentriert die Untersuchung des Verbändewirkens im bürgerlich-liberalen Lager auf wirtschaftliche Interessenorganisationen, da sie die Hauptlast der Wahlarbeit im Jahr 1912 trugen. Die nationalistischen pressure groups hingegen blieben passiv. Sie engagierten sich nicht, da ihnen die neuen parteipolitischen Mehrheitsverhältnisse nach dem Bruch des liberal-konservativen »Bülow-Blocks« die Basis entzogen hatten, ihre Ziele im Parlament durchzusetzen. Die ehemaligen Wahlhelfer im Flotten-Verein, im Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, vor allem auch die Funktionäre des Alldeutschen Verbandes wechselten nach und nach in die »Nationale Opposition«. Dieser erzwungene Rückzug der nationalen Verbände von der Bühne des Reichstags bietet zum einen eine plausible Erklärung dafür, warum sich die politische »Rechte« kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs in eine nunmehr stark antiparlamentarische Züge tragende, steigende Radikalität flüchtete. Zum anderen läßt die Tatsache, daß ein weltanschaulich dem Liberalismus sehr nahestehender, neuer wirtschaftspolitischer Massenverband wie der Hansa-Bund nach dem Bruch des »Bülow-Blocks« die Funktion der nationalistischen pressure groups als Wahlkampfhelfer übernehmen sollte, erahnen, wo die Grenzen des Einflusses »überparteilich« agierender nationaler Verbände letztlich lagen.

Wahlinhaltliche Einzelstudien, die sich mit den Reichstagswahlen vor oder am Beginn der Periode der Fundamentalpolitisierung beschäftigen, können als Vergleichsmaßstab dienen, die Qualität von Wählermobilisierung und Wahlorganisation nach der Jahrhundertwende einzuschätzen. Insbesondere die international vergleichende Arbeit von Elfi Bendikat zu Wahlen und Wahlkämpfen im Europa der 1880er Jahre behandelt die Entwicklung der Wahlagitation in der Vorbereitungsphase des politischen Massenmarktes.²⁰ Die Studie tendiert jedoch dazu, den Wahlbewegungen der 80er Jahre vorschnell den Charakter moderner Massenkampagnen zuzuschreiben.²¹ Gerade die berühmt-berüchtigten »Septennatswahlen« von 1887, von Bendikat ausführlich dargestellt, sind in diesem Zusammenhang

¹⁹ Zum Hansa-Bund und seinem Wahlengagement neben J. BERTRAM vor allem S. MIELKE, 1976, S. 154–165.

²⁰ E. BENDIKAT, Wahlkämpfe in Europa, 1988. Zu Reichstagswahlkämpfen der 1880er Jahre siehe ebenfalls die voluminösen Studien von P. STEINBACH, Politisierung der Region, 1989; DERS., Zähmung des Massenmarktes, 1990. Die zentrale Fragestellung Steinbachs gilt der »Nationalisierung der Politik« und der Politikinhalte als Ergebnis eines Abgleichs der regionalen und nationalen Ebene der Presseberichterstattung. Die »Nationalisierung der Politik« über organisierte Massenverbände fällt notwendigerweise aus dem Betrachtungsrahmen Steinbachs.

²¹ E. BENDIKAT, Wahlkämpfe in Europa, 1988, S. 412 f.; vgl. Th. KÜHNE, Wahlrecht, 1993, S. 535, der an der Arbeit Bendikats einen »sehr undifferenzierten Begriffsapparat« bemängelt, der dem »historischen Erkenntnisinteresse nicht entgegenkommt.« KÜHNE vermißt darüber hinaus eine »subtilere Verortung von Agitationsstilen und -inhalten in politischen Mentalitäten und ihren soziokulturellen Grundlagen«.

als Beispiel doch eher ungeeignet. So hatte Bismarck im Zeichen außenpolitischer Krisen ad hoc eine emotionalisierte Wahlentscheidung inszeniert, die im Hinblick auf die Parteienkoalitionen, die Wahlinhalte, die Wahlbeteiligung und die Abstimmungsergebnisse den Reichstagswahlen von 1907 zwar in manchen Zügen auffällig glich. Allerdings scheint die Septennatsbewegung trotz dieser Übereinstimmungen mit der Wahlkampagne von 1907 doch eher dem Muster intensivierter Wahl agitation traditionaler Art zu entsprechen. Der Hinweis mag in diesem Zusammenhang genügen, daß die 1887 in der Reichskanzlei lancierte und arrangierte Wahlauseinandersetzung über eine fulminante Presse agitation das Signum einer temporär erfolgreichen, manipulativen Strategie »von oben« trug. Eine Wählermobilisierung »von unten« auf massenorganisatorischer Basis in Parteien und Verbänden, die alle politischen Lager und Milieus erfaßte und einen dauerhaften Mobilisierungs- und Partizipationsschub anregte, ist im Gegensatz zur Wahl von 1907 nirgends festzustellen. Weder in der sozialdemokratischen, von der Ausnahme gesetzgebung gegängelten Partei noch im katholischen oder agrarkonservativen Milieu, geschweige denn im liberal-bürgerlichen Parteispektrum arbeiteten für die Wählermobilisierung tätige Massenorganisationen. Gegenüber den Parteienkonkurrenzen vor der Jahrhundertwende sollte erst in den beiden Jahrzehnten vor 1914 mit dem Eindringen eines neuen, der Mobilisierung und Organisation von Wählern mehr Substanz verleihenden Faktors in das innenpolitische Kräftespiel das wahlorganisatorische Gehäuse dauerhaft gewandelt werden. Lediglich die von Bendikat herausgearbeiteten Feindbildstereotypen, die in späteren Wahlauseinandersetzungen des Kaiserreichs, so gerade bei den »Hottentottenwahlen« 1907, wieder auftauchten, lassen eine Art Kontinuität von 1887 nach 1907 erkennen. Allerdings wurde die Schlagwort agitation mit Hilfe der »Reichsfreunde-/Reichsfeinde«-Dichotomie im Zeitalter der »Vermasung« von Politik weitaus verschärft: die nationalen Agitationsverbände sollten in Konkurrenz zur politischen Arbeiterbewegung wesentlich hierzu beitragen.

Zur Untersuchung der Organisation von Wahlkämpfen und der Wählermobilisierung um die Jahrhundertwende bietet nicht zuletzt die herausragende Arbeit von Thomas Kühne zu »Dreiklassenwahlrecht und Wahlkultur in Preußen« interessante Anregungen.²² Sie untersucht am Beispiel der organisatorischen und inhaltlichen Gestaltung von Wahlkämpfen die Traditionsüberhänge, die das in Preußen bis 1918 gültige Dreiklassenwahlrecht gegenüber den Herausforderungen des politischen Massenmarktes bewahrte. Dabei wird die Thematik um »erfahrungsgeschichtliche und lebensweltliche Dimensionen des Wählens oder Nichtwählens« erweitert; Kühne faßt dies unter dem Begriff einer »wahlkulturellen« Analyse zusammen.²³

²² Th. KÜHNE, Dreiklassenwahlrecht, 1994; vgl. jetzt DERS., Entwicklungstendenzen, 1997, S. 131–189.

²³ Th. KÜHNE, Dreiklassenwahlrecht, 1994, S. 31.

Preußische Landtagswahlen boten für die nationalen Verbände keine geeignete Plattform, um sich in der Wählermobilisierung zu profilieren. Sie stellten eine politisch zwar bedeutende, doch regionale Bühne dar, und die organisierte, anonymisierte schriftliche und mündliche Massenwahlwerbung, derer sich die *pressure groups* in der Regel bedienten, lief unter den Bedingungen des ungleichen, direkten und öffentlichen Wahlrechts ins Leere. Gleichwohl lohnt ein prüfender Blick auf einzelne Stilelemente der Wähleransprache, die sich unter den Bedingungen des demokratischen Wahlrechts bewährten. Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie etwa sollte im Reichstagswahlkampf von 1907 sehr erfolgreich die von der politischen Arbeiterbewegung bei Landtagswahlen erprobte Kombination traditionaler, auf die Ansprache von Einzelpersonen gerichteter Wählerbeeinflussung mit Methoden serieller, anonymisierter Massenwerbung verbinden. Da die vorliegende Studie ein Versuch ist, die entstehende Konkurrenz zwischen nationalen Massenverbänden und Massenparteien im wilhelminischen Kaiserreich am Wandel der Wahl agitation zu analysieren, gewinnt die wahlorganisatorische Verbindung von Tradition und Moderne an Bedeutung.

Im Mittelpunkt der nachfolgenden Untersuchung steht die Rolle, die die nationalen Verbände, vor allem der Alldeutsche Verband, der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie und der Flotten-Verein, im Zusammenhang dieses Wandels spielten. Ihre Überlieferung ist deshalb auch die wichtigste Quellenbasis. Einen sehr aufschlußreichen Fundus bieten zunächst die nachgelassenen Aktenbestände des Alldeutschen Verbandes. Sie dokumentieren das bislang in der Forschung nur oberflächlich gestreifte Drängen des lautesten Propagandisten des integralen Nationalismus in den Reichstag über Kandidaturen der Verbandsoberen²⁴ und das Wahlwirken lokaler alldeutscher Gruppen im Wahljahr 1907. Die Aktenüberlieferung zur Wahl-tätigkeit des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie ist dagegen sehr lückenhaft. Sie erschließt sich am besten aus den Verbandspublikationen, die allerdings wegen der apologetischen Botschaft solcher Veröffentlichungen mit einiger Vorsicht ausgewertet werden müssen. Der Flotten-Verein machte seine wahlkämpferischen Ambitionen aus vereinsrechtlichen Gründen und wegen des Argwohns des Reichsmarineamtes unter Admiral Tirpitz nicht publik; das zentrale Verbandsarchiv gilt leider als verloren. Einer der erbittertsten Gegner des Flotten-Vereins, der Zentrumsabgeordnete Matthias Erzberger, trug jedoch zur öffentlichen Anklage des Wahlengagements des Flotten-Vereins während der Wahl von 1907 Teile der Korrespondenz des FV-Managers General August Keim zusammen. Dieses Briefmaterial mit Regierungsbehörden und nachgeordneten Vereinsmitgliedern bildet den Grundstock für die von Erzberger herausgegebene Wahlschrift »*Bilder*

²⁴ R. CHICKERING, 1984, S. 214; G. ELEY, *Reshaping*, 1980, S. 248.

aus dem Reichstagswahlkampf«²⁵, die die Wahl­tätigkeit des Verbandes und General Keims nahezu minutiös dokumentieren. Zugleich wurde die zeitgenössische Zentrums­presse von Erzberger mit diesen brisanten Materialien beliefert. Der Flotten-Verein respektive Keim haben die Authentizität der durch Erzberger veröffentlichten Korrespondenz nie angezweifelt, lediglich der »Diebstahl« der Briefe aus dem Verbandsarchiv wurde zur Anzeige gebracht und gerichtlich verfolgt.²⁶ Die Veröffentlichungen Erzbergers wiegen fehlende Verbandsarchivalien zum Wahleinsatz des Flotten-Vereins teilweise auf.

Aufschlußreich für das Verbändewirken im Wahlkampf sind ferner politische Autobiographien führender Funktionäre. Sofern die betreffenden Personen wie Heinrich Claß vom Alldeutschen Verband oder Eduard von Liebert vom Reichsverband für den Reichstag kandidierten, enthalten diese eigene Erfahrungsberichte, welche bislang in der Verbändegeschichte noch nicht berücksichtigt wurden.²⁷ Herangezogen wurden außerdem die Akten der wohlunterrichteten Reichskanzlei über das Wahlgeschehen 1907, das im Zusammenhang mit dem berühmten offenen »Silvesterbrief« des Reichskanzlers Bernhard von Bülow an den Reichsverband gegen die Sozialdemokratie von Regierungsseite intensiv beobachtet wurde.

Eine Studie zur Entwicklung der Wahlagitation und -organisation ist neben der in den letzten Jahren zahlreicher werdenden Literatur zu regionalen Wahlkämpfen²⁸ vor allem auf die Tagespresse überlokaler, aber auch lokaler Provenienz angewiesen. Hier fand der Wahlkampf sein berichtendes und kommentierendes Medium, und hier ist die Atmosphäre eines Massenwahlkampfes am besten erkennbar. Die überregionale Presselandschaft bietet mit den bedeutenden Tageszeitungen der politischen Parteien einen Überblick über die Wahlbewegung auf nationaler Ebene im Zusammenhang der »großen« Politik. Die Ausgaben des sozialdemokratischen *Vorwärts*, der *Germania* der Zentrums­partei, der nationalliberalen *National-Zeitung* sowie auch der regierungsoffiziösen *Norddeutschen Allgemeinen Zeitung* wurden zur Wahlbewegung 1907 durchgehend ausgewertet. Die Auswahl aus der Überfülle vor allem lokaler Presseerzeugnisse mußte sinnvollerweise auf die Brennpunkte der Untersuchung, d.h. die Schwerpunkte des Engagements nationaler Verbände beschränkt werden. Diese strebten nicht wie die politischen Parteien eine reichsweite, lückenlose Mobilisierung ihrer Klientel zu Wahlzwecken an, sondern arbeiteten in einer Vielzahl gezielt ausgewählter Wahlkreise, um die Kräfte zu konzentrieren. So war der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie unter anderem sehr intensiv in den Wahlkreisen Kassel und Magdeburg tätig. Die lokale Presse sämtlicher dort

²⁵ M. ERZBERGER, Bilder aus dem Reichstagswahlkampf 1907. Die Agitation der Zentrumsgegner beleuchtet nach ihren Wahlschriften, Berlin [Verlag der Germania] 1907.

²⁶ Hierzu K. EPSTEIN, Erzberger, 1976, S. 61–77.

²⁷ H. CLASS, Wider den Strom, 1932, S. 75 ff.; E. v. LIEBERT, Leben, 1925, S. 174 f.

²⁸ Siehe hierzu die hervorragende, an Ausführlichkeit kaum zu überbietende Literaturübersicht bei J. SCHMÄDEKE, 1995, S. 945–976.

vertretenen Parteien verfolgte das Wahlwirken des Verbandes mit großer Aufmerksamkeit und ausführlicher Berichterstattung. Über die Schwerpunkte der Wahlarbeit nationaler Verbände, die sich vom Rheinland über Hessen und Thüringen bis nach Sachsen erstreckten, bieten neben der lokalen Tagespresse auch Zeitungen mit regionaler Bedeutung und Verbreitung wie die liberale *Kölnische Zeitung*, die katholische *Kölnische Volkszeitung* oder die *Leipziger Volkszeitung* der Sozialdemokraten erschöpfend Information und interessante Momentaufnahmen aus dem Wahlgesehen. Darüber hinaus wurden die Berichte der Wahlprüfungskommission des Reichstags, die im Falle von Wahlprotesten politischer Parteien dem lokalen Geschehen vor Ort akribisch nachspüren ließ, in diesem Zusammenhang hinzugezogen.

Mit der Verschärfung organisierter Konkurrenz arteten Wahlkämpfe zunehmend in »Materialschlachten« aus, in denen die »Werbemunition« aus Partei- und Verbändeperiodika, Broschüren und Flugschriften bestand. Auch wurden Wahlhandbücher herausgegeben, die Werberednern Stichworte, Argumente und Anleitung zur Agitation lieferten; sie bedienten sowohl die schriftliche als auch die mündliche Massenagitation. Hervorzuheben sind hier etwa die »*Handbücher für nicht-sozialdemokratische Wähler*« des Reichsverbandes.

Das umfangreiche Werbematerial der Massenorganisationen ist nicht zuletzt eine wichtige Quelle zur Untersuchung von Agitationsstilen. Diese Publikationen, sofern sie trotz ihres Charakters als tagesaktuelle Wegwerfartikel erhalten geblieben sind, bieten interessante Einblicke in die zeitgenössische Wahlkampfkultur. So spiegelte sich die zunehmend schärfer werdende agitatorische Konkurrenz zwischen Sozialdemokratie und Reichsverband in der wahlinhaltlichen Gestaltung der Werbematerialien wider. Da eine vergleichende Dokumentation zur politischen Agitation im Kaiserreich – im Gegensatz zur Wahlpropaganda während der Weimarer Republik – noch nicht vorliegt²⁹, war quellennahe Arbeit etwa anhand der Flugschriftenliteratur unerlässlich.

Die Entwicklung vom Honoratiorenstil zu massenorganisierenden Wahlkampagnen erfasste seit den 1890er Jahren nacheinander das sozialdemokratische, das katholische und das agrarkonservative Milieu. Das nationalbürgerliche Lager wurde mit diesem Mobilisierungsdruck nach den Reichstagswahlen von 1903 konfrontiert. Das einleitende Kapitel thematisiert diesen Wandel. Untersucht werden Initiatoren, Träger und parteicharakteristische Mobilisierungsstrategien. Wie die großen und bedeutenden nationalen Massenverbände nach der Jahrhundertwende die Herausforderung zur Massenagitation bewältigten, ist Gegenstand des nächsten Abschnitts. Hier ist unter anderem zu zeigen, wie die »Selbstmobilisierung der Basis« gegen Honoratiorenpolitik und Untertanenmentalität die Quali-

²⁹ Siehe G. WILPERT, 1978; M. HAGEN, 1978; G. PAUL, 1990, S. 154 ff. und 173 ff.

tät wahlrelevanter Politisierung annahm und mit Gründung des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie einen neuen, organisatorischen Ausdruck fand.

Der Hauptteil der Studie gilt jener Schlüsselrolle nationaler Verbände auf dem politischen Massenmarkt, die sich insbesondere auf die Beeinflussung der Wahlkämpfe und der Wahlkampfkultur im Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg erstreckte. Zunächst gilt die Aufmerksamkeit dem Alldeutschen Verband, dessen Entwicklung zum Vorkämpfer der »Nationalen Opposition« in den letzten Jahren des Kaiserreichs sehr eng mit den Mißerfolgen seiner leitenden Persönlichkeiten auf der parlamentarischen Bühne des Reichstags verknüpft war. Mit dem Wirken des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie ist in einem weiteren Abschnitt die wohl erfolgreichste nationale Massenorganisation im Wahlgeschehen um das Jahr 1907 zu untersuchen. Seine Wahlarbeit wird im Rahmen zweier ausführlicher Fallstudien dargestellt, da ein Versuch, den Wahlhilfeverband der bürgerlichen Parteien bei der Arbeit vor Ort zu beobachten, bislang noch nicht unternommen wurde.³⁰ Unter anderem soll danach gefragt werden, wie der Reichsverband der sozialdemokratischen Wahlmaschinerie entgegentrat und sich als Wahlmittler zwischen Konservativen, Liberalen und Antisemiten anbot und agierte.

Dem Flotten-Verein und den wahlkämpferischen Ambitionen seiner radikalen Führung ist ein weiterer Abschnitt gewidmet. Untersucht wird insbesondere der Wahlkampf gegen den politischen Katholizismus, in dessen Reihen mit dem Aufstieg des jungen, dynamischen »Zentrumsdemokraten« Matthias Erzberger ebenfalls Anfänge eines Stilwandels von der kirchlichen Politisierung des katholischen Wahlvolks hin zu modernen Agitationsmethoden zu erkennen sind. Dabei wird zu beachten sein, wie radikale Flotten-Vereinler und der Zentrumspolitiker sich in wahlinhaltlicher und -organisatorischer Konkurrenz gegenseitig überboten und letztlich zum Nachteil beider agitierten.

Der Aspekt zunehmender Intensivierung und Verschärfung der schriftlichen und mündlichen Wahlwerbung im Zeichen der Konkurrenz zwischen Massenorganisationen nach der Jahrhundertwende ist Gegenstand ausführlicher Betrachtungen in einem zwischengeschalteten Kapitel. Die Auseinandersetzungen zwischen politischer Arbeiterbewegung und Reichsverband gegen die Sozialdemokratie sind für den Wandel der Wahlkampfkultur paradigmatisch. Der Schlußteil der vorliegenden Studie gilt den Konsequenzen, die sich für die nationalen Verbände aus ihrem Engagement im Wahlgeschehen ergaben. Das Kapitel erweitert zugleich den wahlgeschichtlichen Aspekt der Untersuchung, indem auch die vielfachen Bemühungen zur Gründung einer Nationalpartei thematisiert werden. Ein freiwilliger Zusammenschluß der nationalen Verbände mit den bürgerlich-nationalen Par-

³⁰ So auch nicht bei K. SAUL, Staat, 1974, S. 115–132; D. FRICKE, Reichsverband, 1959, S. 237–280.

teien, der eine nicht unerhebliche wahlrelevante Bedeutung erlangt hätte, führte auch in der 1917 gegründeten Vaterlandspartei nicht zum Ziel.³¹

Die politische und organisatorische Bedeutung der nationalen Verbände im Kaiserreich war ein Spiegelbild ihres Erfolgs bzw. Mißerfolgs auf der parlamentarischen Bühne des Reichstags – dies zu zeigen ist ein Hauptanliegen der nachfolgenden Studie.

³¹ Zur Vaterlandspartei, dem schließlich gescheiterten Versuch eines Parteizusammenschlusses rechter Parteien und nationaler Verbände während des Ersten Weltkrieges, jetzt H. HAGENLÜCKE, 1997.

Erster Teil

Auf dem Weg zum politischen Massenmarkt



Scheidemann



Dr. Liebknecht

Das national-bürgerliche Lager unter Mobilisierungsdruck

1. Wahlorganisation und Wahlkämpfe im Kaiserreich vor 1903

Die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts zunächst für den Reichstag des Norddeutschen Bundes und dann ab 1871 für ein nationales Parlament, die liberalisierten verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen für die Versammlungs-, Presse- und Assoziationsfreiheit und die zunehmende Politisierung aller Gesellschaftsschichten ermöglichten und förderten die Ausbildung eines politischen Massenmarktes. Dieser entstand gleichwohl nicht abrupt. Zum einen bewiesen die seit dem Vormärz langsam und allmählich gewachsenen Organisationsstrukturen der politischen Parteien auch unter den neuen Gegebenheiten Beharrungskraft. Parteien blieben noch geraume Zeit »locker« formierte, »unbürokratische, wenig zentralisierte, nicht sehr effektive«, dem honoratiorenpolitischen »Charakter des Betriebs entsprechende« Assoziationen.¹ Mit Ausnahme der württembergischen Volkspartei und der noch wenig bedeutenden Sozialdemokratie waren die Parteien noch keine Mitgliederorganisationen. Ihre Tätigkeit war außerhalb der Fraktionen kaum permanent, die organisatorische Verbindung zwischen den Wahlkreis- und Zentralorganen wurde bis 1899 durch das Affiliationsverbot von 1854 gehemmt. Zum anderen vollzog sich der grundlegende Wandel von einer persönlichkeitsorientierten Honoratiorenauslese hin zu einem intensiven, parteiorientierten Wahlkampf trotz der endgültigen Ausdifferenzierung der Fünfparteienlandschaft in den 1860er und 70er Jahren noch sehr zögerlich. Die eingeübten sowie die erlernten Wahlwerbemethoden bzw. die Agitationsstile der politischen Gruppierungen waren noch weit davon entfernt, sich den Erfordernissen des beginnenden Zeitalters der Massen anzupassen.²

¹ Th. NIPPERDEY, *Deutsche Geschichte*, 1992, Bd. II, S. 516.

² Zu »Wahlkämpfen« seit dem Vormärz, die unter eingeschränktem, indirektem, nicht-geheimem Wahlrecht kaum durch moderne politische Konkurrenz, vorrangig eher durch die Kandidatenkür in Komitees und die Gewinnung von Wahlmännern gekennzeichnet waren, vgl. H. BRANDT, 1987; M. HÖRNER, 1987; H.-P. BECHT, 1997; H. OBENAU, 1984. Auch die verfassungsrechtliche und politische Libertät im Revolutionsjahr 1848/49 sowie die Bildung parteiähnlicher politischer Vereine änderten am Wahlkampfverhalten und -verständnis noch wenig, vgl. hierzu M. BOTZENHART, 1977; M. WETTENGEL, 1989; D. LANGEWIESCHE, *Anfänge*, 1978; W. SIEMANN, *Revolution*, 1985. Zur politischen Organisation in der darauffolgenden Reaktionsdekade dann vor allem A. BIEFANG, 1994.

Auch die Wahlkampfintensität bewegte sich weiterhin, im großen und ganzen, in den eingefahrenen Bahnen. »Solange die fraktionsübergreifenden Parteibildungen noch eine wichtige Rolle spielten, waren die Wahlkämpfe auch bei scharfen Gegensätzen im allgemeinen weder sehr intensiv noch sehr extensiv«, charakterisierte Thomas Nipperdey das Erscheinungsbild der Wahlkonkurrenz teilweise bis in die 1880er Jahre. In Wahlkreisen ohne Parteigegensätze war organisierte Wahlarbeit auch nicht vonnöten. Aufgrund etwa der politischen Dominanz des Nationalliberalismus in den nord- und mitteldeutschen Kleinstaatn erübrigten sich dort Wahlkämpfe und Wahlpropaganda. Der liberale Kandidat wurde per Anzeige bekanntgegeben, bekundete während eines öffentlichen Auftritts im Stimmbezirk seine Verbundenheit mit den Wählern und wurde schließlich oft ohne Gegenkandidat gewählt. Dies war noch traditionaler Honorationenstil, der dem parteitranszendierenden liberalen Anspruch entsprach, das Gemeinwohl zu vertreten und die gesamte Gesellschaft zu repräsentieren.

Unter diesen Umständen blieb die Intensivierung des Wahlkampfes oder das – überraschende – Zustandekommen einer parteipolitischen Konkurrenz in einem Stimmbezirk meist von der Initiative eines Kandidaten selbst abhängig. Das Beispiel des alten 48ers Friedrich Kapp, der 1872 den ersten Wahlkreis Magdeburg, Salzwedel-Gardelegen, in einer Ersatzwahl gegen den bisherigen Mandatsinhaber, den Konservativen Graf von der Schulenburg-Rimptsch, überlegen gewann, ist nicht untypisch. Kapp »bearbeitete« den Wahlkreis zehn Tage lang und hielt 14 Versammlungen ab, während sein Gegner, der bei den vorausgegangenen Wahlen nie oder nie ernsthaft herausgefordert wurde, sich offenbar auf seine bisherige Klientel verließ, die aber dieses Mal wohl »vom Reiz des Unbekannten« oder der Persönlichkeit Kapps eher angesprochen wurde.³

Wahlkreise, die bereits von stabilen politischen Gegensätzen geprägt waren, erforderten intensivere und mehr organisierte Wahlwerbung. Wichtig war vor allem, daß sich hervorragende Anhänger einer politischen Richtung zur Bildung eines Wahlkomitees vor dem Wahltermin zusammenfanden; in größeren Städten entstanden in der Regel Zentralwahlkomitees mit angeschlossenen Gremien. Das lokale Wahlkomitee war das organisatorische Medium eines intensiveren Wahlkampfes. In der Hand des Komitees lagen zumeist endgültige personale und politische Entscheidungen. Es wirkte als relativ kleine geschlossene Gruppe selbständig und unabhängig. Zu anderen Komitees des Wahlkreises oder über den Stimmbezirk hinaus, die gleicher Weltanschauung oder politischer Ausrichtung waren, wurden Verbindungen auf lose organisierter Basis und über einen politischen Grundkonsens gesucht.

Wahlvereine hingegen, die als wahlpolitische Gremien auf lokaler oder zentraler Ebene kontinuierlicher arbeiten sollten als ad hoc gebildete Kom-

³ Siehe zu diesem Beispiel Th. NIPPERDEY, *Organisation*, 1961, S. 39. Zum Wahlergebnis in Magdeburg 1872 siehe F. SPECHT/P. SCHWABE, 1908, S. 92.

tees, waren auch nach 1867 noch eher selten und meist ohne lange Lebensdauer. Die 1861 gegründete Fortschrittspartei setzte zu den Wahlen zum Reichstag des Norddeutschen Bundes im August 1867 auf eine permanente Organisationstätigkeit, indem sie in Berlin einen Zentralwahlverein einrichten konnte. Dieser Verein war Teil von Reorganisationsbemühungen des Fortschritts, da sich die Spaltung des Liberalismus im Konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes verfestigt hatte und eine gemeinsame Wahlorganisation von Fortschrittspartei und Nationalliberalen gegen die Konservativen, wie noch im Februar 1867 praktiziert, nicht mehr angestrebt wurde – zumindest nicht in Berlin, in anderen norddeutschen Großstädten und in den Westprovinzen Preußens. Erfolg war dem fortschrittlichen Zentralwahlverein nicht beschieden: Zählte dieser kurz nach seiner Gründung mehrere tausend Mitglieder, blieb bald, so der Vorstand, nurmehr »ein erbärmlicher Bruchteil« übrig. Regional konnte die Organisation lediglich im Rheinland und Westfalen Fuß fassen und effektiv arbeiten – dies ist vor allem auf die Rührigkeit des jungen Eugen Richter zurückzuführen. Die Nationalliberalen setzten dem Zentralverein ihren »Zentralen Wahlausschuß der Nationalliberalen« entgegen, der aber von vorneherein von einer »Bevormundung« örtlicher Komitees absah und sich ganz im Sinne träger Betriebsamkeit von Honoratioren auf Information und Koordination beschränkte.⁴

Die Fortschrittspartei übernahm in den 1870er Jahren die vereins- und organisationsbildende Initiative im liberalen Lager, während die Nationalliberalen bis in die 1890er Jahre an einer Komiteeverfassung festhielten und erst 1905 mit einer Satzungsänderung ihre Ortsgruppen und Mitglieder mehr in politische Entscheidungsprozesse einspannen sollten. Der Ausbau der Fortschrittspartei vollzog sich gleichwohl autonom, von der liberalen Basis ausgehend und ohne zentrale Steuerung.⁵ Der »Fortschrittliche Verein Waldeck zu Berlin«, gegründet im April 1878, suchte zum Beispiel nach seiner konstituierenden Sitzung ein hervorragendes Fraktionsmitglied der Partei zu gewinnen, um auf sich aufmerksam zu machen und »allgemeines Interesse zu erwecken«.⁶ Wie wichtig diese Vereinsgründung dann bis zur Jahrhundertwende für die Fortschrittspartei insbesondere im Hinblick auf wahlorganisatorische Erfordernisse wurde, ist ihrer Festschrift zum 25jährigen Bestehen zu entnehmen: Bereits die Neuwahlen 1878 sahen die Vereinsmitglieder »rege und opferwillig in der Agitation«. In der Hauptsache erwuchs aus den Reihen der Vereinsaktivisten ein Stamm von Rednern, die in den 1880er Jahren die fortschrittliche Wahlkampf- und Versammlungskultur weg von »belehrenden Vortragsabenden« hin zu »agitatorischen Wanderversammlungen« änderten. Eine solche Veranstaltung im »Central

⁴ K. E. POLLMANN, 1985, S. 259 f., 263.

⁵ Siehe zum Auf- und Ausbau der liberalen Parteiorganisation Th. NIPPERDEY, *Organisation*, 1961; zusammenfassend D. LANGEWIESCHE, *Liberalismus*, 1988, S. 146 ff.

⁶ Siehe auch im folgenden H. REIWALD, 1903, S. 5 f.

Skating Rink« zog 4 000 Personen an. Bereits 1881 wurde ein ständiges Büro eingerichtet und ein Sekretär eingestellt. Dieses Büro koordinierte in Wahlzeiten die Tätigkeit der über ganz Berlin verstreuten Mitglieder. Im Oktober 1891 wurde ein besonderer »Wahl-Agitations-Ausschuß« gegründet, der die »Leitung der Beteiligung der Vereinsmitglieder an der Wahlarbeit in Berlin und in den auswärtigen Kreisen« zur Aufgabe hatte. Zur Vorbereitung der Wahlen von 1893 spricht die Festschrift von der Eröffnung einer eigenen »Wahlkampagne«, und im Hinblick auf die Parteienkonkurrenz 1898 hielt der Verein eine »frühzeitige und energische Vorbereitung für die nächsten Reichstagswahlen, vor allem durch Festigung und Ausbreitung der Organisation für erforderlich.«⁷ Freilich, dies war liberale Wahlarbeit in der Hauptstadt, die unter dem zunehmenden Modernisierungs- und Mobilisierungsdruck der sozialdemokratischen Wahl­tätigkeit gerade in Berlin stand.⁸

Zur intensivierten Wahlarbeit der Kandidaten, Komitees und Vereine gehörte die Einberufung von politischen Versammlungen in der Wahlkampfzeit. Diese Veranstaltungen behielten in den 70er Jahren noch den Charakter von Volksversammlungen; sie besaßen die Bedeutung einer »imaginären Volksrepräsentation« und verloren diese erst allmählich mit der dauerhaften organisatorischen Ausbildung des Parteiensystems.⁹ Von dem seit den 1890er Jahren üblichen Versammlungstyp einer anonym wirkenden, parteipolitischen Heerschau waren die frühen politischen Volksversammlungen noch weit entfernt. Die mündliche Wahlagitation wurde überwiegend vom Kandidaten selbst bestritten; eine Rednergarde im zweiten Glied erschien, wie das Beispiel des Fortschrittlichen Vereins Waldeck in Berlin gezeigt hat, in den 1880er Jahren nur bei zunehmender Schärfe der Wahlauseinandersetzungen und mit der beginnenden organisatorischen Ausbildung von Parteiarbeit auf der agitatorischen Wahlkampf­bühne. Versuche, auch in gegnerischen Veranstaltungen diskutierend einzugreifen, forderten ebenfalls den Einsatz eines festen Rednerstammes – dessen systematische und gezielte Ausbildung aber kam erst nach der Jahrhundertwende in organisatorischen Usus.

Die schriftliche Wahlwerbung geschah zum einen über die Presse und verlief zum anderen über eigens für den Anlaß des Wahlkampfes gestaltete Broschüren und Flugblätter, welche meist vor Versammlungen an die Zuhörer ausgeteilt wurden. Die einer Parteirichtung zugewandten Zeitungen veröffentlichten Anzeigen mit Namen und Programm »ihres« Kandidaten und protegierten den Bewerber eigener politischer Anschauung agitatorisch. Dabei blieb aber nicht ausgeschlossen, daß gegnerische Anzeigen

⁷ Siehe ebd.

⁸ Zum sozialdemokratischen Wahlkampf in Berlin D. HERTZ-EICHENRODE, 1990.

⁹ Vgl. die Bemerkung in P. STEINBACH, Politisierung der Region, 1982, S. 916. STEINBACH stellt für das Fürstentum Lippe fest, daß sich Versammlungen einzelner Parteien nach 1878 mehr und mehr durchsetzten.

ebenso abgedruckt wurden. Mit Ausnahme der sozialdemokratischen und einiger zentrumskatholischen Zeitungen strebte die gesamte Richtungs- und in ihren Anfangsjahren auch die »farblose« Generalanzeigerpresse, die später ins nationale Lager driftete, eine »überparteiliche« Haltung auf dem Anzeigensektor an. Die Flugblatttagitation blieb im Hinblick auf die inhaltliche Gestaltung noch weitgehend auf die Veröffentlichung einer Kandidatenrede, die auf einen einzelnen Wahlkreis zugeschnitten war, beschränkt. Allmählich wurde sie jedoch von der wahlkreisübergreifenden Thematisierung aktueller Wahlkampffragen ergänzt. Zunehmend zeichneten auch Wahlkomitees für die Gestaltung und Verbreitung verantwortlich; immer seltener standen die Schriften unter der Redaktion eines einzelnen Kandidaten.¹⁰ Für die 1880er Jahre ist eine sprunghafte Intensivierung schriftlicher Wahlwerbung über Flugblatt- und Zeitungsliteratur festzustellen. Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, daß der zunehmende Bedeutungsverlust der Volksversammlung als politischer Veranstaltung, die nicht selten mehrere tausend Zuhörer und Wahlberechtigte parteiübergreifend anzog, zugunsten der parteiorientierten Wahlversammlung zunächst den Kreis der Zuhörerschaft einengte, die der Kandidat erreichen konnte.¹¹

Am Wahltag selbst nutzte die Wahlarbeit einer Partei in den städtischen Stimmbezirken, aber nur in Ausnahmefällen, bereits Elemente der Massenmobilisierung. Diese orientierten sich bezeichnenderweise, so schätzten es die zeitgenössischen Beobachter ein – ob mit abwertendem Konnotat oder nicht, sei dahingestellt – an amerikanischen und englischen Vorbildern: Dazu gehörten Plakatträger, der Einsatz von Pferdeomnibussen für den Transport der Wähler, großflächige Anschläge und, sehr wesentlich unter dem neuen allgemeinen und gleichen Wahlrecht, die Bereitstellung von Stimmzettelverteiltern vor den Wahllokalen, die von den politischen Parteien gedruckte Wahlzettel an die Stimmberechtigten in werbender Absicht ausgaben. Die Kolporteure im liberalen Lager rekrutierten sich dabei aus den Vertrauensmännern, die von angeworbenen oder besoldeten Personen unterstützt wurden. Die Finanzierung des Wahlkampfes wurde von den Wahlkomitees getragen, die ihre Fonds während Veranstaltungen und durch Privatspenden ansammelten. Da die Wahlstätigkeit aber doch meist wenig intensiv war und in der Regel auch nicht sonderlich hohe Beträge erforderte, konnten die notwendigen Geldmittel ohne weiteres aufgebracht werden.¹²

Die mit großer Leidenschaft ausgetragenen politischen Konflikte in der Reichsgründungsära etwa zwischen der partikularistischen welfischen Bewegung und den Nationalliberalen in Hannover nach der Annexion von 1866 oder auch der Kulturkampf der 70er Jahre führten auf der wahlinhaltlichen Ebene zu einer Freisetzung von Emotionen im politischen Streit. Die

¹⁰ L. BERGSTRÄSSER, 1912, S. 245.

¹¹ Siehe P. STEINBACH, *Politisierung der Region*, 1982, S. 916.

¹² Siehe K. E. POLLMANN, 1985, S. 122, für Berliner Wahlkreise bei den Wahlen von 1867.

Konkurrenz der involvierten Parteien hatte gerade auch wegen des allgemeinen und gleichen Wahlrechts politisierende und polarisierende Wirkung. Inwieweit fügten diese Konflikte um die »innere Nationsbildung« modernisierende Elemente in die etablierte organisatorische Wahlkampfbarkeit und -methodik der politischen Gruppen ein?

Im Hinblick auf die Wahlen zum Konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes am 12. Februar 1867 gründeten die hannoverschen Nationalliberalen im Dezember 1866 ein Zentralwahlkomitee für die Provinz; seine Hauptaufgabe war die Koordination des Wahlkampfes.¹³ Sie konnten dabei an die alte Organisation des Nationalvereins anknüpfen. Die oppositionellen Annexionsgegner waren eine politisch heterogene Gruppe; sie setzte sich aus Anhängern der Welfendynastie und großdeutsch orientierten Katholiken, die in einigen Wahlkreisen Hannovers eine bedeutende Minderheit darstellten, zusammen. Die Opposition tat sich schwer, eine der nationalliberalen vergleichbare Wahlorganisation zu bilden; jene gewann dadurch einen kleinen Vorsprung vor ihren partikularistischen Widersachern. In Göttingen z.B. wurde erst nach den Wahlen von 1867 mit kurzzeitigem Mobilisierungserfolg eine welfisch orientierte »Deutsche Partei« gegründet, diese löste sich im selben Jahr aber schon wieder auf.¹⁴ Erst 1870 konnten die Welfen mit dem »Hannoverschen Wahlverein« eine Konkurrenz zu den nationalliberalen Komitees bilden. Dieser entwickelte sich in der Folgezeit gleichwohl zu einer permanent arbeitenden Organisation mit einem Zentralorgan an der Spitze, was im Vergleich zur Arbeit anderer politischer Gruppierungen, nicht allein der Nationalliberalen, sehr bemerkenswert ist. Der Wahlverein sammelte Beiträge und Spendengelder zur Finanzierung der Wahlkämpfe ein, erließ politische Richtlinien und koordinierte den welfischen Wahlbetrieb in der Provinz.¹⁵ Die Nationalliberalen gründeten in Hannover erst nach der Jahrhundertwende vergleichbare Wahlvereine. Allerdings war ihre politische Dominanz bisweilen so übermächtig, daß sie sich diese phlegmatische Haltung leisten konnten; in Hannover holten die Nationalliberalen im reichsweiten Vergleich stets die meisten ihrer Mandate. Die Wahlarbeit der politischen Gruppen während des Annexionsstreits verlief ansonsten weiter in den etablierten Bahnen. Sie wurde von Honoratioren, auf welfischer Seite meist eingesessenen Adligen, auch in der organisatorischen Gestaltung bestimmt und war von heftigen Pressefehden begleitet.¹⁶

Der Kulturkampf als Auseinandersetzung der ultramontanen katholischen Kirche mit dem modernen säkularen Staat sowie dem Liberalismus äußerte sich nicht zuletzt in einer Übertragung katholischen Massenprotests

¹³ Zu Wahlkämpfen im Hannover des Annexionsstreits H.-G. ASCHOFF, 1987, S. 42–64.

¹⁴ Siehe Th. WEHBER, 1995, S. 185.

¹⁵ H.-G. ASCHOFF, 1987, S. 87.

¹⁶ Siehe ebd., S. 52–63, für kurze Wahlkampfbeschreibungen in den 19 hannoverschen Wahlkreisen; zur nationalliberalen Wahlkampforganisation in der Folgezeit auch Th. WEHBER, 1995, S. 106 ff., 174 ff.

gegen Kampfgesetze und Ausgrenzung in Stimmen für die Zentrumspartei. Insofern bedeutete der Kulturkampf zugleich auch Wahlkampf in Permanenz.¹⁷

Die Wahl­tätigkeit für die Zentrumspartei und die politische Mobilisierung ihrer Klientel stützten sich traditional auf das festgefügte katholische Milieu, das im konfessionellen Vereinswesen und weit mehr noch in Kirche und Klerus eine organisatorische Klammer besaß. Der Kulturkampf festigte den wahlrelevanten Zusammenhalt in der katholischen sozialen und politischen Lebenswelt, die schon vor Etablierung der Zentrumspartei 1870 eine Milieuwählerschaft hervorgebracht hatte.¹⁸

Das Zentrum wurde keine Mitgliederpartei und organisierte nicht das katholische Wahlvolk. Es entstand auf der nationalen Ebene als Fraktion von katholischen Honoratioren. Die wahlpolitische Aktionsrichtung des politischen Katholizismus und seiner Mandatsträger blieb dabei stets defensiv, auf Verteidigung der Anzahl sicherer Stimmbezirke ausgerichtet. Die Partei war vorrangig nicht am Ausbruch aus dem »Zentrumsturm« und an der Rekrutierung neuer, nicht-katholischer Wählergruppen orientiert. Sie blieb an der konfessionell konsensualen Mobilisierung der eigenen Klientel zum Urnengang interessiert.¹⁹

Vom Zenit katholischer Wahlerfolge im Jahr 1874, der mit dem Höhepunkt des Kulturkampfes zusammenfiel, bis zu den letzten Wahlen im Kaiserreich 1912 mußte das Zentrum von Wahl zu Wahl mehr um seinen prozentualen Stimmanteil an der Zahl der Wahlberechtigten bangen: dieser sank von 27,9 auf schließlich 16,4 Prozent (1871 machten die Katholiken rund 30 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung aus). Im gleichen Zeitraum fiel der Anteil der Katholiken, die Zentrum wählten, von 83 auf 54,6 Prozent. Die regionale Konzentration der katholischen Wählerschaft und des katholischen Milieus sorgte demgegenüber aber kontinuierlich für die höchste Zahl an Direktmandaten im Vergleich zu anderen Parteien: von 1874 bis 1912 zogen 73 von jeweils 91–106 Zentrumsabgeordneten gleich im Ersten Wahlgang in den Reichstag ein.²⁰ Dies war einerseits ein kaum zu überschätzendes Plus für die Zentrumspartei, leistete andererseits aber eher retardierenden Momenten Vorschub, wenn es galt, nach Abflauen des Kulturkampfes ein Erfordernis für intensivierte Wahlarbeit zu erkennen bzw. mehr Initiative in der Wahlwerbung zu zeigen.

Das vielgliedrige katholische Vereinswesen wirkte – wie bereits erwähnt – neben seiner milieubindenden Kraft als eine organisatorische Stütze der Zentrumspartei im Wahlgeschehen und auch zwischen den Wahlen.²¹ Diese

¹⁷ P. H. H. LEPPER, 1967, S. 403 ff.; vgl. J. SPERBER, *Popular Catholicism*, 1984, S. 253 f.

¹⁸ J. SPERBER, *Popular Catholicism*, 1984, S. 253.

¹⁹ Siehe die Bemerkung bei M. L. ANDERSON, 1988, S. 270 f.

²⁰ Siehe G. A. RITTER/M. NIEHUSS, 1980, S. 38 ff.

²¹ W. HALDER, 1995, S. 392 ff., bewertet in einer neueren Arbeit im Gegensatz zu U. MITTMANN, 1976, bzw. Th. NIPPERDEY, *Organisation*, 1961, die Bedeutung des katholischen Vereinswesens für die Wählermobilisierung weniger deutlich. Der politische Katholizis-

Vereine – etwa Missionsvereine, karitative Vereine oder katholische Lesevereine –, deren Generalversammlung, die Katholikentage, als Parteitage des Zentrums zu bezeichnen sind²², waren nach Pfarreien organisiert und erlangten eine große soziale Reichweite.²³ Daneben versuchte etwa die in Baden entstandene Casinobewegung als Keimzelle des organisierten politischen Katholizismus zu wirken. Komiteeähnlich verfaßt und mit bildungsbürgerlichen und klerikalen Honoratioren besetzt, trafen ad hoc zu den Wahlen gebildete Casinos Vorbereitungen wie etwa die Kandidatenkür, sie betrieben Agitation und strebten an, eine permanentere Organisation mit Zweigkomitees aufzubauen. Die Casinobewegung blieb nicht auf Baden beschränkt; ein typisches Beispiel dieser katholischen Wahlkomitees ist etwa auch das Fuldaer »Schwarze Casino der Männergesellschaft Monte Nuovo« von 1867.²⁴

Der Vorteil des Zentrums, ein dichtes und festgefügtes Vereinsnetz zu besitzen, das wesentlich zu den Wahlerfolgen beitrug, behinderte allerdings die Entwicklung »autonomer Parteistrukturen«.²⁵ Permanent arbeitende Organe des Zentrums, die nicht allein aus Anlaß einer Wahl gegründet wurden, konnten im katholischen Milieu nur schwer verankert und etabliert werden. Dies blieb auch so, als sich der politische Katholizismus auf die Herausforderung des sich abzeichnenden »Marktes der Massen« vorbereiten mußte. Gleichwohl entstand potenter Ersatz, als im Zuge der Industrialisierung und Säkularisierung sowie in Reaktion auf die politische Arbeiterbewegung die katholische Vereinsbewegung zum politisierten Massenphänomen wurde. Dazu ging sie über die Brücke der katholischen Berufsvereine und deren 1890 gegründetes »Koordinationszentrum«, den Volksverein für das katholische Deutschland. Es dauerte derweil aber noch etwa ein Jahrzehnt, bis der Volksverein Akzeptanz erlangen und moderne Massenwahlkultur in den politischen Katholizismus tragen konnte.²⁶

mus habe sich im Wahlkampf nicht vorrangig auf konfessionelle Vereine gestützt oder diese ganz selbstverständlich für Wahlzwecke benutzt. Das katholische Vereinswesen habe sich selbst als unpolitisch verstanden und sei auch bei Wahlen kaum engagiert gewesen – politische Vereine seien eine Randerscheinung geblieben, die durch den Klerus keine Förderung erfahren hätten. Die Thesen W. HALDERS sind anregend, bleiben aber diskussionswürdig.

²² Th. NIPPERDEY, *Organisation*, 1961, S. 283.

²³ S. WEICHLEIN, 1996, S. 228.

²⁴ Ebd., S. 209f.

²⁵ M. L. ANDERSON, 1988, S. 267; vgl. jetzt H. LEPPER, 1998, S. 27f. und 42–47, in bezug auf die rheinische und westfälische Organisation des Zentrums, deren oberste Gremien noch nach 1884 kaum permanente, eher »lose, mehr willkürliche Einrichtungen« waren (Zitat S. 42). Auch enthielten die jeweiligen Parteistatuten keine Regelungen im Hinblick auf nachgeordnete Ortsvereine. Karl Trimborn beurteilte die Parteiorganisation noch 1894 als »oberfaul« (S. 44). Allerdings kannte das westfälische Zentrum permanent tagende Kreiskomitees.

²⁶ Siehe H. HEITZER, 1979, S. 156f., zu Forderungen der Volksvereinsführung nach intensiverer Wahlarbeit noch im Jahre 1901.

Bis dahin war katholischer Wahlkampf primär Sache des Klerus und der ultramontanen Kirche. Die geistlichen Würdenträger waren *der* integrale Bestandteil der Wahlstätigkeit für den politischen Katholizismus.²⁷ Obwohl die Wahlbeeinflussung in Ausübung des kirchlichen Amtes unter der Kulturkampfgesetzgebung bzw. dem »Kanzelparagraphen« bei Strafe untersagt war und zu einem Politikum ersten Ranges wurde, sind Beispiele geistlicher Wahlbeeinflussungen Legion.²⁸ Sie äußerten sich zumeist in Hirtenbriefen²⁹, aber auch im »Predigtmißbrauch«, indem etwa vom Pfarrer in der Kirche Androhungen für das Seelenheil der Anwesenden gemacht wurden, falls sie nicht für den Zentrums kandidaten stimmten.

Dennoch: Die Kirchenorganisation bediente sich neben direkt wirkenden, manipulativen Stilmitteln auch der Methodik des offenen Wahlwerbens. Die »Modernisierung« der katholischen Wahlarbeit ging mit der anti-modernistischen Stoßrichtung des Ultramontanismus ein pragmatisches Bündnis ein. Die Wahlstätigkeit des Klerus beschränkte sich nicht ausschließlich auf die sonntägliche politisierende Kanzelbotschaft. Die kirchlichen Würdenträger nahmen auch aktiv am parteipolitischen Leben teil und führten damit die Katholikenpartei und ihre Wähler auf ihre Weise ein gutes Stück an die wahlkampforganisatorische Moderne heran. Bischöfe, Pfarrer und Kapläne arbeiteten in Wahlkomitees bei der Kandidatenaufstellung mit, nahmen an Wahlversammlungen teil, stellten sich als Parlamentskandidaten zur Verfügung. Im Wahlkampf verteilten sie Flugblätter, lieferten Beiträge zu katholischen Zeitungen und betrieben Haus-zu-Haus-Agitation. Am Wahltag stand der Pfarrer vor dem Wahllokal und versicherte sich der politischen Einstellung seiner Gemeindemitglieder. Nicht selten wurden dabei auch gegnerische Stimmzettel eingesammelt.³⁰ Die Kirchenorganisation bediente sich neben direkt wirkenden manipulativen und wahlkampftraditionalen Stilmitteln somit auch der Methodik des offenen Parteiwerbens. Un-

²⁷ Die Bedeutung und die Rolle des Klerus als Wahlkämpfer für das Zentrum sollte im erweiterten Rahmen der Kontroverse um die Modernität des politischen Katholizismus betrachtet werden. Den »autoritär-reaktionären« Charakter der Partei betont in diesem Zusammenhang sehr stark Ch. WEBER, 1992, S. 100–140; vgl. dagegen die Beiträge von W. BECKER, *Christliche Parteien*, 1984; *Modernismus*, 1994. W. BECKER charakterisiert das Zentrum, mit einigem Recht, als »Wegbereiter der modernen Demokratie«, vor allem sei es kein »Instrument kurialer Machtpolitik« gewesen. In der Tat war das Ergebnis klerikalen Wahlkampfes eher ambivalent, indem er »ultramontane« Inhalte mit zum Teil modernen Stilmitteln verbreitete (siehe hierzu unten).

²⁸ Siehe Ch. WEBER, 1992, S. 75 ff.; J. BERTRAM, *Wahlen*, 1964, S. 194 ff.; S. SUVAL, 1985, S. 70; Th. NIPPERDEY, *Organisation*, 1961, S. 265 ff.; Th. KÜHNE, *Dreiklassenwahlrecht*, 1994, S. 103 f.; O. BLASCHKE, 1996, S. 110 f.; sowie die zeitgenössische Kompilation von H. BODEWIG, 1909; Bodewig war Mitglied des Evangelischen Bundes. Ferner auch W. GRAF, 1973.

²⁹ Ch. WEBER, 1992, S. 106 f.

³⁰ Siehe die Beispiele bei O. BLASCHKE, 1996, S. 114 f.; letzteres geschah sowohl unter dem öffentlichen als auch dem geheimen Wahlrecht, siehe Th. KÜHNE, *Dreiklassenwahlrecht*, 1994, S. 104.

ter der Druckglocke des Kulturkampfes entwickelte sich aus dieser Mixtur eine eigenwillige und eigenartige, katholische Handschrift der Wahlarbeit. Diese wurde nach der Jahrhundertwende im Zeichen der doppelten Herausforderung durch die sozialistische Arbeiterbewegung und massenpolitische Organisations- und Aufklärungsformen allmählich durch das Wirken des Volksvereins für das katholische Deutschland um eine weitere moderne Komponente ergänzt.

Initiator moderner Wahlkampfführung und massenorganisatorischer Arbeit im deutschen Parteiensystem war die Sozialdemokratie. Die zunehmenden Mobilisierungserfolge der Arbeiterbewegung übten Mobilisierungsdruck auf die anderen politischen Lager aus. Die wirkungsmächtige und kontinuierliche Ausbildung der erfolgreichen sozialdemokratischen Wahlmaschine konnte allerdings erst in den 1890er Jahren, nach Nichtverlängerung des 1878 erlassenen Sozialistengesetzes erfolgen. Bis zum Erlaß der Ausnahmegesetzgebung hatten die drei Jahre zuvor in Gotha zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands zusammengeschlossenen Lassalleaner und Eisenacher 1877 nur ein einziges Mal Gelegenheit gehabt, als Gesamtpartei relativ ungehindert Wahlkampf zu führen. Seit 1878 wurden das sozialistische Vereinswesen und die Presse nahezu zerschlagen oder in die Konspiration gedrängt, Parteitage waren untersagt. Wahlwerbung und Wahlversammlungen blieben unter der »Freiheit der Wahl« zwar garantiert, jedoch war die Erlaubnis Auslegungssache, und über jeder sozialistischen Veranstaltung schwebte das Damoklesschwert der polizeilichen Auflösung.

Die Wahlkampforganisation der Partei wurde zu einem Zeitpunkt in ihren Grundfesten getroffen, als sie gerade erst begann, sich auszubilden und zu festigen und als auf lokaler Ebene bereits erste Erfolge erzielt werden konnten. Die »Trennung von bürgerlicher und proletarischer Demokratie« hatte dabei anfänglich noch nicht zu einer Scheidung von Stil und Form politischer Wahlwerbung und organisatorischer Tätigkeit zwischen Liberalismus und Arbeiterbewegung geführt. Die etablierten Instrumente partei- und wahlpolitischer Tätigkeit wie Komiteebildung, Pressearbeit und Wahlkampf mit Versammlungen und Flugblattverbreitung wurden wie die Vereinskultur selbst auch im entstehenden Milieu der Arbeiterbewegung aus dem bürgerlichen politischen und nicht-politischen Leben übernommen. Die Wahlwerbung und wahlrelevante Organisation waren in den ersten Jahren sozialdemokratischer Existenz überhaupt der einzige Rahmen, sich angesichts von Organisationshemmnissen politisch in gemeinsamer Arbeit zu betätigen.³¹

Die Sozialdemokratie war in den 1870er Jahren noch keine Massenbewegung und sie erzielte nur eine relativ bescheidene Zahl an Mandaten: 1871 erhielten beide sozialistischen Parteien etwa 3,2 Prozent der Wählerstim-

³¹ Siehe G. A. RITTER/K. TENFELDE, 1992, S. 818 ff.; zur frühen Organisation der Sozialdemokratie Th. NIPPERDEY, Organisation, 1961, S. 294 ff.

men, 1874 6,8 Prozent. Und zu Beginn der Legislaturperiode 1871 hatten sie gerade ein einziges Mandat erringen können – August Bebel gewann im 17. sächsischen Bezirk, Glauchau-Meerane, gegen einen Kandidaten der Fortschrittspartei.³² Gleichwohl waren neben dem Wahlsieg Bebels etwa auch in den Norddeutschen Großstädten Berlin, Hamburg und Bremen oder in Sachsen auf Landesebene Achtungserfolge erzielt worden. Diese beruhten auf einer im Vergleich zu anderen Parteien intensiveren und besser organisierten Wahlarbeit.³³ Zugleich verfeinerten die Sozialdemokraten die Mittel, bauten auf die Begeisterung und Disziplin ihrer Mitglieder und Anhänger und stellten Querverbindungen zu den entstehenden sozialistischen, Freien Gewerkschaften her. Dieses Muster, das die ersten Ansätze eines Massenwahlkampfes zeigt, wurde vor allem nach der Parteieinigung 1875 verbessert. Bereits im Jahr zuvor waren die Lassalleaner in Berlin in der Lage gewesen, einen gut organisierten Wahlkampf zu führen, wobei sie 27,7 Prozent der Wählerstimmen erzielten. Über ein Komitee, Volks- und Zielgruppenversammlungen, effektive Flugblattverbreitung und Stimmzettelverteilung wurde das »Modell der sozialdemokratischen Wahlmaschinerie« geschaffen.³⁴ Die Bremer Sozialdemokratie konnte 1877 ebenfalls durch organisatorische Mittel der Wahlwerbung schon 35 Prozent der Stimmen erlangen. Im Hinblick auf die nächsten Wahlen wurde ein *Agitationskomitee* gegründet, das wöchentlich unter Vorsitz des Wahlkreiskandidaten tagte und die gestraffte Organisation der Partei leitete. Zugleich wurden Werbung und Agitation der Partei sowie der Gewerkschaften miteinander gekoppelt. Ein *Festkomitee* diente einem ähnlichen Zweck. Partei- und öffentliche Volksversammlungen sowie Veranstaltungen der Freien Gewerkschaften mit den angeschlossenen Hilfskrankenkassen folgten. Die bislang politisch dominierenden Nationalliberalen in Bremen waren angesichts der intensiven sozialdemokratischen Wahlwerbung zunächst konsterniert, dann zur Gründung eines Reichsvereins als Organisationsmittelpunkt genötigt. Bei öffentlichen Versammlungen der Sozialisten halfen den Liberalen die Kriegervereine, die als Störer der Veranstaltungen fungierten.³⁵

In Hamburg, wo die Sozialdemokratie 1874 schon 40 Prozent Stimmanteil erreicht hatte, war sie drei Jahre später in der Lage, einen Wahlkampf zu führen, der eine Vielzahl der wesentlichen Elemente späterer Mobilisierungskampagnen aufwies.³⁶ Den Auftakt zum sozialdemokratischen Wahlkampf in Hamburg bildeten Massenversammlungen, in denen die Parteiprominenz wie Wilhelm Liebknecht und Karl Grillenberger zur Unterstützung der zuvor in einer Wählerversammlung ernannten Wahlkreiskandidaten

³² Siehe G. A. RITTER/M. NIEHUSS, 1980, S. 38 ff.; vgl. F. SPECHT/P. SCHWABE, 1908, S. 229.

³³ Zu Berlin D. HERTZ-EICHENRODE, 1990; zu Bremen U. BÖTTCHER, 1953, S. 112 ff.; zu Hamburg H. LAUFENBERG, 1911/1931; zu Sachsen K. RUDOLPH, 1995; vgl. auch T. DÜRR/K. SCHMIDTKE, 1993.

³⁴ D. HERTZ-EICHENRODE, 1990, S. 224 f.; vgl. E. BERNSTEIN, 1907, Bd. I, S. 278 ff.

³⁵ U. BÖTTCHER, 1953, S. 112 ff.

³⁶ Siehe auch im folgenden H. LAUFENBERG, 1911, Bd. I, S. 604.

sprachen. Die Bewerber wiederum nutzten den Arbeiterbildungsverein zur Agitation. Ein wesentlicher Faktor sozialdemokratischer Wahlvorbereitung war die Wählerlistenkontrolle. Sie sicherte der eigenen Klientel die Möglichkeit, an der Wahl teilzunehmen und bot der SDAP die Chance, sofern die Kontrolle parteiorganisiert war, ihre potentielle Klientel per Haus-zu-Haus-Agitation ansprechen zu können. Die Wählerlisten, technische und administrative Grundlage der Wahl, erleichterten bei ihrer Überprüfung durch Parteimitglieder den Übergang zum Massenwahlkampf, wenn auch in einer nicht-anonymisierten Form.³⁷ 1877 scheinen in Hamburg die Kontrolle der Wählerverzeichnisse und der Protest gegen ungenaue Listenführung von dringender Notwendigkeit gewesen zu sein. Im Arbeiterwahlkomitee waren 50 »Angestellte« zwei Tage lang damit beschäftigt, 10000 Aufforderungen zur Reklamation an die Wähler zu senden; in den drei Hamburger Wahlkreisen waren 93 600 Personen stimmberechtigt.

Am Vorabend der Wahl fanden in Hamburg und Altona »eine Anzahl Riesenversammlungen« statt, am Wahltag selbst entwickelte sich »ein Treiben von beispielloser Rührigkeit: Fahnen flatterten in allen Farben vor den Wahllokalen. Heiße Würstchenverkäufer verkauften Bauer- und Hartmannwürste [die jeweiligen Kandidaten, d. V.]. Kinder sangen die Marseillaise.«³⁸

Da Konkurrenz den Wahlkampf belebte und wandelte, verlangten die Sozialdemokraten den liberalen Mandatsinhabern eine intensiviertere, parteiorganisierte Wahltätigkeit ab. Unter Mobilisierungsdruck suchten die Liberalen nach Wegen und Möglichkeiten, sich zu behaupten. Die Nationalliberalen Hamburgs reagierten, indem sie die sozialistische Wahlkampfpresion an ihre politische Klientel weiterreichten und mit Wahlschleppern arbeiteten. Dieser Schleppdienst³⁹ verband geschickt die traditionale, direkte Wählerbeeinflussung mit modernen Formen der Haus-zu-Haus-Agitation und des Stimmenfangs. Er war bereits mobil organisiert: »In Eimsbüttel, Pöseldorf, Hamm, Horn usw. fuhren den ganzen Tag die herrschaftlichen Equipagen, und selbst der in Lumpen gehüllte Arbeiter, der sonst wohl in seinem Leben noch nie in einem so feinen Fuhrwerk gesessen hatte, wurde darin aufgenommen und zur Wahlurne geführt.«⁴⁰ Die liberalen Schlepper wur-

³⁷ Siehe die Bemerkungen in Th. KÜHNE, Dreiklassenwahlrecht, 1994, S. 119 ff., zur wichtigen Funktion der Wählerlistenkontrolle beim Übergang zum Massenwahlkampf. KÜHNE betrachtet die Wählerlistenkontrolle, die einen Teil der »seriellen Einzelbearbeitung der Wählerschaft in Form des canvassing« bildete und mit der Haus-zu-Haus-Agitation einherging, als »Versuch der Parteien, ein Paradigma der parochial und elitär begrenzten Honoratiorenpolitik ins Zeitalter des national organisierten politischen Massenmarktes hinüberzureiten.« Unter den Bedingungen des Dreiklassenwahlrechts war ein solcher Versuch sicherlich von noch größerer Bedeutung als unter jenen des demokratischen Reichstagswahlrechts.

³⁸ H. LAUFENBERG, 1911, Bd. I, S. 609.

³⁹ Siehe Th. NIPPERDEY, Organisation, 1961, S. 41, zum Schleppdienst als liberaler Erfindung, den Mobilisierungsdruck der Sozialdemokratie zu parieren.

⁴⁰ H. LAUFENBERG, 1911, Bd. I, S. 609 f.

den im Gegensatz zu sozialdemokratischen Hilfskräften besoldet. Das Arbeiterwahlkomitee stellte fest, daß jeder liberale Schlepper auf dem Land am Wahltag 12 Mark erhielt, »außerdem bei jeder Stimme mehr als bei der vorigen Wahl für den Liberalen 30 Pfennig und für jede Stimme, welche der Volksmann weniger erhält ... 10 Pfennig«. Der Wahlkampf wurde für die Liberalen nicht zuletzt aus diesen Gründen zur Finanzfrage. Abhilfe konnten auf die Dauer nur Wahlhilfsorganisationen schaffen, die die erforderlichen Kräfte unentgeltlich zur Verfügung stellten.

Mit den Gegebenheiten des beginnenden Massenwahlkampfes hielt in Hamburg auch der parteiorganisierte »Wahlterror« Einzug. Die sogenannte Versammlungssprengung wurde nachgerade ein »harmloses Vergnügen«. Da die politische Versammlung sich mehr und mehr zu einer Parteiveranstaltung entwickelte und von jeder politischen Gruppierung gesondert umgesetzt wurde, bildeten sich Trupps zur Störung gegnerischer Versammlungen. So wurde eine sozialdemokratische Wahlversammlung in Cuxhaven, dritter hamburgischer Wahlkreis Geest- und Marschlande, dadurch aufgelöst, daß etwa 60 bis 70 Personen »mit großem Geräusch in den Saal drangen und mit Harmonikas, Krikris und anderen Klapperwerkzeugen einen derartigen Skandal machten, daß unser Redner nicht mehr durchdringen konnte.«⁴¹ Solche noch eher aus spontaner Motivation heraus entstandenen Versammlungsstörungen wurde bis zum Ende des Kaiserreichs für Parteiveranstaltungen schlechter und organisierter Usus; die Feststellung gilt für sämtliche politischen Lager. Mit der Zeit bildeten etwa die Sozialdemokraten »Sprengkolonnen«, die mit lautstarken Störern oder in anderen Fällen mit bis zu 1500 Personen in gegnerischen Versammlungen operierten. Lärmendes Toben und Zwischenrufe waren dabei noch eine der weniger ungebührlichen Formen der politischen Meinungsäußerung. Störaktionen konnten rasch in einem Handgemenge enden – oder aber in einem Sangeswettstreit zwischen spontan gebildeten »Parteichören«, die auf der einen Seite patriotische und auf der anderen sozialistische Lieder abwechselnd zum Besten gaben.⁴²

Die weit verbreitete sozialdemokratische Methodik, gegnerische Versammlungen zur Selbstdarstellung zu nutzen und die behördliche Sprengung bewußt in Kauf zu nehmen, war in der Ära des Sozialistengesetzes entwickelt und perfektioniert worden. Da Veranstaltungen der Partei aus wichtigsten Anlässen verboten oder aufgelöst wurden, nahmen die Sozialdemokraten zum einen in sogenannten Corpora-Versammlungen Ausflucht, die etwa als Landparteien von Funktionären und Mitgliedern getarnt wurden.⁴³ Oder sie hielten sich zum anderen in gegnerischen Veranstaltungen

⁴¹ H. LAUFENBERG, 1911, Bd. I, S. 608.

⁴² Aus der nahezu unüberschaubaren Vielzahl der Beispiele von Versammlungsstörungen siehe etwa National-Zeitung, 20. 1. 1907; 3. 2. 1907.

⁴³ Siehe D. HERTZ-EICHENRODE, 1990, S. 225 ff.; vgl. Th. NIPPERDEY, Organisation, 1961, S. 306 ff., zur Bedeutung der Corpora und zur Parteiorganisation unter dem Sozialistengesetz.

schadlos und nutzten diese als agitatorisches Trittbrett. Zur Heiterkeit der sozialistischen Diskussionsredner und Versammlungsteilnehmer führten ihre Beiträge oder Unmutsäußerungen manches Mal zu der ungewöhnlichen Maßnahme überforderter Überwachungsbeamter, auch liberale oder freisinnige Veranstaltungen unter Berufung auf die Bestimmungen des Sozialistengesetzes aufzulösen.⁴⁴

Im Rahmen der Flugblattverbreitung erlernten die sozialdemokratischen Kolporteure, gesetzliche Verbote und Hindernisse durch perfekt und flink organisierte Arbeit zu umkurven. In Hamburg wurden während der Bewegung zu den Septennatswahlen 1887 »in großer Menge Flugblätter verbreitet, deren Austeilung so überraschend schnell erfolgte, daß andern Tags die Presse erstaunt berichtete, in einer großen Wirtschaft beispielsweise, die von Gästen überfüllt gewesen, habe plötzlich auf jedem Tisch ein Flugblatt gelegen, ohne daß es der Menge, unter deren Augen der Vorgang sich abspielte, gelungen wäre, einen der Austeiler zu erkennen oder anzuhalten.«⁴⁵ In den Jahren des Sozialistengesetzes verfeinerten die Sozialdemokraten die Fertigkeiten der »Kleinarbeit«, die ihnen nach 1890 einen großen Vorsprung vor anderen politischen Gruppen einbrachten. Diese unerläßliche Tätigkeit von Hilfskräften und Agitatoren, die eigentliche Mobilisierung der Massen durch Massenorganisation, wurde bis ins letzte Detail perfektioniert.

Zur organisatorischen Fertigkeit trat in der Arbeiterbewegung schließlich das psychologische Moment für politisches Wirken, das mit einer Selbstverständlichkeit geleistet wurde, die jede monetäre Motivation übertraf. Als am Wahltag in Hamburg 1887 stundenlanger Regenschauer niederging, »blieben die Werber der Sozialdemokratie auf ihrem Posten. Während die Plakatträger der anderen Parteien ... sich in Türen und Flure zurückzogen, wichen die Träger der Sozialdemokratie im ärgsten Platzregen, bis auf die Haut durchnäßt, nicht von den Straßen.«⁴⁶

Der Wahlkampf der Sozialdemokratie war nicht nur ein Kampf um Mandate im Parlament. Vielmehr nutzte die Partei die Möglichkeit, mit Hilfe des allgemeinen und gleichen Wahlrechts die Stimmenstärke ihrer wachsenden Anhängerschaft gegenüber der bürgerlichen Reichsöffentlichkeit zu demonstrieren. Massenorganisation, Agitation und Aufklärung der Mitglieder und Sympathisanten waren unentbehrliche Mittel zur Gewinnung politischer und parlamentarischer Macht. Diese aus dem Verlangen nach sozialer und politischer Emanzipation der Arbeiterbewegung erwachsene Taktik bestimmte die Formen der Organisation und war mit den Erfahrungen unter der Ausnahmegesetzgebung ursächlich für die Anfänge massenorganisierter Wahlwerbestrategien. Die Sozialdemokratie blieb, wie Thomas Nipperdey

⁴⁴ Siehe die illustren Beispiele bei H. LAUFENBERG, 1931, Bd. II, S. 405; vgl. zu Berlin H. REIWALD, 1903, S. 18.

⁴⁵ Siehe H. LAUFENBERG, 1931, Bd. II, S. 404.

⁴⁶ H. LAUFENBERG, 1931, Bd. II, S. 409.

betont hat, »bewußt auch außerparlamentarischer Kampf- und Agitationsverband, und danach richtete sich ihre Struktur.«⁴⁷

Auch die alten konservativen Eliten gerieten infolge der organisatorischen Initiative der Sozialdemokratie und vor allem auch wegen des agrarischen Protests angesichts der Krise der Landwirtschaft in den ausgehenden 1880er Jahren zunehmend unter Mobilisierungsdruck. Die Honoratioren der Deutsch-Konservativen Partei hatten sich während einer Wahlbewegung stets auf ihre lokale Autorität gestützt bzw. behördliche und amtliche Wahlhilfe zu ihren Gunsten nutzen können. Zur Wahlkampfintensivierung und -modernisierung waren die von parteiorganisatorischen Problemen geplagten Konservativen als politische Gruppierung »ohne Unteroffiziere und Mannschaften« nicht in der Lage und vielleicht auch nicht willens. Ihre Führungsschicht aus meist adligen, autokratischen Gutsbesitzern verabscheute es, in eine Parteienkonkurrenz um das »eigene Volk« einzutreten.⁴⁸

Die agrarische Protestbewegung organisierte sich 1893 in einer der erfolgreichsten pressure groups des Kaiserreichs, dem Bund der Landwirte. Der Bund wurde vor allem in Preußen zur interessenverbandlichen Wahlkampfstütze der Konservativen und drängte dabei die behördliche Wahlhilfe beiseite. Das Verhältnis zwischen BdL und Parteihonoratioren war jedoch eher ambivalent. Die alten Eliten vermochten zwar, das agrarische Protestpotential durch Übernahme von Führungspositionen im Verband zu bändigen, der agrarische Populismus »verformte« allerdings konservative Ideologie und Politik, er machte sie antigouvernementaler und radikaler, nationalistischer und rasch auch antisemitischer.⁴⁹

Der Bund der Landwirte wurde schnell zur Massenorganisation; 1894 zählte er bereits 201 000 Mitglieder. Die Organisation war zentralistisch und hierarchisch aufgebaut und zur effektiven Wahlarbeit ausgegliedert, denn die annähernd 30 000 Ortsgruppen waren nach Wahlkreisen zusammengefaßt. Der Bundesapparat besaß ein Wahlkampfbüro und betrieb eigene schriftliche und mündliche Wahlwerbung. Die Wahlkampfunterstützung des Bundes wirkte über agitatorische Mittel mobilisierend, aber auch disziplinierend im Rahmen traditionaler Stilmittel zur Herstellung eines Erfolgschaftsdrucks. Dies galt sowohl für die unterstützten Kandidaten als auch für die Wählerklientel. Begehrte der Bewerber um ein Reichstagsmandat finanzielle und propagandistische Hilfe des BdL, war er gehalten, sich

⁴⁷ Th. NIPPERDEY, *Organisation*, 1961, S. 293.

⁴⁸ Siehe J. N. RETALLACK, 1988, S. 23–28, zur schlechten Parteidisziplin der Konservativen in den 1880er Jahren; vgl. H.-U. WEHLER, *Gesellschaftsgeschichte*, 1995, Bd. III, S. 919, zur Wählermobilisierung der Konservativen Partei.

⁴⁹ Zum Bund der Landwirte H. J. PUHLE, *Agrarische Interessenpolitik*, 1975; H.-P. ULLMANN, *Interessenverbände*, 1988, S. 89–94; Th. NIPPERDEY, *Deutsche Geschichte*, 1992, Bd. II, S. 583–589, 537 ff.; DERS., *Interessenverbände und Parteien*, 1961; J. N. RETALLACK, 1988.

schriftlich auf das Bundesprogramm zu verpflichten. Ein solches imperatives Mandat nahmen 1898, bei den ersten Reichstagswahlen mit Bundesengagement, 118 Abgeordnete meist der Konservativen Partei wahr.

Der wirtschaftliche und soziale Boykott, mit dem der Bund der Landwirte im transparenten ländlichen Milieu das Wahlverhalten beeinflusste, konnte für die Betroffenen bedrohliche Folgen annehmen. Manchem Gewerbetreibenden etwa, der unter dem nicht-geheimen preußischen Landtagswahlrecht öffentlich und gemäß seiner Überzeugung für eine gegnerische Partei eintrat, wurde mit einem geschäftsschädigenden Boykottaufwurf des BdL letztlich auch die Abgabe eines nicht-agrarischen Stimmzettels unter dem geheimen Reichstagswahlrecht vergällt.⁵⁰ Diese agrarische Handschrift der Wahlwerbung ließ den Bund der Landwirte in den 1890er Jahren auf organisatorischem und wahltechnischem Gebiet zu einer der erfolgreichsten Massenorganisationen neben der Sozialdemokratie aufsteigen.

Seine Organisation, die systematische und kontinuierliche Wahlarbeit sowie die durchschlagende Taktik verliehen dem BdL Macht und Kontinuität, die anderen Gruppen agrarischen – und antisemitischen – Protests fehlten. Der antisemitische Populismus etwa eines Otto Böckel in Hessen oder eines Hermann Ahlwardt in Preußen stützte sich nicht auf organisierte Massengesellschaft, sondern klebte an schillernden, rhetorisch versierten, charismatischen Leitfiguren. Er verlor an Bedeutung, wenn deren Stern verblaßte oder die ökonomischen Umstände den bäuerlichen Protest dämpften und den offenen Antisemitismus zu einem latenten wandelten.⁵¹ Otto Böckel gelang es zwar mit dem Mitteldeutschen Bauernverein über 400 Ortsgruppen zu gründen, die 1890 15 000 Mitglieder organisierten. Der »Bauernkönig« konnte sein Reich in Hessen aber nicht aus eigener Kraft finanzieren; überdies war er in Skandale verwickelt, die seinen Ruf auf Dauer ruinierten.⁵²

Solche populistischen Bewegungen fanden auf dem politischen Massenmarkt des Kaiserreichs nur einen regionalen Nischenplatz. Bevorzugt agitierten sie zumal in jenen Wahlkreisen, die von etablierten lokalen Parteihonoratioren überhaupt nicht bearbeitet wurden. Böckel eroberte seinen Marburger Wahlkreis 1887 gegen die alteingesessene konservative Konkurrenz zunächst einmal aus dem Grund, daß er überhaupt kandidierte und seine Gegner herausforderte.⁵³ Sodann war sein Wahlkampf für die bäuerliche Bevölkerung Hessens ungewöhnlich, neu und unwiderstehlich. In

⁵⁰ Siehe Th. KÜHNE, Dreiklassenwahlrecht, 1994, S. 82–87, ausführlich zum »Wahlterror« des BdL, der im übrigen von ähnlichen Maßnahmen des Fortschritts in Ostpreußen vor der »konservativen Wende« gelernt hatte. Der BdL potenzierte diesen Terror freilich durch die Macht seiner Organisation und seiner Presse.

⁵¹ Siehe zu antisemitischen Bewegungen und Wahlkämpfen R. S. LEVY, 1975, S. 56 f.; S. SUVAL, 1985, S. 153; D. BLACKBOURN, Populists and Patricians, 1987, S. 122 f.; zu Hessen insbesondere H. NUHN, 1990, S. 65 ff.

⁵² Siehe S. SUVAL, 1985, S. 153.

⁵³ D. BLACKBOURN, Populists and Patricians, 1987, S. 124; vgl. G. ELEY, Reshaping, 1980, S. 23.

einem Wahlkreis, in dem sich der konservative Kandidat während der Wahlbewegung auf Geheimverhandlungen mit einflußreichen Persönlichkeiten beschränkte, zog Böckel mit Musikkapellen und Fackelzügen über die Dörfer. Er führte seine Kampagne unter den Revolutionsfarben von 1848 und bot einfache Lösungen für die Probleme der bäuerlichen Bevölkerung an.⁵⁴ Die Siege Böckels waren mithin auch eine Stilfrage und stellten durchaus eine Facette moderner Wahlkampfführung dar. Sie beruhten auf personalisierten und persönlichkeitsorientierten Kampagnen im Zeitalter der Massen, im Grunde auf modernisierter Honoratiorenpolitik. Sie waren plump und ohne tiefgreifenden Anspruch in ihrer inhaltlichen Aussage, aber wahlorganisatorisch ansprechend. Auf die Dauer hatten antisemitische Politiker im Kaiserreich jedoch nur Aussicht auf permanente Wahlerfolge, wenn sie mit Massenorganisationen im Wahlkampf kooperierten, bei diesen unterschlüpfen oder die aufkeimende Mittelstandsbewegung als agitatorischen Nährboden nutzten.⁵⁵ In diesem Falle aber verschwamm die Kontur populistisch angehauchter Honoratiorenpolitik, und ihr Wahlkampfstil mußte sich der Massenwahlkultur einer Organisation anpassen.

Nicht zuletzt geriet auch die Wahlbeeinflussung der Reichs- und Landesregierungen im Zeichen des Wandels vom Honoratioren- zum Massenwahlkampf unter Anpassungsdruck. Die gouvernementale Wahlintervention hatte sich stets ausgedehnter amtlicher »Wahlmache« befleißigt. Sie nutzte Wahlreisen der hohen und mittleren Staatsbürokratie zur individuellen Bearbeitung der lokalen Honoratiorenschaft eines Wahlkreises, bediente sich des Beamtenerlasses von 1882, der das politische Verhalten der Staatsdiener regelte, und nutzte die Möglichkeiten wahlrechtlicher und wahlgeometrischer Manipulationen. In letzterem Fall wurden die Wahlbezirke so zugeschnitten und abgegrenzt, daß die regionale und lokale Verteilung der potentiellen Wahlklientel den regierungskonformen Parteien zu Mehrheiten verhelfen konnte.

Diese tradierten Formen der Wahlbeeinflussung wurden gelegentlich durch erste Versuche zu organisierter Massenwahl­tätigkeit begleitet. In den 1880er Jahre begannen die Staatsbehörden, ihr Instrumentarium zur Wahlintervention systematisch dahingehend zu ergänzen, daß sie regional mit breit angelegten Flugblattaktionen arbeiteten⁵⁶ und das politische Potential einer halb-offiziösen Massenorganisation, des Kriegervereinswesens, mobilisierten. Der vereinsorganisierte Zusammenschluß von Veteranen und Reservisten wurde – vor allem innerhalb des Preußischen Landeskriegerverbandes – konsequent politischem Nutzen zugeführt, indem die zahlreichen Verbände Schritt für Schritt zentralistischer gegliedert, an die staatlichen Verwaltungseinheiten angeglichen und damit der Einwirkung der königlichen Behörden »im Kampf gegen die Ausbreitung der Sozialdemokratie«

⁵⁴ R. S. LEVY, 1975, S. 65 f., zur Beschreibung der Böckelschen Kampagne.

⁵⁵ S. SUVAL, 1985, S. 156.

⁵⁶ H. W. STEIL, 1961, S. 238 ff.

ausgesetzt wurden.⁵⁷ Auf welch enorme Massen männlicher Staatsbürger die Behörden politischen Einfluß zu nehmen suchten, geben die Mitgliederzahlen der seit 1900 im Kyffhäuserbund der deutschen Landeskriegerverbände organisierten Veteranen und Reservisten wider: 1900 zählten die Landesverbände insgesamt 1,84, 1906 2,29 und 1911 2,7 Millionen Mitglieder.

Die lokalen Vertretungen der Kriegervereine führten keinen Wahlkampf wie etwa die Ortsgruppen einer politischen Partei, sie waren vor allem selbst Wählerpotential, und die Wählermobilisierung spielte sich innerhalb ihrer Reihen ab. Der »Wahlkampf« in den Vereinsorganisationen verhartete dabei im Grunde auf dem Prinzip von Befehl und Gehorsam, begleitet von dem Appell an das Pflichtgefühl der zum überwiegenden Teil aus den klein- und unterbürgerlichen Schichten der Reichsgesellschaft stammenden Mitglieder gegenüber dem Monarchen und der Nation. Das parteipolitische Spektrum, das dem Kriegervereiner zur Auswahl blieb, war damit abgesteckt: Die Vereine sollten, wie der Zweite Vorsitzende des Kyffhäuserbundes, Professor Alfred Westphal, schrieb, als »Kampfstätten gegen die Sozialdemokratie« dienen.⁵⁸ Gleichwohl organisierten die Veteranen- und Reservistenverbände Anhänger sämtlicher Parteien. Das Streben der Staats- und Militärbehörden nach politischem Gleichschritt der Kriegervereine gegen die Sozialdemokratie wurde zum einen dadurch gehemmt, daß auch Sozialdemokraten Mitglieder der Vereine waren. Zum anderen übertrug sich die parteipolitische Großwetterlage, die zwischen den bürgerlichen Parteien herrschte, auf das Verbandswesen. Wie der Vorstand des Preußischen Landeskriegerverbandes, Generaloberst von Lindequist, nach den Wahlen von 1912 Innenminister von Dallwitz resümierend unterbreitete, machten sich die wachsenden Gegensätze zwischen den bürgerlichen Parteien mit der Zeit nachteilig für die Wirksamkeit der Vereinsagitation bemerkbar: »Bei den Reichstagswahlen 1907«, beobachtete Lindequist, »als die bürgerlichen Parteien mit Ausnahme des Zentrums einmütig zusammenstanden, wirkte die Kriegervereinsparole ausgezeichnet ... Seitdem nach der Reichsfinanzreform von 1909 ein beklagenswerter Zustand in unser politisches Leben getragen wurde, ist die Wirksamkeit der Kriegervereine zum Teil gelähmt. Insbesondere die wirtschaftlichen Gegensätze, gestärkt durch die Agitation der großen wirtschaftlichen Interessenverbände, wirken ungünstig auf die politische Tätigkeit der Vereine ein.«⁵⁹ Parteidisziplin und Kriegervereinsparole gerieten zusehends in Konkurrenz.

Es ging für die Staats- und Militärbehörden im Rahmen einer Wahlbewegung in erster Linie darum, die Vereinsmitglieder zum Urnengang zu mobilisieren und von einer »falschen« Wahlentscheidung abzuhalten. Zur Über-

⁵⁷ K. SAUL, *Deutscher Kriegerbund*, 1969, S. 104; vgl. zum Kriegervereinswesen Th. ROHKRÄMER, 1990; D. FRICKE/W. BRAMKE, 1983, S. 325 ff., zur Organisation; R. HÖHN, 1969, Bd. III, S. 424–431.

⁵⁸ A. WESTPHAL, 1903, S. 7.

⁵⁹ GStA, Rep. 77, Tit. 1137 Nr. 35, Bd. 2, v. Lindequist an v. Dallwitz, 14. 6. 1912.

prüfung, ob die Vereine und Mitglieder diesen Pflichten nachgekommen waren, bedienten sich die gouvernementalen Stellen und militärischen Verbandsmanager einer »Kombination von Kontroll- und Förderungsmaßnahmen«. ⁶⁰ Diese Kontrolle, die auf Vereinsebene über die An- bzw. Aberkennung begehrter Hoheitssymbole wie einer Vereinsfahne entschied, wurden bis hin zur detaillierten Stimmenrückermittlung getrieben. Hierzu wurde in den Wahlbezirken das Abstimmungsergebnis für die einzelnen Parteien mit der Stimmberechtigtenzahl der jeweils organisierten Reservisten und Veteranen der Kriegervereine verglichen. ⁶¹ Beging ein einzelnes Mitglied ein offensichtliches »Fehlverhalten«, lief es Gefahr, ausgeschlossen zu werden und sozialer Vergünstigungen verlustig zu gehen. Allerdings scheuten die Behörden davor zurück, einzelne Mitglieder nach ihrer Wahlentscheidung auszuhorchen und das Wahlgeheimnis zu verletzen. ⁶²

Die Herstellung eines parteipolitisch wirksamen, quasimilitärischen Gefolgschaftsverhaltens innerhalb der nach Vereinsrecht unpolitischen Veteranenverbände war seit 1884 in Dutzenden von Fällen ebenso ein Politikum in der Wahlprüfungskommission des Reichstages wie der »Predigtmißbrauch« katholischer Geistlicher. Die Argumente für oder wider die Agitation in Kriegervereinen bewegten sich dabei über die Jahre hinweg auf der Stelle. Die Verteidiger der Wahlwerbung in den Verbänden führten den rein privaten Charakter der Kriegervereine an, innerhalb derer die Mitglieder als Wähler von ihrem staatsbürgerlichen Recht Gebrauch machten; die Gegner verwiesen auf die hohe Protektion, die die Verbände genossen, und auf die Erlaubnis der Vereinsmitglieder, Waffen und Fahnen tragen zu dürfen. Sie seien daher eine Art militärischer Organisation in halboffizieller Stellung. ⁶³ Je nach politischem Proporz oder partiischer Interessenlage in der Wahlprüfungskommission wurde die Agitation in den Kriegervereinen entweder beanstandet oder sie blieb für eine Wahlanfechtung ohne Wirkung.

Die Wahlwerbung in den Vereinsversammlungen beschränkte sich meist auf die Betonung der nationalen Parole, den Hinweis der Vorsitzenden auf jene Pflichten, »welche die Kameraden bei Landtags- und Reichstagswahlen und auch bei Gemeindewahlen zu erfüllen haben«, sowie auf die Mahnung, daß niemand Mitglied eines Kriegervereins sein oder bleiben könne, »wer die Sozialdemokratie oder deren Bestrebungen unterstützt.« Daneben wur-

⁶⁰ K. SAUL, *Deutscher Kriegerbund*, 1969, S. 100.

⁶¹ Siehe etwa die Beispiele in *GStA, Rep. 77, Tit. 1137 Nr. 35, Bd. 1*, Oberpräsident der Prov. Brandenburg an RMI, 1.9.1903; ebd., Oberpräsident der Prov. Ostpreußen an RMI, 22.9.1903; weiteres Material in ebd., *Bd. 2*. Zu nonkonformem Wahlverhalten von regionalen Kriegervereinen außerhalb Kernpreußens, etwa in der katholischen Rheinprovinz bzw. in Süddeutschland, siehe Th. ROHKRÄMER, 1990, S. 41–45.

⁶² *GStA, Rep. 77, Tit. 1137 Nr. 35, Bd. 1*, Preußischer Landeskriegerverband, 24.2.1904.

⁶³ Siehe etwa das Beispiel der Wahlprüfung des Abgeordneten Zeitz in Sachsen-Meiningen 1884, das bereits komprimiert die Argumentationslinien späterer Prüfungsfälle vorwegnimmt, in: *SBR, Bd. VI/1, Drucks. Nr. 184*, Bericht der Wahlprüfungskommission über die Wahl des Abgeordneten Zeitz im ersten Wahlkreis Sachsen-Meiningen.

den anlässlich der Reichstagswahlen etwa 1903 im Kreiskriegerverband Bochum noch 2000 Broschüren und 2000 Flugblätter mit ähnlichem Inhalt verteilt. Von offizieller Seite blieb es stets bei negativen Wahlempfehlungen.⁶⁴

Der soziale Konsensdruck, der im agrarischen, im katholischen und im Milieu der Arbeiterbewegung im Hinblick auf Wahlen erzeugt werden konnte, wurde in den Kriegervereinen oftmals durch zur Schau getragenen militärischen Gehorsam potenziert. Die Inszenierung des Urnengangs in corpore, uniformiert, mit offenem Stimmzettel und unter Trommelschlag ließ einer freien Wahlentscheidung in Vereinen uneinheitlicher Parteizugehörigkeit der Mitglieder wenig Chancen.⁶⁵ Allerdings dienten solche Wahl-Manöverübungen nach Exerzierreglement nicht selten auch der Belustigung der Vereinsmitglieder oder der Demonstration politischer Geschlossenheit der Veteranen. So wurde zur Reichstagswahl am 16. Juni 1903 durch die lokale Kriegervereinsorganisation im sechsten Wahlkreis Schleswig, Pinneberg-Segeberg, folgender Plan zur »Mobilmachung zur Reichstagswahl für alle alten Soldaten« aufgestellt⁶⁶:

»Morgens 4 Uhr: Wecken. 5 Uhr: Antreten vor dem Wahllokal. 5–8 Uhr: Sprung- und Kletterübungen an der neuen Wahlzelle. Freiübungen mit Stimmzettel-Umschlägen. 8–9 Uhr: Ruhe. 9–10 Uhr: Bereitstellung der Waffen (Verteilung der Stimmzettel, Herbeiholung der Wählerlisten, Fahrräder usw.). 10–11 Uhr: Kavallerie klärt den Aufmarsch und die Absicht und Stärke des Feindes auf. Von 11 Uhr ab: Sprungweises Vorgehen der Infanterie in Gruppen von Haus zu Haus ... Nachmittags 3 Uhr: Infanterie-Patrouillen suchen im Umkreise von 300 Metern vom Wahllokal, Kavallerie-Patrouillen im weiteren Umkreise die Gemeinden nach faulen Wählern ab. Nachmittags 4 Uhr: Abmarsch neuer Patrouillen: ein Gespann à zwei, welches die Feldartillerie stellt, für Kameraden, die nicht zu Fuß gehen können; zu Kameraden über 70 Jahre je ein Gefreiter und ein Mann des Sanitätskorps mit Feldflasche und Brotbeutel. Nachmittag 5 Uhr: Abmarsch der letzten Patrouillen zur Einholung der letzten Wähler. Nachmittags 7 Uhr: Das Ganze halt! *Sieg über den gemeinsamen Feind von Kaiser und Reich und Bürgertum*. Abends 7½ Uhr: Abreiten der Feldjäger mit den einzelnen Siegesnachrichten. Abends 8 Uhr: Sammeln, Abkochen. Abends 11 Uhr: Retraite.«

– Auch dies war organisierte Wählermobilisierung im Zeitalter der Massen. Den bürgerlichen Parteien nutzte sie in diesem speziellen Falle gleichwohl nur wenig: Sieger der Wahl war der sozialdemokratische Kandidat v. Elm.

⁶⁴ Parole, 27 (1903).

⁶⁵ SBR, Bd. VII/1, Drucks. Nr. 94, Bericht der Wahlprüfungskommission über die Wahl des Abgeordneten Böhme im fünften hessischen Wahlkreis.

⁶⁶ GStA, Rep. 77, Tit. 1137 Nr. 35, Adlib. Hervorhebung im Original.

2. Die politische Entwicklung nationaler Massenverbände nach den Reichstagswahlen von 1903

Ein spezifisches Kennzeichen der politischen Mobilisierung breiter Bevölkerungsschichten in den 1890er Jahren ist das Auftreten von wirkungsmächtigen Massenorganisationen, die sämtliche politischen Lager und »sozial-moralischen Milieus« erfaßten.¹ Die »Nationalen Verbände«, die man nach der von Puhle aufgestellten Typologie als »Sonderform« des »reinen Agitationsverbandes« einer dritten Generation von pressure groups im nicht-sozialdemokratischen, bürgerlich-protestantischen Lager zuordnen kann, zeichneten sich, ähnlich dem »Prototypen« dieser »Kategorie«, dem Bund der Landwirte, aus durch ihren permanenten »Appell an die Öffentlichkeit, die direkte und massive propagandistische Intervention bei den Parlamentswahlen und die zunehmende organisatorische und auch personelle Verfilzung mit den Parteien sowie der Verbände untereinander«.² Sie politisierten und weiteten die bürgerliche Öffentlichkeit im Sinne eines imperialen und integralen, »rechten« Nationalismus aus. Neben Massenverbänden wie etwa dem Flotten-Verein oder dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie und, mit Einschränkungen in bezug auf die soziale Trägerschaft, den Kriegervereinen, wurden mit der Zeit auch Organisationen wie der Alldeutsche Verband oder der Ostmarkenverein auf der innenpolitischen Bühne des Kaiserreichs zu einem Machtfaktor. Sie halfen, breite Bevölkerungsteile und damit Wählerstimmen für die bürgerlichen Parteien zu mobilisieren.³

Diese generalisierenden Feststellungen bedürfen einer Präzisierung insofern, als mit ihnen weder eine genaue Periodisierung noch Qualifizierung des politischen bzw. auch wahlpolitischen Engagements nationaler Verbän-

¹ Zur Zäsurwirkung der 1890er Jahre im Hinblick auf die Dynamisierung organisierter Politik am besten D. BLACKBOURN, *Class*, 1980, S. 8f.; vgl. zuletzt P. NOLTE, 1996, insb. S. 290f. Zu ergänzenden Bemerkungen hinsichtlich des gleichzeitigen Wandels des Parteiencharakters siehe G. A. RITTER, *Parteien*, 1985, S. 23 ff.; zu den Nationalliberalen vor allem G. ELEY, *Reshaping*, 1980, S. 19–40; DERS., *Notable Politics*, 1990; vgl. Th. NIPPERDEY, *Organisation*, 1961, *passim*.

² H. J. PUHLE, *Parlament*, 1970, S. 346; vgl. das Periodisierungsschema in H.-P. ULLMANN, *Interessenverbände*, 1988, S. 117, der die staatlich privilegierten Selbstverwaltungskörperschaften, die Puhle zu einer ersten Generation von Interessenverbänden zählt, in seiner Verbandstypologie unberücksichtigt läßt. ULLMANN zählt die Massenagitationsverbände, nach Interessenorganisationen einer ersten Stufe wie etwa dem CVDI, zu einer zweiten Generation, gefolgt von den Verbandskoalitionen gegen Ende des Kaiserreichs. Die Charakteristika PUHLES für die Verbände der zweiten Stufe übernimmt er jedoch.

³ Vgl. H.-P. ULLMANN, *Interessenverbände*, 1988, S. 113 und 120; H. J. PUHLE, *Repräsentation*, 1986. In dieser Arbeit werden vor allem die bürgerlichen Massenorganisationen des Flotten-Vereins und des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie sowie als bekanntester nationaler Agitationsverband der Alldeutsche Verband Gegenstand eingehender Untersuchung sein.

de gemacht werden kann. Wie der Bund der Landwirte oder der Volksverein für das katholische Deutschland benötigten auch die nationalen Verbände zunächst eine politische und organisatorische Reife- und Anlaufzeit sowie günstige Rahmenbedingungen, um wahlkämpferisch tätig werden zu können. Außerdem bedurften sie des Vorbilds effizienter Massenmobilisierungshilfen im sozialistischen, agrarischen und katholischen Lager, um den sich auf diesem Feld politischer Arbeit bis über die Jahrhundertwende hinaus sehr träge und antriebslos gebärdenden bürgerlich-liberalen Parteien als Mittler, Makler und Mobilisierer im Wahlkampf zur Verfügung stehen zu können. Damit verbunden war die Erfahrung des Mobilisierungsdruckes »von unten«, um ein Eigeninteresse an der Bereitschaft zu Wahlhilfeaktionen zu wecken.

Gerade etwa im Rahmen der Diskussion um Kontinuität und Erfolg der zur Status-Quo-Sicherung und gegen die Massenbewegung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft im Jahr 1898 inaugurierten Sammlungspolitik stießen pauschalisierende Aussagen über die Mobilisierungsmöglichkeiten und -fähigkeiten nationaler Verbände rasch an Grenzen ihrer Aussagekraft. Die ersten beiden Wahlen in der Ära der Weltpolitik – jene von 1898 und 1903 – hätten demnach, im Zeichen sammlungspolitischer und sozialimperialistischer Bemühungen, einen massiven Einsatz aller bis dato existierenden nationalen Agitationsverbände hervorrufen müssen.⁴ Dennoch wurden die Wahlen vom Juni 1898 nicht durch tragende sammlungspolitische Parolen auf einer Plattform zollprotektionistischer und antisozialistischer Politik wie auch kaum durch einen bestehenden Sammlungskonsens, etwa auf der Basis der Flottenrüstung, geprägt.⁵

Die Bedeutung nationaler Verbände im Wahlkampf blieb im Gegenteil sehr bescheiden. Der eben erst ins Leben gerufene Flotten-Verein, dem in der Literatur gerade mit Blick auf die Wahlbewegung 1898 neben seinen sonstigen sammlungspolitischen Aufgaben eine die Wahlen unterstützende Funktion für die Parteien des bürgerlichen, rechten Lagers zugeschrieben wird⁶, wäre mit dieser Agitation wohl organisatorisch überfordert gewesen – wenn er sie zu diesem Zeitpunkt überhaupt angestrebt hat. Mit Ausnahme der antisozialistischen Wahlagitation innerhalb der Kriegervereine des Preußischen Landeskriegerverbandes, der bescheidenen Bemühungen des Ostmarkenvereins um eine Wiederholung des Bismarckschen Kartells gegen die Polen in mehreren Wahlkreisen Ostpreußens und der Kandidaturen

⁴ Zu übergeordneten Wahlthemen (»issues«) im Kaiserreich als neuerer Beitrag B. FAIRBAIRN, *Wilhelmine Elections*, 1990, S. 30; vgl. auch Ch. NONN, *Verbraucherprotest*, 1995.

⁵ B. FAIRBAIRN, *Wilhelmine Elections*, 1990, S. 36; DERS., *Authority*, 1990; vgl. G. ELEY, *Sammlungspolitik*, 1991, S. 136f.

⁶ Hierzu G. ELEY, *Reshaping the Right*, 1978, S. 329; DERS., *Sammlungspolitik*, 1991, in Auseinandersetzung mit E. KEHR, 1930, S. 168ff.; G. HALLGARTEN, 1973, Bd. I, S. 446ff.; P. R. ANDERSON, 1969, S. 165–176; J. KUCZYNSKI, 1950; Bd. II, S. 189–212; A. WULF, 1983, S. 67ff.; K. SCHILLING, 1968, S. 190ff.; W. DEIST, *Flottenpolitik*, 1976, S. 147ff.

zweier alldeutscher Spitzenfunktionäre in Sachsen trat von den nationalen Verbänden 1898 keiner auffallend oder gar entscheidend in Aktion.

Der mehr und mehr kampagneartige Wahlkampfstil und die massenmobilisierende Wahlkampfführung des BdL oder des Volksvereins, geschweige denn die gut geölte Wahlmaschinerie der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsorganisation, wurden im bürgerlichen Lager noch nicht kopiert. Hier verlief die Parteien-Verbände-»Kooperation« im Wahlkampf zum einen noch vorrangig über ein System komplizierter Interpellationen oder Versuchen von seiten der wirtschaftlichen Interessenverbände, direkt auf die Kandidatenaufstellung Einfluß zu nehmen. Zum anderen diente auch die Wahlfinanzierung der Industrieverbände, die sich noch in relativ bescheidenem Rahmen bewegte⁷, in erster Linie dazu, Abgeordnete und Parteien zu gewinnen, nicht Wähler zu mobilisieren.⁸ Der bürgerliche Wahlkampf war in dieser Hinsicht noch weitgehend von einem auf die Person des Kandidaten fixierten Honoratiorenstil geprägt.

Die Wahlen des Jahres 1903, die nahezu die gleichen Lagerbildungen und politischen »issues« aufwiesen wie jene fünf Jahre zuvor⁹, brachten auch im Stil der Wahlkampfführung auf seiten des bürgerlichen Lagers wenig Änderung, obschon die auch bis dato bei Wahlbewegungen involvierten nationalen Verbände ihr Engagement sichtlich intensivieren sollten.¹⁰ Die neuen Mehrheitsverhältnisse im Reichstag waren ein Ausdruck sozialdemokratischer Mobilisierungserfolge, die nicht zuletzt durch eine überlegene Wahlkampfführung in Verbindung mit einer durchschlagenden Wahlparole erzielt worden waren. Die Atmosphäre der Wahlbewegung und der »Ton« der Auseinandersetzung waren durch die harten wirtschaftlichen Interessenkämpfe im Rahmen der Zolltariffrage von 1902 und der aggressiven sozialdemokratischen Agitation insgesamt spannungsgeladener geworden.

Das Ergebnis der Wahlen von 1903, insbesondere der Wahlsieg der Sozialdemokraten, löste in Parteien und Verbänden des bürgerlich-nationalen Lagers »Abwehrreaktionen« aus; Thomas Nipperdey spricht in diesem Zusammenhang von einer »neuen Qualität« rechter Politik, die sich nun entwickelt habe. Während die linke Mitte durch Reformen die Sozialdemokraten zu »zähmen« versucht habe, sei die Politik der Rechten in eine »entschiedene Kampf-, Eindämmungs-, ja Zurückdrängungspolitik« gegenüber der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung gemündet. Dies habe sich zumal verselbständigt, und darüber habe sich die »alte Rechte« radika-

⁷ Zur Wahlfinanzierung des Centralverbandes Deutscher Industrieller siehe H. KAEUBLE, 1967, S. 28 ff.; vgl. H.-P. ULLMANN, *Bund der Industriellen*, 1976, S. 149 ff., zur Wahlfinanzierung des BdI. Der schwerindustrielle Centralverband richtete erst nach den Reichstagswahlen 1907 einen eigenen Wahlfonds ein; der BdI, der stets in einer »desolaten Finanzlage« steckte, schaffte es 1907 und 1912 nicht einmal, einem seiner »Zugpferde«, Gustav Stresemann, Unterstützung zu gewähren.

⁸ Siehe Th. NIPPERDEY, *Interessenverbände und Parteien*, 1961, S. 376 ff.

⁹ Siehe B. FAIRBAIRN, *Wilhelmine Elections*, 1990, S. 38.

¹⁰ Vgl. hierzu die entsprechenden Kapitel dieser Arbeit.

lisiert.¹¹ Nicht minder ist diese Radikalisierung auf kulturkämpferische Reaktionen gegenüber dem politischen Katholizismus zurückzuführen, dessen halbhegemoniale Stellung im Reichstag im Zeichen der neuen Mehrheiten nun als umso bedrückender empfunden wurde. Und überdies wurde die Regierung Bülow ob ihrer *do-ut-des*-Politik mit dem Zentrum in weltpolitischen Fragen zu einer Zielscheibe der Kritik und Agitation von Rechts.

Die »neue Qualität« rechter Politik ist insbesondere am Beispiel der nationalen Verbände zu beobachten, die nach den Reichstagswahlen von 1903 in eine neue Phase ihrer Existenz auf dem politischen Massenmarkt eintraten und die den dort entstehenden Mobilisierungsdruck vor den politischen Parteien aufzufangen und zu kanalisieren vermochten. Kennzeichen dieser Entwicklung waren zum einen eine Radikalisierung vieler bereits bestehender Verbände über die bedeutendsten, im Parlament zu lösenden »nationalen Fragen«, ein dynamischerer Ausbau ihrer Organisation sowie eine aggressivere Politisierung und politische Mobilisierung der Verbands Klientel. Zum anderen bildeten sich nun Vereinigungen, die wie der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie (1904) oder der Antiuiltramontane Reichsverband (1906) im Zeichen eines integralen Nationalismus dezidiert kämpferisch und wahlkämpferisch gegen die Massenorganisationen der politischen Arbeiterbewegung und des Katholizismus vorgingen; ihr Name war zweifelsohne Programm. Im Falle des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie wird eine solche Organisation selbst zum Massenverband.

3. Der Wandel des Deutschen Flotten-Vereins zu einer politischen Organisation

Der wohl bedeutendste, weil mächtigste bürgerlich-nationale Agitationsverband im Kaiserreich war der Deutsche Flotten-Verein. Er beeindruckte vor allem durch seine Massenmitgliedschaft, die der Flottenidee einen breiten organisatorischen Rückhalt verlieh. Bereits zwei Jahre nach seiner Gründung im Rahmen der Agitation für das Flottengesetz 1900 zählte der Verband rund 200 000 Einzelmitglieder; mit den Personen in körperschaftlich angeschlossenen Vereinen erreichte er die Marke von einer halben Million. Am Vorabend der Reichstagswahlen von 1907 war seine Organisation auf knapp eine Million angewachsen, nachdem etwa ab dem Jahr 1903 im Hinblick auf die politischen Auseinandersetzungen um eine weitere Flottennovelle die Bestandsziffern bei Einzel- und korporativen Mitgliedern nochmals gestiegen waren.¹

¹¹ Th. NIPPERDEY, Deutsche Geschichte, 1992, Bd. II, S. 606.

¹ Siehe die Angaben zu den Mitgliederzahlen (Einzelmitglieder) bei G. ELEY, *Reshaping*, 1980, S. 366, App. 3; nähere Angaben zu den korporativen Mitgliedern bei A. WULF, 1983, S. 68.

Seinen fulminanten Erfolg hatte der Verein zweifelsohne zu einem guten Teil der populären Flottenidee zu verdanken, die auf die schon traditionelle maritime Begeisterung des deutschen Bürgertums seit den Tagen der revolutionären Bundesmarine von 1848 zurückzuführen ist. Weiterhin, und dies ist nicht minder von Belang, wirkten die Protektorenrolle regierender Fürstenhäuser sowie die Marinepassion Wilhelms II. insofern förderlich auf die Entwicklung der Mitgliederzahlen, als dies eine fiktive Unmittelbarkeit zwischen Vereinsmitglied und Monarch herstellte, die sonst nirgendwo bestand. Der Flottenfreund durfte sich über seine Mitgliedskarte mit den Wünschen seines Souveräns identifizieren und das vom Kaiser selbst entworfene Vereinsabzeichen als besondere Auszeichnung und Ausdruck dieser Interessenkongruenz betrachten.

Allerdings bedeutete dies nicht, daß der Verein auf Dauer einen »Serenissimus-Kultus« pflegte, der sich auf »beschränkten Untertanenverstand« reduzierte, wie dies das spätere Präsidiumsmitglied des Verbandes, General August Keim, herausfordernd formulieren sollte.² Auch löste sich die Verbandsführung unter schweren inneren Auseinandersetzungen um die Jahrhundertwende von jenen elitären Industrie-, Reederei- und Bankenkreisen, die mit der Gründung des Flotten-Vereins die Absicht verbunden hatten, Interessenpolitik zu betreiben. Und nicht zuletzt verlor auch das Reichsmarineamt unter Alfred v. Tirpitz jenen Einfluß auf die Organisation, die dem Flotten-Verein bis dato den Charakter eines gouvernementalen Erfüllungsgehilfen verliehen hatte.

Dies hing mit einer Entwicklung zusammen, die verstärkt in den Jahren nach 1903 einsetzte und darauf zurückzuführen ist, daß der Flotten-Verein eine spürbare Wandlung von einer Honoratioren- zu einer »Aktivistenorganisation« [Eley] von rührigen Verbandsfunktionären durchmachte.³ Auf völlig andere Weise, als dies seine Gründungsväter beabsichtigt hatten, paßte sich der Verband den Bedingungen des politischen Massenmarktes an, die ebenso das gesamte Parteien- und Verbändewesen des bürgerlichen Lagers je nach Organisation über kurz oder lang und mehr oder minder prägen sollten. Im Flotten-Verein vollzog sich dieser Wandel vor dem Hintergrund zeitweise stürmischer Auseinandersetzungen um die Genese des Verbandes von einem »Regierungs-« zu einem »Volksverein«. Damit eng verknüpft waren grundsätzliche Entscheidungen und Weichenstellungen, die sowohl Bedeutung und Funktion der Massenmitgliedschaft als auch Stil, Inhalt und politische Ausrichtung der Agitation betrafen.

² Rede Keims auf dem Flotten-Vereinstag in Hamburg, 20. 5. 1906, in: *Die Flotte* 1906, S. 102.

³ G. ELEY, *Reshaping*, 1980, S. 101–118, als grundlegende Arbeit zu den internen Wandlungsprozessen des Flotten-Vereins bzw. des nationalen Verbändewesens überhaupt sowie zu den politischen Implikationen, die dieser Wandel nach sich zog. Zu den Auseinandersetzungen mit dem Reichsmarineamt in der Gründungsphase siehe W. DEIST, *Flottenpolitik*, 1976, S. 147–163, bzw. dezidiert zur Phase ab 1903, S. 163–194; vgl. DERS., *Reichsmarineamt*, 1972, passim.

Die schwerindustrielle Honoratiorenelite um den Krupp-Vertrauten Victor Schweinburg, der zugleich der erste Sekretär des Vereins war, hatte mit Gründung des Flotten-Vereins die Absicht verbunden, ein straff zentralistisch ausgerichtetes, überparteilich organisiertes Propaganda- und Akklamationsmedium zu schaffen, das im Sinne eines zügigen Ausbaus der Flottenrüstung Druck auf den Reichstag ausüben sollte. Danach sollte der übergeordnete Vereinszweck darin begründet liegen, daß dieser zu einem tragenden Teil einer Neuauflage des Miquelschen Sammlungskonzepts von »Eisen und Roggen« werden würde, um den autoritären Nationalstaat gegen die »Hetze« der »demokratischen, partikularistischen und ultramontanen Organe« zu verteidigen, wie Schweinburg Ende Juli 1899 Krupp gegenüber betonte.⁴ Diese Planung nach dem Muster sozialimperialistischer Massenmanipulation blieb jedoch bezeichnenderweise ohne Erfolg. Als die Intentionen der Schwerindustriellen in der sogenannten »Schweinburg-Affaire« ruchbar wurden, zwang ein Pressesturm der Entrüstung den Krupp-Vertrauten zum Rücktritt.⁵ Insbesondere die Attacken des führenden Zentrumsblattes, der *Germania*, das Schweinburg »nackten Geschäftspatriotismus«⁶ vorwarf, ließen ihn zu einem Risiko für die Verabschiedung des Zweiten Flottengesetzes von 1900 werden, da die Stimmen der Zentrumsabgeordneten im Reichstag hierfür unbedingt benötigt wurden.

Die »Schweinburg-Affaire« rief auch das Reichsmarineamt auf den Plan, das seine Beziehungen zum Flotten-Verein nun noch mehr als bislang aus einer gesicherten Distanz zu definieren begann. Admiral v. Tirpitz und dem ihm unterstehenden Nachrichtenbüro kam es grundsätzlich darauf an, über die »gebildeten Kreise« des Bürgertums die Flottenidee von oben allmählich nach unten in breitere Schichten der Bevölkerung bzw. in die »Masse« sickern zu lassen. Wie der Vorstand des Nachrichtenbüros, Fregatenskapitän v. Heeringen, seinem Vorgesetzten in einer Denkschrift auseinandersetzte, sollte »die ganze Flottenbewegung ... eine ganz bestimmte volkseinernde Kraft entwickel[n] ..., die bei etwaigen Neuwahlen nicht ohne Bedeutung [sein würde].«⁷ Dieses zu einer volksvereinähnlichen Organisa-

⁴ Schweinburg an F. A. Krupp, 27. 7. 1899, zitiert nach M. EPKENHANS, *Patriotismus*, 1989, S. 200. Siehe ebd. zu den »zwischen Patriotismus und Geschäftsinteresse« liegenden Motiven Krupps, den Flotten-Verein ins Leben zu rufen.

⁵ Zu dieser Affaire ausführlich W. DEIST, *Flottenpolitik*, 1976, S. 157ff.; vgl. K. SCHILLING, 1968, S. 188ff.; G. ELEY, *Reshaping*, 1980, S. 85ff.; M. EPKENHANS, *Patriotismus*, 1989, S. 206ff.

⁶ *Germania*, 14. 11. 1899, Art. »Quousque tandem«, zitiert nach W. DEIST, *Flottenpolitik*, 1976, S. 159; auch zitiert in K. SCHILLING, 1968, S. 193.

⁷ Denkschrift des Fregatenskapitäns v. Heeringen [Vorstand des Nachrichtenbüros, d. V.] an Tirpitz, 24. 9. 1900, zitiert nach V. BERGHAHN/W. DEIST, 1988, IV/5, S. 203. In diesem Zusammenhang stehen auch Bemühungen des Reichsmarineamts, im Januar 1900 über »Flottenprofessoren« an die sozialdemokratische Arbeiterbewegung auf Diskussionsforen heranzutreten. Der grundsätzliche ideologische Gegensatz trug jedoch zu keiner Annäherung der beiderseitigen Standpunkte bei, siehe W. DEIST, *Flottenpolitik*, 1976, S. 159.

tion tendierende Konzept des Nachrichtenbüros erforderte jedoch vorsichtiges Taktieren sowie einfühlsame Überzeugungs- und Belehrungsarbeit. Die Flottenpropaganda war für das Reichsmarineamt stets ein politischer Drahtseilakt, da der von Tirpitz initiierte, hochkomplizierte Etappenplan der maritimen Rüstungen für seine Durchsetzung im Parlament weder ein Zuviel noch ein Zuwenig an Werbung vertrug. Und da die »Schweinburg-Affaire« den Flotten-Verein vorerst in ein in der Öffentlichkeit wenig günstiges Licht gerückt hatte, schien es der Marinebehörde opportun, zunächst einen größeren politischen Abstand zu wahren. Die Flottenpropaganda konnte den Verband auch in Gegensatz »zu den rechts oder links stehenden Parteien«⁸ führen. Sie barg somit ebensoviele trennende wie einende Elemente in sich.

Die sogenannte »Erste Flotten-Vereinskrisis« endete nach dem Rücktritt Schweinburgs und einem kurzen Intermezzo seines Nachfolgers, des Freiherrn v. Beaulieu-Marconnay⁹, mit einem umfangreichen Personalrevirement an der Führungsspitze und der Änderung der Satzungen im Jahr 1902, die »praktisch eine Neugründung« des Vereins bedeuteten.¹⁰ Das neue Statut behielt zwar die strenge Hierarchisierung der Organisation bei, räumte den Landesverbänden und Provinzialausschüssen über ihre Vertreter bei der Zentralleitung aber mehr Mitbestimmung und Selbständigkeit ein. Eine regionale Autonomie im Hinblick auf die Verteilung der Mitgliedsbeiträge wurde jedoch vermieden: so mußten 50 Prozent der Leistungen an die Geschäftsführung überwiesen werden. Damit sicherte sich die Zentrale in Berlin die Steuerung massenwirksamer Agitationskampagnen.

Insbesondere in den Regionen des Westens und des Mittelgürtels vom Rheinland über Hessen, die thüringischen Staaten und Sachsen verbreiteten nun auch neue Verbandsfunktionäre, die sich aus den höheren Rängen des städtischen Bildungs- und Besitzbürgertums sowie auch aus der großen Schar der aktiven und Reserveoffiziere rekrutierten, die Basis der lokalen Führungsgremien. Sie lösten die höheren Beamten und Staatsbediensteten, die seit Gründung des Vereins den organisatorischen Bezugspunkt in den Unterverbänden gebildet hatten, ab, oder drängten die »alten« Honoratioren in eine passive Rolle nurmehr sichtbarer Repräsentanten.¹¹ In jenen Re-

⁸ Schreiben Tirpitz' vom 29. 11. 1898, zitiert nach W. DEIST, *Flottenpolitik*, 1976, S. 153.

⁹ Die kurze Amtszeit v. Beaulieus war gekennzeichnet von Mißmanagement und einer kostspieligen China-Expedition während des Boxer-Krieges, bei der der Flotten-Verein den Interventionstruppen nachrichtentechnische Unterstützung geben sollte. Das Unternehmen war ein politischer Fehlschlag.

¹⁰ W. DEIST, *Flottenpolitik*, 1976, S. 165; vgl. G. ELEY, *Reshaping*, 1980, S. 118.

¹¹ Siehe G. ELEY, *Reshaping*, 1980, S. 126 f.; vgl. R. CHICKERING, 1984, S. 254. August Keim sollte diesen Wandel gegenüber Heinrich Claß wie folgt schildern: Da ... er [Keim, d. V.] mit den anderen maßgebenden Herren [vom Präsidium, d. V.] befugt gewesen [sei], Auszeichnungen in jeder Art in Aussicht zu stellen«, sei es ihm auf diese Weise gelungen, »überall im Lande die ›Großkopfetten‹ aus Beamtenschaft, Handel und Industrie an die Spitze der Bewegung zu bringen und die Kasse zu füllen«, H. CLASS, *Wider den Strom*, 1932, S. 83.

gionen, die wie das agrarische Ostelbien oder das katholische Bayern aus ganz spezifischen Gründen von der Flottenbewegung weniger erfaßt wurden, blieben Oberpräsidenten, Landräte und Bürgermeister jedoch weiterhin tonangebend und richtungweisend und der Flotten-Verein zudem eher auf gouvernementaler Linie.

Ein Charakteristikum dieser bildungs- und besitzbürgerlichen (und in den Führungsgremien zu einem Teil auch adligen) Verbandsfunktionäre war, daß sie volle Loyalität lediglich den nationalen Zielen der Organisation gegenüber zu demonstrieren suchten und dabei nach allen Seiten hin politische Unabhängigkeit, aber zugleich auch Streitbarkeit übten. Letzteres galt vor allem für ihre Haltung gegenüber der Regierung, der katholischen Zentrumspartei und der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. In der Auseinandersetzung mit diesen »Gegnern« gewann die Flottenbewegung an Radikalität.

Schillerndste Figur der schnell an Bedeutung zulegenden »Aktivisten«, die den Flotten-Verein mehr und mehr in ihren Bann ziehen und prägen sollten, war der im Oktober 1900 als Beisitzer in das Präsidium des Verbandes gewählte Generalmajor z.D. August Keim.¹² Keim war ein politischer Offizier. Schon während seiner aktiven Dienstzeit war er durch kritische militärpolitische Schriften aufgefallen; später, als Vertrauter von Reichskanzler von Caprivi und Kriegsminister Bronsart von Schellendorf, fiel er mitunter aus diesem Grund in Ungnade und mußte den Dienst 1899 vorzeitig quittieren. Seine Karriere hatte bis dahin infolge seiner schriftstellerischen Ambitionen einen wenig geradlinigen Verlauf genommen. 1878 bereits hatte er für drei Jahre seine Laufbahn in der Armee unterbrochen, um für die nationalliberale *Kölnische Zeitung* und die *Hamburger Nachrichten* als Militärkorrespondent zu arbeiten. 1892/93 engagierte ihn Reichskanzler v. Caprivi für die Kampagne zur Verabschiedung der Militärvorlage und den anschließenden Wahlkampf.¹³ Hier sammelte Keim organisatorische und agitatorische Erfahrungen, die ihm wenige Jahre später von großem Nutzen sein sollten.

Caprivi direkt unterstellt, führte Keim Verhandlungen mit Abgeordneten und Fraktionsvorsitzenden, so etwa mit dem nationalliberalen Parteiführer Rudolf v. Bennigsen, über den Inhalt der Vorlage. Auch bemühte er sich bei Industriellen um finanzielle Mittel, die die Effektivität der amtlichen Propaganda im Wahlkampf gegen Freisinn, Zentrum und Sozialdemokratie gemäß eines »Mobilmachungsplanes« erhöhen sollten; dies war ein bis dahin

¹² Zur Vita General August Keims und seiner äußerst aktiven Rolle im nationalen Verbändewesen siehe insbesondere G. ELEY, *Reshaping*, 1980, S. 108ff.; vgl. R. CHICKERING, 1984, S. 255f.; M. S. COETZEE, 1990, S. 19–24; J. A. NICHOLS, 1958, S. 192–264; G. HALLGARTEN, 1973, Bd. I, S. 335f.

¹³ Zu Keims Engagement während der Kampagne zur Militärvorlage und dem Wahlkampf 1893 A. KEIM, 1925, S. 64ff.; siehe J. A. NICHOLS, 1958, S. 192–264; vgl. G. HALLGARTEN, 1973, Bd. I, S. 335f.; K. SCHILLING, 1968, S. 300f. und 415f.; R. CHICKERING, 1984, S. 255; M. S. COETZEE, 1990, S. 20.

einmaliger Vorgang der Geldbeschaffung für behördliche Wahlbeeinflussungen, die Keim zumal »freihändig«, ohne Wissen Caprivi durchführte.¹⁴ Der Major hatte darüberhinaus eine Flugschrift mit dem Titel »*Aufklärung über die Militärvorlage*« verfaßt, die in 900 000 Exemplaren gedruckt wurde. Allerdings traten bei der Distribution dieser Broschüren unüberwindliche Schwierigkeiten auf. So wollte Keim über Verbindungen mit dem Reichspostamt Postinspektoren als Verteiler anstellen. Das Reichskanzleramt erteilte zu diesem Vorgehen jedoch nicht sein Placet. Ergebnis dessen war, daß die Schriften Keims »zu Zehntausenden auf Landratsspeichern verfault[en]«.¹⁵ Neben der Unterstützung staatlicher Stellen fehlte Keim 1892/93 eine verlässliche Massenorganisation, die in eifriger »Kleinarbeit« die Verteilung der Flugblätter übernehmen konnte.

Der Generalmajor war im Flotten-Verein ab 1902 für die Propagandatätigkeit und die Pressearbeit zuständig; in einem nationalen Agitationsverband war dies das bedeutendste Ressort. Seine Aufmerksamkeit galt dabei zunächst dem Ausbau einer »festen« Organisation auf der Grundlage der neuen Satzungen, die die »Basis für eine planvolle, in die breiten Massen eindringende Arbeit bilden müsse«, wie Keim in seinem Referat zu den »*Aufgaben für die nächste Zukunft*« auf der Sitzung des Gesamtvorstandes in München 1903 betonte.¹⁶ Für die »Keimianer« besaß die Massenorganisation des Verbandes eine andere Bedeutung als für seine industriellen Gründungsväter. Zum einen trug ein großer Mitgliederbestand dazu bei, daß der Verein, im Vergleich zu anderen nationalen Verbänden, einen guten Teil der laufenden Kosten für die Agitation aus den Beitragszahlungen finanzieren konnte. Er wurde somit weniger abhängig von bestimmten Wirtschaftsinteressen, zumal nach dem Ausscheiden der Schwerindustriellen die Gelder aus dieser Quelle nur noch spärlich fließen sollten.¹⁷ Zum anderen stellte eine Massenorganisation auf der innenpolitischen Bühne per se einen

¹⁴ A. KEIM, 1925, S. 67. Keim schätzte Caprivi »in dieser Beziehung [als] etwas bürokratisch« ein; Bismarck habe dagegen stets gewußt, wie er die »Staatsraison auch bei den Wahlen ... unterstützen« konnte, meinte Keim.

¹⁵ Denkschrift: Vorschläge zur Führung des Wahlkampfes durch die Regierung [Ludwig Asch; Otto Hammann], 14. 12. 1906, abgedruckt in: D. FRICKE, Reichstagswahlen, 1961, S. 549–554, 552; vgl. K. SCHILLING, 1968, S. 300f. zu dem Vorschlag Keims, Postinspektoren als Verteiler zu nutzen.

¹⁶ Referat Keims auf der Sitzung des Gesamtvorstandes des Deutschen Flotten-Vereins in München, 28. März 1903, nach: Die Flotte 1903, S. 88.

¹⁷ Zur Finanzierung nationaler Verbände, insbesondere des Flotten-Vereins, sehr ausführlich G. ELEY, Reshaping, 1980, S. 140–147. Die Mitgliedsbeiträge deckten lediglich die laufenden Kosten. Gelder für außerordentliche Ausgaben, etwa die Propaganda für die Flottenvorlage 1900, die rund eine Million Mark verschlang, mußten weiterhin bei potenten Wirtschaftsmagnaten eingetrieben werden. General Keim hatte hier seine eigene Methode. Durch die guten Beziehungen, die er seit der Kampagne für die Militärvorlage besaß, war er auch in Wirtschaftskreisen bekannt und eingeführt. Auf Rundreisen zu Industriellen und Reedern war er somit in der Lage, Zusammenkünfte einzuberufen, bei denen er die Anwesenden nach einer kurzen Ansprache bei der Ehre packte und ihnen im übertragenen Sinne »die Pistole auf die Brust setzte«, siehe ebd., S. 144.

nicht zu unterschätzenden Machtfaktor dar. Die Oktoberausgabe 1905 der *Flotte*, dem Verbandsorgan des Flotten-Vereins, war sich dieses Sachverhalts in ihrem Leitartikel, der bezeichnenderweise die Überschrift »*Aufrichtigem Wege*« trug, bewußt:

»Unser Verein zählt nach den neuesten Feststellungen 810 000 Mitglieder. Er ist die größte Organisation auf dem Gebiete des freiwilligen Vereinswesens überhaupt ... Daß eine solch mächtige und auch sonst in jeder Beziehung *unabhängige* Organisation eine große Macht darstellt im öffentlichen Leben, liegt auf der Hand. Aber nicht nur im öffentlichen, sondern auch im politischen wie wirtschaftlichen Leben läuft alles schließlich auf Machtfragen hinaus... Um unser [nationales, d. V.] Ziel zu erreichen, mußten wir, nachdem in mühevoller Arbeit eine feste Organisation geschaffen war – denn es hieß auch hier erst organisieren, dann agitieren –, in den letzten Jahren mit aller Kraft die Agitation aufnehmen.«¹⁸

Die Anstrengungen der neuen Verbandsführung liefen zunächst auf einen dynamischeren Ausbau und eine Festigung der bestehenden Organisation hinaus. Der Flotten-Verein interpretierte dabei die bürgerliche Vereins- und Versammlungskultur, die sich in sämtlichen nationalen Verbänden und geselligen Vereinen nach ähnlichen Riten, Verfahrensmustern und Versammlungsformen etabliert hatte, am erfolgreichsten. Freilich kam ihm im Vergleich zu anderen Verbänden zugute, daß die Flottenidee eine genuine Popularität genoß, er finanzielle Möglichkeiten hatte, die bürgerliche Vereine im allgemeinen nicht besaßen, und er sich allerhöchster Unterstützung erfreute, die ihm offiziell zuteil wurde.¹⁹

Teilnehmermobilisierend und zur Werbung von Mitgliedern gedacht waren vor allem Vortragsabende sowie Feierlichkeiten und Vergnügungen, die die Vereinsgeselligkeit förderten und Massen anzogen. Um den Erfolg von Vortragsabenden zu steuern, veröffentlichte das Vereinspräsidium Berichte über Erfahrungen, die lokale Funktionäre beim Aufbau einer Ortsgruppe gemacht hatten, oder es wurden »*Allerlei Fingerzeige für Flottenvereinsabende*« ausgegeben, die interessante Vortragsthemen enthielten und Hinweise für den Umgang mit den beliebten Lichtbildapparaten boten. Die Broschüre, 1904 bereits in der dritten Auflage erschienen, habe sich »als unentbehrliches Nachschlagebuch in unseren Ortsgruppen &c. eingeführt«, vermeldete der Jahresbericht des Verbandspräsidiums.²⁰ Vortragsabende, die

¹⁸ Die Flotte 1905, S. 145. Hervorhebung im Original.

¹⁹ R. CHICKERING, 1984, S. 194. Zur Vereins- und Versammlungskultur (nicht nur) des Alldeutschen Verbandes am besten ebd., S. 152–178; zum Flotten-Verein G. ELEY, *Reshaping*, 1980, S. 133–140; zum Deutschen Ostmarkenverein A. GALOS/F.-H. GENTZEN/W. JAKOBCZYK, 1966, S. 113 ff., 122; zum Wehrverein M. S. COETZEE, 1990, S. 100 ff. Die bürgerliche Vereinskultur im wilhelminischen Kaiserreich bleibt weiterhin ein Desiderat der Forschung, siehe Anmerkungen hierzu bei K. TENFELDE, 1984, S. 57; vgl. M. WIENFORT, 1993, S. 189. Zuletzt zu Sängern, Schützen und Turnern D. KLENKE, 1994.

²⁰ Jahresbericht des Deutschen Flotten-Vereins für das Jahr 1904, in: Die Flotte 1904. Die »Fingerzeige für Flotten-Vereinsabende« enthielten folgende Punkte: »I. Wie wird der Erfolg eines Vortragsabends verbürgt. II. Anhaltspunkte für die Herren Vortragsveranstalter und Redner zur Aufklärung über die Zwecke und Ziele des Deutschen Flotten-

zum Aufbau einer Ortsgruppe oder zur Mitgliederwerbung veranstaltet wurden, suchten zunächst ein eher unpolitisches Klima der Affirmation zu den Verbandszielen, frei von parteipolitischen Gegensätzen im bürgerlichen Lager zu erzeugen, um möglichst vielen Interessenten den Einstieg in die Organisation zu erleichtern. Insbesondere die Festkultur, die sich nach dem Rhythmus offizieller Reichsfeiern richtete, eine Fülle von weiteren Festivitäten jedoch ebenso zur Geselligkeit nutzte, zog Massen an. Geoff Eley hat am Beispiel des »Winter-Festes« der Ortsgruppe Duisburg 1903 und des »Marine-Festes« der Weimarer Flotten-Vereinsgruppe im Jahr 1905 eine solche volksfestartige Veranstaltung und ihre bunte, bierseelige Atmosphäre eindrucksvoll beschrieben. Im Gefolge der Duisburger Veranstaltung stieg die Mitgliedschaft der lokalen Organisation von 1400 auf 2300, wobei noch 4500 korporativ angeschlossene Mitglieder in anderen Vereinen hinzuge-rechnet werden konnten.²¹

Der Flotten-Verein nutzte überdies die Einrichtung sogenannter »Deutscher Abende«, um seinen Mitgliederbestand auszubauen. Diese überverbandlich unter Mitwirkung mehrerer nationaler oder geselliger Vereine organisierten Vortrags- oder Festveranstaltungen kamen verstärkt nach der Jahrhundertwende in Mode und nahmen an manchen Orten den Charakter einer festen Institution an; sie waren ein Spezifikum des bürgerlich-nationalen Organisationswesens.²² Initiiert wurden sie meist von jenen Verbänden, die wie der Alldeutsche Verband oder der Ostmarkenverein über keine Massenbasis verfügten und die lediglich in Zusammenarbeit mit anderen nationalen Organisationen größere Veranstaltungen mit einer Vielzahl an Teilnehmern einberufen konnten. Da die Verantwortlichkeiten für die Festivitäten und Vorträge meist von Verein zu Verein wechselten, kamen von den teilnehmenden Verbänden ein jeder auf seine Kosten. Im günstigsten Falle verdankte eine Ortsgruppe sogar ihr Entstehen einem »Deutschen Abend«.

Vereins. III. Einige Vorträge in Umrissen: Unsere Kriegsflotte. Die Bedeutung der deutschen Kriegsflotte für unsere überseeischen Interessen. Die deutsche Kriegsflotte, national, technisch und wirtschaftlich beleuchtet«, zitiert nach A. WULF, 1983, S. 75, siehe hier auch Angaben zu den publizierten Erfahrungsberichten.

²¹ Siehe G. ELEY, *Reshaping*, 1980, S. 133 ff. nach: R. CARSTANJEN, *Erfahrungen über die Bildung einer Ortsgruppe in einer größeren Fabrikstadt, Berlin 1904*. G. ELEY stützt seine Beobachtungen auf einen jener Erfahrungsberichte, die das Verbandspräsidium an die Unterverbände als Anregung zur Nachahmung verteilte. Zur bürgerlichen Festkultur generell D. DÜDING (Hrsg.), *Festkultur*, 1988; siehe W. HARDTWIG, *Geschichtskultur*, 1990, S. 264–301; M. HETTLING/P. NOLTE, 1993, S. 157–191.

²² Zu »Deutschen Abenden« R. CHICKERING, 1984, S. 196; vgl. G. ELEY, *Reshaping*, 1980, S. 158 f.; siehe ferner E. HARTWIG, *Ostmarkenverein*, 1983, S. 231; M. WERTHEIMER, 1924, S. 111. CHICKERING und ELEY haben für Potsdam, Magdeburg, Dresden, Kassel, Stuttgart, München, Mainz, Dortmund, Barmen, Lübeck, Posen, Erfurt und Göttingen »Deutsche Abende« nachweisen können. In den Alldeutschen Blättern, die regelmäßig über solche Veranstaltungen berichteten, lassen sich für Osnabrück, Pirna und Köln weitere Hinweise auf eine solche Einrichtung finden, siehe ADB 1906; 1907, S. 363.

So wurde die Gruppe Potsdam des Flotten-Vereins im Anschluß an eine solche Veranstaltung gegründet.²³

Begleitend zu Ausbau und Festigung der Organisation begann die neue Leitung des Flotten-Vereins jedoch auch, mit den Massen zu arbeiten bzw. diese in einem aggressiveren und intensiveren Stil zu politisieren. Agitation löste die Belehrung durch sachliche Information ab. Symptomatisch für den qualitativen Wandel in der Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes war der sich seit 1901 verschärfende Streit zwischen der Zentralleitung in Berlin, die unter dem Einfluß der radikalen »Keimianer« stand, und dem Bayerischen Landesverband, der eine gemäßigte Haltung einnahm. Dieser war 1899 auf Initiative des Reichsmarineamts und des bayerischen Reichsrats Ludwig Freiherr v. Würtzburg gegründet worden, um die Flottenidee auch im zentrums-katholischen und föderativ orientierten Süden »volkstümlich« zu machen.²⁴ Da der bayerische Verband jedoch auf die Wähler des politischen Katholizismus Rücksicht nehmen mußte, wurde Bayern zu einer Art Testfall, inwieweit die Flottenpropaganda ihren milieu- und parteiübergreifenden Charakter durchsetzen und bewahren konnte. Dies war mit nicht unerheblichen Mühen verbunden, denn während die moderaten Verbandsfunktionäre um Würtzburg, wie Eley dies formuliert, »schmeichelten, beschwichtigten und um Ausgleich bemüht waren«, zeigten die »Radikalen« in der Zentralleitung weniger Konzilianz, sie »schwatzen, drohten und drängten«.²⁵ Wie Freiherr v. Würtzburg die seiner Auffassung nach geeignetste Propagandatätigkeit des Vereins charakterisierte, bleibe eine »unablässige sachliche und möglichst eingehende Belehrung über die einzuschlagenden Fragen unter Appell an das patriotische Empfinden« stets das »wirksamste Mittel«, um Erfolg zu erzielen.²⁶ Jede darüber hinausgehende Agitation trug für Würtzburg letztenendes den Geruch des Politischen und zuweilen das Odium des Parteipolitischen.

Die Position der Zentralleitung war in dieser Hinsicht lediglich von dem Bemühen gekennzeichnet, vereinsrechtliche Konsequenzen, d.h. eine Einstufung als politischer Verein zu vermeiden.²⁷ Das »nationale« Selbstverständnis des Flotten-Vereins erforderte, daß der Anspruch der Überpartei-

²³ ADB 1907, S. 346f. zum zehnjährigen Bestehen »Deutscher Abende« in Potsdam.

²⁴ Siehe W. DEIST, Flottenpolitik, 1976, S. 160.

²⁵ G. ELEY, Reshaping the Right, 1978, S. 336: »Where the moderates coaxed, appeased and conciliated, the radicals preferred to cajole, to threaten and to force«.

²⁶ BAMA RM 3/9910, Freiherr v. Würtzburg an die Bayerischen Kreisausschüsse, 20. 12. 1906, vgl. etwa K. SCHILLING, 1968, S. 238f., zu weiteren Stellungnahmen des Reichsrats in ähnlichem Tenor.

²⁷ Wie das dem gemäßigten Flügel zuzurechnende Vereinsmitglied G. KUTTNER in seiner 1907 publizierten Schrift Politische Vereine und der Deutsche Flotten-Verein, S. 29, warnend feststellen sollte, konnte dem Verein – auch nach dem neuen Vereinsgesetz von 1908 – bei Einstufung zu einer politischen Organisation sowohl die Rechtsfähigkeit als auch die Vermögensfähigkeit entzogen werden; daneben waren empfindliche Auflagen bei der Agitations- und Versammlungstätigkeit zu beachten. Die Schrift Kuttners erschien 1909 in der zweiten Auflage, was verdeutlicht, wie intensiv diese Problematik diskutiert wur-

lichkeit und Unabhängigkeit stets gewahrt blieb. Doch in der Realität war der Verein, eben weil er ein eminent politisches Thema besetzte, genauso wenig nicht-politisch wie er programmatische Affinitäten und personale Kongruenzen zu den beiden Konservativen Parteien, insbesondere aber zum Nationalliberalismus sowie Teilen der Linksliberalen kaum leugnen konnte. Gebärdete sich die Vereinsleitung auch demonstrativ überparteilich und bestanden auf höchster und hoher Ebene nach dem großen Personalrevirement in der Spitze im Gegensatz zur Gründungsphase des Vereins nurmehr wenige Parteiaffiliationen, so z.B. durch den Konservativen Otto Freiherr v. Manteuffel-Krossen oder das Mitglied der Freikonservativen Partei Richard Vopelius, blieb der Verein an der Basis quasi in einer »symbiotic relationship« vor allem zur Nationalliberalen Partei – diese Beobachtung gilt ebenso für die anderen nationalen Verbände.²⁸

Aber auch die »Keimianer« in der Verbandsführung machten aus ihrem Anspruch, Politik zu treiben und parteipolitische Präferenzen bzw. Antipathien zu zeigen, keinen Hehl, und es kann durchaus nicht behauptet werden, daß ihnen ein »interest in parliamentary affairs« fehlte.²⁹ Im Gegenteil: So wurde Generalmajor Keim im Umfeld der jährlichen Beratungen des Marinehaushalts im Budgetausschuß des Reichstages und im Hinblick auf die Festlegung der einzuschlagenden Strategie zur Flottenpropaganda nie müde, Regierungsstellen darauf hinzuweisen, für eine »gründliche Revision« des geltenden Flottengesetzes einzutreten und sich dabei auf »einen Kuhhandel« mit dem Zentrum nicht einzulassen und vor einer »Auflösung des Reichstages nicht zurückzuschrecken!«³⁰ Wie Keim im März 1904 an den Vorstand des Nachrichtenbüros des Reichsmarineamts Kapitän z.S. Job v. Witzleben »als Patriot und einigermaßen in politicis erfahrener Mann« schreiben sollte, habe »die parlamentarische Situation ... sehr viel Ähnlichkeit mit der Zeit Herbst 1892 – vor Einbringung der Militärvorlage. Auch damals war Zentrum Trumpf. Die Regierung war sehr gut Freund mit ihm und als die Militärvorlage kam, schwenkte das Zentrum zu 5/6 ab. Diese Möglichkeit liegt auch diesmal vor.« Der General zeigte sich

»überzeugt, daß wir die Schlacht schließlich gewinnen – wenn, ja wenn *andere* Leute Schneid zeigen! Aber schließlich muß jedermann auf seinem Posten seine Schuldigkeit tun – die Verantwortung tragen dann im Falle einer Niederlage die Herren Müller-Fulda usw. Der Flotten-Verein wird im *Prinzip* jetzt schon diesen

de. Siehe als neueren Beitrag zur Entstehung des Vereinsgesetzes von 1908 E. L. TURK, 1990.

²⁸ Siehe zu den Parteiaffiliationen der oberen Gremien bzw. der Gründungsmitglieder des Flotten-Vereins ausführlich A. J. O'DONNELL, 1974, S. 311 ff.; vgl. A. WULF, 1983, S. 70; zu den Verbindungen in der Phase nach 1900/02 G. ELEY, Reshaping, 1980, S. 104. Zur hohen Rate der Affiliation nationalliberaler Mitglieder an der Basis des FV vgl. vor allem R. CHICKERING, 1984, S. 204, mit quantifizierendem Beleg. Zitat ebd.

²⁹ So bei G. ELEY, Reshaping, 1980, S. 105.

³⁰ Keim an Kapitän z.S. v. Witzleben [Vorstand des Nachrichtenbüros des Reichsmarineamts], 4. 3. 1904, zitiert nach V. BERGHAHN/W. DEIST, 1988, IV/7, S. 213.

Standpunkt einnehmen ... und glauben Sie mir, jedes Lavieren verschlechtert schließlich die Lage ... Wer aber seinen Zweck erreichen will, darf auch vor einem Kampf nicht zurückschrecken!«³¹

Radikale Flotten-Vereinsfunktionäre, wie etwa der Landrichter Dr. Otto Stern aus Beuthen, Mitglied des Gesamtvorstandes, verstiegen sich schließlich sogar dazu, eine Integration auch katholischer Bürger im Sinne des Volksvereinskonzepts über die »gewaltsame Zerstörung der Zentrumspar-tei« herbeizuführen, wie Stern in einem Schreiben an das Vereinspräsidium unter dem Eindruck der Wahlkampagne 1907 vorschlagen sollte.³² Bisweilen und öffentlich mäßigte Stern seine Gegnerschaft zum politischen Katholizismus allerdings noch, indem er pauschalisierende Anklagen vermied. So führte er in einer 1905 publizierten Broschüre über »*Die Erziehung der Deutschen zum Weltmachtwillen*« aus, daß die Hauptwortführer des Zentrums im Gegensatz zur Mehrheit der Zentrumspar-tei, die aus »treue[n] und gute[n] Patrioten« bestehe, dafür zu verurteilen seien, daß die Partei »Kuhhandel in den Lebensfragen der Wehrmacht des Reiches« treibe. Jene stellten sich lediglich die Frage, »Was ist für uns bei Neuwahlen eine gute Wahlparole, mit der die Massen gefangen werden.«³³

Gegenüber der mächtigsten politischen Organisation des Kaiserreiches, der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, nahm der Flotten-Verein von Beginn an eine unversöhnliche Haltung ein. Dies war angesichts der politischen Positionen der SPD sowie ihrer marxistischen Ideologie für einen bürgerlich-nationalen Agitationsverband eine Selbstverständlichkeit und bedurfte keiner eindringlichen Rechtfertigung oder Erklärung. Zugleich jedoch bemühte sich die Vereinsführung, die alte wie die neue, im Sinne der erstrebten sozialnivellierenden Volkstümlichkeit der Flottenidee in das Arbeitermilieu einzudringen, was ihr jedoch nicht gelang; der Arbeiteranteil, insbesondere der Fabrikarbeiterschaft, am Mitgliederbestand blieb verschwindend gering. In die entscheidenden Gremien auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene drangen Arbeiter gar nicht vor.³⁴ Verstärkt seit den sozialdemokratischen Wahl- und Streikerfolgen des Jahres 1903 versuchte das Vereinspräsidium schließlich, mit inhaltlich und in der Aufmachung speziell auf die Arbeiterschaft zugeschnittenen Broschüren und Flugblättern auf diese zuzugehen. Dabei wurden einzelne Programmpunkte der so-

³¹ Ebd., S. 213; vgl. auch W. DEIST, Flottenpolitik, 1976, S. 174; DERS., Reichsmarineamt, 1972, S. 124, zu dem Schreiben Keims. DEIST betont in diesem Zusammenhang mehr die Spannungen zwischen Tirpitz, den Keim eher abschätzig mit »andere Leute« bezeichnete, und dem Flotten-Verein. Hervorhebungen im Original.

³² Stern an das Präsidium, 23. 4. 1907, zitiert nach G. ELEY, Reshaping the Right, 1978, S. 336. Zum rührigen Engagement Sterns für die Flottenbewegung in Beuthen und Oberschlesien, das ihm in katholischen Kreisen den Beinamen »Flottenstern« einbrachte, Germania, 14. 2. 1907 (1. Bl.).

³³ Stern, »Die Erziehung der Deutschen zum Weltmachtwillen«, zitiert nach K. SCHILLING, 1968, S. 246.

³⁴ G. ELEY, Reshaping, 1980, S. 128 ff.; vgl. R. CHICKERING, 1984, S. 316, Tab. 5.8.

zialdemokratischen Propaganda einer kritischen Betrachtung unterzogen und zugleich neue Methoden der Distribution der Schriften über ausgesuchte Vertrauensmänner erprobt.³⁵

Wenn August Bebel während der Etatberatungen zum Marinebudget im Februar 1905 über die Propagandamethoden des Flotten-Vereins sagen sollte, »man [habe im Flotten-Verein] eine Kunst zu agitieren, auf die wir Sozialdemokraten neidisch sein können«³⁶, und Abgeordnete der Zentrumspar- tei und des Richterschen Freisinns im Budgetausschuß die organisierte Flottenbewegung und ihre Agitation als »gemeingefährlich«³⁷ bezeichneten, charakterisierte dies den neuen Stil der Zentralleitung nur zu gut. Dabei hatte diese ihr agitatorisches Instrumentarium noch längst nicht ausgeschöpft. Denn um die Jahreswende 1905/06 inszenierten die »Keimianer« im Umfeld der geplanten Flottennovelle eine Massenpetition an den Reichs- tag, die eindrucksvoll die Macht, die Mobilisierungsmöglichkeiten und die Politisierungsfähigkeiten des Flotten-Vereins bewies.

Nach nicht unerheblichen politischen Turbulenzen im Jahr 1905 zwi- schen Reichsmarineamt und Vereinsführung um den Inhalt der Novelle³⁸ ging die Führung schließlich sowohl gegen die Tirpitzsche Behörde als auch gegen das Parlament bzw. in erster Linie gegen die in ihm vertretenen flot- tenkritischen Parteien in die Offensive. Auf einer Sitzung des Präsidiums am 2. Dezember 1905 im Preußischen Herrenhaus wurde eine Resolution ver- faßt, die unter anderem bestimmte, daß es »Aufgabe des Deutschen Flotten- Vereins [sei], dahin zu wirken, daß der Reichstag die Marinevorlage nicht nur annimmt, sondern, über die Forderungen der verbündeten Regierungen hinausgehend darauf dringt, daß jährlich mehr Ersatzbauten für die minder- wertigen Schiffe ausgeführt werden.«³⁹ Und begleitend zum Text der Reso- lution wurde an die »Pflicht aller Flottenfreunde« erinnert, »diesem Wun- sche dem Reichstag gegenüber dadurch Ausdruck zu geben, daß ihm zahlreiche Petitionen aus allen deutschen Gauen zugehen.«⁴⁰

³⁵ G. ELEY, *Reshaping*, 1980, S. 222. ELEY hat zwei solcher Broschüren, »Meister Thesen« und »Auf dem Elbdampfer« einer inhaltlichen Untersuchung unterzogen. Beide Schrif- ten erschienen 1905 und wurden in einer Auflage von 5000 bzw. 30000 Exemplaren verbreitet. Das Flugblatt »Der deutsche Arbeiter und die Flotte« (1905) z.B. war in 300000 Exemplaren aufgelegt worden.

³⁶ SBR, Bd. XI/1, 25.2.1905, S. 4805. Zur Haltung der Sozialdemokratie gegenüber dem Flotten-Verein siehe P. DOMANN, 1974, S. 101 ff.

³⁷ Siehe Die Flotte 1905, S. 41, »Erklärung« des Präsidenten des Flotten-Vereins vom 17.2.1905, in der sich Fürst zu Salm gegen diesen Vorwurf energisch verwahrt. In der »Flotte« waren daraufhin in den folgenden Monaten Meldungen aus den Ortsgruppen abgedruckt, die sich in ähnlichem Tenor gegen die Angriffe zur Wehr setzten.

³⁸ Zu diesen verwirrenden Auseinandersetzungen ausführlich W. DEIST, *Flottenpolitik*, 1976, S. 174–187; vgl. DERS., *Reichsmarineamt*, 1972, S. 124–138.

³⁹ Die Flotte 1906, S. 2. Zum baupolitischen Inhalt der Novelle bzw. zu den Einzelheiten der Planung und Durchsetzung V. BERGHAHN, *Tirpitz-Plan*, 1971.

⁴⁰ Ebd., S. 2.

Die Präsidialgeschäftsstelle des Vereins gab begleitend zu diesem Aufruf den regionalen Unterverbänden Empfehlungen, wie die Agitation im Rahmen der Resolution durchzuführen sei.⁴¹ Diese Empfehlungen sind nun insofern bemerkenswert, als sie einerseits auf die zu erzielende, »gleichmäßig geartete Massenwirkung« ausgerichtet waren, somit die Mobilisierungsmöglichkeiten der Organisation testen sollten. Andererseits trug die Agitation neben der regierungskritischen eine prononciert antisozialdemokratische, demnach zweifelsfrei eine politische Spitze. Die Massenpetition sollte zu einer Machtdemonstration des Flotten-Vereins reifen und zugleich ein Test dafür sein, ob die Flottenbewegung dem Mobilisierungsdruck anderer Massenorganisationen erfolgreich begegnen konnte bzw. ob sich die nachgeordneten Gliederungen für kommende Aufgaben eigneten und ob ferner auch nicht-bürgerliche Bevölkerungsteile für diese Politik zu gewinnen waren.

Das Schreiben des Präsidiums stellte eingangs fest, daß es in Verfolgung des Resolutionsbeschlusses »nunmehr Hauptaufgabe sein [müsse], auf den Reichstag einzuwirken«. Es sollte »jede Versammlung dazu benutzt werden, um dies deutlich zum Ausdruck zu bringen.« Zugleich seien »möglichst große Versammlungen [anzustreben], um auf diese Weise immer weitere Kreise für die Bewegung heranzuziehen.« Wie Generalleutnant von Liebert⁴², der Vorsitzende des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, während der Vorstandssitzung vom 2. Dezember ausgeführt habe, sei es »Hauptaufgabe aller Veranstalter ... Massen heranzuschaffen und die Versammlungen nicht mehr auf einen kleinen Kreis zu beschränken.« Am Schluß der Hauptrede jeder Versammlung sei die Zustimmung zur Resolution telegraphisch oder schriftlich dem Reichstag zuzuleiten sowie dem Reichstagsabgeordneten des betreffenden Bezirkes zu übergeben.

Die Präsidialstelle hielt die Unterverbände mit Nachdruck dazu an, in jenen gesellschaftlichen Kreisen vorwärtszukommen, »welche bis jetzt unseren Bestrebungen gegenüber sich passiv oder gar unfreundlich verhielten.« Da die sozialdemokratische Partei, wie die Vereinsführung hervorhob, schon jetzt »eine große Gegenagitation gegen die Flottenvorlage einleitet, muß überall da, wo diese Agitation sich bemerkbar macht, sofort von seiten des Flotten-Vereins eine Gegenagitation eingeleitet werden«. »Und es kann nicht schwer sein«, wurde in kämpferischer Manier hinzugefügt, »die diesbezüglichen leeren Schlagworte der sozialdemokratischen Führer und Redner auf ihre Nichtigkeit zurückzuführen, indem man den Arbeitern klar macht, welche große materielle Bedeutung gerade für sie eine starke Flotte

⁴¹ Die Präsidialgeschäftsstelle des Flotten-Vereins an die regionalen Gliederungen zur Zielsetzung und Methode der Agitation, 8. 12. 1905, zitiert in V. BERGHAHN/W. DEIST, 1988, IV/11, S. 218–220.

⁴² Generalleutnant v. Liebert, ab Mai 1904 Vorsitzender des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, war seit der Jahreswende 1903/04 im Flotten-Verein insbesondere als Wanderredner aktiv. Zur Sitzung am 2. Dezember war v. Liebert vom Vorstand des FV eingeladen worden.

direkt wie indirekt besitzt.« Das Vereinspräsidium schlug letztlich sogar vor, speziell geschulte Redner in sozialdemokratische Volksversammlungen zu schicken, wobei man jedoch dem Erfolg einer solchen Maßnahme mit einiger Skepsis entgegensah.

Begleitend zu diesem Empfehlungsschreiben an die Unterverbände publizierte das Präsidium in der letzten Januarwoche 1906 ein Flugblatt mit dem Titel »Der Deutsche Flotten-Verein an das Deutsche Volk«, das in einer Million Exemplaren gedruckt und verbreitet wurde.⁴³ Abgesehen davon, daß das Blatt einen ungeheuren Affront gegen den Staatssekretär des Reichsmarineamts beinhalten sollte⁴⁴, forderte es auch dazu auf, »ohne Rücksicht auf Parteiinteressen« Masseneingaben an den Deutschen Reichstag mit der Erklärung des Anschlusses an diesen Aufruf« abzugeben.

Diese Aktion fügt sich ein in die spezifische verfassungspolitische Vorstellungswelt rechter Verbandspolitiker von einer »Nationalen Opposition«, wie sie der spätere Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes Heinrich Claß in Reaktion auf den für das bürgerliche Lager enttäuschenden Ausgang der Reichstagswahlen von 1903 durchaus im Sinne parlamentarischen Sprachgebrauchs und Parteiverhaltens vorformulieren sollte.⁴⁵ Die nationalen Parteien des Reichstages sollten mit Hilfe der Petitionen unter Druck gesetzt und dazu aufgefordert werden, in »nationalen Fragen«, sprich: vor allem Wehrfragen, als möglichst geschlossene Front gegenüber der Regierung aufzutreten und dieser im Interesse und nach dem Willen des Volkes im Parlament den rechten Weg zu weisen. Parteihader innerhalb des bürgerlichen Lagers sowie politische Gruppierungen, die sich in diesen national-konstitutionellen Dualismus nicht einreihen wollten, fielen unter das Reichsfeindeverdict. Die vom Flotten-Verein im Zusammenhang mit der Massenpetition angewandten Mobilisierungstechniken tendierten letzten Endes mehr zu einer politischen Wahlkampagne als daß sie an eines der üblichen Gesuche, die dem Parlament oder anderen Staatsorganen tagtäglich zuzugingen, erinnerten. Die Massenpetition des Flotten-Vereins kann daher in organisatorischer Hinsicht mit jenen Aktionen und Eingaben verglichen werden, die die Sozialdemokraten z.B. im Rahmen der Handelsvertrags- und Zolltarifdebatte und mit Blick auf die Reichstagswahlen von 1903 angeregt hatten. Durch tausende von Versammlungen und eine Unmenge von Flugschriften vorbereitet, hatte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion dem Parlament im Dezember 1901 eine Resolution zustellen können, die etwa 3,5 Millionen Unterschriften erhalten hatte.⁴⁶ Der Flotten-Verein folgte diesem Beispiel.

⁴³ Die Flugschrift ist abgedruckt in D. FRICKE, Flotten-Verein, 1982, S. 151–153.

⁴⁴ Zu diesen Auseinandersetzungen und den Reaktionen des Reichsmarineamts siehe W. DEIST, Flottenpolitik, 1976, S. 188; DERS., Reichsmarineamt, 1972, S. 138. Tirpitz wurde in dem zitierten Flugblatt zwischen den Zeilen wissentliche Vernachlässigung von Rüstungsfragen und Unfähigkeit vorgeworfen.

⁴⁵ Siehe H. CLASS, Wider den Strom, 1932, S. 93 ff.

⁴⁶ Siehe SPD PT, 1902, S. 12 f.

Während General Keim seine Beziehungen zu Reichstagsabgeordneten der bürgerlichen Parteien spielen ließ und in persönlichen Gesprächen Überzeugungsarbeit für die Resolution leistete⁴⁷, wurden vor Ort die vorstehend genannten Empfehlungen des Präsidiums weitgehend befolgt – insbesondere dann, wenn General v. Liebert als Versammlungsreferent auftrat. So sprach der Vorsitzende des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, der unter der Vielzahl von mehr oder minder eloquenten Wanderrednern, die der FV aufbieten und für sich gewinnen konnte, sehr aktiv und beliebt war, am 9. Januar in Höchst in einer vom Flotten-Verein zusammen mit den Ortsgruppen des Alldeutschen Verbandes und der Kolonialgesellschaft organisierten Veranstaltung, die von etwa 600 Personen besucht war.⁴⁸ Nach seinem Vortrag über »*Die nationale Bedeutung der Seemacht und die Marinevorlage 1906*« wurde einstimmig eine an den »Reichskanzler, den Reichstag und [den] Reichstagsabgeordneten abzusendende Entschließung gefaßt«. Die Resolution wurde vom Vorsitzenden der Flotten-Vereinsortsgruppe Höchst, der diese Position auch in der lokalen Gruppe des Alldeutschen Verbandes wahrnahm und Mitglied des Vorstandes des AdV war, im Auftrage der Versammlung dem Wahlkreisvertreter, in diesem Falle dem Zentrumsabgeordneten Peter Itschert, übergeben.⁴⁹

Das Presseorgan des Flotten-Vereins, *Die Flotte*, beobachtete das Fortkommen der Petitionsbewegung sehr genau. Die März- und Aprilausgaben des Blattes enthielten sogar ausführliche Petentenlisten über Vereine und Einzelpersonen, die die Entschließung des Präsidiums unterstützten und dies durch ihre Unterschrift bekundeten. Die Gesamtzahl der Subskribenten belief sich dabei auf etwa 400 000.⁵⁰ Dem Blatt ist zu entnehmen, daß die Resolution bis April 1906 zum einen während öffentlicher Versammlungen in 84 Orten und größeren Städten des Reiches von etwa 63 500 Personen angenommen wurde. Zum anderen, und dies war die überwiegende Mehr-

⁴⁷ Siehe K. SCHILLING, 1968, S. 277, zu einem Bericht des Präsidenten Fürst Salm an den Chef des Zivilkabinetts v. Lucanus, welcher zugleich Proteste des Bayerischen Landesverbandes gegen die Petitionsbewegung abwehren sollte.

⁴⁸ ADB 1906.

⁴⁹ Die Flotte 1906, S. 44. Es entbehrt in diesem Zusammenhang nicht einer gewissen Pikanterie, daß der Kreis Wiesbaden 1, Höchst-Usingen, ein zwischen Zentrum und Sozialdemokraten heiß umkämpfter Stimmbezirk war.

⁵⁰ Siehe K. SCHILLING, 1968, S. 283 f.; vgl. Die Flotte 1906, S. 44, 60. Nach SCHILLING erwähnte der Präsident des Vereins, Fürst zu Salm, die Zahl von etwa 400 000 Petenten in seinem Tätigkeitsbericht für das Jahr 1905 vom November 1906 gegenüber dem Kaiser. Die Angaben hierzu in der Flotte sind, da in der euphorischen Stimmung des Erfolges zusammengestellt, wenig zuverlässig. Sie ergeben zusammengerechnet weit mehr als die von Salm angegebene Zahl, da sie aller Wahrscheinlichkeit nach Mehrfachnennungen oder fehlerhafte Angaben enthalten. So sandte etwa die Tägliche Rundschau, gemäß der Aprilausgabe der Flotte, 110 000 Unterschriften ein. Dagegen sollte der nationalliberale Abgeordnete Graf Oriola während der Etat- und Novellendebatte 1906 in der Budgetkommission lediglich 10 000 Unterschriften angeben, die durch das Blatt gesammelt worden seien, siehe K. SCHILLING, 1968, S. 272.

zahl, wurden Unterschriftenlisten von den verschiedensten Vereinen, Vereinigungen und Verbänden abgegeben, die, so steht zu vermuten, zumeist in ihren lokalen Organisationen auch korporativ dem Flotten-Verein angeschlossen waren wie etwa eine Reihe von Ortsgruppen des Alldeutschen Verbandes oder der Kolonialgesellschaft. Daneben finden sich als Petenten ferner der Verein Sächsischer Industrieller, der über seinen Syndikus Gustav Stresemann dem FV verbunden war, und, nicht zuletzt, eine Vielzahl liberaler Parteivereine und nationaler Wahlvereinigungen. Grob gerechnet und vom Mitgliederbestand des Jahres 1905 von ca. 865 000 Personen ausgehend, vermochte das Präsidium demnach, rund 50 Prozent der Einzel- sowie korporativen Mitglieder im Sinne der Resolution zu mobilisieren. In Anbetracht der immanenten Trägheit gegenüber politischer Demonstration und Tätigkeit im bürgerlichen Lager kann dies als durchaus beachtliche Leistung gelten.⁵¹

Einen Einbruch in das sozialdemokratische Arbeitermilieu konnte die Petitionsbewegung dagegen nicht erzielen. Es ist in diesem Zusammenhang sehr bezeichnend, daß in der langen Petentenliste als Arbeiterorganisation lediglich der Evangelische Arbeiterverein für den südlichen Stadtteil zu Düsseldorf enthalten ist; er war zudem über den Dachverband klerikaler, antisozialistischer Arbeitervereinigungen, dem Gesamtverband Evangelischer Arbeitervereine, korporativ dem Flotten-Verein angeschlossen.⁵²

Im Reichstag erntete die Petitionsbewegung im Rahmen der Etat- und Novellendebatte 1906 bei den bürgerlichen Parteien zwar einerseits sichtliches Wohlwollen. Deren Zustimmung blieb jedoch andererseits nicht uneingeschränkt und fiel zum Teil reserviert aus. Die nationalliberalen Abgeordneten Bassermann und Graf Oriola, der Freikonservative Graf v. Arnim oder Liebermann v. Sonnenberg von der antisemitischen Reformpartei bedauerten in ihren Ausführungen vor dem Plenum nahezu einmütig die scharfen Angriffe des Flotten-Vereins gegen Staatssekretär v. Tirpitz und

⁵¹ Angabe zum Mitgliederbestand nach A. WULF, 1983, S. 68. Eine vom Alldeutschen Verband im Rahmen der Flottengesetzkampagne 1900 durchgeführte Unterschriftenaktion, die 300 000 Subskribenten erreicht hatte, ergab bei Aufschlüsselung nach Reichstagswahlkreisen, daß sich im Schnitt rund 2,5 Prozent der Wahlberechtigten beteiligt hatten, im günstigsten Falle etwa 10 Prozent, siehe W. DEIST, Flottenpolitik, 1976, S. 101; vgl. auch R. CHICKERING, 1984, S. 61. Bei der Aktion des FV dürfte der Prozentsatz, in Relation zur gestiegenen Zahl der Wahlberechtigten, einen ähnlichen, wenngleich leicht höheren Wert erlangt haben. Die durch den Alldeutschen Verband angeregte Kampagne ist in diesem Zusammenhang aber nur bedingt mit jener des Flotten-Vereins zu vergleichen. Sie war in enger Koordination mit dem Reichsmarineamt entstanden und durchgeführt worden, ferner verlor sie durch die Unterschriften der bayerischen Prinzen Ludwig, Leopold und Rupprecht an Radikalität und antiparteiischem Impetus. Vor allem war sie keine Machtdemonstration eines Massenverbandes, siehe J. MEYER, 1967, S. 140; vgl. auch E. HARTWIG, Alldeutscher Verband, 1966, S. 104 f.

⁵² Siehe D. FRICKE, Gesamtverband Evangelischer Arbeitervereine Deutschlands, 1983, S. 19. Der GEA war 1900 korporativ dem Flotten-Verein beigetreten. Der Vorsitzende des GEA, Lizentiat Ludwig Weber, saß 1906 im Gesamtvorstand des FV.

kritisierten überdies, daß die Agitation des Verbandes eine Grenzlinie konstitutionellen und vereinsrechtlichen Verhaltens durch den Versuch überschritten habe, direkt auf den Reichstag einzuwirken.⁵³ Mit anderen Worten, die Abgeordneten der bürgerlichen Parteien, von denen die oben genannten interessanterweise ausnahmslos Mitglieder patriotischer Vereinigungen waren⁵⁴, pochten trotz aller beiderseitigen Anerkennung und Bereitschaft zur Zusammenarbeit auf die Einhaltung der Regeln im innenpolitischen Kräftespiel zwischen Parteien und Verbänden.

August Bebel hieb, verständlicherweise, in dieselbe Kerbe und würzte seine kritischen Ausführungen zur Agitation des Flotten-Vereins mit schweren Bedenken dahingehend, wie die Flottenfreunde die Aufgaben des Parlaments interpretierten. »Stark ist«, kommentierte er die Massenpetition, »daß man sich mit diesem Aufruf merkwürdigerweise direkt an den Reichstag wendet; der Reichstag solle aus eigener Initiative die Forderungen der Herren vom Flotten-Verein beschließen, – ein Verlangen, das niemand stellen sollte, der ein bischen konstitutionelles Verständnis hat. Wie soll denn der Reichstag in der Lage sein, aus seiner Mitte eine neue Flottenvorlage sozusagen den verbündeten Regierungen zu apportieren?«⁵⁵

In einer kämpferischen Rede Keims auf dem Hamburger Flotten-Vereinstag im Mai 1906, in der er sämtliche Anfeindungen zurückwies, die von seiten der Regierung, der innerverbandlichen Opposition aus Bayern sowie der politischen Parteien bezüglich der Methoden seiner Agitation geäußert worden waren⁵⁶, hob der General dagegen den Erfolg der Petitionsbewegung hervor. Trotzdem der Reichstag lediglich die Regierungsvorlage gebilligt habe, die Resolution des Flotten-Vereins somit unberücksichtigt ließ, stellte er die rhetorische Frage, »welche Erfolge denn unsere Gegner aufzuweisen [haben]? Haben sie etwa die Flottenvorlage zu Fall gebracht?« Der Flotten-Verein habe »seine Schuldigkeit getan«. Es sei ein Erfolg gewesen, die Vorlage »dieses Mal glatt ohne Widerspruch durchzubringen, was früher unmöglich war. (Bravo!)« »Sie können sich darauf verlassen«, fuhr

⁵³ Siehe SBR, XI/1, 25.–28. 3. 1906; vgl. K. SCHILLING, 1968, S. 271 bzw. S. 275 insbesondere zu den Ausführungen Liebermanns.

⁵⁴ Bassermann war – zeitweilig – Mitglied im Alldeutschen Verband, Oriola im Flotten-Verein. Graf Arnim-Muskau und Liebermann von Sonnenberg saßen in der Hauptleitung bzw. im Vorstand des Alldeutschen Verbandes, siehe div. Ausgaben des Handbuchs des Alldeutschen Verbandes zu den Mitgliedschaften von Parlamentariern; vgl. K. SCHILLING, 1968, S. 519 ff.; zu Oriola siehe etwa SBR, XI/1, 25. 2. 1905, S. 4794.

⁵⁵ SBR, XI/1, 26. 3. 1906, S. 2318. Bebel zielte in einer zweiten Wortmeldung zur Debatte über die Agitationsmethoden des Flotten-Vereins auch daraufhin ab, den von Paul Singer angesichts der Vereinstätigkeit in den Schulen geprägten, abschätzigen Terminus der »Schuljungenpetitionen« wiederaufzunehmen: »Die Machtstellung, die er [der FV, d. V.] durch die soziale Stellung seiner Mitglieder besitzt ... solle ihm genügen. Er benützt und mißbraucht aber seine Macht, um auch auf dem neutralen Gebiete der Schule agitatorisch tätig zu sein, nicht für das Vaterland, nein, parteipolitisch.(!)«

⁵⁶ Siehe zum Hamburger Flotten-Vereinstag Die Flotte 1906, S. 97–105; vgl. W. DEIST, Flottenpropaganda, 1976, S. 191–194; vgl. DERS., Reichsmarineamt, 1972, S. 143 ff.

Keim fort, »wir gaben acht auf die Bewegung der öffentlichen Meinung, wie diese unsern Vorschlag aufnahm. Als die Agitation einsetzte, merkte man doch, daß man Respekt davor hatte, daß hinter uns fast eine Million Menschen standen. Das muß ich als einen großen Erfolg ansehen«⁵⁷ – »Sehr richtig!«, vermerkt das Protokoll an dieser Stelle. Und Keim fügte dem bezeichnenderweise hinzu, daß der Flotten-Verein »diesen Erfolg ... in erster Linie jenen zu verdanken [habe], die so treu und mit großer Mühe, mit vielen persönlichen Opfern die Arbeit im Lande geschaffen haben, die Kleinarbeit, in der die Entscheidung liegt.« Keim sollte für künftige Aufgaben jene Massenorganisation zur Verfügung stehen, die er 1892/93 nicht besessen hatte. Und diese Organisation stand in ihrer Majorität treu hinter ihm, wie die Zustimmung zu seiner Rede auf der Tagung eindeutig bewies.

Der Flotten-Verein wandelte sich kurz nach der Jahrhundertwende, in den Jahren zwischen den Reichstagswahlen von 1903 und 1907, von einem Honoratiorenclub mit Massenanhang zu einer dynamischen Massenbewegung, die von der Vereinsführung gegen die Regierung oder gegen die flottenkritischen Parteien im Reichstag auch mit politischem Impetus zu mobilisieren war und die mit modernen Agitationsmethoden zu arbeiten verstand. Auf den Flotten-Verein unter dem Regiment der »Keimianer« trifft somit durchaus zu, was Hans-Jürgen Puhle zur politischen und radikal interessenpolitischen Propaganda des Bundes der Landwirte geschrieben hat: »Sie mußte einerseits öffentliche Demonstration sein und zum andern den Kontakt zwischen der Bundesleitung und den Mitgliedern so eng wie möglich gestalten, Transmissionsriemen der Ideologisierung sein, um die geballte Kraft der organisierten Massenbewegung zu jedem geeigneten Zeitpunkt in den von der Führung gewiesenen Bahnen zu kanalisieren und für den Einsatz bereitzuhalten. Beide Funktionen wurden mittels derselben Agitationsmittel erfüllt.«⁵⁸

4. Gründung, Aufbau und Ziele des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie

Als am 9. Mai 1904 in Berlin die konstituierende Sitzung des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie stattfand, wurde ein Verein ins Leben gerufen, der das »team of national organizations«¹ im Kaiserreich auf besondere Weise ergänzte. Gemäß den Verbandssatzungen war sein Feld innerhalb des Agitationsspektrums patriotischer Verbände der Antisozialismus bzw. die Bekämpfung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung als Aufgabe »alle[r] in Treue zu Kaiser und Reich stehenden Deutschen ohne Unterschied

⁵⁷ Die Flotte 1906, S. 102.

⁵⁸ H. J. PUHLE, *Agrarische Interessenpolitik*, 1975, S. 55 f.

¹ R. CHICKERING, 1984, S. 202.

ihrer religiösen und politischen Stellung«.² Konzentrierten die anderen nationalen Verbände ihre agitatorische Kraft auf die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für den jeweiligen Verbandszweck und politisierten sie ihre Klientel gegen die sogenannten antinationalen Parteien im Parlament, setzte der RgS den Hebel nunmehr direkt an. Er versuchte, die Quelle aller Kritik an den imperialen und integralen Tendenzen des Nationalismus versiegen zu lassen, indem er, wie sein Vorsitzender Eduard v. Liebert dies ausdrückte, in erster Linie um »das Zurückdrängen des verhängnisvollen Einflusses der [sozialdemokratischen] Agitatoren und Volksverhetzer und um die Verminderung ihres Einflusses im Reichstage, also um ihre Bekämpfung bei den Wahlen« bemüht war.³ Dies war der sichtbarste Ausdruck eines nahezu konsequent erscheinenden politischen Entwicklungsstranges des nationalen Verbändewesens, der seit den Wahlen von 1903 zu verfolgen ist. Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie leitete den Strom des integralen Nationalismus somit direkt auf Mühlen um, die gegen eine bestimmte Partei arbeiteten.

Die Gründung des Reichsverbandes, der »Gedanke, der Sozialdemokratie eine besondere straffe vaterländische Organisation entgegenzustellen, die *ausschließlich* den Kampf gegen die Umsturzpartei auf allen Gebieten erstrebe, [lag] sozusagen in der Luft«, wie die Festschrift der Organisation aus Anlaß ihres zehnjährigen Bestehens 1914 resümieren sollte.⁴ Die RgS-Aktivisten führten die offenbar scheinende Notwendigkeit zur Gründung einer solchen Organisation zum einen darauf zurück, daß die überwiegende Mehrheit des Bürgertums, wie v. Liebert 1905 in einem Beitrag zur *Deut-*

² Satzung des RgS, Paragraph 1, nach: 10 Jahre Reichsverband, 1914, S. 2. G. ELEY, Reshaping, 1980, S. 230, 235, zählt den Reichsverband nur zum Teil zu den nationalen Verbänden, da dieser am wenigsten frei von parteipolitischen Affiliationen geblieben sei, seinen Honoratiorenstatus nicht umfassend abgelegt habe und ein weniger radikales und populistisches Temperament gegenüber der »alten« Rechten gezeigt habe als die übrigen nationalen Verbände. Abgesehen davon, daß die anderen patriotischen Organisationen ebenfalls nie frei von parteipolitischem Einfluß blieben und stets Elemente der Honoratiorenpolitik bewahrten (was G. ELEY durchaus erkennt), ist R. CHICKERING zuzustimmen, der davon ausgeht, daß der RgS die Rolle eines Kustos über ein weiteres nationales Symbol, den »Wirtschaftsfrieden oder Antisozialismus«, übernahm und seine Mitglieder überdies mit den anderen nationalen Verbänden eng verbunden waren, siehe R. CHICKERING, 1984, S. 202. Die Forschung über den RgS beschränkt sich bislang auf Darstellungen zu seiner Entstehung und Geschichte. Interessanterweise läßt sich dabei die RgS-kritische, marxistische Historiographie, siehe D. FRICKE, Reichsverband, 1959; vgl. DERS., Reichsverband, 1983; in der Tendenz ebenso K. SAUL, Staat, 1974, S. 115–132, die sich aus verständlichen Gründen mit dem Reichsverband am intensivsten befaßt hat, von den apologetischen Verbandsbroschüren, siehe stellvertretend etwa 10 Jahre Reichsverband, 1914, in der Bewertung der Arbeit und der Erfolge des Verbandes leiten. G. ELEY, Reshaping, 1980, untersucht die Gründungsgeschichte des RgS vorrangig unter dem Aspekt der »Selbstmobilisierung« nationaler Verbände an der Basis; er stützt sich auf eine unveröffentlichte Dissertation von F. Taylor, *Foundation and Early Development of the Imperial League Against Social Democracy*.

³ E. v. LIEBERT, Reichsverband, 1906, S. 632.

⁴ 10 Jahre Reichsverband, 1914, S. 10.

schen Monatsschrift vorwurfsvoll schrieb, in ihrer Lethargie verharre und den »geistigen oder vielmehr [den] politische[n] Schlaf« der Gerechten schlafe. »Der alte Trost: Die Regierung wird's schon machen, völlige Gleichgültigkeit gegenüber dieser neuen politischen und sozialen Bewegung, Furcht vor irgendeiner geschäftlichen Beeinträchtigung, endlich Liebäugeln mit dieser mächtigen ›freiheitlichen‹ Richtung – dies sind die hauptsächlichsten Äußerungen der Volksseele gewesen.«⁵ Insbesondere die patriotischen Verbandspolitiker reagierten irritiert auf den sogenannten Dreimillionen-Sieg der Sozialdemokraten, der auf die »Massen gewirkt [habe] wie ein Rausch«. Nicht wenige von ihnen glaubten denn auch, »vor der Katastrophe der bürgerlichen Gesellschaft zu stehen.«⁶

Zum anderen, und dies machte die Gründung eines Wahlhilfeverbandes von RgS-Warte aus betrachtet umso notwendiger, schienen die politischen Parteien »bei ihren vielerlei Aufgaben« nicht in der Lage, »den Kampf gegen die Umsturzpartei ... so nachdrücklich [zu] führen ... wie es wünschenswert wäre und wie es eine eigens zu diesem Zweck gegründete Organisation« tun könne.⁷ In den Reihen der bürgerlichen Parteien sei es, wie eine Reichsverbandsschrift anprangerte,

»[m]it dem Verständnis für die Notwendigkeit regerer und dauernder politischer Tätigkeit ... größtenteils recht schlecht bestellt, und ein unverkennbares Zeichen dafür ist der häufige Mangel an Teilnahme bei den politischen Versammlungen, sogar in der Wahlzeit. Es gibt zu viel Kluge, die meinen, sie könnten zuhause bleiben, ihnen könne da Wissenswerthes nicht geboten werden, und doch vergessen sie bei all ihrer Klugheit oder erkennen nicht die bedeutsame Wahrheit: Die Masse zieht an.«⁸

Der Mobilisierungsdruck, der von der Arbeiterbewegung auf das Bürgertum wirkte, wurde übermächtig: Der »traurige und beschämende Ausfall der Reichstagswahlen von 1903«⁹, wie Liebert das Ergebnis der Wahlen kommentierte, der fünf Monate andauernde Ausstand der Crimmitschauer Textilarbeiter um die Jahreswende 1903/04, der das mächtige Streikpotential der Freien Gewerkschaften demonstrierte, und die politischen Weichenstellungen auf dem Dresdener Parteitag der Sozialdemokraten, wo der revisionistische Parteiflügel vorerst gestutzt wurde, bestätigten dies eindrucksvoll.¹⁰ Wie der Schriftführer des Reichsverbandes, Dr. Albert Boven-

⁵ E. v. LIEBERT, Reichsverband, 1906, S. 630; siehe in ähnlichem Tenor das vom RgS herausgegebene Handbuch für nicht-sozialdemokratische Wähler, 1907, S. 237; ferner E. v. LIEBERT, *Leben*, 1925, S. 175.

⁶ 10 Jahre Reichsverband, 1914, S. 9.

⁷ Ebd., S. 10.

⁸ BA Potsdam Rkzlei. 1395/2, Flugschrift des RgS, Bürgerliche Lässigkeit und bürgerlicher Zank.

⁹ E. v. LIEBERT, Reichsverband, 1906, S. 632.

¹⁰ Diese Ereignisse waren für den Reichsverband säkularer Natur und bildeten einen festen Bestandteil der Verbandsagitatio gegen die Sozialdemokraten, vgl. auch D. FRICKE, Reichsverband, 1959, S. 241.

schen¹¹, auf einer Versammlung des dem RgS korporativ angeschlossenen, konservativen Vaterländischen Vereins Greiz (Reuß ä.L.) Ende Oktober 1904 ausführte, dürften »die Dinge nicht mehr so weiter gehen ... wie bisher.« Um die »rapide Entwicklung ins Ungewisse« zu stoppen, mahnte Bovenschen die zahlreichen Zuhörer, müsse der »geschlossenen Phalanx der Sozialdemokratie die geschlossene Phalanx des nationalen Bürgertums gegenüberreten.«¹²

Seit der Jahrhundertwende, verstärkt aber im Umfeld der Reichstagswahlen von 1903, entstand eine Vielzahl an Initiativen¹³, die eine solche Phalanx gegen die politische Arbeiterbewegung parallel zu den bürgerlich-nationalen Parteien und den entstehenden Arbeitgeberverbänden¹⁴ zu gründen suchten. Ihnen war gemeinsam, daß sie meist von Journalisten und Publizisten patriotischer Provenienz, Politikern der alten Kartellparteien oder Schwerindustriellen bzw. Industriemanagern angeregt wurden. Auf dem politischen Massenmarkt konnten sich am Ende jene Vereinigungen durchsetzen, die nicht wie die *Antisozialdemokratische Korrespondenz* von Max Lorenz oder geplante Antisozialistische Ligen lediglich über eine Beeinflussung der öffentlichen Meinung die »Wähler über das »wahre Wesen« der Sozialdemokratie aufklären« wollten. Auch Anläufe, durch eine Einschränkung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts der »sozialistischen Agitation auf die geistig weniger urteilsfähigen Elemente der Bevölkerung Schranken zu ziehen«, kamen über das Projektstadium nicht hinaus.¹⁵ – Im späten Kaiserreich hatten Angriffe gegen die seit 1871 bestehende demokratische Partizipationstradition keine breite politische Basis mehr.

Auch die Wirtschaftlichen Schutzverbände Harburg bzw. Hamburg, wobei letzterer von dem Werftbesitzer Hermann Blohm in Zusammenarbeit mit Rudolf Sieverts, dem Vorstandsmitglied des nationalliberalen Reichstagswahlvereins von 1884 Hamburg, Ende Mai 1904 gegründet worden war, erlangten keine wesentliche Bedeutung. Sie blieben regional beschränkt und widmeten sich in der Hauptsache der »Unterstützung des unter dem sozialdemokratischen Terrorismus« – ein zeitgenössischer Terminus in erster Linie für Boykottandrohungen – »schwer leidenden Kleinhandels und Hand-

¹¹ Der Journalist Dr. Albert Bovenschen ging 1904 vom Ostmarkenverein zum Reichsverband, nachdem er sukzessive von Blättern linksliberaler Parteirichtung zu solchen agrarischer Linie gewechselt war. Im H-K-T-Verein hatte er Die Ostmark herausgegeben. Liebert bezeichnete ihn in seinen Erinnerungen als »außerordentlich gewandt und politisch erfahren«, E. v. LIEBERT, *Leben*, 1925, S. 175; zu Bovenschen siehe auch G. ELEY, *Reshaping*, 1980, S. 111; A. GALOS/F. H. GENTZEN/W. JACOBCEZYK, 1966, S. 50.

¹² BA Potsdam Rkzlei. 1395/1, Greizer Zeitung, 26. 10. 1904.

¹³ Zu diesen Initiativen siehe insbesondere K. SAUL, *Staat*, 1974, S. 115 ff.; vgl. G. ELEY, *Reshaping*, 1980, S. 228 f.; siehe auch die Vielzahl an Eingaben an die Reichskanzlei BA Potsdam Rkzlei. 1395/1.

¹⁴ Siehe hierzu A. J. HEIDENHEIMER/F. C. LANGDON, 1968, S. 26 ff.; zur Entwicklung der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände (1904) D. FRICKE, HDA, 1983, S. 116–124; zum Verein Deutscher Arbeitgeberverbände (1904) DERS., VDA, 1983, S. 277–281.

¹⁵ Zitate nach K. SAUL, *Staat*, 1974, S. 115 und 448 f., Anm. 4.

werkerstandes«, der Herausgabe einer Verbandszeitschrift und der »Aufklärung« nationaler Arbeiter durch ein Arbeitersekretariat.¹⁶

Größere Bedeutung unter den antisozialdemokratischen Initiativen erlangte der Nationale Reichswahlverband des Deutschbündgründers und Herausgebers der *Täglichen Rundschau*, des Antisemiten Friedrich Lange, der im Mai 1905 reichsweit 23 Ortsgruppen mit 2500 Mitgliedern zählte.¹⁷ Lange hatte seit den 1890er Jahren das Ziel einer »großen Deutschpartei« gegen Sozialdemokraten und Zentrum verfolgt. Aufgrund des Widerstandes der etablierten bürgerlich-nationalen Parteien gegen einen solchen Zusammenschluß, der letztlich ihre Unabhängigkeit und politischen »Besitzstand« bedrohen mußte, hatte er seine Ambitionen um »eine nationale Reform unseres Parteiwesens« jedoch zunächst auf die Zusammenarbeit für ein zu gründendes, umfassendes »Deutsch-Kartell« reduzieren müssen.¹⁸ Auch dieses fand keinen Anklang und scheiterte an »mangelndem Verständnis« von Parteiseite. Lange bemühte sich schließlich, im Hinblick auf die Wahlen von 1903 »persönlich mit Einsetzung aller Kraft« während einer *tour de force* durch 240 Städte Deutschlands in den »am meisten von Zentrum und Sozialdemokratie bedrohten Wahlkreisen« für seine Idee eines »nationalen Zusammenschlusses zu werben.« Stieß er vor Ort auch weiterhin auf Mißtrauen in Parteikreisen¹⁹ und betrachtete das Bürgertum, wie Lange polemisierte, »Reichspolitik im Kirchturmshorizont«, erhielt er immerhin zur konstituierenden Sitzung des Nationalen Reichswahlverbandes am 2. März 1902 in Berlin die Zusage »angesehener Bürger« aus etwa 130 der von ihm besuchten Städte.

Der Nationale Reichswahlverband kann, wie Geoff Eley urteilt²⁰, durchaus als ein Vorläufer des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie betrachtet werden. Zum einen begleitete die Idee eines Deutsch-Kartells auch das politische Streben des RgS. Zum zweiten würde die Rolle des »ehrlichen Maklers« – wie Lange ganz im Bismarckschen Sinne formulieren sollte – zwischen den nationalen Parteien in solchen Wahlkreisen, die sich durch instabile Mehrheitsverhältnisse auszeichneten, ebenso eine der wesentlichen Grundlagen der Reichsverbandstätigkeit sein. Und schließlich sollte der

¹⁶ Zitate nach ebd., S. 448 f.

¹⁷ Zum Nationalen Reichswahlverband siehe NL Lange in BA Potsdam 90La5; ferner die Erinnerungen F. LANGES, 1904, S. 438 ff.; siehe auch G. ELEY, *Reshaping*, 1980, S. 246 f.; D. FRICKE, *Deutschbund*, 1983, S. 520; DERS., *Reichsverband*, 1983, S. 68.

¹⁸ F. LANGE, 1904, S. 433 ff., Zitat S. 435. Zu Deutschpartei, Deutsch-Kartell und weiteren Versuchen Langes, eine Sammlung der nationalen Parteien herbeizuführen, siehe unten.

¹⁹ Lange sah seine »geringen Erwartungen bezüglich des guten Willens der bürgerlichen Parteiangehörigen vollauf bestätigt, d. h. die Freisinnigen waren höchst mißtrauisch und doktrinär ablehnend, die Nationalliberalen eifersüchtig, zurückhaltend und zu offenem Ja oder Nein selten fähig, die Antisemiten meist starrköpfig nur auf ihre kleinen Parteiinteressen bedacht, und die Konservativen zwar einsichtig, offen heraus und gelassen, wie Leute, die ihres Besitzes sicher sind, aber parteiempfindlich doch eben auch, sobald die Parteibarriere geöffnet werden sollte«, ebd., S. 438.

²⁰ G. ELEY, *Reshaping*, 1980, S. 247.

Anspruch, in »fleißiger und treuer Arbeit für den nationalen Einigungsgedanken eine Organisation zu schaffen, welche der regen Werbetätigkeit anderer Parteien gewachsen ist«, ein ganz entscheidendes Element des reichsverbändlerischen Wirkens im Wahlkampf werden. Allerdings jedoch suchte der Nationale Reichswahlverband Langes, anders als der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, die Parteien für einen imaginären »Gedanken unseres Gemeinwohls« »allmählich fest zusammenzuschließen«, statt sie in ihrer Unabhängigkeit zu belassen und gegen einen gemeinsamen politischen Gegner zu unterstützen. Er sollte sich zudem von Beginn an auf die Einrichtung von lokalen Wahlvereinen auf reichsweiter Ebene festlegen²¹ – eine Vorgehensweise, die der RgS zunächst vorsichtiger anzupacken suchte, um nicht sogleich das Mißtrauen der bürgerlichen Parteien zu erregen. Auch schaltete er sich in die Kandidatenaufstellung ein, was manchen Ortsgruppen des Langeschen Verbandes bei den Reichstagswahlen von 1903 sogleich »den Vorwurf der Parteinahme« eingetragen hatte.²² Desweiteren fehlten dem Reichswahlverband die Mitgliederbasis und damit die finanziellen Möglichkeiten, um seine Funktion als Wahlhilfeorganisation effektiv wahrnehmen zu können. Das Ganze glich zu sehr einem getreuen Abbild der Langeschen Deutschbundgemeinden, über die der spätere Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, Heinrich Claß, urteilen sollte, daß sich ihre »Gefolgschaft trotz aller Bemühungen nicht steigern [ließ]«, sie gerieten »in Gefahr ... kleine Grüppchen zu werden und aus der großen politischen Arbeit ausgeschaltet zu bleiben.«²³ Schließlich und nicht zuletzt hatte sich die kleine Schar um Friedrich Lange in ihrer gleichzeitigen Gegnerschaft zu Sozialdemokraten und Zentrum politisch übernommen.

Als der Reichswahlverband Anfang Mai 1905 mit dem Reichsverband fusionierte, begründete Lange diesen Schritt gegenüber den angeschlossenen Ortsgruppen bezeichnenderweise damit, »daß bei Fortsetzung unseres Sonderdaseins nicht wir die Aussichten des Sieges haben«, sondern der RgS, der »in Folge der berufsmäßigen Geschäftsleitung, die er sich mit reichlichen Geldmitteln von Anfang an einrichten konnte, wirksamer agitieren und reichlichere Geldmittel schaffen [könne]«.²⁴

²¹ F. LANGE, 1904, S. 439 f.

²² Ebd., S. 441. Anders dagegen die Ortsgruppe Kassel-Melsungen, die zur Hauptwahl nicht wie die anderen Gruppen bereit war, den »historischen Besitzstand« eines der beiden bürgerlichen Kandidaten »zu ermitteln« und damit eine bestimmte Nominierung zu favorisieren, die wiederum einem Teil der Wähler die Stimmabgabe in der Hauptwahl unmöglich machte. Man war dagegen »mit Aufwand aller Kräfte behilflich, alle bürgerlichen Wähler an die Urne zu bringen« und arbeitete auf ein Stichwahlbündnis der bürgerlichen Parteien hin. Die in Kassel angewandte »Methode« fand angesichts der sonstigen Erfolglosigkeit des Nationalen Reichswahlverbandes »viel Beifall.«

²³ H. CLASS, *Wider den Strom*, 1932, S. 33. Heinrich Claß war von 1894–1897 Mitglied der Deutschbundgemeinde Mainz.

²⁴ BA Potsdam, 90La5/19, Bericht an die Ortsgruppen und Einzelmitglieder des Nationalen Reichswahlverbandes, 20.4. 1905.

Die einzelnen Stationen der Entstehungsgeschichte des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie sind in der Literatur bereits herausgearbeitet worden.²⁵ Festzuhalten bleibt, daß der Verband zwei in ihren methodischen Zielsetzungen sehr unterschiedliche Initiativen gegen die Sozialdemokratie vereinte. Die eine ging Ende Juni 1903 aus von einem Aufruf des Schriftstellers Heinrich Fränkel, der eine »Zentralstelle für die Bekämpfung der Sozialdemokratie« zu gründen beabsichtigte. Diese sollte eine Zeitungskorrespondenz herausgeben sowie als Nachrichtenbüro und -börse über sozialistische Agitation und Tätigkeit dienen²⁶; die Zentralstelle ähnelte in ihrer Konzeption der *Antisozialdemokratischen Korrespondenz* von Max Lorenz. Der Aufruf fand Unterstützung insbesondere bei führenden Parlamentariern der Deutschkonservativen Partei, unter ihnen Friedrich v. Loebell, der später als Vortragender Rat in der Reichskanzlei dem RgS Kontakte zu Reichskanzler v. Bülow knüpfen sollte, und des rechten Flügels der Nationalliberalen.²⁷

Die andere, für die politische und agitatorische Entwicklung des RgS weit interessantere Maßnahme ist auf einen Vorstoß freikonservativer Parlamentarier und Ausschußmitgliedern des Centralbands Deutscher Industrieller bzw. Industriemanagern vom September 1903 zurückzuführen. Sie propagierten die »Schaffung eines allumfassenden Reichsbundes«, der sich nicht auf »Volksaufklärung« und Belehrung beschränken, sondern die Organisationstechnik der Sozialdemokraten nachahmen und von einem Komitee der »Vertrauensmänner der nationalgesinnten Reichstagsfraktionen« geleitet werden sollte.²⁸

Auf einer gemeinsamen Sitzung am 20. September 1903 in Halle, zugleich der letzte Tag des Dresdener Parteitags der Sozialdemokraten, fand die zweite Gruppe Unterstützung von Aktivisten nationaler Verbände und setzte sich schließlich bis zur Gründungsversammlung des RgS am 9. Mai 1904 prinzipiell in einigen wesentlichen Punkten ihrer Programmatik gegen die Befürworter einer Zentralstelle durch.²⁹ Der daraufhin in Berlin gekürte

²⁵ Siehe detailliert K. SAUL, Staat, 1974, S. 115 ff.; vgl. G. ELEY, *Reshaping*, 1980, S. 228 ff., basierend auf Taylor, *Foundation and Early Development*.

²⁶ K. SAUL, Staat, 1974, S. 117.

²⁷ Siehe ebd., S. 117, mit einer Liste der wichtigsten Unterzeichner.

²⁸ Ebd., S. 121. Diese Initiative wurde vom Führer der Freikonservativen Partei im Reichstag Octavio Freiherr v. Zedlitz-Neukirch, Heinrich v. Tiedemann, Mitbegründer des Deutschen Ostmarkenvereins, Willy v. Dirksen, Konsistorialpräsident Wilhelm Stockmann, dem Ausschußmitglied des CVDI Wilhelm Hirsch, Wilhelm Beumer, ebenfalls Ausschußmitglied des CVDI, Hüttendirektor Hermann Schrader für den Mansfelder-Konzern und Paul Ritter, dem Generalbevollmächtigten des Fürsten Pleß, getragen. Außer von Tiedemann waren alle auch Mitglieder des Preußischen Abgeordnetenhauses.

²⁹ Siehe G. ELEY, *Reshaping*, 1980, S. 233; vgl. K. SAUL, Staat, 1974, S. 123. Wie der Bericht der Konferenz von Halle feststellte, sollte der »sozialistischen Agitation eine antisozialistische [entgegengestellt werden], die der Sozialdemokratie auf allen Wegen folgt und mit ihren eigenen Waffen zu schlagen sucht.«

Vorstand des RgS unter Generalleutnant z.D. Eduard v. Liebert³⁰ und seinem Stellvertreter, dem nationalliberalen MdR Paul Hagemann, bemühte sich, durch seine personale Zusammensetzung weitgehend den Parteien- und Interessenproporz zu wahren. Er verwandelte sich nicht in ein Gremium, das ausschließlich für die vom politischen Massenmarkt bislang ausgeschlossenen Schwerindustriellen des Centralvereins oder die Honoratioren in der Freikonservativen Partei eine im Wahl- und Interessenkampf willfähige Klientel und mobilisierungsfähige Basis schaffen und leiten sollte.³¹ Der Vorstand sowie gerade auch der Ausschuß des Verbandes³² wurden von Politikern der drei großen bürgerlichen Parteien besetzt, die jedoch wiederum, das ist ebenso wichtig festzuhalten, nicht für beide Flügel ihrer Parteien sprachen; eine große »Sammlung« vermochte der RgS zeit seiner Existenz nicht anzubahnen.³³

Da die Initiative zur Gründung des Verbandes von Parteipolitikern mit ausgegangen war, vermied es der Reichsverband, eine Option auf eine organisatorische Vereinigung sämtlicher bürgerlichen Parteien zu formulieren. Es sollten vielmehr alle »nicht sozialdemokratisch gesinnten Staatsbürger« zusammengeschlossen werden. Die Aufgabe des Reichsverbandes, so ein im November 1904 publizierter Aufruf konkreter, schließe zudem »jede Tendenz zur Bildung einer neuen Partei aus«. Der Verband fordere vielmehr »den bestehenden bürgerlichen Parteien gegenüber grundsätzlich volle Neutralität.«³⁴ Wie Eduard v. Liebert hierzu erläutern sollte, verteidigten

³⁰ Zu Eduard v. Liebert, neben General Keim der wohl bemerkenswerteste nationale Verbandspolitiker im Kaiserreich, siehe E. v. LIEBERT, *Leben*, 1925; zur Vita auch ausführlich M. S. COETZEE, 1990, S. 84 f.; vgl. G. ELEY, *Reshaping*, 1980, S. 109 ff.; R. CHIKERING, 1984, S. 268; K. SCHILLING, 1968, Anm. I, S. 49; G. RITTER, 1954/68, Bd. II, S. 137 f.; H. CLASS, *Wider den Strom*, 1932, S. 98 ff. Liebert, Sohn eines schlesischen Majors, bezeichnete sich in seinen Erinnerungen selbst als einen »der wenigen Offiziere des alten deutschen Heeres, die sich mit Politik beschäftigten und gelegentlich auch öffentlich auftraten«, *Leben*, 1925, S. 173.

³¹ Neben Eduard v. Liebert und Justizrat Paul Hagemann übernahm Dr. Albert Boven-schen das Amt des Schriftführers. Weitere Mitglieder waren Rechtsanwalt Hans Regula, Vorsitzender des Wirtschaftlichen Schutzverbandes Harburg; Wilhelm Hirsch; Geheimer Kommerzienrat Julius Vorster, Direktoriumsmitglied des CVDI und freikonservatives MdA; Willy v. Dirksen sowie das führende Mitglied der konservativen Fraktion des Preußischen Abgeordnetenhauses, der Kammerherr und Haupttritterschaftsdirektor Karl von Arnim-Züsedom.

³² Siehe die Liste der Ausschußmitglieder unter einem Aufruf des Reichsverbandes vom November 1904, in: *10 Jahre Reichsverband*, 1914, S. 12.

³³ Zum Verhältnis des Reichsverbandes zu den einzelnen bürgerlichen Parteien sehr ausführlich K. SAUL, *Staat*, 1974, S. 118 ff. Der im November erlassene Aufruf des RgS sollte demnach eingangs feststellen, daß der Verband »von Männern der verschiedensten politischen und wirtschaftlichen Anschauungen« gegründet worden sei, nach: *10 Jahre Reichsverband*, 1914, S. 11.

³⁴ Aufruf des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, 11.1904, in: *10 Jahre Reichsverband*, 1914, S. 11 f.; vgl. *Handbuch für nicht-sozialdemokratische Wähler* 1909, S. 294, zum Stichwort Parteien: »[Parteien] verfolgen den Zweck, einen Einfluß auf die Ausübung der Staatsgewalt zu gewinnen und sind im Rahmen des Verfassungslebens

die Parteien »ihr Programm und ihren Besitzstand« energisch, »und da eine neue Partei zu den unzähligen alten nicht gebildet werden sollte, so blieb nichts übrig, als eine neutrale Stelle zu schaffen, die allen bürgerlichen Parteien entgegenzukommen und ihre Interessen zu wahren sich bestrebte, ihnen allen aber den gemeinsam zu bekämpfenden Feind wies.«³⁵ Mit Hilfe dieser Neutralitätsklausel schaffte der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie das Kunststück, sich im Wahlkampf die Möglichkeit parteiischen Engagements vorbehalten zu können und dabei überparteilich zu bleiben.

Das Ringen um organisatorische Fragen zwischen den Befürwortern einer Zentralstelle ohne regionale und lokale Untergliederungen und eines Reichsbundes mit nachgeordneten Provinzial- und Ortsgruppen beeinflusste die Entwicklung des Verbandes zumindest in den ersten Jahren seiner Existenz. Der Aufruf vom November 1904 forderte zwar eine »sofort, nicht erst einige Wochen vor den allgemeinen Wahlen« zu schaffende Organisation in »etwa 50« von der Sozialdemokratie bedrohten Wahlkreisen. Jedoch wolle der Reichsverband, wurde vorsichtig hinzugefügt, es sich noch »angelegen sein lassen, durch ein ausgedehntes Netz von Vertrauensmännern« den Sozialdemokraten »mit gleichem Eifer entgegenzutreten«.³⁶ Das mehr als Kompromiß und aus Rücksichtnahme gegenüber konservativen und nationalliberalen Parteiinteressen propagierte Vertrauensmännersystem bewährte sich indessen kaum.³⁷ Der Reichsverband arbeitete aus diesem Grund parallel zum Aufbau eines Vertrauensmännersystems darauf hin, eigene, feste lokale Organisationen zu gründen und im Vereinsleben der Wahlkreise zu etablieren. Er verfolgte in den Anfangsjahren dabei jedoch die grobe Linie, Ortsgruppen bevorzugt nur in jenen Stimmbezirken einzurichten, in denen keine oder, nach seinem Dafürhalten, lediglich bedingt arbeitsfähige Wahlvereine der bürgerlichen Parteien bestanden.³⁸ Die Paragraphen 1 Absatz 1, und 7 der Verbandssatzungen sprachen in diesem Zusammenhang mit Bedacht von der Gründung lokaler Gruppen an »geeigneten Orten«, falls der Vorstand ein Bedürfnis hierzu anerkenne.³⁹ Nach diesen Richtlinien strebte der Verband in seinen Anfangsjahren die Gründung von zunächst etwa 30 festen lokalen Untergruppen an. Neben dem Ausbau eines Ortsgruppennetzes in eigenem Namen bemühten sich

notwendig, um einen Ausgleich der im Volke vorhandenen verschiedenen Bestrebungen zu bewirken.«

³⁵ E. v. LIEBERT, Reichsverband, 1906, S. 632.

³⁶ Aufruf des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, 11.1904, in: 10 Jahre Reichsverband, 1914, S. 12.

³⁷ BA Potsdam Rkzlei. 1395/1, Protokoll der Sitzung des Vorstandes, 27. 10. 1904, speziell die Ausführungen von Paul Winter, Harburg, zu den Erfahrungen mit dem Vertrauensmännersystem.

³⁸ Nach den Erfolgen des Jahres 1907 beabsichtigte der RgS dazu überzugehen, auch in solchen Wahlkreisen eigene Organisationen aufzubauen, in denen bereits starke bürgerliche Parteiwahlvereine bestanden. Dies erregte sofort den Mißmut insbesondere der konservativen und nationalliberalen Presse, siehe Dortmunder Zeitung, 13. 5. 1907.

³⁹ Satzung des RgS, Paragraphen 1.1 bzw. 7, nach: 10 Jahre Reichsverband, 1914, S. 2 f.

die Verbandsverantwortlichen auch intensiv darum, »zwischen allen gleiche und ähnliche Ziele verfolgenden Vereinigungen und Veranstaltungen einen festen Zusammenhang herzustellen«, sprich: korporativ angeschlossene Vereinigungen zu gewinnen und mit ihnen zu arbeiten.⁴⁰ Der RgS organisierte im Jahr 1906 287 eigene Ortsgruppen und Sammelstellen sowie 340 körperchaftlich angeschlossene Vereine mit zusammen 144 000 Mitgliedern.⁴¹

Die Werbung von Einzelmitgliedern kombiniert mit Spendenaufrufen über Werbekarten und -briefe, die bis Oktober 1905 in 452 000 Exemplaren z. T. an »hervorragende« oder »in den letzten Jahren dekorierte« Persönlichkeiten versandt worden waren, zeigten zwar gute Ergebnisse, hatten aber zu viele Streuverluste und, da von einer Privatfirma organisiert, unangenehme Begleiterscheinungen: So hatte die Adressenfirma auch den Reichsinnenminister in ihren Verteiler aufgenommen und Werbebriefe als Drucksache verschickt, wofür sich Dr. Bovenschen beim Chef der Reichskanzlei, Friedrich v. Loebell, persönlich entschuldigte.⁴²

Das erfolgreichste Mittel zur Mitgliederwerbung und Politisierung der Klientel waren in den Anfangsjahren des Verbandes ausgedehnte Werbereisen seiner leitenden Funktionäre, des Schriftführers Dr. Bovenschen und des Vorsitzenden Eduard v. Liebert. Im Rahmen solcher politischer Reklamekampagnen wurde versucht, eigene Ortsgruppen ins Leben zu rufen, korporativ anzuschließende Vereine zu gewinnen und die Mitglieder bestehender Parteivereine und patriotischer Verbände politisch im Sinne des RgS aufzurütteln und auf kommende wahlkämpferische Aufgaben vorzubereiten. Im Rahmen seiner einmonatigen agitatorischen Werbetour, bei welcher mehrere Ortsgruppen gegründet und einige korporative Verbindungen geknüpft werden konnten, habe er »stets vor sehr gut besuchten Versammlungen gesprochen«, berichtete Bovenschen auf einer Vorstandssitzung Ende Oktober 1904. »[Ü]berall [habe er] von den verschiedensten Seiten die Bemerkung gehört, daß man die Begründung des Reichsverbandes mit freudiger Genugtuung begrüßen müsse und daß dieser, wenn er so wie geplant weiter arbeitet, geradezu eine fühlbare Lücke ausfülle.«⁴³ In Greiz, wo Bovenschen seine zündende Ansprache an die Mitglieder des Vaterländischen Vereins gehalten hatte, die »Dinge [dürften] nicht mehr so gehen wie bisher«, erntete der Redner »stürmischen, lang anhaltenden Beifall« dafür, daß er den Zuhörern die Ziele und Methoden des Reichsverbandes schilderte und sie zu aktiver Teilnahme aufrief.⁴⁴ Seine Ausführungen über die »drin-

⁴⁰ Ebd., S. 2.

⁴¹ BA Potsdam Rkzlei. 1395/4, Protokoll der gemeinsamen Sitzung von Vorstand und Ausschuß, 12. 12. 1906; vgl. Norddeutsche Allgemeine Zeitung, 16. 12. 1906.

⁴² Zum Ergebnis der Werbekarten und -briefe siehe BA Potsdam Rkzlei. 1395/1, Protokoll über die Sitzung des Ausschusses, 14. 12. 1904; vgl. D. FRICKE, Reichsverband, 1959, S. 256. Zur Werbung der Adressenfirma BA Potsdam Rkzlei. 1395/2, Bovenschen an v. Loebell, 24. 10. 1905.

⁴³ BA Potsdam Rkzlei. 1395/1, Protokoll der Sitzung des Vorstandes, 27. 10. 1904.

⁴⁴ BA Potsdam Rkzlei. 1395/1, Greizer Zeitung, 24. 10. 1904.

gendste Aufgabe der inneren Politik«, »naturgemäß die Bekämpfung der Sozialdemokratie, die dem deutschen Volke hindernd im Wege steht, daß es seine Weltmission erfülle«, begleitete Bovenschen mit Betrachtungen über die Wahlchancen der nationalen Parteien in Greiz. Greiz gehöre zu einer Kategorie von Wahlkreisen, in denen die Sozialdemokraten im Vorjahre mit nur geringer Mehrheit gesiegt hätten, rechnete Bovenschen seinem Publikum vor. So habe »man auch hier alle Veranlassung, bei Zeiten die Wahlarbeit zu beginnen. Bei den Sozialdemokraten beginnt sie ja am ersten Tage nach der Wahl für die Neuwahl. In dieser Beziehung können und sollen wir vom Gegner lernen«, riet Bovenschen seinen Zuhörern.

Der Vorsitzende Eduard v. Liebert, zu dessen bevorzugten Aufgabenfeldern ausgedehnte Reisen als Wanderredner bei vaterländischen und Parteivereinen gehörten⁴⁵, und der bei solchen Anlässen seine ganze rhetorische Erfahrung ausspielte sowie den einem kaiserlichen General ohnehin gehörenden Respekt mit in die Waagschale legte, bemühte sich darum, sein Publikum mit etwas mehr als konkreten, aber letztenendes doch nüchternen Wahlanalysen zu überzeugen. Beispielhaft hierfür ist ein Vortrag über den »Kampf des deutschen Bürgertums gegen die Sozialdemokratie«, den er im Frühsommer 1905 vor einem großen Auditorium der Vereinigten liberalen Bürgervereine im Bochumer Schützenhof hielt.⁴⁶ Neben der eindringlichen Mahnung an die Zuhörer, eine schlagkräftige Wahlorganisation zu schaffen – wobei man von »unseren roten Freunden lernen« könne –, provozierte Liebert sein liberales Publikum mit der Warnung, aus bürgerlichem »Bildungsdünkel« heraus »[d]ie Fühlung der gebildeten Kreise mit dem arbeitenden Volke« nicht zu verlieren und »öffentliche Arbeit im Volke« zu leisten, wie der Zeitungskommentar zu dieser Veranstaltung den Ausführungen des Generals billigend hinzufügte. Liebert hielt den anwesenden Parteihonoratioren den Spiegel vor und erklärte ihnen, warum die bürgerlichen Parteien, insbesondere in den Regierungsbezirken Arnsberg und Düsseldorf, Mühe hatten, dem allgegenwärtigen Mobilisierungsdruck der politischen Arbeiterbewegung standzuhalten. Er rief zu harter wahlpolitischer Arbeit unter Anwendung jener stilistischen Kampagnemittel auf, die die Sozialdemokraten bereits vorexerzierten, der Reichsverband nachvollziehe und wofür sich auch ein »Bürger« nicht zu schade sein dürfe. Und ganz im Sinne des Redners kommentierte die Zeitung das Besondere seines Auftritts, der die Versammlung im Schützenhof »weit über eine gewöhnliche Parteiveranstaltung« hinausgeführt habe:

»Ein General, eine Exzellenz als Agitator am Rednerpult, einer von den höheren Zehntausend, einer von den Begünstigten, einer von den wirklich Besten der Nation, ein alter Offizier, ein bewährter Kämpfe, verbrannt von der afrikanischen Sonnenglut im Dienste des Vaterlandes, ein solcher Mann, der es fürwahr nicht nötig hat, sich abzuquälen als Wanderredner, ja ist denn die Welt anders geworden?«

⁴⁵ Siehe insbesondere die Berichte in den ADB 1906, Nrn. 5, 14, 23, 37.

⁴⁶ BA Potsdam Rkzlei. 1395/2, [Bochumer Anzeiger], Exzellenz von Liebert in Bochum.

Der Vortrag des Generals vor seinem liberalen Auditorium verdient neben seinem Appell zur Modernisierung der Wahlkampforganisation auch deshalb Beachtung, weil er zugleich das sich verschlechternde Verhältnis des Reichsverbandes zur katholischen Zentrumsparterie thematisierte. Die Bemerkung v. Lieberts, man müsse leider auf die »Mitwirkung der größten Partei, des Zentrums«, verzichten, da diese sich vollkommen abschließe und vorgebe, »auch gegen die Sozialdemokratie zu kämpfen, aber unter keiner Berührung mit anderen Parteien«, ging in ihrer Bedeutung weit über den politischen Kontext einer liberalen Bürgerversammlung in der Rheinprovinz hinaus. Sie beschrieb den Anfang vom Ende der Reichsverbandsbemühungen, auch den politischen Katholizismus, oder zumindest seinen gouvernementalen Flügel, in die Organisation zu integrieren. Bereits auf einer Sitzung des Ausschusses des Verbandes im Dezember 1904 war von den Anwesenden »mehrfach darauf hingewiesen [worden], daß das Zentrum für die Arbeit des Reichsverbandes kaum zu haben [sei]«. ⁴⁷ Wenn auch nicht die Partei gewonnen werden konnte, wollten die Ausschußmitglieder zumindest »jedem Angehörigen des Zentrums ... die Möglichkeit freihalten, Mitglied des Reichsverbandes zu werden«. Als das »bürgerlich neutral[e]« Verhältnis zwischen RgS und politischem Katholizismus im Oktober 1905 mehr oder minder in offene Gegnerschaft umschlug ⁴⁸ und die Zentrumspresse die Losung »Katholiken heraus!« ausgab, erhielt der Reichsverband nur eine unerhebliche Zahl an Austrittserklärungen. Dies zeige, konnte v. Liebert dem Vortragenden Rat in der Reichskanzlei, v. Loebell, kurz darauf in einem Schreiben darlegen, daß der RgS eben »keine Katholiken oder Zentrumsleute als Mitglieder zähle«. ⁴⁹ Liebert, der die »Klärung der Situation« augenscheinlich begrüßte, reihte von nun an den politischen Katholizismus in die Phalanx der potentiellen Gegner des Reichsverbandes ein – ohne allerdings eine Empfehlung dahingehend zu geben, denselben agitatorischen Eifer gegen das Zentrum oder den Volksverein für das katholische Deutschland zu entwickeln. Die wenigen Austritte der Zentrumsmitglieder waren für den RgS auch insofern kaum der Rede wert, als der Reichsverband Kompensation im Beitritt des Nationalen Reichswahlverbandes finden sollte; Friedrich Lange hatte seine Entscheidung zur Fusion mit dem RgS von dessen »Stellung zum Ultramontanismus« abhängig gemacht. ⁵⁰

⁴⁷ BA Potsdam Rkzlei. 1395/1, Protokoll über die Sitzung des Ausschusses, 14. 12. 1904.

⁴⁸ Der Schriftführer Dr. Bovenschen hatte in einem vertraulichen Brief, der durch Zufall an eine »falsche Adresse« gelangt war, eine »energische Bekämpfung der Sozialdemokratie« als den besten Weg bezeichnet, »um die Macht und den Einfluß des Ultramontanismus zu brechen«, siehe BA Potsdam Rkzlei. 1395/2, v. Liebert an v. Loebell, 20. 12. 1905, zu dieser »Briefaffaire«; siehe K. SAUL, Staat, 1974, S. 119, zum Text des Schreibens bzw. zum Verhältnis des RgS zur Zentrumsparterie; vgl. hierzu auch D. FRICKE, Reichsverband, 1959, S. 252; vgl. DERS., Reichsverband, 1983, S. 69.

⁴⁹ BA Potsdam Rkzlei. 1395/2, v. Liebert an v. Loebell, 20. 12. 1905.

⁵⁰ BA Potsdam 90La5/19, Bericht an die Ortsgruppen und Einzelmitglieder des Nationalen Reichswahlverbandes, 20. 4. 1905.

Die Werbung von Verbandsmitgliedern wurde mit der Zeit von den leitenden Persönlichkeiten in der Berliner Zentrale an die nachgeordneten Unterverbände delegiert, an Landes- und Provinzialausschüsse bzw. deren Geschäftsstellen, Ortsgruppen sowie Bezirksgruppen und Bezirksversammlungen in größeren Städten, die zwei bis viermal im Monat tagen sollten.⁵¹ Der RgS strebte auf diese Weise an, die »praktisch-politische Arbeit ... mehr und mehr [zu] dezentralisieren ... ganz wie das seitens der Sozialdemokratie schon seit langem geschieht.«⁵² Die Einführung von Geschäftsstellen, welche die Aufgabe übernahmen, durch Versammlungen, die von bestellten und besonders ausgebildeten Rednern abgehalten werden sollten, neue Ortsgruppen und Sammelstellen zu gründen, scheint sich, nach RgS-Angabe, bei der Werbearbeit als außerordentlich nützlich erwiesen zu haben. Diese als temporäre Untergliederungen im Hinblick auf allgemeine Reichstagswahlen eingeführten Büros wurden auf Beschluß des Vorstandes und des Verbandsausschusses zu einer »dauernden Einrichtung« mit der Einschränkung berufen, daß »die dafür die notwendigen Gelder« aufgebracht werden können.⁵³

Ab 1909 scheint der Verband sowohl die »allgemeine Werbung« in jenen Kreisen, die bereits durch RgS-Unterverbände abgedeckt waren, als auch die schriftliche Mitgliederwerbung, die in ihrer Effektivität nie an die Ansprache »von Mann zu Mann« heranreichen konnte, zu Gunsten eines »systematischen« Vorgehens der nunmehr bestehenden Ortsgruppen völlig aufgegeben zu haben. Die lokalen Organisationen arbeiteten daraufhin unabhängiger, aber nach Anleitung durch Werbemuster, die von der Berliner Zentrale zur Verfügung gestellt wurden.⁵⁴

Das regionale Verteilungsschema der Reichsverbandsorganisation war deckungsgleich mit dem der übrigen nationalen Verbände. Im Frühjahr 1907 bestanden Geschäftsstellen in Altenburg, Bamberg, Breslau, Dresden, Erfurt, Frankfurt a.M., Hamburg, Hannover, Leipzig, Plauen und Rudolstadt.⁵⁵ Die Charakteristika, nach denen sich die Organisation des Verbandes über das Reichsgebiet entfaltete und ausbreitete, entsprachen dabei in etwa jenen, die Roger Chickering für die Hochburgen des Alldeutschen Verbandes beobachten konnte; nicht von ungefähr war der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie korporatives Mitglied des AdV.⁵⁶ Danach befanden sich die Unterverbände des RgS, abgesehen von der satzungsbedingen-

⁵¹ BA Koblenz ZSg.1-130/5(2), Flugschrift des RgS Nr. 83, Der Reichsverband im Jahre 1907.

⁵² Ebd., BA Potsdam Rkzlei. 1395/5, Korrespondenz des RgS, 46 (1908), zugl. Flugschrift des RgS Nr. 98, Der Reichsverband im Jahre 1908.

⁵³ Ebd., BA Potsdam Rkzlei. 1395/5.

⁵⁴ Ebd., BA Potsdam Rkzlei. 1395/5; vgl. auch Flugschrift des RgS Nr. 106, Der Reichsverband im Jahre 1909.

⁵⁵ Siehe D. FRICKE, Reichsverband, 1983, S. 70.

⁵⁶ Siehe R. CHICKERING, 1984, S. 142f.; zur korporativen Mitgliedschaft des RgS im AdV D. FRICKE, Reichsverband, 1983, S. 69.

Weisung, Ortsgruppen bevorzugt in solchen Kreisen zu gründen, die 1903 von den Sozialdemokraten nur knapp erobert worden waren oder in denen die bürgerlichen Parteien eine nur dünne Mehrheit erlangt hatten, in erster Linie in den protestantischen, nord- und mitteldeutschen Regionen des Reiches sowie meist in Städten, die, unabhängig von ihrer Wirtschaftsstruktur, zugleich Verwaltungszentren waren. Hier gehörten Staatsbedienstete, freiberuflich Tätige, Reserveoffiziere sowie das mittlere und Kleinbürgertum zur bevorzugten Klientel des Verbandes. Insbesondere mittlere und kleinere Beamte der Reichsbahn- und Reichspostverwaltung, die im Wahlkampf nützliche Dienste für die überregionale und überlokale Distribution der Agitationsmaterialien leisten konnten, wurden von RgS-Vertretern angesprochen – jedoch nicht immer mit dem erwünschten Erfolg. So informierte der Reichsverbandsvorstand im Juni 1906 seinen Mittelsmann in der Reichskanzlei, Friedrich v. Loebell, daß der Verband bei der Werbung von Post- und Telegraphenassistenten bzw. -sekretären in Leipzig, Halle, Chemnitz und Magdeburg auf schwer überwindbare Widerstände gestoßen sei.⁵⁷ Obwohl sie »gute Patrioten« seien, ließ der Reichsverband v. Loebell wissen, begründeten die Postbediensteten ihre ablehnende Haltung mit »unzureichenden« Gehältern. »Erst dann, wenn die Regierung dazu übergegangen [sei], ... der mittleren Beamtenschaft auskömmliche Gehälter und befriedigende Wohnungszuschläge zu zahlen, werden und wollen die ... hinreichend Vaterlandsliebe besitzenden Beamten angeblich keine Minute zögern, dem Reichsverbande, den Krieger- und Militärvereinen beizutreten«, fügten Liebert und Bovenschen hinzu.

Es gab jedoch auch wirksamere Methoden, um mittlere und kleinere Beamte, die manches Mal ihrer Protesthaltung durch eine Stimme für einen sozialdemokratischen Kandidaten Ausdruck verliehen, mit sanftem Nachdruck vom Beitritt in einen nationalen Verband zu überzeugen. So trifft wohl zu, was der damals als Redakteur des sozialdemokratischen *Casseler Volksblattes* tätige Philipp Scheidemann zur Mitgliederwerbung des Reichsverbandes im öffentlichen Dienst beobachtete. In Kassel, erinnert sich Scheidemann in seinen Memoiren, seien in den Büros Listen zum Einzeichnen herumgereicht worden. Der »Vorsteher schrieb sich ein und – wer hätte es von den unteren und mittleren Beamten wagen dürfen, seine Einzeichnung zu verweigern?«⁵⁸

⁵⁷ BA Potsdam Rkzlei. 1395/4, Der Vorstand des RgS an v. Loebell, 23.6.1906. Auf eine Mitteilung des Reichsverbandes, wonach RgS-Repräsentanten Probleme bei der Mitgliederwerbung unter Beamten gehabt hätten, bat der Vortragende Rat in der Reichskanzlei um die Angabe konkreter Beispiele, die v. Liebert und Bovenschen am 23. Juni lieferten. Loebell gab die Mitteilung mit einem jedoch »vorsichtig« gehaltenen Schreiben an den preußischen Innenminister weiter, siehe hierzu auch D. FRICKE, Reichsverband, 1959, S. 259.

⁵⁸ Ph. SCHEIDEMANN, 1928, Bd. I, S. 93. Ein ähnliches Vorgehen in Magdeburg notierte die Magdeburger Volksstimme, 17.1.1907. Zur zunehmenden Diskrepanz zwischen Orga-

Die Reichsverbandsleitung hielt sich mit Informationen über die konkrete Arbeit ihrer Ortsgruppen stets bedeckt und sie publizierte – dies mag eine Folge ihrer vorsichtigen Organisationspolitik gewesen sein – keine regelmäßigen Meldungen aus dem Vereinsleben ihrer Unterverbände in einem Verbandsorgan, wie etwa die Alldeutschen oder der Flotten-Verein dies praktizierten. Die Beschreibung der Vereins- und Versammlungskultur bzw. der Werbearbeit der lokalen RgS-Gruppen gestaltet sich demnach insbesondere für Zwischenwahlzeiten recht schwierig. Anhand der spärlich gesäten Informationen etwa über die personale Zusammensetzung der Ortsgruppe Kassel aus dem Jahr 1907 oder einem von der sozialdemokratischen *Volksstimme* aus Magdeburg im Juli 1907 publizierten Agitationsplan der dortigen lokalen Reichsverbandsvertretung lassen sich aber zumindest Eindrücke über die organisatorische und agitatorische Arbeit dieser rührigen und mitgliederstarken Gruppen gewinnen. Wenn diese Hinweise auch nicht unbedingt repräsentativ für die Arbeit sämtlicher RgS-Ortsvereine sein können, bieten sie nichtsdestoweniger einen Anhalt dafür, welche Aktionsmuster und Vereinskultur andere Reichsverbandsgruppen anstrebten. So war z.B. die interne Organisationsstruktur der Kasseler Gruppe dem Reichsverbandsvorstand wert, sie in gedruckter Form erscheinen zu lassen, damit sie den übrigen Zweigvereinen als Vorbild dienen könne.⁵⁹

Wie sich eine RgS-Ortsgruppe im städtischen Vereinsleben einfinden konnte und welches Wirken sie anstrebte, ist neben Kassel auch am Beispiel der Magdeburger lokalen Reichsverbandsvertretung nachzuvollziehen. Magdeburg gehörte zu jenen 30 Wahlkreisen, die der Reichsverbandsleitung für ein organisiertes Engagement geeignet erschienen.⁶⁰ Der Gründungsvorstand, welchem am 2. Mai 1905 ein Geheimer Baurat als Vorsitzender, ein Justizrat, ein Postdirektor, ein Pastor und ein Eisenbahnsekretär angehörten, initiierte unverzüglich eine intensive Mitgliederwerbung. Durch Flugschriften und über die Tagespresse forderten die Verbandsfunktionäre unter Hinweis auf die bislang durch den Reichsverband erzielten Erfolge bei Nach- und Ersatzwahlen zum Beitritt auf.⁶¹ Auch über das örtliche Vereinswesen suchte der Reichsverband Einzel- sowie korporative Mitglieder zu gewinnen. So referierte der Vorstand eines der lokalen Kriegervereine während einer Versammlung des Vereins ehemaliger Siebenundzwanziger über die »Bestrebungen des Reichsverbandes«; der Verein trat daraufhin dem RgS in corpore bei.⁶² Allerdings konnte der Reichsverband das Magdeburger Kriegervereinswesen nicht geschlossen für sich vereinnahmen. Der Kreis-

nisations- und Wahlverhalten bei Beamten und neuem Mittelstand siehe jetzt Ch. NONN, *Verbraucherprotest*, 1995, S. 74–83.

⁵⁹ BA Koblenz ZsG.1–130/4(1), Gesamtvorstand der Ortsgruppe Kassel des RgS für 1907.

⁶⁰ Magdeburgische Zeitung, 14.6.1905; *Volksstimme* Magdeburg, 15.6.1905; vgl. H. ASMUS, 1968, S. 200; I. DRECHSLER, *Magdeburger Sozialdemokratie*, 1992, S. 176–181. Auf der Gründungsversammlung war auch Dr. Bovenschen zugegen.

⁶¹ Magdeburgische Zeitung, 14.6.1905; *Volksstimme* Magdeburg, 15.6.1905.

⁶² *Volksstimme* Magdeburg, 23.6.1905.

kriegerverband Magdeburg, die übergeordnete lokale Vertretung, entsprach im November 1906 einer Entschließung des Kyffhäuserbundes der Deutschen Landeskriegerverbände, dem Reichsverband nicht als korporatives Mitglied beizutreten. Einzelmitglieder der örtlichen Kriegervereine wurden zwar »selbstverständlich« nicht daran gehindert, dem RgS beizutreten. Als Gesamtorganisation vermieden die Kriegerverbände jedoch eine organisatorische und agitatorische Zusammenarbeit mit dem Wahlhilfverband, da sie den Schein wahren wollten, nach außen als politisch neutrale Vereinigung zu gelten.⁶³

Das Hauptaugenmerk seiner Zielgruppenansprache richtete der RgS in Magdeburg auf die »Muß- und Auchsozialdemokraten« sowie kleine Gewerbe- und Handeltreibende.⁶⁴ Dies waren jene Gruppen, die zu den Wechsel- und Protestwählern zählten oder die – z. B. in ihrer Funktion als Wahlmänner unter dem öffentlichen, indirekten Landtagswahlrecht – Boykottdrohungen der Sozialdemokraten am meisten ausgesetzt waren. Die konservative *Kreuzzeitung* wußte im Oktober 1903 gerade aus Magdeburg von dem beginnenden »Wahlterror« sozialdemokratisch organisierter Arbeiter gegen Gewerbetreibende zu berichten, der neben dem wirtschaftlichen nicht selten einen beträchtlichen psychologischen »Schaden« anrichten konnte.⁶⁵

Die in Magdeburg führende bürgerliche politische Kraft, die National-liberale Partei, entwickelte zu dem neuen Wahlhilfverband zunächst ein eher zwiespältiges Verhältnis. Für einige Vertreter des lokalen liberalen Wahlvereins schienen zum einen die in Magdeburg vertretenen Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine die beste Alternative zu sein, um die Sozialdemokraten bekämpfen zu können. Zum anderen erblickten liberale Parteihonoratioren im Reichsverband eine konservativ-agrarische Interessenvertretung. »Man müsse«, so warnten die Skeptiker, »auf liberalem Boden stehenbleiben und sorgsam die Entwicklung des Verbandes beobachten«.⁶⁶ Dem RgS weniger kritisch gesonnene Parteimitglieder wollten die Unterstützung des Verbandes »jedem einzelnen« überlassen. Finanzielle Zuwendungen aber suchten auch sie zu vermeiden, da die Liberalen ihre zur Verfügung stehenden Mittel selbst zur Bekämpfung der Sozialdemokraten benötigten. Die Nationalliberale Presse bot demgegenüber dem Reichsverband Raum sowohl für seine agitatorische Arbeit als auch für Wahlberichterstattungen im Sinne reichsverbändlerischer Interessen.

Neben Flugblattaktionen galten die ersten Schritte antisozialdemokratischen Wirkens des RgS der Einrichtung von Trabantenorganisationen im

⁶³ Siehe K. WILLMER, 1988, S. 104f. Zitat: Geschäftsbericht des Kreiskriegerverbandes Magdeburg 1906, nach: ebd., S. 105.

⁶⁴ Siehe den Agitationsplan der RgS-Ortsgruppe Magdeburg in: D. FRICKE, Reichsverband, 1959, S. 260; DERS., Reichsverband, 1983, S. 70.

⁶⁵ Hierzu ausführlich Th. KÜHNE, Dreiklassenwahlrecht, 1994, S. 110.

⁶⁶ Verhandlung des Nationalliberalen Wahlvereins Magdeburg, 14.11.1905, zitiert nach H. ASMUS, 1968, S. 200.

Arbeitermilieu. Am 10. März 1906 wurde auf Veranlassung des Reichsverbandes ein Verband reichstreuher Arbeiter zu Magdeburg gegründet, der von Spenden unterhalten wurde, die der RgS bei städtischen Industriellen sammelte. Der Verband zählte im Juni 1908 1223 Mitglieder. Magdeburg entwickelte sich in der Folgezeit zu einer der »Inseln der gelben Bewegung in Deutschland«.

Die Magdeburger Ortsgruppe des Reichsverbandes, die im Oktober 1905 bereits 1000 Einzel- sowie korporative Mitglieder zählte, konnte innerhalb des bestehenden bürgerlichen Vereinswesens rasch »eine führende Rolle« einnehmen.⁶⁷ Wie sich diese Rolle nach den Vorstellungen des Reichsverbandes definierte bzw. wie die lokale Reichsverbandsarbeit und ihre Wirkungsmöglichkeiten schwerpunktmäßig ausgerichtet sein konnten, ist dem vorstehend bereits angesprochenen Agitationsplan detailliert zu entnehmen. So sollte die Ortsgruppe, den überparteilichen Status des RgS während, die bürgerlichen Parteien dazu anregen, patriotische Familienabende, Lichtbildervorträge, Theaterstücke, Ansprachen und Deklamationen gemeinsam auszurichten und, wenn möglich, durch eine sogenannte »Fidelitas« zu organisieren.⁶⁸ Von dieser vorrangig der Mitgliederwerbung dienenden Maßnahme versprach man sich nach dem Vorbild der Vereinskultur nationaler Verbände die »meiste Zugkraft«. Diese Form der Festivität, die zusammen mit anderen nationalen Verbänden oder in eigenem Namen vorwiegend an hohen Reichsfeiertagen durchgeführt wurde, ist auch für andere RgS-Gruppen nachzuweisen. Die Kasseler Reichsverbandsvertretung veranstaltete etwa am Sonntag, den 21. Januar 1912 einen »Familien-Unterhaltungs-Abend zur Feier von Kaisers Geburtstag und zur Erinnerung an den 200jährigen Geburtstag Friedrichs des Großen und an die Begründung des Deutschen Reiches.«⁶⁹ Geboten wurden eine Festrede, Gesangsvorträge, Gedichtvorträge, vaterländische Orchestermusik und Lichtbildervorträge zu den Themen: »1. Mit den deutschen Truppen nach Paris 1870/71; 2. Heiteres von Wilhelm Busch.«

Zu verbandsübergreifender Zusammenarbeit mit anderen nationalen Organisationen auf institutionalisierter Ebene fand sich die Ortsgruppe Magdeburg des Reichsverbandes im November 1907 bereit, als sie einem Verband deutschnationaler nichtparteipolitischer Vereinigungen der Stadt beitreten sollte.⁷⁰ Diese Vereinigung, auf Anregung der Alldeutschen Ortsgruppe entstanden, hatte die Aufgabe, »gemeinsam die Arbeit um die Feier deutscher Gedenktage zu fördern«. Der jährlich zu organisierende »Reichsgründungskommers« sollte, nach der Vorstellung des Vorsitzenden der lokalen AdV-Vertretung, Prof. Dr. Köcher, »(mit Ausnahme der Sozialdemokraten) für alle Parteien Bedeutung haben« und »gerade im Hinblick auf

⁶⁷ Ebd., S. 104.

⁶⁸ Siehe D. FRICKE, Reichsverband, 1959, S. 260; DERS., Reichsverband, 1983, S. 70.

⁶⁹ Kasseler Allgemeine Zeitung, 17. 1. 1912.

⁷⁰ Siehe K. WILLMER, 1988, S. 105.

Reichstagswahlen von besonderer Bedeutung« sein.⁷¹ Der Magdeburger Reichsfeierkommers entsprach in seiner Organisationsstruktur und wahlpolitischen Zielsetzung einer bereits bestehenden, sehr ähnlichen Einrichtung in Dresden. Der dortige Reichsfeierausschuß, in welchen auch die RgS-Ortsgruppe Dresden korporiert war, hatte sich pünktlich zu den Reichstagswahlen 1907 in den »Dresdner Nationalen Ausschuß« verwandelt, der im Reichstagswahlkampf dieses Jahres eine herausragende Rolle spielen sollte.⁷²

Neben bzw. integriert in diese Interaktion mit bürgerlichen Parteiver-einen und patriotischen Verbänden Magdeburgs sollte als weitere wichtige Aufgabe der lokalen RgS-Gruppe die »planmäßige, persönliche Bearbeitung der Massen« treten, um eine verlässliche nationale Klientel aufzubauen und im Hinblick auf künftige Wahlen »eine Kernorganisation« zu bilden.

In einer Art Zwischenfazit zum Stand der Aufbauarbeit des Reichsverbandes sollte Eduard v. Liebert in der *Deutschen Monatsschrift* von 1905/06 folgendes ausführen: »Immer neue Beziehungen werden geknüpft, neue Anträge gehen ein, Bitten um Unterstützung gegen sozialdemokratischen Terrorismus und Boykott, Bitten um Darlehen und Hilfsleistungen, um Hilfe bei Kommunal- und Landtagswahlen und dergl[eichen].« Da der Verband vor allem »moralische Eroberungen« zu machen wünsche, gelte dabei als Grundsatz, »daß möglichst niemand ohne befriedigenden Bescheid die Geschäftsstelle [verlasse]. Wo irgend geholfen werden kann, da geschieht dies«, versicherte der Reichsverbandsgeneral seinen Lesern.⁷³ Der RgS war aber kaum in der Lage, diejenigen »moralischen Eroberungen« auf sozialpolitischem Feld zu machen, die finanzielle Mittel in größerem Umfange erforderten. Der Verband strebte gemäß seinen Satzungen zwar an, »den durch sozialdemokratischen Terrorismus bedrängten Arbeitern und Gewerbetreibenden nach Möglichkeit Hilfe zu gewähren«, doch gegen die wirkungsvollen Streik- und Boykottaktivitäten sowie die erfolgreiche Milieuarbeit der sozialdemokratischen Parteiorganisation und der Freien Gewerkschaften kam er nicht an.⁷⁴ Selbst der Festgabe *10 Jahre Reichsverband*, die einen sehr detaillierten Tätigkeitsbericht enthält, ist nicht zu entnehmen, daß der RgS je materielle Hilfe an von Streiks oder Boykottmaßnahmen betroffene Arbeitnehmer oder Gewerbetreibende in größerem Umfang geleistet hat, obwohl der Vorsitzende v. Liebert seine Organisation während einer Sitzung der obersten Verbandsorgane bereits 1906 als »Finanzmacht« bezeichnen sollte.⁷⁵ Gerade bei Unterstützungsersuchen, die Beträge erforderten, wel-

⁷¹ Zitiert nach ebd., S. 105.

⁷² Siehe StAD, Jahresbericht über das Neunte Vereinsjahr (1906/07) der Ortsgruppe Dresden des Alldeutschen Verbandes, S. 22 ff.

⁷³ E. v. LIEBERT, Reichsverband, 1906, S. 636.

⁷⁴ Satzungen des RgS, Paragraph 1.4, in: 10 Jahre Reichsverband, 1914, S. 2.

⁷⁵ Siehe BA Potsdam 1395/4, Protokoll der gemeinsamen Sitzung von Vorstand und Ausschuß, 12. 12. 1906; vgl. K. SAUL, Staat, 1974, S. 124. Die finanziellen Möglichkeiten des

che wenig mehr als eine Aufwandsentschädigung darstellten, wog die Reichsverbandsführung genau ab, ob sie Hilfe gewähren sollte oder nicht. So bat im Oktober 1904 ein Kriegerverein um Unterstützung für einen Tischler, der infolge eines Streiks der sozialdemokratischen Holzarbeitergewerkschaft arbeitslos geworden war und der als »königstreuer Mann« kein Ausstandsgeld aus der Streikkasse erhielt. Der Vorstand des RgS beschloß daraufhin, bei dem Kriegerverein anzufragen, ob ihr Kamerad selbst gestreikt habe oder nach dem Streikbeschluß der Gewerkschaft ausgesperrt worden sei. Ferner wollte man über den Tischler Erkundigungen bei seinem Arbeitgeber einziehen.⁷⁶

Die Ausgabenpolitik des Reichsverbandes läßt somit den Schluß durchaus zu, daß dieser seine Geldmittel ansammelte, um neben den laufenden Kosten in erster Linie die Ausgaben für die Agitation und den Wahlkampf gegen die politische Arbeiterbewegung bestreiten zu können. So sollte v. Liebert schon Ende Dezember 1905 erklären, daß der Verband damit begonnen habe, für die Wahlen 1908 einen »besonderen Wahlfonds von mindestens einer Million zu schaffen«.⁷⁷ Der RgS hatte offensichtlich mit dieser Marschroute auch Erfolg. Wie Dr. Bovenschen G. D. Crothers gegenüber bei dessen Recherchen zu seinem Buch über die Wahlbewegung von 1907 mitteilen sollte, sei der Reichsverband damals mit finanziellen Mitteln so reich gesegnet gewesen, daß er es sich leisten konnte, ein Angebot von Geschäftsleuten über eine weitere Zuwendung von 100 000.- Mark abzulehnen. Dabei hatte der RgS noch nicht einmal Unterstützung aus dem in der Reichskanzlei vertraulich aus Industriespenden angehäuften Wahlkampfonds des »Komitee Patria« erhalten.⁷⁸

Der RgS war nur dann erfolgreich, wenn er die SPD »von außen« bekämpfte und nicht mit ihr im Arbeitermilieu konkurrierte. Neben seinen halbherzigen sozialpolitischen Maßnahmen blieb auch die Werbung um bestehende nicht-sozialdemokratische Arbeiterorganisationen glücklos. Die Gründung eigener nationaler Arbeitervereine und Gelber Werkvereine – neben bereits existierenden regionalen »Reichs- und Königstreuen Vereinen« – als »Kerntruppe zum Kampf gegen die Sozialdemokratie« vor Ort und in den Fabriken scheiterte nahezu völlig. Ihr Zusammenschluß blieb

RgS sind wegen unvollständiger Überlieferung entsprechender Angaben nur mühsam einzuschätzen. Die Forschung interpretiert die vorhandenen Angaben widersprüchlich, siehe D. FRICKE, Reichsverband, 1959, S. 256, im Vergleich zu K. SAUL, Staat, 1974, S. 124. Bei einem Ausgabenetat von 110 000 Mark für 1906, siehe BA Potsdam Rkzlei. 1395/2, v. Liebert an v. Loebell, 22. 12. 1905, erreichte der RgS in etwa die Summe der Aufwendungen, die auch der an chronischem Geldmangel leidende AdV auswies, R. CHICKERING, 1984, S. 223 ff. Im Geschäftsjahr 1906 waren dagegen an Einnahmen (Beiträge ohne Spenden) 106 000 Mark zu verzeichnen, siehe ebd., BA Potsdam Rkzlei. 1395/4. Bei Ausgaben und Einnahmen ist von 1904 bis 1906 eine rapide Steigerung feststellbar.

⁷⁶ BA Potsdam Rkzlei. 1395/1, Protokoll der Sitzung des Vorstandes, 27. 10. 1904.

⁷⁷ BA Potsdam Rkzlei. 1395/2, v. Liebert an v. Loebell, 22. 12. 1905.

⁷⁸ G. D. CROTHERS, 1941, S. 145. Zum »Komitee Patria« ausführlicher unten.

nach den Wahlen von 1907 im Bund vaterländischer Arbeitervereine ohne Fortune.⁷⁹ Auch erreichte die nach 1905 einsetzende Einrichtung von Rechtsauskunftsstellen als Konkurrenzgründungen zu den sozialdemokratischen Arbeitersekretariaten nicht jene Frequentierung Hilfesuchender, die man sich im Reichsverband angesichts der für Nichtorganisierte gebührenden pflichtigen sozialistischen Sekretariate erhofft hatte.⁸⁰

Auf dem Feld der Sozialpolitik gewann der Reichsverband lediglich dann gering an Boden, wenn er sich bei Krankenkassenwahlen gegen die sozialdemokratische Dominanz in den Selbstverwaltungsgremien des Versicherungswesens zu stemmen versuchte. Die Ortskrankenkassen galten als »Hochburgen« der sozialistischen Arbeiterbewegung⁸¹, und demnach lag es im Interesse des Reichsverbandes, die Wahlen zur Vorstandschaft der Kassen zu beeinflussen. Da ein Wahlkampf für »nationale« Krankenkassenvorstände unter den organisierten Arbeitern sinnlos war, ging der RgS nach dem Domino-Prinzip vor. So trat zum Beispiel die Ortsgruppe Greiz des Reichsverbandes im Frühjahr 1905 an die Chefs der Betriebskrankenkassen der thüringischen Fabrikstadt heran, um an die Statuten und die Mitgliederlisten der Kassen zu gelangen. Durch direkte Beeinflussung der Mitglieder der Betriebskrankenkassen ging deren Leitung in die Hände von »nationalen Männern« über. Danach war der Weg freigemacht, um die »nötige Mannschaft zu den Ortskrankenkassen-Vorstandswahlen zu beschaffen.«⁸²

Solche »Wahlsiege« aber blieben Petitessen. Sie konnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Reichsverband letztlich gut daran tat, sich auf jene Aufgabe zu konzentrieren, für die er ins Leben gerufen worden war und aufgrund derer er in den kommenden Jahren noch für einige Furore auf der parlamentarischen Bühne des Reiches sorgen sollte: »Einfluß auf die Wahlen von 1908 zu gewinnen.«⁸³

⁷⁹ Zu den Bemühungen des RgS, nationale Arbeitervereinigungen zu organisieren, sehr ausführlich K. MATTHEIER, 1973, S. 88–97; vgl. K. SAUL, Staat, 1974, S. 126.

⁸⁰ Siehe BA Potsdam Rkzlei. 1395/1 zur Errichtung von Rechtsauskunftsstellen durch den RgS; zur Frequentierung dieser Einrichtungen [im Jahr 1913?] 10 Jahre Reichsverband, 1914, S. 38; zu den RgS-Rechtsauskunftsstellen im Vergleich zu den sozialdemokratischen Arbeitersekretariaten D. FRICKE, Reichsverband, 1959, S. 271.

⁸¹ Vgl. G. A. RITTER, Sozialstaat, 1989, S. 85.

⁸² Siehe Volksstimme Magdeburg, 20.6.1905, zum Vorgehen der Ortsgruppe Greiz, das von der Korrespondenz des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie den übrigen lokalen RgS-Vertretungen zur Nachahmung empfohlen wurde.

⁸³ E. v. LIEBERT, Reichsverband, 1906, S. 636.

5. Nationale Agitationsverbände und das Scheitern partei- und sammlungspolitischer Gründungsversuche

Die Vorschläge und vergeblichen Bemühungen Friedrich Langes um einen organisatorischen Zusammenschluß der Parteien auf der politischen Rechten zu einer National- oder Deutschpartei wurden bereits im vorigen Abschnitt kurz angesprochen. Eine eingehendere Betrachtung solcher Anstrengungen, die von Verbandsseite in der Tradition des Bismarckschen Kartellgedankens oder im weiteren Rahmen der Miquelschen Sammlungspolitik unternommen wurden, bietet nicht nur im Hinblick auf die umfassendere Diskussion um Parlamentarisierungs- und Demokratisierungschancen für die politische und gesellschaftliche Verfassung des Kaiserreichs einen wichtigen und anregenden Untersuchungsgegenstand. Auch und gerade im Rahmen der Beschäftigung mit Entwicklungstendenzen von Wahlkampfstilen und des Verhaltens von Verbänden auf dem entstehenden politischen Massenmarkt findet eine ausführlichere Untersuchung dieser Politik ihre Berechtigung. Denn insbesondere die patriotischen Agitationsverbände stellten die Legitimität der politischen Parteien und der Parteipolitik generell zwar immer wieder durch die Betonung des Vorrangs nationaler Bedürfnisse und Präferenzen in Frage. Stets wurde in nahezu logischer Konsequenz auch eine organisatorische Verfestigung dieses Primats auf parteipolitisch-parlamentarischer Ebene sowie im Rahmen einer Art »Nationalen Opposition«, die bisweilen auch korporative Versatzstücke beinhalten konnte, gefordert. Zugleich bestanden aber durch starke personale Affiliation der Vereinsmitglieder und -funktionäre mit sämtlichen etablierten bürgerlichen Parteien weltanschauliche und interessenpolitische Loyalitäten und Abhängigkeiten. Zwischen nationalen Sammlungsparolen und parlamentarischem Parteienpluralismus im bürgerlichen Lager klaffte auch für nationale Verbandspolitiker eine Lücke zwischen überparteilicher Propaganda und pragmatischem Handeln. Dies galt insbesondere während der Entscheidungssituation einer Parteienkonkurrenz. Auch und gerade im Wahlkampf sollten nationale Verbände lediglich in der Lage sein, politisches Engagement auch in ihrem eigenen Sinne zu entfalten, wenn sie die Existenz von Parteien zunächst einmal generell anerkannten, um dann entweder Kandidaten unter deren Flagge segeln zu lassen oder die Rolle von Wahlhilfeorganisationen anzunehmen. Dies schloß nicht aus, daß sie bei ihrem Wirken einen durchaus unabhängigen und eigenen politischen Weg in Methodik und Intensität einschlagen konnten. Es überrascht nicht, daß die im folgenden behandelten Projekte einer sammlungsorientierten Nationalpartei, die von Friedrich Lange 1892, 1896 und 1905 initiiert wurden, sowohl an mangelndem Interesse von seiten der bürgerlichen Parteien als auch an fehlender Resonanz im nationalen Verbändelager scheiterten. Eine parteipolitische Dachorganisation auf der Rechten war, wie zu zeigen sein wird, Parteien- wie Verbändevertretern als potentielle Konkurrenz suspekt und aus

wahlorganisatorischen Gründen und -taktischen Motiven heraus nicht opportun.

Erste Versuche, eine »Nationalpartei« von Verbandsseite ausgehend ins Leben zu rufen, unternahmen gegen Ende 1892 im Hinblick auf die Reichstagswahlen des kommenden Jahres freikonservativ-nationalliberale Honoratioren des noch jungen Allgemeinen Deutschen Verbandes unter Leitung des Bankiers Karl von der Heydt, des AdV-Geschäftsführers Hans van Eyken und Wilhelm Schroeder-Poggelows, Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses. Zu dieser Gruppe gesellten sich weitere Kreise, die von dem schlesischen Magnaten Guido Fürst von Henckel-Donnersmarck, dem Bankier (Disconto-Gesellschaft) Adolph von Hanseemann und Alfred Graf von Waldersee repräsentiert wurden.¹ Abgesehen davon, daß die vorstehend Genannten sämtlich aus der Kolonialbewegung stammten oder von einem Ausbau des deutschen Kolonialreiches zu profitieren hofften, bedeutete die zu gründende Nationalpartei zum einen eine völlige Absage an die Politik des »Neuen Kurses« verbunden mit Kritik an der Regierung, welcher ganz im Gegensatz zu Bismarck die »Erfahrung, die weitblickende Energie und [der] sieghafte Glauben an die große nationale Sache« fehle, hieß es in einem Werbeschreiben, das zur Gründung der neuen Organisation aufrief.² Zum anderen wurde den bestehenden Parteien, die sich als unfähig oder abgeneigt erwiesen hätten, den Kampf um das Vermächtnis Bismarcks aufzunehmen, Versagen vor den nationalen Aufgaben vorgeworfen. Die Nationalpartei, deren Gründung auch eine Antwort auf die gesamtpolitischen Entwicklungen im Treibhausklima der unruhigen 90er Jahre sein sollte bzw. im Zusammenhang mit internen Strategiediskussionen um Aufgaben und Ziele des Allgemeinen Deutschen Verbandes und dessen von Beginn an finanziellen Engpässen stand³, sollte dagegen eine »starke unabhängige und nationale Politik im Innern und nach Außen« treiben.

In ihrer programmatischen und organisatorischen Ausrichtung gedacht als »Vereinigung aller Patrioten, nicht auf dem Boden eines schwächlichen Vermittlungsprogramms, sondern zu festem und entschlossenem Auftreten, zur Ausprägung und Aussprache der die Zeit bewegenden Ideen«, sollte die neue politische Gruppierung eine »Stärkung und Vertiefung der Mitarbeit der Volksvertretung an der Lösung nationaler Aufgaben« anstreben. Allerdings wollte man über den bestehenden konstitutionellen Rahmen nicht hinausgreifen, denn eine »einseitige Parlamentsherrschaft« sollte vermieden

¹ Siehe hierzu D. STEGMANN, Erben, 1970, S. 106f.; vgl. E. HARTWIG, Alldeutscher Verband, 1966, S. 38ff.; DERS., Alldeutscher Verband, 1983, S. 17f.; G. ELEY, Reshaping, 1980, S. 49f., insbesondere auch zur Biographie von der Heydts; M. PETERS, 1992, S. 27f.; R. CHICKERING, 1984, S. 52; siehe auch die kurze Erwähnung in K. SCHILLING, 1968, S. 30.

² Werbeschreiben der Nationalpartei, 1892, zitiert nach D. STEGMANN, Erben, 1970, S. 106f. Die folgenden Zitate entstammen, soweit nicht anders bezeichnet, ebenso diesem Werbeschreiben.

³ Zu letzterem Aspekt M. PETERS, 1992, S. 27; vgl. G. ELEY, Reshaping, 1980, S. 50.

werden. Die sozialpolitische Komponente des Parteiprogramms schließlich propagierte »ausgleichende Gerechtigkeit und [die] Erfordernisse des Staatswohls, nicht aber ... ängstliche Rücksichtnahme auf die Sozialdemokratie«.

Die neue Sammlungspartei, welche konservatives, freikonservatives und nationalliberales Terrain zu erobern suchte, stieß in Parteikreisen, so u. a. bei dem Führer der Nationalliberalen Rudolf v. Bennigsen, sowie auch innerhalb des Allgemeinen Deutschen Verbandes sofort auf Mißtrauen und Gegenwehr: »Weitere Parteigründungsversuche [seien] von Übel«, schrieb das Mitglied des AdV-Vorstandes Dr. Credner Mitte Januar 1893 an den späteren Vorsitzenden Professor Ernst Hasse⁴, der ebenso wie Alfred Hugenberg, Mitbegründer der Alldeutschen Bewegung, von Beginn an für eine überparteiliche Organisationsform des Verbandes votiert hatte und den AdV nicht in eine politische Partei umgewandelt wissen wollte.⁵ Das Projekt von der Heydts machte den Eindruck, als schicke sich eine Honoratiorengruppe von Kolonialinteressenten an, das politische Erbe der etablierten bürgerlichen Parteien um eines nicht näher definierten nationalen Interesses Willen rauben zu wollen, um sich gleichzeitig gegenüber der Regierung zu profilieren und dieser im Reichstag ihren Willen aufzuzwingen. Es schief, verständlicherweise, schnell ein und wurde unter diesen Prämissen und in dieser Form nicht wiederholt. Auf der Vorstandssitzung des Allgemeinen Deutschen Verbandes am 5. Juli 1893 wurde Karl von der Heydt schließlich auf Betreiben Alfred Hugenbergs durch Ernst Hasse abgelöst.⁶

Ebenfalls im Oktober 1892, somit um dieselbe Zeit, in der die alldeutsche Führung ihr Nationalparteiprojekt anstrebte, forderte auch Friedrich Lange zum ersten Mal die Gründung einer rechten Sammlungspartei.⁷ Seine Motive lagen jedoch weniger in der Kritik am »Neuen Kurs« der Regierung Caprivi, sondern waren zum einen von der unheilvollen Verbindung des Strebens nach »deutsch-volkstümlichem« Empfinden und Behagen mit dem integralen Nationalismus und dem rassischen Antisemitismus beeinflusst. Zum andern leitete Lange in diesem Zusammenhang die Überzeugung, daß die bestehenden antisemitischen Parteien »wegen der Persönlichkeiten vieler ihrer Führer und Hauptagitatoren und wegen ihres stark demagogischen Charakters nicht den Rahmen bilden [könnten], um die allgemeine nationale Bewegung, die sich jetzt vorbereitet, zu einem unverfälschten Ausdruck zu bringen«.⁸ Was not tue, sei eine »große Vereinigung der ehrlich und mutig Deutschgesinnten, welche sich weder auf eine konservative, noch liberale, noch irgendwelche politische oder kirchliche Schablo-

⁴ Credner an Hasse, 19. I. 1893, zitiert nach E. HARTWIG, Alldeutscher Verband, 1966, S. 38. Zu Bennigsens Haltung siehe D. STEGMANN, Erben, 1970, S. 108 nach H. ONCKEN, 1910, Bd. II, S. 560, 575 f.

⁵ Siehe D. STEGMANN, Erben, 1970, S. 108.

⁶ Siehe etwa auch M. PETERS, 1992, S. 28.

⁷ Siehe F. LANGE, 1904, S. 94.

⁸ Ebd., S. 92.

ne eingattern läßt, dafür aber alles bewilligt, was das Deutschtum nach innen und nach außen festigt, alles verneint, was es zersplittert und schwächt.« Im Grunde lief die Initiative Langes in politisch-programmatischer Hinsicht auf ein ähnliches Ziel hinaus wie jene der Alldeutschen Gruppe, jedoch forderte er den organisatorischen Zusammenschluß der bestehenden Parteien mit noch deutlicheren Worten. In bezug auf Methodik und Pragmatik des agitatorischen Vorgehens schlug Lange vor, die »Waffen« der neuen Nationalpartei »der modernen Zeit und ihren Bedürfnissen« zu entnehmen und »nicht aus irgendwelchem Arsenal der Vergangenheit«. ⁹ Allerdings vermied er, ebenso wie die Verbandshonoratioren des AdV, den antisemitischen Radaupopulismus des »Bauernkönigs« Otto Böckel zur Nachahmung zu empfehlen; Lange begegnete dessen politischem Stil vielmehr mit einem deutlichen Kopfschütteln. ¹⁰

Im Hinblick auf die nächsten Reichstagswahlen versuchte Friedrich Lange Anfang Dezember 1896, seine Forderungen nunmehr in die Tat umzusetzen. Er veröffentlichte einen Aufruf unter dem Titel »*Um Bismarcks Erbe*«, in welchem er die »Gefahren der ultramontan-demokratischen Parlamentsherrschaft« erörterte und die Aufgabe formulierte, »aus den Parteien und Gruppen, die den Willen *gegen* die Sozialdemokratie und *für* die nationale Ausgestaltung unserer wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse schon gemeinsam hätten, eine *Mehrheit* oder wenigstens eine *Geschlossenheit* im Reichstag zu bilden.« ¹¹

Gegenüber den Gedanken, die er vier Jahre zuvor formuliert hatte, beinhaltete seine neuerliche Initiative in Richtung einer Deutsch-Partei wesentliche Änderungen: Die Sammlung sollte nicht mehr vorrangig und vordergründig auf der programmatischen Plattform des rassistischen Antisemitismus erfolgen, sondern zunächst die ihm politisch dringlicher erscheinenden Probleme einer erstarkenden sozialdemokratischen Arbeiterbewegung bzw. der fühlbaren halbhegemonialen Stellung des »Ultramontanismus« im Reichstag anpacken. ¹² Schwierigkeiten und Widerständen von Parteienseite, eine solche Koalition zum einen auf der Basis wirtschaftlichen Interessenausgleichs, eines »Bündnisses der Eliten« gegen die Arbeiterbewegung, sowie zum andern mittels der Gründung einer protestantisch-konfessionellen Kulturkampfpartei anzubahnen, wollte Lange durch

⁹ F. LANGE, 1904, S. 94.

¹⁰ Siehe zur kritischen Haltung der Alldeutschen Propagandisten einer Nationalpartei gegenüber der »demagogischen Art, welche im Antisemitismus zutage trete«, D. STEGMANN, Erben, 1970, S. 107. Allerdings hielten die Förderer der Nationalpartei die wirtschaftlichen und sozialen Anliegen der Antisemiten grundsätzlich für berechtigt.

¹¹ Ebd., S. 433. Hervorhebungen im Original.

¹² An dieser Stelle bleibt allerdings hinzuzufügen, daß für den überzeugten Antisemiten Lange Sozialdemokratie und »Judentum« nahezu synonym waren. Wie der Langesche Deutschbund im Taschen-Büchlein für Deutschbrüder 1899 erklärte, werde die »Sozialdemokratie ... in ihrer das Deutschtum zerstörenden Tätigkeit unterstützt indirekt durch den Ultramontanismus und direkt durch das Judentum, das die Leitung der Sozialdemokratie in Händen hat«, zitiert nach D. FRICKE, Deutschbund, 1983, S. 518.

eine politisch unverbindliche Konsensformel aus dem Weg gehen: Er suche »nur das organisch Verwandte ... auf der Grundlage peinlichster Gerechtigkeit in ein für das Gemeinwohl gedeihliches Verhältnis gegenseitiger Duldung und Unterstützung zu bringen.«¹³

Das praktische Vorgehen Langes, der seine Rolle in der eines »ehrlichen Maklers, d.h. ohne den Hintergedanken persönlichen Vorteils« erblickte, war dagegen bis ins Detail durchdacht. Zunächst sollte zwischen den Konservativen, den Nationalliberalen, den Deutsch-Sozialen sowie dem Bund der Landwirte – diese politischen Gruppierungen kamen für Lange allein in Frage – eine »innere« Verständigung herbeigeführt werden. Die »älteren Parteien«, die beiden konservativen und die Nationalliberalen, sollten den Part übernehmen, in erster Linie auf die »Erhaltung und Wahrung ihrer Abgeordnetenzahl« bedacht zu sein, während die »jüngeren«, Deutsch-Soziale und BdL, sich damit bescheiden sollten, mit ihren »Leitgedanken (Antisemitismus und Schutz der Landwirtschaft)« die Etablierten »mehr als bisher [zu] durchsäuern.« Dieses ganz auf Vertrauen und Verzicht von seiten der »jüngeren« Parteien gegenüber ihren Partnern begründete Prinzip – und hier lag bereits ein gewichtiger Grund, warum das Langesche Projekt im Ansatz steckenbleiben sollte –, mußte für BdL und Deutschsoziale ganz augenscheinlich einschneidende Konsequenzen haben: Der Bund der Landwirte würde sich mit der Rolle eines rein agrarischen Interessenverbandes ohne eigene Mandatsträger im Reichstag zufrieden geben müssen, und für die Antisemitenpartei wurde ein Platz als Juniorpartner in erster Linie der Konservativen reserviert. Friedrich Lange wollte das Rad der parteipolitischen Entwicklung um zehn Jahre zurückdrehen und mit einem konservativ-liberalen Kartell nach dem Muster der Septennatskoalition von 1887, geduldet von Agrariern und Antisemiten, den parlamentarischen Neuanfang gegen Sozialdemokratie und Zentrum wagen.

Dieser »inneren« Verständigung sollte eine »äußere« folgen. Sie beschrieb den wahlpolitischen und zugleich interessanteren, weil pragmatischeren Teil des Langeschen Programms:

»Die Hauptvorstände der Parteien wählen einen *Kartell-Ausschuß* in Berlin bei dessen Zusammensetzung durch die Stimmenzahl die Gleichberechtigung der beiden Gruppen (der älteren und der jüngeren) von vorneherein zugestanden werden mußte. Aufgabe dieses Kartellausschusses wäre es dann, namens der Parteien die Grundlinien eines gemeinsamen Vorgehens für die Wahlen festzustellen und ihre Ausführung zu überwachen. Hauptbedingung alles gedeihlichen Wirkens wäre dabei, daß der Kartellausschuß namens der Parteien den *Besitzstand*, den jede Partei in jedem Wahlkreise beim ersten Wahlgange (also nicht bei der Stichwahl) der letzten Reichstagswahlen gewonnen hatte, *als Norm auch für die Zukunft bindend anerkennen mußte*. In jedem Wahlkreise würde damit der Kreisvorstand derjenigen Partei als führend anerkannt, welche im Vergleiche zu den übrigen Parteien des Kartells die relativ meisten Stimmen erhalten hatte. Der so ermittelte führende Kreis-Vorstand erhielte nun von dem Kartell-Ausschusse den Auftrag, den Kan-

¹³ F. LANGE, 1904, S. 435.

didaten für die nächste Wahl aufzustellen, aber nicht völlig unabhängig, sondern unter Verständigung mit den Kreisvorständen der übrigen beteiligten Parteien. Hierbei würde der kritische Einfluß dieser Parteien sich geltend machen, insofern der Bund der Landwirte keinen seinen Forderungen geradezu feindlich gesinnten nationalliberalen oder konservativen Kandidaten aufstellen lassen könnte, die Antisemiten aber gegen jeden Juden oder offenkundig judenfreundlichen Mann mit Erfolg Einspruch erheben müßten. Wäre auf diese Weise innerhalb der Kreisvorstände eine Einigung über die Person des Kandidaten erreicht, so würde der Kartellausschuß ihn öffentlich als gemeinsamen Kandidaten aller beteiligten Parteien aufstellen, und alle Zugehörigen der Parteien wären um der Einigkeit willen verpflichtet, für diesen Kandidaten schon beim ersten Wahlakte ihre Stimme abzugeben.«¹⁴

Die Quelle für diese Leitsätze ist offensichtlich: Lange hatte sich ein Beispiel an den Koalitionsklauseln des reichsweiten Aussparungsabkommens genommen, das Deutschkonservative, Freikonservative und Nationalliberale anlässlich der Kartellwahlen von 1887 geschlossen hatten.¹⁵ Allerdings beinhalteten die von Lange gewählten Ausführungsbestimmungen im Vergleich zum Vorbild des Septennatsabkommens wesentliche Änderungen. Lange sprach von »Besitzständen« und »Normen für die Zukunft«, während das Ergebnis der Verhandlungen von 1887 zunächst lediglich für die bevorstehende Wahl praktische Wirkung entfalten sollte. War die Neigung der politischen Parteien im Kaiserreich zum wahlpolitischen Kompromiß über die Grenzen der sozialmoralischen Milieus und die interessengeleitete Fragmentierung hinaus auch problembeladen und wurden insbesondere Stichwahlkoalitionen eher als notwendiges Übel bzw. als »Kuhhandel« angesehen¹⁶, hätten die Parteien nun jedoch die Aussicht auf einige relativ sichere Wahlkreise für die Selbstpreisgabe der organisatorischen Entfaltung andernorts eintauschen müssen. Die Chance, eigene Kandidaten aufzustellen, war für politische Gruppierungen mitunter eine Prestigefrage, und der Verzicht darauf kam vor Ort der »Verkümmerung oder gar Selbstauslöschung« der Parteiorganisation gleich.¹⁷ Auch stellte ein umfassendes reichsweites Aussparungsabkommen die Durchsetzungsfähigkeit der Berliner Zentralen gegenüber den lokalen Unterverbänden, deren organisatorischer Ausbau sich gerade um die Jahrhundertwende zu beschleunigen begann, vor allem in den wenig hierarchisierten liberalen Parteien schon bei nur temporärer Gültigkeit auf eine harte Belastungsprobe. Die Langesche Initiative hätte zwar dazu betragen können, die stets von neuem auftretende Problematik der ungeliebten Kompromißfindung zu entschärfen. Sie hätte aber die Kompromißkultur der Wahlbündnisse, die die Parteien trotz aller Lästigkeiten allei-

¹⁴ Ebd., S. 434. Hervorhebungen im Original.

¹⁵ Zum Text des Wahlabkommens Schulthess 1887, S. 60.

¹⁶ Zu »Form und Funktion von Wahlbündnissen« bzw. »Wahlkompromissen im Kaiserreich als Forschungsproblem« zuletzt und zusammenfassend Th. KÜHNE, Dreiklassenwahlrecht, 1994, S. 209 ff.

¹⁷ Ebd., S. 226.

ne schon aus der Notwendigkeit zur Selbsterhaltung dennoch pflegten, erstarren lassen und durch ein permanentes, mechanisiertes Bündnissystem auf Dauer unterwandert. Auf dem Weg zu einer Deutsch-Partei lag hierin ein zweites, nur mühsam zu überwindendes Hindernis.

Ziele das Kartell Langes somit in erster Linie darauf ab, dauerhafte Absprachen der politischen Parteien für die Hauptwahlen anzubahnen, sollte seine Empfehlung daneben auch eine mobilisierende Wirkung auf Nichtwähler entfalten. Lange versprach sich von den Modalitäten der Kandidatenaufstellung im Rahmen eines Deutsch-Kartells, daß letztenendes auch die »zahlreichen von der Parteienzersplitterung verärgerten und ratlos gewordenen, nur national gesinnten Männer wieder zur Teilnahme am politischen Leben« gewonnen werden könnten.¹⁸ Wie das vom Reichsverband gegen die Sozialdemokratie herausgegebene *Handbuch für nicht-sozialdemokratische Wähler* demgegenüber zu solchen offenbar einsichtigen Gedanken wenige Jahre später feststellen sollte, klappte zwischen den kartelltheoretischen Überlegungen Langes und der Wahlmotivation bürgerlicher Wähler jedoch eine große Lücke. Es sei »[ü]berhaupt ... durchaus falsch«, leitete das Handbuch seine ausführlichen Betrachtungen zu Fragen der Anbahnung von Wahlkoalitionen ein, »wenn man, wie das vielfach geschieht, annimmt, daß durch die Anstellung nur eines einzigen Kandidaten ein Sieg über die Sozialdemokratie am sichersten zu erreichen [sei]«. »In vielen Wahlkreisen« mochten Parteikonstellation und Mehrheitsverhältnisse eine solche Politik zwar als zweckmäßig erscheinen lassen,

»[i]n sehr vielen anderen Wahlkreisen aber würde durch die Aufstellung eines einzigen bürgerlichen Kandidaten schon in der Hauptwahl gerade das Gegenteil des erstrebten Zieles erreicht werden. Bei der politischen Eigenbrödelei des Deutschen ist in zahlreichen deutschen Wahlkreisen das einzige Mittel, möglichst viele bürgerliche Wähler an die Wahlurne zu bringen, die Aufstellung mehrerer bürgerlicher Kandidaten. In diesem Falle erhalten die parteipolitisch eingeschworenen Wähler Gelegenheit, zunächst in der Hauptwahl ihre Stimme für den ihnen am nächsten gelegenen Kandidaten abzugeben, während sie in anderen Fällen, wo ein einziger bürgerlicher Kandidat aufgestellt würde, der naturgemäß einer großen Anzahl von Wählern politisch fern stehen muß, nicht zur Abgabe ihrer Stimme zu bewegen wären.«¹⁹

Statt umfassender Kartellabsprachen, die der offiziellen Politik des Reichsverbandes zuwider liefen, bevorzugte der RgS in der Regel, Stichwahlabkommen zwischen den bürgerlichen Parteien zu vermitteln – wenngleich dies den Verband jedoch nicht davon abhielt, sich gelegentlich und entgegen allen Beteuerungen dennoch in die Kandidatenaufstellung zur Hauptwahl einzumischen oder Mandatsbewerber über ihr Verhalten im Zweiten Wahlgang schon im Vorfeld des Ersten zu interpellieren.

¹⁸ F. LANGE, 1904, S. 434.

¹⁹ Handbuch für nicht-sozialdemokratische Wähler, 1907, S. 238.

Trotz der ungünstigen Startbedingungen für das projektierte Deutsch-Kartell und Vorbehalten von Parteienseite, vermochte es Friedrich Lange dennoch, über den Leserkreis der *Deutschen Zeitung* Ende Februar 1897 eine Versammlung von etwa 200 Vertrauensmännern und führenden Persönlichkeiten aller nationalen Parteien und Verbände nach Berlin einzuberufen. Heinrich Claß, der als Mitglied des Deutschbundes von Lange persönlich eingeladen worden war, machte sich über den Ausgang dieser »stattlichen Versammlung« jedoch keine Illusionen. Die Verhandlungen zur »Neubelebung des Bismarckschen Kartellgedankens« führten, wie zu erwarten gewesen sei, »zu keinem greifbaren Ergebnis«, kommentierte er das rasche Ende der neuerlichen Langeschen Initiative.²⁰

Die Anstrengungen und bedingten Erfolge des Nationalen Reichswahlverbandes, der auf der Basis und gemäß den Leitlinien des Deutsch-Kartells nunmehr auch mit eigenen Ortsgruppen statt Vertrauensmännern arbeiten sollte, sind bereits im vorhergehenden Abschnitt eingehend geschildert worden. Nach dem wenig befriedigenden Ausgang der Wahlen von 1903 war es deshalb für Lange, wie auch für die nationalen Agitationsverbände, an der Zeit, sich auf dem politischen Massenmarkt neu zu orientieren, um dem Mobilisierungsdruck der Massenparteien besser begegnen zu können. Die bestehenden und etablierten Verbände begannen, ihre Mitgliederwerbung zu intensivieren und zugleich die Klientel mit spürbarer werdender Verbissenheit zu politisieren. Allerdings, auch weiterhin sollten schlagkräftige, auf einer irgendwie definierten festen organisatorischen Basis beruhende VerbändeKoalitionen, geschweige denn eine »Sammlung« der bürgerlich-nationalen Parteien, nicht zustande kommen oder erkennbare Gestalt annehmen. Friedrich Lange hinderten diese für das bürgerliche Lager wenig erfreulichen Auspizien jedoch kaum daran, erneut einen Versuch in dieser Richtung zu wagen. Wahrscheinlich auf eine Anregung des Vorsitzenden des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie vom Januar 1905 wirkte Lange zwei Monate später zusammen mit Eduard v. Liebert darauf hin, einen »Aus-schuß für nationale Politik« unter Mitarbeit von Führungspersönlichkeiten der nationalen Vereine und Verbände ins Leben zu rufen.²¹ Ob dieses Unternehmen einer »Zusammenfassung der nationalen Bewegung«, die letztlich in einer »Nationalpartei im Reichstage gipfeln« sollte, von seiten Lieberts aber mit dem nötigen Ernst und Engagement betrieben worden ist, darf mit gutem Grund bezweifelt werden.²² Der RgS-Vorsitzende kannte die eifersüchtige Besorgnis sowohl der politischen Parteien als auch der nationalen Agitationsverbände um ihre programmatischen und organisatorischen Pfründe zu genau, als daß er einer solchen Verbindung irgendwelche

²⁰ H. CLASS, Wider den Strom, 1932, S. 32; F. LANGE, 1904, S. 436.

²¹ BA Potsdam 90La5/3, v. Liebert an Lange, 15. 1. 1905 bzw. 90La5/19, Entstehung und Zweck des Ausschusses für nationale Politik, 3. 1905; Zur Initiative Lieberts vgl. D. FRICKE, Reichsverband, 1983, S. 68.

²² Ebd., 90La5/3, v. Liebert an Lange, 15. 1. 1905; siehe dagegen D. FRICKE, Reichsverband, 1983, S. 68, der hier »weitergehende Pläne« des RgS zu erkennen glaubt.

Erfolgsaussichten über die Begeisterung des Tages hinaus eingeräumt hätte. Liebert konnte kühl kalkulieren: Kam ein handlungsfähiger Ausschuß trotz aller Ressortegoismen zustande – gut, schlief er aus denselben Gründen wieder ein, bedeutete sein Verschwinden keinen nennenswerten Verlust für den RgS. Die Statuten des Nationalen Ausschusses nähren bei näherem Hinsehen denn auch eher die Vermutung, daß dieses Gremium als kluges Ablenkungsmanöver von seiten des Reichsverbandes inszeniert und initiiert worden war, um die zur gleichen Zeit laufenden Fusionsverhandlungen mit dem Reichswahlverband Langes zu beschleunigen. Wie außerordentlich kompliziert sich ein solcher Zusammenschluß zweier ähnliche Ziele verfolgender Verbände gestalten konnte, hatte nicht zuletzt Friedrich Lange im Oktober 1904 selbst erfahren müssen. Eine Anfrage des Reichswahlverbandes an den Ersten Vorsitzenden der Antiultramontanen Wahlvereinigung in Berlin²³, Thankmar Freiherr von Münchhausen, beide Vereine zu fusionieren, beantwortete letzterer im Namen seines Vereinsvorstandes mit freundlicher, aber bestimmter Ablehnung. Der Antiultramontanen Wahlvereinigung erscheine »eine Fusion mit dem nationalen Reichswahlverband zur Zeit nicht angebracht«, hieß es in einem diesbezüglichen Beschluß, »da erstere sich auf ihren einzigen Zweck, alle Kräfte zum Kampf gegen den Ultramontanismus zu vereinen, beschränken muß.«²⁴

Obgleich Mitte Februar 1905 an etwa 200 führende Persönlichkeiten der nationalen Verbände und Vereinigungen Einladungsschreiben zur konstituierenden Sitzung des Ausschusses für Nationale Politik ergangen waren²⁵, nahmen nur 46 Herren an der am 5. März anberaumten Zusammenkunft im Architektenhaus in Berlin teil; weitere 85 hatten immerhin »ihre Zustimmung zu der Absicht des Unternehmens und ihre Bereitwilligkeit zur Mitwirkung schriftlich bekundet«.²⁶ In mehrstündigen Beratungen wurde die Absicht der Initiatoren des Projekts verhandelt, die »durch die bisher im

²³ Die Antiultramontane Wahlvereinigung Berlin war 1903 gegründet worden. Sie war der erste Verband, der, aus dem Evangelischen Bund kommend, den Kulturprotestantismus auf eine wahlpolitisch relevante Basis stellen wollte. Im Oktober 1906 schloß sich die Antiultramontane Wahlvereinigung Berlin mit den Antiultramontanen Vereinen Badens zum Antiultramontanen Reichsverband zusammen, siehe H. GOTTWALD, *Antiultramontaner Reichsverband*, 1983, S. 90.

²⁴ BA Potsdam 90La5/21, Münchhausen an Lange, 22. 10. 1904.

²⁵ Siehe die Liste der eingeladenen Personen in BA Potsdam 90La5/19. Unterzeichnet waren die Einladungsschreiben von Lange; Dr. Fabarius, Mitglied des Alldeutschen Verbandes und Direktor der Kolonialschule in Witzenhausen; Professor Paul Langhans aus Gotha, Mitglied des Alldeutschen Verbandes, des Deutschbundes und des Vereins für das Deutschtum im Ausland; Eduard v. Liebert; Oberst z.D. v. Müller aus Blankenburg a.H.; Joachim Graf v. Pfeil, Friedersdorf, Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses des Alldeutschen Verbandes und ehemals Anhänger der Kolonialbewegung; Johannes Wadehn, Mitglied des Bundes der Landwirte und Erster Bürgermeister der Stadt Weißenfels i.Th., sowie dem Geheimen Baurat Adolf Wanckel, Beisitzer im Landesausschuß des Flotten-Vereins für das Herzogtum Sachsen-Altenburg.

²⁶ BA Potsdam 90La5/19, Entstehung und Zweck des Ausschusses für nationale Politik, März 1905.

wesentlichen unpolitische Bewegung erreichte Einheitlichkeit der Gesinnung« im Lager der nationalen Verbände nunmehr auch »politisch durchzusetzen«. Danach sollte die »Politik der Gemeinden, der Landtage und des Reiches auf jedem tauglichen Wege, namentlich aber durch die Einwirkung auf die Parteien und die Wahlen planmäßig im Sinne der nationalen Forderungen« beeinflusst werden. Dem Text einer aufgesetzten Verpflichtungserklärung für die Vertrauensmänner des Gremiums ist ferner zu entnehmen, daß die praktische Arbeit der Ausschußmitglieder sich auf unterstützende Maßnahmen für die Wahl derjenigen Kandidaten bei Gemeinde, Landtags- und Reichstagswahlen erstrecken sollte, die vom Ausschuß »gutgeheißen« worden seien.²⁷

Der Ausschuß für Nationale Politik legte sich sogleich weitreichende Beschränkungen für seine Aktionsfelder auf. So sollte das Gremium selbst nicht-öffentlich wirken. Seine organisatorische Basis sollte lediglich auf einem System von Vertrauensmännern fußen; die Versammlung verzichtete von vorneherein auf die Einrichtung eigener Ortsgruppen oder Zweigvereine. Der Hauptanteil agitatorischer Arbeit blieb zudem weiterhin den einzelnen nationalen Verbänden vorbehalten, um jeden Verdacht eines »störenden Eingreifens oder Wettbewerbs« zu vermeiden. Schließlich, und dies bedeutete für die nun seit mehr als zehn Jahren betriebene Politik Langes, eine Deutsch-Partei zu gründen, wohl das endgültige Aus, sollten die »bürgerlichen Parteien ... in ihrem Bestande *nicht* bedroht oder geschmälert werden.« Der Ausschuß nehme darüberhinaus »den Rahmen der Parteien als gegeben an, und wird ihnen die Aufstellung der Kandidaten nach wie vor überlassen und seine nationalen Absichten zunächst und hauptsächlich durch eifrige und völlig unparteiische Unterstützung *aller* bürgerlichen Parteien *gegen die national-feindlichen Parteien* betätigen.«²⁸

In der am 5. März eingesetzten siebenköpfigen Geschäftsführung wurden Lange, v. Liebert und Georg Freiherr v. Stössel, der wie Liebert eine leitende Position im Alldeutschen Verband innehatte und zugleich das Generalsekretariat des AfNP übernehmen sollte, die Leitung des neuen Gremiums zu gleichen Teilen übertragen.²⁹

Eduard v. Liebert hatte über den Umweg des Ausschusses für Nationale Politik eine potentielle Konkurrenz für den Reichsverband gegen die Sozialdemokratie ausgeschaltet; dies war wohl das Hauptergebnis der neuerlichen Bemühungen um eine verbandsübergreifende Organisation im bürgerlichen Lager. Für die weitere Zusammenarbeit mit Lange, der nach der Fusion seines Reichswahlverbandes mit einer Vorstandsfunktion im RgS abgefunden wurde, und Vertretern der übrigen nationalen Verbände

²⁷ Ebd., Anlage »Erklärung«.

²⁸ Ebd. Hervorhebungen im Original.

²⁹ Die fünf weiteren Mitglieder der Geschäftsführung waren Graf Joachim von Pfeil; Eugen Freiherr von Reibnitz, Mitglied des RgS und enger Vertrauter von General Keim; Johannes Wadehn und Adolf Wankel.

bevorzugte Liebert künftig eine weniger formalisierte, dagegen mehr auf persönlichen Beziehungen beruhende Form gegenseitigen Austauschs in einem Klima honoratiorenpolitischer Ungezwungenheit. Ab Oktober 1905 organisierte er quasi als Ersatz für den zum Scheitern verurteilten Ausschuß für Nationale Politik zusammen mit dem Deutschbundvorsitzenden wöchentlich stattfindende Nationale Abende in den oberen Räumen der Weinhandlung Huth in Berlin, Potsdamer Str. 139. Hier trafen sich auf »geselliger Grundlage« – wahrscheinlich über mehrere Jahre hinweg – »öffentlich bewährte nationalgesinnte Männer verschiedener Richtung ... zu persönlichem Verkehr und freiem Meinungsaustausch.«³⁰ Ferner sollten Informationen über die »so verheißungsvollen Fortschritte des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie und über den gegenwärtigen Stand der nichtpolitischen nationalen Vereine« neben einem Referat und anschließender Diskussion auf der jeweiligen Agenda des Abends stehen. Der Besuch sei jedesmal befriedigend, konnten Liebert und Lange in Einladungsschreiben an in Frage kommende, weitere Teilnehmer vermelden. So waren zur ersten Sitzung am 10. Oktober 1905 12 Herren zugegen, darunter Otto Eichler, Hauptredakteur der Deutschen Zeitung, Dr. Bovenschen vom Reichsverband, Dr. Paul Samassa, Schriftleiter der Alldutschen Blätter, und Eugen Freiherr v. Reibnitz, Vertrauter von Generalmajor Keim. Man hoffe, daß sich der Nationale Abend zu einem Nationalen Klub auswachse, schrieben Liebert und Lange in ihren Einladungsschreiben, wobei »die dort gemachten Bekanntschaften ... auf die mannigfaltigste Weise fruchtbar werden und in die Weite wirken« könnten.

Die erfolglosen Langeschen Parteigründungsversuche zeigen exemplarisch, wo die Grenzen des Engagements nationaler Agitationsverbände auf dem politischen Massenmarkt lagen. Die vielfältigen Ansätze, eine Deutsch-Partei zu initiieren, das nahezu regelmäßige Scheitern, dem eine schrittweise Zurücknahme der jeweiligen Anstrengungen und Ambitionen folgte, ließen nur den Schluß zu, daß es keinen Ersatz für den etablierten Parteienpluralismus und die bestehenden politischen Parteien gab. Nationale Vereine konnten im Wahlkampf am besten und ehesten in der Rolle von Hilfsorganisationen, als Makler und Mittler tätig werden oder wurden darauf verwiesen, Mitglieder der Verbandsleitung unter Parteiflagge in den Reichstag zu entsenden, um ihre Interessen auf diese Weise zu wahren und zu propagieren. So konnten sie am effektivsten dem politischen Mobilisierungsdruck der Massenparteien begegnen.

³⁰ BA Potsdam 90La5/19, Einladungsschreiben zu einem Nationalen Abend, 5.12.1905, bzw. 3. 2. 1912. In einem Schreiben vom 3. Februar 1912 erwähnt Lange, daß diese Einrichtung für längere Zeit unterbrochen worden sei, da er durch eine schwere Krankheit an der Mitwirkung gehindert worden sei.



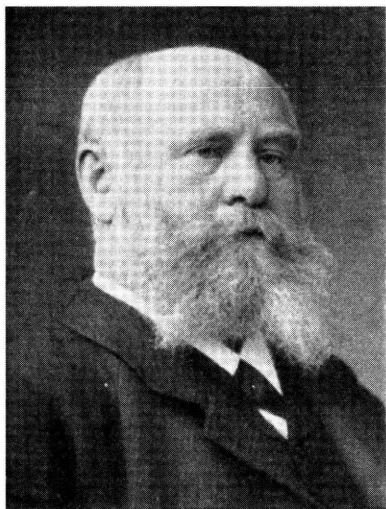
D. Naumann (Heilbronn)



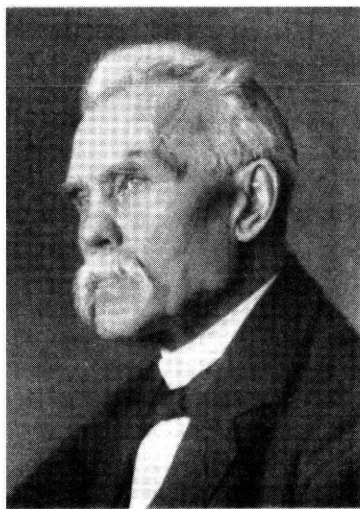
Dr. Paasche

Zweiter Teil

Mittler, Makler und Mandate
Die Wahlarbeit nationaler Verbände und
die Mobilisierung der Massen



Ernst Haeckel



Dietrich Schäfer

Der Alldeutsche Verband und die Parteienkonkurrenz

1. Alldeutsche Kandidaturen im Wahlkampf 1903

In der umfangreichen Geschichtsschreibung über den Alldeutschen Verband haben Reichstagskandidaturen seiner Spitzenfunktionäre bzw. sein Engagement bei Wahlbewegungen bislang nur geringe Beachtung gefunden.¹ Dies ist umso erstaunlicher, wenn man bedenkt, daß im Vordergrund des Forschungsinteresses stets Aspekte zur Bestimmung des Grades seines politischen und gesellschaftlichen Einflusses standen.² Es ist in diesem Zusammenhang sehr bemerkenswert, daß Verbandsfunktionäre, die sich selbst als Kustoden nationaler Symbole und Epigonen Bismarcks in der Umbruchsituation der Jahrhundertwende empfanden, unter liberaler oder konservativer Flagge an der politischen Parteienkonkurrenz teilnahmen. So charakterisierte der spätere Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, Heinrich Claß, der schon im Jahr 1890, damals noch als Student in Gießen, dem Bauernkönig Otto Böckel bei dessen Kampagnen gedient hatte, Wahlkämpfe zwar verächtlich als »Parteitreiben«. Dennoch »stürzte« er sich 1903 als nationalliberaler Kandidat »in dieses Abenteuer, bei dem ich unendlich viel lernte«, wie er in seinen Memoiren ausführt.³

Das Wohl und Wehe des infolge seines extremen Radikalismus zusehends in die politische und organisatorische Isolation geratenden Verbandes hingen zu einem wesentlichen Teil davon ab, ob er auf dem entstehenden politischen Massenmarkt ein gewisses Maß an Einfluß wahrnehmen konnte. Für den kaum als Massenverband zu bezeichnenden AdV bedeutete dies, daß er anstreben mußte, die Zusammensetzung des Reichstages in seinem Sinne zu beeinflussen bzw. sich im Parlament eine profunde und verlässliche Lobby innerhalb der bürgerlichen Parteien zu verschaffen, die seine ideologischen Positionen vertrat. Die Alldeutschen verfolgten diese Ziele intensiv, indem sie insbesondere nach der Jahrhundertwende sämtliche Stilregister verbandlichen Wahlengagements zogen.

Gemäß den Verbandssatzungen verstand sich der Zweck alldeutscher Arbeit unter anderem als »Belebung des vaterländischen Bewußtseins ... und

¹ Siehe G. ELEY, *Reshaping*, 1980, S. 248; vgl. R. CHICKERING, 1984, S. 214, die die Kandidaturen von fünf Alldeutschen während der Reichstagswahlen 1903 erwähnen. B. FAIRBAIRN, *Wilhelmine Elections*, 1990, S. 31, ist gar der Ansicht, daß der AdV »seems to have ignored the elections [of 1898 and 1903]«.

² Siehe hierzu den Forschungsüberblick in R. CHICKERING, 1984, S. 1–15.

³ H. CLASS, *Wider den Strom*, 1932, S. 29 und 75.

Bekämpfung aller der nationalen Entwicklung entgegengesetzten Richtungen«. Seine Ziele wollte er dabei »ohne Rücksicht auf die Gunst oder Ungunst der Regierenden und der großen Masse, unabhängig von den politischen Parteien und Fraktionen« verfolgen.⁴ In der Tat blieb das Verhältnis des Verbandes zur Reichsleitung stets von einer latenten bis offenen Oppositionshaltung geprägt. Bereits die Gründung des Allgemeinen Deutschen Verbandes im Jahr 1891 war aus Protest gegen die Politik der Reichsleitung im Rahmen des Helgoland-Sansibar-Abkommens von kolonialpolitisch interessierten Kreisen angeregt worden. Jedoch unterhielt der AdV im Gegensatz zu den Postulaten seiner Satzungen sehr enge Parteiaffiliationen: Schon die Liste der 62 Unterzeichner der Einladung zur konstituierenden Versammlung des Allgemeinen Deutschen Verbandes vom 9. April 1891 enthielt 26 freikonservative, nationalliberale und konservative Mitglieder des Reichstages sowie des preußischen Abgeordnetenhauses.⁵ Im ersten Vorstand und Geschäftsführenden Ausschuß des Verbandes besaßen von 82 Mitgliedern 22 ein Reichstagsmandat oder waren Mitglied der preußischen zweiten Kammer. Das fünfköpfige erste Präsidium, das höchste alldeutsche Gremium, unter dem Bankier Karl von der Heydt, der mit der freikonservativen Partei in Verbindung stand, war mit Ausnahme von Alexander Lucas, dem Direktor der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft, mit führenden Parteipolitikern besetzt: Ludwig von Fischer, nationalliberaler Bürgermeister von Augsburg; Wilhelm von Kardorff, Führer der Freikonservativen im Reichstag; Julius Graf von Mirbach-Sorquitten, konservatives MdR aus dem ostelbischen Preußen, und Johannes Wislicenus, Professor für Chemie in Leipzig und hervorragendes nationalliberales Parteimitglied.⁶ Zudem publizierte das *Handbuch des Alldeutschen Verbandes* in jeder Ausgabe mit einigem Stolz eine Liste der Reichstagsabgeordneten, die zugleich Mitglieder des AdV waren.⁷ Allerdings verbanden die konservativen und

⁴ Satzungen des Alldeutschen Verbandes Abschnitt I. Paragraph 1.1, nach: Mitteilungen des Allgemeinen Deutschen Verbandes, 1 (1891), S. 6f. Die am 1. Oktober 1903 in Kraft getretenen neuen Satzungen bestimmten hierzu präzisierend, aber den Kreis potentieller politischer Gegner erweiternd, in Abschnitt I. Paragraph 2.3: »die Bekämpfung aller Kräfte, die unsere nationale Entwicklung hemmen«, nach: Handbuch des Alldeutschen Verbandes, 1905, S. 25; Vorwort zum Handbuch des Alldeutschen Verbandes, Handbuch des Alldeutschen Verbandes.

⁵ Siehe Unterzeichner der Einladung zur konstituierenden Versammlung des Allgemeinen Deutschen Verbandes, 9. April 1891, nach: E. HARTWIG, Alldeutscher Verband, 1966, S. 238; vgl. A. J. O'DONNELL, 1974, S. 312 ff.; vgl. R. CHICKERING, 1984, S. 50; G. ELEY, Reshaping, 1980, S. 48f. Das Mitglied des Herrenhauses Dr. Udo Graf zu Stolberg-Wernigerode hatte ab 1899 einen Sitz in der Hauptleitung, dem Präsidium des AdV, inne.

⁶ Zum ersten alldeutschen Vorstand siehe E. HARTWIG, Alldeutscher Verband, 1974, S. 240f.; zu den Mitgliedern des Präsidiums G. ELEY, Reshaping, 1980, S. 49, und die neuere Arbeit von M. PETERS, 1992, S. 22, 25 ff.

⁷ Siehe Handbuch des Alldeutschen Verbandes; M. WERTHEIMER, 1924, S. 134f.; vgl. K. SCHILLING, 1968, S. 519ff. Durch Mandatsgewinne oder Verluste, ungenaue Mitgliederlisten auf seiten des AdV und Verbandsaustritte variierte die Anzahl der MdR mit alldeutscher Affiliation jedoch ständig und ist deshalb schwer feststellbar. Die Angaben

freikonservativen Gründungsväter mit ihrer Mitgliedschaft zunächst vorrangig das Interesse, die neue Organisation in Opposition zur Handelsvertragspolitik Reichskanzlers von Caprivi zu steuern.⁸ Auch fiel infolge steter alldeutscher Extravaganzen das Bekenntnis nahezu sämtlicher Abgeordneten zu ihrer AdV-Mitgliedschaft eher dilatorisch aus oder blieb von Opportunitäten der politischen Situation und taktischen Manövern abhängig. In erster Linie waren die MdR und MdA mit alldeutscher Mitgliedskarte Parteipolitiker, wie Mildred Wertheimer zur Qualität der Verbandsaffiliationen nahezu sämtlicher Abgeordneten feststellte, sie blieben »leaguers secondarily.«⁹

Mit der Übernahme des Verbandsvorsitzes durch den Statistikprofessor Ernst Hasse, der den ohne Fortune agierenden von der Heydt 1893 ablöste, begann nach anfänglichen Startschwierigkeiten eine Periode organisatorischer Konsolidierung sowie allmählicher, aber nachhaltiger Radikalisierung des AdV. Ganz im Gegensatz zu ihren liberalen und konservativen Parteikollegen im Verband bekannten sich Hasse, seit 1893 mit einem Reichstagsmandat für Leipzig, und (der 1901 verstorbene) Adolf Lehr, ab 1894 Geschäftsführer und Mitglied der Hauptleitung sowie seit 1898 Abgeordneter für Döbeln-Roßwein, auch im Reichstag bewußt zu ihrer Mitgliedschaft im Alldeutschen Verband vor der nationalliberalen Fraktionszugehörigkeit. Hasse betonte bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Position des Alldeutschen Verbandes, wenn außen- oder innenpolitische Fragen, die das »Deutschtum« betrafen, zur Diskussion standen.¹⁰ Jedoch manövierten beide alldeutschen Abgeordneten im Parlament aufgrund ihres radikalnationalistischen Extremismus als politische Einzelgänger, und ihre Situation spiegelt auch die generelle Isolation wider, in der sich der Alldeutsche Verband insbesondere nach der Jahrhundertwende befand.

Den Beginn dieser wenig glücklichen Phase alldeutscher Existenz auf der nationalen Bühne, die im Hinblick auf ihre Bedeutung für die Entwicklung des Verbandes erst durch die neuere Forschung beachtet wurde¹¹, markierte

in der Literatur schwanken dementsprechend: Die Gesamtzahl »alldeutscher MdR« von 1893/94 bis 1914/17 wird bei WERTHEIMER mit 59 angegeben, bei SCHILLING mit 93, wobei beide sich gutteils auf dieselben Quellen stützen. P. MOLT, 1963, S. 301, bringt insgesamt 60 Abgeordnete mit den Alldeutschen in Verbindung. Für die Periode von 1905–1911 bewegen sich die Angaben des Verbandes zwischen 27–30 MdR, wobei die Zugehörigkeit einzelner Abgeordneter von Jahr zu Jahr unterschiedlich ist. Zumindest für diese Zeitspanne wird man von den Verbandsangaben ausgehen können.

⁸ Siehe R. CHICKERING, 1984, S. 50.

⁹ M. WERTHEIMER, 1924, S. 137; vgl. M. WENCK, 1917, S. 25 f.

¹⁰ Siehe M. WERTHEIMER, 1924, S. 137–147.

¹¹ Zur Widerlegung der interpretatorischen Ansätze Kehrs und Wehlers von der »Mobilisierung des kleinbürgerlichen Gesinnungsmilitarismus« »von oben« durch nationale Verbände hat vor allem G. ELEY das über die meiste Zeit eher spannungsreiche Verhältnis (nicht nur) des AdV zur Reichsregierung und den politischen und wirtschaftlichen Eliten dezidiert untersucht und betont, siehe hierzu G. ELEY, *Reshaping*, 1980, passim; vgl. R. CHICKERING, 1984, S. 236–237; vgl. zudem M. PETERS, 1992, passim.

eine parlamentarische Auseinandersetzung um die Europareise des Burenpräsidenten Ohm Krüger zwischen Ernst Hasse und Reichskanzler v. Bülow im Dezember 1900. In deren Verlauf hatte Bülow die Alldeutschen mit der schon durch die Zeitgenossen oft zitierten, verächtlichen Charakterisierung belegt, sie betrieben »auswärtige Politik ... vom Standpunkte der Bierbank« aus.¹² Der Konflikt zwischen Reichsregierung und Alldeutschen um ein *arcum imperii* zog seine Kreise bis in die Hauptleitung des Verbandes. Udo Graf zu Stolberg-Wernigerode, ehemaliger Oberpräsident der Provinz Ostpreußen, Vizepräsident des Reichstages und konservatives MdR, sowie sein Schwager, das freikonservative Reichstagsmitglied Hermann Graf zu Arnim-Muskau, legten im November 1902 aus Protest gegen den Empfang dreier Burengenerale in Berlin durch Vertreter des Alldeutschen Verbandes ihren Sitz im Präsidium nieder.¹³ Die Resignation der beiden konservativen Politiker, ein deutlicher Ausdruck dafür, zu welchen Anteilen sie ihre Loyalität verteilt hatten, verringerte die Anzahl der alldeutschen Funktionäre im Reichstag auf einen Schlag; Ernst Hasse stand von diesem Zeitpunkt an auf einsamem Posten, wobei er bereits kurz nach dem Tode Lehrs in einem Schreiben an Heinrich Claß seine Skepsis darüber ausgesprochen hatte, ob er noch bis zu den Wahlen 1903 »aushalten« könne.¹⁴

Nach den Attacken des Reichskanzlers und dem Auslaufen der Burenagitation 1902, an der der Alldeutsche Verband maßgeblichen Anteil gehabt hatte, sank zudem der Mitgliederbestand abrupt von rund 22 000 (1901) um ca. 3000. Diese harte Wende in einem bis dato kontinuierlichen Aufwärtstrend zeitigte ihre Wirkung auch auf die Subskribentenzahl der Verbandszeitschrift *Alldeutsche Blätter*, die sich nach stetem Anwachsen seit der Einführung des Blattes 1894 von 8046 (1901) auf 6109 (1903) verringerte.¹⁵ Neben finanziellen Einbußen hatte dies eine wesentliche Schmälerung der agitatorischen Einflußkanäle an der Basis zur Folge.¹⁶

¹² Hierzu K. SCHILLING, 1968, S. 132 ff.; vgl. R. CHICKERING, 1984, S. 65 ff.

¹³ Dieser Schritt der beiden bedeutenden konservativen Parlamentarier ist u.a. auf Druck des Reichskanzlers vollzogen worden, siehe K. SCHILLING, 1968, S. 170 ff.; vgl. M. PETERS, 1992, S. 56. Stolberg-Wernigerode und Arnim-Muskau gehörten der Hauptleitung seit August 1899 bzw. Januar 1895 an.

¹⁴ Das zweite, neben Ernst Hasse noch verbliebene »alldeutsche MdR« während der zehnten Legislaturperiode, das Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses Friedrich Schrempf, repräsentierte vorrangig als konservativer Parteisekretär und BdL-Funktionär den württembergischen Wahlkreis Calw, bis Schrempf nach den Wahlen 1903 nicht mehr in den Reichstag zurückkehrte, siehe J. N. RETALLACK, 1988, S. 203, 242; BA Potsdam 61 Ve1/321, Hasse an Claß, 31. 12. 1901.

¹⁵ Zahlenangaben zum Mitgliederbestand nach G. ELEY, *Reshaping*, 1980, S. 360; vgl. abweichende Angaben in R. CHICKERING, 1984, App. 10.1, S. 323, der den Mitgliederschwund im selben Zeitraum sogar auf 4000 beziffert. Zu den Subskribentenzahlen M. WERTHEIMER, 1924, S. 121.

¹⁶ Zur fast chronischen Finanznot des Alldeutschen Verbandes, die erst mit dem Eintritt Alfred Hugenbergs, eines der Mitbegründer des AdV, in das Krupp-Direktorium abgewendet wurde, R. CHICKERING, 1984, S. 223 ff.

Die Reichstagskandidaturen von gleich fünf alldeutschen Spitzenfunktionären im Jahr 1903 standen in engem Zusammenhang mit den vorstehend geschilderten Entwicklungen und Ereignissen. Neben Hasse, der sein nationalliberales Leipziger Mandat zu verteidigen hatte, bewarben sich Superintendent Karl Klingemann, Mitglied der Hauptleitung des AdV, für die Reichspartei in Essen, Richard Graf du Moulin-Eckart, ebenfalls Präsidiumsmitglied, für die Nationalliberalen in Erlangen-Fürth, Fritz Bley, bis Ende 1902 im Geschäftsführenden Ausschuß, als Kandidat des BdL in Kreuznach-Simmern sowie das jüngste und ehrgeizigste Mitglied der Hauptleitung, Heinrich Claß, im rheinhessischen Wahlkreis Bingen-Alzey für die Nationalliberalen.¹⁷

Wegen der prekären politischen Lage des AdV verband Ernst Hasse insbesondere mit der Kandidatur von Heinrich Claß große Erwartungen, denn die Aussichten für seinen jüngeren Kollegen, ein Reichstagsmandat zu erringen, waren aufgrund dessen persönlicher Qualifikation recht erfolgversprechend. Heinrich Claß entstammte einer Juristenfamilie aus Rheinhessen, die in einer nationalliberalen Parteitradition stand. Er selbst konnte nach seiner Studienzeit in Gießen und Berlin, wo er die Vorlesungen Treitschkes gehört hatte, der auf ihn zeit seines Lebens einen großen und unheilvollen Einfluß ausübte, im Koordinatennetz der bestehenden Parteiorganisationen keine Wirkungsstätte finden. Claß versuchte, seinen politischen Ehrgeiz zunächst bei der antisemitischen Deutschbundgemeinde Friedrich Langes zu stillen. Als ihn deren ordensähnliche Organisation einzuengen schien, schloß er sich 1897 dem Alldeutschen Verband an. Hier avancierte er binnen vier Jahren in die Hauptleitung.¹⁸

Claß konnte Erfahrung in der »Bearbeitung der öffentlichen Meinung«¹⁹ aufweisen. Er hatte außerordentlich erfolgreich den Aufbau der AdV-Ortsgruppe Mainz geleitet, dem, folgt man seinen Erinnerungen, sich ein »förmliche[r] Siegeszug durch Rheinhessen« anschloß. Als Schriftführer des alldeutschen Gauverbandes Rhein-Main hatte Claß systematische Werbekampagnen zur Gewinnung neuer Mitglieder organisiert, bei denen »kein Sonntag verging, an dem nicht Stoßtrupps von Mainz, Worms oder Alzey ausflogen, um in der Provinz Versammlungen abzuhalten«.²⁰

Ernst Hasse, der sich darum bemühte, daß »wirklich alldeutsche Männer« ihn im Parlament unterstützten, legte infolgedessen »den größten Wert darauf, daß mein Kollege bei nächster Gelegenheit in den Reichstag kommt«.²¹

¹⁷ Die Namen der alldeutschen Kandidaten sind auch erwähnt bei G. ELEY, *Reshaping*, 1980, S. 248, und R. CHICKERING, 1984, S. 217.

¹⁸ H. CLASS, *Wider den Strom*, 1932, S. 1–37; zur Frühphase von Claß' Karriere vgl. auch G. ELEY, *Reshaping*, 1980, S. 52f.

¹⁹ H. CLASS, *Wider den Strom*, 1932, S. 34.

²⁰ Ebd., S. 34.

²¹ BA Potsdam 61Ver/187, Hasse an die Mitglieder des Gesamtvorstandes des Alldeutschen Verbandes im Reichstagswahlkreis Alzey-Bingen, 8. 1. 1903. Hervorhebung im Original.

Der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes übernahm mit Unterstützung des Amtsrichters Philipp Bonhard aus Worms, zugleich Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses des AdV, sogar selbst die Initiative, um Claß die Nominierung zu ermöglichen und die organisatorischen Voraussetzungen in seinem potentiellen Wahlkreis günstig zu beeinflussen. Dies geschah mit gutem Grund. Obschon die Kandidatur Claß' bereits Monate vor der Wahl im Raum gestanden hatte, waren von seiten der alldeutschen Ortsgruppen im Kreis Bingen-Alzey weder die Kandidatenfrage diskutiert noch irgendwelche weitergehenden Vorbereitungen im Hinblick auf die Wahlkampagne getroffen worden. Wie in anderen regionalen und Ortsverbänden auch zu beobachten war, schien der Impetus, den die rheinhessische alldeutsche Bewegung noch vor Jahren beim Aufbau der Organisation bewiesen hatte, der Trägheit der Verbandsroutine gewichen zu sein. Zudem, und dies war insbesondere ein Charakteristikum für das organisatorische Rückgrat des Alldeutschen Verbandes, der Ortsgruppen, störten erkennbare Reibungsverluste zwischen der Verbandsleitung in Berlin und den lokalen Honoratioren, die oft genug ihre politische Unabhängigkeit zu demonstrieren suchten, die Effizienz der Verbandsarbeit bei der Durchsetzung alldeutscher Ziele.²² So mußte Hasse, nachdem Bonhard auf sein Ersuchen hin eine ergebnislos verlaufene Aussprache der Ortsgruppenvorstände über die Kandidatur von Heinrich Claß herbeigeführt hatte²³, in einem sehr nachdrücklichen Appell an die Mitglieder des Gesamtvorstandes im Wahlkreis Bingen-Alzey darum bitten, in der Kandidatenfrage eine Einigung herbeizuführen und die nationalliberalen, antisemitischen und parteilosen Wähler sowie den Bund der Landwirte zu gewinnen.²⁴ Um die Vorstände der als Kartellpartner in Frage kommenden politischen Organisationen für die Nominierung Claß' einzunehmen, scheint Hasse das betreffende Schreiben gesondert und im selben Wortlaut auch an deren Adresse gerichtet zu haben. So erhielt auch Kommerzienrat Avenarius aus Gau-Algesheim, Mitglied des Vorstandes des AdV für die Ortsgruppe Mainz, in seiner Funktion als Wahlkreisobmann der Nationalliberalen Partei einen Brief des Verbandsvorsitzenden.²⁵ Den Mitgliedern des Gesamtvorstandes trug Hasse in diesem Zusammenhang auf, »nicht eine alldeutsche Kandidatur nach außen als solche [zu kennzeichnen] ... da es eine alldeutsche Partei bei uns nicht gibt, sondern daß sie als »nationale« aufzustellen wäre«. ²⁶ Dieses Vorgehen erleichterte den Nationalliberalen, unter deren Flagge Claß seinen Wahlkampf führte, sowie seinen Koalitionspartnern die Zustimmung.

²² Siehe R. CHICKERING, 1984, S. 133 ff.

²³ BA Potsdam 61Ve1/187, Hasse an Bonhard, 5. 1. 1903.

²⁴ BA Potsdam 61Ve1/187, Hasse an die Mitglieder des Gesamtvorstandes des Alldeutschen Verbandes im Reichstagswahlkreis Alzey-Bingen, 8. 1. 1903.

²⁵ Ebd., Hasse an die Mitglieder des Gesamtvorstandes, 8. 1. 1903; vgl. ferner BA Potsdam 61Ve1/187, Hasse an Avenarius, 9. 1. 1903.

²⁶ Ebd., Hasse an die Mitglieder des Gesamtvorstandes, 8. 1. 1903.

Neben den Nationalliberalen im Kartell mit dem Bund der Landwirte war der Stimmbezirk Bingen-Alzey 1903 noch vom Freisinn, der den Mandatsträger stellte, der Zentrumsparlei, die sich auf einen starken, 40prozentigen katholischen Bevölkerungsanteil stützen konnte, sowie den Sozialdemokraten, die jedoch eine Randerscheinung blieben, umworben. Die Wahlkämpfe in Bingen-Alzey waren seit den Tagen, da der »Sezessionist« Ludwig Bamberger hier gegen die Nationalliberalen sein Mandat verteidigte, sehr rege und zwischen den liberalen Parteien hart umkämpft.²⁷ Auch während der Wahlbewegung 1903 mußte der alldutsche Kandidat Claß mit einer energischen freisinnigen Opposition rechnen, für die der ehemalige Reichstagsvizepräsident Reinhart Schmidt kandidierte. Zudem verfügten die Linksliberalen »über reichliche Geldmittel, während wir selbst lächerlich wenig zur Verfügung hatten«, rekapitulierte Claß in seinen Memoiren über das knapp bemessene Wahlkampfbudget der allddeutsch-nationalliberal-agrарischen Koalition.²⁸

Die Linksliberalen verlangten im Wahlkampf ihrem Konkurrenten einiges ab; Claß mußte in 35 Tagen »kreuz und quer« durch den Stimmbezirk ziehen. Der alldutsche Kandidat führte seine Wahlkampagne zwar nicht im Stil des »Bauernkönigs« Otto Böckel, wie man es von einem nationalpolitischen Populisten vielleicht hätte erwarten können²⁹, denn er unterzog sich der »Mühe«, mit seinen »zukünftigen Wählern und Gegnern behagliche Aussprache zu pflegen«.³⁰ Aber Claß bewies agitatorische Verve. Unter Einsatz »ungeheuer[er] körperlicher und geistiger Arbeit« feierte er »glänzende Erfolge im Wahlkampf«. »Die Bevölkerung des Wahlkreises [sei] aufgerüttelt«; er selbst wählte sich als der »anerkannte Führer der nationalen Bewegung in Rheinhessen«.³¹ Allerdings reichte sein persönlicher Einsatz nicht

²⁷ Siehe die Wahlkampfbeobachtungen Bonhards in BA Potsdam 61Ve1/534, Bonhard, Denkschrift über die innerpolitische Tätigkeit des Alldutschen Verbandes, 1902, S. 15.

²⁸ H. CLASS, Wider den Strom, 1932, S. 76.

²⁹ Mit einigem Recht werden führende Vertreter nationaler Verbände wegen ihrer ideologischen Prämissen als Populisten bezeichnet und auch in einem Zug mit Otto Böckel genannt und verglichen, siehe stellvertretend G. ELEY, Reshaping, 1980, S. 184 ff.; vgl. D. BLACKBOURN, Populists and Patricians, 1987, S. 128 ff. Aber der agitatorische Impetus der radikalen bäuerlichen Protestbewegung unterschied sich von jenem des Alldutschen Verbandes zum Teil erheblich, gerade auch im Wahlkampf. So hatte der dynamische, von der charismatischen Figur Böckels bestimmte Wahlkampfstil des »Bauernkönigs«, siehe R. S. LEVY, 1975, S. 55 f.; vgl. S. SUVAL, 1985, S. 153, wenig mit jenem von Heinrich Claß gemeinsam. Claß selbst, der 1890 als Böckels Wahlhelfer im Kreis Gießen gedient hatte, mochte, nach eigenem Bekunden, die »Art« nicht, wie Böckel seinen Wahlkampf führte, siehe H. CLASS, Wider den Strom, 1932, S. 29.

³⁰ H. CLASS, Wider den Strom, 1932, S. 75. Es sei hier am Rande erwähnt, daß Claß in seinen Erinnerungen polemisch ausführt, er sei auf seiner Wahlfahrt »mit ganz geringen Ausnahmen auf die ungeheuerlichste Urteilslosigkeit in politischen und wirtschaftlichen Dingen« gestoßen. Mit dieser Beobachtung rechtfertigte er ein Verdikt über den »Wahnwitz des allgemeinen und gleichen Wahlrechts«.

³¹ BA Potsdam 61Ve1/321, Claß an Hasse, 21. 6. 1903.

ganz, um den Einzug in die Stichwahl zu schaffen – Claß war denkbar knapp mit 31 Stimmen an der Teilnahme am Zweiten Wahlgang gescheitert.

Die Gründe für diese Niederlage suchte Claß zunächst im amateurhaften Wahlkampfverhalten des eigenen Lagers. »[U]nsere Freunde«, wie er Hasse wütend nach der Hauptwahl berichtete, seien wegen seiner Erfolge schnell in »allzugrosse Siegesgewißheit« verfallen und »zu sorglos« geworden. »Jetzt gehen die Herren mit gesenktem Kopf herum und machen sich Vorwürfe – zu spät.«³² Auch hatte sich Claß nicht über Traditionen gruppenloyalen Abstimmungsverhaltens hinwegsetzen können, die gerade in ländlichen Stimmbezirken den entstehenden politischen Massenmarkt noch lange prägten: Der Mainzer Anwalt hatte im »Februar – also noch ehe [ihm] die Kandidatur angeboten war – den Bruder des Bürgermeisters eines rein nat[ional]lib[eralen] Orts verklagt ...: zur Strafe führte der Bürgermeister 63 Stimmen dem Freisinn zu, der Wackere! Davon hängt beim gleichen und allgemeinen Wahlrecht der Ausgang eines ernsthaften politischen Kampfes ab«, fügte Claß seinem Wahlkampfbericht verärgert hinzu.³³

Weitaus entscheidender für den Mißerfolg des alldeutschen Kandidaten erwies sich jedoch die Tatsache, daß für seinen Kartellpartner, den Bund der Landwirte, kein hinreichend starker nationalpolitischer Druck bestand, der ausreichend gewesen wäre, um die zugesicherte Koalitionsaussage gegenüber verbandspolitischen Eigeninteressen und in bezug auf die katholische BdL-Klientel aufrecht zu erhalten und durchzusetzen: Am Tag der Hauptwahl hatte der Kreisverband des Bundes Plakate anschlagen lassen mit der Aufforderung, »die evangelischen Mitglieder sollten mich [Claß, d. V.], die katholischen aber den Zentrumskandidaten wählen.«³⁴ Claß besaß nicht den Einfluß, diese klare Demonstration verbandspolitischer Souveränität der agrarischen Massenorganisation zu verhindern: Im Rahmen der Zolltarifentscheidungen, die die Wahlkampfthematik 1903 dominierten, wahrte der BdL seine übergeordneten Interessen, indem er die katholischen Mitglieder nicht verprellte.

Ebenso fruchtlos blieben schließlich die Bemühungen, die katholische, milieuloyale Klientel anzusprechen, obwohl sich das Wahlengagement des Zentrums darauf beschränkte, »gar nichts [zu tun], insbesondere keine Versammlungen [abzuhalten]«, wie Claß erstaunt feststellen mußte. Die Partei verlasse sich auf ihre Kapläne und die Überzeugungskraft gut katholischer

³² Ebd., Claß an Hasse, 21. 6. 1903. Der vertrauliche Wahlkampfbericht Claß' an Hasse ist ein interessantes Korrektiv zu dem entsprechenden, mit weiteren Episoden des Wahlkampfgeschehens ausgeschmückten Kapitel in seinen Memoiren.

³³ Ebd., Claß an Hasse, 21. 6. 1903; vgl. zu dieser Episode ebenso H. CLASS, *Wider den Strom*, 1932, S. 76.

³⁴ H. CLASS, *Wider den Strom*, 1932, S. 76 f. Claß war dermaßen erbost über das Verhalten des BdL, daß er noch in seinen Erinnerungen, die in den frühen 30er Jahren entstanden, über eine schon damals (1903) bestehende »Grüne Front« polemisierte.

Ehefrauen, fügte er seinen Wahlkampfbeobachtungen in fast schon resignierendem Ton hinzu.³⁵

Mit Blick auf künftige Wahlbewegungen hoffte Claß jedoch auf die Anspannung »aller Kräfte« und rechnete damit, die »nationalen Kreise« davon überzeugt zu haben, »daß man siegen kann, wenn man arbeitet«. »Diese Kandidatur wird mir jederzeit zur Verfügung stehen«, versicherte er dem Verbandsvorsitzenden Hasse – »sofern ich sie haben will.«³⁶

Das Ergebnis der Reichstagswahlen 1903 bedeutete neben einer bitteren persönlichen Niederlage für Heinrich Claß auch eine politische Katastrophe für den Alldutschen Verband. Sämtliche Funktionäre, die sich neu um ein Mandat beworben hatten, zogen in ihren Wahlkreisen den Kürzeren³⁷ oder wurden, wie das Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses des AdV, Georg Freiherr v. Stössel³⁸ aus Potsdam, gar nicht erst für eine Kandidatur

³⁵ Ebd., S. 76.

³⁶ BA Potsdam 61Ve1/321, Claß an Hasse, 21.6.1903.

³⁷ Immerhin einen kleinen Achtungserfolg im ehemaligen Wahlkreis Friedrich Krupps konnte Superintendent Karl Klingeman erzielen. Klingemann war als Kandidat der Reichspartei relativ knapp gegenüber dem bisherigen Mandatsinhaber Gerhard Stötzel vom Zentrum und dem sozialdemokratischen Bewerber Paul Gräser gescheitert, und dies, wie die Alldutschen Blätter bissig kommentierten, »ohne daß ihm [Klingemann, d. V.] wie früheren nationalen Kandidaten im gleichen Wahlkreis irgendwie die Macht eines großen wirtschaftlichen Einflusses zur Seite stand.«, siehe ADB 1903, S. 236. Obgleich Klingemann im Hause Krupp persönlich bekannt war, siehe H. CLASS, Wider den Strom, 1932, S. 53, hatte der Essener Konzern seine finanzielle Gunst nicht auf den Alldutschen verteilt. Zur bis zum Eintritt Alfred Hugenbergs, einem der Mitbegründer des Alldutschen Verbandes, reservierten Haltung der Firma Krupp gegenüber dem AdV siehe R. CHICKERING, 1984, S. 227; vgl. D. STEGMANN, Erben, 1970, S. 52. In Erlangen-Fürth, Wahlkreis Mittelfranken 2, schaffte das Präsidiumsmitglied Richard Graf du Moulin-Eckart, der für die Nationalliberalen kandidierte, nicht den Einzug in die Stichwahl. Er blieb mit deutlichem Abstand zu seinen Mitkonkurrenten Hugo Barbeck, Freisinnige Volkspartei, und dem Sozialdemokraten Johann Segitz zurück. Moulin-Eckart hatte während des Wahlkampfes nur einmal Aufmerksamkeit erregen können, als er in einer Wählerversammlung ein fiktives Wahlkartell zwischen Sozialdemokraten und Zentrumspartei in München bzw. ganz Bayern aus der agitatorischen Trickkiste zaubern sollte, siehe Leipziger Volkszeitung, 8.5.1903. Fritz Bley schließlich, mit dessen Kandidatur gegen den linksnationalliberalen Politiker Hermann Paasche im Kreis Kreuznach-Simmern der Alldutsche Verband einen demonstrativen Akt seiner kompromißlosen nationalpolitischen Haltung verbinden wollte (hierzu ADB 1903, S. 131, 194), scheiterte ähnlich wie Heinrich Claß an seiner Abhängigkeit vom mächtigen BdL sowie der übergeordneten Wahlkampfthematik der Wahlbewegung 1903; zur Wahlbewegung in Kreuznach siehe H. ROMEYK, 1969, S. 150ff. Auf Bley, der wegen interner Differenzen mit Hasse Ende 1902 aus dem Geschäftsführenden Ausschuß des AdV ausgeschieden war, setzte der Verbandsvorsitzende jedoch ohnehin nurmehr wenige Hoffnungen, siehe BA Potsdam 61Ve1/187, Erklärung Bleys zu seinem Verzicht auf Wiederwahl, 14.11.1902.

³⁸ Major a. D. Georg Freiherr von Stössel, Mitglied des Vorstandes der Ortsgruppe Potsdam, war seit seiner Mitgliedschaft im Deutschbund ein guter Freund von Heinrich Claß und avancierte an dessen Seite 1908 in die Hauptleitung des Alldutschen Verbandes, siehe H. CLASS, Wider den Strom, 1932, S. 100, der über ihn schreibt, daß »dieser prächtige, unabhängige Mann es nicht mehr über sich [brachte], Soldat zu bleiben, während er

nominiert. Im Falle Stössels wog dies insofern besonders schwer, als er sich im Kreis Sachsen 10, Döbeln-Roßwein, um jenen Reichstagssitz bewerben wollte, der dem 1901 verstorbenen Präsidiumsmitglied Adolf Lehr gehört hatte.

Stössel hatte vergebens gehofft, daß die nationalliberale Wahlkreisvertretung an ihn herantreten würde, als er sein Interesse an einer Kandidatur bekundete. Zum einen schien, wie schon zur Ersatzwahl 1901, als sie sich auf keinen Nachfolger für Lehr einigen konnte, die alldeutsche Lobby im Wahlkreis auch diesmal versagt zu haben.³⁹ Und da ihm, im Gegensatz zu Claß, keine vermittelnde Instanz zur Hilfe kam, wirkte das kompromißlose politische Glaubensbekenntnis des alldeutschen Spitzenfunktionärs zum anderen umso weniger vertrauenerweckend auf die nationalliberalen Wahlvorstände. Stössel zweifelte selbst daran, »daß man sich an mich wenden wird, da der königliche Sachse mißtrauisch ist und ich mich bei ehrlich durchaus unbefangener und freier Gesinnung ganz in dem Sinne der Deutschen Zeitung vorraussichtlich nicht in ein engherziges beschränktes nationalliberales Parteischema werde hineinzwängen lassen«. ⁴⁰ Er sei »natürlich bereit zu Unterhandlungen«, vertraute Stössel Claß Anfang Januar 1903 angesichts seiner schwindenden Nominierungsaussichten an, doch hatte er zu diesem Zweck ein politisches Achtpunkte-Programm entwickelt, das die Nationalliberalen nicht uneingeschränkt akzeptieren konnten.⁴¹ Schließlich gab Stössel die Hoffnung auf, die Nominierung für Döbeln zu erhalten: »[Ich] nehme wohl mit Recht an, daß ich den Herren nicht unverdächtig genug bin oder daß sie eine geeignetere Persönlichkeit gefunden haben«, schrieb er Claß am 9. Januar, nachdem auch bis dahin niemand aus dem Wahlkreis an ihn herantreten war.⁴² Die Alldeutschen mußten die Erfah-

die politische Entwicklung zum Argen beobachtete und gleich uns verurteilte. Es dränge ihn, sich im politischen Kampf zu betätigen.« Seit 1908 hielt Stössel eine der größten Beteiligungen an der Deutsche Zeitungs-Gesellschaft mbH, Berlin, siehe D. GURATZSCH, 1974, S. 433. Die Deutsche Zeitung war 1896 vom Deutschbundesgründer Friedrich Lange als »Unabhängige Zeitung für nationale Politik« ins Leben gerufen worden.

³⁹ BA Potsdam 61Ve1/534, Bonhard, Denkschrift über die innerpolitische Tätigkeit des Alldeutschen Verbandes, 1902, S. 8f. Stössel beabsichtigte deshalb, Mitte Januar selbst in Berlin mit führenden Parteivertretern zu verhandeln. Dies scheint jedoch nicht mehr zur Ausführung gekommen zu sein, da der Inhalt einer Nachricht, die er Claß bereits am 9. Januar mitteilte, erkennen läßt, daß er die Hoffnung endgültig aufgegeben hatte, in Döbeln kandidieren zu können, siehe BA Potsdam 61Ve1/187, Stössel an Claß, 9. 1. 1903.

⁴⁰ BA Potsdam 61Ve1/187, Stössel an Claß, 2. 1. 1903.

⁴¹ Ebd., Stössel an Claß, 2. 1. 1903; vgl. G. ELEY, *Reshaping*, 1980, S. 251, der jedoch in diesem Zusammenhang weniger die gescheiterte Nominierung Stössels thematisiert, als vielmehr dieses Programm ob seiner vorausschauenden Problembewußtheit für die Zeit des Bülow-Blocks und seiner potentiellen Zielrichtung gegen die »Tradition der Sammlungspolitik« interpretiert. Für die Nationalliberalen war, nach den (noch zu schildern-den) Erfahrungen mit Hasse im Reichstag, die Frage, wie großzügig Stössel Punkt 1 seines Programmes, »gut monarchisch [zu sein] und doch ganz frei und unbefangen in der Kritik der Regierung«, auslegen würde, wohl unwägbar gewesen.

⁴² BA Potsdam 61Ve1/187, Stössel an Claß, 9. 1. 1903.

rung machen, daß die politische Parteienkonkurrenz ein Mindestmaß an Kompromißbereitschaft von ihnen einforderte.

Das für den Alldeutschen Verband zweifelsohne bedrückendste Ergebnis der Reichstagswahlen war der Mandatsverlust von Ernst Hasse in Leipzig. Da die Bewerbungen sämtlicher alldeutscher Kandidaten gescheitert waren, sollte der AdV in der kommenden Legislaturperiode keinen, vorwiegend die Verbandsideologie propagierenden und seine politischen Interessen wahrenen Spitzenfunktionär auf der nationalen parlamentarischen Bühne mehr besitzen.

Die Kompromißlosigkeit alldeutscher Weltanschauung in Fragen der »Deutschumpolitik«, die das komplexe Verhältnis Ernst Hasses nicht nur zur Regierung, sondern auch zur nationalliberalen Fraktion bestimmte, war es, die ihm im Wahlkampf 1903 einen schlechten Start bescherte. Hasse hatte am 19. März, zu Beginn der heißen Phase der Wahlbewegung, im Reichstag die Regierung zur Frage des Schutzes der deutschen Minderheit in Ungarn scharf attackiert.⁴³ Hermann Paasche, Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses der Nationalliberalen und Vertreter des linken Flügels seiner Partei, stellte Hasse daraufhin bloß, indem er – unter »Heiterkeit« des Hauses – im Namen der Fraktion jede Verantwortung für die Ausführungen seines Kollegen ablehnte. Folge dieses Eklats war ein Aufschrei in der alldeutschen Verbandspresse mit Vertrauensbeweisen des Geschäftsführenden Ausschusses sowie verschiedener Ortsgruppen gegenüber Hasse. Die *Alldeutschen Blätter* hofften mit Blick auf die Reichstagswahlen, daß sich Paasche in seinem eigenen Wahlkreis gegen das ehemalige Mitglied der AdV-Geschäftsführung Fritz Bley »einen Denkkzettel holt und nicht mehr in die Lage versetzt wird, seiner Gleichgiltigkeit gegenüber den Schicksalen unseres Volkes außerhalb der schwarz-weiß-roten Grenzpfähle im Reichstag feierlich Ausdruck zu verleihen«.⁴⁴

Die Auseinandersetzung zwischen Hasse und Paasche eskalierte, als die *National-Zeitung*, das Parteiorgan der Nationalliberalen, die Aufforderung an die liberalen Wähler Leipzigs richtete, »sich in der Tat einen Verdienst [zu] erwerben, wenn sie Herrn Hasse aus dem Reichstage entfernten, indem sie sich einen andern Vertreter suchten«.⁴⁵ Wenige Wochen zuvor noch, am 4. März, war der alldeutsche Bewerber in einer Versammlung der Vorstände der Nationalliberalen, Konservativen und Reformpartei zum gemeinsamen Kandidaten des »Agitationsausschusses der vereinigten nationalen Parteien zur Wiederwahl Hasses« bestimmt worden; und in Vorbereitung seines Auftritts im Reichstag sollte er mit einer Rede über die politische Lage sowie über die Handelsverträge vor 300 Besuchern im Leipziger Zentral-Theater

⁴³ ADB 1903, S. 131; zur Reichstagsdebatte siehe SBR, X/1, 19.3.1903, S. 8745. Zur alldeutschen Ungarnpolitik generell G. SCHÖDL, 1978.

⁴⁴ Siehe ADB 1903, S. 131 sowie ADB 1903, S. 194; vgl. ADB 1903, S. 172 f., zu den Solidaritätsbekundungen alldeutscher Ortsgruppen. Zum Ergebnis der Kandidatur Bleys gegen Paasche siehe Anm. 37.

⁴⁵ Zitiert nach ADB 1903, S. 131.

während einer öffentlichen Wählerversammlung diese Kandidatur proklamieren.⁴⁶ Der Vorstoß der *National-Zeitung* kam somit zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt.

Hasse hielt die nationalliberale Kandidatur trotz allem aufrecht, um seinen, wenn auch noch so geringen Einfluß in der Fraktion zu wahren und sich die Unterstützung des seit Jahren bestehenden liberal-konservativen Wahlkartells auch weiterhin zu sichern. Zur Verbesserung seiner Wahlausichten gegen die mehr und mehr erstarkende sozialdemokratische Opposition und ihren Bewerber Julius Motteler mußte der alldutsche Kandidat nun allerdings einen programmatischen Spagat vollführen und um Hilfe bei den Mittelstandsverbänden nachsuchen. Damit neben den bürgerlichen Parteiwahlvereinen und den lokalen vaterländischen Verbänden auch der Verein selbständiger Leipziger Kaufleute und Fabrikanten zur Wahrung eigener Interessen, die Handwerkerinnungen sowie die dem Deutschen Bund für Handel und Gewerbe und dem Schutzverband für Handel und Gewerbe angeschlossenen Vereinigungen Leipzigs seine programmatischen Linien anerkennen würden⁴⁷, hatte Hasse den Mittelstandsverbänden die Zusage geben müssen, gegen Beamtenkonsumvereinigungen einzutreten. Dies wiederum irritierte die zahlreiche Beamtenschaft Leipzigs und schwächte seine Position ganz wesentlich.⁴⁸

Hasse mußte zumal mit einer linksliberalen Gegenkandidatur rechnen, die von einer Wahlkoalition aus Liberalem Verein, dem Nationalsozialen Verein Friedrich Naumanns und der Freisinnigen Vereinigung getragen wurde. Seit der nicht sehr erfolgreichen Kandidatur eines nationalsozialen Bewerbers 1898⁴⁹ stellten die Linksliberalen Leipzigs nach Jahren weniger intensiven Engagements wieder einen ernstzunehmenden Faktor dar. Vor allem Hasses Eintreten für den Antrag Kardorff im Rahmen der Zolltarifauseinandersetzungen trennte die liberalen Flügel. Auch hatte der alldutsche Kandidat, taktisch ungeschickt, der starken nationalsozialen Fraktion Leipzigs in bezug auf sein künftiges Eintreten für das allgemeine und gleiche Wahlrecht freiwillig Avancen gemacht.⁵⁰ Die Nationalsozialen dachten aber nicht im entferntesten daran, aus dem linksliberalen Wahlbündnis auszuscheren, dessen Kandidat, Reichsgerichtsrat a. D. Boethke, wiederum die Alldutschen in der liberal-konservativen Kartellkoalition zu isolieren suchte.⁵¹

⁴⁶ Siehe Leipziger Volkszeitung, 9. 3. und 14. 5. 1903.

⁴⁷ Leipziger Volkszeitung, 8. 5. 1903.

⁴⁸ Leipziger Volkszeitung, 24. 4. 1903.

⁴⁹ Zum nationalsozialen Wahlengagement 1898 siehe insbesondere D. DÜDING, 1972, S. 124 ff.

⁵⁰ Leipziger Volkszeitung, 15. 5. 1903. Die Linksliberalen Leipzigs sahen in Hasse einen »unsicheren Kantonisten« in dieser Frage, siehe ebd., 26. 5. 1903.

⁵¹ Leipziger Volkszeitung, 23. 5. 1903; vgl. ADB 1903, S. 215. Boethke hatte während einer Wahlversammlung die Politik des Alldutschen Verbandes als »Donquichoterie« bezeichnet.

In dieser Situation erfolgte eine bemerkenswerte alldeutsche Intervention in das Wahlkampfgeschehen 1903: Die *Alldeutschen Blätter* publizierten einen offenen Brief der Ortsgruppe Leipzig, die, trotz ihrer Beteuerung, daß ihr »fern[liege], in das Parteigetriebe einzugreifen«, die Aussichtslosigkeit der linksliberalen Kandidatur hervorhob und stattdessen einen Zusammenschluß der liberalen Parteien anstrebte bzw. die Entscheidung zwischen einem »nationalen Kandidaten aller Ordnungsparteien oder eine[m] vaterlandslosen Gesellen« für eine aussichtsreiche Stichwahlposition propagierte.⁵² Sehr vorsichtig agierend, hatte das alldeutsche Organ aber vermieden, eine positive Wahlaussage zu machen oder den Namen Hasses auch nur zu erwähnen. Doch der alldeutsche Aufruf, quasi eine Propagierung der späteren Parteikonstellation des »Bülow-Blocks«, verhallte ungehört, und Boethke erzielte im ersten Wahlgang für die Linksliberalen Leipzigs ein gutes Ergebnis.

Im Gegensatz zur Kandidatur von Heinrich Claß im ländlichen, rheinhessischen Stimmbezirk Bingen-Alzey spielten sich die wahltaktischen Winkelzüge Hasses und der AdV-Ortsgruppe vor der drohenden Niederlage gegen die Leipziger Sozialdemokratie ab. Diese beobachtete und attackierte ihren Gegner schonungslos und ohne Pause. Sogar Angriffe gegen die Person Hasses, es gebe einen »dunklen Punkt« in seinem Leben, ließ die sozialdemokratische Agitation nicht ungenutzt.⁵³ Der alldeutsche Verbandshonorarior war diesen Methoden anscheinend nicht gewachsen. »Wenn [Hasse] sein Programm entwickelt, spricht er hinter verschlossenen Türen«, kommentierte die *Leipziger Volkszeitung*, »und wenn er einmal öffentlich redet, entwickelt er nicht sein Programm«. Er spreche nur in »kleinen Konventikeln, wo er sicher [sei], daß ihm niemand das Konzept [verderbe]«. Und ganz erstaunt fügte das sozialdemokratische Blatt hinzu, daß »kein Wort von spezifisch Hassescher Weltpolitik, keine Silbe von den üblichen alldeutschen Pflanzereien« falle. »Herr Hasse [habe] all sein Programmgepäck abgelegt und [fechte] als schlichter Ordnungsmann.«⁵⁴ Sogar die *Leipziger Neuesten Nachrichten*, herausgegeben von Paul Liman, einem Freund Hasses, fragten Mitte Mai 1903, vier Wochen vor der Hauptwahl, wann in Leipzig der Wahlkampf beginne. »Die Kandidatur Hasse sei Mitte März öffentlich proklamiert worden. Seitdem [sei] in der Öffentlichkeit nichts, schlechtweg gar nichts geschehen.«⁵⁵

Die Agitation des bürgerlich-nationalen Lagers und sein Kandidat blieben während des Wahlkampfes 1903 ineffektiv. Man dachte in agitatorischen Kategorien, wie sie noch 1898 erfolgreich anzuwenden gewesen sein mochten, als der Kartellwahlausschuß sich auf die Herausgabe einer Broschüre

⁵² ADB 1903, S. 215.

⁵³ *Leipziger Volkszeitung*, 24. 6. 1903. Diese Mutmaßung bezog sich ohne nähere Erläuterungen auf Hasses Militärzeit und erschien einen Tag vor der Stichwahl in dem sozialdemokratischen Blatt.

⁵⁴ *Leipziger Volkszeitung*, 26. 5. 1903.

⁵⁵ *Leipziger Neueste Nachrichten*, zitiert nach *Leipziger Volkszeitung*, 14. 5. 1903.

mit dem Titel »*Hasse als Politiker*« konzentriert hatte, welche neben einer beeindruckenden Liste zu seinen Reichtagsreden auch hervorhob, daß man Hasse »für durchaus geeignet [halte], die Stimmen aller reichstreuen Wähler auf sich zu vereinigen«, und er ein »Mann von unabhängigem Denken und selbständigem Charakter sei«. ⁵⁶ Seine Wähler gaben daraufhin ihrer Überzeugung am Wahltag ganz in diesem Sinne Ausdruck. So enthielt z.B. ein Stimmzettel für Hasse 1898 folgende Zeilen in Versform:

»Ich wähle einen deutschen Mann, auf den ich mich verlasse, und ruf, so laut ich rufen kann, es ist Professor Hasse!« ⁵⁷

Fünf Jahre später genügte die Herausgabe solcher Broschüren nicht mehr, zumal das linksliberale Lager seine quasin neutrale Position aufgegeben hatte und kräftig die Werbetrommel rührte.

Hinzu kam, daß auch die sonstigen agitatorischen Fertigkeiten Hasses Mängel aufwiesen. So äußerte sich der Wahlbeobachter für die Reichskanzlei in Sachsen, der Geheime Hofrat Paul Mehnert, recht mißfällig über den alldeutschen Verbandsvorsitzenden, als dieser sich im Oktober 1906 im Wahlkreis Döbeln-Roßwein anlässlich einer Reichtagsnachwahl erneut vergeblich für die Nationalliberalen um ein Mandat bemühte: »Die ... Nachwahl litt ... unter der Person des Kandidaten Hasse«, berichtete Mehnert über dessen Wahlkampf an Bülow, »der es nicht vermochte, die für den Sieg notwendige Kampfesstimmung unter den Wählern zu entfachen«. ⁵⁸

Angespornt durch die Kritik aus dem eigenen Lager, organisierte der liberal-konservative Kartellwahlausschuß kurz vor der Hauptwahl am 16. Juni 1903 noch hastig ein paar Wählerversammlungen und schuf eine Wahlschlepperorganisation. ⁵⁹ Nach dem Ausscheiden des linksliberalen Bündnisses im ersten Wahlgang gab der Liberale Verein Leipzigs seiner Anhängerenschaft die Stimmabgabe zur Stichwahl frei; die National-Sozialen traten auch jetzt nicht für Hasse ein und besiegelten damit die Niederlage des alldeutschen Verbandsvorsitzenden.

⁵⁶ BA Potsdam 61Ver/369, Hasse als Politiker, herausgegeben von der Wahlvereinigung zur Wiederwahl Hasses in den Reichstag, 1898.

⁵⁷ SBR, X/1, 4. 5. 1899, Anl. Bd. 3, S. 1969.

⁵⁸ BA Potsdam Rkzlei. 1795, Mehnert an v. Bülow, 4. 1. 1907. Paul Mehnert, Gutsbesitzer, Mitglied der zweiten sächsischen Kammer, Vorsitzender des Konservativen Landesvereins, als »ungekrönter König von Sachsen« bekannt und berüchtigt, war einer der einflußreichsten Politiker des Landes. Mehnert war zugleich ehemaliges Gründungsmitglied des Alldeutschen Verbandes. Man sollte bei der Charakterisierung Mehnerts allerdings in Rechnung stellen, daß das Verhältnis zwischen Konservativen und Liberalen in Sachsen gerade um die Jahrhundertwende gespannt blieb, da insbesondere die Nationalliberalen auf der Landesebene viel daran setzten, die Konservativen zu verdrängen. Hasses Kandidatur in Döbeln war nach Stössels gescheiterter Nominierung 1903 der zweite vergebliche Versuch eines Alldeutschen gewesen, den alten Sitz Adolf Lehrs wieder zu erobern.

⁵⁹ Leipziger Volkszeitung, 19. 5. und 23. 6. 1903.

Die Kandidaturen der führenden Spitzenfunktionäre des AdV im Wahlkampf 1903 verdeutlichten sowohl die gegebenen Möglichkeiten als auch die vorhandenen Rahmenbedingungen alldeutschen Engagements auf dem politischen Massenmarkt. Wenn sich das erwünschte Ergebnis auch nicht einstellen sollte, betrachtete die Verbandsführung ihren Einsatz danach aber nicht als Episode und verharnte in antiparteiischer Trotzhaltung. Im Gegenteil, die Alldeutschen intensivierten die politische und organisatorische Arbeit im Hinblick auf die nächste Reichstagswahl. Es ist entscheidend, daß sie als Reaktion auf die Wahlbewegung 1903 nun auch zu versuchen begannen – obgleich aus eher verbandsegoistischen Grundmotiven, die stets maßgeblich blieben –, die Rahmenbedingungen für ihre Teilnahme an der politischen Parteienkonkurrenz selbst mit zu beeinflussen. Im Gefolge ihres Wahlengagements sollten die Alldeutschen schließlich ihren Teil dazu beitragen, den Wahlkampfstil im bürgerlichen Lager umzuprägen, ihn »moderner« zu machen.

2. Alldeutsche Reaktionen auf die Wahlen 1903: Organisation im Zeichen der »Nationalen Opposition« und die Wahlen von 1907 und 1912

»Mochten es noch so trübe Erwartungen sein, die in nationalen Kreisen den Reichstagswahlen entgegengebracht wurden, so sind sie doch von den tatsächlichen Ereignissen weitaus übertroffen worden«, kommentierte der Schriftleiter der *Alldeutschen Blätter*, Dr. Paul Samassa, in einem Leitartikel vom 27. Juni 1903 den Wahlsieg der Sozialdemokraten.¹ Samassa hatte den Mißerfolg der nationalen Parteien vorausgesehen. Bereits während der Wahlbewegung sollte er – ebenso im alldeutschen Verbandsorgan – »eine müde und verdrossene Stimmung« konstatieren, »in der das deutsche Volk zur Wahlurne schreitet, und daß gerade in den besten, nationalgesinnten und gebildeten Kreisen ein trüber Pessimismus [herrsche].«² Seiner Auffassung nach zeichnete die Reichsleitung dafür verantwortlich. Was Samassa von der Regierung Bülow erwartete, um den vermeintlichen Ausgang der Wahlen zu verhindern, war eine Initiative zur Beeinflussung der übergeordneten Wahlkampfthematik im alldeutschen Sinne. Wie die *ADB* erst recht nach der Wahl festzustellen glaubten, »sei das deutsche Volk es ja [leider] noch allzu sehr gewöhnt, sich in politischen Dingen führen zu lassen und die Kampfeslösung von oben zu erfahren.« Da die Regierung die Sozialdemokratie behandelt [habe] wie eine Großmacht die andere«, habe sie die Autorität der

¹ ADB 1903, S. 233. Paul Samassa, nach Heinrich Claß »immer ausgezeichnet unterrichtet«, siehe H. CLASS, *Wider den Strom*, 1932, S. 51, besaß eine außerordentliche Professur für Zoologie in Heidelberg. Nachdem er 1900 die Schriftleitung der *Alldeutschen Blätter* übernommen hatte, ließ er sich in Berlin nieder. Dort pflegte er persönliche Kontakte zu Abgeordneten, Journalisten und Diplomaten.

² ADB 1903, S. 193.

sozialdemokratischen Parteileitung gestärkt und der sogenannten »Brotwucherparole«, die die SPD im Rahmen der Zolltarifentscheidungen 1902 ausgegeben hatte, durchschlagenden Erfolg beschert. Samassa schwebte dagegen die Taktik Bismarcks vor, Sozialdemokratie, Zentrum und Freisinn in die erprobte Reichsfeinde-Reichsfreunde-Dichotomie zu zwingen und diesen Dualismus anhand der in der nächsten Legislaturperiode voraussichtlich anstehenden Kolonial- und Wehrfragen in einem Wahlplebiszit zur Entscheidung anzubieten. »Taten«, forderte er, »nicht gelegentlich ein offizielles Stimmchen, das zur *Sammlung zur Bekämpfung des Umsturzes* rufen möchte.« Voll wehmütiger Erinnerung führte Samassa seiner Leserschaft die Mobilisierungserfolge der Burenagitation, zu denen der Alldeutsche Verband einen nicht unwesentlichen Beitrag geleistet hatte, im Gegensatz zur »Mattigkeit dieses Wahlkampfes« vor Augen: »Nur beim Herzen ist das Volk zu fassen, und eine große Bewegung der Herzen war es, als während des Burenkrieges das deutsche Volk so einig fühlte, wie seit den großen Tagen des 1870er Krieges nicht«, geriet Samassa noch nachträglich ins Schwärmen.³

Ein Resümee aus diesen Überlegungen ist nicht schwer zu ziehen: Der Schriftleiter der *Alldeutschen Blätter* forderte von der Reichsleitung nichts weniger als die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für die Agitation des AdV bei künftigen Wahlbewegungen. Dabei sollte die Instrumentalisierung von Wehr- und Kolonialfragen in einer plebiszitären Wahlsituation entscheidend dazu beitragen, bürgerlich-nationalen und insbesondere alldeutschen Kandidaten den Erfolg zu garantieren. Zugleich war der Artikel Samassas eine Ankündigung intensiveren Engagements des Verbandes nicht nur in der Rolle des Wahlkämpfers unter Parteiflagge, in der er sich bislang fast ausschließlich befunden hatte, sondern auch als Wahlhelfer in der Parteienkonkurrenz. Der Faktor nationaler Verbände wurde von ihm ganz offen und zugleich verbindlich in das politische Kräftespiel einer plebiszitären und gouvernementalen Wahl eingefügt – dies kam der Propagierung eines neuen Wahlkampfstils sehr nahe.

Zur Verdeutlichung seiner Motive führte Samassa an, daß der AdV es zwar »nie als seine Hauptaufgabe betrachtet [habe], die parlamentarischen Verhältnisse im alldeutschen Sinne zu beeinflussen, zum mindesten«, meinte er versichern zu müssen, »tritt diese Aufgabe vorläufig sehr zurück gegenüber der weit größeren, den alldeutschen Gedanken in allen Schichten unseres Volkes volkstümlich zu machen und für ihn Verständnis zu wecken.« Jedoch sei die »Tribüne des Reichstages« hierfür geeignet, und daraus ergebe sich der »Kampf für eines unserer Ziele: einen Reichstag mit einer nationalen Mehrheit, die dort, wo die Regierung versagt, dem deutschen Volke neue Wege weist zur nationalen Größe.«

Samassas Anregungen fügen sich ein in ein Bündel von Strategieentwürfen und Vorschlägen zur weiteren politischen und organisatorischen Arbeit

³ ADB 1903, S. 234. Hervorhebung im Original.

des AdV, die größtenteils als Reaktion auf die Reichstagswahlen 1903 von führenden, zumeist »jüngeren« und nachrückenden Verbandsfunktionären formuliert worden waren.⁴ Bereits im Vorfeld der Wahlen hatte Philipp Bonhard, Amtsrichter aus Worms und Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses, in einer vielbeachteten »*Denkschrift zur innerpolitischen Tätigkeit des Alldeutschen Verbandes*«⁵ anhand genauer Beobachtungen der vorausgegangenen Wahlbewegungen Leitlinien formuliert, welche politische Position und Taktik der Verband und seine Mitglieder in der bevorstehenden Parteienkonkurrenz einnehmen konnten. Im Zusammenhang mit der ebenfalls 1902 publizierten Broschüre, »*Was lehren uns die Ergebnisse der Reichstagswahlen?*«⁶, die wahlstatistische Analysen zu einzelnen Wahlkreisen enthielt, stellen diese beiden Schriften praktisch ein Vademecum für alldeutsche Wahlarbeit dar. In dieser Deutlichkeit und Ausführlichkeit hatte bis dato noch kein nationaler Agitationsverband sein Interesse an einer Intervention bei Reichstagswahlen bekundet.

»[A]n und für sich« hielt Bonhard drei Wege für gangbar, ein Engagement bei Wahlen zu entfalten: 1. die Hilfeleistung zur »Wiederaufnahme der Kartellpolitik«, 2. die Unterstützung der »Schaffung einer großen, allgemeinen Partei« oder 3. die Einnahme einer Vermittlerrolle zwischen den bürgerlichen Parteien »in geeigneten Fällen«. Unter der Wiederaufnahme der Kartellpolitik verstand Bonhard im Idealfall die Herbeiführung eines umfassenden, »allgemeinen Wahlbündnisses« »aller sich einander nahestehende[n], regierungsfreundliche[n] Parteien von der konservativen Partei bis zur freisinnigen Vereinigung«.⁷ Die Aussichten für eine solche Koalition gegen »Klerikalismus«, »Polen ... Dänen« und »Republikaner« seien jedoch wegen des »engherzigen Fraktionsgeistes« der bürgerlichen Parteien »derzeit außerordentlich gering«, gestand Bonhard sofort ein.⁸ Der alldeutsche Funktionär bewies in diesem Zusammenhang ein vortreffliches Gespür für »realpolitische Erwägungen«, denn auch Punkt zwei der sich bietenden

⁴ Zu diesem Generationenwechsel, der mit der Übernahme des Verbandsvorsitzes durch Heinrich Claß 1908 offenbar wurde, siehe G. ELEY, *Reshaping*, 1980, S. 245 f. und 284; vgl. R. CHICKERING, 1984, S. 217 f. Zu den »jüngeren« Funktionären, die Claß als »national schlechthin« charakterisierte, sind Karl Klingemann, Philipp Bonhard, Heinrich Calmbach, Karl Itzenplitz, Georg Freiherr v. Stössel, Walter Simons, Gustav Petzold, Theodor Reismann-Grone, Ludwig v. Reventlow und Paul Samassa zu rechnen.

⁵ BA Potsdam 61Ve1/534, Bonhard, *Denkschrift betreffend die innerpolitische Tätigkeit des Alldeutschen Verbandes*, 1902. Zur generellen Bedeutung dieser noch im selben Jahr publizierten *Denkschrift* vgl. E. HARTWIG, *Alldeutscher Verband*, 1966, S. 107 ff.; siehe G. ELEY, *Reshaping*, 1984, S. 248. Interessanterweise ist diese Schrift, die vor allem Wahlpolitik aus alldeutscher Sicht thematisiert, auch in einer längeren Darstellung bei E. HARTWIG nicht unter spezifisch wahlpolitischen Aspekten ausgewertet worden.

⁶ Ph. BONHARD, *Was lehren uns die Ergebnisse der Reichstagswahlen? Wahlstatistische Betrachtungen*, Heidelberg 1902.

⁷ Ebd., S. 97.

⁸ BA Potsdam 61Ve1/534, Bonhard, *Denkschrift über die innerpolitische Tätigkeit des Alldeutschen Verbandes*, 1902, S. 4 und 7.

Handlungsalternativen, die Unterstützung vorhandener Bestrebungen zur Bildung einer »großen nationalen Partei«, wies er schon im Eigeninteresse des Alldeutschen Verbandes weit von sich, solange dieser »nicht als solcher seinen Zweck erfüllt [habe].« Bonhard warnte vor der »vorzeitigen Bildung einer ... deutschnationalen Partei«, ehe sich die bestehenden bürgerlichen Parteien aufgelöst hätten. Zudem sei »auf ein Zustandekommen eines Einigungsplanes aus dem Volke heraus nicht zu rechnen, da die bestehenden Parteiorganisationen zu stark [seien].«

Da weder für die Anbahnung eines umfassenden Wahlkartells noch für die Bildung einer nationalen Partei in absehbarer Zukunft Realisierungschancen bestanden, müsse der AdV, so Bonhard, in »geeigneten Fällen, aber nach einem bestimmten Arbeitsplane« handeln. Orientiert am Beispiel des Deutschen Ostmarkenvereins und seiner Kartellwahlpolitik gegen die Polen sollten die Alldeutschen in jenen Wahlkreisen Einfluß zu gewinnen suchen, in denen die »Zurückeroberung für die nationale Sache zu erwarten [stehe]«. Dies sei

»eine lohnende Aufgabe für den alldeutschen Verband, der sich zwar grundsätzlich nicht in innerpolitische Streitigkeiten einmischt, der aber doch andererseits auf streng monarchischem Standpunkte steht und aus dieser Stellungnahme keinen Hehl macht; und im Rahmen seiner Satzungen liegt es zweifellos auch der Natur der Sache nach, die innerpolitischen Gegensätze ausgleichen zu helfen... Und zur Herbeiführung eines solchen Zieles kann eine über den politischen Parteien stehende politische (!) Vereinigung namentlich viel beitragen, ganz besonders falls sie außerhalb des Verdachtes steht, irgend eine politische Partei schädigen zu wollen, und falls sie die nötigen Beziehungen zu den in Betracht kommenden Parteiführern unterhält; denn *die* müssen zuerst gewonnen werden.«⁹

Bonhard hatte 70 Wahlkreise einer eingehenderen Analyse unterzogen, die »eine besondere Aussicht für erfolgreiche Tätigkeit« in dem genannten Sinne boten. Sehr intensiv hatte er sich dabei mit einem Stimmbezirk befaßt, der vom »alldeutschen Standpunkte aus ... besonderes Interesse [verdiente]«, da hier »die Aufstellung eines alldeutschen Kandidaten am Platze [sei], dies um so mehr, als der Verband schon über 500 Mitglieder im Wahlkreise [besitze]«: Es handelte sich um Bingen-Alzey, jener Wahlkreis, in dem Heinrich Claß kurz darauf kandidieren sollte.¹⁰

⁹ Ph. BONHARD, Reichstagswahlen, 1902, S. 96. In seiner Denkschrift garantierte Bonhard in Bezug auf letzteren Punkt den »zuverlässig nationalen Parteien« den »Besitzstand« in den Wahlkreisen, BA Potsdam 61Ve1/534, Bonhard, Denkschrift über die innerpolitische Tätigkeit des Alldeutschen Verbandes, 1902, S. 10.

¹⁰ BA Potsdam 61Ve1/534, Bonhard, Denkschrift über die innerpolitische Tätigkeit des Alldeutschen Verbandes, 1902, S. 15 f. Ernst Hasse sollte bei seinen Bemühungen, Claß die Nominierung in Bingen zu sichern, in seinen Schreiben an die alldeutschen Ortsvorstände und Wahlkreisobleute der politischen Parteien Bezug auf die Beobachtungen Bonhards nehmen: »Nun ist Ihnen gewiß bekannt«, schrieb er am 8. Januar, »daß Herr Amtsrichter Bonhard-Worms ... den Wahlkreis Bingen-Alzey als einen solchen bezeichnet, der von einem alldeutschen Kandidaten erobert werden könne«, BA Potsdam

Alfred Geiser wiederum, der AdV-Geschäftsführer, bemühte sich weniger um taktische Fragen, sondern eher um die prinzipielle Möglichkeit der wahlpolitischen Arbeit nationaler Verbände. In einem Bericht über eine Vortragsreise in die bayerische Pfalz Ende Juni 1903 brachte er angesichts des frischen sozialdemokratischen Wahlsiegs konkrete Vorschläge für ein kontinuierliches Verbandsengagement im Wahlgeschehen zu Papier:

»Gerade nach dem Ausfall der letzten Reichstagswahlen muß sich in allen nationalen Kreisen die Überzeugung doch immer mehr aufdrängen, daß es mit der reinen Wahlagitation, die erst kurz vor den Wahlen selbst einsetzt, nicht getan ist, daß es vielmehr notwendig erscheint, weitere Volksschichten fortlaufend immer wieder für nationale Belange zu interessieren und dadurch dauernd national zu erwärmen. Ferner aber auch, daß eine derartige fortlaufende Beeinflussung der Wählerkreise im nationalen Sinne leichter unter der Flagge der nicht an den Wahlen parteipolitisch interessierten nationalen Vereine geschehen kann wie im Rahmen der einzelnen Parteiorganisationen.«¹¹

Hingen die Propagierung einer nationalen Wahlparole, gemäß den Vorstellungen Samassas, und der letztendliche Erfolg des Bemühens um Wahlkartelle »in geeigneten Fällen«, wie Bonhard vorgeschlagen hatte, nicht ausschließlich von alldeutischer Entscheidungskompetenz ab, konnten die führenden AdV-Funktionäre neben der Annahme eigener Kandidaturen jedoch dahingehend wirken, daß die Alldutschen als Wahlhelfer und -mittler im bürgerlich-nationalen Lager künftig mehr als bislang tätig wurden; dies war ein Fazit der Bemerkungen Geisers. Allerdings, sollte der Verband bei kommenden Wahlbewegungen eine intensivere Rolle übernehmen, mußten die Voraussetzungen dafür, daß Verbandsorgane vor Ort über informelle Kontakte zu den Parteiwahlvereinen tätig werden konnten, erst geschaffen werden. Wie die Schwierigkeiten insbesondere bei der Nominierung von Heinrich Claß zur Genüge bewiesen hatten, waren die Konsolidierung der lokalen Organisationen und die Intensivierung der Verbandsarbeit in dieser Hinsicht dringend vonnöten. Die Formulierung inhaltlicher, taktischer und organisatorischer Richtlinien für das Vereinsengagement vor Ort sollte im Zeichen schwindender Mitgliederzahlen des AdV und der allgemein zu beobachtenden Trägheit seiner lokalen Unterverbände entscheidende Bedeutung erlangen. Insbesondere das enttäuschende Ergebnis der Reichstagswahlen hatte diesen Mangel deutlich werden lassen.

Die wenig rührige Vereinsarbeit alldeutischer Gruppen lag darin begründet, daß dem AdV Programmschwerpunkte fehlten, die andere nationale Agitationsverbände wie etwa der Flotten-Verein oder die Kolonialgesellschaft in der öffentlichen Diskussion inhaltlich besetzen konnten. »[D]ie

61Ve1/187, Hasse an die Mitglieder des Gesamtvorstandes im Wahlkreis Alzey-Bingen, 8. I. 1903.

¹¹ BA Potsdam 61Ve1/187, Bericht des Geschäftsführers Geiser über seine Reise in die bayerische Pfalz und Gewinnung von Anknüpfungen für eine alldutsche Werbetätigkeit, 27. 6. 1903.

Schwäche des Verbandes [liege] in dem Fehlen eines bestimmten dauernden Arbeitsobjektes«, monierte Ernst Hasse schon im Jahr seines Antritts als Vorsitzender des AdV.¹² Nur während Hochzeiten nationalistischer Agitation, etwa im Rahmen der Burenbewegung, der Durchsetzung der Flottennovelle 1900 oder den Marokkokrisen konnte auch der Alldeutsche Verband im Zusammenhang dieser massenmobilisierenden Kampagnen eine führende Teilhabe reklamieren und für seine Organisation davon profitieren. Grifften die Alldeutschen öffentlichkeitswirksame Themen mit richtigem Gespür auch jeweils vor den übrigen nationalen Verbänden auf, waren sie neben ihren geringen Mitgliederzahlen auch aus notorischem Mangel an finanziellen Mitteln nie in der Lage, eine agitatorische Massenwirkung zu initiieren und aufrecht zu erhalten.

Das stete Nörgeln und die oftmals harsche Kritik an der Politik der Reichsleitung waren ebenfalls nicht dazu geeignet, den allgemeinen Mißstand alldeutscher Verbandsarbeit zu beheben. Die potentielle bürgerliche Klientel »wünsche, daß der Verband nicht nur schreie, sondern auch Realpolitik treibe«, schrieb der Verlagsbuchhändler J. F. Lehmann aus München, der sämtliche Schriften des AdV publizierte, Ende August 1904 gegen die an Schärfe deutlich zunehmenden antigouvernementalen Äußerungen führenden Funktionäre an den Verbandsvorsitzenden.¹³ Lehmann war es auch, der in mäßigendem Ton gegen den Bericht von Heinrich Claß über »*Wandlungen in der Weltstellung Deutschlands seit 1890*«, den dieser auf dem Verbandstag im September 1903 in Plauen gehalten hatte, eingetreten war. Claß hatte diese Rede, die unter dem Titel »*Die Bilanz des Neuen Kurses*« noch im selben Jahr publiziert und zugleich an sämtliche Reichstagsabgeordnete verteilt werden sollte, unter dem Eindruck seiner persönlichen Wahlkampf-niederlage verfaßt.¹⁴ Die zum größten Teil flammende Anklage gegen die Regierungspolitik seit Caprivi wurde durch ihr regierungsfeindliches Pa-

¹² Hasse an alle Präsidiumsmitglieder, Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute, 18. 8. 1893, zitiert nach K. SCHILLING, 1968, S. 317.

¹³ Lehmann an Hasse, Ende August 1904, zitiert nach ebd., S. 378. Julius F. Lehmann war Mitbegründer des Alldeutschen Verbandes und saß seit 1889 im Geschäftsführenden Ausschuß. Zugleich war er führendes Mitglied im Flottenverein und Anhänger der Österreichischen »Los-von-Rom-Bewegung«.

¹⁴ Vgl. hierzu die Ausführungen im Wahlkampfbericht Claß' an Hasse vom Juni 1903, die nur zu gut seine Stimmungslage widerspiegeln: »Traurig genug, wenn der deutsche Reichstag nationale Männer unserer Richtung nicht haben soll... Aber mir kommt es so vor: bei uns muß alles ad absurdum geführt werden, ehe es besser werden kann – der Kaiser, der Reichskanzler, der Reichstag, die Parteien, das wählende Volk! Je schlimmer es wird, umso höher müssen wir das nationale Banner aufrichten«, BA Potsdam 61Ve1/321, Claß an Hasse, 21. 6. 1903. Zu dem wegen seiner Bedeutung für die weitere Entwicklung des AdV wichtigen Plauer Verbandstag und seinen Ergebnissen siehe insbesondere die ausführliche Darstellung in R. CHICKERING, 1984, S. 214ff. Die Rede Claß' ist auch abgedruckt in den ADB 1903, S. 331–344. Zur Kritik Lehmanns, der den Bericht Claß' verhindern wollte, siehe H. CLASS, Wider den Strom, 1932, S. 92.

thos berühmt und berüchtigt; der AdV schien sich, wie Lehmann und andere warnende Stimmen befürchteten, durch die Rede Claß' selbst weiter in die politische Isolation zu treiben und nurmehr in »Pessimismus und Negation« aufzugehen.¹⁵

Claß leugnete die antigouvernementale Stoßrichtung seiner Broschüre nicht, schätzte in seinen Memoiren die Wirkung des Plauener Berichts jedoch dahingehend ein, »daß er der erste Schritt zur entschlossenen und umfassenden Nationalen Opposition gewesen [sei]«. ¹⁶ Er wies seiner Schrift demnach programmatische Ansätze und Inhalte zu, die der Verband bis dato nicht hatte vorzeigen können. Und erstaunlicherweise sollten die bürgerlich-nationalen Parteien einen wichtigen Part in dieser »Opposition« spielen. Wie Claß zur Erläuterung dessen ausführte, »war es für [ihn] kein Zweifel, daß es einen ungeheuren Fortschritt in unserem öffentlichen Leben bedeuten konnte, wenn die Nationale Opposition von den nationalen Parteien im Reichstag und in den Landesvertretungen übernommen und so lange fortgeführt worden wäre, bis die Rückkehr zur sachlichen Staatskunst im Sinne Bismarcks gegenüber der unsachlichen Politik des Neuen Kurses erreicht worden wäre.« ¹⁷ Die Ernüchterung über den Anteil, den die bürgerlichen Parteien bei der Umsetzung der »Nationalen Opposition« übernehmen wollten, folgte jedoch rasch. Im Reichstag sei keiner bereit gewesen, »die Stimme der Nationalen Opposition zu erheben«, klagte Claß aus der Retrospektive, »abgesehen von Liebermann von Sonnenberg und dem Grafen Ludwig Reventlow, deren Gefolgschaft aber viel zu klein [gewesen sei], als daß sie Wirkung hätten ausüben können.« ¹⁸

Das Ergebnis der Plauener Tagung bedeutete für den Alldeutschen Verband eine allmähliche, aber stetige politische Neuorientierung in der von Claß formulierten Richtung, auch wenn die Haltung zum Programm der »Nationalen Opposition« innerhalb des Verbandes noch geteilt war. Denn von vielen AdV-Mitgliedern wurde das Claßsche Konzept lediglich als prinzipielle Opposition verstanden. So stellte die Vorstandssitzung des Alldeutschen Verbandes am 21. Februar 1904 nach erregter Debatte fest, daß »[d]er Verband weder in der Vergangenheit eine prinzipielle Oppositionspartei gewesen [sei], noch [dies] in der Zukunft sein [wolle]«. Zugleich aber scheiterte bei der Neuwahl des Präsidiums ein in diesem Sinne gehaltenes Mißtrauensvotum der Gegner der »Nationalen Opposition« gegen Hasse. Auch

¹⁵ H. CLASS, *Wider den Strom*, 1932, S. 95.

¹⁶ Ebd., S. 93.

¹⁷ Ebd., S. 96.

¹⁸ Ebd., S. 95. Max Liebermann v. Sonnenberg gehörte zur antisemitischen Reformpartei und war Mitglied des Vorstandes des AdV. Graf Ludwig zu Reventlow vertrat die ebenfalls antisemitische Deutsch-Soziale Partei und gehörte wie Liebermann dem alldeutschen Vorstand an. Beide nahmen jedoch niemals Spitzenpositionen im alldeutschen Präsidium oder im Geschäftsführenden Ausschuß ein; sie waren sowohl wegen ihrer partei- als auch wegen ihrer Verbandszugehörigkeit im Reichstag isoliert.

wurden entschiedene Befürworter von Claß in den Vorstand hinzugewählt.¹⁹

Sowohl auf der Ebene des Reichstages als auch in der Tagesarbeit der Ortsgruppen war das subtile Konzept »Nationale[r] Opposition« in der von Claß vorgeschlagenen Weise schwerlich auf breiter Basis umzusetzen. Es erforderte von seiten der bürgerlichen Parteien eine gewisse Bereitschaft zu praktischer Zusammenarbeit und setzte eine Annäherung der politischen Standpunkte voraus, die nicht immer und in jedem Falle bestand. Ernst Hasse versuchte deshalb, sich im Frühjahr 1904 in Rundfragen an leitende Funktionäre und Persönlichkeiten des Verbandes u. a. auch Klarheit darüber zu verschaffen, wie die Schwerpunkte der künftigen Verbandsarbeit im Rahmen der programmatischen Neuansätze Claß' zu gestalten sein würden.²⁰ Alfred Hugenberg, Mitbegründer des AdV und graue Eminenz des Verbandes²¹, ging in seinem Antwortschreiben an Hasse zunächst davon aus, daß, ganz im Sinne von Heinrich Claß, das Ansehen des AdV, »das Wort »alldeutsch«, sich gewandelt habe, »es sei nicht mehr, wie früher, unklar und nebelhaft, sondern wirke im Gegenteil herausfordernd und kompromittierend.«²² Allerdings schlug Hugenberg vor, und hierin unterschied er sich deutlich von seinem Verbandskollegen, den »üblichen Vereinsheerz« abzulegen, für Kritik an der Reichsleitung stets und ständig die Urhebererschaft reklamieren zu wollen. Der Verband müsse vielmehr ein »Doppelgesicht« annehmen, worunter Hugenberg verstand, daß ein »kleiner Kreis« von Funktionären überall sein programmatisches »Kuckucksei« hinlegen solle, während die Organisation selbst nur dazu da sei, Geld zu beschaffen, Verbindungen zu knüpfen und »der Brocken [zu sein], der den Mitläufern hingeworfen werde«.²³ Die Gremien wiederum, nach denen die Alldeutschen ihre Fühler ausstrecken sollten, stellten die Gemeindekollegien und örtlichen Wahlvereine der nationalen Parteien dar. Denn wie der vertrauliche Bericht über die Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses in Gotha vom 9./10. 4. 1904 verzeichnete, blieb es eines der Ziele des Verbandes, sich auch und gerade nach dem Debakel der Reichstagswahlen 1903 weiterhin bei Wahlen zu engagieren und darüberhinaus anzustreben, führende Vertreter

¹⁹ Zu den internen Auseinandersetzungen um die Postulate der Claßschen Schrift und den künftig einzuschlagenden politischen Weg des Verbandes siehe R. CHICKERING, 1984, S. 216f.; vgl. ADB 1904, S. 70; auch M. PETERS, 1992, S. 63.

²⁰ BA Potsdam 61Ve1/43, vgl. hierzu ausführlich auch K. SCHILLING, 1968, S. 371–389.

²¹ Alfred Hugenberg gilt als einer der Initiatoren des Alldeutschen Verbandes. Er war von 1894 bis Ende 1903 Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses, zog sich jedoch zurück, als er eine Stellung im preußischen Finanzministerium annahm.

²² BA Potsdam 61Ve1/43, Hugenberg an Hasse, o. D. [4.1904]; dieses bemerkenswerte Antwortschreiben ist auch zitiert in K. SCHILLING, 1968, S. 381, sowie G. ELEY, *Reshaping*, 1980, S. 249.

²³ Ebd., Hugenberg an Hasse, o. D. [4.1904]; siehe K. SCHILLING, 1968, S. 387f.; vgl. G. ELEY, *Reshaping*, 1980, S. 250.

in die Fraktionen der nationalen Parteien zu entsenden.²⁴ Diese Politik unterstrich einmal mehr, welche Bedeutung Parlament und Parteien für den radikalsten nationalen Agitationsverband des Kaiserreiches inzwischen erlangt hatten. Auch wenn die Alldeutschen in erster Linie aus verbandspolitischem Eigeninteresse handelten, war die Umsetzung ihrer Ziele letztlich doch nur über den Weg des politischen Massenmarktes zu bewerkstelligen. Hier mußten Partner gefunden und Gegner überwunden werden, und dies betraf die nationale Ebene des Reichstages und seiner Fraktionen gleichermaßen wie die Arbeit der lokalen Gruppen. Die Bilanz des AdV sah für 1903 jedoch noch trübe aus: Der Verband hatte sein Standbein im Reichstag verloren, war politisch nahezu isoliert, noch ohne agitatorisch verwertbares programmatisches Konzept, er drohte finanziell zu kollabieren und besaß eine wenig schlagkräftige Ortsgruppenorganisation, deren Mitgliederbestand zudem im Sinken begriffen war. Die aus der Not der Umstände geborene Propagierung der »Nationalen Opposition« war die einzig verbliebene Chance, das Ruder herumzureißen. Das von Hugenberg vorgeschlagene taktische Vorgehen verknüpfte dabei geschickt die noch verbliebenen Möglichkeiten mit den Notwendigkeiten alldeutscher Arbeit.

Ein empirischer Nachweis über den Erfolg der veränderten alldeutschen Vorgehensweise ist kaum möglich, zumal diese keinem schematischen Muster folgte. Sie blieb Empfehlung und war von persönlichem Einsatz und der Rührigkeit der Funktionäre vor Ort abhängig. Auch ist die Qualität informeller Verbandskontakte im nationalen Milieu nicht abschätzbar; Listen über Mehrfachmitgliedschaften oder korporative Verbindungen, sofern entsprechende Aufzeichnungen vorhanden sind, bieten hierfür keine hinreichende Quellenbasis.²⁵ Für alldeutsche Funktionäre ist jedoch aus den wenigen vorhandenen Untersuchungsansätzen zumindest abzulesen, daß sie im Vergleich zu den Repräsentanten aller anderen nationalen Interessenorganisationen am häufigsten die Mitgliedschaft in mehreren Verbänden bzw. auch Wahlvereinen der bürgerlichen Parteien anstrebten.²⁶ Das prominente Beispiel Eduard von Lieberts, der im Frühjahr 1904 in die Hauptleitung des AdV hinzugewählt wurde, Mitglied in der Deutschen Kolonialgesellschaft sowie im Flotten-Verein war, kurz darauf dem zur gleichen Zeit im Entstehen begriffenen Reichsverband gegen die Sozialdemokratie vorstehen sollte und ab 1907 sogar ein freikonservatives Reichstagsmandat be-

²⁴ BA Potsdam 61Ve1/43, Vertraulicher Verhandlungsbericht über die Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses in Gotha am 9./10.4.1904.

²⁵ Zu Mehrfachmitgliedschaften siehe R. CHICKERING, 1984, S. 194f.; vgl. M. S. COETZEE, 1990, S. 97f. Für 1905 geben die Alldeutschen Blätter die Zahl korporativ angeschlossener Mitglieder mit 130000 an, ADB 1906, S. 208, nachdem 1898 nur etwa 3000 korporative Mitglieder gezählt werden konnten, siehe M. WERTHEIMER, 1924, S. 56. Die Parteiaffiliation alldeutscher lokaler Funktionäre ergab 1907 z.B. für den nationalliberalen Ortsverein Stuttgart, daß drei von vier Parteifunktionären Alldeutsche waren, siehe R. CHICKERING, 1984, S. 204.

²⁶ Siehe ebd., S. 194.

saß, ist für personale Verflechtungen im Milieu nationaler Verbände (und Parteien) nicht einmal besonders auffällig.²⁷ Trotz des Mangels an empirischen Belegen ist jedoch der Versuch alldeutscher Funktionäre, die Taktik des »Doppelgesichtes« vor Ort anzuwenden, in spezifischen Fällen beobachtbar. Ein herausragendes Beispiel bietet dabei die Arbeit der AdV-Ortsgruppe Dresden.²⁸

Bereits in seiner Antwort auf die Rundfrage Ernst Hasses vom Frühjahr 1904 hatte deren Vorsitzender, der Stabsarzt d. R. Dr. med. Friedrich Hopf, berichten können, daß Öffentlichkeit und Presse in Dresden seit Jahren im alldeutschen Sinne »bearbeitet« würden, ohne die Verantwortlichkeit des Verbandes hierfür publik zu machen.²⁹ Die Möglichkeiten der Dresdener Alldeutschen jedoch, über informelle Kontakte auch zu den Parteiwahlvereinen Hilfestellung bei der Anbahnung von Kartellkandidaturen zu leisten bzw. Stichwahlabkommen zu arrangieren, scheinen im Wahlkampf 1903 trotz aller sonstigen agitatorischen Erfolge begrenzt gewesen zu sein. So war der AdV-Ortsverein zur konstituierenden Sitzung eines »Vereinigten

²⁷ Weitere Beispiele auf leitender Ebene sind etwa die Vorstandsmitglieder des AdV Wilhelm Schack, der Vorsitzende des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, seit 1907 MdR für die Deutsch-Soziale Partei, und Emil Theodor Förster, Vorsitzender des Deutschnationalen Kolonialvereins, einer Konkurrenzorganisation zur Deutschen Kolonialgesellschaft; vgl. hierzu auch M. PETERS, 1992, S. 75, der jedoch m. E. die Bedeutung dieser Mehrfachmitgliedschaften als »endgültige« Durchsetzung des »ideologischen Führungsanspruches« des AdV in den ihm »angeschlossenen Filialvereinen« [Hervorhebung d. V.] mit »Hervortreten des Rassegedankens« überinterpretiert und -bewertet. RgS und DnHV als bloße alldeutsche Filialen zu bezeichnen, hieße auch bei allen festzustellenden personalen Verflechtungen und Affiliationen im nationalen Lager den Erfolg der Hugenbergschen Taktik überzubewerten.

²⁸ Das Dresdener Beispiel wird in der Literatur stets als Paradefall überverbandlicher Zusammenarbeit patriotischer und nationaler Verbände unter alldeutscher Leitung gerade auch bei Wahlbewegungen angeführt, siehe G. ELEY, *Reshaping*, 1980, S. 259; vgl. R. CHICKERING, 1984, S. 203; K. SCHILLING, 1968, S. 388; K. H. POHL, *Nationalliberale in Sachsen*, 1995, S. 132; DERS., *Sachsen*, 1992, S. 203 f. Die Wahlarbeit selbst wurde als alldeutsche Tätigkeit jedoch nicht berücksichtigt. Wenn auch der Fall Dresden aus den sonstigen alldeutschen Ambitionen vor Ort hervorragt, ist er doch ein Hinweis darauf, welchen Erfolg die veränderte alldeutsche Taktik, wurde sie von einem erfahrenen Funktionär konsequent in die Praxis umgesetzt, zeitigen konnte. Daß sich ein solcher Erfolg freilich nicht immer einstellte, zeigt das Beispiel Essen. Hier scheiterte Theodor Reismann-Grone, Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses des AdV und Besitzer der Rheinisch-Westfälischen Zeitung, an lokalen Widerständen gegen eine antisozialdemokratisch orientierte »National-Partei«.

²⁹ Siehe K. SCHILLING, 1968, S. 388. Hopf erklärte dieses Verhalten des Verbandes mit der Erfahrung, daß »viele Menschen« sich bei grundsätzlicher Übereinstimmung mit alldeutschen Standpunkten gegenüber dem Verband selbst verschließen würden. Dr. med. Friedrich Hopf gehörte von Mai 1902 bis September 1919 dem Geschäftsführenden Ausschuss des AdV an und war zugleich Vorsitzender des Mittelsächsischen Gauverbandes. Er saß im Landesausschuß des Flotten-Vereins für das Königreich Sachsen sowie im FV-Gesamtvorstand, in den er 1906 gewählt wurde; Hopf war darüber hinaus Mitglied im Schulverein sowie im Ostmarkenverein und wurde später nationalliberaler Stadtrat in Dresden.

Wahlausschusses für die Kartellkandidatur des Herrn Pastor Reichel« lediglich »eingeladen« worden, um sich mit Vorstandsmitgliedern des Deutschen Reformvereins, Vertretern des Konservativen Vereins, des Nationalliberalen Reichsvereins sowie des Reichswahlverbandes an den Wahlvorbereitungen zu beteiligen.³⁰ Die Mitarbeit der Dresdener Ortsgruppe, die zu den bedeutendsten lokalen alldeutschen Organisationen im Reichsgebiet zählte, im Kartellwahlausschuß beruhte weitgehend darauf, daß ihr Schriftführer dasselbe Amt im Wahlgremium übernahm und Dr. Hopf sowie ein weiteres AdV-Mitglied sich zu Beisitzern wählen ließen. Die Arbeit dieses Kartellwahlausschusses trug im Wahlkampf des Jahres 1903 nur wenige Früchte; gegen die intensiv agitierenden Sozialdemokraten hatten die bürgerlichen Kandidaten in Dresden noch kaum eine Chance.³¹

Im Wahlkampf 1907 nahmen die Alldeutschen eine veränderte Position ein. Am 19. Dezember 1906, knapp eine Woche nach der vorzeitigen Auflösung des Reichstages, bildete sich unter Vorsitz Dr. Hopfs der »Dresdner Nationale Ausschuß«.³² Das Gremium, dem insgesamt 26 patriotische, gewerbliche und Berufsvereinigungen inklusive der wichtigsten nationalen Agitationsverbände³³ angehörten, hatte sich aus dem Reichsfeierausschuß und dem 1905 von der alldeutschen Ortsgruppe nach Jahren der Abstinenz wiederbelebten Sedanfeierausschuß gebildet, die beide von Hopf präsiert wurden. Im Gegensatz zu den Reichs- und Sedanfeierausschüssen waren die Wahlvereine der bürgerlichen Parteien im »Nationalen Ausschuß« aber nicht vertreten, da dieser es »streng vermeiden [wolle]«, wie ein Rundschreiben Hopfs an die Vorstände der nationalen Verbände Sachsens vom 29. Dezember klarstellte, »der Tätigkeit der Wahlausschüsse für die einzelnen bürgerlichen Kandidaten irgendwie zu nahe zu treten«.³⁴

Das Vorgehen, die Parteiwahlvereine nicht in den Ausschuß zu integrieren, war taktisch klug, denn im Wahlkreis Dresden-Alttadt, dem Wirkungsbereich des Gremiums, war 1907 keine Kartellkandidatur der bürger-

³⁰ ADB 1903, S. 191; vgl. Leipziger Volkszeitung, 14. 5. 1903.

³¹ Das Wahlergebnis im Kreis Sachsen 5, Dresden-Alttadt, lautete 1903: Sozialdemokraten 21 569 (Stimmen); Freisinn 393; Zentrum 726; Antisemiten (= Kartellkandidatur) 15 172; Nationalsozial 13 54. Der Stimmbezirk ging im ersten Wahlgang an die Sozialdemokraten, siehe F. SPECHT/P. SCHWABE, 1908, S. 221.

³² Siehe wie im folgenden, sofern nicht anders bezeichnet, StaD, Jahresbericht über das Neunte Vereinsjahr (1906/07) der Ortsgruppe Dresden des Alldeutschen Verbandes, S. 22 ff.; vgl. K. H. POHL, Sachsen, 1992, S. 203 f. Zum Zustandekommen des Ausschusses siehe auch BA Potsdam Rkzlei 1807, Keim an v. Guenther, 19. 1. 1907. In diesem Schreiben reklamiert der Flotten-Vereinsfunktionär für seine Organisation, daß sie den Ausschuß »endlich zusammengebracht« habe.

³³ Von den wichtigsten (nationalen) Verbänden waren vertreten: Alldeutscher Verband; Deutschbund; Deutscher Flotten-Verein; Deutsche Kolonialgesellschaft; Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband; Evangelischer Bund; Ostmarkenverein; Reichsverband gegen die Sozialdemokratie.

³⁴ BA Potsdam Rkzlei. 1795, Rundschreiben des »Dresdner Nationalen Ausschusses«, 29. 12. 1906.

lich-nationalen Parteien gegen die Sozialdemokratie zustande gekommen. Bemühungen, Oberbürgermeister Dr. Beutler als gemeinsamen Kandidaten von Konservativen, Nationalliberalen, Antisemiten und Freisinn zu nominieren, waren am Einspruch der Linksliberalen und der Befürchtung Beutlers gescheitert, daß er von den städtischen Kollegien keine Erlaubnis für eine Kandidatur erhalten könne. Da ein Kompromißkandidat nicht zu finden war, standen sich in der Hauptwahl im bürgerlichen Lager zunächst ein rechts-konservativer sowie ein links-nationalliberaler Bewerber gegenüber. Dieses Verfahren hatte den Vorteil, daß sämtliche bürgerlichen Wähler im ersten Wahlgang gemäß ihrer Parteipräferenz entscheiden konnten, somit nicht aus Verärgerung der Stimmabgabe fernblieben und den Sozialdemokraten von vornherein das Feld überließen. Allerdings waren »Vorkehrungen getroffen, daß der Wahlkampf so geführt wird, daß eine gegenseitige Verhetzung unter den nationalen Parteien nicht eintritt, damit bei der Stichwahl Mann für Mann gegen den Sozialdemokraten an die Wahlurne tritt.«³⁵ Ob der »Dresdner Nationale Ausschuß« am Zustandekommen dieser Absprache beteiligt war, ist nicht bekannt; zumindest bemühte er sich mit Kräften, dieser Vereinbarung nicht zuwider zu handeln.

Das Ziel des »Nationalen Ausschusses« bestand darin, sämtlichen bürgerlichen Kandidaten und Parteien »Wahlhilfe und Unterstützung jeder Art im gemeinsamen Kampfe gegen Zentrum und Sozialdemokratie, von denen in Sachsen hauptsächlich die letztere ernstlich in Frage kommt, gleichmäßig zu gewähren.«³⁶ Da im Wahlkampf gegen die nahezu in allen Städten Sachsens vorzüglich organisierte politische Arbeiterbewegung nurmehr der frühzeitige, koordinierte und massive Einsatz moderner Kampagnetechniken Erfolg versprach, richtete Hopf am 31. Dezember dementsprechend einen eindringlichen Appell an die Vorstände der angeschlossenen Verbände, »großzügig und planmäßig vorzugehen«, da »die Gegner eifrig bei der Arbeit [seien].«³⁷ Durch Attacken der Sozialdemokraten, die das nationale Gremium als »Misch-Maschsausschuß« und »unpolitische Schwärmer, die plötzlich nach dem Ruhm des Wahlkampfplatzes Lust verspürten«, verhöhnten, ließ sich der »Nationale Ausschuß« nicht aus dem einmal gewonnenen Tritt bringen. Am 13. Januar wurde eine Geschäftsstelle gegründet, die aus Spendengeldern einen Wahlfonds ansammelte und die Verteilung von parteiungebundenen Flugschriften, welche »in rein nationalem Sinne gehalten, aufklärend wirken und die nationalen Kreise an ihre Wahlpflicht erinnern« sollten, durch sowohl bezahlte als auch freiwillige Kräfte organisierte. Plakate, die recht geschickt auf sozialdemokratische Parteianschläge unmittelbar mit Gegendarstellungen reagierten, wurden an man-

³⁵ BA Potsdam Rkzlei. 1795, Mehnert an v. Bülow, 4. 1. 1907.

³⁶ BA Potsdam Rkzlei. 1795, Rundschreiben des »Dresdner Nationalen Ausschusses«, 29. 12. 1906.

³⁷ BA Potsdam Rkzlei. 1795, Rundschreiben des »Dresdner Nationalen Ausschusses« an die angeschlossenen Verbände, 31. 12. 1906.

chen Tagen bis zu fünfmal verbreitet – in Dresden hatte, so scheint es, in jener heißen Phase des Wahlkampfes 1907 zwischen »Nationalem Ausschuß« und Sozialdemokratischer Partei ein intensiver Plakatwettbewerb stattgefunden. Daß die schriftliche Agitation des Ausschusses sich inhaltlich neben den Nicht- und Wechselwählern auch an die Arbeiterschaft richtete, also milieuübergreifende Wirkung erzielen sollte, dokumentierten Gruppen von Arbeitern, die interessiert die Anschlagssäulen mit den Plakaten des »Nationalen Ausschusses« »geradezu belagerten«.³⁸ Insbesondere diese Flugblatt- und Plakataktionen irritierten die Sozialdemokraten außerordentlich. Die *Leipziger Volkszeitung*, die den »diesmalige[n] Wahlkampf ... in Dresden, wie überhaupt in den ostsächsischen Wahlkreisen,« als »mit einer Heftigkeit geführt« charakterisierte »wie noch niemals zuvor«, stellte erstaunt in der ihr eigenen deftigen Rhetorik fest, daß »die Wählerschaft [mit Flugblättern] förmlich überschwemmt [worden sei]«. »Alles, was aus den Schmutzlöchern des Reichsverbandes [gegen die Sozialdemokratie, d. V.] und den trüben Quellen der patriotischen und deutschen Verlagsanstalten ans Tageslicht kam, wurde paketweise den Wählern ins Haus getragen.« In seiner Wahlkampfbeobachtung wußte das sozialdemokratische Organ auch zu berichten, wie in »den letzten Tagen ... täglich zwei bis drei neue Flugblätter, eins verlogener wie das andere, in die Massen geworfen und dazu noch mindestens ein neues Plakat angeklebt [wurde], das an Gemeinheit den Flugschriften nicht nachstand.«³⁹

Einen weiteren Schwerpunkt der Ausschußarbeit stellte die Organisation von Versammlungen dar. Durch begleitende Lichtbildervorführungen erreichten Vorträge etwa des Geschäftsführers des Alldeutschen Verbandes Alfred Geiser über »*Den westafrikanischen Krieg und den Deutschen Reichstag*« eine mobilisierende Wirkung auf die bürgerliche Klientel sowie Verbandsmitglieder. Diese Vorträge enthielten sich einer positiven Wahlempfehlung, sie waren inhaltlich in erster Linie auf das gouvernementale Plebiszit über Kolonien und Flotte zugeschnitten und nahmen gegen die Sozialdemokraten Partei. Auf diese Weise wurde im Hinblick auf die Hauptwahlen ein unerwünschter Wettbewerb zwischen dem konservativen und dem nationalliberalen Kandidaten um die Treuhänderschaft für die nationalen Symbole vermieden. Die bürgerlichen Parteien boten begleitend zu den Vorträgen ihre eigenen Wählerversammlungen an, wobei die Liberalen im Vergleich zu den Konservativen, die nur »hinter verschlossenen Türen« tagten – wie die Sozialdemokraten geringschätzig bemerkten – ungewöhnliche Aktivität bewiesen; im Stichwahlkampf bot die Nationalliberale Wahlorganisation pro Tag mindestens eine Versammlung an.⁴⁰

³⁸ StAD, Jahresbericht über das Neunte Vereinsjahr (1906/07) der Ortsgruppe Dresden des Alldeutschen Verbandes, S. 25.

³⁹ *Leipziger Volkszeitung*, 4. 2. 1907. Der »Nationale Ausschuß« verteilte auch Flugschriften des RgS, die die lokale Organisation des Verbandes zur Verfügung gestellt hatte.

⁴⁰ Ebd., 19. 1. 1907 bzw. 4. 2. 1907.

Der Wahlschlepperdienst wurde ausschließlich vom »Nationalen Ausschuß« nach Absprache mit den bürgerlichen Parteien eingerichtet. Am Wahltag traten 900 Schlepper, unterstützt von 20 Automobilen des Sächsischen Automobilklubs, in Aktion.

Das Ergebnis des ersten Wahlganges sah den sozialdemokratischen Kandidaten Dr. Gradnauer knapp vor dem Bewerber der Nationalliberalen, Landgerichtsrat Dr. Heinze. Stadtverordnetenvizevorsteher Unrasch von den Konservativen landete abgeschlagen auf dem dritten Rang; Matthias Erzberger erreichte mit einer Zählkandidatur für das Zentrum einen unwesentlichen Stimmenanteil. Die Entscheidung mußte somit in der Stichwahl zwischen Gradnauer und Heinze fallen. Der »Nationale Ausschuß« konzentrierte seine Kräfte jetzt auf die Vereinigung der Stimmen der konservativen und liberalen Wähler zugunsten Dr. Heinzes sowie auf eine Erhöhung der Wahlbeteiligung. Dem nationalliberalen Dresdener Reichsverein wurden am Stichwahltag 600 Schlepper zur Verfügung gestellt; desweiteren verteilten die Mitarbeiter des Ausschusses 400 000 »neue« Flugschriften »für den nunmehr alleinigen nationalen Kandidaten«. Zum ersten Wahlgang waren für beide bürgerlichen Bewerber eine halbe Million Schriften ausgeteilt worden.

Diese erneute Intensivierung der Arbeit des »Nationalen Ausschusses« war zu einem guten Teil dafür verantwortlich, daß die Sozialdemokraten 1907 den Stimmbezirk Dresden-Altstadt verloren; trotz der für Wahlen im Kaiserreich stets hilfreichen Umstände einer plebiszitären Entscheidung gegen die sogenannten »Reichsfeinde« bedeutete dies einen ungeheuren Erfolg auch und gerade der alldeutschen Ortsgruppe. Dr. Hopf trug sein Engagement sogar eine freundliche Anerkennung des Reichskanzlers ein – nachdem der AdV-Funktionär v. Bülow über den Chef der Reichskanzlei von seiner Tätigkeit hatte unterrichten lassen.⁴¹

Die Nationalliberalen in Dresden (und Sachsen) waren, insbesondere seit der junge Handelskammersyndikus Gustav Stresemann ihre Leitung übernommen hatte, bereits im Landtagswahlkampf 1903 in der Lage gewesen, die Konservativen mit Hilfe aggressiver Mittel, wie dem massiven Einsatz der Presse, dem Eintreiben von Wahlspenden bei der Industrie und der Suche um Unterstützung bei gewerblichen und Berufsvereinigungen, zu schlagen.⁴² Auch im Reichstagswahlkampf 1907 hatten sie, wie vorstehend ange-

⁴¹ BA Potsdam Rkzlei. 1795, v. Loebell [Chef der Reichskanzlei] an Dr. Hopf, 19. I. 1907. Die ansonsten eher prononciert antigouvernementale Haltung des AdV hinterließ in dieser Angelegenheit dennoch ihre für den alldeutschen Funktionär weniger erfreulichen Spuren. Auf ein Ersuchen um Audienz beim Reichskanzler zur näheren Berichterstattung über seinen Wahlkampfeinsatz und den »Nationalen Ausschuß« teilte die Kanzlei Hopf nach Wochen des Wartens schließlich mit, daß seine Anfrage »anscheinend verloren [gegangen sei]«. Der Umfang der Dienstgeschäfte erlaube es dem Reichskanzler zudem nicht, Hopf zu empfangen, siehe BA Potsdam Rkzlei. 1795, [Unterstaatssekretär] Wahnschaffe an Dr. Hopf, 4. 5. 1907.

⁴² Siehe K. H. POHL, Nationalliberale in Sachsen, 1995, S. 203.

sprochen, im Vergleich zu ihrer bürgerlichen Konkurrenz eine aktivere Rolle übernommen und eine nicht geringe Anzahl gut besuchter Wählerversammlungen organisiert. Um gegen die Sozialdemokraten des »roten Königreichs« zu bestehen, mußten jedoch Massen mit den Mitteln moderner Kampagnetechniken angesprochen und mobilisiert werden. Sowohl Stresemann als auch Dr. Hopf hatten diese Notwendigkeit erkannt. Ihre beiderseitige Mitgliedschaft im Alldutschen Verband Dresden, im Landesausschuß des Flotten-Vereins und in der nationalliberalen Stadtratsfraktion trug dazu bei, daß sie sich bewußt in die Hände arbeiteten, indem sie jeweils in eigenem Interesse einen modernen – und siegreichen – Wahlkampf führten.⁴³ Die Bedeutung des »Nationalen Ausschusses« wird in diesem Zusammenhang noch dadurch hervorgehoben, daß er sich unter dem Eindruck des Sieges am Tag nach den Stichwahlen in einer stark besuchten Versammlung dafür aussprach, seine Arbeit fortzusetzen und den Wirkungsbereich der Organisation auf alle Dresdener sowie weitere sächsische Wahlkreise auszudehnen, um »dauernd in Fühlung mit den Wählern« zu bleiben.⁴⁴

Im Wahlkampf 1907 versuchte der Alldutsche Verband aus seinen Möglichkeiten das Beste zu machen, um im Sinne der Wahlparole Bülows für die nationalen Parteien und gegen Sozialdemokratie und Zentrum zu wirken. Nach den jüngsten außenpolitischen Fehlschlägen des Reiches, die zu heftigen Angriffen der alldutschen Führung gegen den Kanzler noch auf dem Dresdener Verbandstag im September und einem »Offenen Brief« Hasses vom November 1906 geführt hatten⁴⁵, ließen auch gravierende Meinungsdifferenzen mit der Reichsleitung den AdV von einem Wahlengagement nicht Abstand nehmen. »Keine Verstimmung soll und wird uns Alldutsche abhalten, im bevorstehenden Wahlkampfe aus warmem Herzen und mit klarem Kopfe die nationale Politik der verbündeten Regierungen

⁴³ Siehe ebd., S. 208. Die Auffassung K. H. POHLS, daß Stresemann den »Nationalen Ausschuß« lediglich »instrumentalisiert« habe, vermag d. V. nur mit Einschränkung zu teilen. Der Ausschuß unterstützte im ersten Wahlgang auch die Konservativen, und Hopf verband mit seinem Engagement nicht nur nationalliberale Partei-, sondern gerade auch alldutsche Verbandsinteressen. Zu den Problemen Stresemanns, die sächsischen Alldutschen permanent in eine »Manipulationsstrategie« gegen die alten konservativen Eliten einzubauen, siehe K. H. POHL, Sachsen, 1992, S. 204 f.

⁴⁴ Siehe BA Potsdam Rkzlei. 1808, Flugschrift, Was wollen die nationalen Ausschüsse?, 1911; vgl. StAD, Jahresbericht über das Neunte Vereinsjahr der Ortsgruppe Dresden des Alldutschen Verbandes, S. 26; ADB 1903, S. 131; vgl. National-Zeitung, 8. 2. 1907; siehe auch Leipziger Volkszeitung, 20. 2. 1907, die in diesem Zusammenhang mit unverholener Freude berichtete, daß der Leiter des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, v. Liebert, in dem »Nationalen Ausschuß« eine »gefährliche Konkurrenz« für die eigene Arbeit erblicke, da die Ortsgruppe des RgS (die Mitglied im Ausschuß war) zur »Bedeutungslosigkeit herabgedrückt« werde. Dagegen BA Potsdam Rkzlei. 1808, Bericht v. Oppen, 22. 5. 1911, der nach einer Unterredung mit Hopf freundschaftliche Beziehungen zwischen beiden Organisationen feststellt; auch habe der RgS den Ausschuß 1907 finanziell unterstützt.

⁴⁵ Siehe hierzu H. CLASS, Wider den Strom, 1932, S. 114 ff.; vgl. K. SCHILLING, 1968, S. 407 f.

auf das entschiedenste zu unterstützen, die Eure Durchlaucht gegen Zentrum und Sozialdemokratie verkündet haben«, hieß es im Text eines Telegramms, das Hasse kurz nach der Auflösung des Reichstages an v. Bülow hatte aufsetzen lassen.⁴⁶ Schließlich galt es auch für den Verband selbst, so viel Profit als möglich aus der nationalen Wahlbewegung gegen die erklärten »Reichsfeinde« zu ziehen.

»Es geht um Großes!«, verkündeten die *Alldeutschen Blätter* in ihrem »Aufruf« zur Reichstagswahl, der in Tenor und Inhalt auffallend jenen Wahlbeobachtungen und -anregungen glich, die ADB-Schriftleiter Samassa vier Jahre zuvor verfaßt hatte.⁴⁷ Den Verbandsmitgliedern wurden darin u. a. folgende Maßregeln ans Herz gelegt: »Wir erwarten, daß unsere Ortsgruppen durch Versammlungen aufklärend wirken über die Bedeutung deutscher Welt- und Kolonialpolitik, daß jedes einzelne Mitglied sich im Rahmen der Partei, der es angehört, mit aller Kraft und voller Hingabe betätige, um den nationalen Parteien zum Siege zu verhelfen über Zentrum, Polen und Sozialdemokratie.«

Die *Alldeutschen Blätter* berichteten in ihren Ausgaben bis zu den Wahlen voller Stolz über die Wahlhilfe, die einzelne Ortsgruppen leisteten. So stellten Verbandsmitglieder im Kreis Pirna, Sachsen 8, den gesamten engeren Wahlausschuß für den Kandidaten der Deutsch-Sozialen Partei, Stadtrat Hanisch, gegen den sozialdemokratischen Bewerber; der Vorsitzende der AdV-Ortsgruppe Schandau, so war zu lesen, leite den Wahlkampf.⁴⁸ Und wo die Alldeutschen lokalen Organisationen nicht unmittelbar in den Wahlausschüssen wirken konnten, riefen sie wie in Hamburg zu Wahlspenden auf oder mahnten zu reger Wahlbeteiligung, so in Osnabrück und Weißenfels a. d. Saale.⁴⁹

Geschäftsführer Alfred Geiser hielt unterdessen, wie schon in Dresden, Vorträge über »Reichstagsauflösung und Kolonialpolitik« in Annaberg-Eibenstock, Dithmarschen, Pirna, Hannover und Pinneberg-Elmshorn. Die *Norddeutsche Allgemeine Zeitung* kündigte am 20. Januar für den folgenden Tag einen Vortrag des Schriftleiters der *Alldeutschen Blätter*, Dr. Paul Samassa, auf einer Wählerversammlung des Konservativen Wahlausschusses im zweiten Berliner Stimmbezirk an.⁵⁰

Die vorstehend genannten Aktivitäten des AdV täuschen jedoch etwas über die Tatsache hinweg, daß die verfrühte Auflösung des Reichstages auch die Organisation des Alldeutschen Verbandes in ihren Vorbereitungen zur Wahl überrascht hatte. Es nimmt deshalb kaum wunder, daß die Anregungen und Empfehlungen der Berliner Geschäftsstelle vielfach improvisiert wirken. Den Mangel an rhetorisch geschulten Rednern etwa hoffte man

⁴⁶ BA Potsdam 61Ver/190, Hasse an Claß, 18. 12. 1906.

⁴⁷ ADB 1906, S. 409f., Aufruf vom 22. 12. 1906. Zum Wahlkampf 1903 hatte der AdV keinen Aufruf erlassen.

⁴⁸ ADB 1907, S. 30.

⁴⁹ Ebd.

⁵⁰ Norddeutsche Allgemeine Zeitung, 20. 1. 1907.

mit dem Appell an die Mitglieder ausgleichen zu können, daß »wer rednerisch einigermaßen begabt [sei], ... die Veranstaltungen der nationalen Parteien wie auch der Gegner« aufsuchen solle. Auch war die Wahlhilfe des AdV nicht zentral gesteuert: Die Geschäftsführung richtete zwischen dem Ersten und Zweiten Wahlgang an die Ortsgruppen die »dringende Bitte«, nach den Stichwahlen Berichte einzusenden, »damit wir ein übersichtliches Bild über die vom Verbands geleistete Arbeit gewinnen.«⁵¹

Gerade der Wahlkampf 1907, der infolge seiner nationalen Thematik für alldeutsche Kandidaturen wie geschaffen schien, verlief für den AdV in dieser Hinsicht nahezu ebenso enttäuschend wie die Wahlbewegung 1903. Lediglich Eduard von Liebert, als Mitglied des Präsidiums, und Wilhelm Lattmann wurden nominiert und schafften den Sprung in den Reichstag.⁵² Hier schloß sich Liebert in seiner Funktion als Vorsitzender des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie den Freikonservativen an; er wahrte somit nicht ausschließlich die Interessen des AdV, wie dies Hasse stets getan hatte. Wilhelm Lattmann nahm in der Deutsch-Sozialen Fraktion eine führende Stellung ein; seine Loyalität und Arbeitskraft gehörten in erster Linie der Partei, obwohl er mit seinen Kollegen Liebermann v. Sonnenberg und Graf Ludwig Reventlow den Claßschen Kurs der »Nationalen Opposition« unterstützte.

Eine mögliche Erklärung dafür, warum so wenige alldeutsche Funktionäre Gelegenheit bekamen, eine Nominierung für die bürgerlichen Parteien anzunehmen, ist zunächst erneut in der hektischen Betriebsamkeit zu suchen, die der verfrühten Reichstagsauflösung überall folgte. Da die Nominierung der Bewerber zum überwiegenden Teil bereits vor Weihnachten abgeschlossen wurde, blieben dem Geschäftsführenden Ausschuß kaum mehr Zeit oder Möglichkeit, eine Sitzung einzuberufen, die das weitere Vorgehen koordinieren konnte, um Einfluß auf die Kandidatenaufstellung in einzelnen Wahlkreisen zu erlangen. Ernst Hasse, der von allen Seiten gedrängt wurde, »Dampf aufzumachen, daß möglichst viele Alldeutsche kandidieren«, blieb lediglich die Hoffnung, daß die »Mitglieder des Gesamtvorstandes ... selbst wissen, und sie wissen es, was Alldeutsche in der jetzigen Lage zu tun haben.«⁵³ Was die einzelnen, in Frage kommenden Kandidaten anbetraf, erachtete Hasse eine Bewerbung von folgenden Herren der leitenden Gremien als »selbstverständlich«: Heinrich Claß, Eduard v. Liebert, Joachim Graf von Pfeil, Richard Graf du Moulin-Eckart, Wilhelm Lattmann. Auf die Bewerbungen von Dr. Friedrich Hopf, Dr. Robert Hunsdieker, Superintendent Karl Klingemann, Dr. Theodor Reismann-Grone, Dr. Wilhelm Schroeder-Poggelow, Georg Freiherr v. Stössel, Dr. Ludwig Vier-

⁵¹ ADB 1907, S. 30.

⁵² Die Kandidaturen v. Lieberts und Lattmanns sind an anderer Stelle Gegenstand einer ausführlicheren Betrachtung.

⁵³ BA Potsdam, 61Ve1/58, Hasse an die Mitglieder der Hauptleitung und des Geschäftsführenden Ausschusses, 17. 12. 1906.

eck und Karl Itzenplitz »hoffte« Hasse.⁵⁴ Er selbst, ließ der Vorsitzende die Mitglieder der Hauptleitung und des Geschäftsführenden Ausschusses wissen, wolle im sächsischen Kreis Oschatz-Grimma kandidieren.

Heinrich Claß lehnte eine Kandidatur ab, weil er, nach seinen Erinnerungen zu urteilen, den temporären realpolitischen Schwenk des Verbandes zu gouvernementaler Politik nicht unterstützen wollte und er, wie Claß dies ausdrückte, noch »von dem ersten Mal genug« hatte.⁵⁵ Schmerz und Wut über die verlorene Wahl 1903 saßen noch immer tief. Die Nominierung Hasses in Oschatz hingegen war bis kurz vor Weihnachten so weit gediehen, daß er die Zustimmung des Nationalliberalen Landesvereins für das Königreich Sachsen besaß und die Sozialdemokraten bereits damit begannen, sich auf den alldeutschen Verbandsvorsitzenden einzuschießen.⁵⁶ Dann verweigerten die Konservativen und der Bund der Landwirte dem vermeintlichen »gemeinsamen Kandidaten aller bürgerlichen Parteien« doch die nötige Unterstützung.⁵⁷ Sie boten in diesem neben Bautzen für einen nicht-sozialdemokratischen Kandidaten aussichtsreichsten Wahlkreis Sachsens einen eigenen Bewerber für Kartellverhandlungen auf. Um Hasse auszuschalten, von dem die Konservativen behaupteten, »auf dem Lande wisse man von Professor Dr. Hasse nur, daß er in Leipzig durchgefallen sei, in Döbeln durchgefallen sei und hier nun auch wieder durchgefallen solle«, stellte der BdL eine eigene, zusätzliche Kandidatur auf, die man gegen die Rücknahme der »Sonderkandidatur« Hasse eintauschen wollte. Die Konservativen drohten den Nationalliberalen zudem, den Kandidaten Hasse in der Hauptwahl nicht unterstützen zu können und boten lediglich ein Stichwahlbündnis an.⁵⁸ Hasse, über dessen Kopf hinweg diese Verhandlungen geführt wurden und der in Oschatz keine hinreichend starke Lobby besaß, sah seine Chancen schwinden und zog die Kandidatur schließlich selbst zurück.

Die Bilanz, die der Gesamtvorstand des Alldeutschen Verbandes kurz nach den Stichwahlen am 9./10. Februar 1907 auf einer Vertreterversammlung zog, war dennoch und trotz allem insgesamt positiv und in Hinsicht auf die weitere Arbeit von kaum verhaltenem Optimismus geprägt. Angesichts des Wahlsieges gegen Sozialdemokraten und Zentrum befand sich das

⁵⁴ Bis auf Itzenplitz, Moulin-Eckart und Lattmann, die im Vorstand des AdV saßen, waren sämtliche »Kandidaten« Mitglieder des Präsidiums und des Geschäftsführenden Ausschusses. Hasse wies die angesprochenen Herren auch darauf hin, daß ihre Abgeordnetenzeit nunmehr durch die Einführung von Diäten erleichtert würde.

⁵⁵ H. CLASS, *Wider den Strom*, 1932, S. 116. Folgt man seinen Erinnerungen weiter, lehnte er die Kandidatur auch aus elitärem Dünkel ab. Denn »gegen einen kleinen eingessessenen Landwirt«, der nur antreten konnte, weil für den Reichstag 1906 Diäten eingeführt worden waren, wollte Claß nicht kandidieren. Der Landwirt, der sich für den BdL bewarb, gewann in der Stichwahl gegen den Kandidaten der Freisinnigen Volkspartei.

⁵⁶ *Leipziger Volkszeitung*, 21. 12. 1906.

⁵⁷ BA Potsdam Rkzlei. 1795, Mehnert an v. Bülow, 4. 1. 1907; siehe ferner die ausführlichen und illustren Berichte der *Leipziger Volkszeitung*, 22./24./27. 12. 1906, basierend auf dem *Oschatzer Tageblatt*.

⁵⁸ *Leipziger Volkszeitung*, 22./24. 12. 1906.

gesamte bürgerliche Lager mitten in einer Hochstimmung nationaler Euphorie, in der alles möglich schien. Der Alldeutsche Verband konnte daran partizipieren, auch wenn er in Relation zu anderen nationalen pressure groups letztlich nur einen geringen Beitrag hierzu geleistet hatte. Schriftleiter Samassa lobte in seinem Bericht die »hervorragende Beteiligung« der AdV-Mitglieder im Wahlkampf, »manche Vorurteile seien zerstreut, viele wertvolle Beziehungen gewonnen worden, die nunmehr zur Werbung für den Verband mit allem Nachdruck ausgenützt werden müssen.«⁵⁹ Geschäftsführer Geiser war ebenso wie Samassa der Meinung, daß die »Eindrücke aus dem Wahlkampf ... geradezu zu einer erhöhten Werbetätigkeit [zwingen] würden.« Er empfahl die Einberufung großer öffentlicher Versammlungen, anstatt »Kleinarbeit und persönliche Werbemittel in den Vordergrund zu stellen«. Letzteres Vorgehen wollte Geiser nunmehr auch milieuübergreifend zur Gewinnung der nationalen und christlichen Arbeiter- und Handwerkervereine, Kaufmännischen Vereine und Kriegervereine erproben. Der Vorsitzende der Ortsgruppe Hamburg, Adolf Döbler, schlug vor, man solle »öffentlich erklären, daß der Alldeutsche Verband sich die Schaffung eines zuverlässigen nationalen Reichstags und den Kampf gegen die unnationalen Parteien zur Aufgabe gestellt [habe]. Dies würde werbekräftig und für alle Welt leicht faßlich sein.« Sein Kollege Neuhaus aus Bochum riet: »Wir müssen darauf hinwirken, daß die bürgerlichen Parteien die Arbeit schon für die nächste Wahl gleich aufnehmen und in ihr die nationalen Gesichtspunkte in den Vordergrund stellen.«

Das in der öffentlichen Meinung als Fiasko des Reiches empfundene Ergebnis der zweiten Marokkokrise ließ jedoch eine Wiederholung der Wahlsituation von 1907 nicht mehr zu. Ein gouvernementaler Wahlkampf über nationale Fragen gegen Sozialdemokratie (und Zentrum) war 1912 von der Regierung nicht mit Aussicht auf Erfolg zu inszenieren und angesichts der Disqualifikation der Reichsleitung im nationalen Lager ohnehin völlig fehl am Platz. Kurz nach Unterzeichnung des Marokko-Kongo-Abkommens befaßte sich der Geschäftsführende Ausschuß des Alldeutschen Verbandes am 9./10. Dezember 1911 auf einer Sitzung in Lübeck im Rahmen seiner Verhandlungen über das weitere Vorgehen gegen Reichskanzler von Bethmann Hollweg und Staatssekretär von Kiderlen-Wächter deshalb auch mit der Frage, ob der Verband bei den für Januar zu erwartenden Neuwahlen zum Reichstag überhaupt ein Engagement entfalten solle.⁶⁰ Welch geringen Erfolg der Verbandsvorsitzende Claß den nichtsozialistischen Parteien – und damit auch dem Alldeutschen Verband – nach dem Marokkodebakel bei den Wahlen einräumte, bewies er in seiner Stellungnahme zum Entwurf eines Fragenkatalogs, den der Herausgeber der Rheinisch-Westfälischen Zeitung, Theodor Reismann-Grone, zur Interpellation bürgerlicher Kan-

⁵⁹ BA Potsdam 61Ve1/7, Verhandlungsbericht über die Sitzung des Gesamtvorstandes des Alldeutschen Verbandes am 9./10. Februar 1907 in Berlin.

⁶⁰ BA Potsdam 61Ve1/82, Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses, 9. 12. 1911.

didaten entworfen hatte. Denn Claß gab gegen eine Annahme der Interpellation Reismann-Grones grundsätzlich »zu erwägen, ob es überhaupt angezeigt sei, daß sich der Verband um die Reichstagswahlen kümmere. Er [empfehle], das Pulver trocken zu halten und die Dinge laufen zu lassen wie sie wollen, da der jetzt zu wählende Reichstag ja doch höchstwahrscheinlich nur von kurzer Dauer sein werde.«⁶¹ Das absolute Mißbehagen über die Politik der Reichsregierung spielte hierbei offensichtlich eine bedeutende Rolle.

Reismann-Grone wollte seinen Fragenkatalog – der zwar nationalpolitische Probleme aufgriff, bezeichnenderweise aber mit keiner Silbe auf Marokko einging⁶² – hiernach nurmehr dazu einsetzen, um »unsere Leute aufmerksam zu machen. Die Ortsgruppen als solche sollten gar nicht hervortreten. In ihrer Eigenschaft als Reichstagswähler sollten sich immer einige zusammentun und den Kandidaten die von ihm [Reismann-Grone, d. V.] entworfenen Fragen stellen.« Der Zweite Vorsitzende des AdV, Superintendent Klingemann, sprach sich schließlich dafür aus, »mit geeigneten Anregungen an unsere Ortsgruppen heranzutreten.«

Daß die Leitung des Alldeutschen Verbandes lediglich den Einsatz des traditionellen Stilmittels der Interpellation diskutierte, intensive Wahlhilfe und zahlreiche Eigenkandidaturen führender Funktionäre somit schon von vornherein ausschloß, ist freilich charakteristisch für die Probleme des nationalen Lagers, trotz imperialistischer Hochstimmung die bürgerlichen Parteien nach dem Bruch des Bülow-Blocks gegen die Sozialdemokraten zu einen und zu mobilisieren. Zu alledem trieb die konservativ-liberale Gegnerschaft ihren Keil mitten in die alldeutschen Ortsgruppen. In Köln zum Beispiel stand die lokale Organisation 1909 kurz vor dem Auseinanderbrechen, als ihr Vorsitzender, der zugleich leitendes Mitglied des Kölner Konservativen Vereins war, die Haltung seiner Partei in der Frage der Reichsfinanzreform gegen die nationalliberalen Mitglieder verteidigte.⁶³

Die »Vereinigten Dresdner nationalen Ausschüsse«, die nun im vierten Winter regelmäßig Versammlungen abhielten, um auf »die politische Belehrung und Erziehung« der Zuhörer hinzuwirken, trugen der parteipolitischen Situation ebenfalls Rechnung. Während einer von Dr. Hopf organisierten Versammlung in Dresden mit 100 teilnehmenden nationalen Körperschaften aus ganz Sachsen legten diese im Januar 1911 das weitere Vorgehen im Hinblick auf die Reichstagswahlen fest. Man bestimmte in einer sichtlich um Ausgleich bemühten Entschließung, daß die wiederein-

⁶¹ Ebd., Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses, 9. 12. 1911.

⁶² Ebd. Der Text der Interpellation, der politische Fragen zu Problemen in den Ostmarken, Elsass-Lothringen und Hannover-Braunschweig stellte, enthielt unter Punkt 4) auch folgende, sehr bemerkenswerte und für die Falken im Alldeutschen Verband zugleich bezeichnende Frage: »Sind sie für den Ausbau von Heer und Flotte bis zur Höhe ihrer Aufgaben und für die *Anwendung unserer Kriegsstärke, falls unsere Ehre, oder die großen Interessen unseres Volkes verletzt werden.*«

⁶³ Siehe R. CHICKERING, 1984, S. 278.

zusetzende Geschäftsstelle sich »keinesfalls« in die Kandidatenaufstellung einmischen, »unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse alle nationalen Kandidaten gleichmäßig unterstützen« und auf ein »Zusammengehen aller nationalen Parteien bei den Stichwahlen« achten solle. Eine Flugschrift wies nochmals darauf hin, auf eine »Mäßigung in der gegenseitigen Bekämpfung der Parteien« hinzuwirken.⁶⁴

Der unerwartet deutliche Wahlsieg der Sozialdemokraten 1912 bestätigte Claß in seiner allmählich gewonnenen Überzeugung, »daß unter den Nachfolgern Bismarcks der Reichstag hemmungslos gewachsen [sei]«. Angesichts der neuen Mehrheitsverhältnisse im Parlament stellte er die Frage, wie man mit einer solchen »Volksvertretung der Lage Herr werden [solle], die [die] Zeit mit drängender Wucht an Deutschland stelle?«⁶⁵ Ganz unter dem Eindruck der Ereignisse verfaßte Claß daraufhin sein berühmtes »Kaiserbuch«.

»Wenn ich der Kaiser wär?«⁶⁶ war eine durch und durch politische Programmschrift, die in einer Phase der »Radikalisierung der Sammlungspolitik« im Zeichen von Neu- und Regruppierungen politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Interessenkoalitionen gegen die sozialdemokratische Arbeiterbewegung genau die richtigen Worte zu finden schien.⁶⁷ Im Vergleich zur »*Bilanz des Neuen Kurses*« von 1903, die außenpolitisch motiviert gewesen war, stand die neue Streitschrift vorrangig im Zeichen innenpolitischer »Reform«vorschläge, die als »letztes Mittel« kaiserlicher Autorität die Annahme diktatorischer Herrschaftselemente empfahl.⁶⁸ Trotz aller Unzufriedenheit der politischen Parteien auf der parlamentarischen Rechten wegen der Zusammensetzung des neuen Reichstags waren solche verfassungspolitischen Extremlösungen aber mit diesen nicht durchzusetzen. Um die programmatische Radikalisierung der »Nationalen Opposition« dennoch zu initiieren und die Parteien des bürgerlichen Lagers in den Dienst zu nehmen, publizierte Claß das »Kaiserbuch« unter dem Pseudonym »Daniel Frymann« und charakterisierte diesen als »Altliberalen«, als Parteipolitiker – dies wirkte in Parteikreisen vertrauenerweckend für die programmatische Plattform, auf der sich die Claßsche Sammlung finden sollte.⁶⁹

⁶⁴ ADB 1911, S. 60; vgl. auch ADB 1911, S. 394; BA Potsdam Rkzlei. 1808, Flugschrift: Was wollen die nationalen Ausschüsse?, 1911.

⁶⁵ H. CLASS, Wider den Strom, 1932, S. 233.

⁶⁶ D. Frymann [H. CLASS], Kaiser, 1912, S. 124; siehe zu einer inhaltlichen Diskussion D. STEGMANN, Erben, 1970, S. 293 ff.; vgl. R. CHICKERING, 1984, S. 285 ff.; vgl. jetzt auch H. HAGENLÜCKE, 1997, S. 32–36. Zur Entstehung des Buches H. CLASS, Wider den Strom, 1932, S. 232 ff.

⁶⁷ Zu den Reaktionen der politischen Parteien auf den Ausgang der Reichstagswahlen im Zusammenhang mit sammlungspolitischen Forderungen und auf die Schrift Frymanns [H. CLASS] siehe D. STEGMANN, Erben, 1970, S. 262 ff. bzw. 296 ff.

⁶⁸ D. Frymann [H. CLASS], Kaiser, 1912, S. 55; vgl. D. STEGMANN, Erben, 1970, S. 294.

⁶⁹ Claß hielt seine Verfasserschaft so lange wie möglich geheim, was zu wilden Spekulationen, auch innerhalb des AdV, darüber führte, wer der Autor des Buches sei. Es ist in diesem Zusammenhang interessant, daß auch die Werbekampagne für die Schrift stets betonte, ein »Altliberaler« habe das Buch verfaßt.

Claß zählte zur Umsetzung seiner Politik deshalb zunächst auch auf die Unterstützung des sich gerade im Mai 1912 neuformierenden Altnationalliberalen Flügels, der gegen die sozialreformerische Politik des Parteivorsitzenden Bassermann opponierte. Zweitens baute er auf die Reichspartei, mit der der AdV über Eduard v. Liebert (der 1912 erneut in den Reichstag gewählt worden war) und den Freiherrn v. Stössel ohnehin besondere Beziehungen pflegte und zugleich weitgehende Kongruenz in programmatischer Hinsicht feststellen konnte, und drittens mußte er die Konservativen bzw. den Bund der Landwirte gewinnen.⁷⁰ Eine Verbesserung der Beziehungen des AdV zu Konservativen und Agrariern, welche bis dato eher problembehaftet denn störungsfrei waren, wurde zur unabdingbaren Voraussetzung für die Verwirklichung der Claßschen Ideen. Ein durch den Freiherrn von Stössel vermitteltes Treffen Claß' mit dem Führer der preussischen Konservativen, Ernst von Heydebrand, das dazu dienen sollte, bessere politische »Querverbindungen« zwischen beiden Organisationen herzustellen, war noch um die Jahreswende 1910/1911 ohne greifbare Ergebnisse verlaufen. Heydebrand zeigte Claß die kalte Schulter und wollte alldutsche Konkurrenz in Preußen, wo der AdV nur eine schwache Basis besaß, nicht dulden; Claß wiederum mochte auf ein Angebot des Parteiführers, Mitglied der Konservativen zu werden und in Süddeutschland die Parteiorganisation aufzubauen, nicht eingehen.⁷¹ Erst die persönlichen Gespräche, die Claß im Frühjahr und Sommer 1913 mit den BdL-Spitzenfunktionären Cornelius Freiherr von Wangenheim, Elard von Oldenburg-Januschau und Diedrich Hahn führte, verliefen für den Alldutschen weitaus befriedigender und verschafften ihm auf Umwegen schließlich auch das erhoffte »Rapprochement« mit der Konservativen Partei.⁷² BdL und AdV stellten als Ergebnis dieser Besprechungen ihre unterschiedlichen Auffassungen in agrarischen Sachfragen zurück, konstatierten prinzipielle Übereinstimmung auf der Basis einer betont antisozialistischen, antisemitischen und regierungskritischen Politik und einigten sich auf eine Zusammenarbeit gegenseitiger Begünstigung in der Agitation: Der BdL, der sich im Verein mit den Konservativen seit ihrer Opposition gegen die Reichsfinanzreform mehr und mehr in die politische Isolation manövriert hatte, fand somit ein agrarischen Sonderinteressen unverdächtigtes Sprachrohr auf der »Neuen Rechten«, das zudem seine Bemühungen um das Kartell der schaffenden Stände billigte, und der Alldutsche Verband nahm Kontakt zu einem Massenpublikum auf.

⁷⁰ Zu den Beziehungen des AdV zu den politischen Parteien des »rechten« Spektrums nach 1912 siehe etwa auch M. PETERS, 1992, S. 141 ff.; vgl. R. CHICKERING, 1984, S. 278 ff.

⁷¹ Siehe H. CLASS, *Wider den Strom*, 1932, S. 267. Als Claß Heydebrand im Verlauf des Gesprächs schließlich vorwarf, die Konservativen seien »zu demokratisch«, weil sie sich mit dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht im Reich »abgefunden« hätten, waren die Fronten bereits so verhärtet, daß eine Zusammenarbeit bis auf weiteres aussichtslos wurde, ebd., S. 267 f.; vgl. H. J. PUHLE, *Agrarische Interessenpolitik*, 1975, S. 151.

⁷² Siehe J. N. RETALLACK, 1988, S. 213. Vgl. auch R. CHICKERING, 1984, S. 281; ferner D. STEGMANN, *Erben*, 1970, S. 343.

Die Erfüllung der im »Kaiserbuch« geäußerten Gedanken und Forderungen, die bei den Verhandlungen mit den BdL-Führern erörtert worden waren⁷³, blieb letztlich jedoch aus. Auch der Alldutsche Verband, den Heinrich Claß so eng wie noch nie zuvor an eine wirtschaftliche Interessenorganisation gebunden und in eine politische Sammlungsbewegung auf der Rechten eingebracht hatte, schlüpfte eher in die Rolle des ungleichen Partners des mächtigen Bundes der Landwirte. Nichts verdeutlicht dies mehr als jene fast symbolhafte Szene, die Heinrich Claß nach seinem Gespräch mit den Funktionären des Bundes Mitte Juni 1913 in seinen Memoiren schilderte:

»Dann gingen wir zum gemeinsamen Abendessen. Auf dem Weg dahin ließ Oldenburg mich nicht aus dem Arme, wobei er immer wieder seine Freude über die Bekanntschaft mit dem Alldutschen Verbands betonte. Freilich hat er später nie etwas getan, um ihr greifbaren Ausdruck zu verleihen.«⁷⁴

⁷³ Siehe M. PETERS, 1992, S. 149.

⁷⁴ H. CLASS, *Wider den Strom*, 1932, S. 272.

Massenverband gegen Massenpartei:
Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie im Wahlkampf

1. Die Wahlbewegung 1907 und Reichsverbandskandidaturen

Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie reifte seit 1904 zu einer Massenorganisation heran, die einerseits für die bürgerlich-nationalen Parteien jene Dienste zu übernehmen bereitstand, die moderne Parteiwahlvereine zu leisten hatten. Andererseits sollte er, gemäß seinen Satzungen, »bei Wahlen aller Art ... auf ein gemeinsames Vorgehen aller bürgerlichen Parteien«¹ hinwirken. Der RgS war sowohl bestrebt, für die nationalen Parteien die Wählermobilisierung gegen die aufstrebende Sozialdemokratie zu besorgen, wie er andererseits das Bemühen zeigte, die Integration im bürgerlichen Parteilager zu pflegen. Sein Tun wies somit gleichsam wahltaktische, wahlorganisatorische und wahlinhaltliche Aspekte und Schwerpunkte auf.

Die neuere Forschung hat dieses umfassende Wahlkampfengagement des Reichsverbandes, das grundsätzlich darauf abzielte, die gesamte Wahlbewegung vom Zeitpunkt der Nominierung der Bewerber und deren Kandidatur über die Agitation bis zur Betreuung des Wahlaktes zu beeinflussen, bislang vor der – notwendigen – Aufarbeitung der Verbandshistoriographie weitgehend in ihren Untersuchungen ausgeblendet. Auch lenkte die Konzentration der deutschen historischen Wahlforschung auf wahlsoziologische Analyseansätze den Blick kaum auf die Wahlarbeit des/eines Verbandes und zumal seines Wirkens »vor Ort«.² Gleichwohl hat die Bedeutung, die der RgS während der Wahlkampagne 1907 erlangen konnte, mittlerweile einen festen (Gemein-)Platz in den großen Gesamtdarstellungen zur Epoche erhalten.³ Das Erkenntnisinteresse des nachfolgenden Abschnitts gilt dem Stilelement massenverbandlichen Wahlkampfes. Gefragt wird zudem nach

¹ Satzungen des RgS, Paragraph 1.3, nach: 10 Jahre Reichsverband, 1914, S. 2.

² Siehe D. FRICKE, Reichsverband, 1959, S. 273 ff.; vgl. K. SAUL, Staat, 1974, zu verbandshistoriographischen Studien. Zu den Arbeiten zur Wahlsoziologie J. SCHMÄDEKE, 1995, Bd. I, S. 76 ff.; vgl. W. WÖLK, 1978, S. 510 f. Das Buch von S. SUVAL, 1985, S. 140, stellt insofern eine Ausnahme dar, als das RgS-Engagement in Kassel-Melsungen 1907 kurz im Überblick skizziert wird. Zur Erwähnung des Reichsverbandes in den spärlich vorhandenen wahlkulturellen Analysen zur wilhelminischen Epoche G. D. CROTHERS, 1941, S. 143 ff.; V. SCHULTE, 1989, S. 164 ff. Zur Konzentration der deutschen Wahlgeschichtsschreibung auf wahlsoziologische Ansätze siehe den Forschungsbericht von Th. KÜHNE, Wahlrecht, 1993, S. 530.

³ Siehe Th. NIPPERDEY, Deutsche Geschichte, 1992, Bd. II, S. 731; vgl. H.-U. WEHLER, Gesellschaftsgeschichte, 1995, 3. Bd., S. 1079 f.; W. J. MOMMSEN, 1995, S. 235 f.

wahlkampfmodernisierenden Wirkungen der RgS-Arbeit verknüpft mit dem Versuch, die Möglichkeiten sowie auch die Grenzen des Einflusses des Reichsverbands gegen die Sozialdemokratie im Wahlgeschehen bzw. auf dem politischen Massenmarkt des Kaiserreichs zu bestimmen.

Als Reichskanzler Fürst von Bülow am 13. Dezember 1906 die XI. Legislaturperiode des Parlaments vorzeitig beendete und allgemeine Neuwahlen für Januar ankündigte⁴, war für den Reichsverband gegen die Sozialdemokratie die Stunde gekommen, auf die er seit 1904 sein Augenmerk gerichtet hatte. Der RgS befand sich wegen der frühzeitigen Auflösung des Reichstages zwar noch mitten in der Aufbau- und Lernphase, da der Wahltermin erst für 1908 erwartet worden war. Doch konnte die parteipolitische Wahlkonstellation im sogenannten »Bülow-Block« günstige Rahmenbedingungen für den Verband bieten, sich in seiner Rolle als neutraler Makler im konservativ-liberalen Lager zu engagieren. Hinzu kam, daß die übergeordnete Wahlparole ähnlich der Situation während der sogenannten »Septennatswahlen« des Jahres 1887 von einer nationalen Thematik geprägt wurde. Die Kritik des jungen, forschenden »Zentrumsdemokraten«⁵ Matthias Erzberger an Kolonialskandalen und Feldzugskosten der Schutztruppe in Deutsch-Südwestafrika sowie die demonstrative Zustimmung der Sozialdemokraten hatten der Regierung Bülow den äußeren Anlaß geliefert, eine Wahlkampagne gegen die »Hegemonie« des politischen Katholizismus im Reichstag und die aufstrebende sozialistische Arbeiterbewegung zu führen. Im Zeichen der kolonialpolitischen Tagesaktualität fiel es den Sozialdemokraten sehr schwer, der Wahlbewegung wie 1903 durch die Thematisierung der Zolltariffrage und der Lebensmittelverteuerungen ihren Stempel aufzudrücken.⁶ Die nationalen Emotionen konnten in diesem Wahlkampf als eine Kraft wirken, die dazu beitrug, insbesondere vormalige Nicht-, Wechsel- und Protestwähler für das Blocklager zu mobilisieren.

Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie verknüpfte in Anbetracht dieser spezifischen politischen Voraussetzungen mit dem Ausgang der kommenden Wahlbewegung große Erwartungen. Das »*Handbuch für nicht-sozialdemokratische Wähler*« hatte mit einigem Selbstbewußtsein bereits vor den Wahlen die Hoffnung ausgesprochen, daß die »Zeit nicht mehr fern sein

⁴ Zur Wahlbewegung weiterhin grundlegend G. D. CROTHERS, 1941; siehe auch D. FRIKKE, Reichstagswahlen, 1961; vgl. zur Wählerbewegung in historisch-statistischer Analyse W. WÖLK, 1978, bzw. im Überblick zuletzt J. SCHMÄDEKE, 1995, Bd. I, S. 76 ff. Zur Rolle des politischen Katholizismus siehe neben W. LOTH, Katholiken, 1984, S. 121–130, vor allem W. BECKER, Kolonialwahlen, 1986; vgl. F. J. WARD, 1984. Die Arbeit von V. SCHULTE, 1989, ist wegen ihrer überkritischen Darstellung nur bedingt zu empfehlen.

⁵ W. LOTH, Katholiken, 1984, S. 95.

⁶ Siehe G. D. CROTHERS, 1941, S. 103 ff.; vgl. Ch. NONN, Verbraucherprotest, 1995, S. 165, 252 ff.; vgl. zu den Wahlkundgebungen der einzelnen politischen Parteien und der Verbände die Kompilationen von H. HILLGER/A. BLAUSTEIN, 1907; Wahlaufrufe und Wahlkundgebungen, 1907.

möge, wo unter dem Banner des Reichsverbandes das deutsche Bürgertum eine festgeschlossene Phalanx der Sozialdemokratie entgegenstellen« könne.⁷ Und kurz nach den Wahlen sollte die vom RgS herausgegebene Broschüre »*Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie in seiner Entwicklung und in seiner praktischen Tätigkeit bei den Reichstagswahlen von 1907*« konstatieren, daß die allgemeine Reichstagswahl die »erste wirkliche Feuerprobe« für die Organisation gewesen sei; man habe diese Probe aber »glänzend bestanden« und seine »Daseinsberechtigung« nachgewiesen. Der RgS, so stellte die Broschüre weiterhin fest, sei überdies zu einem »achtunggebietenden Machtfaktor im politischen und nationalen Leben des deutschen Vaterlandes« emporgewachsen.⁸ Im Anschluß an eine RgS-Ausschußsitzung im Dezember 1907 sollte eine Flugschrift des Verbandes sich gar dazu versteigen, daß die Aufgabe, der man sich im verflossenen Jahr mit Erfolg gestellt habe, »für Sein oder Nichtsein« des Reichsverbandes entscheidend gewesen sei.⁹ Eindringlicher konnte der RgS das Streben nach einer herausragenden Position im innenpolitischen Kräftespiel auf dem politischen Massenmarkt kaum beschreiben.

Den stärksten Ausdruck für das Bemühen nach politischer Anerkennung und zugleich Demonstration dafür, daß man die Blockpolitik Bülow's unterstützte, stellte für den Reichsverband gegen die Sozialdemokratie der sogenannte »Sylvesterbrief« dar. Dieses vom Reichskanzler auf Anregung des Verbandsvorstandes an Eduard v. Liebert adressierte Schreiben, das in allen politischen Lagern als offizielle Wahlbotschaft der Regierung gewertet und verstanden wurde, erfüllte die RgS-Verantwortlichen mit sichtlichem Stolz.¹⁰ Das von Liebert als »besonders scharf ausgeprägte[s] politische[s] Programm« interpretierte Schreiben – das der RgS allerdings aus Rücksicht auf den politischen Katholizismus nie mit jener berühmten Passage zitierte, die für einen Kampf auf »Ehr' und Gut der Nation, gegen Sozialdemokraten, Polen, Welfen und Zentrum« appellierte¹¹ – stieß im bürgerlich-nationalen Parteilager nicht ausschließlich auf Gegenliebe. Sämtliche späteren Blockpartner hatten am 13. Dezember zwar der Auflösungsorder applaudiert. Jedoch gab es auch nicht unbedeutende Stimmen innerhalb der liberalen sowie der konservativen Parteikreise, die der politischen Sylvesterbot-

⁷ Handbuch für nicht-sozialdemokratische Wähler, 1907, S. 246.

⁸ Der Reichsverband in seiner praktischen Tätigkeit, 1907, S. 8.

⁹ BA Koblenz ZSg.1-130/5(2), Flugschrift des RgS Nr. 83: Der Reichsverband im Jahre 1907.

¹⁰ Text des Sylvesterbriefes in: Schulthess 1907. Siehe hierzu 10 Jahre Reichsverband, 1914, S. 16f.: »Zur Jahreswende beherrschte ein politisches Ereignis, das den Auftakt zum Wahlkampf bildete, die Gemüter: der Reichsverband hatte die wichtigste Regierungskundgebung veranlaßt, die damals durch die Lande ging«. Der Reichsverband hatte am 18. Dezember in einem Schreiben an den Reichskanzler diesen um eine offizielle Kundgebung zur Wahlbewegung ersucht, hierzu D. FRICKE, Reichsverband, 1959, S. 273.

¹¹ E. v. LIEBERT, Leben, 1925, S. 182; vgl. K. SCHILLING, 1968, S. 293, zu den redigierten Fassungen des Briefes. Bülow sollte im August 1907 Ernst Bassermann gegenüber sein Mißfallen über dieses Vorgehen des Verbandes anvertrauen.

schaft Bülow's wie der Reichstagsauflösung selbst reserviert gegenüberstanden. Die *National-Zeitung* lockte lediglich die Aussicht, nach langer Zeit den Nationalliberalismus endlich wieder in einer »Regierungs-Kombination« zu sehen. Ansonsten war der Parteivorsitzende Bassermann von »Zweifel[n] über den Ausgang des Wahlkampfes« erfüllt.¹² Die linksliberalen Blätter stimmten ein. Die *Frankfurter Zeitung* zum Beispiel meinte, der Reichskanzler handele »nach Diplomatenart«, denn er möchte die »politische Lage im Reichstage dadurch beherrschen, daß er je nach Bedarf in die eine oder die andere Schale ein kleines Gewichtchen einfügt«. Wenn man ganz ehrlich sei, so müsse man zugestehen, warnte das Blatt, »daß die Wahlbewegung bisher nicht gehalten hat, was sie versprach«. Die Konservativen wiederum, deren Parteileitung von Bülow wohl als einzige von der Auflösungsorder im voraus informiert worden war¹³, sahen sich von den liberalen Blockauspizien schlichtweg übervorteilt und bangten um Sitze und Mandate, die sie den Linksliberalen infolge der Kartellabsprachen würden überlassen müssen.¹⁴ Die Kritik von Parteienseite wurde insbesondere nach der Rede des Reichskanzlers vor dem Kolonialpolitischen Aktionskomitee im Berliner Palast-Hotel am 19. Januar laut¹⁵, in welcher er die vielzitierten Worte von der »Paarung des konservativen Geistes mit liberalem Geiste« geprägt hatte.¹⁶

Der Gedanke des Parteien»blocks« wurde demnach erst allmählich während der Wahlkampagne mit Leben und Inhalt gefüllt. Der geschickte Taktiker Bülow war in seinen öffentlichen Äußerungen so vorsichtig alles zu vermeiden, was der Anbahnung der konservativ-liberalen Koalition einen manipulativen Aspekt hätte verleihen können. Die ungleichen Partner sollten sich an die Wahlsituation erst »gewöhnen« – dies fiel insbesondere den Konservativen schwer.¹⁷

Der nationale Block war infolge der immanenten weltanschaulichen Divergenzen seiner designierten Mitglieder auch auf organisatorischer Basis nur mühsam und bruchstückhaft erneut in die Form eines festen, umfassenden Wahlkartells nach dem Beispiel der Septennatskoalition zu gießen. Zwar trafen sich leitende Funktionäre der vier wichtigsten Parteien während der Wahlbewegung täglich im Büro des Deutschkonservativen Otto von Man-

¹² *National-Zeitung*, 3. 1. 1907; T. ESCHENBURG, 1929, S. 50; NLP PT, 1907, S. 13.

¹³ Siehe Ch. NONN, Verbraucherprotest, 1995, S. 164.

¹⁴ Zu den Aussichten der Konservativen J. KAUFHOLD, 1907, S. 33 f.; vgl. G. D. CROTHERS, 1941, S. 158.

¹⁵ Siehe hierzu G. D. CROTHERS, 1941, S. 157 ff.

¹⁶ Text der Rede Bülow's vor dem Kolonialpolitischen Aktionskomitee, 19. 1. 1907, in: Schulthess 1907, S. 9–15.

¹⁷ Die Ausführungen des Kanzlers im Sylvesterbrief, vierzehn Tage nach Auflösung des Parlaments, in welchem er vorsichtig von zu bildenden »Mehrheiten von Fall zu Fall« sprechen sollte, und seine Rede vor dem Kolonialpolitischen Aktionskomitee, die »eine Mehrheit von Konservativen und Liberalen« sowie einen Reichstag verlangte, »der in nationalen Fragen nicht versagt«, boten Freiraum zur Interpretation; vgl. T. ESCHENBURG, 1929, S. 45 f.

teuffel, um Wahlkompromisse für einzelne Stimmbezirke zu koordinieren.¹⁸ Doch von Erfolg waren ihre Verhandlungen nur mit Abstrichen gekrönt; ein reichsweites Aussparungsabkommen bereits für den Hauptwahlgang, getreu oder ähnlich dem Muster der Koalition von 1887, kam 1907 nur mit Lücken zustande. Noch nicht einmal die Einigkeit unter den liberalen Parteien war herzustellen gewesen: »Der Parteigoismus« mache sich stärker geltend als die politischen Notwendigkeiten, kritisierte die linksliberale *Frankfurter Zeitung*, »heute wimmelt das Wahlbild wieder von liberalen Gegenkandidaten«.¹⁹

Die Konstituierung des Blocks wurde zusätzlich durch die seit den 1890er Jahren beobachtbare Tendenz gestört, daß die alte konservativ-nationalliberale Koalition gerade an der »Basis« immer sporadischer zu reaktivieren war. Sie befand sich vielmehr in Auflösung und driftete allmählich in Richtung eines gesamtliberalen auf der einen und eines »schwarz-blauen Blocks« auf der anderen Seite auseinander.²⁰ Diese Entwicklung und die zunehmende politische und organisatorische Ausdifferenzierung des lokalen Parteien- und Konfliktsystems, die sich in einer steigenden Zahl von Pluralwahlkreisen manifestierte, erschwerte die Bedingungen, unter denen der alte Kartellkern sich finden sollte. Das Experiment der Reichsleitung, 1907 eine Neuauflage des Bündnisses von 1887 unter Einbeziehung nunmehr auch der Linksliberalen herzustellen, war kaum dazu geeignet, dieses Problem zu nivellieren. Ganz im Gegenteil: Bülow bedurfte einflußreicher Mittelsmänner, um seiner nationalen Wahlparole bei den künftigen Blockparteien die nötige Überzeugungskraft zu verleihen. Der Reichskanzler traf in diesem Punkt auf eine Interessenidentität bei den nationalen Verbänden. Diese erkannten in den Wahlen von 1907 die einzigartige Chance, ihre organisatorische Potenz in das Ränkespiel der Parteien und Massen einzubringen, um sich selbst sowohl im Regierungs- als auch im Blocklager unentbehrlich zu machen und die neue, verbesserte Position für ihre politischen Ziele zu nutzen. Ihr Drängen, auf der parlamentarischen Bühne des Reichstags eine wichtige Rolle zu spielen, war dabei gutteils aus Eigennutz motiviert, ohne daß die Reichskanzlei eine Anweisung oder Befehl hätte erteilen müssen. Vom weitgehend regierungsfreundlichen Reichsverband bis hin zu den vornehmlich antigouvernementalen Alldeutschen folgte man gerne und bereitwillig der nationalen Wahlparole des Reichskanzlers und half, Fehden zwischen

¹⁸ Siehe G. D. CROTHERS, 1941, S. 161 f. Diese waren neben Otto Freiherr von Manteuffel-Crossen Octavio von Zedlitz-Neukirch, der Führer der Freikonservativen im Reichstag, Dr. Robert Friedberg, Vorsitzender des Gesamtausschusses der Nationalliberalen Partei, und Otto Fischbeck, Vorsitzender des Zentralausschusses der Fortschrittlichen Volkspartei.

¹⁹ *Frankfurter Zeitung*, zitiert nach *Kölnische Volkszeitung*, 5. 1. 1907.

²⁰ Siehe zum Verfall des alten Kartells bei Landtagswahlen in Preußen ausführlich Th. KÜHNE, *Dreiklassenwahlrecht*, 1994, S. 270–283 und 281, mit Bemerkungen zur These A. J. O'DONNELLS, 1974, S. 170–198, von der scheinbaren Beharrungskraft des Kartells bei Reichstagswahlen.

den bürgerlich-nationalen Parteien zu schlichten, Wähler für den Block zu mobilisieren und eigene Parteikandidaten zu fördern. Der wichtigste dieser Bewerber war Eduard v. Liebert, der Vorsitzende des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie.

Die Kandidatur v. Lieberts im 14. sächsischen Wahlkreis Borna-Pegau gegen den sozialdemokratischen Mandatsinhaber Georg Schöpfflin sorgte im Zusammenhang mit dem Sylvesterschreiben des Reichskanzlers auf seiten der SPD für einige Empörung. Der *Vorwärts* freilich nutzte bereits am 3. Januar die willkommene Gelegenheit, eine Kampfansage besonderer Art zu erlassen: »Hie Bülow und Liebert! Hie reaktionäre Masse und Reichsverband! ... *Hie Sozialdemokratie, Volksrechte und Volksfreiheit!*« gab das Blatt in seinem Leitartikel über »Bülow's Sylvesterschmerz« als Parole an die sächsischen Wähler aus.²¹ Der Beitrag, der den Startschuß des Reichskanzlers zur heißen Phase der Wahlbewegung mit bissigen, ausführlichen Bemerkungen zur bisherigen Arbeit des RgS, der Qualität seiner agitatorischen Druckerzeugnisse und zu Person und Werdegang seines Vorsitzenden beschloß, markierte bereits einen ersten Höhepunkt der sich radikalisierenden Wahlfehde zwischen Sozialdemokratie, Reichsverband und Reichsregierung.

Schien der Sylvesterbrief Bülow's der Kandidatur des RgS-Vorsitzenden schon einen offiziösen Anstrich gegeben zu haben, erfuhr die Bewerbung Lieberts in einem weiteren Zusammenhang politische Brisanz. Sowohl in der zeitgenössischen Kritik der Oppositionsparteien als auch in der historischen Forschung wurde der Versuch der Reichskanzlei, im Verlauf der Wahlkampagne in die Geschehnisse in Borna einzugreifen und die Wahl Lieberts zu fördern, als Paradefall einer unzulässigen amtlichen Wahlmache gewertet.²² Der Wahlsieg Lieberts suggerierte schließlich einen Erfolg dieser Aktion. Die Tatsache jedoch, daß die wahlmanipulativen Fäden nicht hielten, die über den Flotten-Vereinsmanager August Keim und Paul Mehnert, den Mittelsmann der Reichskanzlei und »ungekrönten König« Sachsens, nach Borna gesponnen worden waren, wurde allerdings bislang keine Aufmerksamkeit geschenkt. Damit stellt sich jedoch die Frage, wie der wichtigste Kandidat des Reichsverbandes seinen Wahlkampf meistern und das Mandat erringen konnte. Zugleich wird in diesem Zusammenhang die Kampagnetätigkeit des Reichsverbandsvorsitzenden einer intensiveren Betrachtung zu unterziehen und die Bedeutung zu unterstreichen sein, die der RgS, wie sämtliche nationalen Verbände, Wahlkämpfen und einer Vertretung im Reichstag zumaß. Daß die Reichskanzlei Liebert eine bevorzugte Förderung in seinem Wahlkreis angedeihen ließ, kann nach aller Evidenz nicht behauptet werden. Der 14. Bezirk stand zwar ebenso wie ganz Sachsen unter der besonderen Beobachtung Mehnerts, lediglich August Keim hatte es

²¹ Vorwärts, 3. I. 1907. Hervorhebung im Original.

²² SBR, XII/I, 25. 2./15. 3. 1907; D. FRICKE, Reichsverband, 1959, S. 276; K. SCHILLING, 1968, S. 302.

jedoch für seine »Pflicht« gehalten, die Geschehnisse in Borna-Pegau genauer zu verfolgen. Für Keim war es von »besonderem Interesse, nachdem der Herr Reichskanzler den betreffenden Brief an General v. Liebert geschrieben hat, daß General v. Liebert in den Reichstag kommt.«²³

Der Vorsitzende des Reichsverbandes brachte neben seinen Erfahrungen, die er während ausgedehnter Reisen als Wanderredner für den Flotten-Ver ein und den RgS gesammelt hatte, bereits ein gewisses Maß an Wahlkampfpraxis mit in seine sächsische Kandidatur ein. Kurz nach seinem vorzeitigen Abschied aus dem Armeedienst²⁴, im Frühjahr 1903, war er von Friedrich Wilhelm v. Loebell und dessen konservativem Parteikollegen Max v. Bredow-Landin angesprochen worden, im Wahlkreis Potsdam 8, Westhaveland-Brandenburg, als Kandidat der Konservativen Partei gegen den sozialdemokratischen Mandatsinhaber Heinrich Peus anzutreten.²⁵ Loebell, der den Wahlkreis 1898 in einer knappen Stichwahlentscheidung von Peus erobert hatte, dessen Mandat aber im Mai 1900 wegen erwiesener Wahlmanipulation kassiert worden war, hatte bei der fälligen Ersatzwahl im zweiten Wahlgang mit 600 Stimmen gegen den Sozialdemokraten den Kürzeren gezogen und kandidierte 1903 nicht mehr.²⁶ Für ihn trat v. Liebert an. In einem »ziemlich friedlichen« Wahlkampf reiste der neue konservative Bewerber vierzehn Tage rund durch den Stimmbezirk und versuchte insbesondere, die Landbevölkerung und die städtische Handwerkerschaft zu gewinnen. Direkte Auseinandersetzungen zwischen den Parteien gab es nicht, stellte Liebert fest, denn »die Sozi und Fortschrittler«, wobei letztere den Kaufmann Karl Blell ins Rennen schickten, »hielten ihre eigenen Parteiversammlungen ab und störten die anderen nicht.«²⁷

Die Wahl 1903 endete für Eduard von Liebert mit einer sehr schmerzlichen Niederlage: Er fiel gegen seinen sozialdemokratischen Gegner bereits im ersten Wahlgang abgeschlagen durch, da Peus die absolute Stimmenmehrheit auf sich vereinigen konnte.²⁸ Gegenüber dem Ergebnis des ersten

²³ BA Potsdam Rkzlei. 1807, Keim an v. Günther, 22.1.1907; vgl. auch den Hinweis bei J. SCHMÄDEKE, 1995, S. 160, über den generellen Stellenwert, den die Reichskanzlei dem Ausgang der Wahlbewegung 1907 in Sachsen zumaß.

²⁴ Zu den Gründen für den vorzeitigen Abschied Lieberts siehe M. S. COETZEE, 1990, S. 84 f.; vgl. G. ELEY, *Reshaping*, 1980, S. 108 ff.; R. CHICKERING, 1984, S. 268.

²⁵ E. v. LIEBERT, *Leben*, 1925, S. 174.

²⁶ Loebell behielt bis zu seinem Wechsel in die Reichskanzlei weiterhin sein Landtagsmandat in demselben Kreis zusammen mit Bredow-Landin, hierzu auch Th. KÜHNE, *Handbuch*, 1994, S. 198 ff.

²⁷ E. v. LIEBERT, *Leben*, 1925, S. 174.

²⁸ In diesem Zusammenhang bieten die Memoiren Lieberts eine besondere Anekdote. War es verblaßte Erinnerung oder bewußte Verdrängung einer schmerzlichen Niederlage gewesen, auf jeden Fall sah sich Liebert 1903 angeblich in einer Stichwahl mit Peus, die er nur knapp mit 99 Stimmen verloren habe, siehe E. v. LIEBERT, *Leben*, 1925, S. 174. Vgl. dagegen F. SPECHT/P. SCHWABE, 1908, S. 36, mit dem Hauptwahlergebnis 1903 für den 8. Wahlkreis (Potsdam) Westhaveland-Brandenburg a. H. Die Literatur hat die Angaben Lieberts bislang stets ungeprüft nach seinen Memoiren übernommen.

Wahlganges der Ersatzwahl 1900 hatte Liebert im Vergleich zu Loebell sogar über 500 konservative Stimmen verloren. Dies war ein schlechter Start ins politische Leben gewesen, und v. Liebert war darüber bitter enttäuscht. Die Wahlniederlage 1903 gehörte mit seinem vorzeitigen Abschied aus der Armee zu den traurigsten Kapiteln seines Lebens, sollte er wenige Jahre später dem Schriftführer des Reichsverbandes, Dr. Albert Bovenschen, anvertrauen.²⁹

Die Kandidatur des Reichsverbandsvorsitzenden im Jahr 1907 stand dagegen unter insgesamt günstigeren Vorzeichen. Liebert, der für die Freikonservativen antrat, brauchte sich zunächst einmal keiner liberalen Gegenkandidatur erwehren. Die Bemühungen Paul Mehnerts, der zusätzlich zu seiner Rolle als Wahlkampfbeobachter für die Reichskanzlei um die Jahreswende auch versucht hatte, für ganz Sachsen die Koordination eines umfassenden Kartells zwischen den bürgerlich-nationalen Parteien schon für den Ersten Wahlgang zu Wege zu bringen³⁰, waren im Kreis Borna-Pegau zum wenigsten nicht ganz ohne Erfolg geblieben: Im 14. Stimmbezirk konnte sich ein gemeinsamer Wahlausschuß, bestehend aus Deutsch-Konservativen, Bund der Landwirte und Liberalismus, etablieren.

Liebert hatte sich, gemäß seinen Erinnerungen, als Kandidat empfohlen, als er während zweier »nationaler Vorträge« in Borna und Pegau Anfang November 1906 einem Stadtrat aufgefallen war, der ihm damals bereits die Nominierung angetragen habe.³¹ Das Wahlkomitee bestimmte seinen Kandidaten jedoch erst, nachdem er in einer »Proberede« sein seit 1903 gewachsenes agitatorisches Talent erfolgreich unter Beweis stellen sollte. Nicht ohne Belang mag dabei ebenso gewesen sein, daß Liebert die Kandidatur im ehemaligen Wahlkreis des konservativen Rittergutsbesitzers und Kammerherrn Arnold von Frege-Weltzien annahm, einem BdL-Vorstandsmitglied, der mit zu den Initiatoren des RgS gehörte und über dessen Person Verbindungslinien zwischen Bund und Reichsverband liefen.³²

Liebert muß ein vorzüglicher Redner gewesen sein, der sein Publikum mitreißen konnte. Ganz im Gegensatz etwa zu seinem alldeutschen Verbandskollegen Ernst Hasse, der im Wahlkampf nie eine besonders gute Figur machte, da er mit elitärem, honoratiorenhaftem Dünkel eher Distanz zu seinen Wählern wahrte, scheint Liebert in Borna keine Mühe gescheut zu haben, auf Wahlkampfreise häufig öffentlich zu sprechen. Nach Schluß einer Versammlung ließ er sich gar gerne dazu herab, »in der Kneipe« noch

²⁹ GStA, Rep. 92, NL Bovenschen Lit. L, Liebert an Bovenschen, 30. 12. 1909.

³⁰ BA Potsdam Rkzlei. 1795, Mehnert an v. Bülow, 4. 1. 1907. Die Bemühungen Mehnerts, für jeden sächsischen Wahlkreis nur einen einzigen »nationalen« Kandidaten aufzustellen, waren u. a. am ablehnenden Verhalten seiner eigenen Parteifreunde nahezu völlig gescheitert. Gerade im Königreich Sachsen sollten 1907 15 Doppel- oder Dreifachkandidaturen im bürgerlichen Lager die Block-Strategie Bülows unterlaufen, siehe hierzu auch J. SCHMÄDEKE, 1995, S. 613.

³¹ E. v. LIEBERT, *Leben*, 1925, S. 179, 182.

³² Siehe H. J. PUHLE, *Agrarische Interessenpolitik*, 1975, S. 149.

besondere Geschichten aus den Kolonien zum besten zu geben.³³ Wenn v. Liebert in seinem sächsischen Wahlkreis anfänglich »mit Mißtrauen empfangen wurde«³⁴ und sich darüber beklagen sollte, daß man ihm vorwerfe, »er [sei] fremd, [sei] Preusse und [sei] General«³⁵, scheint er dennoch durch sein persönliches Auftreten und seine Eloquenz viele Wähler überzeugt zu haben. Sein sozialdemokratischer Konkurrent Georg Schöpflin, über den Liebert urteilte, daß er ein »gewaltiger Redner« sei, hat ihm eine gewisse Energieleistung mit Sicherheit auch abgefordert. Im Rededuell standen sich beide allerdings nie direkt gegenüber, da Sozialdemokraten und Blockparteien in Borna eine solche Konfrontation vermieden und Liebert es wohl abgelehnt hatte, sich mit Schöpflin »in offener Redeschlacht« auseinanderzusetzen.³⁶

Die Sozialdemokraten, die kurz vor Weihnachten noch damit gerechnet hatten, daß »der Generalissimus des Reichsverbandes zur Verleumdung der Sozialdemokratie auf der Strecke geblieben« sei, da die Brandenburger Wahlvereinigung eine erneute Kandidatur Lieberts in seinem alten Wahlkreis Westhavelland abgelehnt hatte³⁷, waren zwar überrascht über seine Nominierung in Sachsen. Die lokale und regionale Parteivertretung, die für ihre Organisation in der Vergangenheit trotz mannigfaltiger Widrigkeiten in diesem noch agrarisch strukturierten Kreis von Wahl zu Wahl ein besseres Ergebnis erzielen konnte, gab sich aber dennoch siegessicher – schließlich bot der Vorsitzende des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie eine breite Angriffsfläche. Die *Leipziger Volkszeitung* richtete, da Liebert für sie schlechterdings den bourgeois-elitären Antisozialismus verkörperte, ihre Agitation völlig auf die Person des freikonservativen Kandidaten aus. Zur »Fidelität« steigere sich die sozialdemokratische »Kampflust« im 14. Wahlkreise, meldete das Blatt am 4. Januar mit bitterem Sarkasmus, »wo der eisenfresserische Reichsverbandskommandeur v. Liebert in höchst eigener Person in die Arena des Wahlkampfes herabgestiegen ist und sich mit größter Tapferkeit jeden Tag eine neue Blamage ersiegt.«³⁸ Er habe sich »feig« hinter die konservativ-agrarischen Führer gesteckt, die ihn vor dem Sozi Schöpflin decken müssen«, und v. Bülow »um ein Wahlprogramm er sucht«, weil das Reichsverbandspulver nicht »wie die russischen Geschütze in der Seeschlacht vor Tsushima ... bis an den Feind heran[reiche]«. Der Vorsitzende des Reichsverbandes wurde als »Kneifer« und »Säbelrassler«

³³ Ebd., S. 183.

³⁴ Liebert an Keim, 11. 1. 1907, zitiert nach M. ERZBERGER, *Bilder*, 1907, S. 50.

³⁵ So Liebert während einer Sitzung des Reichstages, SBR, XII/1, 25. 2. 1907, S. 21.

³⁶ *Leipziger Volkszeitung*, 4. 1. 1907.

³⁷ Siehe Vorwärts, 21. 12. 1906. Der Vorsitzende der Wahlvereinigung Brandenburg, Dr. Görcke, hatte erklärt, daß an eine Aufstellung v. Lieberts »nicht wieder zu denken« sei, da die Kandidatur »eine recht unglückliche« gewesen sei. Allerdings wird diese Meldung des Vorwärts durch die Tatsache relativiert, daß Görcke selbst für die Nationalliberalen antreten sollte – und das Mandat schließlich gewann.

³⁸ *Leipziger Volkszeitung*, 4. 1. 1907.

charakterisiert, dem die Wähler in Borna am 25. Januar eine »Blamage« bereiten würden.

Liebert ließ sich nicht beirren. Den ganzen Januar hindurch befand sich der RgS-Vorsitzende auf Wahlfahrt durch »elf Städte und über 200 Dörfer«. Wie er in seinen Erinnerungen schildert, wollte »jeder Bürger und womöglich jeder Landwirt ... den General sehen und sprechen hören. Die Versammlungen«, berichtet Liebert über seine Erfahrungen, »waren stets voll besucht, sehr national gestimmt und voller Zuversicht auf den Wahlsieg«.³⁹ Auch der in seinen Wahlbeobachtungen stets kritische Mehnert konnte schon am 4. Januar, einen Tag nach Beginn der Wahlkampagne der Kartellparteien in Borna, notieren, daß der Reichsverbandsvorsitzende »in verschiedenen Versammlungen sehr gut angesprochen« habe.⁴⁰ Und in einem Schreiben vom 23. Januar teilte Mehnert der Reichskanzlei mit, Liebert habe »durch sein persönliches Auftreten viele Freunde und viele begeisterte Anhänger gefunden«.⁴¹

Schließlich gewährte die Organisation des RgS ihrem Vorsitzenden jede agitatorische und finanzielle Hilfe. Im Unterschied zu seiner Kandidatur in Westhavelland standen Liebert dieses Mal »die reichen finanziellen Mittel des Reichsverbandes und auch die besten rednerischen Kräfte dieser Vereinigung zur Verfügung«, konnte Mehnert feststellen.⁴²

Der persönliche Wahlkampfeinsatz Lieberts und die Unterstützung seiner Verbandsorganisation mochten sich gegen seinen sozialdemokratischen Kontrahenten als hinreichend erweisen, jedoch mußte von Liebert noch einen weiteren Konkurrenten ausschalten, um das Mandat in Borna zu erringen. Die antisemitische Reformpartei hatte mit dem Kaufmann Curt Fritzsche aus Connewitz einen hartnäckigen, unbequemen Gegenkandidaten aufgestellt. Er trug die Hoffnung seiner Partei, im Königreich Sachsen nach 1898 und 1903 weitere Erfolge zu verbuchen.⁴³ Liebert befand sich gegenüber Fritzsche in einer taktisch ungünstigen Position. Die Reformpartei war zunächst zwar der Wahlkoalition für Liebert nicht beigetreten, Fritzsche hatte dennoch trotz aller ausschweifender Polemik gegen den freikonservativen Kartellkandidaten eine Stichwahlzusage gegeben oder fest in Aussicht gestellt.⁴⁴ Liebert konnte sich demnach nicht erlauben, durch eigene

³⁹ E. v. LIEBERT, *Leben*, 1925, S. 182.

⁴⁰ BA Potsdam Rkzlei. 1795, Mehnert an v. Bülow, 4. 1. 1907.

⁴¹ BA Potsdam Rkzlei. 1807, Mehnert an v. Loebell, 23. 1. 1907.

⁴² BA Potsdam Rkzlei. 1795, Mehnert an v. Bülow, 4. 1. 1907.

⁴³ Zu den antisemitischen Wahlerfolgen in Sachsen im Überblick J. SCHMÄDEKE, 1995, S. 491 ff. und 612, mit weiterer Literatur zur wahlpolitischen Bedeutung des Antisemitismus, der in Sachsen, insbesondere in der Dresdener Region, zwar eine »zweite Hochburg« besaß, aber »eher eine allgemeinpolitische Erscheinung als eine bodenständige Kraft [blieb], die er in Hessen darstellte«, ebd., S. 612.

⁴⁴ BA Potsdam Rkzlei. 1807, Liebert an Keim, 21. 1. 1907. Paul Mehnert behauptete am 4. Januar in seinem Wahlbericht an Bülow hingegen, daß ihm ein Brief Fritzsches vorliege, in welchem dieser dem Wahlausschuß für Liebert mitteile, daß er Liebert »auch nicht in der Stichwahl mit den Sozialdemokraten« unterstützen wolle, BA Potsdam

Attacken auf seinen Konkurrenten dieses Versprechen aufs Spiel zu setzen. Auch bemühten sich beide um Unterstützung der neugegründeten, konservativ-reformerischen Sächsischen Mittelstandsvereinigung, deren Beschluß, welchen Kandidaten sie ihrer nicht unbedeutenden Klientel empfehlen sollte, erst zu den Hauptwahlen zu erwarten stand; Fritzsche war Mitglied dieser Vereinigung, Liebert hatte ihr Programm »als seinen Anschauungen entsprechend« anerkannt.⁴⁵ Und schließlich konnte Liebert seinen Reichsverband unmöglich gegen einen nationalen Kandidaten mobilisieren, der in der Hauptwahl Stimmen gegen die Sozialdemokraten band.

Das auslösende Moment für einen »Notschrei« Lieberts an General Keim vom 21. Januar, über die Reichskanzlei Druck auf den Antisemiten ausüben zu lassen, damit dieser seine Kandidatur zurückziehe, ist nun weniger darin zu suchen, daß der RgS-Vorsitzende sein Schicksal nicht in die Hand seines unberechenbaren Kontrahenten legen wollte. Wenn auch der Reichsverbandsgeneral stets betonen sollte, die »Stimmung [sei] günstig« für ihn, und Fritzsche, bei nüchterner Betrachtung, tatsächlich eher ein Ärgernis denn eine Gefahr für seinen freikonservativen Konkurrenten darstellte⁴⁶, lagen die tieferen Gründe für das ungewöhnliche und ungeduldige Ersuchen an die Reichsleitung woanders: Der eloquente Liebert kam mit dem auf »stark demagogische Weise agitierenden« Reformen augenscheinlich nicht zurecht.⁴⁷

Fritzsche hatte den Wahlkreis schon seit einem Jahr fast im Stil eines Otto Böckel »bearbeitet«.⁴⁸ »Der Reformer«, so schrieb Liebert gegen Ende der Wahlbewegung an Keim, »sei ein dunkler Ehrenmann, der mit den gemeinsten Mitteln bei den kleinen Leuten krebst und ihnen die Köpfe verdreht. [Er] verspricht ... jedem alles und reizt die Leute gegen alle Wohlhabenden, Industriellen usw. auf.« Und mit etwas Fatalismus, der gegen Ende dieses

Rkzlei. 1795, Mehnert an v. Bülow, 4. 1. 1907. Dennoch hat Fritzsche Liebert ein solches Versprechen später wohl gegeben, was in einer Passage jenes Schreibens, das Liebert am 21. Januar an Keim abgeschickt hat, deutlich wird: »Bei seinem [Fritzsches, d. V.] Wählen ist es ... nicht sicher, daß er seine Wähler – wie verabredet – tatsächlich für die Stichwahl zu mir herüberführt.« Hervorhebungen d. Verf.

⁴⁵ BA Potsdam Rkzlei. 1795, Mehnert an v. Bülow, 4. 1. 1907.

⁴⁶ BA Potsdam Rkzlei. 1807, Liebert an Keim, 21. 1. 1907. Fritzsche erhielt in der Hauptwahl von 25 368 gültigen Stimmen (= 92,7 Prozent der Wahlberechtigten) 4756, Liebert 10 812, der Sozialdemokrat 9811. Gegenüber 1903 hatte Liebert den konservativen Stimmenanteil in Borna um 2008 oder 3,2 Prozent ausbauen können, was allerdings zum Teil durch das Kartell mit den Liberalen begünstigt worden war. Schöpflin hatte im Vergleich zur Hauptwahl 1903 592 Wähler verloren. Der Reformer hatte Liebert konservative und jene Stimmen streitig gemacht, die durch die Mobilisierung von Nicht- und Neuwählern gegenüber 1903 hinzugekommen waren.

⁴⁷ BA Potsdam Rkzlei. 1807, Keim an v. Loebell, 21. 1. 1907 mit einer Depesche Lieberts an Keim, die den folgenden Text enthielt: »nebenkandidatur fritzsche wird immer unbequemer und erregt die kleinen gut gesinnten Leute demagogisch[...] kann mittelstandsvereinigung und reformpartei nicht veranlasst werden, kandidatur noch zurückzuziehen? sonst stimmung günstig«. Die Depesche stammt vom 20. 1. 1907.

⁴⁸ BA Potsdam Rkzlei. 1795, Mehnert an v. Bülow, 4. 1. 1907.

kräftezehrenden Wahlkampfes wohl zeitweilig seine Müdigkeit begleitete, fügte Liebert hinzu: »Nun, komme es, wie es will! Ich habe meine Schuldigkeit getan und vier Wochen wie ein Löwe gefochten... Es ist das letzte Mal. Nie wieder lasse ich mich auf einen Wahlkampf ein. Das Handwerk ist zu gemein.«⁴⁹

Die feinen Nuancen der Kampagnetechnik zwischen den Funktionären nationaler Verbände und populistisch agitierenden Antisemiten, die in ähnlichem Zusammenhang bereits für den Wahlkampf alldeutscher Kandidaten zu beobachten waren, offenbarten sich erneut sehr deutlich. Wie Heinrich Claß war auch Eduard von Liebert der Wahlkampfstil Böckelscher Prägung suspekt, unangenehm und bisweilen gefährlich. Der Vorsitzende des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie wußte sich schließlich gegen seinen antisemitischen Konkurrenten nur mit dem Versuch zu behelfen, ihn unsanft aus dem Rennen katapultieren zu lassen.

Dieses Anliegen Lieberts wurde noch am selben Tag, da der Termin der Hauptwahlen drängte, von General Keim an den Vortragenden Rat in der Reichskanzlei, v. Loebell, weitergeleitet. Dieser richtete daraufhin an Paul Mehnert die Bitte, sich der Angelegenheit »nach Möglichkeit anzunehmen« und seine politischen Beziehungen zur Reformpartei sowie zur Mittelstandsbewegung auszuspielen.⁵⁰ Gegen den hartnäckigen Fritzsche drang jedoch Mehnert nicht durch: Die »Beseitigung der Kandidatur Fritzsche im 14. Wahlkreise [erscheine] ausgeschlossen«, meldete er am 23. Januar an Loebell.⁵¹ Der verlängerte Arm der Reichskanzlei scheint den Antisemiten demnach kaum erreicht zu haben. Immerhin konnte Mehnert arrangieren, daß die »hauptsächlichsten Wahlmacher« die Aufrufe für den freikonservativen Kartellkandidaten auch im Namen und mit Erlaubnis der Mittelstandsvereinigung publizierten. Liebert, nicht Fritzsche, erschien somit als deren offizieller Kandidat.

⁴⁹ BA Potsdam Rkzlei. 1807, Liebert an Keim, 21. 1. 1907. An dieser Stelle sei hinzugefügt, daß Eduard von Liebert noch zweimal, 1912 und, nach erfolgreicher Wahlanfechtung durch die Sozialdemokraten, 1914, einen Wahlkampf führen sollte. Er bewies damit zumindest mehr Ausdauer als etwa Heinrich Claß, der bereits nach einer Niederlage 1903 genug hatte.

⁵⁰ BA Potsdam Rkzlei. 1807, Keim an v. Loebell, 21. 1. 1907; Keim an [Oberregierungsrat] v. Günther, 22. 1. 1907; v. Loebell an Mehnert, 21. 1. 1907. Keim hatte auf ein ähnliches Ersuchen Lieberts Mitte Januar bereits geantwortet, daß »von hier aus alles geschehen [sei], auch von seiten der Reichskanzlei, um Ihnen die unbequeme Konkurrenz vom Halse zu schaffen«. Obwohl eine Gesprächsnotiz Loebells vom 16. 1. die Stichworte »Mehnert ... Borna (Liebert); Mittelstandskandidatur zurückziehen« enthält, siehe BA Potsdam Rkzlei. 1807, Gesprächsnotiz Loebell, 16. 1. 1907, scheinen von seiten der Reichskanzlei jedoch keine Schritte unternommen worden zu sein. Erst auf neuerliche Anfrage Lieberts wurde Mehnert gebeten einzuschreiten.

⁵¹ BA Potsdam, Mehnert an v. Loebell, 23. 1. 1907. Das Eingreifen Mehnerts zugunsten v. Lieberts hatte ein Nachspiel. Auf Anfragen der Deutschen Reformpartei, ob die Reichskanzlei in den Wahlkampf eingegriffen habe, mußte die offiziöse Norddeutsche Allgemeine Zeitung dementieren, siehe Norddeutsche Allgemeine Zeitung, 24. 2. 1907; vgl. Germania, 24. 2. 1907 (2. Bl.).

Der Reichsverbandsvorsitzende gewann die Stichwahl gegen den Sozialdemokraten⁵², eroberte den Wahlkreis und zog als freikonservativer Abgeordneter in den Reichstag ein. Sein persönlicher Einsatz, die Unterstützung seiner Organisation, die Kartellhilfe der Liberalen sowie die Wähler der Reformpartei (die im zweiten Wahlgang doch für Liebert stimmten) und des Mittelstandes hatten im Verein zu seinem Sieg beigetragen. Das Ergebnis im 14. sächsischen Bezirk fügte sich in den Trend ein, der die politische Situation im »roten Königreich« während der Wahlbewegung 1907 bestimmte. Die Mehrheit der Mandate, die den Sozialdemokraten 1903 zugefallen waren, wurde ihnen vier Jahre später wieder entwunden. Und wie in ganz Sachsen die intensivierte Agitation der bürgerlich-nationalen Parteien und Verbände eine wesentliche Rolle gespielt hatte, die Sozialdemokratie zurückzudrängen, so kam auch im 14. Bezirk der Arbeit des Reichsverbandes große Bedeutung zu. Der Wahlkampfeinsatz des RgS-Vorsitzenden war hiervon ein wichtiger Teil gewesen.⁵³

Eduard v. Liebert war nicht der einzige Spitzenfunktionär des RgS, der im Wahlkampf 1907 erfolgreich kandidierte. Der Zweite Vorsitzende Paul Hagemann siegte als Hospitant der Nationalliberalen in Erfurt und das freikonservative Vorstandsmitglied Willy von Dirksen im 9. Wahlkreis Frankfurt a. O., Cottbus. Die Ausschußmitglieder Paul Lehmann, Neustadt a. d. O. (Jena), und Hermann Paasche, Kreuznach-Simmern, die für die Nationalliberalen kandidierten, zogen gemeinsam mit ihren konservativen Kollegen August Pauli in Osthavelland und Karl Friedrich Freiherr von Richthofen-Damsdorf im 9. Breslauer Wahlkreis, Schweidnitz, ebenfalls in den neuen Reichstag ein. Für das konservative Ausschußmitglied Max Porzig, der wegen einer anstehenden Berufung an das Reichsgericht sein bestehendes Mandat nicht mehr wahrnehmen konnte, war im Wahlkreis Sachsen-Altenburg der Leiter der lokalen RgS-Gruppe, Edmund Schmidt, unter freikonservativem Mandat angetreten und konnte den Sitz Porzigs verteidigen. Von denjenigen Ausschußmitgliedern und Reichstagsparlamentariern, die im Herbst 1904 ebenso wie die vorstehend genannten zu den Unter-

⁵² Der Vorwärts, 27. 1. 1907, kommentierte die anstehende Stichwahlentscheidung mit folgender Meldung, die die Person des Kartellkandidaten noch einmal hart attackierte: »Herr Liebert, der Organisator und Protektor des Streikbrechertums, ist im 14. sächsischen Wahlkreis (Borna) mit dem Genossen Schöpflin in aussichtsvolle Stichwahl gekommen. Rafft sich nicht das Proletariat dieses Wahlkreises noch in letzter Stunde zu einer gewaltigen Kraftanstrengung zusammen, so wird der Vertreter des kämpfenden Proletariats durch den Generalissimus des Reichsverleumdungsverbandes, durch den Schirmherr aller Gelben und Streikbrecher verdrängt.«

⁵³ Zu den Gründen der Wahlentscheidung in Sachsen 1907 J. SCHMÄDEKE, 1995, S. 615, der neben der Block-Strategie den Ausgang der Wahlen insbesondere auf den Propagandaeinsatz des antisozialdemokratischen Lagers zurückführt. Gemessen am Wahlausgang 1903, bei welchem der konservative Kandidat im ersten Wahlgang 8804 Stimmen, der Bewerber der Freisinnigen Volkspartei 3162 und Schöpflin 10403 erhalten hatten, war nicht mit Sicherheit anzunehmen, ob sich ein »nationaler« Kandidat auch 1907 allein mit liberaler Kartell- oder Stichwahlhilfe würde durchsetzen können.

zeichneten des ersten RgS-Aufrufs gehört hatten, verzichtete Dr. med. Jacob Becker-Offenbach auf eine erneute Kandidatur. Christoph von Tiedemann trat vermutlich aus gesundheitlichen Gründen in seinem Bromberger Stimmbezirk nicht mehr an, und Hermann Graf von Arnim-Muskau überließ seinen Wahlkreis Ernst Bassermann, der für die Wahl 1907 unablässig auf der Suche nach einem sicheren Mandat war.⁵⁴

Da der Reichsverband von einer nicht unerheblichen Anzahl MdR des Mitte-Rechts-Spektrums mitbegründet worden war und in seinen oberen Führungsgremien mitgetragen wurde, ist die relativ große Anzahl gewählter RgS-Volkvertreter an und für sich nicht weiter erstaunlich. Die Reichsverbandsfunktionäre hatten im Gegensatz etwa zu ihren alldeutschen Kollegen, die nach dem Wahldebakel von 1903 ihren einzigen Abgeordneten im Reichstag verloren hatten, in der Mehrzahl und Regel »nur« die Aufgabe, ein schon bestehendes Mandat zu verteidigen und nicht das ärgere Problem, einen Parlamentssitz erobern zu müssen. Sie vermochten, zumindest 1907, trotz ihres bisweilen überkritischen Antisozialismus das Vertrauen ihrer jeweiligen Partei auch weiterhin zu bewahren oder doch bei einer parlamentarischen Fraktion als Hospitant akzeptiert zu werden. Dagegen blieben die alldeutschen Funktionäre bereits während der Nominierungsverhandlungen infolge ihrer extremistischen Weltanschauung (oder ihrer wahlkämpferischen Defizite) auf der Strecke und waren in ihren Fraktionen meist isoliert.⁵⁵

Jedoch hatten die mit demonstrativ integralnationalistischer Haltung agierenden Reichsverbandskandidaten gleich ihren alldeutschen Kollegen einen hohen Tribut an die Parteiraison zu entrichten, die auch bei nationalen Wahlen nicht immer über das Vaterland ging. So mußten sämtliche, den obersten Gremien des RgS angehörenden Funktionäre und Politiker, die bei den Reichstagswahlen von 1907 antraten, die für sie unerfreuliche Erfahrung machen, sich in der Hauptwahl zunächst gegen Bewerber aus dem Blocklager durchsetzen zu müssen. Kurios war in diesem Zusammenhang die Situation im Wahlkreis Erfurt 4, Stadt Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück. Hier war der Zweite Vorsitzende des Reichsverbandes, Landgerichtsrat Paul

⁵⁴ Der Vorwärts, 12. 2. 1907, sollte Beckers Verzicht damit kommentieren, daß Dr. Becker »es auf Grund seiner Reichstagstätigkeit nicht mehr wagen durfte, in seinem bisher innegehabten Wahlkreis zu kandidieren«. Zu Bassermanns Suche nach einem sicheren Wahlkreis hatte das sozialdemokratische Organ am 11. 1. folgendes zu vermelden: »Das prägnanteste Zeichen für den vollkommenen Verfall der nationalliberalen Partei ... ist die Tatsache, daß der eigentliche Führer der Partei im aufgelösten Reichstag, Herr Bassermann, ruhelos in ganz Deutschland nach einem Wahlkreis gesucht hat, bis sich seiner der erzreaktionäre, arbeiterfeindliche Graf Arnim-Muskau annahm und ihm seinen eigenen Wahlkreis anbot.« Zur Kandidatur Bassermanns vgl. auch T. ESCHENBURG, 1929, 51 ff., der den Verzicht Arnims auf Vermittlungsbemühungen Bülows zurückführt. Christoph von Tiedemann verstarb ein halbes Jahr nach den Wahlen am 20. Juli 1907.

⁵⁵ Die gescheiterten Nominierungen Georg Freiherr von Stössels in Döbeln während der Wahlbewegung 1903 oder Ernst Hasses 1907 in Oschatz können hier wohl als beste Beispiele dienen, siehe dazu das Kapitel über den Alldeutschen Verband.

Hagemann, als Kandidat der Nationalliberalen Partei gezwungen, sein Mandat zugleich gegen den sozialdemokratischen Herausforderer Heinrich Schulz und den Bewerber der Konservativen, Prof. Suchsland, zu verteidigen. Die bürgerlichen Parteiwahlkomitees hatten sich nicht auf eine Alleinkandidatur Hagemanns verständigen können. Als Wahllobmann für Suchsland fungierte interessanterweise der Vorsitzende der lokalen Reichsverbandsgruppe und Berufskollege Hagemanns, Landgerichtsrat Schettler. Die sozialdemokratische *Magdeburger Volksstimme* weidete sich an diesem »Bruderkrieg der Reichsverbändler«.⁵⁶ Genüßlich zitiert das Blatt gegenseitige Vorwürfe der Liberalen und Konservativen, »schnödeste Interessenpolitik« in diesem nationalen Wahlkampf zu treiben. Schettler bezeichnete die Wahlmänner Hagemanns in der konservativen *Erfurter Abendpost* als »unsichere Kantonisten, Überläufer, Pseudopolitiker und polnische Chamäleons«, während Hagemann Suchsland »als unbeschriebenes Blatt« abkanzelte. Erst die anstehende Stichwahlentscheidung gegen den deklarierten politischen Antagonisten sollte schließlich von den Reichsverbandsfunktionären eine Lockerung ihrer Parteiloyalität einfordern. Trotz aller Anfeindungen fielen die konservativen Stimmen aus der Hauptwahl im Zweiten Wahlgang fast ausnahmslos dem zweitplazierten Paul Hagemann zu. Der Sozialdemokrat Heinrich Schulz wurde schließlich um 5000 Stimmen geschlagen.

Eine ähnliche Konstellation ergab sich im Wahlkreis des RgS-Ausschußmitglieds August Pauli, der die undankbare Aufgabe hatte, seinen Wahlkreis Potsdam-Osthavelland-Spandau gegen Karl Liebknecht verteidigen zu müssen.⁵⁷ Pauli, der im Reichstag bei der konservativen Fraktion hospitierte, hatte im sogenannten »Hohenzollern-Wahlkreis« Ende Dezember auf einer Wählerversammlung die Unterstützung des konservativen Neuen Wahlvereins, des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, welcher auf der Berufungsversammlung vertreten war, der patriotischen Vereine und des Volksbundes erhalten. Die Nationalliberalen stellten bei dieser Gelegenheit zwar eine Stichwahlkoalition in Aussicht, behielten sich die Nominierung eines eigenen, liberalen Kandidaten jedoch vor.⁵⁸ Kaum eine Woche später präsentierten sie den Vorsitzenden der Alters- und Invaliditätsversicherungsanstalt Dr. Richard Freund von der Freisinnigen Volkspartei als ihren Kandidaten und erwarteten von den Konservativen, daß diese »von Beginn an« für Freund eintreten würden. Im liberalen Lager wußte man nur zu gut, daß die Stimmenarithmetik gegen einen Einzug des Liberalen in den Zweiten Wahlgang sprach, falls er neben Pauli kandidierte, und pochte auf Kompensation für geleistete Stichwahlhilfe zugunsten der Konservativen wäh-

⁵⁶ *Volksstimme Magdeburg*, 18. 1. 1907 (1. Beil.).

⁵⁷ Vgl. zu Wahlkämpfen (insbesondere 1912) in Potsdam-Osthavelland auch B. BOGEDAIN, 1980, S. 2.

⁵⁸ *Norddeutsche Allgemeine Zeitung*, 28. 12. 1906.

rend der Wahlbewegung 1903.⁵⁹ Eine mittlerweile vom konservativen Neuen Wahlverein gefaßte Entscheidung, Freund lediglich in der Stichwahl zu unterstützen, erachteten die Liberalen als nicht ausreichend. Eine liberale Deputation trat daraufhin in Verhandlungen mit dem Neuen Wahlverein und dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie.⁶⁰ Die Kandidaturen sowohl Paulis als auch Freunds blieben jedoch bestehen.

Angesichts der vorstehend geschilderten Probleme war es nur allzu verständlich, wenn das »*Handbuch für nicht-sozialdemokratische Wähler*« grundsätzlich feststellen sollte, daß der Reichsverband »als solcher [sich nicht] um die Aufstellung von Kandidaten [kümmere], sondern erst dann in Tätigkeit [trete], wenn die verschiedenen in dem betreffenden Wahlkreise in Frage kommenden Parteien ihren Kandidaten aufgestellt haben.«⁶¹ Das Handbuch sprach aus Erfahrung. Denn nicht selten erlitt der Reichsverband Schiffbruch, wenn er unter Umgehung dieser selbstauferlegten Regel versuchte, im Vorfeld des Hauptwahlganges die Nominierungsverhandlungen gemäß des Kartellgedankens zu steuern. So hatten Geschäftsführer Dr. Bovenschen und Mitglieder des RgS-Vorstandes bereits kurz nach Etablierung des Verbandes, im Herbst 1904, Anstrengungen unternommen, über die Berliner Zentralleitungen der Konservativen und Nationalliberalen Einfluß auf die Kandidatennominierungen bei den Ersatzwahlen in Jerichow und Calbe-Aschersleben, Wahlkreise Magdeburg 3 bzw. 7, auszuüben, damit dort ein »gemeinsame[r] nationale[r] Kandidat« aufgestellt würde. – Aber ohne Erfolg: in beiden Stimmbezirken konkurrierten nationale Kandidaten im Ersten Wahlgang miteinander.⁶²

Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie vermochte unter diesen Umständen auch nie, die Aufstellung eines gemeinsamen Kartellkandidaten mehrerer Parteien ähnlich der bei den Sozialdemokraten geübten Praxis als »demonstrative Handlung« gegenüber dem politischen Gegner darzustellen und propagandistisch auszunutzen.⁶³ Alleine schon die Notwendigkeit, Bündnisverhandlungen eingehen zu müssen, gestaltete den Ablauf der Kandidatenkür im Bülow-Block grundsätzlich zu einer »wägenden Entscheidung«, die per se kaum dazu geeignet war, den bedrohlichen Ausdruck einer bürgerlichen Phalanx anzunehmen. Im Gegenteil: Die sich oftmals über Tage hinziehenden, abendfüllenden Sitzungen, die von lebhaftesten Diskussionen zwischen den verschiedenen Wahlkomitees gekennzeichnet waren, wurden gerade von den Sozialdemokraten zwar mit Interesse, aber mehr noch mit Ironie verfolgt. Die sozialdemokratischen Presse verhöhnte das mühsam erzielte Verhandlungsergebnis dann nicht selten als »Kuddelmud-

⁵⁹ Ebd., 6. I. 1907.

⁶⁰ Ebd., 6. I. 1907.

⁶¹ Handbuch für nicht-sozialdemokratische Wähler, 1907, S. 238.

⁶² BA Potsdam Rkzlei. 1395/1, Protokoll der Sitzung des Vorstandes, 27. 10. 1904.

⁶³ Siehe D. HERTZ-EICHENRODE, 1990, S. 247.

del-«, »Mischmasch-« oder, mit einigem Selbstbewußtsein, gar als »Durchfallkandidatur«.

Im Rahmen der nicht ganz problemlosen Etablierung des Bülow-Blocks tat der Reichsverband demnach gut daran, den zentralen und lokalen Parteileitungen der Liberalen und Konservativen die Schwierigkeiten der Kandidatenfindung zu überlassen; auf dieser Ebene gab es für ihn wenig zu gewinnen, aber um so mehr an Vertrauen zu verlieren. Im Sinne demonstrativer Handlungen gegenüber den Sozialdemokraten war die Vermittlung von Stichwahlbündnissen, die zudem flexibler zu handhaben war, ein weit aus lohnenderes Arbeitsfeld.

Der Reichsverband konnte 1907 etwa in den beiden pommerschen Wahlkreisen Stadt Stettin und Randow-Greifenhagen dazu beitragen, daß ein Arrangement über ein wahlkreisübergreifendes synchrones Stichwahlbündnis zwischen Linksliberalen und Konservativen bzw. Mittelständlern zustande kam. Stettin und Randow-Greifenhagen waren zwischen Sozialdemokraten, die 1906 beide Mandate innehatten, Linksliberalen, die hier eine ihrer traditionellen ostelbischen Hochburgen besaßen, und Konservativen hart umstritten. Nach den Hauptwahlen, in denen weder in Stettin noch in Randow ein Kandidat die absolute Mehrheit der Stimmen hatte erreichen können, organisierte die Reichsverbandsgruppe Stettin kurz vor den Stichwahlen eine von sämtlichen bürgerlichen Parteien aus beiden Wahlkreisen beschickte, mit 1000 Teilnehmern gut besuchte Wählerversammlung. In der von patriotischem Pathos erfüllten Veranstaltung erklärten der jeweils unterlegene Mittelstands- bzw. der linksliberale Kandidat »unter stürmischen Kundgebungen und langanhaltendem Beifall« ihre Stichwahlvoten für den im ersten Durchgang besserplazierten bürgerlichen Konkurrenten. Diese mündlichen Versprechen wurden durch schriftliche Resolutionen der Teilnehmer und Zuhörer einstimmig bestätigt.⁶⁴ Während zweier weiterer, durch Funktionäre des Reichsverbandes in den Orten Pölitz und Altdamm einberufener Wählerversammlungen im Nachbarwahlkreis Randow wurde dieses Prozedere an den darauffolgenden Tagen wiederholt.⁶⁵ Beide Wahlkreise fielen bei den Stichwahlen letztlich den linksliberal-konservativen Kompromißkandidaten zu. Die dem Reichsverband nicht immer wohlgesonnene *Kreuzzeitung* kommentierte den Erfolg der ungewöhnlichen Koalition und ihres Vermittlers mit ausdrücklichem Lob – aber zugleich auch mit der bezeichnenden Bemerkung, daß der Reichsverband in Stettin sich »vor einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Parteien ..., soweit wir erfahren haben, zu hüten verstanden« habe.⁶⁶ Diese diffizilen Aufgabe hinter den Kulissen hatte offenbar der Oberpräsident der Provinz Pommern, Hans Freiherr von Maltzahn-Grimmen, in seiner Eigenschaft als konservativer

⁶⁴ Siehe Norddeutsche Allgemeine Zeitung, 31. 1. 1907, zum Verlauf der Versammlung.

⁶⁵ Norddeutsche Allgemeine Zeitung, 5. 2. 1907.

⁶⁶ Neue Preußische Zeitung (Kreuzzeitung), 3. 2. 1907; siehe auch Der Reichsverband in seiner praktischen Tätigkeit, 1907, S. 10.

Politiker und Ausschußmitglied des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie übernommen; Maltzahn war auch auf der RgS-Versammlung vom 29. Januar zugegen gewesen. Wenn die Sozialdemokraten die Stettiner Versammlung danach als eine »gut gelungene Theateraufführung« verhöhnten, traf ihre Analyse, was die Absicht des Reichsverbandes anbetraf, eine Demonstration der Solidarität im bürgerlichen Lager zu inszenieren und seine Wichtigkeit zu unterstreichen, durchaus den Kern.

2. Reichsverbandsengagement 1907: die Beispiele Kassel und Magdeburg

Infolge seines organisatorischen Aufbaus in eigene Ortsgruppen und korporative Vereine konnte die Wahlhilfe des Reichsverbandes entweder direkt durch die lokalen Unterverbände geleistet werden oder aber indirekt durch die Wahlkomitees der bürgerlichen Parteien bzw. die dem RgS angeschlossenen Ortsvereine affiliiierter Verbände erfolgen. Letztere arbeiteten dann meist unter der schriftlichen wahltechnischen Anleitung des Reichsverbandes und mit Agitationsmaterialien der Berliner Verbandszentrale.

Das lokale Engagement zweier Ortsgruppen des Reichsverbandes soll im folgenden in den Kreisen Kassel-Melsungen, Provinz Hessen-Nassau, sowie Magdeburg, Provinz Sachsen, während der Reichstagswahlbewegung des Jahres 1907 untersucht werden. Beide Stimmbezirke gehörten zu jenen ausgewählten 82 Wahlkreisen, die der RgS als lohnende Tätigkeitsfelder ansah, um seine Organisation zu erproben und seine »Daseinsberechtigung« nachzuweisen.¹ Da die Hochburgen der Parteien, die sogenannten »Riviera-

¹ Der Reichsverband in seiner praktischen Tätigkeit, 1907, S. 6. Gegenüber dem Wahlkampfengagement etwa des Bundes der Landwirte, der 1907 in 241 Wahlkreisen arbeitete, siehe H. J. PUHLE, Agrarische Interessenpolitik, 1975, S. 169, oder auch des Hansa-Bundes, der bei den Wahlen 1912 ca. 309 liberale Kandidaten unterstützte, siehe S. MIELKE, 1976, S. 214, nimmt sich diese Zahl bei insgesamt 397 Wahlkreisen vergleichsweise gering aus, vor allem wenn man bedenkt, daß die Sozialdemokraten in nahezu sämtlichen Wahlkreisen antraten bzw. Zählkandidaten aufstellten. Der RgS verfuhr als Verband jedoch nach der Maxime, seine Mittel und Möglichkeiten ganz gezielt da einzusetzen, wo Aussicht auf Erfolg bestand, während für die politischen Parteien schon das bloße Flaggezeigen im Wahlkreis von Bedeutung war. In folgenden Wahlkreisen ist für 1907 ein RgS-Engagement nachweisbar: Stadt Königsberg; Oberbarnim; Potsdam-Osthavelland-Spandau, Westhavelland-Brandenburg; Sorau; Demmin-Anklam; Randow-Greifenhagen; Stadt Stettin; Waldenburg; Lauban-Görlitz; Salzwedel-Gardelegen; Stadt Magdeburg; Saalkreis-Stadt Halle a. S.; Naumburg-Weißenfels-Zeitz; Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück; Apenrade-Flensburg; Oldenburg mit Stadt Segeberg; Herzogtum Lauenburg; Hannover-Stadt Linden; Hameln-Linden Land-Springe; Hildesheim-Marienburg; Kassel-Melsungen; Hanau-Gelnhausen-Frankfurter Land; Mühlheim a. Rh.-Wipperfurth-Gummersbach; Lennep-Mettmann-Remscheid; Duisburg-Mühlheim-Ruhrort; Erlangen-Fürth; Hof; Bayreuth; Zittau; Bautzen-Kamenz; Dresden Altstadt; Meißen-Großenhain; Pirna; Freiberg; Döbeln; Oschatz-Grimma; Borna; Glauchau-Meerane; Zwickau; Plauen-Ölsnitz; Friedberg-Büdingen; Darmstadt-Groß-Gerau; Rostock-Do-

Wahlkreise«, der Präsenz eines Wahlhilfeverbandes nicht bedurften, konzentrierte sich der RgS auf umkämpfte Stimmbezirke, die entweder dem bürgerlichen Lager aller Voraussicht nach zu entgleiten drohten – so der Kreis Kassel – oder in denen der Verband bei vermehrtem Wahlkampfinsatz und Zusammenfassung aller bürgerlichen Kräfte eine gewisse Chance sah, das Mandat von den Sozialdemokraten zurückzuerobern – so im Stimmbezirk Magdeburg. Der Reichsverband hatte nach den Reichstagswahlen von 1903 in beiden Städten zudem große und rührige Ortsgruppen bilden und im politischen Leben etablieren können; sie lagen ferner in jenem Mittelgürtel deutscher Regionen von Sachsen über Thüringen, Hessen bis nach Westfalen, in denen der RgS seinen organisatorischen Schwerpunkt gefunden hatte. Der Einsatz dieser lokalen Gruppen im Wahlgeschehen 1907 vermag die Chancen und Möglichkeiten des RgS-Engagements vor Ort aufzuzeigen.²

Kassel-Melsungen bildete den zweiten Wahlkreis des Regierungsbezirks Kassel. Der Kreis war zusammengesetzt aus den Wahlbezirken Kassel-Stadt und Kassel-Land sowie dem Bezirk Melsungen. Der Stadtkreis Kassel war bei Reichstags- wie auch bei Landtagswahlen stets eine Hochburg der Nationalliberalen gewesen; so stellten diese seit 1867 ununterbrochen den Abgeordneten für die preußische zweite Kammer. Die Landkreise Kassel und Melsungen hingegen blieben zwischen Nationalliberalen und Konservativen umstritten, wobei letztere oftmals auf die Hilfe einer starken antisemitischen Fraktion zählen konnten, die um die Jahrhundertwende in Hessen-Kassel zu einer »regionalen politischen Bewegung von ganz spezifischer Art« werden konnte.³ Der kombinierte Wahlkreis Kassel-Melsungen war bei Reichstagswahlen von 1871 bis 1903 abwechselnd von nationalliberalen oder konservativen Abgeordneten vertreten worden, bis 1903 der Kandidat der Deutschsozialen Partei, Wilhelm Lattmann, das Mandat erringen konnte.

Kassel war aufgrund seiner langen Tradition als Residenzstadt eine Beamtenstadt, die jedoch infolge der raschen Industrialisierung durch Braunkohlebergbau und metallverarbeitende Betriebe in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zugleich einen hohen Arbeiteranteil aufzuweisen hatte. So konnte die Sozialdemokratische Partei bereits in den 1880er Jahren im Stadt- und Landkreis Kassel zur stärksten politischen Gruppierung heran-

beran; Weimar-Apolda; Eisenach-Dermbach; Braunschweig-Blankenburg; Helmstedt-Wolfenbüttel; Holzminden-Gandersheim; Meiningen-Hildburghausen; Sonneberg-Saalfeld; Coburg; Gotha; Bernburg-Ballenstedt-Köthen; Schwarzburg-Rudolstadt; Reuß ä. L.; Reuß j. L.

² Zur Ortsgruppe Magdeburg vgl. Erstes Kapitel; zur Rolle des RgS in Kassel siehe auch die kurze Beschreibung bei S. SUVAL, 1985, S. 140.

³ J. SCHMÄDEKE, 1995, S. 600. Zu Wahlergebnissen, Kandidaturen und Wählerbewegungen in Kassel siehe bei Reichstagswahlen Th. KLEIN, Hessen, 1989, Bd. 1, S. 105–170; bei Landtagswahlen Th. KÜHNE, Handbuch, 1994, S. 642 (zu Kassel-Stadt), S. 644 (zu Kassel-Land), S. 652 (zu Melsungen).

reifen.⁴ Die bürgerlichen Parteien vermochten das Kasseler Mandat bei Reichstagswahlen nurmehr durch Stichwahlabkommen zu verteidigen, deren Gewinnmarge allerdings zusehends geringer wurde: Waren die Sozialdemokraten 1890 noch mit 1512 Stimmen unterlegen, konnte Wilhelm Lattmann 1903 gegen seinen sozialdemokratischen Herausforderer Karl Thiel das Mandat lediglich mit 890 Stimmen Überhang behaupten; und, um dies vorwegzunehmen, bei den Reichstagswahlen 1912 ging der Wahlkreis Kassel-Melsungen zum ersten Mal mit der knappen Mehrheit von 797 Stimmen an die Sozialdemokratie.

Die Kandidatenkür der einzelnen Parteiwahlkomitees vollzog sich im Wahlkampf 1906/07 in Kassel sehr rasch. Schon am 16. Dezember, drei Tage nach Auflösung des Reichstages, konnten die Nationalliberalen den Landesrat Dr. jur. Theodor Schroeder, die Deutschsozialen den Mandatsinhaber Wilhelm Lattmann und die Sozialdemokraten den Stadtverordneten Heinrich Hüttmann aus Frankfurt a. M. als ihre voraussichtlichen Bewerber benennen.⁵ Ohne größere Aussicht auf Erfolg kandidierten ferner für die Hessische Rechtspartei, einem regionalen Ableger der welfischen Bewegung, der Rechtsanwalt Julius Martin, und mit dem Schriftsteller Louis Wolff trat schließlich noch ein »Kasseler Original« an: Wolff, der ein gewisses Lokalkolorit versprühte, hatte sich am 3. Januar auf einer sozialdemokratischen Wählerversammlung »unter unaufhörlichen Zwischenrufen und ironischen Beifallskundgebungen« selbst zum linksliberalen Kandidaten erklärt.⁶ Offizielle Anerkennung und Unterstützung der Linksliberalen fand er jedoch nicht, da diese dem Bemühen der Nationalliberalen entsprochen hatten, angesichts der deutschsozialen Kandidatur Lattmanns eine Stimmenzersplitterung im liberalen Lager zu vermeiden, um die Chance Schroeders auf einen Einzug in die Stichwahl zu wahren.⁷ Außerdem hatten die Nationalliberalen im Bewußtsein ihrer Stärke im Kreis Kassel-Stadt die Kandidatenfrage schon seit längerer Zeit diskutiert und vorentschieden. Mit Dr. Schroeder hatte man, nach der Beschreibung des Wahlkreisvorsitzenden Professor Hebel, »ein[en] kerndeutsche[n] und echt liberale[n] Mann« gefunden, der zudem »als Kind Cassels« parochiale Bindungen und einen gewissen Honoratiorenstatus besaß. Bei allem vaterländischen Pathos war die Kandidatur Schroeders zugleich jedoch mit realpolitischem Bedacht ausgesprochen worden. Der Landtagsabgeordnete für Kassel-Stadt war Fachmann für Versicherungsfragen und als solcher im Falle seiner Wahl für die in der nächsten Legislaturperiode des Reichstags anstehende Ver-

⁴ Siehe S. WEICHLIN, Politische Kultur, 1993, S. 108 f.

⁵ Casseler Tageblatt, 16. 12. 1906.

⁶ Siehe Th. KLEIN, Hessen, 1989, Bd. 1, S. 161; zur Eigenkandidatur Wolffs auch Casseler Tageblatt, 4. 1. 1907.

⁷ Die Linksliberalen Kassels traten allerdings nie »offiziell« für Schroeder ein, siehe Casseler Allgemeine Zeitung, 11. 1. 1907 (1. Bl.).

abschiedung der Reichsversicherungsordnung ein wertvolles nationalliberales Fraktionsmitglied.⁸

Ebenso hatte die Kandidatur Wilhelm Lattmanns, der aus dem thüringischen Schmalkalden stammte, Vorstandsmitglied des Alldeutschen Verbandes war und in der Wirtschaftlichen Vereinigung des Reichstags die Position eines kolonialpolitischen Referenten einnahm, bei den Deutschsozialen zu keinem Zeitpunkt zur Diskussion gestanden. Lattmann hatte neben seiner Kandidatur für die Deutschsozialen auch Unterstützung bei den Christlichsozialen, den Konservativen, dem Bund der Landwirte und der Mittelstandsvereinigung gefunden.

Auch die gegenseitige Beteuerung der Stichwahlunterstützung zwischen den einzelnen Bewerbern der designierten Blockparteien ging, wenn auch nicht sogleich zu Beginn des Wahlkampfes, so doch in dessen weiterem Verlauf, ohne wesentliche Komplikationen über die Bühne. Angesichts der zunehmenden Instabilität der Mehrheitsverhältnisse und des Vordringens der Sozialdemokratie in Kassel-Melsungen waren Stichwahlversprechen für die bürgerlichen Parteien im Laufe der Jahre quasi eine Notwendigkeit geworden. So erklärte Wilhelm Lattmann bereits am 29. 12. für den Fall, daß Dr. Schroeder den Zweiten Wahlgang gegen Hüttmann erreichen sollte, das Wohlwollen der Deutschsozialen und erwartete im Gegenzug dieselbe Geste von den Nationalliberalen; Dr. Schroeder entbot diese bereitwillig am 7. Januar anlässlich einer liberalen Wählerversammlung.⁹

Das politische Leben Kassels wurde um die Jahreswende 1906/07 nicht ausschließlich von der liberalen, der antisemitischen und der sozialdemokratischen Partei geprägt. Gerade der Ortsgruppe des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie sollte während der Wahlkampagne 1907 eine nicht unbedeutende Rolle zukommen. Die Kasseler Filiale des RgS, die 1905 gegründet worden war, zählte Ende 1906 etwa 3000 Mitglieder; sie gehörte zu den großen Ortsgruppen des Verbandes reichsweit.¹⁰ Auch war sie vorzüglich organisiert: Als oberstes Gremium fungierte ein fünfköpfiger Geschäftsführender Ausschuß unter der Leitung von Generalleutnant z. D. von der Boeckh, der der Konservativen Partei nahestand.¹¹ In diesem Ausschuß saßen als Zweiter Vorsitzender der Arzt Dr. med. Paul Möhring, als Schriftführer ein Major z. D., als Zweiter Schriftführer ein Waisenhaussekretär und ein Bankier in der Funktion des Kassenwarts. Der Geschäfts-

⁸ Casseler Tageblatt, 19. 12. und 30. 12. 1906. Dr. Schroeder wurde später Vorsitzender der Landesversicherungsanstalt Hessen-Nassau.

⁹ Ebd., 30. 12. 1906 bzw. 8. 1. 1907.

¹⁰ Zur Mitgliederzahl der Ortsgruppe siehe Casseler Tageblatt, 18. 12. 1906. Ph. SCHEIDEMANN, 1928, Bd. I, S. 93, schätzte die Stärke der Kasseler Ortsgruppe dagegen auf etwa 5000 Mitglieder; die Zahl ist wohl zu hoch gegriffen.

¹¹ Nach der illustren, freilich wertenden Beschreibung Philipp Scheidemanns, des Redakteurs des Casseler Volksblattes, soll von der Boeckh »ein politisch beschränkter Gamaschenknopf« gewesen sein, siehe Ph. SCHEIDEMANN, 1928, Bd. I, S. 93. Zur politischen Affiliation Boeckhs vgl. D. STEGMANN, Erben, 1970, S. 47.

führende Ausschuß wurde unterstützt von einem Werbe- und Agitationsausschuß mit neun Mitgliedern, einem achtköpfigen Presseausschuß, der einen Oberpostdirektor zum Vorsitzenden hatte, einem Politisch-Wissenschaftlichen Ausschuß, besetzt mit vier Mitgliedern, davon zwei Professoren, und einem Wahlausschuß. Dieses letztgenannte Gremium, eines der wichtigsten der Ortsgruppe, wurde von Dr. Möhring in Zusammenarbeit mit dem Stadtverordneten und Mitglied des nationalliberalen Wahlvereins Kassel, Professor Sunkel, geleitet.¹²

Da die verschiedenen bürgerlichen Parteien ihre Kandidaten rasch benannt und dem jeweiligen Gegner die Unterstützung für einen eventuellen Zweiten Wahlgang gegen den Sozialdemokraten Hüttmann in Aussicht gestellt hatten, konnte sich der Reichsverband einer Mitwirkung bei der Kandidatenkür und der Stichwahlvermittlung enthalten. Dies hatte zwar den Nachteil, daß er von der Nominierung der Persönlichkeiten, die unter der Flagge ihrer Parteien zur Wahl stehen sollten, ausgenommen blieb. Allerdings entfiel mit jenen unabhängigen Voten der politischen Gruppierungen für den RgS auch das mögliche Risiko, den versöhnlich stimmenden Überparteilichkeitsanspruch des Verbandes während der Nominierungsverhandlungen aufs Spiel zu setzen. Parteipolitische Spannungen und Differenzen konnten sehr rasch und nachhaltig die Einheit einer Organisation belasten, die Mitglieder der verschiedenen bürgerlichen Parteien – wie etwa den konservativen Vorsitzenden von der Boeckh, den nationalliberalen Leiter des Wahlausschusses Professor Sunkel oder auch das deutschsoziale Vorstandsmitglied Eisenbahnsekretär Seibel – vereinte. So sollte letzterer auf einer öffentlichen Wählerversammlung seiner Partei am 28. Dezember eine Wahlempfehlung für Wilhelm Lattmann mit den Worten einleiten, er spreche für den Reichsverband gegen die Sozialdemokratie.¹³ Die Leitung der RgS-Ortsgruppe reagierte prompt. Zwei Tage später ließ sie im *Casseler Tageblatt* eine Anzeige abdrucken, die betonte, daß sich der RgS nicht in den Dienst einer der hiesigen bürgerlichen Parteien gestellt habe und sich in seiner Organisation das »politisch geschlossene Bürgertum gegenüber den kompakten Wählermassen der Sozialdemokratie« verkörpere.¹⁴ Die Reichsverbandsführung ging noch einen Schritt weiter. Am 2. Januar erfolgte in demselben Organ, das wie auch die sonstige bürgerliche Presse Kassels für RgS-Anliegen und Annoncen stets aufgeschlossen war¹⁵, eine detaillierte Darlegung der taktischen Marschrouten des Verbandes im Hauptwahlkampf, die jedem weiteren Mißverständnis über seinen politischen Status vorbeugen sollte:

¹² BA Koblenz ZsG.1-130/4(1), Gesamtvorstand der Ortsgruppe Kassel des RgS für 1907.

¹³ Casseler Tageblatt, 2. 1. 1907.

¹⁴ Ebd., 30. 12. 1906.

¹⁵ Siehe die Bemerkung bei S. SUVAL, 1985, S. 140, daß die RgS-Verantwortlichen in Kassel sich um ein Sprachrohr in der lokalen bürgerlichen Parteipresse und den Generalanzeigen, vor allem im Casseler Tageblatt und der Casseler Allgemeinen Zeitung, seit Jahren, und offensichtlich mit Erfolg, bemüht hatten.

»[Der Reichsverband] erblick[t] seine Aufgabe für die Hauptwahl darin, die Beiläufer der Sozialdemokratie für die nationalen Kandidaten zu gewinnen und die große Partei der Nichtwähler (über 8000 im Jahre 1903) verschwinden zu machen, eine Aufgabe, die *beiden Parteien* [der nationalliberalen und der deutschsozialen, d. V.], nach Verhältnis ihrer eigenen Werbekraft *zu Gute kommt*. [Die hiesige Ortsgruppe] hat demgemäß beschlossen, vor der Hauptwahl sowohl keine Versammlungen der hier sich gegeneinanderstehenden beiden bürgerlichen Parteien zu beschicken, als auch in seinen [sic!] eigenen Versammlungen keinen [sic!] der beiden Kandidaten dieser Parteien das Wort zu gestatten.«¹⁶

Wie sich allerdings im Verlauf der Hauptwahlbewegung zeigen sollte, interpretierte der RgS sein eigenes Regelwerk im nationalen Interesse durchaus großzügig: Auf einer vom Reichsverband organisierten allgemeinen Wählerversammlung kurz vor dem Hauptwahltag sollten auf Einladung des Ortsgruppenvorstands sowohl Wilhelm Lattmann als auch Dr. Schroeder Gelegenheit erhalten, eine Erklärung abzugeben. Wie es dem Veranstalter der Versammlung und dem am nächsten Tag anstehenden Ereignis gebührte, griffen beide in einer gelungenen Demonstration bürgerlich-nationaler Einigkeit die politische Arbeiterbewegung an.¹⁷

Eines der Hauptanliegen der Kasseler RgS-Ortsgruppe war, die Pflege einer möglichst ruhigen Atmosphäre zwischen den verschiedenen bürgerlichen Parteilagern nicht durch die politischen Unwägbarkeiten einer Wahlbewegung erschüttern zu lassen. Auf der einen Seite kamen sowohl Lattmann als auch Schroeder diesem Wunsch entgegen, indem sie ihren Wahlkampf weniger emotionsgeladen, sondern vielmehr mit angemessener Sachlichkeit im Rahmen aktueller politischer, wirtschaftlicher und sozialer Fragen führten. Der Themenkanon reichte von der Finanzreform über die Industrie-, Landwirtschafts- und Mittelstandspolitik bis zur Fleischteuerung, eine um die Jahreswende 1906/07 zunehmend an politischer Brisanz gewinnende Problematik.¹⁸ Sogar die Kolonialfrage, mithin der Anlaß zur Reichstagsauflösung und zugleich diejenige Thematik, die die bürgerlichen Gemüter im Reich gegen sämtliche »vaterlandslosen Gesellen« einnahm, wurde von beiden Kandidaten während ihrer zahlreichen Wahlreden kaum mit Ressentiments gegen die Sozialdemokraten beladen.¹⁹ Der zweifelhafte

¹⁶ Casseler Tageblatt, 2. 1. 1907. Hervorhebungen im Original.

¹⁷ Casseler Allgemeine Zeitung, 24. 1. 1907 (1. Bl.); Casseler Tageblatt, 25. 1. 1907. Das Blatt erschien mit einem Auszug des Protokolls über die RgS-Versammlung auf der Titelseite pünktlich zum Wahltag.

¹⁸ Die Frage der Fleischteuerung war von den Sozialdemokraten zu einem Wahlkampfthema erhoben worden, die damit gegen die »Zoll- und Abspernungspolitik der Regierung« und die »agrarische Mehrheit des bisherigen Reichstags« demonstrieren wollten, siehe etwa den Wahlauf Ruf der Sozialdemokratischen Partei vom 14. 12. 1906 in: H. HILLGER/A. BLAUSTEIN, 1907, S. 135; zur wachsenden wahlpolitischen Bedeutung der Fleischfrage bzw. der steigenden Lebensmittelpreise Ch. NONN, Verbraucherprotest, 1995.

¹⁹ Siehe ebd., z. B. v. 30. 12. 1906; 8. 1. 1907 zu protokollarischen Aufzeichnungen von Versammlungen des deutschsozialen bzw. nationalliberalen Wahlvereins.

Vorzug, nationale Fragen mit einem das Wahlvolk radikalisierenden Konnotat zu belasten, blieb in Kassel augenscheinlich der Agitation des Reichsverbandes vorbehalten.

Andererseits hingegen entspannen sich zwischen Lattmann und seinen Gefolgsleuten bzw. Dr. Schroeder und seinen Anhängern aber auch ernsthaftere Dissonanzen, die sich auf den Vorwurf der Nationalliberalen gegenüber dem Deutschsozialen bezogen, er sei lediglich und »nur Antisemit«.²⁰ Diese Frage störte in Kassel den Burgfrieden zwischen den Blockpartnern so sehr, daß die beiderseits bekundete Absicht, die Fairness in der Auseinandersetzung nicht durch persönliche Angriffe auf den jeweiligen Gegner zu verletzen, arg ins Wanken geriet. Schließlich waren die Positionen dermaßen polarisiert, daß Parteivertreter sogar die Diskussion miteinander völlig vermieden, um vor der Öffentlichkeit keinen Eklat zu provozieren. Die Ereignisse auf einer deutschsozialen Wahlveranstaltung am 28. Dezember beschreiben die aufgeladene Atmosphäre recht anschaulich. Bei dieser Gelegenheit sollte der Vorsitzende des nationalliberalen Wahlkomitees, Professor Hebel, im Rahmen der sich an eine programmatische Rede Lattmanns anschließenden Diskussion lediglich eine kurze Erklärung verlesen, in welcher er verlautbarte, daß er sich zu den Ausführungen des deutschsozialen Kandidaten nicht äußern wolle. Hebel hatte zwei Stunden lang vor der Tür des Saales gewartet, der Verteidigung Lattmanns gegen die Vorwürfe von liberaler Seite gelauscht und erst die Versammlung betreten, nachdem der deutschsoziale Kandidat mit seiner Rede fertig war. Er verließ das Plenum daraufhin sogleich wieder, »um sich in keiner Weise«, wie er betonte, »zur Antwort reizen zu lassen«. Hebel bat schließlich seinen Parteikollegen, den Stadtverordneten Sunkel, darum, der Sitzung weiterhin beizuwohnen und ihm später über die Replik Lattmanns zu berichten. Sunkel, Vorstandsmitglied des nationalliberalen Wahlvereins und Mitglied des Wahlausschusses der RgS-Ortsgruppe Kassel, meldete sich daraufhin zu Wort. Allerdings vergaß er die ihn zur Neutralität verpflichtende Rolle eines RgS-Repräsentanten, nahm hingegen ganz den Part eines nationalliberalen Wahlkämpfers auf und schloß seine Ausführungen mit der Parole: »Unser Kandidat ist Landesrat Dr. Schroeder.« Er ertete von der Versammlung dafür bezeichnenderweise »Beifall und Widerspruch« zugleich.²¹

Diese Episode macht sehr deutlich, warum der Reichsverband die sichere Marge der Neutralität gerade in diesem nationalen Wahlkampf befolgen sollte. Desweiteren ist sie erneut ein Beispiel dafür, daß auch höhere RgS-Funktionäre zwischen ihrer parteipolitischen Überzeugung und dem Gebot zur Überparteilichkeit, das ihr Verband apostrophierte, manches Mal nicht

²⁰ Ebd., 30. 12. 1906, Verteidigung Lattmanns auf einer Versammlung des deutschsozialen Wahlvereins; vgl. auch ebd., 31. 12. 1906, Anzeige des nationalliberalen Wahlvereins u. a. mit folgender Zeile bezüglich des bisherigen Mandatsinhabers Lattmann: »Kein liberaler Mann darf dem Antisemiten seine Stimme geben.«

²¹ Ebd., 30. 12. 1907.

zu unterscheiden bereit waren. So sollte Sunkel bei anderer Gelegenheit Lattmann derart in ein Streitgespräch verwickeln, daß der deutschsoziale Kandidat wegen Heiserkeit kein Schlußwort mehr an die Versammelten richten konnte.²² Dennoch bleibt festzuhalten, daß die Funktionäre des RgS trotz einiger Ausflüge auf parteipolitisches Terrain für die Nivellierung manch überschäumenden Konflikts im bürgerlich-nationalen Parteilager sorgten.²³

Die Kasseler Sozialdemokratie beäugte das Engagement des Reichsverbandes seit Beginn der Wahlbewegung mit äußerstem Argwohn und Mißbehagen. »Parteigenossen!«, rief das *Casseler Volksblatt* den organisierten Arbeitern bereits am 18. Dezember zu, »[v]ersäumt nichts zu tun, um uns im Kreise Kassel-Melsungen einen vollen Erfolg zu sichern. Schon wühlt die antisemitisch-nationalliberale Reichsverbandsarmee und hetzt wider den Umsturz... Unsere ruhige, zähe, zielklare Arbeit muß die Hoffnungen des reaktionären, jetzt noch getrennt marschierenden Kaffern-Kartells zu Schanden machen.«²⁴

Leitender Redakteur des *Volksblattes* war Philipp Scheidemann. Aufgrund seiner journalistischen und politischen Meriten hatte der Stadtverordnete und Reichstagsabgeordnete für Solingen auf Drängen des sozialdemokratischen Parteivorstandes die Stelle 1905 angenommen, da das Blatt im hart umkämpften Kasseler Wahlkreis nicht den Anforderungen eines schlagfertigen Parteiorgans entsprach.²⁵ Scheidemann, der in der Rheinprovinz einen relativ sicheren Wahlkreis besaß, konzentrierte seine ganze Kraft auf das Fortkommen der Sozialdemokratie in Kassel. Die bürgerlichen Parteien und insbesondere der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie sahen sich demzufolge von Beginn der Wahlbewegung 1907 an zwei sozialdemokratischen Spitzenpolitikern gegenüber: dem blendenden und eloquenten Redner Philipp Scheidemann und Heinrich Hüttmann, dem Reichstagskandidaten für Kassel-Melsungen.

Die Konkurrenz zwischen Reichsverband und Sozialdemokratie in Kassel steigerte sich im Verlauf der Wahlbewegung erst allmählich und dann graduell in der Wahl der Mittel. Zunächst sollten beide Wahlkomitees, aus ganz unterschiedlichen Motiven heraus, einer direkten Konfrontation ihrer jeweiligen Anhängerschaft mit dem politischen Gegner vorbeugen. Anlässlich einer vom RgS-Vorstand für den 11. Januar anberaumten Wählerversammlung, in welcher der Zweite Vorsitzende der Ortsgruppe Dr. med. Paul Möhring referieren sollte, erließ das sozialdemokratische Wahlbüro einen Aufruf an die organisierten Arbeiter Kassels, der Versammlung fernzublei-

²² Ebd., 17. 1. 1907.

²³ Siehe ebd., 24. 1. 1907, Ausführungen auf einer Versammlung des nationalliberalen Wahlkomitees am 22. 1.: »Die Lage im Wahlkreis und das höchst verdienstvolle Wirken des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie bring[t] es mit sich, daß die noch bestehenden Gegensätze im Wahlkampf weniger stark zum Ausdruck kommen.«

²⁴ Volksblatt Cassel, 18. 12. 1906.

²⁵ Ph. SCHEIDEMANN, 1928, Bd. I, S. 89 f.

ben.²⁶ Angesichts des Umstandes, daß der Reichsverband 10 Pfennige Eintrittsgeld verlangte, Mitgliedern des RgS und der Kriegervereine jedoch freien Zutritt gewährte, gab die SPD-Parteileitung folgerichtig die Losung aus: »Taschen zu! ... Hilfe niemand dem Reichsverband die Kassen spicken!« Desweiteren, so erklärte das sozialdemokratische Komitee, sei eine »freie Diskussion« kaum möglich, da sich infolge der vorsortierten Teilnehmer-schaft der Wählerversammlung ein Mißverhältnis zwischen Reichsverbänd-lern und Kriegervereinslern auf der einen sowie sozialdemokratischer Arbei-terschaft auf der anderen Seite ergeben müsse. »Klassenbewußte Arbeiter sollten sich für viel zu gut halten«, redete das Blatt seinen Lesern scharf ins Gewissen, »bei den Schaumschlägereien des Reichsverbandes Staffage zu bilden.«

Wie kaum anders zu erwarten, konterte der Reichsverband wenige Tage später in ähnlichem Stil. Im *Casseler Tageblatt* ließ er eine Anzeige erschei-nen, in welcher dargelegt wurde, warum auch seine Funktionäre und Redner in gegnerischen Versammlungen nicht vertreten seien. Die Erklärung ver-wies auf sozialdemokratische Resolutionen, den »Agenten des Reichsver-bandes in Versammlungen nicht das Wort zu gestatten, weil [diese] keine parteipolitische Überzeugung vertreten, sondern lediglich den Kampf gegen die Sozialdemokratie – und zwar ... mit den schmutzigsten und gehässig-sten, den Wahlkampf vergiftenden Mitteln – führten.«²⁷

Trotz der allseits propagierten Abstinenz voneinander wurde die für den 11. Januar angekündigte erste Wählerversammlung des Reichsverbandes ge-gen die Sozialdemokratie dennoch zu einem Ereignis, das in Kassel noch lange für Diskussionsstoff sorgte.²⁸ Die sozialdemokratische Arbeiterschaft hatte zwar Disziplin bewiesen und war der Versammlung ferngeblieben; dafür war Philipp Scheidemann jedoch fest entschlossen gewesen, die Cou-rage der Partei zu demonstrieren und nahm, begleitet von wenigen aus-gesuchten Genossen, an der Veranstaltung teil. Etwa 800 Zuhörer hatten den Stadtparksaal gut gefüllt, die einem Bericht im *Casseler Volksblatt* zu-folge als »hunderte braver Kriegervereinsmitglieder; obere, mittlere und un-tere Beamte ... Kaufleute, selbständige und unselbständige; einige Lehrer, Ärzte usw.« beschrieben wurden.²⁹

Nach den einleitenden Bemerkungen des Vorsitzenden Generalleutnant z. D. von der Boeckh, der die bürgerlichen Parteien nochmals zur Sach-lichkeit im Wahlkampf mahnte und die politische Neutralität des Reichs-verbandes betonte, folgte ein Vortrag Dr. Möhrings über »Kolonialpolitik und Kolonialskandale«. Seine mehr oder minder aufrüttelnden, mit eigenen

²⁶ Volksblatt Cassel, 9. I. 1907.

²⁷ Casseler Tageblatt, 17. I. 1907.

²⁸ Ph. SCHEIDEMANN, 1928, Bd. I, S. 97. Auf Scheidemann muß die Reichsverbandsver-sammlung einen solchen Eindruck ausgeübt haben, daß er die Veranstaltung ausführlich in seinen Memoiren erwähnte. Der sozialdemokratische Politiker liefert uns damit, ne-ben Zeitungsmeldungen, zugleich einen der wenigen Berichte über ein solches Ereignis.

²⁹ Volksblatt Cassel, 12. I. 1907.

Erfahrungen aus Afrika illustrierten Ausführungen wurden mit »stürmischem, langanhaltendem Beifall« honoriert.³⁰ Dann trat Philipp Scheidemann an, in die Diskussion einzugreifen. Das Wort wurde ihm unter »fürchterlicher Entrüstung«, vom »Anstandsgefühl einiger der Versammelten« abgesehen, wie das *Volksblatt* die Szene schilderte, erteilt.³¹ »Natürlich hielt ich mich nicht lange mit belehrenden Referaten auf«, tat Scheidemann die vorausgegangenen, seiner Ansicht zufolge im »Plauderton gehalten[en]« Ausführungen Dr. Möhrings ab.³² Er provozierte die Zuhörer sogleich mit ironischen Bemerkungen, auf die er verständlicherweise erneut »stürmische Entrüstungsrufe« erntete. Ebenso wenig Zustimmung im Saal erzielte Scheidemann trotz der für einen Sozialdemokraten erstaunlichen Feststellung, daß seine Partei »keineswegs eine grundsätzliche Gegnerin kolonialer Erwerbungen sei«, als er im gleichen Atemzug ein berechtigtes Wirtschafts- und Kultursendungsbewußtsein nur einem im Innern gesunden, nicht jedoch einem »unter der Herrschaft der Junker« stehenden Staat zubilligen konnte. Der letzte Teil seines auf fünfzehn Minuten begrenzten Diskussionsbeitrags, der die Kosten der Kolonien thematisierte, ging in »Zwischen- und Schlußrufen unter«, insbesondere als Scheidemann an einer Stelle das Wort »Vaterland« aussprach.³³ Der Sozialdemokrat verließ daraufhin mit seinen wenigen Anhängern die Versammlung, welche – nun erst recht und ihm zum Trotz – mit einem »Hoch auf das deutsche Vaterland« um viertel vor ein Uhr nachts endete.

Die Auseinandersetzungen zwischen Reichsverband und Kasseler Sozialdemokratie verlagerten sich in der Endphase der Hauptwahlbewegung nach dieser direkten Konfrontation zunächst wieder auf die Ebene schriftlicher Agitation. Auf die Flugblätter des Reichsverbandes folgten Broschüren der Sozialdemokraten; auf die Hinweise des RgS an die Wähler, die Stimmlisten zu kontrollieren, antworteten die Sozialdemokraten desgleichen. Die Plakatsäulen zierende Anschläge des Reichsverbandes, auf welchen fettgedruckt »7944« stand – die Anzahl der Nichtwähler von 1903 – kommentierte das *Volksblatt* mit dem Aufruf an das »werk tätige Volk«, in »solch gewaltigen Massen für Heinrich Hüttmann an die Wahlurne zu marschieren, daß wir Antisemiten und Nationalliberale, mitsamt ihrer hilfsbereiten Reichsverbandsarmee am Freitag [dem 25. Januar, d. V.] glatt in den Sand setzen«.³⁴

³⁰ Casseler Tageblatt, 13. I. 1907; vgl. dazu die ironischen Kommentare des Volksblattes Cassel, 12. I. 1907, das Dr. med. Möhring dagegen als »Narkotiseur« verspottete, während dessen Vortrag 29 Mann gegähnt, 35 geschlafen, 147 sich geräuspert und 245 sich gequält auf den Stühlen geräkelt hätten. Die Darstellungen im Tageblatt, das über die Sitzung am ausführlichsten berichtet, im Volksblatt bzw. in den Erinnerungen Scheidemanns weichen, freilich, in mehreren Punkten sehr voneinander ab.

³¹ Volksblatt Cassel, 12. I. 1907.

³² Ph. SCHEIDEMANN, 1928, Bd. I, S. 96.; Volksblatt Cassel 12. I. 1907.

³³ Casseler Tageblatt, 13. I. 1907.

³⁴ Volksblatt Cassel, 23. I. 1907.

Die sozialdemokratische Manifestation war zugleich mit dem Memento an die eigenen Anhänger betitelt, daß es in Kassel-Melsungen »Keine Stichwahl!« geben dürfe. Diese Zielsetzung war wegen der Erfahrungen, die bei vorangegangenen Wahlen gemacht worden waren, nur konsequent. Desweiteren bedrückte die Kasseler Sozialdemokratie mit Sicherheit die ungute Vorahnung, sich in einem möglichen Stichwahlkampf nunmehr auch und gerade des Reichsverbands erwehren zu müssen. Die Auspizien, einen Wahlsieg davonzutragen, waren demnach lediglich bei vollem Einsatz aller Kräfte für die Hauptwahl günstig. Einige Sozialdemokraten sollten dabei jedoch ihrem Übereifer zu sehr freien Lauf lassen und bevorzugten den Austausch handfesterer Argumente. So wußte das *Casseler Tageblatt* am 22. Januar von dem weniger friedlichen Verlauf und Ende einer RgS-Wählerversammlung in dem kleinen Ort Gensungen zu berichten. Dort hatten mehrere sozialdemokratische Arbeiter, die vermutlich aus Kassel angereist waren, zunächst durch »wüsten Lärmen und Toben« den geordneten Ablauf der Versammlung gestört und nach Verlassen der Veranstaltung den Leiter, einen Fabrikanten Prinz, und seinen Bruder auf dem Weg zum Bahnhof abgepaßt und übel verprügelt.³⁵ Wahlterror in Form physischer Gewaltanwendung blieb in Kassel aber ein seltener Vorfall.

Der Tag der Hauptwahl, der 25. Januar 1907, stellte den Reichsverband gegen die Sozialdemokratie vor die erste ernste Bewährungsprobe, seine Organisation in der sogenannten »Kleinarbeit« zu testen und seine Bedeutung als Wahlhilfeverband eindrucksvoll zu unterstreichen. Welchen Stellenwert die »Einzelbearbeitung« der Stimmberechtigten, die Wählerlistenführung und -kontrolle sowie Wahlschlepperdienste generell für den Reichsverband erlangen sollten, ist u. a. dem »*Handbuch für nicht-sozialdemokratische Wähler*«, dem Wahlvademecum des RgS, zu entnehmen. Danach hatte eine »fein ausgeklügelte und zielbewußt durchgeführte Wahltechnik ... unter Umständen für den glücklichen Ausgang der Wahl mehr Bedeutung, als die schönsten Reden und Flugblätter.«³⁶ Der Reichsverband hatte wie die Sozialdemokraten und auch die Zentrumspartei rasch erkannt, daß die intensive und systematische Kontrolle der Listen sowie die Betreuung der Verzeichnisse am Wahltag einen Schlüssel zur erfolgreichen Führung eines modernen Massenwahlkampfes boten.³⁷ Er rief bürgerliche Wähler dazu auf, die Wählerlistenkontrolle der Sozialdemokraten – obwohl nicht selten als »Protest-Sport«-Aktionen verhöhnt³⁸ – nachzueifern, verfei-

³⁵ Casseler Tageblatt, 22. I. 1907.

³⁶ Handbuch für nicht-sozialdemokratische Wähler, 1907, S. 242.

³⁷ Siehe Th. KÜHNE, Dreiklassenwahlrecht, 1994, S. 117–127; vgl. D. HERTZ-EICHENRODE, 1990, S. 252.

³⁸ Das Anliegen der Sozialdemokraten, mit der Intensivierung der Wählerlistenkontrolle neben der Sicherung der Wahlbeteiligung auch einen emanzipatorischen und egalitären Anspruch, eine Demonstration für das allgemeine und gleiche Wahlrecht zu verbinden, war dem Reichsverband – natürlich – fremd. Er definierte seine Arbeit aus der Konkurrenzsituation zu den Sozialdemokraten und strebte einzig und allein nach Effizienz.

nerte zugleich Elemente zur Erfassung der politischen Einstellung der Wahlberechtigten und intensivierte bzw. systematisierte damit, unterstützt durch seine feste Organisation, die Wählermobilisierung für die bürgerlichen Parteien. Dem RgS gelang es im Wahlkampf 1907, die Methodik der Wählererfassung anhand einer geschickt ausgearbeiteten »Anleitung zur wahltechnischen Organisation« derart zu effektivieren, daß sich sogar die Sozialdemokraten düpiert zeigten. So sollte der Essener SPD-Parteitagebericht aus der vom Reichsverbandsvorstand als »Streng vertraulich« eingestuften »Anleitung für das Wahlbureau« folgende Passagen mit Erstaunen zitieren:

»Die Vertrauensmänner [des Reichsverbandes] suchen festzustellen, welche von den Wählern ihres Teilbezirkes sicher auf unserer Seite, welche zielbewußte Sozialdemokraten und welche zweifelhafte sind. Die letzten sind besonders ins Auge zu fassen und, soweit dies möglich, persönlich zu bearbeiten, ebenso solche Wähler, die erfahrungsmäßig in der Erfüllung ihrer Wahlpflicht säumig sind. Bei der Bearbeitung der Wählerlisten für diesen Zweck bittet man folgende Zeichen zu verwenden: + (= Ordnungsparteiler), - (= Sozialdemokrat), +? (= wahrscheinlich Ordnungsparteiler), -? (= wahrscheinlich Sozialdemokrat), ? (= nichts zu ermitteln) und diese Zeichen mit Rot- oder Blaustift oder farbiger Tinte einzutragen.«³⁹

Vorausgesetzt, die Vertrauensleute, Zuträger und Schlepper des Reichsverbandes arbeiteten gewissenhaft, bot diese Anleitung eine nahezu perfekte Handhabe, um am Wahltag gerade die Nicht- und Wechselwählergruppen zielgerichtet mobilisieren zu können, auf deren Stimmen nicht nur der RgS sein besonderes Augenmerk gelenkt hatte. Wie das vom Reichsverband in großem Stil eingeführte System der Wählermobilisierung arbeitete, zeigt nicht zuletzt das Beispiel Kassel. Dort waren, so berichtete das *Tageblatt* sehr ausführlich und anschaulich, am Hauptwahltag

»500 Bürger und junge Leute ... tätig, um unter der vom Reichsverbande geschaffenen, umfassend angelegten Organisation das Wahlgeschäft zu verfolgen und die Wähler zur Ausübung ihrer Wahlpflicht zu bewegen. In jedem der 43 Wahlbezirke [des Stadtkreises Kassel] waren je 2 Herren des Reichsverbandes damit beschäftigt, fortlaufend Notizen darüber zu führen, von wem Stimmen abgegeben waren. Diese Notizen wurden allstündlich einem in der Nähe untergebrachten sog. fliegenden Wahlbureau übermittelt, das mit je 4 Herren zur weiteren Wahrnehmung der Wahlkontrolle und mit je 6-8 jungen Leuten zum Austragen der Wahlerinnerungen innerhalb des Bezirks besetzt war. Im fliegenden Wahlbureau war an der Hand einer Abschrift der Wählerliste und auf Grund der übermittelten Wahlnotizen jederzeit ein Überblick über die zurzeit noch in der Ausübung ihrer Wahlpflicht rückständigen Wähler gewahrt. Um 12 ¼ Uhr gingen die ersten Erinnerungen unter Mitteilung des für jeden in Betracht kommenden Wahllokals an diejenigen Wähler ab, die zu dieser Zeit noch nicht gestimmt hatten. Eine gleiche Erinnerung folgte um 4 Uhr. Gegen ½6 Uhr verteilten sich alle Mitglieder des fliegenden Wahlbureaus innerhalb des Bezirks, um durch persönliches Einwirken die auch zu die-

³⁹ SPD PT, 1907, S. 34.

ser Zeit noch rückständigen Wähler an die Urne zu bringen, wobei Alten und Gebrechlichen bereitgehaltene Fuhrwerke zur Verfügung gestellt wurden.«⁴⁰

Das Ergebnis der Hauptwahlen in Kassel barg im Vergleich zum Ersten Wahlgang 1903 eine kleine Überraschung: Die Sozialdemokraten wurden mit 17073 (= 43,3 Prozent) der abgegebenen 39632 Stimmen zwar erneut und deutlich stärkste Partei vor den Deutschsozialen, die 11788 (29,9 Prozent) Stimmen erhielten, sie hatten jedoch 3,5 Prozentpunkte verloren, während die Antisemiten 4,85 Prozent zulegen konnten. Der nationalliberale Kandidat landete mit 9477 Stimmen oder 24,1 Prozent auf dem dritten Platz; gegenüber 1903 hatten die Liberalen mit 0,45 Prozent eine leichte Einbuße zu verzeichnen. Diejenigen Stimmen, die für die Hessische Rechtspartei und ihren Kandidaten Dr. Martin sowie den Schriftsteller Louis Wolff abgegeben worden waren, hatten lediglich statistischen Wert. Von der enormen Steigerung der Wahlbeteiligung um 11,1 Prozent gegenüber dem Ersten Wahlgang 1903 (76,7 auf 87,8 Prozent) konnten Deutschsoziale und Nationalliberale zusammen gegenüber den Sozialdemokraten den Löwenanteil erringen. Sowohl die Zunahme der Wahlbeteiligung als auch die Verteilung der zusätzlichen Stimmen auf die politischen Gruppierungen spiegelten auch für Kassel-Melsungen in etwa den Trend auf reichsweiter Ebene wider. Der Prozentsatz der Wahlberechtigten indessen, die sich der Stimmabgabe nicht enthielten, lag in Kassel gegenüber dem Reichsdurchschnitt um 3,1 Punkte höher.

Während die Sozialdemokraten den Stadtkreis Kassel klar vor den Nationalliberalen behaupteten, fanden die Deutschsozialen ihre Hochburg wieder im ländlichen Melsungen bzw. im Kreis Kassel-Land. Dies ist neben traditionellen Präferenzen der Wählerentscheidung in diesen Stimmbezirken auch darauf zurückzuführen, daß Wilhelm Lattmann dort zwar nicht im Stil eines Otto Böckel oder Curt Fritzsche, aber doch »sehr energisch gewirkt und sich in jedem Dorfe nicht einmal, sondern wiederholt [hat] sehen lassen«. Lattmann habe »fleißig agitiert«⁴¹, sollten die Liberalen schon zu Beginn der Wahlbewegung ärgerlich konstatieren, und Dr. Schroeder war im Verlauf der Wahlkampagne kaum mehr in der Lage gewesen, diesen Vorsprung der Antisemiten auf dem Land zu egalisieren. Allerdings erzielten die Deutschsozialen auch im Stadtkreis Kassel ein nicht wesentlich schlechteres Wahlergebnis als die Nationalliberalen.⁴² Der Zugewinnanteil beider hielt sich hier im Vergleich zur Steigerung des Stimmanteils von 1898 auf

⁴⁰ Casseler Tageblatt, 28. I. 1907.

⁴¹ Ebd., 19. 12. 1906.

⁴² Während die Sozialdemokraten im Stadtkreis Kassel 11860 Stimmen erzielten, konnte Dr. Schroeder 7056, Lattmann 6143 Wähler erreichen. Zu den Wahlergebnissen Th. KLEIN, Hessen, 1989, S. 161ff.; vgl. S. SUVAL, 1985, S. 140. Das Wahlergebnis der Deutschsozialen in Kassel-Stadt bestätigt eindrucksvoll die Beobachtungen, die J. SCHMÄDEKE zuletzt formulieren sollte. Danach war die »antisemitische Wählerschaft nicht unbedingt als eine primär ländliche Bewegung anzusehen«, J. SCHMÄDEKE, 1995, S. 492 f. Die allgemeinen Merkmale, daß die Antisemiten eher in teillagrariisierten, prote-

1903 – damals konnten die Antisemiten 862 Stimmen mehr als die National-liberalen verbuchen – nun eher die Balance. Es ist anzunehmen, daß die auf Ausgleich zwischen beiden Parteien bemühten Anstrengungen des Reichsverbandes, dessen Hauptaktionsfeld die Stadt Kassel mehr als die beiden Landkreise war, Wirkung erzielt haben.

Da Heinrich Hüttmann im Ersten Wahlgang die absolute Mehrheit der Stimmen nicht hatte erreichen können, mußte die Entscheidung in der engeren Wahl zwischen ihm und dem bisherigen Mandatsinhaber und Zweit-plazierten Wilhelm Lattmann fallen. Die Sozialdemokraten, die bis zuletzt gehofft hatten, einen Zweiten Wahlgang vermeiden zu können, ergriffen nun umgehend Maßnahmen, um ihre Chancen zu verbessern. Das *Volksblatt* verbreitete zunächst Optimismus, indem es seiner Leserschaft vor-rechnete, daß man mit dem eigenen Stimmenvorsprung vor Lattmann, noch zu mobilisierenden »Reserven« plus mehreren tausend Wechselwählern »den Schützling des Bundes der Landwirte und des Reichsverbandes« sehr wohl schlagen könne. Dabei verfolgten die Sozialdemokraten zum einen die Taktik, den vereinigten Liberalismus zu spalten, indem sie große Erwartungen auf die »wahrhaft liberalen« Wähler und die Veröffentlichung vorgeblicher Parteinterna setzten, die die Kandidatur des Nationalliberalen ins rechte Licht zu rücken versuchten: Im Lager Dr. Schroeders, so wußte das *Volksblatt* zu berichten, sei nach Bekanntgabe des Stichwahlversprechens zugunsten Lattmanns eine »wahre Rebellion ausgebrochen«; zudem sei Schroeder vom Reichsverband interpelliert worden, da er sich nur auf diese Weise die Wahlhilfe des Verbandes habe sichern können.⁴³ Zum andern rief das sozialdemokratische Organ die »Reichstagswähler« dazu auf, ihre Stimme einem »politisch[en] und wirtschaftlich[en] Rückwärtser [sic!] schlimmster Art« vorzuenthalten und versah diesen Aufruf mit einem in großen Lettern gedruckten Zitat des Deutschsozialen Vorsitzenden Liebermann von Sonnenberg, das dieser im Dezember 1905 während einer Reichstagsrede geprägt hatte: »Wer einen Juden totschießt, beerbt ihn!«

Diese Angriffe auf den als politisch labil erachteten vereinigten Liberalismus sowie die Person Lattmanns wurden begleitet von Attacken gegen den Reichsverband, der nunmehr als gefährlichster Opponent im Wahlkampf erkannt wurde. Sein gut funktionierender »Wahlapparat« sowie die schriftliche und mündliche Agitation, die von erfolgreicher Pressearbeit über die lokalen unparteiischen Anzeiger begleitet waren, hatten die Kasseler Sozialdemokratie verunsichert und vor unerwartete und ernsthafte Probleme gestellt.⁴⁴

stantischen, außerhalb der preußischen Kerngebiete liegenden Wahlkreisen ihre Anhängerschaft fanden, treffen insbesondere auf Kassel und die Provinz Hessen-Nassau zu.

⁴³ Volksblatt Cassel, 30. I. 1907.

⁴⁴ Ebd., 30. I. 1907. Zur Wahlarbeit des RgS schrieb das sozialdemokratische Blatt in fast resignierendem Ton: »Wir können nicht mit dem Wahlapparat arbeiten, wie ihn der Reichsverband benützt«.

Der Reichsverband hatte jedoch gerade erst begonnen, seine Mobilisierungsmöglichkeiten wahrzunehmen. Nun, da die Parteiraison im bürgerlichen Lager vor der patriotischen Rhetorik in den Hintergrund trat, übernahm der RgS die organisatorische und wahlinhaltliche Federführung im Kasseler Wahlkampf. Die Konfliktstrukturen bei Stichwahlentscheidungen zwischen bürgerlichen Parteien und Sozialdemokraten, die im allgemeinen ohnehin zu einer scharfen Polarisierung der politischen Lager und sozial-moralischen Milieus tendierten, wandelte er zu einer perfekten Dichotomie um. Nahezu täglich erschienen neben den üblichen Flugschriften an die »Reichstreuen Wähler« gerichtete Anzeigen in der Presse, die dazu anhielten, für den »Stichwahl-Kandidaten Lattmann« »noch einmal alle Kräfte ... gegen den unduldsamen und rückschrittlichen Geist der Sozialdemokratie zusammen zu fassen.«⁴⁵ Am 4. Februar, einen Tag vor der Stichwahl, war in einer dieser Anzeigen folgendes zu lesen:

»Dem Vaterland, nicht der Partei! Letzter Ruf! Mitbürger! die Aufklärungsarbeit über die Sozialdemokratie ist geleistet wie nie zuvor! Nun gilt es, die Schlacht zu schlagen! Der Kampf wird noch heißer als zur Hauptwahl! Es ist der Entscheidungskampf zwischen Bürgertum und Sozialdemokratie! Der Gegner holt den letzten Mann herbei, darum darf kein Bürger fehlen, soll anders der Sieg unser bleiben! Bürger! Denke an alle die Beschimpfungen des Bürgertums! Arbeitgeber! Denke an die Zerstörung des guten Verhältnisses zum Arbeiter! Geschäftsmann! Denke an Boykott und Terrorismus! Arbeiter! Denke an deine Freiheit, an Weib und Kind und den Frieden deines Gewissens! Deutscher! Denke an dein Vaterland, dem so viel Schmach zugefügt wird! Und dann geht hin und übt Euer Ehrenrecht aus und wählt den nationalen Stichwahl-Kandidaten Herrn Amtsgerichtsrat Lattmann! Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, Ortsgruppe Cassel.«⁴⁶

Für denselben Abend lud der Reichsverband im Großen Stadtparksaal zu einer weiteren öffentlichen Wählerversammlung.⁴⁷ Sie sollte Abschluß und Höhepunkt der Wahlbewegung werden. Geleitet wurde die Veranstaltung, deren Zuhörerschaft den Saal und die Galerie bis auf den letzten Platz besetzten, erneut von Generalleutnant von der Boeckh. Nach einem dreifachen, »begeistert eingestimmten« Kaiserhoch trat als erster Redner ein Herr Grund, Funktionär des RgS aus Berlin, ans Rednerpult. Er sprach, begleitet von Bravorufen und »Langanhaltendem, lebhaftem Beifall« über »Die Stichwahl! Nationales Bürgertum oder internationale Sozialdemokratie?« Sodann betrat der Stichwahlkandidat, Amtsgerichtsrat Lattmann, »lebhaft von seinen Anhängern begrüßt... unter der Parole: Auf zum Kampf gegen die Sozialdemokratie« selbst das Podium. Nach »herzlichem Dank« an den Reichsverband, der »viel dazu beigetragen habe, die Verbreitung nationaler Ideen im Volke zu ebnen und zu fördern«, malte Lattmann ein düsteres Bild von den »Zielen und der politischen Kampfweise der Sozialdemokratie,

⁴⁵ So im Casseler Tageblatt, 29. 1. 1907; Casseler Allgemeine Zeitung, 3. 2. 1907

⁴⁶ Casseler Tageblatt, 4. 2. 1907.

⁴⁷ Ebd., 5. 1. 1907.

ihrem Parteifanatismus und Terrorismus gegen alle anders gesinnten Leute, ihrer Volks- und Arbeiterfeindlichkeit, [der] Verhetzung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die Sozialdemokratie untergrabe die Freiheit des Bürgers im privaten und öffentlichen Leben, sie zerze den nationalen Gedanken in den Schmutz, sie wolle von Monarchie, Heer und Flotte nichts wissen.« Diese sehr rauhe Polemik, die erneut mit »langanhaltendem, lebhaftem Beifall« honoriert wurden, unterschied sich auffallend und wesentlich von den eher sachgebundenen Erörterungen während des Hauptwahlkampfes, die Lattmann noch wenige Tage zuvor im Hinblick auf nationale Fragen und die Haltung der Sozialdemokraten gewählt hatte.

Das von Patriotismus erfüllte Ambiente der Reichsverbandsversammlung forderte zur Vollendung der Einigkeit im bürgerlich-nationalen Parteilager direkt heraus. Nach der kurzen Rede Lattmanns bekräftigten die Vorsitzenden des Konservativen Vereins für Hessen sowie des Nationalliberalen Kasseler Wahlvereins, Rittergutsbesitzer von Löbbecke und Professor Hebel, ihre Stichwahlversprechen. Löbbecke sprach sich im Namen seiner Partei dafür aus, »trotz mancher trennenden Punkte für Lattmann« zu stimmen. Hebel verlaublich, daß es ihm zwar nicht leicht falle, einen politischen Gegner zu wählen, welcher »an die Lösung mancher Frage ganz anders herantrete als die Nationalliberalen«. Aber »in entscheidender Stunde erfordere es das Vaterland, den nationalen Gedanken über den liberalen zu stellen.« Es sei notwendig, fügte Hebel hinzu, »daß die Sozialdemokraten eine gründliche Abfuhr bekommen«. ⁴⁸ Lattmann dankte daraufhin für diese »kernhaft, edlen Zusagen« der politischen Konkurrenz, endete mit »einem begeistert aufgenommenen Hoch auf das deutsche Vaterland, worauf Deutschland, Deutschland über alles gesungen wurde«, und mit einem »Glückauf!« für die Stichwahl schloß Generalleutnant von der Boeckh die Versammlung.

Der nächste Tag brachte ein Ergebnis, das allseits wohl erwartet werden durfte: Bei einer nochmaligen Steigerung der Wahlbeteiligung gegenüber den Hauptwahlen um ein Prozent konnte Wilhelm Lattmann seinen sozialdemokratischen Herausforderer um 3 505 Stimmen schlagen; es war seit 1890 der höchste Stichwahlsieg eines bürgerlichen Kandidaten. Lattmann hatte – berechnet nach dem Hauptwahlergebnis – die nationalliberalen Stimmen erhalten, während Hüttmann Teile der Anhänger Wolffs und der Hessischen Rechtspartei erreichen konnte, obgleich diese ihren Wählern die Stimmabgabe für Lattmann empfohlen hatten. Dies bedeutete einen kleinen Wermuthstropfen für die bürgerlich-nationale Stichwahlkoalition und den Reichsverband.

Einer »echt teutschen Siegesfeier« des RgS in den Stadtparksälen, wie das *Volksblatt* angesichts der deftigen sozialdemokratischen Niederlage mit wütendem Kommentar bemerkte, tat letzteres jedoch keinen Abbruch. ⁴⁹ In den Straßen Kassels spielten sich derweilen »Radauszenen schlimmster Art«

⁴⁸ Ebd.

⁴⁹ Volksblatt Cassel, 6. 2. 1907.

ab, berichtete das sozialdemokratische Organ am Morgen danach. »Ein paar Haufen besser gekleidete[r] junge[r] Leute« zogen unter »Hurrah- und Hoch Lattmann«-Rufen, »patriotische Gassenhauer« grölend, durch die Stadt, bis die Stimmung derart aufgeheizt war, daß die Polizei »einmal ... blankziehen« mußte und »blinde Schüsse fielen; ein ernstes Handgemenge schien entstehen zu wollen, wurde aber ... vermieden.« Das Ende der Nachwahl»feiern« verlief dann weniger gewalttätig, indem Lattmann-Hochs von Arbeitern mit Hoch-Hüttmann beantwortet und auf das »Heil dir im Siegerkranz« der »Sozialistenmarsch« skandiert wurde. Gegen ein Uhr nachts war die Ruhe wiederhergestellt und »die Massen gingen auseinander und langsam leerten sich die Straßen«. ⁵⁰

Ungleich Kassel-Melsungen, wo stets bürgerliche Parteien den Abgeordneten gestellt hatten, war der vierte magdeburgische Wahlkreis der preußischen Provinz Sachsen, Stadt Magdeburg, bei Reichstagswahlen seit 1890 in der Hand der Sozialdemokraten. Die ordentlichen Wahlen von 1890, eine Nachwahl im selben Jahr sowie die Reichstagswahl von 1898 konnte die SPD sogar jeweils im Ersten Wahlgang für sich entscheiden. Der Prozentanteil sozialdemokratischer Stimmen lag bei den Hauptwahlen von 1890 bis 1912 nie unter 46 Prozent (mit 51,2 Prozent im Jahr 1898 als bestem Ergebnis). Während der Wahlen von 1903 hatte die SPD mit 49,5 Prozentpunkten die absolute Mehrheit nur knapp verfehlt.

Die Sozialdemokraten konnten in Magdeburg erst nach 1900 auf eine Partei- sowie Freie Gewerkschaftsorganisation bauen; der Fall des Sozialistengesetzes hatte Justiz und Polizei wie kaum in einer anderen Stadt nicht davon abgehalten, Repressionen auf die Arbeiterbewegung auszuüben und das Verbindungsverbot strikt zu handhaben. Kumulationspunkte sozialdemokratischer Arbeit blieben bis 1900 lediglich das Parteiblatt die *Volksstimme* und die Reichstagswahlen. Nach der Jahrhundertwende erstarkte die Magdeburger Arbeiterbewegung allerdings sehr rasch. Der Sozialdemokratische Verein Magdeburg zählte Ende des Jahres 1906 3762 Mitglieder und gehörte damit im reichsweiten Vergleich zu den großen SPD-Ortsvereinen. Die wichtigen Verbände der Metall-, Fabrik- und Holzarbeiter organisierten um dieselbe Zeit etwa 13 000 Beschäftigte. In den Jahren 1905/06 hatten die Politisierung und Streikaktivität der Arbeiterschaft Magdeburgs stark zugenommen. ⁵¹

⁵⁰ Ebd.

⁵¹ Siehe zu den Mitgliederzahlen des Sozialdemokratischen Vereins Magdeburg und der Freien Gewerkschaften H. ASMUS, 1968, S. 204 und passim zu Politisierung und Streikaktivität in Magdeburg; vgl. I. DRECHSLER, Magdeburger Sozialdemokratie, 1992, S. 260f., 265, sowie zu den Schwierigkeiten des organisatorischen Aufbaus vor 1900 und einer kurzen Skizzierung des Wahlgeschehens 1907, S. 182–185; DIES., Von Fehden und Kämpfen, 1993, S. 46ff.; zu Mitgliederzahlen im Vergleich am besten D. FRICKE, Handbuch, 1987, S. 243 ff., auch W. L. GUTTMANN, 1981, S. 153.

Neben den Sozialdemokraten besaßen die Nationalliberalen in der Region um Magdeburg eine ihrer politischen Bastionen. Bei Reichstagswahlen im Stadtkreis konnten sie sich, allerdings mit leicht abnehmender Tendenz, stets als zweitstärkste Kraft behaupten, wobei sie im Jahr 1890 als bestes Ergebnis 30,5 Prozent erzielen konnten. Bei Wahlen zum preußischen Landtag stellten die Nationalliberalen hingegen seit 1867 durchgehend beide Mandatsträger für den Kreis Stadt Magdeburg.⁵²

Die Linksliberalen, dritte politische Kraft, hatten in der Provinz Sachsen seit 1890, als sie mit 26,6 Prozent in der Wählergunst noch vor den Sozialdemokraten lagen, im Regierungsbezirk Magdeburg den Nationalliberalen Schritt für Schritt das Feld überlassen und sich in die Kreise Erfurt und Merseburg zurückgezogen.⁵³ In Magdeburg selbst, wo der Linksliberalismus durch die Freisinnige Volkspartei vertreten wurde, war zuletzt 1898 mit dem Kaufmann Wilhelm Raßbach ein linksliberaler Kandidat angetreten. Auch 1907 kooperierte der Freisinn mit den Nationalliberalen – wohl nicht zuletzt aus dem Grund, da sich sein ehemaliger Spitzenkandidat durch eine unbedachte Äußerung während des Wahlkampfes zu einer Landtagsersatzwahl im Oktober 1906 in der gesamten Arbeiterschaft Magdeburgs völlig desavouiert hatte.⁵⁴

Der Liberalismus in Magdeburg hatte 1907 nur dann eine gewisse Chance, das Reichstagsmandat zu erobern, wenn er selbst geschlossen auftrat und die Antisemiten- und Mittelstandsfraktion gewinnen konnte, die in Magdeburg 1893 zum ersten Mal angetreten war und deren Stimmenpotential zuletzt (1903) 11 Prozent betragen hatte. Da der politisch organisierte Mittelstand stets zu einem gewissen Eigensinn tendierte, gestaltete sich die Kandidatenwahl im bürgerlichen Lager für die Reichstagswahlen 1907 diffizil. Während die Sozialdemokraten ihren bisherigen Mandatsträger Wilhelm Pfannkuch aus Berlin auf einer eindrucksvollen Wählerversammlung am 18. Dezember einstimmig als Kandidat bestätigten, zog sich die Bekanntgabe der bürgerlichen Nominierung noch einige Tage hin. Langwierige Verhandlungen zwischen Funktionären des Nationalliberalen Vereins, dessen 1903 unterlegener Kandidat nicht mehr zur Verfügung stehen wollte, des Freisinnigen Vereins, der Wahlvereinigung für den Mittelstand und des Konservativen Vereins hatten schließlich die Nominierung des Fleischermeisters Wilhelm Kobelt zum Ergebnis⁵⁵; er war unter acht vorgeschlagenen

⁵² Siehe J. SCHMÄDEKE, 1995, S. 590; vgl. Th. KÜHNE, Handbuch, 1994, S. 408. Lediglich 1882 traten die Nationalliberalen der Fortschrittspartei Magdeburgs eines der beiden Mandate ab.

⁵³ Siehe ebd., S. 591.

⁵⁴ Volksstimme Magdeburg, 16. I. 1907. Raßbach hatte die Arbeiter Magdeburgs als »Gesindel und Maden« bezeichnet – fortan wurde er in der sozialdemokratischen Lokalpresse als »Maden-Raßbach« verhöhnt.

⁵⁵ Magdeburgische Zeitung, 20. 12. 1906; Volksstimme Magdeburg, 18. 12.; 19. 12. (1. Beil.); 20. 12. und 21. 12. 1906; siehe auch Th. KLEIN, Reichstagswahlen, 1968, S. 103 f.; vgl. J. SCHMÄDEKE, 1995, S. 590.

Bewerbern ausgesucht worden. Kobelt, mit 41 Jahren ein relativ junger Anwärter für einen Reichstagsitz, besaß auf Betreiben der Mittelstandsvereinigung seit 1904 ein Stadtverordnetenmandat, welches nun offenbar zum Gegenstand einer der im bürgerlichen Lager üblichen kompensatorischen Wahlabsprachen geworden war: Für die nächsten Stadtratswahlen hatten die Liberalen die Reichstagskandidatur Kobelts gegen zu leistende Wahlhilfe des Mittelstands eingetauscht. Die nähere Parteiaffinität der als »wild-liberal« in die Reichsstatistik eingehenden Kandidatur blieb jedoch offen: »Welcher Parteirichtung Herr Kobelt angehört, weiß man nicht«, mockierte sich die sozialdemokratische *Magdeburger Volksstimme* kurz nach Benennung des Herausforderers und spottete, ob »der Freisinn nun antisemitisch oder Herr Kobelt freisinnig geworden [sei]«. ⁵⁶ Immerhin hatten die politischen Gruppierungen Magdeburgs mit ihrer Festlegung auf einen einzigen Kandidaten geschafft, was den designierten Blockparteien in den 20 Wahlkreisen der Provinz Sachsen sonst nurmehr im Saalkreis-Stadt Halle sowie in Naumburg-Weißenfels-Zeitz gelang. ⁵⁷

Die personale Zusammensetzung des »Wahlausschusses der vereinigten bürgerlichen Parteien in Magdeburg«, der sich Anfang Januar bilden konnte, gibt durch den Proporz der politischen Gruppierungen genauer Auskunft über die Parteinähe der Kandidatur Kobelt: Von 21 Ausschußmitgliedern gehörten zehn der Nationalliberalen Partei an, drei kamen von der Freisinnigen Volkspartei – darunter einer der Führer der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine – jeweils zwei Vertreter stellten die Mittelstandsvereinigung und die Konservativen. Der Sozialliberale Verein, die Reformpartei, der Verband reichstreuer Arbeiter und der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, vertreten durch den Vorsitzenden der Ortsgruppe, dem Geheimen Baurat Mackensen, entsandten je ein Mitglied. ⁵⁸

Die Mitglieder des Wahlausschusses repräsentierten eine Auslese der lokalen Partei-, Verbands- und Gewerkschaftsbewegung unter der politischen Federführung der Nationalliberalen. Die Teilnahme des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins und des Reichstreuen Arbeitervereins stellte dabei nur allzu offensichtlich eine politische Spitze gegen die organisierte sozialdemokratische Arbeiterbewegung dar. ⁵⁹ Insbesondere der Verein reichstreuer Arbeiter, welcher (am 1. 6. 1908) 1223 Mitglieder zählte und als nationaler Arbeiterverein durch die lokale Gruppe des RgS gegründet worden war, sollte bei der kommenden Wahlbewegung eine nicht unwesentliche Rolle bei der Wählermobilisierung spielen. ⁶⁰

⁵⁶ Volksstimme Magdeburg, 21. 12. 1906.

⁵⁷ Siehe Th. KLEIN, Reichstagswahlen, 1968, S. 93.

⁵⁸ Volksstimme Magdeburg, 8. 1. 1907.

⁵⁹ Die Sozialdemokraten äußerten insbesondere gegenüber der Teilnahme der linksliberalen Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine Unverständnis, siehe ebd., 9. 1. 1907 (1. Beil.), Art.: »Kobelt und die Gewerkvereine«; vgl. Vorwärts, 11. 1. 1907.

⁶⁰ Zum Verband reichstreuer Arbeiter in Magdeburg, seiner Gründung und Mitgliederzahl (1908) siehe H. ASMUS, 1968, S. 201 f.; I. DRECHSLER, Magdeburger Sozialdemokratie,

Die Ortsgruppe des Reichsverbandes war im Rahmen der Ausschußarbeit für die organisatorische Leitung und Durchführung des Wahlkampfes zuständig. Sie hatte ihre Tätigkeit bereits vor der Konstituierung des Wahlkomitees Kobelt mit der schriftlichen Agitation aufgenommen. Allerdings wurde sie gleich zum Auftakt des Wahlgeschehens durch einen faux-pas in ihrer weiteren Arbeit behindert, der die Sozialdemokraten nicht nur Magdeburgs in helles Entzücken versetzte. Der sozialdemokratischen Buchhandlung *Volksstimme* war an Weihnachten eine Sendung der »Abteilung Buchhandel« des Reichsverbandsverlages aus Berlin zugegangen. Ein Begleitschreiben informierte darüber, Schriften des Verbandes anhand eines beigefügten Prospektes auszuwählen und, mit bis zu 50 Prozent Rabatt bei Barbezahlung, zu bestellen, um die Agitationsmaterialien während der Wahlkampagne den Kunden anzubieten. Anliegende Plakate mit der Aufforderung, »Man lese die Schriften des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie – Zu beziehen hier!«, waren beigefügt. Die Arbeiterbuchhandlung orderte freilich keine der angebotenen Werbeschriften, sondern ließ den Vorgang in der *Volksstimme Magdeburg* publizieren und erregte damit lokal und überregional Schadenfreude in sämtlichen sozialdemokratischen Presseorganen.⁶¹

Es ist anzunehmen, daß die Magdeburger Ortsgruppe aus der Peinlichkeit dieses agitatorischen Irrläufers Konsequenzen zog, der zugleich Aufschluß darüber gibt, welcher Wege sich der RgS neben der Haus-zu-Haus-Distribution im Rahmen der sogenannten »Kleinarbeit« sowie des Postversands noch bediente, um seine Informationsschriften zu verbreiten. Der Stab um Geheimrat Mackensen konzentrierte sich zunächst darauf, die schriftliche Agitation über die Pressearbeit in den unparteiischen Generalanzeigern sowie mit Hilfe von Plakaten zu intensivieren. Die bereits aus dem Kasseler Wahlkampf bekannten, meterhohen Anschläge an den Litfaßsäulen mit der fettgedruckten Zahl der Nichtwähler des Stichwahlganges 1903 erschienen in Magdeburg auch an den Hauswänden der Wirtschaften und Kneipen. Plakate, die die »Säumigen« zur Ausübung ihres Wahlrechts riefen, waren in der Eisenbahn zu sehen und prangten sogar von den Güterschuppen am Bahnhof.⁶²

Die mündliche Agitation koppelte der RgS an die Kampagnestationen des bürgerlichen Kandidaten. Auf dessen Wahlveranstaltungen in den verschiedenen Stadtteilen Magdeburgs war stets entweder der Vorsitzende der Ortsgruppe, Geheimrat Mackensen, oder einer seiner Vertreter zugegen, um Kobelt zu empfehlen und zu unterstützen. Der nationale Bewerber scheint

1992, S. 181; vgl. K. MATTHEIER, 1973, S. 89, zum »bestimmenden Einfluß« des Verbandes im Wahlkampf 1907 in Magdeburg.

⁶¹ *Volksstimme Magdeburg*, 28.12.1906, mit der Überschrift: »Der täppische Reichsverband«; siehe z. B. auch *Volksblatt Cassel*, 28.12.1906, sowie die *Leipziger Volkszeitung*, 28.12.1906 (1. Beil.), die beide die Meldung der *Volksstimme* noch am selben Tag mit ähnlichem Text übernahmen.

⁶² Ebd., 9.1.1907 (1. Beil.); 17.1.1907 (1. Beil.).

dieser Hilfe auch dringend bedurft zu haben. Kobelt – den die sozialdemokratische Presse infolge der augenscheinlichen Differenz des Sozialprestiges seines Berufes zur Profession seiner nationalliberalen Proteges unablässig als »den schlichten Mann aus der Würstküche« verhöhn⁶³ – führte seinen ersten Wahlkampf, und somit hatte er nicht nur gegen die Sozialdemokraten Magdeburgs, sondern auch mit der eigenen Unerfahrenheit zu kämpfen. Seine etwas bescheidenen rednerischen Fähigkeiten und die mangelnde Cleverness wurden vom Reichsverband aufpoliert bzw. vermittelt; seine Auftritte begleiteten zudem erfahrenere ehemalige Kandidaten wie etwa der Hauptmann von Schirp, der 1893 für die Reformpartei angetreten war, oder Wilhelm Raßbach. Auch für die inhaltliche Aussage der Wahlreden war der RgS zuständig, der mit wohlklingendem Überparteilichkeitspathos für den bürgerlichen Kompromißkandidaten die rechten Worte zu liefern schien. So betonte Kobelt bei seinem ersten Auftreten vor über 400 Personen im prallgefüllten »Schwarzen Adler«, er trete für des Reiches Macht und Ehre ein und betreibe nur nationale Politik frei von Parteizwängen; ein Programm solle man von ihm nicht verlangen. Sozialdemokratische Parteisekretäre und Redakteure charakterisierte er nach Reichsverbandsduktus als Leute, die sich durch ihre Tätigkeit ein leichtes Leben verschafften. Die Sozialdemokratie galt dem Zweiten Obermeister der Fleischerinnung Magdeburg im allgemeinen als Kraft, die auf die Zerstörung des Mittelstandes hinarbeite, wobei Kobelt nicht vergaß, sich selbst als dessen Sachwalter zu präsentieren. Im übrigen wandte er sich gegen den Mißbrauch von Streiks, die dem Nationalvermögen Schaden zufügten.⁶⁴

Die Wahlreden Kobelts müssen in ihren Ausführungen zu nationalen Fragen so auffällig den inhaltlichen Tenor des »*Handbuchs für nicht-sozialdemokratische Wähler*« imitiert und rezipiert haben, daß die *Volksstimme Magdeburg* vermutete, er sei ein »Kandidat des Reichslügenverbandes« und habe in Geheimrat Mackensen einen »Einpauker« besessen. Die politische Unselbständigkeit und Unerfahrenheit Kobelts bzw. die führende Hand der grauen Eminenzen von Verbands- und Parteiseite im Hintergrund versuchte das Blatt schließlich in dem wenig schmeichelhaften Vergleich zu versinnbildlichen, dieser werde von »allen Diskussionsrednern wie ein junger Bär in das Genick gepackt und der staunenden Menge gezeigt.«⁶⁵ Ent-

⁶³ Die Sozialdemokraten spielten hier desweiteren auf ein geäußertes Bonmot von »allerhöchster Seite« an, dereinst »einen schlichten Mann aus der Werkstatt« in den Reichstag wählen zu lassen, ebd., 16. 1. 1907 (1. Beil.).

⁶⁴ Ebd., 10. 1. 1907 (1. Beil.); 13. 1. 1907.

⁶⁵ Ebd., 13. 1. 1907; 15. 1. 1907. Zur »Kandidatenerziehung« berichtete das Blatt am 15. 1. folgendes mit einem guten Schuß Ironie: »Mackensen, der Reichsverbändler, leitet den Kandidaten mit kundiger Hand durch alle die Fährlichkeiten, die dem politischen Neuling drohen, und unter seiner Oberraufsicht sowie unter fleißiger Benutzung des vom Reichsverband herausgegebenen Handbuchs für nichtsozialdemokratische Wähler entstehen die Fünfzehnminuten-Kandidatenreden des Herrn Mischmaschkandidaten, die besonders alle Intellektuellen in einen Taumel der Begeisterung versetzen.«

kleidet man diese Aussagen auch eines Teils ihrer Polemik, bleibt dennoch festzuhalten, daß der Einfluß des Reichsverbandes auf den nationalen Sammelkandidaten Kobelt nicht unerheblich gewesen sein muß.

Auch der andere Spitzenkandidat der Parteienkonkurrenz in Magdeburg, der Sozialdemokrat Wilhelm Pfannkuch, war kein begeisterter und begeisternder Redner. Die mündliche Agitation war nicht sein Metier, und auch im Reichstag empfahl sich Pfannkuch eher durch fleißige Fraktionsarbeit als durch zahlreiche Wortmeldungen.⁶⁶ Im Wahlgeschehen 1907 trat er auf großen Wahlversammlungen nicht sonderlich hervor. Für zentrale Veranstaltungen organisierte der sozialdemokratische Wahlverein demzufolge Parteipolitiker, deren Person reichsweite Prominenz genoß. Diese Wahlforen hatten den Charakter von Großkundgebungen. So sprach Paul Singer am 5. Januar im Großen Saal von Köhlers Konzerthaus vor 2600 Zuhörern über »Die bevorstehenden Reichstagswahlen«, und für Montag, den 14. Januar, lud das Wahlkomitee zu einer Agitationsrede der wohl bekanntesten Sozialdemokratin ein, Rosa Luxemburg. Ihre Rede über »Nationale Politik« im Luisenpark verfolgten etwa 3000 Personen, eintausend weitere hätten wegen Überfüllung keinen Einlaß mehr gefunden.⁶⁷

Die schriftliche Agitation der Sozialdemokraten erfolgte größtenteils mittels Flugblättern. Sonntags morgens um 11 Uhr, kurz nach Beendigung der Kirchzeit, wenn die meisten Magdeburger (so auch die Arbeiterschaft) unterwegs waren, zogen tausende von Parteigenossen mit der neuesten Flugschrift oder Broschüre aus, um sie »im Handumdrehen« an den Mann zu bringen und die ganze Stadt mit den Materialien zu »besäen«. »Prompte Flugblattverbreitung = Sieg am 25. Januar«, war das Motto dieser Aktionen, wobei am Sonntag, dem 13. Januar, z.B. die Schrift »Ist Pfannkuch oder Kobelt unser Mann?« verteilt wurde.⁶⁸

Die *Magdeburger Volksstimme*, die während des Wahlkampfes an geeigneten Plätzen auch an das Straßenpublikum verteilt wurde, begleitete die Verbreitung der eigenen Agitationsschriften mit kritischen Auseinandersetzungen zu Distribution, Quantität und Qualität der »Reichsverbands-Literatur«. »Von allen Seiten fliegen uns jetzt die Flugblätter auf den Redaktionstisch, die der Protektor des Herrn Kobelt ... in unserer Gegend verbreiten läßt«, meldete das Blatt am 17. Januar und kommentierte in bislang ungewohnt scharfen Worten, daß die »gesinnungslosen Lumpen« im Reichsverband darin an den niedersten »Hurra- und Mordspatriotismus« appellierten.⁶⁹

⁶⁶ Zu Wilhelm Pfannkuch siehe die Bemerkungen bei Th. KLEIN, Reichstagswahlen, 1968, S. 104.

⁶⁷ Volksstimme Magdeburg, 6. I. 1907; 13. I. 1907.

⁶⁸ Ebd., 13. I. 1907; 15. I. 1907.

⁶⁹ Vorwärts, 11. I. 1907 und Volksstimme Magdeburg., 17. I. 1907 (1. Beil.). Insbesondere die beiden Flugschriften Nr. 53: »Auf, in den Wahlkampf! Für unsere braven Kämpfer in Deutsch-Südwestafrika!« und 55: »Wählt zur Ehre des Vaterlandes gegen seine Zerstörer« erregten Mißmut bei den Sozialdemokraten.

Je näher der Wahltermin rückte, desto mehr wuchs der Respekt der magdeburgischen Sozialdemokratie zwar nicht vor der Integrität des Reichsverbandes, aber vor seinen agitatorischen und organisatorischen Fähigkeiten. Die täglich rüder werdenden Attacken auf die Arbeit des RgS, welche kurz vor dem Wahlgang von einer Warnung der *Volksstimme* an die Parteigenossen begleitet und verstärkt wurden, den Schlepperdienst der »Kobeltmänner« zu beachten, waren die besten Indizien dafür. Der Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes vom 14. Januar, der in ähnlichem Tenor vor der verbesserten Wahlorganisation der Gegner warnte und dazu aufforderte, jegliche Anzeichen einer »Einlullung« zu bekämpfen, »als hätten wir den Sieg in der Tasche«, beschrieb die wachsenden Probleme des magdeburgischen Wahlvereins nur zu gut.⁷⁰

Das Ergebnis der Hauptwahlen bedeutete für die Sozialdemokraten eine unerwartet deutliche Niederlage: der Kandidat der vereinigten bürgerlichen Parteien errang mit einem Vorsprung von fast 2000 Stimmen vor Wilhelm Pfannkuch 51 Prozent der Wählerstimmen bzw. die absolute Mehrheit. »Ein gar närrisches Treiben herrscht ... im Lager der Kobeltleute«, schilderte die *Volksstimme* daraufhin die Euphorie im Bürgertum.⁷¹ Das eigene Abschneiden erklärte das Blatt mit dem »Gesamtcharakter« dieser Wahl, der durch seine »Kriegervereins-Kommersstimmung« unentschiedene bürgerliche Wähler, die in sozialdemokratischen Parteikreisen so genannten »Indifferenten«, eher angezogen und mobilisiert habe als die eigenen Parolen. Die Wähler Kobelts seien zudem von der »schläfrigen Generalanzeiger-Lektüre« seit Jahren eingenommen worden, und somit habe die nationale Agitation des Reichsverbandes, die gerade in den überparteilichen Blättern den Hebel anzusetzen versuchte, leichtes Spiel gehabt. Angesichts der Tatsache, daß der bürgerliche Kandidat bei einer gegenüber dem ersten Wahlgang von 1903 um 9,6 Prozent gestiegenen Wahlbeteiligung (auf 92,1 Prozent) ganz offenbar die Nicht- und Wechselwählergruppen besser hatte ansprechen können als die Sozialdemokraten, schien diese Erklärung auch nicht ganz unbegründet. Die Sozialdemokraten Magdeburgs zogen aus dem Ergebnis der Wahlen und der Deutung seines Zustandekommens schließlich das Fazit, die Parteiorganisation weiter auszubauen und die eigene Presse zu fördern. Ihrer enttäuschten Leserschaft konnte die *Volksstimme* lediglich Trost spenden und sie zu einem Neubeginn auffordern.

Das lokale Wahlgeschehen Kassels und Magdeburgs wurde während der Wahlbewegung 1907 nicht zuletzt durch das Wirken der Ortsgruppen des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie gestaltet und geprägt. Der Reichsverband hatte es einerseits durch den massiven Einsatz seiner wahlinhaltlichen Mittel vermocht, dualistische Konkurrenz- und Konfliktsitua-

⁷⁰ Ebd., 23. I. 1907; der Aufruf des Parteivorstandes war in der Ausgabe vom 17. Januar abgedruckt worden.

⁷¹ Ebd., 29. I. 1907.

tionen zwischen bürgerlichen Parteien und Sozialdemokratie zu verschärfen. Andererseits gelang es ihm, in einer künstlich erzeugten Atmosphäre patriotischer Begeisterung die bürgerliche Klientel mit Hilfe seiner modernen wahlorganisatorischen Möglichkeiten für die nationalen Parteien zu mobilisieren. Allerdings blieb der Verband, und hier zeigten sich zugleich die Grenzen seines wahltaktischen Bemühens, auch von jenem temporären politischen Grundkonsens abhängig, auf welchem der Bülow-Block basierte.

3. Wahlhilfe des Reichsverbandes für bürgerliche Parteivereine

Das »Handbuch für nicht-sozialdemokratische Wähler« stellte den bürgerlichen Parteien im Hinblick auf ihre wahlorganisatorischen Bemühungen ein schlechtes Zeugnis aus. Es sei nicht ausreichend, steht darin zu lesen, die politische Arbeit erst sechs bis acht Wochen vor dem Wahltermin zu beginnen und einmal im Jahr eine meist mäßig besuchte Wählerversammlung abzuhalten. Trete man in Konkurrenz zur unablässigen Organisations- und Agitationstätigkeit der Sozialdemokraten, müßten die Vorbereitungen bereits »Jahre vorher« getroffen werden.¹ Der Reichsverband plädierte für eine Modernisierung politischer Wahlarbeit durch permanente Agitation und eine festere organisatorische Bindung der bürgerlichen Klientel an die nationalen Verbände und nichtsozialdemokratischen Parteien. Unter den Bedingungen der Massenpolitik, so lautet ein Fazit seiner Betrachtungen über den Wahlstil bürgerlicher Parteien, hätten biedere Honoratiorenclubs keine Chance mehr.

Ogleich das Handbuch in wohlverstandenen Eigeninteresse des Verbandes dazu tendierte, die mangelnden Fertigkeiten der bürgerlichen Wahlkomitees etwas zu unterschätzen, die agitatorische Konstanz der Sozialdemokratie dagegen überzubewerten, fußte diese Kritik dennoch auf Erfahrung. Seit seinem Bestehen hatte sich der Reichsverband bis zu den allgemeinen Parlamentswahlen von 1907 bei neun Ersatzwahlen engagiert und die Arbeitsweise und -intensität bürgerlicher Komitees kennengelernt.² Der Schriftführer des RgS, Dr. Bovenschen, sollte z. B. während der Ersatz-

¹ Handbuch für nicht-sozialdemokratische Wähler, 1907, S. 241 f.

² 1905 in Oberfranken 1, Hof; Hannover 9, Hameln-Linden Land-Springe; Potsdam 5, Oberbarnim; Mittelfranken 2, Erlangen-Fürth; Sachsen-Weimar 2, Eisenach-Dermbach; Schleswig-Holstein 7, Kiel-Rendsburg-Plön. 1906 in Hessen 4, Darmstadt-Groß Gerau; Hannover 8, Stadt-Linden; Sachsen 10, Döbeln. Zum RgS-Engagement bei den Ersatzwahlen in Hameln-Springe und Oberbarnim bzw. Erlangen-Fürth siehe auch die beiden Flugschriften des Verbandes in BA Potsdam Rkzlei. 1395/2, Nr. 21: Die letzten Reichstagswahlen in Oberbarnim und Fürth-Erlangen; Nr. 24 (Rückseite): Der Vorwärts und die Reichstagsersatzwahl in Hameln-Springe; vgl. ferner zu Hameln-Springe Volksstimme Magdeburg, 14. 6. 1905 (1. Beil.).

wahlbewegung in Darmstadt Groß-Gerau im April 1906 angesichts der mangelhaften und letztlich auch erfolglosen Werbetätigkeit der Nationalliberalen urteilen, daß »diese keine blasse Ahnung davon hatte[n], wie man eine Wahl durch Organisation der Vertrauensmänner, Verteilung der Flugblätter, Kontrolle der Wahllisten, der persönlichen Bearbeitung derjenigen, die nicht gewählt haben, in Arbeit nimmt.«³ Ähnliche Mängel stellte der Vorstand des RgS auch anlässlich der im Oktober 1906 stattfindenden Reichstagsersatzwahl im sächsischen Döbeln fest. Dort hatte sich die nationalliberale Wahlkreisvertretung vorbehalten, die Werbung für den alldeutschen Vorsitzenden Ernst Hasse selbst zu übernehmen. Hasse, dem ohnehin keine herausragenden agitatorischen Fähigkeiten bescheinigt werden können, scheiterte prompt im Ersten Wahlgang an dem Sozialdemokraten Johann Pinkau; die Leitung des Reichsverbandes machte sich daraufhin Vorwürfe, daß sie sich auf die Versicherungen der Nationalliberalen verlassen hatte.⁴ Allerdings sparte der Reichsverband durch das Verhalten der Nationalliberalen Partei unnütze Wahlkampfkosten. Die Aufwendungen des RgS für die Ersatzwahl in Döbeln betrugen nach Abrechnung der vor Ort eingesetzten Beamten des Verbandes insgesamt etwa 2800 Mark. Dies war »eine erheblich geringere Summe, als wir bisher bei allen übrigen Ersatzwahlen aufbringen mußten«, konnte der Verbandsvorstand kurz nach der Wahlentscheidung feststellen.⁵ Dagegen dürften die Ausgaben für den Wahlkampf des Reichsverbandes bei einer Ersatzwahl in Hannover im Juni 1906, als der RgS ein Hauptbüro mit 100 Angestellten und 104 fliegende Wahlbüros eingerichtet sowie 1000 Obleute und Schlepper engagiert hatte, um ein Vielfaches höher gewesen sein. Hier hatte der RgS neben der liberalen Wahlorganisation auch eine gesonderte des Verbandes geschaffen mit dem Ergebnis, daß der nationalliberale Kandidat 5924 Stimmen mehr als bei den Wahlen von 1903 erringen konnte – das Mandat blieb dennoch in sozialdemokratischer Hand.⁶

Besatz der Reichsverband keine lokale Vertretung in einem umstrittenen Stimmbezirk, bot er den ortsansässigen Wahlkomitees der bürgerlichen Parteien seine schriftlichen Agitationsmaterialien, die von ihm erarbeiteten wahltechnischen Anleitungen und geschulte Redner an. Diese Hilfe wurde in den meisten Fällen gratis und auf Kosten des RgS gewährt. Im Hinblick auf die inhaltliche Aufmachung und Verbreitung der Materialien bevorzugte der RgS wie sämtliche Interessen- und Agitationsverbände die zentrale Redaktion und Distribution. Während die politischen Parteien neben Flug-

³ Bovenschen an die Hagener Geschäftsstelle der Nationalliberalen Partei, 21. 4. 1906, zitiert nach K. SAUL, Staat, 1974, S. 129. Zur Wahlbewegung in Darmstadt, die ohnehin wenig erfolgreich weder für die Nationalliberalen noch für den Reichsverband verlaufen sollte, siehe Die Hilfe, 18 (1906), S. 2 ff.; vgl. D. S. WHITE, 1978, S. 177.

⁴ BA Potsdam Rkzlei. 1395/4, Vorstand des Reichsverbandes an v. Loebell, 25. 10. 1906.

⁵ Ebd.

⁶ Ebd., bzw. zum RgS-Engagement in Hannover 1906 siehe auch K. SAUL, Staat, 1974, S. 129.

blattserien und Plakaten, welche die großen Themen der Politik ebenso wie bestimmte Fragen von nationalem Belang thematisierten, auch ganz spezielle, auf die politischen Verhältnisse in einzelnen Wahlkreisen zugeschnittene Schriften herausgaben⁷, war der RgS nur in Ausnahmefällen willens oder in der Lage, wahlkreisgebundene Probleme anzusprechen. Denn einerseits gebot die patriotische, überparteiliche Programmatik des Verbandes eine wahlinhaltliche Zentralisierung und Nationalisierung der Themen; andererseits behielt die Leitung in Berlin dadurch die redaktionelle Verantwortung in der Hand und konnte ferner die Verbreitung der Schriften besser kontrollieren. Wenn die zentrale Distribution etwa per Postversand auch kostenintensiv war – was u. a. die Sozialdemokraten dazu veranlaßte, die Redaktion und die Verteilung der Schriften mitunter an die Landesleitungen und Mittelinstanzen zu delegieren –, überwogen die Vorteile schließlich doch die Nachteile. Denn nicht selten mußte die Reichsverbandsleitung rasch und flexibel auf unvorhergesehene Anfragen bürgerlicher Parteien aus einzelnen Wahlkreisen reagieren, die sich aus jeweiligen wahltaktischen Erfordernissen ergaben. So bestellte während der Reichstagswahlen 1907 der Wahlausschuß der Nationalliberalen Partei in Coburg kurz vor dem zweiten, entscheidenden Urnengang noch 15 000 Exemplare des bebilderten Flugblattes Nr. 15: »Das wahre Gesicht«.⁸ Die Schrift, eine Verbindung aus Greuelpropaganda zum Krieg in Südwestafrika mit antisozialistischer Polemik, wurde umgehend aus Berlin angeliefert, von den Helfern des Parteiver eins verteilt und leistete bei »der Stichwahl die besten Dienste«, berichtete das Wahlkomitee am 7. Februar in einem Dankschreiben an die Reichsverbandsleitung.⁹

Ähnlichen Erfolg erzielte der Reichsverband mit seinen Ratschlägen für die Kleinarbeit und die wahltechnische Organisation. Diese Leitfäden – so etwa die »Anleitung für das Wahlbureau« mit Richtlinien zur Planung der Lokalität, der personalen Besetzung und effizienten Organisation¹⁰ – stellte er sowohl seinen eigenen Unterverbänden sowie auf Anfrage auch den Vereinen der bürgerlichen Parteien zur Verfügung. Der Vorsitzende des nationalliberalen Reichsvereins Walldorf im Wahlkreis des freisinnigen Abgeord-

⁷ Hierzu am besten der Überblick bei J. BERTRAM, Reichstagswahlkampf, 1978, S. 554 ff., 558, bzw. DERS., Wahlen, 1964, S. 178, zur inhaltlichen Gestaltung und Distribution von Agitationsmaterialien der politischen Parteien im Wahlgeschehen.

⁸ Die Bestellhöhe richtete sich offenbar nach der Wahlberechtigtenzahl, denn im ersten Wahlkreis Sachsen-Coburg-Gotha waren 1907 15 372 Wähler stimmberechtigt. Der nationalliberale Kandidat Burkhardt Quark konnte sich mit dem für den Wahlkreis Coburg ungewöhnlich hohen Vorsprung von 3000 Stimmen gegenüber dem Sozialdemokraten Fritz Zietsch durchsetzen. Zum Inhalt des Flugblattes Nr. 15 siehe S. SUVAL, 1985, S. 138.

⁹ Der Reichsverband in seiner praktischen Tätigkeit, 1907, S. 29, mit einer Vielzahl weiterer Dankschreiben für die Unterstützung des Reichsverbandes bei den Wahlen 1907 von affilierten bürgerlichen Vereinen, Parteiwahlkomitees und »angesehenen Wählern«.

¹⁰ Siehe SPD PT, 1907, S. 27.

neten Dr. Müller-Meiningen zum Beispiel lobte 1907 nach dem unerwarteten Hauptwahlsieg gegen die Sozialdemokraten die vom Vorstand des Reichsverbandes geschaffene »geradezu großartige Organisation, nach welcher [er] arbeiten zu können die Ehre hatte.« Und in einem Schreiben aus Marktneukirchen im 23. sächsischen Stimmbezirk Plauen-Ölsnitz erhielt die Leitung des Reichsverbandes folgende Mitteilung: »Die Reichsverbandsflugblätter haben hier prachtvoll gewirkt und die Wahlinstruktion, welche hier bis ins kleinste ausgeführt worden ist, hat sich glänzend bewährt«. ¹¹

In vielen Fällen begnügte sich die Verbandsleitung damit, ein bis zwei Flugblätter, die speziell zu den Reichstagswahlen erschienene »*Wahlkorrespondenz*« des Verbandes sowie das »*Handbuch für nicht-sozialdemokratische Wähler*« ¹² zu versenden. Die Parteivereine oder die affilierten und korporativen Organisationen des Reichsverbandes stellten diese Materialien dann ihren Rednern und Mitarbeitern zur Verfügung. So zog auch der 1904 dem Reichsverband beigetretene konservative Vaterländische Verein Greiz »reichlich Nutzen« aus den Schriften des RgS. ¹³

Der Reichsverband legte wie sämtliche politischen Massenorganisationen großen Wert auf eine intensive Tätigkeit geschulter Redner. Er folgte dabei dem Beispiel der Sozialdemokraten, des Volksvereins für das katholische Deutschland oder auch des Bundes der Landwirte, die ihre Agitatoren auf eigenen Rednerschulen ausbilden ließen. ¹⁴ Die direkte Ansprache der potentiellen Klientel durch Wanderredner war zur Führung eines modernen Massenwahlkampfes unerlässlich, indem diese zweite Garnitur die politische Prominenz der oberen Partei- und Verbandsghremien sowie Abgeordnete oder Kandidaten während einer Kampagne entlastete. Auch der Aufbau einer festen Organisation von lokalen Unterverbänden wurde durch die Präsenz eines rhetorisch geübten Verbandsrepräsentanten vor Ort erleichtert. Während der Anfangsjahre seines Wahlengagements war die Entsendung von geschulten Rednern und sogenannten »Beamten«, die in Wahlkreisen ohne lokale RgS-Vertretung daneben das Amt eines Vertrauens- und Verbindungsmannes zu den bürgerlichen Parteiwahlvereinen wahrnahmen, für den Reichsverband oftmals das einzige wirkungsvolle Mittel, um Einfluß auf eine Wahlbewegung erzielen zu können. Da der Verband in der ersten Zeit seiner Existenz noch kaum aus einer breiten Palette gedruckter Agitationsmaterialien schöpfen konnte, mußten die RgS-Redner bestehende Defizite durch persönlichen Einsatz wettmachen. So dankte etwa der Freisinnige Verein Lauf und Umgebung Ende Juli 1905 nach einer Reichstagsersatzwahl im mittelfränkischen Stimmbezirk Erlangen-Fürth dem Ver-

¹¹ Der Reichsverband in seiner praktischen Tätigkeit, 1907, S. 28 bzw. 25.

¹² Zum schriftlichen Werbematerial des RgS siehe nächstes Kapitel.

¹³ Ebd., S. 30f.

¹⁴ Zu Rednerschulen und -ausbildung im Reichsverband sowie den anderen Massenorganisationen siehe 10 Jahre Reichsverband, 1914, S. 34 ff.; vgl. D. FRICKE, Reichsverband, 1959, S. 267 ff.

bandsvorstand für die »hingebende und aufopfernde Beihilfe« eines seiner Beamten. Dieser habe die lokale Vertretung der Freisinnigen Volkspartei in 13 Versammlungen »als fast alleiniger Redner in hervorragender Weise unterstützt und ... mehrere vorzügliche Flugblätter ... redigiert, die den Nagel auf den Kopf trafen.« In ähnlichem Tenor äußerte sich auch die Vorstandschaft der Deutschfreisinnigen Partei in Fürth über vom Vorstand des RgS entsandte Wahlbetreuer. Sie lobte die »erspriessliche Agitation« der drei entsandten Beamten des Reichsverbandes, die während des Wahlkampfes insgesamt 40 Versammlungen abgehalten hatten.¹⁵

Die 1914 herausgegebene Festschrift »10 Jahre Reichsverband« sollte in ihrem Rückblick auf die Tätigkeit der Organisation im Jahre 1907 befriedigt feststellen, daß die Vertrauensmänner, »Beamten«, Arbeitersekretäre und Wanderredner des Verbandes insgesamt 730 Wahlveranstaltungen leiten bzw. an solchen Versammlungen teilnehmen konnten. Im Vergleich zur Gesamtzahl sozialdemokratischer Wahlversammlungen, die für 1906/07 mit Sicherheit wohl in die tausende ging, oder den ca. 2500–4200 Veranstaltungen des Bundes der Landwirte bzw. den ungefähr 2500 Volksvereinsversammlungen nimmt sich dieses Engagement zwar bescheiden aus.¹⁶ Der Reichsverband konnte sich im Gegensatz zu den politischen Parteien jedoch eher leisten, sein Wahlhilfebemühen auf eine begrenzte Anzahl hart umkämpfter Kreise zu konzentrieren. Er war als unabhängiger, vornehmlich außerparlamentarisch wirkender Agitationsverband weniger darauf angewiesen, möglichst viele Abgeordnete in den Reichstag zu entsenden oder Zählkandidaten zum Sammeln versprengter Stimmen aufzustellen und zu unterstützen.

Die Bilanz, die der Reichsverband in seinem veröffentlichten Tätigkeitsbericht zum Ausgang der Reichstagswahlen von 1907 zog, konnte sich sehen lassen: Für 32 von 36 Wahlkreisen, die die Sozialdemokraten verloren hatten, schrieb er den Erfolg bürgerlicher Parteien maßgeblich seinem Engagement zu.¹⁷ Die führenden Presseorgane der »Neuen Rechten«, wie etwa

¹⁵ BA Potsdam Rkzlei. 1395/2, Flugschrift des RgS Nr. 25: Urteile der bürgerlichen Parteien über den Reichsverband; Der Reichsverband in seiner praktischen Tätigkeit, 1907, S. 4.

¹⁶ Diese Zahl umfaßte eigene bzw. solche Versammlungen der bürgerlichen Parteien und bisweilen der Sozialdemokraten, zu denen die Verbandsleitung Redner abstellte. Zur Versammlungstätigkeit des Reichsverbandes im Jahr 1907 siehe 10 Jahre Reichsverband, 1914, S. 34; des Bundes der Landwirte H. J. PUHLE, Agrarische Interessenpolitik, 1975, S. 61, wobei PUHLE für 1907 8586 Versammlungen des BdL angibt, von denen etwa ein Drittel bis die Hälfte Wahlveranstaltungen waren; des Volksvereins für das katholische Deutschland H. HEITZER, 1979, Anh. II, S. 9, wobei die Zahl 2500 die Volksvereinsversammlungen für die Jahre 1906/07 angibt. Exakte Zahlen über sozialdemokratische Versammlungen stehen leider nicht zur Verfügung; es ist allerdings völlig unwahrscheinlich, daß die SPD weniger Veranstaltungen anbot als etwa der BdL oder der Volksverein.

¹⁷ Der Reichsverband in seiner praktischen Tätigkeit, 1907, S. 6. Es handelt sich um folgende 30 sicher zu identifizierende Wahlkreise, die nach den Angaben SPD PT, 1907, S. 29 f., zusammengestellt und mit jenen in Abschnitt 2, Anm. 1 angeführten Stimmbezirken

die *Deutsche Zeitung* Friedrich Langes oder das Scherl-Blatt *Der Tag* waren gern bereit, dem RgS seinen offenbaren Erfolg durch wohlwollende Kommentare zu bestätigen. Und auch die offiziöse *Norddeutsche Allgemeine Zeitung* schrieb in ihrer Ausgabe vom 10. Februar 1907:

»Die Wahl hat gezeigt – nicht zum mindesten auch infolge der trefflichen Organisation und Arbeit des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie –, was sich durch intensive Tätigkeit gegen die Sozialdemokratie erreichen läßt. Ihre größten Erfolge hat sie ihrer unablässigen Agitation, ihrer unermüdlichen Propaganda zu verdanken. Sobald ihr dieses Feld nicht mehr alleine überlassen wird, schrumpfen ihre Erfolge zusammen, ihr Fortschritt wird gehemmt, und darum gilt es jetzt, das Errungene festzuhalten, die Wähler in Atem zu erhalten und die bürgerlichen Positionen immer weiter gegen die Sozialdemokratie vorzuschieben.«¹⁸

Das weitere Presseecho im bürgerlichen Lager war allerdings eher geteilt. Während sich die konservative *Kreuzzeitung* ungewohnt unkritisch gab und sich die freikonservative *Post* sehr gerne in die Schar der Gratulanten einreihete, enthielt sich die *National-Zeitung* überhaupt eines Kommentars. Das gespaltene Verhältnis der Nationalliberalen zu dem radikalantisozialistischen Agitationsverband zeigte sich nochmals sehr deutlich. Auf der einen Seite äußerten lokale Wahlvereine Genugtuung, wurden mit RgS-Hilfe Erfolge erzielt und Mandate errungen. Auf der anderen Seite aber verharnte vor allem der sozialpolitische Reformflügel um den Parteivorsitzenden Basermann in schroffer Ablehnung. Die Warnung der Parteileitung vor einer engen Zusammenarbeit mit dem antisozialdemokratischen Verband¹⁹ verhalte gleichwohl innerhalb der dezentralen Parteiorganisation und ging zwischen den verschiedenen Flügeln und ihren politischen Interessen verloren. Für die regionalen und lokalen Parteiorganisationen bedeutete es kein Hindernis, trotz aller Warnungen nicht doch die Hilfe des RgS anzunehmen, wurde der Mobilisierungsdruck durch die Sozialdemokratische Partei übermächtig.

Obwohl schließlich auch linksliberale Kandidaten von dem Wirken des Reichsverbandes ebenso wie ihre nationalliberalen Blockpartner profitiert

abgeglichen sind: Stadt Königsberg; Westhavelland-Brandenburg; Randow-Greifenhagen; Stadt Stettin; Stadt Magdeburg; Saalkreis-Stadt Halle a. S.; Naumburg-Weißenfels-Zeit; Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück; Apenrade-Flensburg; Oldenburg mit Stadt Segeberg; Herzogtum Lauenburg; Lennep-Mettmann-Remscheid; Zittau; Dresden Altstadt-Dippoldiswalde; Meißen-Großenhain; Pirna; Freiberg; Döbeln; Oschatz-Grimma; Plauen-Ölsnitz; Sonneberg-Saalfeld; Gotha; Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt; Reuß j. L.; Reuß ä. L.

¹⁸ Norddeutsche Allgemeine Zeitung, 10. 2. 1907; auch zitiert in Der Reichsverband in seiner praktischen Tätigkeit, 1907, S. 10. Vgl. hierzu auch den Kommentar im Vorwärts der Ausgabe vom 16. 2. 1907: »Dem Reichsverband zur Verleumdung der Sozialdemokratie ist infolge des Wahlausgangs, der nach seiner kindischen Behauptung vornehmlich seinem großzügigen Wirken, nicht dem vielgerühmten Erwachen des nationalen Geistes zuzuschreiben ist, ganz gewaltig der Kamm geschwollen.«

¹⁹ Siehe K. SAUL, Staat, 1974, S. 119.

hatten, war das Bedauern über die Existenz des Reichsverbandes, seine politische Stellung und Arbeit in ihren Reihen zumindest ehrlicher. Im *Berliner Tageblatt* sprach Theodor Barth, einer der schärfsten Kritiker des RgS im linksliberalen Lager, nicht ohne Bedauern und mit bitterer Ironie, daß »die Politik des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ... eigentlich die Ehren des Tages davon[trage]«. ²⁰

4. Die politische Position und organisatorische Entwicklung des Reichsverbandes nach den Wahlen von 1907 bis zum Bruch des Bülow-Blocks

Mit dem Elan eines Siegers im Rücken ging der Reichsverband nach den Wahlen von 1907 daran, seine Organisation weiter auszudehnen, die Mitgliederwerbung zu intensivieren und die Agitation angesichts des Erfolges nicht einschlafen zu lassen. Die Leitung des RgS appellierte an die Unterverbände und befreundeten bürgerlichen Parteiwahlkomitees, eine gewisse Konstanz und Beweglichkeit in ihrer Arbeit zu erhalten, um trügerischer Selbstsicherheit und träger Routine vorzubeugen. Noch im Jahr 1907 gründete die Verbandsführung einen Provinzialausschuß für Schlesien unter Vorsitz des Fürsten von Pleß. Im April 1911 errichtete der Reichsverband in Karlsruhe eine badische Landesvertretung und beschloß, eine Geschäftsstelle für Baden zu eröffnen. Diese ungewöhnliche Ausbreitung der Organisation in das noch kaum erfaßte Süddeutschland und zumal in ein Kerngebiet der Nationalliberalen Partei geschah als Reaktion auf das seit 1909 zwischen Sozialdemokratie und Liberalismus bestehende Großblockexperiment und in Vorbereitung der Landtagswahlen von 1913. ¹ Am 1. Oktober 1911 eröffnete der RgS schließlich auch eine Geschäftsstelle für Ost- und Westpreußen und versuchte, in die Stammlande der Konservativen vorzudringen.

Die regionale Ausdehnung des Verbandes in nationalliberale und konservative Hochburgen wurde auch von der Absicht geleitet, sich nicht mehr wie bislang vorrangig auf jene Wahlkreise zu bescheiden, die von den bürgerlichen Parteien organisatorisch nur unzureichend abgedeckt waren. Ihr Erfolg während der Wahlbewegung 1907 schien der Reichsverbandsleitung Referenz genug, dynamischer vorzugehen und es nicht dabei zu belassen, lediglich Kongruenzen in der politischen Zielsetzung mit den bürgerlichen Parteivereinen zu konstatieren. Der RgS war demnach drauf und dran, das Axiom seiner politischen Neutralität zu verletzen und vor Ort in Konkurrenz zu den nationalen Parteien zu treten. So betonte die *Korrespondenz*

²⁰ Der Reichsverband in seiner praktischen Tätigkeit, 1907, S. 11, mit weiteren gesammelten Pressestimmen.

¹ GStA, Rep. 89, Nr. 15266, Flugschrift des RgS Nr. 193: Die Reichsverbandstagung in Breslau [1913]. Der Reichsverband rühmte sich, nicht wenig dazu beigetragen zu haben, daß der Großblock in Baden 1913 zerbrach, indem er 285000 Flugschriften in Baden gegen die bürgerlich-sozialdemokratische Koalition verbreitet hatte.

des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, jedermann müsse einsehen, daß es im Kampf gegen die organisierte Arbeiterbewegung »einer großen, einheitlich geleiteten, alle politischen und wirtschaftlichen Parteien, soweit sie auf nationale Gesinnung Anspruch erheben, umfassenden Organisation bedarf und jegliche Eigenbrödelei unterbleiben muß.« Eine solche Organisation »biete einzig und allein der Reichsverband«. Die Erfahrung während der Wahl 1907 habe gezeigt, daß er durch andere Organisationen »nicht zu ersetzen« sei.² Die Gründung eigener Ortsgruppen in Regionen, in denen bereits Parteivereine bestanden, rechtfertigte der RgS zumal mit der Kritik, daß die ihm z.B. korporativ angeschlossenen Wahlvereine der nationalen Parteien erst dann aktiv gegen die Sozialdemokratie einschreiten würden, »wenn sie selbst von ihr angegriffen werden.« Im Wahlkampf würden dann »kampfgeübte Truppen und geschulte Führer« fehlen.³

Es war nur eine Frage der Zeit, bis die bürgerlichen Parteien diesen Vorstoß des Reichsverbandes mit eifersüchtiger Bedachtheit auf ihre regionalen und lokalen Pfründe kontern würden. Die *Konservative Korrespondenz* wie etwa auch die nationalliberale *Dortmunder Zeitung* stellten nahezu unisono fest, daß der Reichsverband wohl über das »Ziel des Zweckmäßigen hinaus-schieße«. Er leiste der Zersplitterung und Gegenströmungen Vorschub und füge sich aus diesen Gründen wohl besser wieder in die Rolle des »Sekundanten« ein. »Politische Vorträge aus allen Gebieten und solche allgemein bildender Natur« sowie die Behandlung kommunaler Fragen seien bei den politischen Parteien ohnehin besser aufgehoben als bei einem nationalen Agitationsverband. Die Sozialdemokratie werde schließlich durch ein reges Vereinsleben wirkungsvoller bekämpft als durch die »tötende Einseitigkeit« der Vereinskultur des Reichsverbandes.⁴ Die Kommentare der Parteiorgane waren eine deutliche Warnung. Sie betonten zwar, daß der Verband als Wahlhilfeorganisation willkommen blieb, ließen demgegenüber und in Anbetracht der frischen Erfolge des RgS aber keine Illusionen darüber aufkommen, wo die Grenzen seines Engagements gezogen waren.

Dessen ungeachtet wuchs der Mitgliederbestand des Reichsverbandes in den Jahren nach den Reichstagswahlen von 1907 stetig weiter an: 1908 zählt der Geschäftsbericht der Verbandsleitung 180000 Mitglieder, die in 623 Ortsgruppen und Sammelstellen organisiert waren; für 1909 lauten die entsprechenden Zahlen 211000 und 702; für 1910 gibt der Bericht einen Zuwachs an Einzelmitgliedern von »ziemlich 3 Prozent« sowie 48 neue Ortsvereine an, und im Mai 1912 zählte der RgS 221500 Personen in 1300

² Korrespondenz des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie [1907], zitiert nach *Dortmunder Zeitung*, 13. 5. 1907.

³ Korrespondenz des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie [1907], zitiert nach *Dortmunder Zeitung*, 13. 5. 1907. Der Vorstoß wurde zunächst vom thüringischen RgS unternommen.

⁴ *Dortmunder Zeitung*, 13. 5. 1907.

Ortsgruppen und Sammelstellen.⁵ Er erreichte damit seine größte Ausdehnung.

Diese auf den ersten Blick eindrucksvollen Zahlen verbergen allerdings eine relativ große Mitgliederfluktuation. Zwar gewann der Verband im Berichtsjahr 1909 21 000 neue Mitglieder hinzu, er verlor jedoch im gleichen Zeitraum 4052 durch Austritte. Auch die Zahl der Ortsgruppen und Sammelstellen war ständigem Kommen und Gehen unterworfen. Konnte der RgS im Jahre 1910 124 neue Lokalvertretungen begrüßen, verringerte sich ihre Gesamtzahl im gleichen Zeitraum um 76.

Es liegt nahe, die Zunahme etwa der Ortsgruppenzahl mit der regionalen Ausdehnung bzw. der Intensivierung der Werbearbeit vor allem in den miteldeutschen Kerngebieten der Organisation in Zusammenhang zu bringen.⁶ Eine Erklärung für die steigende Zahl der Verbandsaustritte ist demgegenüber schwerer zu finden. Zum Teil liegt die Fluktuation darin begründet, daß z. B. bei 46 der 76 im Jahre 1910 aus den Listen gestrichenen lokalen Vertretungen die Leiter und Vertrauensmänner »den Pflichten gegen den Reichsverband nicht nachgekommen waren«.⁷ – Sie hatten, nach dieser vorsichtigen Umschreibung zu schließen, die jährlichen Beitragsabgaben an die Verbandsleitung nicht entrichtet.

Die wachsende Unbeständigkeit in der Mitgliederentwicklung nach 1909 ist vermutlich auch auf ein politisches Ereignis zurückzuführen, das alles andere als vorteilhaft für den Reichsverband werden sollte. War das Verhältnis zwischen den bürgerlichen Parteien und dem RgS seit 1907 infolge der Konkurrenzbestrebungen des Verbandes auf lokaler Ebene bereits zunehmenden Spannungen ausgesetzt, zerstörte der 1909 erfolgte Bruch des Bülow-Blocks in der Frage der Reichsfinanzreform die politische Basis, auf welcher der Verband seine Mittlerfunktion und Werbearbeit bislang hatte ausführen können.⁸ Die Bewegung zwischen den politischen Fronten, die mit der gegenseitigen Annäherung von Konservativen und Zentrumspartei im sogenannten »schwarz-blauen«-Block und der vorsichtigen Fühlungnahme zwischen Liberalen und Sozialdemokraten eintrat, fand den Reichsverband zwischen sämtlichen Stühlen: Eine Unterstützung schwarz-blauer Bündnisse war für den RgS wegen seiner weiterhin unversöhnlichen Haltung zum politischen Katholizismus nur möglich, stand diesen ein Sozialdemokrat in Haupt- oder Stichwahl gegenüber. Man entschied sich dann für

⁵ Siehe BA Potsdam 1395/5/6, Korrespondenz des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie (= Flugschrift des RgS Nr. 98: Der Reichsverband im Jahre 1908); Flugschrift des RgS Nr. 106: Der Reichsverband im Jahre 1909; Flugschrift des RgS Nr. 129: Der Reichsverband im Jahre 1910; siehe ferner K. SAUL, Staat, 1974, S. 130; vgl. D. FRICKE, Reichsverband, 1983, S. 63.

⁶ Siehe BA Potsdam 1395/5, Korrespondenz des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie (= Flugschrift des RgS Nr. 98: Der Reichsverband im Jahre 1908).

⁷ Zur Mitgliederentwicklung siehe K. SAUL, Staat, 1974, S. 460; Zitat: Flugschrift des RgS Nr. 129: Der Reichsverband im Jahre 1910.

⁸ 10 Jahre Reichsverband, 1914, S. 26.

das Zentrum als kleineres Übel. Die Hilfeleistung für eine liberal-sozialdemokratische Wahlkoalition hingegen war für einen Reichsverbändler völlig inakzeptabel, da sie an seinem Selbstverständnis rüttelte.

Der Vorstand des Reichsverbandes ließ nichts unversucht, das Zerwürfnis zwischen Konservativen und Liberalen um die Neuordnung der Reichsfinanzen zu beenden und die drohenden politischen Folgen abzuwehren. So trat Eduard von Liebert in den Leitungsausschuß der Vereinigung zur Förderung der Reichsfinanzreform ein.⁹ Diese von dem Staatswissenschaftler Ludwig Sevin angeregte Organisation hatte die Aufgabe, in enger Koordination mit der Reichskanzlei eine »große volkstümliche Bewegung zugunsten der Reichsfinanzreform« zustande zu bringen. Indem die lokalen Vertretungen der patriotischen Verbände für das nationale Werk der Reform gemeinsam agitieren sollten, wollte die Vereinigung als Dachorganisation den bürgerlichen Parteien »die Sorge einer Aufklärung ihrer Wählerschaft tunlichst [abnehmen]«. ¹⁰ Da die Vereinigung in Mehrheit von nationalliberalen und freikonservativen Parteipolitikern gegründet und präsiert wurde¹¹, die Deutschkonservativen ihre Mitarbeit wegen interessenpolitischer Divergenzen verweigerten, fehlte diesem Unternehmen jedoch die Basis einer breiten Sammlung. Ohne ein Placet sämtlicher bürgerlichen Parteien war nationale Politik im Reichstag durch patriotische Agitationsverbände nur schwerlich umzusetzen.

Innerhalb des propagandistischen Konzepts einer zwischen den nationalen Verbänden konzertierten Mobilisierung der Wähler für das Vorhaben der Finanzreform beschritt die Verbandsleitung des RgS aber auch eigene Wege. Indem sie ein mit Abbildungen und graphischen Darstellungen versehenes Flugblatt in einer Million Exemplaren verbreiten ließ, das den Titel trug »*Die neuen Reichssteuern und der Volksbetrug der Sozialdemokratie*«, verfolgte sie die Taktik, vom Parteiendissens im bürgerlichen Lager abzu lenken.¹² Den Bemühungen des Reichsverbandes, in Eigeninitiative – und in eigenem Interesse – auf der Klaviatur des politischen Massenmarktes zu spielen, war allerdings kein Erfolg beschieden. Im Gegenteil: Anstehende Nach- und Ersatzwahlen zum Reichstag, die die Sozialdemokraten unter

⁹ Siehe D. FRICKE, Verein zur Förderung der Reichsfinanzreform, 1983, S. 371; siehe auch G. ELEY, Reshaping, 1980, S. 303 f.; vgl. P.-C. WITT, 1970, S. 224 f.

¹⁰ So Ludwig Sevin, Schriftführer des Verbandes, an Unterstaatssekretär Wahnschaffe, 2. 8. 1908, zitiert nach D. FRICKE, Verein zur Förderung der Reichsfinanzreform, 1983, S. 371.

¹¹ Neben Carl von Böhlendorf als Dissident von der Deutschkonservativen Partei und Otto Arendt von den Freikonservativen gehörten dem Leitungsausschuß Robert Friedberg, 2. Vorsitzender der Nationalliberalen Partei, sowie seine Kollegen Max Görcke und Hermann Hillger an, siehe D. FRICKE, Verein zur Förderung der Reichsfinanzreform, 1983, S. 371.

¹² Ebd., S. 25. Die Festschrift des Reichsverbandes bedauerte, daß man dieses Schreiben nicht »jedem der 14 Millionen Reichstagswähler in die Hand [habe] drücken« können; die erforderlichen finanziellen Mittel seien der Verbandsleitung leider nicht zur Verfügung gestellt worden.

der Parole »Gegen den schwarz-blauen Block« führten, brachten den bürgerlichen Parteien einige schwere und bittere Niederlagen. Als am 22. Oktober 1909 der thüringische Wahlkreis Coburg zum erstenmal seit der Reichsgründung an die Sozialdemokraten fiel, mahnte der Vorstand des Reichsverbandes am Tag darauf in einem »Aufruf«, daß die »scharfe Fehde« innerhalb der bürgerlichen Parteien beendet werden »müsse«.¹³ Die Sozialdemokratie stehe angesichts der bürgerlichen Uneinigkeit als der »lachende Dritte« da und die »Saat [ihrer] Verhetzung schieße üppiger denn je empor«. Der Appell der Verbandsleitung richtete sich nicht nur an die bürgerlichen Parteien, sondern enthielt zugleich eine Mahnung an die eigenen Mitglieder und Unterverbände, dem »dringenden Ruf zur Versöhnung im Streite der Parteien, zur treuen Mithilfe an dem Werke der Verständigung« unbedingte Folge zu leisten. Gegen den Parteienzwist im nationalen Lager waren die lokalen Vereine des Reichsverbandes demnach offenbar ebenso wenig gefeit wie etwa auch jene alldeutschen Ortsgruppen, die im Gefolge der politischen Auseinandersetzungen um die Reichsfinanzreform wegen intern konkurrierender Parteiloyalitäten zu kollabieren drohten.¹⁴

In Reaktion auf den anhaltenden Streit zwischen Konservativen und Liberalen schritt der Reichsverband bei den 13 Ersatzwahlen des Jahres 1910 nicht ein. Die Organisation, so verlautbarte der Geschäftsbericht der Verbandsleitung, habe sich »aus wohlwogenen Gründen von einer rednerischen und agitatorischen Tätigkeit« ferngehalten.¹⁵ Da der RgS vor Ort nicht unmittelbar aktiv wurde, ging er ersatzweise dazu über, die allgemeine Flugblattagitation per Post zu erledigen; zu diesem Zweck wurde eine besondere Versandstelle eingerichtet.¹⁶ Allerdings machte der RgS aus dieser Verlegenheit und Not eine Tugend. Er nutzte die mit dem Postversand gewährte Privatheit und Intimität auf seiten des Empfängers zu einem weiteren Versuch, in das sozialdemokratische Arbeitermilieu einzudringen. Der Reichsverband begann, Arbeitnehmer, die er auf öffentlichen Versammlungen oder in den Betrieben bislang nie durch Vertrauensmänner hatte ansprechen können, direkt anzuschreiben – sofern die Arbeitgeber die Portokosten trugen. Ob der RgS jedoch, wie der Tätigkeitsbericht des Verbandes angesichts der riesigen Zahl von 226945 versandten Postpaketen freudig meldete, in die »chinesische Mauer, mit der ... die der Sozialdemokratie anhängenden Arbeiter umgeben [seien], eine Bresche [schießen]« konnte, bleibt dahingestellt.¹⁷

¹³ BA Potsdam 1395/5, Sonderausgabe der Korrespondenz des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie 39 (1909), Aufruf des Vorstandes des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, 23. 10. 1909; auch zitiert in 10 Jahre Reichsverband, 1914, S. 25 f.

¹⁴ Hierzu R. CHICKERING, 1984, S. 278.

¹⁵ BA Potsdam 1395/6, Flugschrift des RgS Nr. 129; Der Reichsverband im Jahre 1910; siehe auch 10 Jahre Reichsverband, 1914.

¹⁶ Ebd. BA Potsdam 1395/6.

¹⁷ Ebd. Der Reichsverband zitierte genüßlich das – nach seinem Sprachduktus – »Wutgeheul« der sozialdemokratischen Presse über diese neue Methode der Agitation. Ob

Im Hinblick auf die Reichstagswahlen des Jahres 1912 faßte der Gesamtausschuß des Reichsverbandes auf einer Sitzung Mitte Januar 1911 eine Resolution, die einschneidende Konsequenzen für sein weiteres wahltaktisches Vorgehen enthielt. Angesichts der andauernden »politischen Verbitterung im deutschen Bürgertume«, die ihm die Erfüllung seiner satzungsbedingten Aufgaben erschwere, war der Reichsverband zwar dazu bereit, ein Wahlengagement nach seinen Kräften und Möglichkeiten zu entfalten.¹⁸ Auch hoffte man, daß die nationalen Parteien während des gemeinsamen, praktischen Wirkens im Wahlkampf erneut zueinander finden würden. Den bislang empfohlenen taktischen Leitlinien für die lokalen Wahlkreisvertretungen fügte die Verbandsleitung jedoch einen neuen Passus hinzu: Darin war niedergelegt und den Ortsgruppen nunmehr verbindlich vorgeschrieben, daß, »[s]ollte eine bürgerliche Partei ein offizielles Wahlbündnis mit der Sozialdemokratie eingehen ... der Reichsverband den Kandidaten einer solchen Partei in dem betreffenden Wahlkreise ebenso bekämpfen [werde] wie einen Sozialdemokraten.« Da die Anstrengungen des RgS, den Bruch der liberal-konservativen Koalition zu kitten, sämtlich gescheitert waren, blieb ihm nurmehr übrig, die seit 1909 zu beobachtende Annäherung zwischen Sozialdemokratie und Liberalismus zu vereiteln: Die Resolution war eine Mahnung an die Adresse sämtlicher Liberalen, das Großblockexperiment in Baden nicht auf die Reichsebene auszudehnen. Zugleich dokumentierte sie jedoch die Ohnmacht des Verbandes, auf die ehemaligen liberalen Blockpartner weiterhin Einfluß zu nehmen. Als nach den Reichstagswahlen von 1912 bekannt wurde, daß die Fortschrittliche Volkspartei sich in einem vertraulichen Abkommen mit den Sozialdemokraten verpflichtet hatte, diese in 31 Wahlkreisen zu unterstützen, schienen die Befürchtungen des Reichsverbandes vor liberal-sozialdemokratischen Koalitionen Gestalt angenommen zu haben. Während einer Ausschußsitzung des RgS am 9. Mai 1912 wurde daraufhin eine Entschließung gefaßt, die bürgerlichen Parteien im Wahlkampf nicht länger »gleich zu bewerten«. Man wolle gegen »Verbündete der Sozialdemokratie nunmehr ebenso vorgehen, wie gegen diese selbst«, legte die Verbandsleitung fest.¹⁹ Allerdings sollte es dem Reichsverband vorenthalten bleiben, diese Richtlinie einst in die Praxis umzusetzen. Der Ausgang der Wahlen 1912, in deren Folge der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie einen spürbaren Ansehensverlust erlitt, machte für ihn Neubestimmungen der politischen Gegnerschaft überflüssig.

der Verband jedoch einen nennenswerten Erfolg in Arbeiterkreisen erzielt hat, darf bezweifelt werden. Die Politisierung sozialdemokratischer Arbeiter über Parteiblätter, vor allem aber durch das Gespräch am Arbeitsplatz bzw. durch ihr Milieu war mit Sicherheit prägender als die vereinzelt Postsendungen des Reichsverbandes.

¹⁸ Siehe Text der Resolution in: BA Potsdam 1395/6, Flugschrift des RgS Nr. 129; Der Reichsverband im Jahre 1910; ferner zitiert in 10 Jahre Reichsverband, 1914, S. 27f.

¹⁹ Zum Text der Entschließung siehe 10 Jahre Reichsverband, 1914, S. 31.

5. Das Dilemma des Reichsverbandes bei den Wahlen von 1912: der Mißerfolg in Kassel

Das eigene Engagement bei den Reichstagswahlen von 1912 zu schildern, war dem RgS in seiner Festgabe zum zehnjährigen Bestehen der Organisation kaum eine halbe Seite wert und offensichtlich äußerst peinlich; Eduard von Liebert etwa erwähnt die Wahlen in seinen Memoiren mit keinem einzigen Wort.¹ Die Festschrift ergeht sich stattdessen in Beschimpfungen des bürgerlichen Lagers ob seines »Parteihasses« und läßt in ihrer überschäumenden Kritik auch nicht unerwähnt, daß die Regierung Bethmann Hollweg keine nationale Wahlparole ausgegeben habe. Unter diesen Umständen seien dem Reichsverband »in einem großen Teil der Wahlkreise die Hände gebunden« gewesen, erklärte die Verbandsleitung die im Vergleich zur Wahlbewegung 1907 auffällige Passivität des RgS.² In denjenigen Stimmbezirken, in denen die RgS-Ortsgruppen in das Wahlgesehehen eingreifen konnten, waren ihre Bemühungen letztlich nicht mehr hinreichend gewesen, den bürgerlichen Parteien den Sieg zu sichern. Einer dieser Wahlkreise war Kassel-Melsungen.

Kassel war für den am 12. Januar 1912 zu wählenden Reichstag von genau denselben Parteien und Kandidaten umworben wie fünf Jahre zuvor. Für die Sozialdemokratie trat der Stadtverordnete Heinrich Hüttmann aus Frankfurt an; für die Nationalliberalen kandidierte erneut Dr. Theodor Schroeder, und Wilhelm Lattmann versuchte, sein Mandat für die Deutschsoziale Partei zu verteidigen. Einzig der freikonservative Bewerber Dr. Richard Breithaupt stieß neu zum Kandidatenkreis hinzu – er sollte jedoch im Wahlgesehehen keine Rolle spielen.

Die Parteienkonstellation im bürgerlichen Lager Kassels spiegelt die politische Entwicklung wider, die sich im Reich nach dem Bruch des Bülow-Blocks ergeben hatte. Auf der einen Seite schlossen sich die Deutschsozialen um Lattmann mit den Konservativen und dem Bund der Landwirte zu einem »Wahlausschuß der Rechtsstehenden Parteien« organisatorisch enger zusammen. Diese Wahlkoalition wiederum wurde von einer kleinen katholischen Zentrumsfraktion unterstützt. Die Katholiken gingen diese bemerkenswerte und zugleich merkwürdige Verbindung mit den Antisemiten ein, damit, wie einem Anzeigentext in der *Casseler Allgemeinen Zeitung* zu entnehmen ist, der Wahlkreis nicht an die Sozialdemokraten verloren gehe, und »durch ihren Kampf« hätten die Nationalliberalen es den Katholiken »unmöglich gemacht, sie zu wählen«.³ Auf der anderen Seite konnte sich der Liberalismus geschlossen präsentieren. Der »Wahlausschuß für Schroe-

¹ Ebd., S. 29; E. v. LIEBERT, *Leben*, 1925.

² Ebd., S. 29; vgl. etwa auch GStA, Rep. 92, NL Bovenschen Lit. L, Dr. Ludwig, Geschäftsführer des RgS, an Liebert, 9.1918.

³ Casseler Allgemeine Zeitung, 12. I. 1907 (2. Bl.).

der« wurde gebildet aus dem Nationalliberalen Wahlverein, Vorstandsmitgliedern des Vereins der Fortschrittlichen Volkspartei und Mitgliedern des neuen Jungliberalen Vereins.

Während der Hauptwahlbewegung war die Parteienkonkurrenz in Kassel von heftigen Auseinandersetzungen zwischen Rechtsblock und Liberalen geprägt, so daß Attacken der nationalen Parteien gegen die Sozialdemokratie bzw. vice versa den Streit im bürgerlichen Lager nur schwer übertönen konnten. Der nachwirkende Streit um die Reichsfinanzreform und insbesondere der Kampf um den parteipolitisch noch nicht festgelegten Mittelstand trug wie im gesamten Reich so auch in Kassel zu einem gegenüber dem Wahlgesehehen von 1907 verschärften Parteienwettbewerb zwischen Liberalen und Rechtsparteien bei. Auf einer öffentlichen Versammlung des Konservativen Parteivereins für Kurhessen und Waldeck am 8. Dezember äußerte sich der Landtagsabgeordnete für Rinteln, Generalmajor z.D. Wilhelm von Dittfurth, ganz im Sinne des zwei Tage zuvor von der Konservativen Reichstagsfraktion publizierten Wahlaufrufs, die Schuld für die »maßlose Verhetzung« im Wahlgesehehen sei im Lager von »Bebel bis Bassermann« zu suchen und der Grund allen Dissenses liege in der »erledigten Reichsfinanzreform«.⁴ Dittfurth appellierte in diesem Zusammenhang an den Kasseler Liberalismus, nicht dem Bassermann-Flügel zu folgen, der die »Sammelpolitik« befehde, sondern wie die Konservativen das »Vaterland über die Partei« zu stellen und der Sozialdemokratie einen Kampf auf »Tod und Leben« zu liefern. Ein ähnliches Ablenkungsmanöver von konservativem Eigensinn in der Finanzreformfrage versuchte v. Dittfurth im Rahmen seiner mittelstandspolitischen Erörterungen. Eine »gesunde, leistungsfähige Mittelstandspartei« sei »unentbehrlich für das Vaterland« und »der beste Damm gegen die Sozialdemokratie«, belehrte er seine Zuhörerschaft. Zum Schutze des Mittelstandes leisteten die Liberalen nichts. Die Konservativen hätten dagegen das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, die Warenhausumsatzsteuer in Preußen und verschärfte Bauforderungen für Warenhäuser sowie den kleinen Befähigungsnachweis durchgesetzt.

Auseinandersetzungen um die politische Verantwortung für das Scheitern einer Erhöhung der Warenhaussteuer in der preußischen Ersten Kammer begleiteten neben der Finanzreformfrage den gesamten Reichstagswahlkampf in Kassel. Die Steuer war ein Substitut nationalisierter Wahlinhalte sowie Aufhänger für die Formulierung von Parteiressentiments, die im harten Konkurrenzkampf um kleine Gewerbetreibende und Handlungsgehilfen auf konservativer Seite nicht selten mit Kapitalismuskritik, Sozialprotektionismus und – unterschwellig – antisemitischer Ideologie verbunden wurde. Auch die Stellung der einzelnen bürgerlichen Parteien zu den Sozialdemokraten wurde über die Mittelstandspolitik im allgemeinen und die

⁴ Ebd., 9. 12. 1911 (2. Bl.); zum Wahlaufruf der Konservativen Partei sowie generell zur Wahlbewegung 1912 weiterhin unentbehrlich die Darstellung von J. BERTRAM, Wahlen, 1964, S. 170.

Warenhaussteuer im besonderen definiert. Auf einer nationalliberalen Versammlung am 5. Januar, auf welcher Dr. Schroeder über »Mittelstandspolitik in Worten und Taten« referierte, scheute sich der Vorsitzende der Kasseler Konservativen, Rittergutsbesitzer von Bodelschwingh, während der anschließenden Diskussion nicht, eine direkte Linie von der Warenhaussteuer bis zur nationalliberalen Pressepolitik gegenüber den Sozialdemokraten zu ziehen. Bodelschwingh wurden daraufhin »Pfui- und Rausrufe« entgegengeschleudert. Wegen des »großen Lärms« konnte sich der Redner »erst nach geraumer Zeit ... wieder verständlich machen«, meldete die *Kasseler Allgemeine Zeitung* in ihrem Bericht über die liberale Veranstaltung.⁵

Auch die schriftliche Agitation der politischen Parteien zeigt, daß der alte und neue Mittelstand die am meisten umkämpfte Klientel war, deren Stimmen und Vertrauen man zu gewinnen suchte. Die Anzeigenseiten der Tageszeitungen wimmelten vor Aufrufen, die mittelständische Berufsgruppen aufforderten, einen bestimmten Kandidaten zu wählen: »Handwerker und Kaufleute wählt Schroeder!«, inserierte etwa das nationalliberale Wahlkomitee.

Vom harten Kampf um den Mittelstand zeugen auch spontane, nur für die Reichstagswahl gebildete Wahlkomitees. So warnten die Nationalliberalen die Mittelstandswähler vor »neugeschaffenen sogenannten Wahlvereinigungen« auf seiten Lattmanns, »deren Mitglieder höchstwahrscheinlich nur in 2 bis 3 Leuten bestehen«.⁶ Daneben konkurrierten die bürgerlichen Parteien scharf um Unterstützung bei etablierten Handwerker- und Kaufleutevereinigungen; die antisemitischen Deutschsozialen sicherten sich die Loyalität der Kasseler Ortsgruppe des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, dafür gab die lokale Vertretung des Hansa-Bundes für Gewerbe, Handel und Industrie den Liberalen ihre Unterstützung: Dr. Jakob Rießler, der Erste Vorsitzende, hatte sich während einer Versammlung in Kassel kurz vor der Wahlbewegung für Schroeder ausgesprochen, und die Ortsgruppe Kassel des Hansa-Bundes sollte im Rahmen einer Veranstaltung am 9. Januar erklären, daß sie »geschlossen für die Wahl des Herrn Dr. Schroeder eintreten werde«.⁷ Andauernde Attacken von konservativ-deutschsozial-agrarischer Parteilinie gegen den liberal-gewerblichen Hansa-Bund und die von ihm auch in Kassel angestrebte »antifeudale Sammlung« hatten hier ihren Ursprung.

Die Heftigkeit der Wahlbewegung in Kassel-Melsungen ist neben dem scharfen Konkurrenzkampf der bürgerlichen Parteien um die mittelständischen Wählergruppen und ihrer Suche nach Partnern bei Wirtschafts- und Berufsverbänden auch darauf zurückzuführen, daß sie gelernt hatten, einen Massenwahlkampf zu initiieren. »Die Parteien sind besser organisiert als je früher. Fast alle haben jetzt in wichtigen Versammlungen geschulte

⁵ Ebd., 6. I. 1912 (1. Bl.).

⁶ Ebd., 12. I. 1912 (2. Bl.).

⁷ Ebd., 10. I. 1912 (2. Bl.).

Redner und Führer«, kommentierte die *Casseler Allgemeine Zeitung* in ihren Wahlbetrachtungen.⁸ Eine Versammlung folge der anderen, und die bekanntesten Redner sowie große Parteiprominenz erschienen in Kassel, um sich ihren Wählern zu präsentieren. Am 28. Dezember boten die National-liberalen den Parteivorsitzenden Ernst Bassermann auf, der eine zweistündige Rede im prallgefüllten Stadtparksaal hielt. Dr. Schroeder, der nach Bassermann eine kurze Ansprache an die Zuhörer richtete, bemerkte hierbei, daß dies die 49. Versammlung sei, in der er selbst seit Beginn der Wahlbewegung rede⁹ – der intensive Wahlkampf sollte noch vierzehn Tage andauern.

Nicht zuletzt hatten die Sozialdemokraten ihre ganze agitatorische Energie und Organisation aufgeboten, um den Kasseler Wahlkreis zu gewinnen. »Fieberhaft« habe die Partei gearbeitet, kommentierte die *Casseler Allgemeine*, »bis in die kleinsten Ortschaften des Wahlkreises ist sie gedrungen, um ihre Aufklärung zu verbreiten«. Die schriftliche und mündliche Agitationsleistung der 52 Ortsvereine der Sozialdemokraten im Wahlkreis Kassel-Melsungen war beeindruckend: Im Berichtsjahr 1911/12 verbreiteten die Wahlvereine 779000 Flugblätter, Broschüren und sonstige Schriften, sie hielten 388 Mitglieder- und 246 öffentliche Versammlungen ab.¹⁰ Eine dieser Veranstaltungen erreichte am 4. Januar den Rang einer »Sozialdemokratischen Heerschau«.¹¹ Nachdem der Kasseler SPD-Wahlverein eine Rede Philipp Scheidemanns angekündigt hatte, mußten wegen des Massenandrangs von 6000 Menschen neben der geplanten Versammlung an demselben Abend noch fünf weitere Wahlveranstaltungen in verschiedenen Sälen der Stadt improvisiert werden.

Es gelang den Sozialdemokraten jedoch trotz aller Anstrengungen nicht, ihren Kandidaten Heinrich Hüttmann gleich im Ersten Wahlgang zum Sieg zu führen. Sie profitierten zwar ebenso wie die Liberalen von der gegenüber 1907 um vier Prozent gestiegenen Wahlbeteiligung (91,8 Prozent), doch verfehlten sie mit 48,7 Prozent knapp die absolute Mehrheit. Großer Verlierer der Wahl war die konservativ-katholische Koalition und ihr deutschsozialer Kandidat Wilhelm Lattmann, der im Rennen um den Einzug in die Stichwahl mit 20,9 Prozent der Wählerstimmen deutlich hinter seinem liberalen Konkurrenten Dr. Schroeder, der 29,8 Prozent erzielte, zurückgeblieben war. Das Ergebnis in Kassel lag damit im Trend der »Wendung nach links« und starker Einbußen insbesondere antisemitischer Parteien, die 1912 auch im Reichsdurchschnitt zu beobachten waren.¹²

Daß die Sozialdemokraten Kassel-Melsungen nicht schon in der Hauptwahl erobern konnten, führte die *Casseler Allgemeine* auf die »selbstlose Arbeit des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie zurück, der in die-

⁸ Ebd., 13. 1. 1912 (2. Bl.).

⁹ Ebd., 29. 12. 1911 (2. Bl.).

¹⁰ Siehe SPD PT, 1912, S. 76.

¹¹ Volksblatt Cassel, 5. 1. 1912.

¹² Siehe J. BERTRAM, Wahlen, 1964, S. 205 ff.; vgl. J. SCHMÄDEKE, 1995, S. 491 ff.; zum Wahlergebnis Th. KLEIN, Hessen, 1989, Bd. 1, S. 165 ff.

sem Wahlkampfe nur zu oft von bürgerlicher Seite mißverstanden worden [sei]«.¹³ Der RgS war während der Wahlbewegung durch die Verbreitung von Flugblättern, über Zeitungsanzeigen und schließlich am Wahltag tätig gewesen, als er im Auftrag der beiden bürgerlichen Parteiblöcke wieder einen Schlepperdienst organisierte. Der implizite Vorwurf des Blattes an die Adresse der Konservativen und Liberalen sprach jedoch ein Problem an, das den Reichsverband seit Beginn des Wahlkampfes in seinen Aktionen gehandikapt hatte: Nach der Auflösung des Bülow-Blocks war es der Ortsgruppe des Reichsverbandes nur unter großen Mühen gelungen, sich dem Entscheidungsdruck *für* eine der bürgerlichen Koalitionen zu entziehen. Im pluralisierten Wahlgeschehen von 1912 war im Gegensatz zur nahezu dualistischen Wahlsituation von 1907 eine strikt überparteiliche Haltung, verbunden mit der Erklärung, ausschließlich *gegen* die Sozialdemokratie zu arbeiten, im Hauptwahlkampf unzureichend. Der Reichsverband lief Gefahr, das Vertrauen, das ihm bislang als neutralem Mittler zwischen den Parteien entgegengebracht worden war, zu verspielen. Seine Stellung über den Parteien erzeugte Argwohn und Mißtrauen bei Liberalen und Konservativen gleichermaßen. Und in der Tat suchten sowohl Liberale als auch Konservative in ihrem Kampf um den Mittelstand und entlang der Finanz- und Steuerproblematik politische Wahlpartner in affilierten wirtschaftlichen Interessenorganisationen, weniger im nationalen Verbändewesen.

Der Verlauf der einzigen großen Wahlveranstaltung, welche der Reichsverband im Rahmen des Hauptwahlkampfes am 12. Dezember abhalten sollte, macht die prekäre Situation des RgS sehr deutlich. Schon während seiner Begrüßungsansprache an die erschienenen Vertreter sämtlicher bürgerlichen Parteien hielt es der Vorsitzende der Kasseler RgS-Ortsgruppe, Generalleutnant z. D. von der Boeckh, für »notwendig, die Stellung des Reichsverbandes zu den Wahlen klarzustellen«.¹⁴ Er widersprach in diesem Zusammenhang sowohl Behauptungen der Liberalen, der Reichsverband trete lediglich für die Deutschsozialen ein, als auch Mutmaßungen der Deutschsozialen, der RgS vertrete »nur die Interessen der Liberalen«. Von der Boeckh war genötigt, »ausdrücklich festzustellen«, daß der Verband neutral sei. Auch mit der Verteilung einer deutschsozialen Wahlzeitung, die an der Treppe zum Ausgang des Versammlungssaales verteilt worden sei, so erklärte der Vorsitzende, habe der Reichsverband nichts zu tun.

Die klärenden Worte des Veranstaltungsleiters und die anschließenden sammlungspolitischen Ausführungen eines RgS-Referenten über »Reichstagswahlen und Reichsverband« hatten auf die Parteienkonkurrenz innerhalb des bürgerlichen Lagers keine mildernde Wirkung. Ein deutschsozialer Diskussionsredner polemisierte in der anschließenden Diskussion gegen das Warenhaus in Kassel; ein nationalliberaler Sprecher verwahrte sich gegen Anschuldigungen der Wirtschaftlichen Vereinigung, der Vorsitzende des li-

¹³ Ebd.

¹⁴ Ebd., 13. 12. 1911 (2. Bl.).

beralen Hansabundes, Dr. Rießler, »liebäugele mit den Sozialdemokraten«. Schließlich wurde Dr. Schroeder von den Deutschsozialen dafür getadelt, daß er, entgegen den traditionellen Gepflogenheiten, noch keine vorgezogene Stichwahlparole für Lattmann abgegeben habe.

Der Reichsverband hatte demnach im Hauptwahlkampf seine Funktion als Mittlerinstanz kaum wahrnehmen können. Zu allem Überfluß attackierte der sozialdemokratische Wahlverein seit dem ersten Tag der Wahlbewegung die RgS-Ortsgruppe ebenso hart, unablässig und unbeugsam, wie er seine parteipolitischen Gegner aus dem nationalliberalen und antisemitischen Lager bekämpfte. Flugblatt wurde mit Flugblatt vergolten und nahezu täglich prangerte das *Volksblatt* »Reichsverbändlerische Wühlarbeit« an, monierte »Ton« und »Anstand« des RgS und publizierte eine kommentierte »Blütenlese« der Reichsverbandsagitation. Die Sozialdemokraten hatten aus den Erfahrungen der Wahl 1907 Lehren gezogen und überließen ihrem erklärten Gegner weder die Initiative noch gönnten sie ihm eine Verschnaufpause.¹⁵

Der Stichwahlkampf zwischen Schroeder und dem Sozialdemokraten Heinrich Hüttmann bot endlich günstigere Voraussetzungen für die Arbeit des Reichsverbandes. Auf einer Versammlung am 15. Januar konnten sich die Ortsgruppe und ihr Leiter erneut als »Vermittler zwischen den einzelnen bürgerlichen Parteien« präsentieren und unter »lebhaftem Beifall« der Anwesenden die Wahlparole »Einigung des nationalen Bürgertums auf vaterländischem Boden« ausgeben.¹⁶ Bis auf eine Provokation des konservativen Parteivorsitzenden von Bodelschwingh, der von den Nationalliberalen Kassels verlangte, sie sollten sich »Fort von Bassermann!« bewegen, schien die Harmonie im bürgerlich-nationalen Lager wiederhergestellt zu sein. Allerdings hatten einige anwesende Sozialdemokraten zu diesem taktischen Schulterschuß beigetragen: Sie suchten durch Pfeifen, Johlen und zwischenzeitliches Verlassen des Raumes »unter lärmenden Zwischenrufen« die Versammlung zu stören und die gebündelte Antipathie des Bürgertums für sich zu beanspruchen. Als gegen Ende der Veranstaltung das obligatorische Hoch auf das deutsche Vaterland ausgebracht wurde, stürmten die Sozialdemokraten zu allem Überfluß »fluchtartig« und demonstrativ aus dem Saal.

Generalleutnant von der Boeckh, der Vorsitzende der RgS-Ortsgruppe, wurde kurz nach der Versammlung vom 15. Januar in den »Erweiterten Wahlausschuß für Schroeder« aufgenommen. Dies war ein weiteres Indiz dafür, daß sich der Reichsverband nun stärker in der Wahlbewegung involvierte. Von der Boeckh nahm innerhalb dieses Gremiums unter anderem die Aufgabe wahr, die Stichwahlparolen der Deutschsozialen und des Zentrums, die sich beide für Schroeder erklärt hatten, offiziell zu verkünden. Auch erschienen Wahlaufrufe in den Tageszeitungen nunmehr wieder im

¹⁵ Siehe etwa *Volksblatt Cassel*, 6. I. 1912.

¹⁶ Ebd., 16. I. 1912 (2. Bl.).

Namen des »Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie, Ortsgruppe Kassel«, und am Wahltag bot der RgS erneut seine Wahlhilfeorganisation für den bürgerlichen Bewerber auf.

Kassel-Melsungen fiel in der Stichwahl am 20. Januar 1912 an den sozialdemokratischen Kandidaten Heinrich Hüttmann. Theodor Schroeder und mit ihm der vereinte nationale Bürgerblock waren knapp mit 49,1 Prozent der Stimmen gegenüber 50,9 der Sozialdemokraten unterlegen. Der nationalliberale Bewerber hatte die Wahl im Stadtkreis Kassel verloren, denn hier konnten die Sozialdemokraten in der Stichwahl eine hauchdünne bürgerliche Mehrheit von 17 Stimmen aus dem Ersten Wahlgang in einen Sieg für Hüttmann mit 1692 Stimmen Differenz umbiegen. »Wo kommen diese Stimmen her«, fragte tags darauf erstaunt die *Casseler Allgemeine*, »nachdem man bestimmt angenommen, daß die Sozialdemokratie schon bei der Hauptwahl ihre ganzen Reserven herangezogen hatte?«¹⁷ »Die Sozialdemokraten hatten eine mustergültige Organisation«, beantwortete das Blatt die Frage selbst und erfaßte neben dem Streit im bürgerlichen Lager, dem allgemeinen Trend nach links sowie der in der diesmaligen Wahlbewegung ohne ausschlaggebende Wirkung und Resonanz gebliebenen Arbeit des Reichsverbandes einen weiteren wesentlichen Grund für den Wahlsieg der politischen Arbeiterbewegung.

Hatte der Reichsverband 1907 entscheidend mit dazu beigetragen, den Mobilisierungsdruck, den die sozialdemokratische Arbeiterbewegung auf das vereinigte bürgerliche Lager ausübte, zu parieren, mußte er 1909 dem Entscheidungsdruck zwischen den liberalen und konservativen Parteien ausweichen. Der sich überparteilich wahnende, Mitglieder sämtlicher bürgerlichen Parteien organisierende Verband manövrierte sich dadurch mehr und mehr ins politische Abseits. Die RgS-Verantwortlichen haben wohl aus diesem Grund die Hoffnung auf einen konservativ-liberalen Neubeginn nie begraben, wie noch zu zeigen sein wird.

¹⁷ Ebd., 21. I. 1912 (Sonderausgabe, 1. Bl.).

Neue Agitationsstile und Massenmobilisierung:
Die Verschärfung der wahlinhaltlichen Konkurrenz im Spiegel der
Auseinandersetzung zwischen Reichsverband und Sozialdemokratie

1. Die Intensivierung schriftlicher Agitation

Das Vordringen von Massenorganisationen und Verbänden in die Wahlpolitik führte um die Jahrhundertwende zu einer ungekannten Ausweitung der politischen Öffentlichkeit, zu vermehrter und kontinuierlicher Agitation. Überall, wo Massenorganisationen im Wahlgeschehen aufeinanderstießen, waren zudem Anzeichen für eine Verschärfung des Parteienkampfes in wahlinhaltlicher Hinsicht erkennbar. Die politische Konkurrenz scheute zwar seit ihren Anfängen nie vor verbalen Rohheiten zurück. Seit jedoch Wahlkreise umkämpfter wurden, seit sich Massenparteien bilden und Agitationsverbände insbesondere der Rechten sich auf dem politischen Massenmarkt artikulierten konnten, gewann der wahlinhaltliche Austausch eine neue Qualität. Die Konfliktkultur blieb nicht mehr auf lokale Gemeinschaften und persönliche Gefolgschaften beschränkt, sondern wurde allmählich auf eine anonyme Wählerklientel zugeschnitten. Die Wahlwerbung wurde intensiviert und in einer breiteren Öffentlichkeit multipliziert. Massenpsychologische Agitationsmethoden, die zunehmend ausgefeilter wurden, ersetzten den Diskurs- und Dissensstil von Honoratioren.

Freilich konnten die Massenorganisationen, die um 1900 den Wahlkampf zunehmend zu dominieren begannen, auf gewisse Konfliktmuster, ein erprobtes Instrumentarium und sogar ein spezifisches Vokabular zurückgreifen. Nicht zuletzt seit den Septennatswahlen von 1887 stand etwa der Wahlagitation im Zeichen der Nationalisierung imperialer Politik und der »Reichsfeinde-/Reichsfreunde«-Dichotomie ein abrufbarer rhetorischer Basiswortschatz zur Führung »nationaler« Wahlen zur Verfügung. Die Agitationsmethoden, so konnte Elfi Bendikat in ihrer vergleichenden Wahluntersuchung bereits für »nationale« Wahlen der 1880er Jahre zeigen, waren vom »Einsatz symbolischer Identifikationsmittel«, dem »Schüren kollektiver Ängste« sowie von einer »extremen Reduktion von Realitäten und Informationsgehalten« mitgeprägt¹, die von wachsender Militanz und Emotionalisierung im Sprachgebrauch verstärkt wurden.

Als um die Jahrhundertwende Massenorganisationen nach und nach in das Wahlgeschehen eingriffen, flossen die bereits etablierten Agitations-

¹ Siehe E. BENDIKAT, Wahlkämpfe, 1988, S. 413.

methoden sowie der sich ausbildende kampagneartige Stil der Auseinandersetzung zusammen. Der Wandel der Wahlagitation und der Wahlhalte vollzog sich nun unter dem Signum der Intensivierung und Systematisierung durch massenorganisierte Konkurrenz. Allerdings, der Einzug physischer Gewalt in den Wahlkampf, somit das Extrem politischer Auseinandersetzung mit anderen Mitteln als dem gesprochenen oder geschriebenen Wort, blieb im Kaiserreich, anders als in Weimar, auch bei sogenannten nationalen Wahlen ein selten zu beobachtendes Phänomen.

Die historische Wahlforschung hat den Trend einer zunehmenden »Brutalisierung« der politischen Umgangsformen bislang vor allem anhand von Wahlmanifesten oder der überregionalen Tagespresse nachweisen können.² Im Rahmen einer Untersuchung der wahlhaltlichen Konkurrenz zweier Massenorganisationen ist dies bislang noch nicht geschehen. Die Intensivierung der politischen Auseinandersetzung zwischen Reichsverband und Sozialdemokratie im Jahre 1907 kann jedoch als beispielhaft für eine solche Verschärfung der Wahlpolitik gelten. Bemerkenswert ist vor allem, daß der während der sogenannten »Hottentottenwahlen« durch eine fulminante Flugblattagitation mit sichtlichem Erfolg operierende antisozialistische Massenverband auf seine Weise der sozialdemokratischen Massenpartei eine Überprüfung der inhaltlichen Gestaltung ihrer Wahlwerbung aufnötigte. Die sonst so souveräne, selbstbewußte Sozialdemokratie kam nicht umhin zu erkennen, daß sie sich 1907 in einer Wahlwerbekrise befand, die sie neben der innerparteilichen Diskussion um die politischen, sprich: »nationalen« Ursachen der Niederlage einer weiteren Bewährungsprobe aussetzte.

Die politischen Parteien sowie die Interessen- und Agitationsverbände bedienten sich im Wahlkampf diverser Druckmedien, um schriftliche Wahlwerbung zu betreiben: Neben der kontinuierlich erscheinenden Richtungs- sowie der »farblosen« Generalanzeigerpresse wurden die eigenen politischen Standpunkte in speziellen Wahlkorrespondenzen als Zeitungsbeilage oder in Sonderausgabe herausgegeben. Desweiteren wurden mehrbändige Broschüren und Hefte, Handzettel, Kalender und Agitationshandbücher verwendet. Die letzteren, wie das »*Handbuch für Sozialdemokratische Wähler*« oder das »*Handbuch für nicht-sozialdemokratische Wähler*«, herausgegeben vom Reichsverband, das »*Wahl-ABC des Bundes der Landwirte*« oder gar das »*Antiultramontane Handbuch*« des zahlenmäßig kleinen Antiultramontanen Reichsverbandes, behandelten politische Fragen oder Sachgebiete in alphabetischer Ordnung und gehörten zur rhetorischen Grundaussstattung der Redner.³ Diejenigen schriftlichen Agitationsmedien,

² Siehe vor allem J. BERTRAM, Wahlen, 1964, S. 200; G. D. CROTHERS, 1941; E. BENDIKAT, Wahlkämpfe, 1988; B. FAIRBAIRN, Wilhelmine Elections, 1990; ferner H. J. PUHLE, Repräsentation und Organisation, 1986, S. 217.

³ Zu Wahlhandbüchern siehe auch die Bemerkung in L. BERGSTRÄSSER, 1912, S. 248. Bis 1912 konnten sämtliche großen Parteien und auch Verbände auf Agitationshandbücher zurückgreifen. Das Zentrum gab zwar kein Wahlhandbuch heraus, die Fraktion edierte

die während des Wahlkampfes das Bild der Straßenöffentlichkeit bestimmten, waren jedoch Plakate und vor allen Dingen Flugblätter.

Die historische Wahlforschung hat sich der Flugblatt agitation im Kaiserreich noch kaum angenommen⁴, dies ist umso erstaunlicher, als Flugschriften doch das bei weitem meistverwendete zeitgenössische Massenwerbemitel darstellten und die Blütezeit des Wahlflugblattes im Kaiserreich lag. Auch vorhandene politik-, kommunikations- oder kulturhistorische Studien konzentrieren sich in erster Linie auf die Flugschriftenliteratur während der Weimarer Republik oder thematisieren vorwiegend die Entwicklung der Plakatkunst, deren mit Bildern und Symbolen wirkende Werbekraft erst in den 20er Jahren jene des Flugblattes zu übertreffen begann.⁵

Die Entwicklung des Wahlflugblattes lief parallel zur Genese der Wahlwerbung von auf einzelne Honoratioren zugeschnittener, kleinräumiger Aufklärung zu anonym wirkender, überregional wirksamer, massenpolitischer Agitation. Zur Frühzeit parteipolitischer Reklame warb der Kandidat in den meisten Flugblättern für sich selbst bzw. ein nicht näher bezeichneter »Bürger«, »Volksfreund« oder »Wahlmann« erklärte sich für ihn. Die Schriften enthielten eine Rede oder Kundgebung und erlangten kaum Verbreitung über einen Wahlkreis hinaus.⁶ In der Ära des anbrechenden Massenwahlkampfes trat ein spürbarer Wandel ein. Nun wurden die Schriften von einem »anonymen« Parteiwahlkomitee oder einer Parteizentrale für einen Kandidaten redigiert und vielfach auch zentral verbreitet. Themen wurden nationalisiert, mit der Zeit seriell aufeinander abgestimmt, und in der Aufmachung hielten die gestiegenen Ansprüche moderner Wahlwerbung Einzug.⁷

Nicht von ungefähr erlangte das Flugblatt im Laufe der 1890er Jahre, in der Periode der zunehmenden Dynamisierung organisierter Politik, an Bedeutung und Verbreitung. Es war ein wegen seiner Flexibilität und Mobilität sehr geschätztes Medium für Agitation und Gegenagitation.⁸ Sämtliche politischen Parteien und nicht zuletzt die um dieselbe Zeit expandierenden Massenagitationsverbände bedienten sich ausgiebig seines propagandistischen Wertes und beurteilten das Flugblatt als das »modernste Mittel«, um »an die Menschen zu gelangen«.⁹ Ein kurzer vergleichender Blick auf die

1907 mit der Schrift »Zentrum und neuester Kurs« jedoch eine »Art Handbuch der Zentrums politik«, siehe M. ERZBERGER, Bilder, 1907, S. 59 (Anzeige).

⁴ Siehe die beiden Forschungsberichte von Th. KÜHNE, Wahlrecht, 1993, S. 538, sowie P. STEINBACH, Wahlforschung, 1981, S. 510.

⁵ D. LAU, 1995, S. 198–253, zur Entwicklung der Agitationsmedien in der Weimarer Republik; zu Plakaten und Plakatkunst M. HAGEN, 1978; G. MÜLLER, 1978; zur nationalsozialistischen Propaganda am besten G. PAUL, 1990.

⁶ Siehe M. HÖRNER, Wahlen, 1987, S. 407 ff.

⁷ L. BERGSTRÄSSER, 1912, S. 245 ff.

⁸ Siehe G. WILPERT, 1978, S. 14 f.

⁹ Der Volksverein, 6 (1907), S. 93.

Distributionszahlen für die einzelnen Partei- und Verbandsorganisationen vermag dies zu verdeutlichen¹⁰:

Die Sozialdemokratie entwickelte sich sehr rasch zum unangefochtenen Spitzenreiter in der Flugblatt agitation, nachdem die Zensur Bestimmungen des Sozialistengesetzes gefallen waren. Bereits 1892 konnte die Parteileitung die Rede August Bebels in der sogenannten Zukunftsstaatsdebatte des Reichstages in 1,7 Millionen Exemplaren drucken und verbreiten lassen. Zur Reichstagswahl des folgenden Jahres waren die Sozialdemokraten in der Lage, das populäre Blatt »Du, Mutter, was läuft der Herr Gendarm so?«, das dreimal konfisziert und unter Anklage gestellt worden war, in »mehreren hunderttausend Exemplaren« zu verteilen.¹¹ Während die Sozialdemokraten im Rahmen der Wahlkampagne 1898 nach eigenen, jedoch noch wenig spezifizierten Angaben mit »Millionen von Flugblättern« agitierten, beläuft sich die ungefähre Anzahl verbreiteter Flugschriften für 1907 auf 55,5 Millionen; für 1912 schließlich gibt das Chemnitzer Parteitagprotokoll die immense Zahl von 88 Millionen Wahlflugblättern an.¹² Nicht nur die absolute Zahl der Schriften vermehrte sich, auch das Angebot an Themen wurde vielfältiger, differenzierter, spezieller. Bot der Parteivorstand den Unterverbänden 1893 noch vier Flugblattentwürfe zur Auswahl an, konnten die regionalen oder lokalen Wahlkomitees 1903 bereits zwischen 13 verschiedenen Sorten wählen. 1907 hatte sich das Angebot auf 21¹³, 1912 gar auf 68 Flugblattvorlagen erhöht.

Der Volksverein für das katholische Deutschland, die bedeutendste Massenorganisation der Zentrumspartei, konnte zur Wahl 1898 etwa 3 Millionen Flugschriften verteilen.¹⁴ Im Berichtsjahr 1906/07 belief sich die Gesamtzahl verbreiteter Flugblätter bereits auf 11,7 Millionen, wovon 6,93 Millionen sogenannte Agitationsflugblätter zu Wahlzwecken waren. Für 1912 lauten die entsprechenden Zahlen 8,7 und 12,1 Millionen Exemplare. Interessanterweise nahm der Anteil der 1905/06 eingeführten reinen Agitationsflugschriften am Gesamtvertrieb neben den bereits verwendeten sozialen, apologetischen und gemeinnützigen Blättern, die ebenfalls vom Volks-

¹⁰ Bei den nachfolgenden Angaben kann für Sozialdemokraten, Volksverein für das katholische Deutschland, Bund der Landwirte, Reichsverband gegen die Sozialdemokratie und Hansa-Bund davon ausgegangen werden, daß die Verteilungsziffern für Flugblattmaterial in etwa genau erfaßt wurden, während bei Nationalliberalen und Freisinn aus den zur Verfügung stehenden Angaben nicht deutlich wird, inwiefern zu den Schriften des zentralen Parteiversands lokale und regionale Parteigremien weitere Flugschriften in eigener Regie beisteuerten.

¹¹ SPD PT, 1893, S. 36.

¹² SPD PT, 1898, S. 19; 1907, S. 32; 1912, S. 216; vgl. z.B. auch R. LÜTZENKIRCHEN, 1970, S. 41 f., für Angaben zu Dortmund-Hörde. 1907 wurden hier von der SPD acht verschiedene Flugschriften in einer Auflage von 1 160 000 Exemplaren verbreitet, 1912 insgesamt 2 067 000.

¹³ Gemäß SPD PT, 1907, S. 32, befanden sich unter diesen 21 Wahlschriften auch spezielle Blätter, »die an bestimmte Berufsgruppen gerichtet waren«.

¹⁴ Th. NIPPERDEY, Organisation, 1961, S. 281.

verein angeboten wurden, mit der Zeit zu. 1907 betrug der Prozentsatz 58,9, 1912 71,9 und 1909, im Rahmen der Diskussion um die Reichsfinanzreform, sogar 77,8 Prozent. Ihren Höchststand erreichte die Politisierung der katholischen Verbandsklientel demnach während der Auseinandersetzungen um die Finanzreform 1909, gemessen am relativen Anteil politischer Agitationschriften am Gesamtvolumen der Werbeanstrengungen.

Der Bund der Landwirte, der seinen Wahlkampf in eigener Sache, für die Konservative Partei und regional auch für die Nationalliberalen »mit allen ihm zu Gebote stehenden technischen Mitteln führte«, wozu vor allem Millionen von Flugblättern gehörten¹⁵, gab z. B. zur Reichstagswahl 1898 acht verschiedene Blätter heraus. 1907 ließ die BdL-Zentrale in kürzester Zeit etwa 3 Millionen Flugschriften verteilen. Am Beispiel der Intensität schriftlicher Wahlwerbung des Bundes ist im übrigen deutlich der Unterschied eines Massenwahlkampfes unter dem demokratischen Wahlrecht zur Wahlkultur unter dem indirekten, ungleichen Dreiklassenwahlrecht abzulesen – zumal der Bund bei Reichstags- als auch bei Landtagswahlen nahezu dieselben ostelbischen Hochburgen agitatorisch bediente. So verteilte der BdL während des preußischen Landtagswahlkampfes 1908 lediglich 38000 Flugblätter, während die Reichstagswahlen im Jahr zuvor noch die zehnfache Menge an Agitationsschriften erfordert hatten. Dies ist ein deutliches Indiz dafür, welchen Stellenwert die Wahlagitation in der Parteienkonkurrenz unter den Bedingungen des politischen Massenmarktes auf demokratischer Grundlage angenommen hatte. Das Wahlkampfgeschehen unter dem Klassenwahlrecht verlangte eher eine zielgerichtete Ansprache bestimmter Wähler und Wahlmänner, schriftliche Wahlagitation erwies sich hier als weitgehend ineffektiv.¹⁶

Von den bürgerlichen Interessenorganisationen nahmen in Hinblick auf die Verbreitung schriftlicher Agitationsmaterialien der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie und – 1907 – der Flotten-Verein die erste Stelle ein. Während der FV allerdings seine 21 Millionen verteilten Wahlschriften nicht ausschließlich auf eigene Rechnung herstellte, sondern mit der Reichskanzlei Bülow's zusammenarbeitete, warf der RgS 1906/07 10 149 330 Flugschriften in Eigenregie in die Kampagne, von denen alleine das Blatt »Auf in den Wahlkampf!« in einer Auflage von zwei Millionen Exemplaren verteilt wurde. Im Berichtsjahr 1911 sollte der RgS eine ebenso große Zahl an Wahlflugschriften einsetzen; und als der Verband zu seinem zehnjährigen Bestehen im Jahr 1914 Bilanz seiner Arbeit zog, hatte sich der Gesamtumfang seiner schriftlichen Agitation auf 49 Millionen Exemplare in 246 »Arten« aufsummiert.¹⁷ Im Vergleich zu dieser als sehr umfassend zu charakterisierenden

¹⁵ H. J. PUHLE, *Agrarische Interessenpolitik*, 1975, S. 165.

¹⁶ Siehe hierzu Th. KÜHNE, *Dreiklassenwahlrecht*, 1994, S. 69; zur Flugblattverbreitung des BdL im preußischen Landtagswahlkampf erneut H. J. PUHLE, *Agrarische Interessenpolitik*, 1975, S. 61.

¹⁷ Siehe 10 Jahre Reichsverband, 1914, S. 20, 50. Die Flugblattaktion, in die 1907 der Flotten-Verein in Zusammenarbeit mit der Reichskanzlei involviert war, und während wel-

Wahlarbeit des Reichsverbandes nimmt sich die Leistung der Nationalliberalen Partei bescheiden aus. Im Zeitraum von 1907 bis 1915 verteilte sie lediglich 6,3 Millionen Flugschriften und 1,3 Millionen Broschüren im gesamten Reichsgebiet.¹⁸ Dies war – nebenbei – eine Summe, die die Sozialdemokraten im Berichtsjahr 1911/12 allein in den beiden Berliner Wahlkreisen 4 und 6 mühelos erreichten.¹⁹ Die Organisation der Nationalliberalen Partei konnte den gestiegenen Anforderungen der Massenwahlwerbung nur unzureichend gerecht werden.

Auch der vereinte Freisinn, der 1912 durch die *Hilfe* Friedrich Naumanns im Rahmen des Hauptwahlkampfes etwa 800000 Flugschriften unter neun verschiedenen Titeln sowie durch die *Freisinnige Zeitung* eine nicht näher genannte Anzahl an parteioffiziellen Schriften herausgab, reichte an die Wahlkampfanstrengungen der Sozialdemokraten oder des RgS bei weitem nicht heran. Die Linksliberalen bedienten sich mangels eigener Kräfte ersatzweise des 1912 zum ersten Male in großem Stil als Wahlhilfeorganisation fungierenden Hansa-Bundes. Der Bund verteilte im Vorfeld der Reichstagswahlen rund 600000 Flugschriften, im Hauptwahlkampf wurden 3 Millionen Flugblätter zugunsten liberaler Kandidaten verbreitet.²⁰

Angesichts des Erfordernisses für die liberalen Honoratiorenparteien, schriftliche Agitationsmaterialien von Wahlhilfeorganisationen anzunehmen, ist der vor allem über die Wahlwerbung wirkende, ständig wachsende Konkurrenzdruck auf dem politischen Massenmarkt mit Händen zu greifen. Die Intensivierung und thematische Differenzierung der Flugblatt agitation ist dabei neben steigenden Quoten der Wahlbeteiligung ein relativ zuverlässiger Gradmesser für die seit der Jahrhundertwende zu erkennende Ausweitung der Politisierung und politischen Partizipation der Bürger sowie der damit ursächlich und eng verbundenen wahlkampfpolitischen »Aufrüstung« bei Parteien und Verbänden. Es ist in diesem Zusammenhang nur zu verständlich, wenn der *Volksverein*, das Presseorgan des Volksvereins für das katholische Deutschland, in seiner Ausgabe von 1907 die Deutschen als ein »Volk in Flugblättern« bezeichnen konnte, »wie man sonst von einem Volk in Waffen spricht.«²¹

cher etwa 21 Millionen Flugschriften verteilt wurden, soll an anderer Stelle noch Gegenstand ausführlicher Betrachtungen sein. Diese Aktion stand nicht ausschließlich in der Regie des FV.

¹⁸ Th. NIPPERDEY, *Organisation*, 1961, S. 151; vgl. G. SEEBER/C. HOHBERG, 1983, S. 405.

¹⁹ SPD PT, 1912, S. 68.

²⁰ J. BERTRAM, *Reichstagswahlkampf*, 1978, S. 555; vgl. S. MIELKE, 1976, S. 159.

²¹ *Der Volksverein*, 6 (1907), S. 94.

2. Die wahlinhaltliche Konkurrenz zwischen Massenorganisationen und die Überwindung der sozialdemokratischen Wahlwerbekrise von 1907

Die propagandistische Wirkung des Flugblattes wurde von den verschiedenen Massenorganisationen nicht nur in Verbreitungsziffern gemessen und bewertet. So stand in Nummer 1 der Ausgabe 1907 des *Volksverein* folgendes zu lesen:

»[U]nser Flugblatt wendet sich an die breite Masse, an alle. Es kündigt die Gründung des Volksvereins an einem Orte an, es widerlegt einen Angriff der Gegner, es bereitet die Wahl vor, es macht Stimmung für die Partei, es klärt auf über ein neues, vielbesprochenes Gesetz, es bricht einem notwendigen sozialen Gedanken Bahn. Sie sehen, so ein Flugblatt ist ein modernes Torpedo, flott und leicht und beweglich. Es hat Durchschlagskraft. Es folgt der Bewegung des Feindes. Unablässig. Läßt ihn nicht aus dem Auge. Kein schweres Schlachtschiff mit 300 Rudern auf jeder Seite, das eine Viertelstunde gebraucht, ehe es beidrehen kann.«¹

Um den Erfolg eines Flugblattes zu fördern, bedurfte es zum einen der fast generalstabsmäßigen Planung zur Verbreitung der Schriften bzw. einer großen Anzahl an einsatzbereiten Kolporteuren, die die Materialien im Rahmen der sogenannten Kleinarbeit von Haus zu Haus expedierten. Zum anderen erforderten Aufmachung und inhaltliche Gestaltung einer Flugschrift viel Geschick, Können und Erfahrung, und sämtliche politischen Parteien bzw. Verbände waren um die Wirkungskraft ihrer Druckerzeugnisse sehr bemüht. Ein gutes Flugblatt zu schreiben, meinte etwa der Generaldirektor des Volksvereins, August Pieper, sei »eine grosse Kunst«, die das »Vertrautsein mit den geistigen Triebkräften der Gegenwart« erfordere und vom Flugblattschreiber einen politischen Sinn verlange.² Ganz ähnlicher Ansicht war der Mitarbeiter der *Sozialdemokratischen Parteikorrespondenz*, August Erdmann. Es sei, so betonte gleichlautend auch er 1907 in der *Neuen Gesellschaft*, »eine Kunst, ein gutes Flugblatt zu schreiben, eine große Kunst ... Vor allen Dingen sollten wir uns hüten«, fügte Erdmann aus Erfahrung mit weniger kunstvollen sozialdemokratischen Wahlschriften hinzu, »in demjenigen einen guten Flugblattschreiber zu sehen, dessen einziges Geschick darin besteht, von heute auf morgen über ein beliebiges Thema vier Seiten schwungvoll herunterzuhauen.«³

Auch der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, dessen ausgedehnte Flugblattaktionen während der »Hottentottenwahlen« berühmt und berüchtigt werden sollten, sah in der Flugschrift das »wirkungsvollste Mittel zur Aufklärung der breiten Massen«.⁴ Das Flugblatt habe zudem den »Vorzug großer Beweglichkeit und leichter Anpassungsfähigkeit an die Bedürfnisse

¹ Der Volksverein, 1 (1907), S. 13.

² Zitiert nach H. HEITZER, 1979, S. 272.

³ Neue Gesellschaft, 4 (1907), S. 243.

⁴ 10 Jahre Reichsverband, 1914, S. 44.

des Tages.« Die Auffassung des RgS von der Flugblattkunst konzentrierte sich jedoch von vornherein weniger darauf, politische Botschaften unter Wahrung eines gewissen Maßes an aufklärerisch-agitatorischem Anspruch zu übermitteln. Die Reichsverbandsredakteure suchten eher dafür Sorge zu tragen, komplizierte Sachverhalte in »volkstümliche Form zu gießen«. Die Qualitätsskala des rein politisch-inhaltlichen Angebots hielt der RgS unter diesen Prämissen ganz bewußt stets nach unten hin offen, während die »Verpackung« seiner Agitationsschriften nie anregend genug sein konnte.

Wie auf dem Gebiet der Wahlorganisation blickten sich Parteien und Verbände auch hinsichtlich der wahlagitatorischen Konkurrenz gern gegenseitig über die Schulter. Sie nahmen trotz aller ideologischen und politischen Differenzen Orientierungshilfe an Pressestil und Informationsgestaltung des politischen Gegners, um erfolgreiche Methoden zu kopieren und Agitation wiederum mit Gegenagitation beantworten zu können. Dieses gegenseitige Beobachten und Lernen hatte den Effekt, daß sich Werbemethoden und Stile der Agitation insbesondere dann angleichen, wenn verschiedene Parteien bzw. Verbände um dieselbe Massenklientel konkurrierten. Als etwa die Sozialdemokraten versuchten, mittelständische Wähler intensiver anzusprechen, mußte ihr »belehrender, theoriebeladener, parteischulenhafter, ernster, oft schwerfälliger und langatmiger, wenig unterhaltender«⁵ Parteipresseton mit der Zeit Zugeständnisse an Kommerzialisierungstendenzen und Publikumswünsche machen, die bürgerliche Zeitungsbetriebe bereits befolgten bzw. erfüllten. Auch hielten in der sozialdemokratischen Presse, die neben der Ausführung ihres Auftrags zur Erziehung und ideologischen Durchbildung der Arbeiterschaft gleichsam dazu diente, Abonnenten zu werben und zur Parteifinanzierung beizutragen, Annoncen und Anzeigen Einzug – Ferdinand Lassalle hatte dies noch als »schändliche Praktik« verurteilt.⁶ Ebenso galt es, den Leserbedürfnissen und dem Lesegeschmack, auch dem proletarisch-sozialistischen⁷, nach bürgerlichem Vorbild in unterhaltenden Rubriken und der aktuellen Berichterstattung entgegenzukommen. Das dürftige Angebot an Unterhaltungsbeilagen wie etwa die *Neue Welt*, die »qualitativ zu wünschen übrig« ließen, wurde nach und nach erweitert; bezeichnenderweise war die politisch-satirische Schrift *Wahrer Jakob* bei 230 000 Abonnenten (1908) ein vergleichsweise ansehnlicher Erfolg.⁸ Dennoch, die sozialdemokratische Parteipresse habe, so schreibt

⁵ Th. NIPPERDEY, *Deutsche Geschichte*, 1990, Bd. I, S. 802; vgl. zur sozialdemokratischen Presse und Pressegeschichte L. KANTOROWICZ, 1922; K. KOSZYK, *Deutsche Presse*, 1966, S. 184–209; W. SPERLICH, 1983, S. 20–42; J. REQUATE, 1995, S. 321–323; D. FRICKE, *Handbuch*, 1987.

⁶ Siehe W. SPERLICH, 1983, S. 31.

⁷ Zum »Fortbestehen bürgerlicher Gehalte« auch in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft J. LORECK, 1977, S. 100ff.

⁸ K. KOSZYK, *Deutsche Presse*, 1966, S. 209; vgl. zur mangelnden Vielseitigkeit auch der Unterhaltungsbeilagen sozialdemokratischer Blätter und der Vorbildfunktion der bürgerlichen Presse W. SPERLICH, 1983, S. 34.

Ludwig Kantorowicz, das Erfordernis nach Vielseitigkeit, »das A und O der modernen Zeitung«, nur zu oft »durch Gründlichkeit zu ersetzen versucht, der Lebhaftigkeit des Tages die ernste Maske der Wissenschaftlichkeit aufgesetzt.«⁹ Den theoretisierenden Parteiblättern mangelte es an moderner, aktueller Ausgestaltung. Verspätete Nachrichtenwidrigkeit und fehlende Informationen zwangen auch sozialdemokratische Parteimitglieder häufig, bürgerliche Blätter zu lesen. Daneben blieb auch der Ballast der »Uniformität« ständig in der innerparteilichen Kritik.¹⁰

Daß sich in der politischen Auseinandersetzung zwischen Massenorganisationen mit der Zeit ein spürbar rauherer »Ton« durchzusetzen begann, blieb jedoch von den allgemein zu beobachtenden Angleichungstendenzen in der Presse- und Agitationslandschaft unberührt. So brachte es allein die Natur der vom Reichsverband geführten Kampagne gegen die Sozialdemokratie mit sich, daß beide tonangebend darin wurden, ihren Argumenten zunehmend unhöfliche und wenig sachliche Konnotat zu beizugeben. Auch die Agitation des Bundes der Landwirte gegen Freisinn, Sozialdemokraten und jüdische Bürger stand dem in nichts nach; im Gegenteil: Hans-Jürgen Puhle hat sie schlicht »Hetze« genannt, »die mit allen Mitteln der Verdrehung und der Würze schmieriger Geschichten« arbeitete.¹¹ Ausnahmen, die die rauhe wahlagitatorische Regel bestätigten, scheinen die Presseerzeugnisse der Mönchen-Gladbacher Volksvereinsredaktion gewesen zu sein. Sie hatten den Ruf, eher sachlicher und aufklärerischer, weniger agitatorischer Machart zu sein und spiegelten den Duktus der Zentrums Presse wider, milieuhugend zu agieren, gegen Angriffe von außen eine Abwehrhaltung einzunehmen und eine Art zweite Kanzelöffentlichkeit herzustellen.¹² Insbesondere die Flugschriften des Volksvereins hoben sich im agitatorischen Anspruch von jenen der anderen Massenorganisationen ab.

Der Volksverein für das katholische Deutschland hatte im Februar 1893 Flugblätter in sein Agitationsinstrumentarium aufgenommen, um dem sozialdemokratischen Schriftgut, dem die christlichen Arbeiter hilf- und wehrlos gegenübergestanden hätten, eine entsprechende Antwort zu erteilen.¹³ Zunächst konzentrierte sich die Flugblatt agitation des Volksvereins neben der Publikation von Reden führender Zentrums politiker im Reichstag auf die systematische Gegen agitation zu sozialdemokratischen Blättern. Mitglieder der Organisation wurden dazu angehalten, die sozialdemokratischen Aktionen vor Ort zu beobachten, verteilte gegnerische Flugblätter als Belegexemplare einzusammeln und an die Zentralstelle zu senden, wo die

⁹ L. KANTOROWICZ, 1922, S. 35.

¹⁰ W. SPERLICH, 1983, S. 34.

¹¹ H. J. PUHLE, *Agrarische Interessenpolitik*, 1975, S. 166.

¹² Zur katholischen und Zentrums Presse siehe K. KOSZYK, *Deutsche Presse*, 1966, S. 162–183; J. REQUATE, 1995, S. 308–313; M. SCHMOLKE, 1971.

¹³ So die Ansicht August Piepers, siehe H. HEITZER, 1979, S. 270 f. Die folgenden Passagen über Flugschriften des Volksvereins stützen sich im wesentlichen auf die Arbeit HEITZERS.

Schriften dann ausgewertet wurden. – Dieses Vorgehen wurde insbesondere während Wahlkampfzeiten zu einer gängigen Praxis sämtlicher politischen Gruppierungen.¹⁴

Der Volksverein orientierte sich lediglich am »äußeren Vorbild« sozialdemokratischer Flugschriften. Deren inhaltliche Gestaltung sowie die »wenig bildhafte und gar nicht volkstümliche Schreibweise«, wie August Pieper die schriftliche Agitation der sozialistischen Arbeiterorganisation beurteilte, wurden dagegen verschmäht.¹⁵ Die Redakteure des Volksvereins wurden bei der Flugblatтарbeit eher vom Anspruch sachlicher Aufklärung in popularisierter Form geleitet. Die Volkstümlichkeit katholisch-sozialreformerischen Ehrgeizes duldete zudem keine »diffamierende Agitationshetze« und »Unwahrheiten ..., auch nicht als Wahltrick.«¹⁶ Die Flugblätter des Volksvereins folgten der redaktionellen Leitlinie, ihrer Klientel ein mehr oder weniger hohes Maß an Aufrichtigkeit zu bieten. Wenn sie deshalb auch »trocken« wirkten, waren die Mönchen-Gladbacher Vereinsjournalisten doch ab und zu darum bemüht, in die Flugblatttexte »durchschlagende Argumente« einzubauen. Die Lesevorlieben des Publikums honorierten diese Taktik. So war das meistgefragte Blatt unter den Flugschriften im Berichtsjahr 1906/07 die vierseitige Schrift »*Die Sozialdemokratie als billiger Jakob*«, die »den Stil der wuchtigen Agitationsrede darstellte« und in einer Million Exemplaren verteilt wurde.¹⁷

Zu den inhaltlichen Qualitätsansprüchen trat im Rahmen der Mönchen-Gladbacher Flugblattproduktion eine nach und nach eingeführte Systematik in der Themenwahl, welche bis dahin im Vergleich zu anderen Partei- oder Verbandsorganisationen einzigartig war. Die sozialpolitischen Schriften wurden 1901 durch »apologetische« und ab 1905 durch »gemeinnützige« sowie die vorstehend erwähnten »agitatorischen« Flugblattserien ergänzt.¹⁸

Im Gegensatz zum katholischen Zentrum während des Kulturkampfes konnten die Sozialdemokraten erst nach Nichtverlängerung des Sozialisten-

¹⁴ Insbesondere während einer Wahlbewegung wurden die Mitglieder der verschiedenen Parteien oder Verbände zum Einsammeln gegnerischer, aber auch eigener Flugschriften, die nicht in zentraler Verantwortung der jeweiligen Partei- oder Verbandsleitung gedruckt und publiziert worden waren, angehalten. So erinnerte etwa auch der Vorwärts im Namen der sozialdemokratischen Parteileitung daran, »von allen Flugblättern und Wahlbroschüren, sowohl den sozialdemokratischen wie den gegnerischen 3 Exemplare an die Redaktion ... zu schicken«, Vorwärts, 19. 12. 1907. Die berühmte Schrift von M. ERZBERGER, Bilder, 1907, basierte u. a. auf einer solchen Sammlung eingesandter Wahlwerbeschriften, siehe ebd., Vorwort; vgl. ferner Die Hilfe, 2 (1907), S. 23.

¹⁵ Zitiert nach H. HEITZER, 1979, S. 272.

¹⁶ So ein Volksvereinsflugblatt 1911, zitiert nach ebd., S. 270.

¹⁷ Der Volksverein, 1 (1907), S. 13.

¹⁸ Im Berichtsjahr 1906/07 verteilte der Volksverein an sozialpolitischen Flugblättern 33 mit einer Auflage von 2,8 Millionen, fünf apologetische mit 1,1 Millionen Auflage, acht gemeinnützige zu 926 000 und die bereits erwähnten agitatorischen in 6,9 Millionen Exemplaren, zusammen demnach 11,7 Millionen Flugblätter.

gesetzes wieder mit einer ungehemmten politischen Agitation einsetzen. Zwar hatte die Partei auch unter dem Ausnahmezustand von Wahl zu Wahl mehr Druckerzeugnisse herstellen und verbreiten können¹⁹, umfassende Flugblattaktionen waren jedoch an Organisationsverboten und rigorosen Zensurbestimmungen gescheitert. Demzufolge galt in den frühen 1890er Jahren die unmittelbare Sorge der Parteiführung dem Ausbau des Pressewesens und der Agitation.

Die Themen sozialdemokratischer Flugschriften zielten zunächst darauf ab, die bereits organisierte sowie die potentielle industrieproletarische Klientel weiter mit den sozialistischen Grundsätzen vertraut zu machen. In der Folge der Wahlen von 1893 stellte der sozialdemokratische Parteitagebericht hierzu fest, daß die verteilten Flugschriften zwar der Kritik an der Militärvorlage der Regierung einen breiten Raum geboten hätten, die Schriften jedoch »durchweg den prinzipiellen Charakter unserer Bestrebungen streng zum Ausdruck brachten.«²⁰ Der 1890 in Halle von Bebel ausgegebene Anspruch der Parteileitung, organisatorisch über den faktischen Status einer Klassenpartei der Industriearbeiterschaft hinauszugreifen²¹, blieben auf dem Feld schriftlicher Agitation wegen dieses Doktrinarismus mit nicht unerheblichen Problemen verknüpft. Die Chance, durch gezielten Einsatz schriftlicher Agitation und politischer Sprache auf eine bestimmte Klientel außerhalb der industriellen (Fach-)Arbeiterschaft zuzugehen, konnte dadurch leicht verstellt werden. Der Parteivorstand mußte etwa 1891 eingestehen, daß zur Agitation auf dem Lande keine geeigneten Flugschriften zur Verfügung stünden, die einen »lokalen oder doch provinziellen Ton« tragen würden bzw. »leicht faßlich und verständlich« geschrieben seien. Flugblätter bzw. die gesamten Agitationsschriften mußten auf die »Verschiedenartigkeit der Proletarierleiden« abgestimmt sein, um ihre Wirkung besser entfalten zu können. Kurzum: die Partei konnte mit den Landarbeitern über Zeitungen und Flugschriften eher schlecht als recht kommunizieren. Da nicht zuletzt eine Versammlungstätigkeit auf dem Lande infolge vor allem der Agitation des BdL sowie der repressiven Politik konservativer Gutsherren bzw. der Regierungspräsidenten und Landräte in der Regel unmöglich war, blieben insbesondere in Ostelbien viele weiße Flecken auf der sozialdemokratischen Organisationskarte. Wenn die Sozialdemokratie bis 1907 dennoch einige beachtenswerte Wahlerfolge im agrarischen Osten erzielen konnte, kann dies auf die mit der Kapitalisierung der Gutswirtschaft zusammenhängende Ausbildung einer ländlichen Unterschicht zurückgeführt werden, die zu Lohnarbeitern und damit zu »natürlichen Anhängern« der Sozialdemokratie wurden.²²

¹⁹ Siehe SPD PT, 1890, S. 33; vgl. W. SCHRÖDER, Parteorganisation, 1912, S. 35 f., zur Organisation der Flugblattverbreitung.

²⁰ SPD PT, 1893, S. 36 f.

²¹ Siehe G. A. RITTER, Strategie, 1978, S. 314; DERS., Arbeiterbewegung, 1959.

²² SPD PT, 1898, S. 26 f. Zu den Problemen sozialdemokratischer Landagitation W. PYTA, Dorfgemeinschaft, 1996, S. 275 f.; DERS., Gegen Hitler, 1989, S. 404–417, zur auch in

Es war unverkennbar, daß die schriftliche Wahlagitation der sozialdemokratischen Parteileitung zwar nicht in quantitativer, so doch in qualitativer Hinsicht Mängel aufwies. Sie befließte sich eines zu theoriebeladenen Stils, welcher oftmals nur von mit der sozialistischen Terminologie vertrauten, überzeugten Parteimitgliedern verstanden werden konnte. Diese Verständigungsprobleme trennten »geschulte« von »ungeschulten« Mitgliedern und Anhängern und verschärften noch die Diskrepanz, mit der sich die Sozialdemokraten den verschiedenartigen Proletarierinteressen in Stadt und Land annahmen.

Eine mögliche Orientierungshilfe zur Besserung der agitatorischen Mißstände erkannte August Erdmann, Mitarbeiter der *Sozialdemokratischen Parteikorrespondenz*, in den Schriften des Volksvereins für das katholische Deutschland.²³ Vorbildlich an dessen Flugblättern seien vor allem die verständliche Schreibweise und die »im Allgemeinen« sachlich gehaltenen Texte, schrieb Erdmann kurz nach den Reichstagswahlen von 1907 in der *Neuen Gesellschaft*. Der Volksverein arbeite seine Flugblätter zudem sorgfältiger aus als sozialdemokratische Redakteure. Nicht von ungefähr habe August Bebel erkannt, daß die Flugschriften der Mönchen-Gladbacher mit »infernalischem Geschick« abgefaßt seien.²⁴

Durch ihre seriell abgestimmten Inhalte und systematische Edition blieben die Volksvereinschriften desweiteren »auf längere Zeit hin unverändert«, während die entsprechenden sozialdemokratischen Materialien stets im Zuge bestimmter Anlässe angefertigt würden und mit den Anlässen zu verschwinden pflegten. Sie trügen den »Stempel des Plötzlichen, des Übereilten, des sachlich und stilistisch Unfertigen. Leitartikelstil, Agitatorenweise, Fanfarenton«, Erdmann hatte hier offenbar das andere Extrem schriftlicher Agitation der Sozialdemokraten im Visier: Flugblätter polemischer Natur, die der »Wirkung bei besonderen Anlässen, meist in erregten Zeiten dienen sollen« und die zumeist von den Bezirks- und Landesleitungen herausgegeben wurden. Diese glitten oftmals deutlich in die Niederungen rhetorischer Kunst ab, und Erdmann hielt sie nur »unter Umständen« für angebracht.

Freilich beschrieben die Anregungen Erdmanns auch das Muster eines Flugblattes, das dem Intellektualismus gehobener Parteifunktionäre und ihrem Anspruch auf Bildungsvermittlung entsprach. Erdmann war fasziniert

Weimar zu beobachtenden Kontinuität sozialdemokratischer Mobilisierungsprobleme auf dem Land; siehe zur »Arbeiterpartei auf dem Land« bzw. zur Auswirkung von Verbraucherprotesten auf das Parteiensystem insbesondere die neuere Arbeit von Ch. NONN, Verbraucherprotest, 1995, S. 214–239, hier vor allem S. 214 ff.

²³ A. ERDMANN, Noch eine Wahlbetrachtung, in: Neue Gesellschaft, 4 (1907), S. 242 f.

²⁴ So Bebel während einer Parteiveranstaltung am 11. Mai 1903, zitiert nach H. HEITZER, Volksverein, 1979, S. 275 [Rheinische Zeitung, 14. 5. 1903]. A. ERDMANN, Noch eine Wahlbetrachtung, in: Neue Gesellschaft, 4 (1907), S. 242 f., ehemaliger Herausgeber der Rheinischen Zeitung, zitiert Bebel an derselben Stelle wohl in etwas geschöner Form, indem er »infernalisch« durch »raffiniert« ersetzt.

niert von einem »Kunstwerk ... an Sachlichkeit, Knappheit und Verständlichkeit«, das zur »immerwährenden Aufklärung« dienen solle, systematisch an praktischen Fragen des politischen Lebens orientiert. Demzufolge forderte er auch, einen »Ausschuß für aufklärende Flugblattliteratur« zu gründen, dem ausgesuchte und geschulte Redakteure und Mitarbeiter angehören sollten, sowie eine Flugblattserie über alle praktischen Fragen des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens, welche bis zur nächsten Reichstagswahl fertiggestellt sein müsse. »Ein guter Teil der Wahlarbeit wäre damit getan«, meinte er prophezeien zu können.²⁵

Es ist fraglich, ob die Sozialdemokraten lediglich durch nüchtern sachliche Aufklärung und politisch-soziale Schulung nach dem Muster der Volksvereinsliteratur massenagitorische Erfolge hätten erzielen können. Die Schriften des Vfkd spiegeln in Stil, Machart und Inhalt die defensive Grundhaltung einer sozialreformerischen, mehr auf Ausgleich mit der marktwirtschaftlichen Ordnung bedachten und in der milieukatholischen Subkultur verhafteten Organisation wider. Daran änderte auch die Tatsache wenig, daß das »elementare Verlangen nach Emanzipation« der im Volksverein organisierten Arbeiterschaft stets wach und unüberhörbar blieb.²⁶ Die Sozialdemokratie war trotz zunehmender politischer Sozialisation und positiver Integration in die Reichsgesellschaft eine marxistische Klassenkampfpartei des Proletariats, eine offensive Bewegung. Die Anregungen Erdmanns umrissen weniger die Anforderungen an eine qualitativ ansprechende Massenschrift zur Parteiagitation im heißen Wahlkampfgeschehen als vielmehr ein aufklärerisch gestaltetes Kunstwerk an Aufrichtigkeit und Bildungsvermittlung. Solche Schriften konnten einer modernen Wahlkampagne, die wie jene von 1907 zu einer der erbittertsten und schärfsten der gesamten Wahlgeschichte des Kaiserreichs werden sollte, allerdings kaum gerecht werden. Sie waren mit Sicherheit auch nicht in der Lage, den erforderlichen Impetus einer Massenpartei anzuregen, die eine nach Millionen zählende Wählerschaft mobilisieren mußte. Bei aller Fragwürdigkeit der inhaltlichen Botschaft war es gerade der Stil schriftlicher Wahlwerbung des Reichsverbandes, der sich letzterem Erfordernis eher hatte annähern können.

Die Sozialdemokraten hatten das Werden und Wesen des Reichsverbandes seit etwa 1905 mit zunehmendem Argwohn beobachtet. Der Ausspruch Bebels auf dem Jenaer Parteitag, der Reichsverband sei eine »politische Prätorianer-Bande« der bürgerlichen Parteien, war nur zu sehr Ausdruck dafür, daß die SPD anfangs, sich mit der innenpolitischen Position und Rolle des RgS zu beschäftigen und seine Arbeit kritisch zu beäugen. Wie erst die Sozialdemokraten ihren Gegner zu nehmen begannen, zeigen nicht zuletzt Versuche der *Vorwärts*-Redaktion, an vertrauliche Unterlagen des Reichsverbandsvorstands zu gelangen, um diese, den RgS möglicherweise inkrimi-

²⁵ Neue Gesellschaft, 4 (1907), S. 243.

²⁶ W. LOTH, Soziale Bewegungen, 1991, S. 300.

nierenden Dokumente zu veröffentlichen. Im Juli 1906 wurde als eine der ersten agitatorischen Gegenmaßnahmen eine *Sozialdemokratische Parteikorrespondenz* gegründet, die stets einen besonderen Teil ihrer Ausgabe dem Reichsverband widmete und die als Konkurrenz zur Korrespondenz des RgS betrachtet werden kann.²⁷ Der Wahlwerbung des Verbandes näherten sich die Sozialdemokraten zunächst mit einem zornigen Ausdruck des Mißbehagens, der den zunehmend rauher und brutaler werdenden »Ton« auf dem politischen Massenmarkt gut zu illustrieren vermag. Der *Vorwärts*, so ein Beispiel unter vielen, vermochte während der Wahlbewegung 1907 unter der provozierenden Überschrift »Der Bülow-öfiziöse Reichsverband der Fälscher« in seiner Ausgabe vom 4. Januar die Kampfmanieren des RgS als solche von »Gassenbuben« zu bezeichnen, denen jedoch die »Ehrlichkeit der Gassenbuben fehlt.« Das Blatt stellte in diesem Zusammenhang die »Preisfrage, wovor man einen größeren Ekel empfinden soll, vor der Dummheit oder vor der Verlogenheit des Machwerks, das sich *Handbuch für nicht-sozialdemokratische Wähler* nennt.« Einen Tag zuvor hatte der *Vorwärts* diese »geistige Waffe der Bülow-Garde« bereits als »cloaca maxima«, als »eine Sammlung von Gemeinheit und Blödsinn, ein Salat von Albernheiten und wissentlichen Lügen, von Verdrehungen und Entstellungen« abgekanzelt.²⁸ Für solche stilistischen Entgleisungen in der sozialdemokratischen Presse prägte der Reichsverband im Gegenzug den Sammelbegriff »Sauherdenton«, der sogar einen Stichworteintrag im »*Handbuch für nicht-sozialdemokratische Wähler*« fand – unter Angabe einer reichlichen Anzahl von Stilblüten.²⁹ Auch und erneut im Rahmen der Wahlbewegung 1912 zielte etwa ein sozialdemokratisches Flugblatt mit dem Titel »*Wer verroht die Politik?*« in erster Linie auf den Reichsverband als dem vermeintlichen Urheber eines spürbarer wahrzunehmenden wahlagitatorischen Sittenverfalls.³⁰

Eine Untersuchung der Konkurrenz schriftlicher Agitation zwischen RgS und Sozialdemokratie griffe jedoch zu kurz, würde sie sich auf eine zwar schillernde, nichtsdestoweniger jedoch monotone Auflistung oder gar Aufrechnung verbaler Grobheiten der Sozialdemokraten und provokanter Verdrehungen reichsverbändlerischer Druckerzeugnisse beschränken. Konzentrierte sich die Analyse lediglich auf die hitzigen Wahlpolemiken des *Vorwärts*, die in turbulenter Wahlkampfatmosphäre verfaßten sozialdemo-

²⁷ Siehe D. FRICKE, Reichsverband, 1959, S. 272.

²⁸ *Vorwärts*, 4. 1. 1907; 3. 1. 1907. Weitere Beispiele solcher und ähnlicher Kommentare der Sozialdemokraten über Schriften des RgS sowie über die Verbandsmitglieder ließen sich in großer Anzahl und Vielfalt anführen. Eduard von Liebert zitierte einige Beispiele während der Plenarsitzung des Reichstags am 1. März 1907, siehe SBR, XII/1, 1. 3. 1907, S. 171; vgl. G. D. CROTHERS, 1941, S. 148.

²⁹ *Handbuch für nicht-sozialdemokratische Wähler*, 1907, S. 251 ff. Den Begriff leitete der Reichsverband ab aus einer Polemik Franz Mehrings in der Leipziger Volkszeitung vom 29. 11. 1904.

³⁰ BA Koblenz ZSg. 1–90, Sozialdemokratische Flugschrift Nr. 15: *Wer verroht die Politik?*

kratischen Flugblätter sowie auf die fragwürdigen, systematischen Verleumdungen des RgS, würde der Blick auf manch hintergründigere Analyse sozialdemokratischer Politiker und Redakteure verstellt, die sich mit der ausgefeilten Sophistik und den geschickten, »modern« anmutenden Werbestrategien des Reichsverbandes befaßten. Diese Betrachtungen erschienen freilich nicht in der Massenpresse oder in Wahlkampf pamphleten, sondern wurden kurz nach den Wahlen im Rahmen von Erfahrungsberichten meist gescheiterter sozialdemokratischer Reichstagskandidaten in der wissenschaftlichen Revue *Neue Zeit* bzw. in der *Neuen Gesellschaft* publiziert. Oder sie blieben, wie im Falle des Aufsatzes von Karl Liebknecht, »*Die Methoden des Reichslügenverbandes*«, als Nachlaßdokumente erhalten.

Karl Liebknecht, der während der »Hottentottenwahlen« im Kreis Potsdam-Osthavelland-Spandau gegen das RgS-Ausschußmitglied August Pauli kandidiert hatte, schrieb seine Beobachtungen noch im Februar 1907 nieder. Neben einer Betrachtung über reichsverbändlerische Versammlungspraxis und Rednertalente thematisierte Liebknecht darin vor allem die Presse- und Flugblattarbeit des Verbandes, die der sozialdemokratischen, so urteilte er, aus folgenden Gründen »bei weitem über« sei³¹: Der RgS arbeite zunächst unter bequemen Bedingungen, da seiner *Korrespondenz* die ganze bürgerliche Presse offenstehe. In der Großstadt seien die Sozialdemokraten zwar in der Lage, sich gegen politische Uniformierungstendenzen auf dem Zeitungsmarkt im Sinne des Reichsverbandes zu wehren, auf dem Lande hingegen seien die Leser der »korrupten Kreisblattpresse auf Gnade und Ungnade ausgeliefert.« Liebknecht hatte das Vorgehen des Reichsverbandes treffend erfassen können: denn der RgS selbst urteilte über Nutzen und Erfolg seiner *Korrespondenz*, die unentgeltlich Manuskripte zum Abdruck anbot und Ende 1906 reichsweit an 1275 Zeitungen geliefert wurde, daß sie insbesondere für die mittlere und kleinere Provinzpresse »ein wertvolles Hilfsmittel« darstelle.³²

Gerne annoncierte und lancierte der Verband seine politische Botschaft in den Generalanzeigen. Diese vorgeblich »unparteilichen« Zeitungen, die die »deutsche Variante der Geschäftspresse« darstellten und den Beginn der Massenblätter einleiteten, unterlagen, bereits lange bevor Alfred Hugenberg sein Presseimperium schuf, einer nationalistisch-konservativen Politisierungstendenz.³³ Die Berliner *Tägliche Rundschau* etwa, die 1881 als »Zeitung für Nichtpolitiker, zugleich Ergänzungsblatt zu den Organen jeder Partei« angetreten war, sich 1883 als »Zeitung für unparteiische Politik« verstand und zehn Jahre später den Untertitel »Unparteiische Zeitung für nationale Politik« führte, war beispielhaft für den Wandel dieser Blätter vom »farblosen« zum nationalpolitischen Genre. Auch blieben sie ideal für die

³¹ K. LIEBKNECHT, *Die Methoden des Reichslügenverbandes* (1907), in: DERS., 1958–1971, Bd. II, S. 5 f.

³² Siehe D. FRICKE, *Reichsverband*, 1959, S. 262; *10 Jahre Reichsverband*, 1914, S. 50.

³³ J. REQUATE, 1995, S. 373 f.; zu Generalanzeigen ferner H.-W. WOLTER, 1981.

Verbreitung der Korrespondenzartikel des Reichsverbandes. Der RgS fand in den Generalanzeigern ein Forum, das seiner propagierten politischen Position entsprach und dabei in seinem Sinne und entlang seiner Anschauungen politisierend wirkte, indem es ein Massenpublikum erreichte. Die Arbeit des Reichsverbandes mit den Generalanzeigern trug mitunter dazu bei, daß die Sozialdemokraten die Konkurrenz der Generalanzeiger als zunehmend bedrohlich empfanden.

Die interessanteren Bemerkungen zur Agitation des RgS gelangen Liebknecht jedoch in Hinblick auf die Flugblattarbeit des Verbandes, die, nach seinem Dafürhalten, »e tutti quanti zweifelsohne ihr Meisterstück« gewesen sei. Vor allem die äußere Gestaltung der Schriften versetzte Liebknecht trotz aller verständlichen Abneigung gegen ihren politischen Inhalt in Erstaunen:

»Großer Druck und auch sonst wirksame Ausstattung, kurze, gemeinverständliche und agitatorisch raffinierte Fassung waren der Mehrzahl dieser Schriften eigen. Die Formate wechselten; auch kleine Broschüren nach Traktätchenart wurden unter die Wähler geworfen. Die Titel waren meist geschickt gewählt. Kleinen Broschüren wurden oft gute Abbildungen beigelegt. Und dann die Bilderbogen-Flugblätter, mit denen à la Septennatswahlen in gemeinster Weise machiavellistisch auf die Schwächen und niederen Instinkte spekuliert und die Frauen mobilisiert wurden.«³⁴

Liebknecht nahm Bezug auf zwei Flugblätter des RgS, die während des Wahlgeschehens 1907 im Lager der Sozialdemokraten am meisten für Mißbilligung gesorgt hatten. Das eine, die Nr. 55 der schließlich 207 Einzeltitel umfassenden RgS-Publikationsliste, verknüpfte in scharf kontrastierender und provozierender Weise eine bildliche Darstellung des Krieges in Deutsch-Südwestafrika mit der Haltung der Sozialdemokraten zum Nachtragsetat der Schutztruppe: Das Blatt zeigt zum einen unter der erläuternden Zeile, »So kommt es, wenn ein Sozialdemokrat gewählt wird«, die Darstellung mordbrennender »Hottentotten«, die schutzlose Farmen deutscher Siedler überfallen. Zum anderen sieht man zur Zeile, wie es komme, »wenn ein treuer deutscher Mann« gewählt werde, das idyllische Bild einer Hütte unter Kokospalmen mit einem Soldat der Schutztruppe, der einem Farmer vor dem Pflug die Hand reicht. Das Flugblatt wurde unter dem Titel »*Wählt zur Ehre des Vaterlandes gegen seine Zerstörer*« in einer Million Exemplaren verbreitet.³⁵

³⁴ K. LIEBKNECHT, Die Methoden des Reichslügenverbandes (1907), in: DERS., 1958–1971, Bd. II, S. 7.

³⁵ Siehe etwa den Kommentar der sozialdemokratischen Magdeburger Volksstimme, 17. 1. 1907 (1. Beil.). Flugblätter ähnlicher Thematik gab nicht nur der Reichsverband heraus. Denn neben der Nr. 15 des RgS: »Das wahre Gesicht«, das einen Schwarzen zeigt, bereit eine weiße Frau zu vergewaltigen, nachdem er ihren Sohn und ihren Mann niedergestreckt hat (Bildunterschrift: »Das ist das Ergebnis, wenn ein Sozialdemokrat gewählt wird«), erschien im Druck des Komitee Patria ein ähnlich komponiertes Blatt mit dem Titel »Das ist Wahrheit«, siehe BA Potsdam Rkzlei. 1798, Bericht über die Tätigkeit des Komitees Patria. Das Vorbild Bismarckscher Septennatspropaganda ist unverkennbar.

Das andere Blatt, Nr. 35 des RgS-Schriftenverzeichnisses, führte »Die Sünden der Sozialdemokratie« vor. Es entwarf eine Charakterstudie der »geistigen und sittlichen Qualitäten« sozialdemokratischer Funktionäre und enthielt persönliche Angriffe gegen August Bebel, der als »Umsturzwüterich« bezeichnet wird, welcher »keinerlei positive Arbeit leisten will und kann.«³⁶ Diese Attacken auf sozialdemokratische Spitzenfunktionäre, die Personalisierung von niederen Charaktereigenschaften und immanenten Ängsten, verfolgte der Reichsverband mit Methode. So enthielt das »Handbuch für nicht-sozialdemokratische Wähler« einen zweiseitigen Beitrag über die »Führer der Sozialdemokratie«, der als Antwort des RgS auf die mitunter kultische Stilisierung der Parteigrößen und Gründerväter auf Postkarten und Photographien gedacht war. Das mit Hohn zitierte Portraitangebot der Buchhandlung *Vorwärts* von August Bebel, Wilhelm Liebknecht und Paul Singer auf »Künstler-Drucken auf Japan-Papier« konterte der RgS mit einem geschickt aufbereiteten Zusammenschnitt aus Selbstzeugnissen, Publikationen, Reichstags- und Parteitagsprotokollen, die den sozialdemokratischen Spitzenpolitikern eine zweifelhafte Gesinnung, Hang zu persönlicher Bereicherung und widersprüchliche politische Aussagen nachweisen sollten.³⁷ August Bebel sah sich kurz nach den Wahlen von 1907 sogar genötigt, gegen solche und ähnliche Anschuldigungen, die über die *Korrespondenz des Reichsverbandes* in die bürgerlichen Zeitungen gelangten, eine öffentliche Erklärung abzugeben und eine Aufforderung zur Richtigstellung zu verlangen.³⁸

Nichts erregte und überraschte die Sozialdemokraten jedoch mehr als die Systematik, mit welcher der Reichsverband die Themen für seine Flugschriften wählte und seine Propaganda und Agitation steuerte. Nahezu sämtliche Kommentare, die in sozialdemokratischen Nachwahlbetrachtungen zu finden sind, heben die »systematische Volksvergiftung«, die »systematische Diskreditierung sozialdemokratischer Reichstagskandidaten in den Augen der Wählermassen« oder die »systematische Verleumdung und wirkungsvollere Darstellung« der Reichsverbandsschriften hervor.³⁹ Indem sie sich, fein säuberlich numeriert, thematisch und innerhalb des RgS-Schrif-

³⁶ BA Koblenz ZSg.1-90, Sozialdemokratisches Flugblatt Nr. 18: Die Sünden der Sozialdemokratie, mit ausführlichen Zitaten aus der RgS-Schrift. Das sozialdemokratische Blatt war eine für den Wahlkampf 1912 gedachte Antwortschrift auf das RgS-Flugschreiben des Jahres 1907. Noch fünf Jahre später sahen die Sozialdemokraten eine Notwendigkeit darin, die Schrift des Reichsverbandes zu kommentieren und zu widerlegen.

³⁷ Handbuch für nicht-sozialdemokratische Wähler, 1909, S. 146-165.

³⁸ Leipziger Volkszeitung, 12. 2. 1907 (2. Beil.); vgl. dagegen die Ausführungen Bebels auf dem Essener Parteitag, in denen er zwar den Einfluß der Verleumdungskampagne und der »Kampfesweise« des RgS »auf viele Leute« nicht bestritt, deren andauernde Wirkung jedoch verneinte, siehe Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags der SPD, 1907, S. 308. Bebel hat die Zähigkeit systematischer Kolportage von Feindbildstereotypen wohl unterschätzt.

³⁹ Siehe den Artikel von A. HOFFMANN, Ursachen und Wirkungen, in: Neue Zeit 1906, S. 640; den Beitrag von F. MEHRING, Über den Reichslügenverband, in: ebd., S. 793, so-

tenangebots mit anderen Publikationen ergänzte, fügte sich die RgS-Agitation zu einer Art Gesamtwerk antisozialistischer Propaganda zusammen. Auch Karl Liebknecht stellte hierzu erstaunt fest, daß die Verbandsschriften »je einer einzelnen Frage ... zum Beispiel: *Die Führer der Sozialdemokratie, Sozialdemokratie und Sozialpolitik, Sozialdemokratie und Mittelstand, Sozialdemokratie und Bauernschaft, Unser Sandloch Südwestafrika* usw.«⁴⁰ gewidmet seien und auf diese Weise die gewünschte Systematik erzielten.

Zusammenfassend kann zu Gestaltung und Wirkung der RgS-Wahlwerbung festgehalten werden: Die mit Bildern unterlegte – »weil dem einfachen Mann eine Darstellung mit Bildern sinnfälliger und verständlicher ist«⁴¹, wie der Reichsverband betonte –, an der »volkstümlichen« Mentalität der Klientel orientierte, dennoch sublimale Darstellung, die plakative Sprache, welche allzu derbes und primitives Vokabular vermied, die Systematik der Themenwahl, die geschickte Verbindung von Halbwahrheit und Feindbildagitation sowie die Herstellung von Massenware für eine Millionenpublikum kennzeichnete die schriftliche Agitation des Verbandes. Der RgS strebte dabei keine Versachlichung, sondern eine Entsachlichung der Wahlwerbung im Sinne verstärkt emotionalisierender und dichotomisierender Propaganda an. Bildliche Darstellungen intensivierten das Schüren kollektiver Ängste. Die Massenansprache der Wählerklientel über geschickt gestaltete Flugschriften weitete die Öffentlichkeit für integralnationalistische Parolen aus, wobei der Reichsverband die Flugblätter der bürgerlichen Parteien oder die 1907 ebenfalls in Millionenauflage kolportierten, inoffiziellen Schriften der Regierung in der Wirkung übertrumpfen konnte. Der RgS vertraute offenbar aus diesem Grund vor allem seinen eigenen Druckerzeugnissen, bot er den bürgerlichen Parteien Flugschriften an. Die ad hoc und im Stil »blutiger Kolportageliteratur« verfaßten Schriften, die die Reichskanzlei oder Tageszeitungen des rechten Parteispektrums anfertigen ließen⁴², entsprachen offenbar nicht dem subtileren Stil des RgS. Zuweilen lehnte er Verlegerschaft oder Verantwortung für solche Blätter ab.⁴³ Die vom Alldeutschen Verband

wie den Artikel von A. MÜLLER, Kritisches und Antikritisches zu den Reichstagswahlen, in: *Neue Gesellschaft*, 4 (1907), S. 244.

⁴⁰ K. LIEBKNECHT, Die Methoden des Reichslügenverbandes (1907), in: DERS., 1958–1971, Bd. II, S. 6.

⁴¹ BA Potsdam Rkzlei. 1395/5, Ludwig [Zweiter Hauptgeschäftsführer des RgS] an Bethmann Hollweg, 3. 9. 1909.

⁴² Siehe die Denkschrift: Vorschläge zur Führung des Wahlkampfes durch die Regierung [Ludwig Asch/Otto Hammann], 14. 12. 1906, abgedruckt in D. FRICKE, Reichstagswahlen, 1961, hier S. 553: »Bei der Abfassung [der Flugblätter] ist ... nur auf die breite Masse zu rechnen. Zu vermeiden aber gesucht kindlicher Stil. Keine Zahlen und koloniale Zukunftsmusik, sondern konkrete anschauliche Erzählung, je blutiger, desto besser, denn das melodramatische Bedürfnis der Massen verlangt immer nach Kolportageliteratur.«

⁴³ Der unbestreitbare Erfolg des RgS-Konzepts erweckte Mißgunst innerhalb des bürgerlichen Lagers. So polemisierte der Vorsitzende des Evangelischen Bundes, Otto Everling, der 1907 den sächsischen Wahlkreis Döbeln-Roßwein erobern konnte, gegen die Schriften des Reichsverbandes, sie seien »ungeeignet« gewesen und man habe sie ablehnen

zu Flugblättern verarbeiteten Artikel aus seiner Zeitschrift *Alldeutsche Blätter* konnten mit jenen des RgS ebenso wenig mithalten.⁴⁴

Dennoch bleibt festzuhalten, daß die schriftliche Wahlwerbung des Reichsverbands mit jener radikaler Bewegungen zu vergleichen ist, die durch »demagogische Einseitigkeit und krasse Feindbildmalerei« operieren. Wie Manfred Hagen desweiteren über die Plakat»kunst« extremistischer Bewegungen feststellt, fällt es solchen Organisationen »ungleich leichter, Text und Bild zu propagandistisch geschlossener Wirkung zu bringen; Kurzformeln, Radikallösungen, Direktappelle an Sehnsüchte, Ängste und Aggressionen gehören zu ihrem Wesen.«⁴⁵ Allerdings wäre es vorschnell und undifferenziert geurteilt, von den Agitationsmethoden und der inhaltlichen Wahlwerbung des Reichsverbandes bzw. des nationalen Lagers im Kaiserreich direkte Kontinuitätslinien zur rauen Wahlkultur der Weimarer Republik zu ziehen, die entscheidend von der Propagandawirkung nationalsozialistischer Inszenierungen mitgeprägt wurde.⁴⁶ Die Erfahrungen des Ersten Weltkrieges, Revolution und Bürgerkrieg, die politische, ökonomische und soziale Problemlast und nicht zuletzt die Konkurrenz zweier Weltanschauungen trugen in ihrer Gesamtheit entscheidend mit dazu bei, daß die politische Kultur der ersten deutschen Republik verrohte.⁴⁷ Die schriftliche und mündliche Agitation des Reichsverbandes, die er als Wahlhilfeorganisation der bürgerlichen Honoratiorenparteien gegen die Sozialdemokratie ausübte, ist kaum zu vergleichen mit der Vielfalt nationalsozialistischer Propagandamittel und jenem »Aufstand emotionsgeladener Bilder und mythisch-utopischer Zeichen gegen die dürre Sprache der Demokratie und des rationalen Diskurses«, die Gerhard Paul als »Geheimnis der Wahlerfolge der NSDAP der Kampfzeit« beschreibt.⁴⁸

Wie nun reagierten sozialdemokratische Politiker der verschiedenen Parteiflügel auf die agitatorischen Erfolge des Reichsverbandes? Welche

müssen. Die Tatsache, daß Ernst Hasse im selben Wahlkreis noch im Oktober 1906 mit RgS-Hilfe bei einer Nachwahl durchgefallen war, schien Everling zu bestätigen. Allerdings war Hasse selbst als Kandidat schwach geblieben und der RgS verbreitete nicht in erster Linie Schriften, die den »furor protestanticus« schürten, siehe BA Potsdam 90La5/21; Everling an Lange, 6. 2. 1907; BA Potsdam 1395/4, Vorst. des RgS an v. Loebell, 20. 10. 1906; siehe ferner den Kommentar des Vorwärts zur Ablehnung der Verleger-schaft für eine Flugschrift der Post, die »selbst dem Reichsverband zu dreckig und gemein« gewesen sei, Vorwärts, 24. 1. 1907 (2. Beil.).

⁴⁴ Siehe M. WENCK, 1917, S. 23.

⁴⁵ M. HAGEN, 1978, S. 426 f.

⁴⁶ V. SCHULTE, 1989, S. 159 f., meint in der dichotomisierenden Agitation des nationalen Lagers während der Wahlen von 1907 gar »in historischer Perspektive« einen »direkte[n] Weg von den »Reichsfeinden« zu den »Volksschädlingen«, die es zu vernichten galt«, zu erkennen. Hier ist differenzierende Sichtweise und Analyse gefragt.

⁴⁷ Zur Rauheit und »Brutalität« der Wahlen bzw. der Wahlkultur in der Weimarer Republik E. ROSENHAFT, 1983; E. BENDIKAT/D. LEHNERT, 1989; D. LAU, 1995, S. 133.

⁴⁸ G. PAUL, 1990, S. 13; vgl. auch den Forschungsbericht von Th. KÜHNE, Wahlrecht, 1993, S. 538.

Schlüsse wurden aus der ersten Niederlage der Partei seit 1887 für die weitere Wahlwerbetätigkeit gezogen? Neben den steten Klagen über die unvorteilhafte Wahlkreiseinteilung, über Behinderungen bei der Agitation, über bürgerliche Stichwahlkoalitionen erkannten Politiker sämtlicher sozialdemokratischer Parteiflügel einen möglichen und wesentlichen Grund für die unerwartete Wahlniederlage in der Desertion »bürgerlicher Elemente« und mittelständischer Sympathisanten, die der Partei noch 1903 zum Sieg verholfen hätten. Die Wirkung des nationalen Appells durch Regierung, bürgerliche Parteien und Verbände drängte sich für die SPD als Erklärung geradezu auf.⁴⁹ Untermauert wurden solche Vermutungen über Wählerwanderungen von links nach rechts durch die bei den Zeitgenossen vielbeachtete, 1905 erschienene Studie Richard Blanks über »*Die soziale Zusammensetzung der sozialdemokratischen Wählerschaft Deutschlands*«.⁵⁰ Seine wahlsoziologische Untersuchung, wonach bei den Wahlen von 1893 und 1898 nahezu ein Viertel, bei jenen von 1903 mindestens ein Fünftel sozialdemokratischer Wähler aus dem Bürgertum gekommen seien, führten mitunter zu Auseinandersetzungen um die politische Orientierung der Partei. Und im Zusammenhang der Wahlniederlage von 1907 sowie der bis dato verdrängten Klärung der »nationalen Frage«, die schließlich mit der sogenannten »Noske-Debatte«⁵¹ einen ersten Kulminationspunkt finden sollte, trat zwischen den verschiedenen sozialdemokratischen Parteiflügeln eine Kontroverse um das taktische und wahlagitatorische Verhalten gegenüber jener mittelständischen, »indifferenten Masse« hinzu. Wie bereits im Rahmen der Landagitation zu beobachten war, wähten sich die Sozialdemokraten ab 1907 auch und gerade bei bürgerlichen Protest- und Wechselwählern vor dem drängenden Problem, ob, und wenn ja, auf welche Art und Weise eine neue Klientel klassen- und milieuübergreifend anzusprechen und zu mobilisieren sei.

Die Revisionisten fanden in der Absage an Pragmatismus und Reformismus, die seit dem Dresdener Parteitag die politische Linie bestimmte, in der »illusionären und revolutionären Phraseologie« Erklärungen dafür, warum der Partei seit 1903 bei 21 von 29 Ersatzwahlen eine Niederlage nach der

⁴⁹ Siehe C. E. SCHORSKE, 1955, S. 92.

⁵⁰ R. BLANK, Die soziale Zusammensetzung der sozialdemokratischen Wählerschaft Deutschlands, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 20 (1905), S. 507–550; auch abgedruckt in O. BÜSCH/M. WÖLK/W. WÖLK, 1978, S. 184–196. Zur ausführlichen Diskussion um Blanks Ergebnisse siehe unter anderem die Bemerkungen von G. A. RITTER, 1978, S. 323; DERS., Arbeiterbewegung, 1959, S. 77 f.; vgl. sehr ausführlich auch S. SUVAL, 1985, S. 80 ff.

⁵¹ Gustav Noske, sozialdemokratischer Abgeordneter für den Wahlkreis Chemnitz, gab im Rahmen seiner Jungfernrede im Reichstag kurz nach dem bürgerlich-nationalen Wahlsieg 1907 ein klares Bekenntnis zur bewaffneten Landesverteidigung ab. Auf dem anschließenden Parteitag der SPD in Essen entspann sich eine sehr heftige Auseinandersetzung zwischen den Parteiflügeln um Noskes Rede, die von Bebel gedeckt worden war, siehe C. E. SCHORSKE, 1955, S. 106 ff.; W. WETTE, 1987, S. 67–100; H.-Ch. SCHROEDER, 1968, S. 188; G. D. CROTHERS, 1941, S. 222 f.; SPD PT, 1907, S. 246 ff.

anderen beschert worden sei. »Unser Tun«, so urteilte August Müller in der *Neuen Gesellschaft* im Rückblick auf die Ergebnisse des Parteitages von Dresden und die 1907er Wahl, »[hat] den Boden bereitet, in dem die Saat des Reichsverbandes so üppig gedeihen mußte. Dresden und was folgte, hat erst die Stimmung erzeugt, die nötig war, um die Unentschiedenen und Neulinge ... für die Agitationsmethoden der Herren Liebert, Hagemann und Bovenschen empfänglich zu machen. Hätten wir ihnen nicht vorgearbeitet, die politischen Brunnenvergifter wären elend gescheitert.«⁵² Die Linke dagegen konnte freilich keine Irrtümer und Abwege in den politischen Grundsätzen seit Dresden erkennen. Insofern richtete sie ihre Kritik nicht gegen die Parteitagsbeschlüsse oder die eigene Wahlwerbung. Sie brachte die Abwanderung bürgerlicher Wähler weniger mit parteigebundenen als vielmehr mit wählerbedingten Ursachen in Verbindung: Man suchte die Gründe entweder in der Treulosigkeit der mittelständischen »Mitläufer«, in der Indifferenz jener Schichten, die zwar nach ihren Erwerbsverhältnissen dieselben politischen Interessen besitzen konnten wie das Industrieproletariat, die sich aber nichtsdestoweniger der Sozialdemokratie in Mehrheit nur als Wechsel- und Protestwähler anschlossen. Somit schien eine stärkere und intensivere Betonung des Klassencharakters der Sozialdemokratie die adäquate Strategie zu sein. Oder man erkannte in der gewachsenen Gegenagitation des nationalen Lagers einen entscheidenden Grund für die Abwanderung bürgerlicher Wähler, die die Partei seit 1903 nicht mehr wie bis dato das hinzustoßende Industrieproletariat »zu erziehen und wenigstens teilweise politisch zu organisieren« vermocht habe.⁵³

Da die radikalere Linke wie die revisionistische Rechte über die Wahlniederlage eher parteiinterne Gegensätze ausfochten und vorrangig dazu neigten, ihre politischen Standpunkte zu verteidigen und zu vertiefen, boten beide kaum pragmatische Lösungen für eine Effizienzsteigerung der Parteiagitation an. »Kräftigste Förderung von Aufklärung und Schulung im Klassenkampfe«, forderte Karl Liebknecht etwas phantasielos und ganz im Gegensatz zu seinen scharfsinnigen Beobachtungen des RgS-Wahlwerbestils.⁵⁴ Franz Mehring plädierte kaum ideenreicher in der *Neuen Zeit*, die »Massen gegen das Gift des Reichsverbandes immun [zu] machen.«⁵⁵ Auch Wilhelm Schröder übertraf diese Vorschläge in den *Sozialistischen Monatsheften* nicht an Esprit: »[I]n der Ausdehnung und Systematisierung der Agitation, in tunlichster Vermeidung eigener Schädigungen«, sah er die beste Remedur für die sozialdemokratische Wahlwerbekrise. Dies klinge zwar, wie er selbst eingestand, »zum Lachen banal; wer aber etwas besseres weiß, möge mit seinem Rezept hervortreten. Eine Systematisierung unserer Agi-

⁵² A. MÜLLER, Kritisches und Antikritisches zu den Reichstagswahlen, in: *Neue Gesellschaft*, 4 (1907), S. 245.

⁵³ A. HOFFMANN, Ursachen und Wirkungen, in: *Neue Zeit* 1906/07, S. 639.

⁵⁴ K. LIEBKNECHT, Die Methoden des Reichslügenverbandes, in: *DERS.*, 1958–1971, Bd. II, S. 8.

⁵⁵ F. MEHRING, Über den Reichslügenverband, in: *Neue Zeit* 1906/07, S. 795.

tation ist notwendig, schon um die Lügengewebe des Reichsverbandes zu zerstören«. ⁵⁶

Rezepte wurden angeboten. In einer Artikelserie der *Neuen Zeit* erschienen kurz nach den Wahlen Betrachtungen von unterlegenen sozialdemokratischen Kandidaten, die ihre Erfahrungen im Reichstagswahlkampf austauschten. In seinem Artikel über »Ursachen und Wirkungen« der sozialdemokratischen Niederlage schlug der Verleger Adolph Hoffmann, der sein Mandat im sächsischen Auerbach verloren hatte, vor, auf die Indifferenten und »Abhängigen« »energischer einzuwirken als bisher«. ⁵⁷ Nicht die Betonung des Klassencharakters als einer Art Trotzreaktion der proletarischen Massenpartei gegenüber dem Mittelstand, sondern kontinuierliche, für die »indifferenten Schichten« verständliche Wahlwerbung per Flugblatt, »wenn es angeht, alle Monate«, schien Hoffmann ein gangbarer Weg zu sein. Sozialdemokratische Versammlungen besuchten mittelständische Wähler nicht, sozialdemokratische Zeitungen lasen sie nicht, dafür verinnerlichten sie die vom Reichsverband gespeisten »parteilosen Schundblätter«. Man müsse diesen indifferenten Schichten regelmäßig »die Wahrheit« vor Augen führen, denn der »Berg kommt nicht zu Mohammed, folglich muß Mohammed zum Berge kommen.«

Emanuel Wurm, Redakteur der *Neuen Zeit*, der seinen Reichstagssitz in Reuß j. L. eingebüßt hatte, sagte in seinem Beitrag zur Frage »Flugblatt oder Zeitung?« insbesondere den parteilosen Generalanzeigern den Kampf an, und dies in zweierlei Hinsicht. Zum einen müsse die sozialdemokratische Presse den Mangel an Unterhaltungsbeilagen, »an guten Romanen und Erzählungen für das erwachende und erwachte Proletariat« beheben. ⁵⁸ Das Feuilleton sozialdemokratischer Zeitungen sei für ein Massenpublikum unverständlich und schrecke Abonnenten ab, die ihren Lesebedarf an Sensationsromanen schließlich aus den Generalanzeigern befriedigten. Diese proletarische Klientel ginge der Parteipresse und in letzter Konsequenz der Partei selbst verloren. Zum anderen mangle es der Sozialdemokratie an einer Presse, die zu den »Indifferenten, den Unaufgeklärten spricht.« Die »Form des Inhalts« sei dabei für politisch ungeschulte Leser sehr wichtig: »Kurze Artikel ... mit einer Überschrift, die das Interesse erweckt und ins Auge fällt ... gemeinverständliche, lebhaftete Schreibweise ..., die nicht allein frei ist von Fremdworten, sondern in klarem Stile die neueren Ereignisse so schildert, daß sie auch der politisch nicht unterrichtete Leser verstehen kann.« Die Flugblatt agitation, die Adolf Hoffmann intensivieren wollte, hielt Wurm infolge der Mühsal, die von den Lesern zu ihrer Lektüre verwendet werden müsse, weniger zweckdienlich als Zeitung und Zeitschrift. Allerdings sprach der *Neue Zeit*-Redakteur hier offensichtlich in Eigen-

⁵⁶ W. SCHRÖDER, Rückblick, Rechnung und Ausblick, in: Sozialistische Monatshefte, 11 (1907), S. 182.

⁵⁷ A. HOFFMANN, Ursachen und Wirkungen, in: Neue Zeit 1906/07, S. 640.

⁵⁸ E. WURM, Flugblatt oder Zeitung?, in: Neue Zeit 1906/07, S. 642.

interesse, denn seinen Betrachtungen fügte er das Argument hinzu, Flugblätter könnten keine Abonnenten werben.

Während Hermann Linde, 1907 erfolgloser Kandidat in den beiden ostpreußischen Wahlkreisen Königsberg 2, Labiau-Wehlau, und Gumbinnen 3, Gumbinnen-Insterburg, sowohl Zeitungen als auch Flugblätter für erfolgversprechend erachtete, um »eine planmäßige Aufklärung der Über- und Mitläufer« zu gewährleisten⁵⁹, hielt Heinrich Busold, der im zweiten hessischen Wahlkreis Friedberg-Büdingen angetreten war, zunächst intensivierte mündliche Agitation für erforderlich.⁶⁰ Busold zog Lehren aus den schlechten Erfahrungen, die die Sozialdemokraten mit der Konkurrenz des Reichsverbandes im Wahlkreis des nationalliberalen BdL- und Flotten-Vereinsfunktionärs Graf Oriola gemacht hatten. Man sei in der Massenverbreitung von Flugschriften solcherart »ins Hintertreffen« geraten, daß 120 Versammlungen, die er abgehalten habe, nicht ausgereicht hätten, die Handwerker, Beamten und Kleinbauern zu gewinnen, klagte Busold. Lediglich die eigene Organisation konnte bei »Stimmung erhalten« werden. Die schriftliche Agitation bzw. Pressearbeit vermochten den Wahlkampf »wohl zu unterstützen, aber nicht ihn auszufeuchten.« »Lernen wir doch von unseren Gegnern!«, insistierte Busold, »[f]ast in jedem Amtsblatt findet sich ein kurzer, in packender Erzählungsmanier geschriebener Artikel gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften«. Dem sei Gleiches mit eigenen kleinen Blättern entgegensetzen, um die indifferenten Schichten zu mobilisieren. Mit den Industriearbeitern alleine könne die Sozialdemokratie nicht jenen Zuwachs an Stimmen und Mandaten erzielen, den die Partei benötige. Busold sprach an dieser Stelle nicht ausschließlich über die hessischen Verhältnisse.

Franz Starosson endlich, der im mecklenburgischen Schwerin-Wismar kandidiert hatte, war der Auffassung, daß mündliche Agitationstätigkeit durch Versammlungen keine Lösung für bestehende Agitationsdefizite biete.⁶¹ Die Landagitation werde durch Versammlungsverbote und den »Terrorismus« der Gutsbesitzer gehemmt. Der Postversand von Druckschriften in Zeitungsform sei hier die praktikabelste Lösung; in den Städten hingegen sollten Flugblätter die »agitatorischen Vorarbeiten verrichten«.

Die vorstehend angeführten Beiträge bieten auf den ersten Blick ein Bild der Orientierungslosigkeit: Flugblatt oder Zeitung oder beides; intensivierte mündliche Agitation; keine mündliche Agitation; Zeitungen für das Land, Flugblätter für die Stadt – die Sozialdemokratie schien hinsichtlich der Wahlwerbestrategie ratlos zu sein. Dennoch offenbart sich die Tatsache, daß man zu lernen begann. Bis 1907 überzeugte die SPD, abgesehen von ihren quantitativen Agitationserfolgen, kaum durch besondere Leistungen

⁵⁹ H. LINDE, Planmäßige Aufklärung der Über- und Mitläufer, in: *Neue Zeit* 1906/07, S. 698.

⁶⁰ H. BUSOLD, Lehren aus dem Wahlkampf, in: *Neue Zeit* 1906/07, S. 707f.

⁶¹ F. STAROSSON, Landagitation, in: *Neue Zeit* 1906/07, S. 33.

auf der qualitativen Ebene der Wahlwerbung. Flexibilität und Innovationsbereitschaft waren ebenso nicht ihr Metier. Die Sozialdemokraten erkannten 1907, daß nicht nur ein Mehr an Agitation, sondern bessere, d. h. weniger theoriebeladene, ansprechender gestaltete, differenziertere, »volkstümlichere« Wahlwerbung vonnöten sei, um die gestiegene Konkurrenz mit dem bürgerlichen Lager bestehen zu können. Im Vergleich zur problembeladenen Landagitation der 1890er Jahre, die die kleinen Leute etwa Ostelbiens mit sozialistischer Klassenkampfdoktrin überforderte – dies galt auch für die popularisierte, Bebelsche Form – war nun ein Wandel zu beobachten. Die sozialdemokratische Agitation, die sich 1907 in einer Krise befand, war gezwungen, Anregungen »von außen« anzunehmen. Sie beließ es nicht mehr lediglich bei der Erkenntnis, die verschiedenartigen Proletarierleiden erforderten differenziertere Agitation, wobei die vorwärtshastende Organisation angesichts der zur Normalität werdenden Wahlerfolge seit 1890 nicht-industrieproletarischen Nachzüglern oder Wegbegleitern weniger Aufmerksamkeit zu schenken brauchte. Hier wirkte die Niederlage von 1907 als heilsamer Schock. »Die Wahl von 1907 hat der Partei gezeigt, daß die übliche Agitation nicht mehr genügt, daß solche mehr zu spezialisieren ist, daß neue Formen gefunden werden müssen«, schrieb August Kolb nach der Reichstagswahl von 1912 in den *Sozialistischen Monatsheften*.⁶² Und ein langjähriger Sekretär einer Kreisorganisation in Reuß konnte kurz zuvor in der *Neuen Zeit* darlegen, wie erfolgreich die Landagitation sei, scheue man die hohen finanziellen Anfangsinvestitionen nicht und mache man sich mit den »wirtschaftlichen Verhältnissen und der aus diesen resultierenden Anschauung der Arbeiter« vertraut.⁶³ Freilich, die sozialdemokratische Wahlwerbung auf dem platten Land, insbesondere in Ostelbien, traf weiterhin auf erbitterte Gegenagitation insbesondere von seiten des Bundes der Landwirte und Repressivmaßnahmen gegenüber Partei und Wählern von seiten der konservativen Eliten. Zur Frage, »Wie kommt die Sozialdemokratie aufs Land?«, die 1913 in der *Präsides Korrespondenz* des Volksvereins für das katholische Deutschland behandelt wurde, konnte der Verfasser lediglich von einer Reihe zuweilen konspirativ anmutender Unternehmungen sozialdemokratischer Landagitatoren berichten.⁶⁴ Nur im Einzugsgebiet größerer

⁶² A. KOLB, Wahllehren für Agitation und Organisation, in: Sozialistische Monatshefte, 16 (1912), S. 973.

⁶³ H. KNAUF, Aus der Praxis der Agitation, in: Neue Zeit 1911/12, S. 673.

⁶⁴ J. JOOS, Wie kommt die Sozialdemokratie aufs Land?, in: Präsides Korrespondenz, 26 (1913), S. 253, mit folgendem Beispiel: »Bei Wahlen kommt es auch wohl vor, daß monatelang zuvor eine fremde Familie aus der Stadt zuwandert. Der Mann arbeitet auswärts, oder man weiß nicht genau, was er arbeitet. Aber Sonntags redet er viel in den Wirtschaften herum und steckt den Leuten Flugschriften zu. Je näher es in den Wahlkampf geht, umso auffälliger wird das Treiben des Fremden. Nun wirbt er offen für die sozialdemokratische Partei und verteilt ihre Flugblätter. Nach der Wahl verschwindet die Familie wieder. Die Partei hat ihrem Agitator für die Zeit seiner Landpartie die Existenz gesichert.«

Städte, etwa um Königsberg und Danzig, waren für die Sozialdemokraten Wahlwerbeerfolge auch in den preußischen Ostprovinzen zu erzielen.⁶⁵

Schließlich und nicht zuletzt konnte der SPD 1907 und auch danach jene Quadratur des Kreises nicht gelingen, die im Zuge des Protests der sozialdemokratischen Parteileitung gegen zu hohe Fleischpreise eine Kluft zwischen Erzeugerinteressen des ländlichen Proletariats und Konsumenteninteressen der städtischen Industriearbeiterschaft öffnete. Die SPD tat im Rahmen der Bülow-Wahlen den für eine Partei vornehmlich des urbanen Proletariats unvermeidlichen taktischen Mißgriff und thematisierte im Rahmen der allgemeinen Fleischteuerung die zu hohen Nahrungsmittelpreise im Interesse der städtischen Verbraucherschaft. Die Folge war, daß die SPD sich in eine agitatorische Zwickmühle manövrierte und die »Solidarisierung der Knechte und Tagelöhner mit den Großgrundbesitzern« selbst provozierte. Dies verschärfte die sozialdemokratische Wahlwerbekrise weiter und brachte der SPD unerwartete Stimmeneinbußen auf dem Land, die sie auch in den folgenden Jahren nicht mehr gutmachen sollte.⁶⁶ Die agrarische Klientel wurde von der sozialdemokratischen Partei nicht nur agitatorisch weiterhin unzureichend bedient, die Entwicklung der SPD zur »reformistischen Verbraucherpartei« (Nonn) stieß die Landarbeiterschaft zunehmend ab.

Auch die sozialdemokratische Wahlwerbung für den bürgerlichen Mittelstand war 1912 noch immer im Argen. Die Tagespresse und Agitationsliteratur berücksichtigten nicht genügend die »relative Verschiedenheit der proletarischen Interessen«, kommentierte der vorstehend bereits zitierte Beitrag des Kreissekretärs aus Gera die altbekannten Sorgen. Die schriftliche Agitation müsse intensiver gestaltet, das Agitationsmaterial aus »leicht zu verstehenden Abhandlungen bestehen.«⁶⁷ Allerdings, wo der Parteivorstand auf einzelne Berufssparten zugegangen sei, so bei Unterbeamten und Privatangestellten, und wo diese Schriften »gut verbreitet« wurden, seien Erfolge erzielt worden. Für diese Beobachtung der *Neuen Zeit* spricht, daß die 68 verschiedenen Flugblattsorten, die zur Wahl von der Parteiführung angeboten worden waren, eine mehr sozialdifferenzierende Agitation ermöglichen konnten. Wie dem Chemnitzer Parteitagssprotokoll hierzu zu entnehmen ist, sei im Hinblick auf die Flugblattagitation »auf die verschiedensten Verhältnisse Rücksicht genommen worden.«⁶⁸

⁶⁵ J. SCHMÄDEKE, 1995, S. 567 ff.

⁶⁶ Siehe die anregende Arbeit von Ch. NONN, Verbraucherprotest, 1995, S. 220.

⁶⁷ H. KNAUF, Aus der Praxis der Agitation, in: *Neue Zeit* 1911/12, S. 674.

⁶⁸ SPD PT, 1912, S. 216. Die Frage, ob die spezielle Ansprache von Berufsgruppen und Berufsständen im Rahmen einer klassen- und milieübergreifenden Agitation bereits Tendenzen zu volksparteilicher Strukturierung gegenüber den noch immer wirkungsmächtigen korporatistischen Traditionen in der deutschen Gesellschaft gezeigt habe, sollte für eine Analyse der politischen Kultur des Kaiserreichs im Gegensatz zu jener der Weimarer Republik offen bleiben, siehe hierzu die Diskussion in D. LAU, 1995, S. 188 ff., mit Th. CHILDERS, 1990, der die korporatistischen Traditionen in der Weimarer

Dennoch: Bis zu den Wahlen des Jahres 1912 baute die Sozialdemokratie ihren Vorsprung auf der Ebene quantitativer Wahlwerbung weiter aus und lernte in puncto qualitativer, sprich: »modernerer« Agitation hinzu. Dies war eine Lehre der 1907er Wahl gewesen. So stellte Ludwig Bergsträsser, der 1912 im Rahmen seiner Nachwahlbetrachtung zur »*Geschichte der parteipolitischen Agitation und Organisation*« 1500 Flugschriften ausgewertet hatte, fest, daß die Sozialdemokratie »die für die Masse wirksamsten, zugleich allerdings auch die gehässigsten Flugblätter verbreitet, und sie hat auch sehr viel mit bildlicher Darstellung dem Text nachgeholfen. Das ist von anderer Seite fast gar nicht geschehen.«⁶⁹

Die mit Illustrationen arbeitende Agitationstechnik begann nunmehr, in der sozialdemokratischen Massenpartei in größerem Umfange Einzug zu halten. Dabei wurde bereits jene über die Verwendung von Symbolen wirkende Plakatkunst antizipiert, die die Straßenöffentlichkeit der Weimarer Republik prägen sollte. Nicht von ungefähr hatte 1912 ein sozialdemokratisches Plakat »größten Erfolg«, so ist der Wahlstudie von Jürgen Bertram zu entnehmen, das auf »leuchtend gelbem Grund die rot aufsteigende Sonne« zeigte. Auf einer Erdkugel im Vordergrund standen zwei Arbeiter, von denen »der eine die Hand zum Schwur erhob, während rechts und links die Vertreter der Reaktion die Flucht ergriffen.«⁷⁰ Allein der liberale Hansa-Bund konnte mit »einer Reihe geschmackvoller, zum Teil künstlerischer Plakate«⁷¹ den Sozialdemokraten hier noch das Wasser reichen.

Die sozialdemokratische Wahlwerbung wurde nach 1907 zudem in ihrem Themenangebot umfassend. Wie ein Beobachter des Volksvereins für das katholische Deutschland bereits 1909 in der *Präsidenten Korrespondenz* bemerken konnte, habe sich die SPD »bis vor wenigen Jahren« noch vornehmlich an die »Erwachsenen und das männliche Geschlecht gewandt«. Sie beschränkte sich dabei »in der Hauptsache auf das politische und gewerkschaftliche Gebiet.« »In den letzten Jahren«, so der Verfasser überrascht, »wendet sich die Sozialdemokratie an alle Kreise, an beide Geschlechter, an jedes Alter und, soweit sie revisionistisch ist, nicht lediglich an das Proletariat. Sie bearbeitet alle Gebiete: Religion, allgemeine Bildung, Sport usw.

Republik anhand des sozialen Vokabulars der Wahlpublizistik untersucht hat. Die Sozialdemokratie des Kaiserreichs, mehr noch als jene der Weimarer Republik, suchte in der milieuübergreifenden Agitation eine von der »sozialen Wirklichkeit abweichende Klassenidentität aller Proletarier zu beschwören«. Für die bürgerlichen Gruppierungen und die Regierung bedeutete die berufsspezifische Wahlwerbung einerseits »Kampf um den Mittelstand« als neuentdeckte Wahlklientel und andererseits das Bestreben, über die Thematisierung von Proletarisierungsängsten diese Schicht im nationalen Lager zu halten.

⁶⁹ L. BERGSTRÄSSER, 1912, S. 250.

⁷⁰ J. BERTRAM, Reichstagswahlkampf, 1978, S. 560.

⁷¹ L. BERGSTRÄSSER, 1912, S. 252.

Dabei ist die Agitation der Sozialdemokratie außerordentlich rührig und eigenartig ausgebildet.«⁷²

Schenkt man allerdings einer detaillierten Abhandlung August Piepers über die »Organisations- und Agitationsmethode der Sozialdemokratie« Glauben, die in der *Präsides Korrespondenz* 1914 erschien, verlor die Wahlwerbung der SPD auch einige ihrer negativen Begleiterscheinungen nicht und lernte andere Rüpeleien hinzu. So sei die »Skrupellosigkeit in den Behauptungen« auch weiterhin ein Signum sozialdemokratischer Agitation. Weitere Charakteristika, die man kennen müsse, seien die »sittliche Entrüstung« und die »Rohheit der Angriffe oder persönliche Behandlung des Gegners«.⁷³

Ihr erbittertester Konkurrent, der Reichsverband, forderte diese Rohheit jedoch geradewegs heraus, und ihn verfolgte die SPD nunmehr auf Schritt und Tritt. Die Sozialdemokraten versuchten, den Verband mit seinen eigenen rhetorischen Waffen zu schlagen und durch die Macht ihrer Organisation zu erdrücken. So wurden die Schriften des RgS in den sozialdemokratischen Tageszeitungen kommentiert und manches mal Satz für Satz zerfasert. Die Parteileitung gab zudem 31 »Antwortflugblätter« auf Reichsverbandsschriften in Heftform gesammelt heraus und stellte sie den nachgeordneten Organisationen zur Verfügung.⁷⁴ Und schließlich bediente sich die SPD eines Manövertricks, der 1912 zunehmend dort in Mode gekommen war, wo eine politische Gruppierung gut daran tat, ihre Wahlwerbung nicht offensichtlich unter der eigenen Adresse firmieren zu lassen.⁷⁵ Indem die Titel reichsverbändlerischer Flugblätter als Rubrum übernommen, der nachfolgende Text dagegen eine kritische Auseinandersetzung mit der in Fettdruck geprägten Überschrift brachte, wurde in der RgS-Klientel eine gewisse Verwirrung gestiftet. Die Fähigkeit der sozialdemokratischen Organisation, solche Aktionen rasch und massiv durchzuführen, trug ein Übriges zu dieser Verwirrung bei.

Die Partei erarbeitete sich ab 1907, getragen von ihrer Massenorganisation und gestützt auf ihre finanziellen Ressourcen, somit neben dem quantitativen auch einen qualitativen Wettbewerbsvorsprung vor anderen politischen Gruppen, den sie bis in die 30er Jahre nicht mehr verlor. Die Sozialdemokratie der Weimarer Republik befand sich stets in vorderster Linie, galt es, die Vorteile moderner technischer Mittel der Wahlwerbung konsequent zu nutzen.⁷⁶ Auch die Verbindung und Verschmelzung von »politischer Werbung und kommerzieller Reklame« in den Zwanziger Jahren trugen die Sozialdemokraten mit. Erst als die nationalsozialistische Pro-

⁷² H. BRAUNS, Sozialdemokratische Organisation und Agitation, in: *Präsides Korrespondenz*, 22 (1909), S. 267.

⁷³ A. PIPER, Die Organisations- und Agitationsmethode der Sozialdemokratie, in: *Präsides Korrespondenz*, 27 (1914), S. 53.

⁷⁴ SPD PT, 1912, S. 22.

⁷⁵ Siehe auch L. BERGSTRÄSSER, 1912, S. 251.

⁷⁶ D. LAU, 1995, S. 188 ff., 252.

paganda ihren »Aufstand der Bilder« und den Aufmarsch der Symbole, Fahnen und Uniformen arrangierte, als *Wahlkampf* eher *Wahldemonstrationen* glich, wurde die SPD von einer neuen, zwiespältigeren Moderne überlaufen.

3. Schulung für den politischen Massenmarkt: Rednerausbildung bei Parteien und Verbänden

Die sich intensivierende politische Konkurrenz forderte von sämtlichen Partei- und Verbandsorganisationen die Veranstaltung einer wachsenden Zahl regelmäßiger Versammlungen, Diskussions- und Zählabende, politischer Kurse und Tagungen. Die Vielzahl der Veranstaltungen mußte geleitet und agitatorisch beschickt werden. Insbesondere während der heißen Wahlkampfphasen war ein ausgedehnter Stab an Rednern notwendig. Diese hatten vor Ort mitunter das Gros der mündlichen Agitation zu leisten, und es gehörte auch zu ihren Obliegenheiten, sich in Versammlungen des politischen Gegners zu begeben und Diskussionen im Anschluß an eine Wahlrede zu bestreiten. Sie entlasteten dadurch die prominenteren Vertreter der oberen Partei- und Verbandsghremien sowie die Mitglieder der jeweiligen Reichstagsfraktion, die zunehmend an organisatorische Limits und Grenzen ihrer physischen Belastbarkeit stießen. Die Präsenz eines Abgeordneten in seinem Wahlkreis war seit der Jahrhundertwende dringlicher geworden, da die Zahl der Konkurrenten um ein Mandat stieg und das Wahlvolk sich gerne selbst ein Bild von seinem politischen Repräsentanten machen wollte. – Allerdings forderte niemand von einem Abgeordneten, daß er seinen Wahlkreis »bearbeitete«, wie etwa amerikanische Kongreßabgeordnete dies zu tun hatten.¹

Beschwerden lokaler Wahlkomitees über mangelnde agitatorische Bedienung durch gute und bekannte Redner gab es quer durch die politische Landschaft und allerorten. So stellte der sozialdemokratische Vorstandsbericht auf dem Parteitag von 1893 fest, daß sich Klagen über »nicht genügende« Agitation wiederholt hätten, wobei »besonders während der Wahlperiode ... die Wünsche nach bekannteren Rednern auch nicht annähernd erfüllt worden seien.« Und noch während der Wahlbewegung 1903 hatte der Versuch der Parteileitung, die mündliche Agitation durch Fraktionsmitglieder zu regeln, »nicht den gewünschten Erfolg«. Einzelne Abgeordnete, die sichere Wahlkreise besaßen, mußten »fast Übermenschliches leisten, um Nachfragen nach prominenten Rednern zu befriedigen. Andere

¹ Siehe J. BERTRAM, Reichstagswahlkampf, 1978, S. 566; vgl. hierzu auch die Bemerkung bei S. SUVAL, 1985, S. 151 f., der die Klagen über physische Belastungen von Honoratioren, ihren Wahlkreis zu bearbeiten, etwas relativiert. Wie er treffend einwirft, waren ein paar wenige Wahlveranstaltungen für einen Kandidaten, der zuvor seinen Wahlkreis überhaupt nicht bedient hatte, freilich schon zuviel.

wiederum hatten in ihren eigenen Stimmbezirken »überreich zu tun«. ² Im katholischen Zentrum waren die Verhältnisse ähnlich. »Wir haben uns an eine Reihe von Parlamentariern gewandt mit der Bitte, das politische Referat zu halten«, beschwerte sich der Vorsitzende der westpreußischen Zentrumsorganisation im Jahre 1912, »[d]ie Herren haben uns aber alle abschlägig beschieden, weil sie schon in eigener Sache beschäftigt sind.« ³

Die politische Prominenz konnte nicht allen Wünschen der Ortsgruppen nachkommen. Schon eine bescheidene Ausdehnung der jeweiligen Organisation setzte einer Kampagne Grenzen. Hier war eloquenter Ersatz gefragt. Jedoch auch die niederen Chargen der Rednerzunft wurden um die Jahrhundertwende rar. Besonders kritisch war die Situation bei den liberalen Honoratiorenparteien. Nicht ohne Grund klagten die *Nationalliberalen Blätter* nach den Wahlen von 1907 über den »fühlbaren Mangel an rednerisch geschulten Kräften, der, wie schon früher so auch dieses Mal, bei den Reichstagswahlen erneut in Erscheinung getreten« sei. ⁴ Auch die *Hilfe* Friedrich Naumanns mußte in ihrer Januarausgabe 1907 um die Mitarbeit von Rednern bitten, die in jedem Wahlkreis benötigt würden. »Wer immer sich in einem Kreise zur Verfügung stellt, ist willkommen«, betonte das linksliberale Blatt nachdrücklich. Man habe »überall Verwendung für Versammlungsredner, Versammlungsleiter, Diskussionsredner, Kleinagitatoren«. ⁵ Infolge dieser ad hoc-Rekrutierung konnten die freisinnigen Redner allerdings keine zeitraubende Schulung erhalten. Man ließ ihnen von der Parteizentrale kostenfrei ein »Agitationshandbuch« zukommen, in welchem statistisches Material und »Tatsachen« zu Politik und Volkswirtschaft sowie agitatorische Anleitungen zur Bekämpfung der Gegner enthalten waren.

Das platte Land stellte im Rahmen der mündlichen Agitationstätigkeit den Extremfall unvorteilhafter Bedingungen dar – sowohl für Spitzenpolitiker als auch für Redner der zweiten Garnitur. Die *Präsides Korrespondenz* des Volksvereins für das katholische Deutschland hielt hierzu für ihre rednerischen Kräfte fest – und dies darf wohl als allgemeingültig für sämtliche Massenorganisationen angenommen werden –, daß die Volksvereinszentrale zwar alles tue, was in ihren Kräften stehe, um Redner zu vermitteln. Bei mehr als 7000 Ortsgruppen aber sei »eine Berücksichtigung aller Wünsche leider nicht möglich«. ⁶ Die Entsendung eines Redners aufs Land war auch für den großen Volksverein eine Frage der Abwägung zwischen Kostenaufwand und politischem Nutzen. Sie lohnte nur, wenn eine zentrale Veranstal-

² SPD PT, 1893, S. 36; 1903, S. 33.

³ Zitiert nach J. BERTRAM, Reichstagswahlkampf, 1978, S. 562, mit weiteren Beispielen; DERS., Wahlen, 1964, S. 184 ff.; vgl. Th. NIPPERDEY, Organisation, 1961, S. 36 ff., zur weitaus entspannteren Situation in den 1870er und 80er Jahren.

⁴ Nationalliberale Blätter, 11 (1907), S. 131.

⁵ Die Hilfe, 2 (1907), S. 23; 51, (1906), S. 8.

⁶ E. ZITZEN, Die Versammlungspraxis auf dem Lande, in: Präsides Korrespondenz, 25 (1912), S. 374.

tung, meist am Sonntagmorgen, für mehrere Dörfer angeboten werden konnte, wobei die Versammlung taktisch geschickt mit dem Kirchgang und dem Mittagessen abgestimmt werden mußte.

Um die allseits spürbaren Mängel in der Agitation zu beseitigen, gingen die politischen Massenorganisationen dazu über, selbst Redner auszubilden. Die Sozialdemokraten waren dabei, wie meist im Hinblick auf wahlorganisatorische Innovationen, frühzeitig initiativ geworden. Bereits in den 1870er Jahren entstanden auf lokaler Ebene Agitatorenschulen, die in die Bildungsarbeit der Partei integriert waren. Diese Art der Rednerschulung fand unter dem Sozialistengesetz jedoch ein schnelles Ende. Seit 1897 wurden an der Arbeiterbildungsschule in Berlin neben Vorträgen zur Geschichte, Gesetzeskunde, Naturgeschichte und Volkswirtschaft auch Kurse zur »Redekunst« durchgeführt, an denen z.B. 1905/06 1282 Teilnehmer verzeichnet wurden.⁷ Erste Ansätze, Agitatoren planmäßig auszubilden, waren von September 1893 bis Sommer 1895 unternommen worden, als unter der Leitung von Georg Ledebour 20 bis 30 jüngere Parteimitglieder in Berlin zu Rednern geschult wurden.

Zur Koordination der verschiedenen, regional verteilten Arbeiterbildungsausschüsse nahm am 13. Dezember 1906 der Zentralbildungsausschuß der Partei seine Arbeit auf. Er widmete sich mit Vortrags- und Unterrichtskursen der ideologischen Erziehungsarbeit und Bildungsvermittlung sowie auch der theoretischen Rhetorikschulung der Arbeiterschaft. Bis 1914 wurden von seinen Wanderrednern und Wanderlehrern 882 Kurse angeboten, die über 130000 Teilnehmer zählen konnten. Prominente Mitglieder des Ausschusses waren Eduard David, Franz Mehring, Heinrich Schulz, Georg von Vollmar und Clara Zetkin; Vorstandsbeauftragter für die Sitzungen war August Bebel.⁸

Zur Zentralisierung der »theoretischen Schulung für den Klassenkampf« und Rednerausbildung wurde schließlich die Sozialdemokratische Parteischule in Berlin gegründet, die ihre Pforten am 15. November 1906 öffnete. Hier sollten in halbjährlichen Winterkursen jeweils 30 Parteischüler ausgebildet werden. Unter der Leitung von Franz Mehring und Heinrich Schulz sollte die Parteischule den »durch das starke Wachstum der Partei bewirkte[n] und im Laufe der Jahre immer fühlbarer gewordene[n] Mangel an Kräften [beseitigen], die in genügendem Maße das für die Aufklärung der breiten Massen erforderliche Maß von Wissen und theoretischer Schulung besitzen.«⁹ Die meisten Kursteilnehmer, fast ausnahmslos jüngere Arbeiter aus allen Berufssparten, waren nach absolviertem Kursus zum größten Teil als hauptamtliche Parteiredakteure oder -sekretäre mit agitatorischen Auf-

⁷ Siehe hierzu sowie im folgenden D. FRICKE, Parteischule, 1957, S. 229; vgl. auch DERS., Handbuch, 1987, Bd. I, S. 672 ff.

⁸ Von September 1908 bis Mai 1909 z.B. wurden solche Wanderkurse an 57 Orten mit 8969 Teilnehmern durchgeführt, siehe H. BRAUNS, Sozialdemokratische Organisation und Agitation, in: Präsidial Korrespondenz, 25 (1912), S. 266.

⁹ Zitiert nach D. FRICKE, Parteischule, 1957, S. 231 f.; SPD PT, 1907, S. 90.

gaben tätig.kehrten sie wieder in ihre Berufe zurück, fungierten die geschulten Kursteilnehmer als Leiter von Diskussionsabenden oder hielten selbst Unterrichtskurse ab. Es entstand eine Art Dominanzprinzip der Bildungsvermittlung und Rhetoriklehre. Da ein gewisser Teil der Lehrgangsstunden für Themen wie »mündlicher und schriftlicher Gedankenaustausch oder Zeitungstechnik« reserviert war, erlernten die Schüler für ihre agitatorische Tätigkeit somit die notwendigen Grundkenntnisse.

Innerhalb der sozialdemokratischen Partei blieb die Parteischule nicht unumstritten. Dies hing insbesondere mit dem politischen Standort der leitenden Lehrkräfte wie Franz Mehring, Heinrich Schulz und auch Rosa Luxemburg zusammen; letztere erteilte Unterricht in Nationalökonomie und Wirtschaftsgeschichte. Der revisionistische Flügel warf den Dozenten der Linken vor, sie vermittelten zuviel Theorie, die das Parteivolk nicht verstehen könne: »Muß die Masse wissen, was materialistische Geschichtsauffassung ist?«, kritisierte etwa Max Maurenbrecher 1908. Franz Mehring lehnte dagegen den »vermoderten Kram der bürgerlichen Wissenschaft« ab und wollte im Rahmen der Ausbildung dem »sicheren Leitstern« sozialistischer Lehre und Methode folgen.¹⁰ Hier standen sich zwei unvereinbare Standpunkte gegenüber, die die Parteischule nicht zu einer Ausbildungseinrichtung für einen breiten Stamm an Redakteuren oder Rednern werden ließ. Bezeichnenderweise nahmen die Freien Gewerkschaften das Angebot, ein Drittel der Seminarplätze zu beanspruchen, nicht wahr. Im fünften Kursus 1910/11 kam es schließlich fast zum Abbruch der Lehrveranstaltungen, als die Revisionismusdebatte unter den Parteischülern schwere richtungspolitische Dissonanzen erzeugte.¹¹

Die Sozialdemokratie war initiativ darin gewesen, die Schulung ihres Massenanhangs für eine aktive Teilnahme an der Parteienkonkurrenz anzugehen. Allerdings fand sie nicht zu einer zentralen Ausbildungseinrichtung für die Unterführer im politischen Kampf. Eine sozialistische Kadenschmiede gab es mit der Parteischule in Berlin nur in Ansätzen, und die Arbeit des Zentralbildungsausschusses galt in erster Linie der Wissensvermittlung sowie der ideologischen Schulung der organisierten Arbeiterschaft. Das »Rückgrat« der mündlichen Agitation blieb jener Stab von Redakteuren und Expedienten, die die nähere Umgebung der Erscheinungsorte der Parteiblätter als Redner abdecken konnten.¹²

¹⁰ Zitiert nach D. FRICKE, Parteischule, 1957, S. 236 und 243.

¹¹ Die Präsidal Korrespondenz des Volksvereins zeigte sich in einer Betrachtung zu Organisation und Agitation der Sozialdemokraten über die Streitigkeiten in der Parteischule nicht unerfreut, betrachtete sie doch die Berliner Kadenschmiede als »obenan stehend« in der Hierarchie sozialistischer Arbeiterbildungseinrichtungen, siehe H. BRAUNS, Sozialdemokratische Organisation und Agitation, in: Präsidal Korrespondenz, 25 (1912), S. 265 f. Die Freien Gewerkschaften unterhielten seit 1906 eine eigene Gewerkschaftsschule in Berlin, siehe D. FRICKE, Handbuch, 1987, Bd. I, S. 696 f.

¹² G. A. RITTER, Arbeiterbewegung, 1959, S. 63.

Die Transmission und Vervielfältigung der politischen Botschaft über eine nachgeordnete Rednergarde aus den unteren Rängen der Organisation gestaltete sich im Volksverein für das katholische Deutschland noch etwas problematischer als bei den Sozialdemokraten. Die *Präsides Korrespondenz* war 1909 zwar so selbstbewußt zu behaupten, daß die Gründung der sozialdemokratischen Parteischule »nicht ohne Anregung durch die systematische Bildungsarbeit des Volksvereins in Kursen und Unterrichtsabenden« erfolgt sei.¹³ Dies beschrieb jedoch, wenn überhaupt, nur die eine Seite der Medaille.

Der Volksverein für das katholische Deutschland hatte seit 1901 mit der Praxis gebrochen, in der Hauptsache die klerikale Honoratiorenschaft sowie Akademiker zur mündlichen Agitation heranzuziehen. Redner, Diskussions- und Versammlungsleiter vor Ort kamen nun nicht mehr aus den Rängen der Geistlichkeit, der Redakteure katholischer Tageszeitungen oder der Volksschullehrer und Rechtsanwälte, sondern aus der Schar der Laien und Arbeiter.¹⁴ Zur Abwehr der Sozialdemokratischen Partei ging die katholische Sozialbewegung kurz nach der Jahrhundertwende dazu über, die Schulung und Organisation der Massen in deren eigene Hände zu geben. Dies war eine wesentliche Voraussetzung dafür, daß die katholische Arbeiterbewegung zum einen innerhalb des politischen Katholizismus an Gewicht gewann, und zum anderen wurde damit der Grundstein für den organisatorischen Erfolg des Verbandes gelegt, der nun erst zur Massenorganisation wurde. Insbesondere sollte das Niederreißen der »geistigen Scheidewand ... zwischen den Hörern und den aus den höheren Ständen stammenden Leitern und Rednern« dazu beitragen, daß die katholischen Massen »volkstümlicher« angesprochen werden konnten.¹⁵

Die Arbeiterredner des Verbandes wurden in sogenannten Führerkursen ausgebildet. Diese hatten neben der sozialen und staatsbürgerlichen Belehrung auch »Redeübungen« im Programm. Zur rhetorischen und pädagogischen Qualifikation der Volksvereinsredner wurde Wert darauf gelegt, sowohl den »Predigerton« als auch »Schlagwörtermanier« und »Demagogentum« zu vermeiden. Denn nichts sei gefährlicher als »Radikalismus«, der sich »wie ein Bleigewicht an die Arbeiterpsyche [hänge], sie herunterziehe, verbilde und verblöde«.¹⁶ Dies war ein Äquivalent zu jenen Maßstäben aufrichtiger sozialreformerischer Aufklärungstätigkeit, die der Volksverein auch an seine schriftlichen Werbematerialien legte. Angehenden Rednern gab der Verband zusätzlich ausgearbeitete Anleitungen zur Redevorbereitung mit auf ihren agitorischen Weg.

¹³ H. BRAUNS, Sozialdemokratische Organisation und Agitation, in: *Präsides Korrespondenz*, 25 (1912), S. 265.

¹⁴ Siehe zum folgenden H. HEITZER, 1979, S. 259 ff.; vgl. jetzt auch G. KLEIN, 1996, S. 62 ff., insbesondere 64.

¹⁵ So A. Pieper, zitiert nach H. HEITZER, 1979, S. 261; siehe W. LOTH, *Soziale Bewegungen*, 1991, S. 298 f.

¹⁶ Zitiert nach ebd., S. 259.

Der Wandel im sozialen Gefüge der Rednerschaft war jedoch auch mit dem Phänomen verbunden, daß während einer langjährigen »Übergangskrise« ein spürbarer Mangel an qualifizierten und eloquenten Vereinsaktivisten eintrat. Noch 1912 empfanden die Zentralstelle des Volksvereins sowie der Vorstand diese Situation als »beschämend« und wollten durch eine Wanderrednerschule Abhilfe schaffen.¹⁷ Hinzu kam, daß die ausgebildeten Kräfte nur bedingt für den politischen Kampf einsetzbar waren, da sie sich zu einem guten Teil auf das apologetische, soziale und medizinisch-hygienische Gebiet spezialisiert hatten; diese Themenbereiche gehörten ebenso zum Ausbildungskanon der Vereinskurse. Der Zentralausschuß der Zentrumspartei sah sich letztlich gezwungen, über Annoncen in der *Germania* politisch kundige Redner zu vermitteln oder auf die Hilfe der Windthorstbunde zurückzugreifen.¹⁸ Die 1895 gegründete Jugendorganisation des politischen Katholizismus leistete während einer Wahlbewegung nicht allein die erforderliche und im Rahmen des Massenwahlkampfes immer unentbehrlicher werdende »Kleinarbeit«, indem sie Schreiber- und Schlepperdienste verrichteten, Flugblätter verbreiten und Wählerlisten kontrollieren ließ. Sie stellte auch junge Nachwuchsedner zur Verfügung, die frischen Wind in die Partei bringen sollten.¹⁹

Etwas später als die beiden Massenorganisationen der politischen Arbeiterbewegung und des Katholizismus ging auch der Bund der Landwirte zu einer systematischen Schulung seiner Redner über. Lehr- und Instruktionkurse für die reisenden Mittler der Bundespolitik wurden seit 1904 angeboten. Aber erst im Gefolge der Auseinandersetzungen um die Reichsfinanzreform, die die Agrarier politisch isolierten, erfuhren die Bemühungen der Abteilung Organisation des BdL um spezielle Kurse für Wanderredner eine Intensivierung; 1910 konnten 96, ein Jahr später 167 Teilnehmer gezählt werden. Zu ihrer propagandistischen Unterfütterung gab der Bund das »katechismusartige« *Hilfsbuch für Redner des BdL* heraus.

Insbesondere Lehrer sollten in politischen Schulungskursen als »Meinungsmittler auf dem platten Land« und als Wegbereiter der Wahlagitation tätig werden. An speziellen Lehrerlehrgängen nahmen z. B. 1912 1714 Pädagogen teil.²⁰ Der nach Standesprädikat, Titel und Besitz streng hierarchisch gekaderte und zentral geleitete BdL zeigte demnach offenbar wenig Neigung, seine bäuerliche Massenanhängerschaft durch derengleichen instruieren und mobilisieren zu lassen. In diesem Punkt unterschied er sich ganz

¹⁷ Ebd., S. 263. Die Organisationsbemühungen der Zentrumspartei litten auch im Hinblick auf die Rednerausbildung unter der Trägheit der lokalen Gremien. Dr. Emil Zitzen vom Volksverein hielt im Herbst 1911 in Westfalen Rednerkurse für Vertrauensleute der Partei ab – diese Veranstaltungen waren auch als Ersatz für eine durchgreifende Parteiorganisation gedacht, siehe H. LEPPER, 1998, S. 37.

¹⁸ J. BERTRAM, Reichstagswahlkampf, 1978, S. 562.

¹⁹ J. KIPPER, 1906, S. 314.

²⁰ Siehe H. J. PUHLE, Agrarische Interessenpolitik, 1975, S. 61 f.; vgl. O. KIESENWETTER, 1918, S. 305 f.

wesentlich von der Rednerschulung im Volksverein oder in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Die Agitatoren Ausbildung des Bundes gewann zusätzlich an Effektivität, da sie von innerverbandlichen Richtungskämpfen verschont blieb.

Im bürgerlich-nationalen Lager betrieb der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie die intensivste Wahlrednerausbildung. Von 1905 bis 1913 führte der RgS 14 sogenannte nationalökonomisch-politische Ausbildungskurse durch (daneben bot er einen Spezialkursus für Leiter nationaler Arbeitersekretariate an, einer Konkurrenzgründung zu den entsprechenden sozialdemokratischen Einrichtungen). An diesen Redner- und Schulungskursen nahmen insgesamt 621 Personen teil; 108 Dozenten, meist Funktionäre der leitenden Verbandsorgane, darunter auch Reichstags- und Landtagsabgeordnete, oder ehemalige Flottenprofessoren wie Adolph von Wenckstern, der sich als Wanderredner verdient gemacht hatte, betreuten die Schüler.²¹ Für den zweiten Kursus, der Ende 1905 stattfand, liegt eine Aufschlüsselung der Teilnehmenden nach Berufsgruppen vor: so stellten ein Landmesser, ein Dr. phil., ein Rechtspraktikant, ein Journalist, ein Rektor, ein Lehrer, drei Kaufleute, ein Handwerker, acht gelernte Arbeiter und fünf Bergleute die 23 Rednerschüler.²² Diese berufsständische Zusammensetzung der angehenden RgS-Agitatoren, die nach ihrer Ausbildung zum Teil als »Beamte« in Verbandsdiensten traten²³, entsprach jedoch noch nicht den selbstgewählten Ansprüchen des Reichsverbandes, die Massen durch die Massen agitatorisch mobilisieren zu lassen. Der Vorsitzende Eduard von Liebert strebte vielmehr an, eine Rednergarde aus der Arbeiterschaft aufzustellen, die den RgS auch in sozialdemokratischen Wahlversammlungen von Gleich zu Gleich anzusprechen vermochte. Es empfahlen »sich am meisten Leute aus dem Volke, die den nötigen Stoff beherrschen, daneben aber volkstümlich zu sprechen verstehen, und denen der gemeine Mann lieber zuhört, denen er mehr Vertrauen schenkt als den akademisch Gebildeten«, erklärte Liebert.²⁴ Zu diesem Zweck wurden »*allgemeine* nationalpolitisch-ökonomische Ausbildungskurse« an der Zentralstelle in Berlin veranstaltet, die überwiegend Arbeitern und Handwerkern offenstanden. Um die Landbevölkerung zu mobilisieren, vertraute der Reichsverband allerdings, ähnlich dem BdL, eher einem pädagogisch erfahrenen Dozentenkreis. Hier versuchte er Volks- und Mittelschullehrer zu rekrutieren und in der Verbandssophistik auszubilden. Sie sollten »durch ihr öffentliches Wirken in den Gemeinden, besonders in der Vereinstätigkeit Gelegenheit haben, mit allen Schichten der Bevölkerung zusammenzukommen und das Gelernte wieder zu verbreiten.«²⁵ Von den insgesamt 15 Kursen, die der

²¹ Hierzu 10 Jahre Reichsverband, 1914, S. 34 ff.

²² Siehe D. FRICKE, Reichsverband, 1959, S. 267.

²³ Handbuch für nicht-sozialdemokratische Wähler, 1907, S. 242.

²⁴ E. v. LIEBERT, Reichsverband, 1906, S. 635.

²⁵ 10 Jahre Reichsverband, 1914, S. 35.

RgS durchführen ließ, waren immerhin sechs mit 350 Teilnehmern vom Typ des Lehrerseminars, der damit eine größere Bedeutung erlangte als die acht Arbeiterbildungskurse, die 229 Schüler zählten. Die Ausbildung von Volksschullehrern amortisierte und rechnete sich. Denn zumeist entstammten sie dem Milieu der ländlichen Mittel- und Unterschicht, sie waren pädagogisch vorgebildet, kannten ihre Klientel oftmals von Jugend auf und ihre Profession erforderte von vornherein nationalpolitische Loyalität. Um die 350 Volksschullehrer zu unterrichten, wendete der RgS rund 32.000 Mark auf, während der Verband für die Schulung der 229 Arbeiterredner ca. 30.000 Mark ausgeben mußte, also in etwa eine ähnlich hohe Summe.²⁶

Die Vielfalt der Lehrgegenstände in den Reichsverbandsseminaren war erstaunlich. Neben Sozialdemokratischer Parteigeschichte, Staats-, Verfassungs- und Wahlrechtsfragen sowie Wirtschaftspolitik wurden Kurse über die »Technik der Politik«, »Die politische Presse«, »Rede und Diskussion« und die »Technik der Versammlungstätigkeit« angeboten. Insgesamt umfaßte der Lehrkanon 94 verschiedene Themen.

Die rhetorischen Qualitäten der RgS-Agitatoren waren unterschiedlicher Natur. Der Reichsverband scheint angesichts der steigenden Nachfrage nach eloquenten Rednern seine Auswahlkriterien zudem mit der Zeit gemindert zu haben. Die Fertigkeiten einiger RgS-Agitatoren ließen wohl manches Mal so sehr zu wünschen übrig, daß sich Feind und Freund gleichermaßen besorgt zeigten: die Sozialdemokratie um die Wahrung eines Mindestmaßes an Diskussionskultur im Wahlkampf – freilich blieb sie dabei selbst nicht ohne Fehl und Tadel –, die bürgerlichen Repräsentanten um den Erfolg ihrer Bemühungen. Karl Liebknecht, der die Agitation des Reichsverbandes während seiner Kandidatur in Potsdam-Osthavelland gegen das konservative RgS-Ausschußmitglied August Pauli intensiv studieren konnte, charakterisierte die Güte der »üblichen berufsmäßigen Reichsverbandssöldlinge« als »sehr mäßig«. Mit den »groben Schmutzereien dieser meist wenig gebildeten Burschen« sei jeder durchschnittliche sozialdemokratische Redner mühelos fertig geworden, und dies »um so leichter, je stereotyper sich die Hauptvorwürfe oder -anwürfe, ihre Hauptschlager«, wiederholten.²⁷ Der *Vorwärts* veröffentlichte in gleichem Sinne Mitte Februar 1907 folgende kolportagehafte Charakterstudie über einen Reichsverbandsagitator namens Haase in Magdeburg: »Dem Trunk ergeben und jeder ehrlichen Arbeit abhold, zog er früher als Leierkastenmann durch die Straßen und nicht selten konnte man ihn friedlich schlummernd im Rinnstein finden. Um Mitleid zu erregen, trat Haase als Einarmiger oder in anderer Krüppelverkleidung auf,

²⁶ Siehe ebd.

²⁷ K. LIEBKNECHT, Methoden des Reichslügenverbandes (1907), in: DERS., 1958–1971, Bd. II, S. 4 f. Vgl. ferner D. FRICKE, Reichsverband, 1959, S. 267, zu einem Wanderredner des RgS namens Gustav Ermert, einem ehemaligen Bergmann und ausgestoßenen Mitglied der christlichen Gewerkschaftsbewegung, der mit einigem Erfolg und zur Zufriedenheit seiner neuen Auftraggeber arbeitete; zu Ermert auch Die Hilfe, 24 (1907), S. 372, die diesem immerhin ein »sicheres« Auftreten bescheinigte.

obwohl er völlig gesunde Gliedmaßen hat. Eines Tages trat er dem Blauen Kreuz bei und bald darauf wurde er vom Reichslügenverband nach Berlin auf die Ausbildungsschule gesandt und zum Agitator gegen die Sozialdemokratie dressiert.«²⁸ Allerdings konnte Karl Liebknecht dagegen ebenso konstatieren, daß die RgS-Repräsentanten aus den Reihen der Volksschullehrer, Beamten und »Intellektuellen aller Art« »besseren Kalibers« gewesen seien, »oft politisch gut geschult waren und nicht selten alle Register der Demagogie beherrschten«.²⁹

Wenn auch in weitaus gedämpfterem, auch mit honorationenhaftem Dünkel geprägten Tonfall berichtete der Wahlbeobachter für die Reichskanzlei in Sachsen, Paul Mehnert, kurz vor den Wahlen von 1907, daß ihm gegenüber bei einer Nachwahl im Kreis Döbeln im Oktober 1906 »starke Klagen über die Minderwertigkeit der Redner des Reichsverbandes« geäußert worden seien.³⁰

Neben der in der Zentrale in Berlin ausgebildeten zweiten Garde von Agitatoren schulte der Reichsverband, ein Novum in der Konkurrenz der Massenorganisationen um Wähler und Wählerstimmen, seine Kader auch dezentral in sogenannten Fliegenden Rednerkursen. Die Teilnehmerzahl lag 1907 bei 791, 1912/13 hatten rund 6000 Agitatoren eine Unterweisung in solchen Seminaren genossen. Die Fliegenden Kurse waren unter anderem auch als »Vorschule« für an der Hauptstelle zu trainierende Redner gedacht.³¹ Der Reichsverband fand somit zu einer Systematik in der Ausbildung seiner Kräfte, die den anderen Massenorganisationen noch fehlte, auch wenn die rhetorischen Qualitäten vieler RgS-Botschafter nicht gerade ein hohes Niveau erlangten.

Die Aufbruchstimmung, die im Gefolge der Bülow-Wahlen den Gesamtliberalismus erfaßte, ließ im März 1907 den Nationalverein für das liberale Deutschland entstehen.³² Der vom süddeutschen Liberalismus dominierte Verband wollte mit seinem Namen zugleich das Erbe des Nationalvereins von 1859 weiterführen und die Herausforderung des Volksvereins für das katholische Deutschland annehmen. Sein politisches Ziel galt der organisatorischen Vereinigung der vier liberalen Parteien; seine Massenbasis sollte neben der bürgerlichen Klientel die nicht-sozialistische Arbeiterschaft werden. Mit 2000 Einzel- und 18000 korporativen Mitgliedern (1908) blieb die Anziehungskraft des NV jedoch gering, und die Reintegration des Liberalismus sollte ihm nicht gelingen.

Da sich fast sämtliche liberalen Fraktionen weigerten, mit der neuen Organisation zu arbeiten, geschweige denn unter ihr Dach zu treten, blieb dem

²⁸ Vorwärts, 15. 2. 1907.

²⁹ K. LIEBKNECHT, Methoden des Reichslügenverbandes (1907), in: DERS., 1958–1971, Bd. II, S. 4 f.

³⁰ BA Potsdam Rkzlei. 1795, Mehnert an v. Bülow, 4. 1. 1907.

³¹ 10 Jahre Reichsverband, 1914, S. 37 f.

³² Zum Nationalverein für das liberale Deutschland W. OHR, 1910; W. LINK, 1964; H. SCHWAB, Nationalverein, 1983.

Nationalverein lediglich übrig, das überparteiliche Feld des publizistischen Engagements und insbesondere der Kurstätigkeit zu bestellen. Auf diese Weise vermied er, mit den gewachsenen Vereinsstrukturen der liberalen Gruppen in Konflikt zu geraten. Der Verband zeigte nach dem Vorbild des katholischen Mönchen-Gladbacher Vereins oder der Berliner Parteischule der Sozialdemokratie³³ rührige »volkspädagogische Bestrebungen« und organisierte bis 1912 etwa drei Dutzend »Kurse zur Ausbildung liberaler Politiker«. ³⁴

Gemäß seiner nahezu liberal-volksparteilichen Ambitionen sollten die Ausbildungskurse des Nationalvereins reichsweit stattfinden und sozial heterogen zusammengesetzt sein. Das erste der jeweils acht bis vierzehntägigen Seminare, das im April 1908 in Frankfurt am Main veranstaltet wurde, zeigte in der Tat berufsständische Vielfalt: unter den 53 Teilnehmern befanden sich 21 Arbeiter, ferner folgten 8 Juristen, 7 Lehrer, 6 Berufspolitiker (!), 4 Schriftsteller und Journalisten, 2 Kaufleute, 2 Handwerker, 2 Studenten, 1 Landwirt, 1 Künstler und 1 Arzt den Ausführungen des fünfzehnköpfigen, fast geschlossen akademischen Lehrkörpers.³⁵ Die Arbeiter waren mit dem bildungsgesättigten Niveau der Lehrveranstaltungen ihrer universitären Dozenten offensichtlich überfordert. Denn mit der Zeit strebte der Nationalverein an, Sonderkurse für die verschiedenen sozialen Gruppen einzurichten; dies scheiterte jedoch an den finanziellen Möglichkeiten des Verbandes. Die regionale Diffusion der Lehrveranstaltungen gelang dagegen insofern, als die Verbandsleitung ab dem vierten Ausbildungskursus jeweils eine andere Stadt zum Versammlungsort bestimmte, so bis Ostern 1910 etwa Göttingen, Augsburg und Nürnberg.

Die Themenpalette der vom Nationalverein angebotenen Kurse war ebenso vielfältig wie in anderen Organisationen. Auffällig ist jedoch, daß während der Seminare keine speziellen Veranstaltungen zu Versammlungsleitung, Redekunst und Vortragstechnik stattfanden. Lediglich »Diskussionsübungen« wurden am Abend durchgeführt. Da der Verband zunächst die Einigung des Liberalismus herbeiführen und ein »Organ der liberalen Gesinnungspflege«³⁶ sein wollte, lag es weniger in seinem unmittelbaren Interesse, Wahlkampfredner auszubilden; er mußte zunächst den nötigen ersten vor dem möglichen zweiten Schritt tun. Im Hinblick auf die Wahlbewegung 1912 allerdings beinhaltete der Ausbildungskanon des Aprilkurses 1911 neben dem üblichen Lehrangebot auch »fiktive Wahlversammlungen«, in denen »liberale Argumente« sich mit konservativen, sozialdemokratischen, antisemitischen und Standpunkten des politischen Katholizismus zu messen hatten.³⁷

³³ W. OHR, 1910, S. 35.

³⁴ W. LINK, 1964, S. 430; H. SCHWAB, Nationalverein, 1983, S. 532.

³⁵ W. OHR, 1910, S. 33 f.; vgl. W. LINK, 1964, S. 432.

³⁶ W. OHR, 1910, S. 12.

³⁷ J. BERTRAM, Reichstagswahlkampf, 1978, S. 561.

Der Gedanke, eine eigene Rednergarde zu schulen, hielt wie im linksliberalen Nationalverein so auch in der Nationalliberalen Partei erst nach den Reichstagswahlen von 1907 Einzug. Der Elan, den der Liberalismus durch seine Beteiligung an der Regierungskoalition im Block und seine Wahlerfolge erfuhr, wirkte auch hier förderlich darauf, den politischen Schwung zum Ausgleich organisatorischer Defizite zu nutzen. Der interne Parteiföderalismus wirkte jedoch einer notwendig zentralisierten Schulung der Agitatoren entgegen. So wurden sowohl von der rheinischen Provinzialleitung als auch lokalen Wahlkreiskomitees parallel laufende Initiativen gestartet, den Mangel an rhetorisch geschulten Kräften zu beheben: Vom 9. bis 14. September 1907 bot der Provinzialverband den ersten von regelmäßig stattfindenden Kursen für »redebegabte und -gewandte Parteifreunde« an; am 3. Juni hatte die nationalliberale Parteivertretung im Wahlkreis Bochum bereits eine eigene »Rednerschule« eröffnet; und schließlich beschloß im August die Parteileitung im Kreis Hagen-Schwelm, einen »gemeinverständlichen politischen Ausbildungskursus« zu veranstalten. Die *Nationalliberalen Blätter* erläuterten zu letzterer Aktion, daß sich der politische Kampf vor allem gegen die staatsfeindliche Sozialdemokratie »immer schwieriger gestaltet und wesentlich getragen werden muß von eben jenen Männern, die an der Arbeitsstätte und im täglichen Leben dem Terrorismus und den Irrlehren dieser Partei am meisten begegnen«.³⁸ Zumindest die liberale Parteiführung in Hagen, wo die Sozialdemokratie wenige Monate zuvor nur knapp in der Stichwahl unterlegen war, versuchte, Redner aus den unterbürgerlichen Schichten auszubilden und zu ihresgleichen sprechen zu lassen.

In Bochum wie in Hagen basierte das Themenangebot der Rednerschule auf einer ähnlichen Agenda: »Parteigeschichte, Nationalökonomie und Soziale Gesetzgebung« standen zuvorderst auf dem Lehrplan. Der in Bochum stattfindende Kurs bot darüberhinaus noch eine Vielzahl an »besonderen Unterrichtsstunden« an: Arbeiterversicherungsgesetzgebung, Geschichte des Sozialismus und Kommunismus, preußische und deutsche Verfassung, Finanzwissenschaft, Steuerfragen, die Industrien des Weltmarktes, Gewerkschaftsbewegung, Kommunalpolitik und private Arbeiterfürsorge, Knappheitsgesetzgebung. Für »mit der Feder weniger gewandte Teilnehmer des Kurses« wurden zusätzlich Grammatik und Orthographie unterrichtet, und die »zweckdienliche Verwertung des Wissens« wurde in einem Schlußvortrag über die Regeln der Rhetorik – mit praktischen Übungen – vermittelt.³⁹ Für Werks- und Zechenbeamte, die Zielgruppe der Bochumer Rednerschule, wurde auch ein Abendkurs eingerichtet, sofern diese sich nicht für die dreimonatige Dauer des gesamten Seminars vor- und nachmittags freimachen konnten. Die Rednerkurse der Nationalliberalen Partei in der Rheinprovinz erlangten Kontinuität. Denn im Vorfeld der Wahlbewegung 1912

³⁸ Nationalliberale Blätter, 11 (1907), S. 131; 16 (1907), S. 204.

³⁹ Dortmunder Zeitung, 15. 5. 1907.

fanden neben ähnlichen Veranstaltungen in Frankfurt am Main weitere Schulungslehrgänge für Parteiredner statt.⁴⁰

Zusammenfassend ist festzustellen, daß sämtliche Massenorganisationen bzw. politischen Lager um und vor allem nach der Jahrhundertwende dazu übergingen, Redner für die Konkurrenz im Wahlkampf systematisch auszubilden. Diese waren Meinungsmittler vor Ort und entlasteten die Parteiprominenz bzw. die Wahlkreiskandidaten bei ihrer Kampagnetätigkeit. Die organisierte Schulung einer zweiten Reihe von Agitationsrednern und Wanderbotschaftern war wie die Intensivierung der schriftlichen Wahlwerbung ein wichtiges Moment der sich anonymisierenden Parteienkonkurrenz, die daneben auch außerhalb der Wahlkampfzeiten eine zunehmende Permanenz erfuhr. Eine Zentralisierung der Rednerausbildung konnte der Nationalisierung der Politik Vorschub leisten. Massenverbände wie der Volksverein für das katholische Deutschland, der Bund der Landwirte oder der Reichsverband hatten wie auch die Sozialdemokratische Partei wesentlichen Anteil an dieser Entwicklung. Neben vielen Gemeinsamkeiten wie etwa dem Unterrichtskanon, der allerdings durch Weltanschauung und Ideologie überwölbt blieb, war die Anlage der Unterrichtsziele je nach Organisation verschieden. So strebten die Sozialdemokraten ein eher mit Bildungsvermittlung gekoppeltes Training eines agitatorisch tätigen Funktionärskaders an, während ihr großer Gegner, der Reichsverband, eher auf die effiziente Umsetzung seiner politischen Maxime bedacht war. Die Redekunstausbildung im Volksverein, die weniger Agitatoren, sondern vielmehr politische Sozialpädagogen formte, war außer im politischen Katholizismus bei anderen Organisationen nicht gefragt. Kanzel und Kirche blieben das wichtigste Wahlwerbeforum im Zentrum, bis ein junger Abgeordneter aus Württemberg einen Wandel anstrebte: Sein Name war Matthias Erzberger.

⁴⁰ Siehe J. BERTRAM, Reichstagswahlkampf, 1978, S. 561.

Verbände wider den »Zentrumsturm«:
Der Flotten-Verein im Wahlkampf gegen den politischen
Katholizismus bei den Reichstagswahlen 1907

1. »Honoratioren«, »Aktivisten« und Wählermobilisierung

Am 4. Februar 1907, einen Tag bevor in einer Vielzahl von Wahlkreisen des Reiches die Stichwahlentscheidungen anstanden, startete der *Bayerische Kurier* eine Artikelserie, deren inhaltliche Botschaft allerorten als Sensation empfunden wurde. Das Münchener Presseorgan der katholischen Zentrumspartei veröffentlichte unter dem Titel »*Die Agitation des Flotten-Vereins*« vertrauliche Dokumente aus der Korrespondenz des Präsidiumsmitglieds Generalmajor z.D. August Keim. Die Artikel enthüllten den Fakt als solchen sowie Stil und Methode, wie die vorgeblich überparteiliche Massenorganisation der Flottenfreunde engagiert in das Wahlgeschehen gegen Zentrum und Sozialdemokratie eingegriffen hatte.¹ Das Presseecho auf die in scharfem Stil geschriebenen Artikel war groß, zumal rasch ruchbar wurde, daß Keim im Einverständnis mit der Reichskanzlei Bülow's gehandelt hatte. Wochen gar monatelang machten sowohl die überregional bekannten als auch die kleinsten Provinzblätter des politischen Katholizismus und der SPD mit Meldungen auf, die die in der Presse- und Parlamentsöffentlichkeit mit Vehemenz entstandene Diskussion um Sinn und Zulässigkeit der Wahlkampfeskapaden des Verbandes thematisierten.² Auch Broschüren, die ähnlich der Tagespresse den Text der Keim-Briefe wiedergaben, wurden kurz nach den Wahlen insbesondere von Zentrumsredakteuren verfaßt und über katholische Zeitungen begleitend zur Flotten-Vereinskontroverse angeboten.³ Die »Geschichte vom *unpolitischen* Flottenverein wird stets eines der interessantesten Kapitel der Reichstagswahlbewegung 1906/07 bleiben«, schrieb etwa Otto Thissen, ein vormaliger Beamter der Zentralstelle des

¹ Zur Veröffentlichung der Keim-Briefe A. KEIM, 1925, S. 118 ff.; M. ERZBERGER, Bilder, 1907; G. D. CROTHERS, 1941, S. 114 f.; K. SCHILLING, 1968, S. 299 f.

² Vgl. etwa die Artikelserie der kleinen katholischen Saar-Post vom 10. 1.; 19. 1.; 21. 1.; 26. 1.; 7. 3. und 14. 5. 1907. Das Blatt übernahm zumeist Artikel aus der Germania oder der Kölnischen Volkszeitung.

³ Siehe etwa Kölnische Volkszeitung, 9. 3. 1907 zur Broschüre von O. THISSEN, Der Wahlkampf 1906–1907. Ein Gedenkblatt aus bewegter Zeit für die Zentrumswählerschaft des deutschen Reiches, Köln [Bachem] 1907. Thissen war Redakteur des Blattes.

Volksvereins, in seinem »Gedenkblatt aus bewegter Zeit für die Zentrums-wählerschaft des deutschen Reiches«.⁴

Auszüge aus der publizierten Korrespondenz Keims fanden Eingang in Wahlproteste lokaler Parteivereine, die gegen vom Flotten-Verein protegierte Blockkandidaten unterlegen waren und die die Rechtmäßigkeit der Wahl unter Berufung auf die Enthüllungen im *Bayerischen Kurier* bei der Wahlprüfungskommission des Reichstags anfochten.⁵ Desweiteren brachte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, mit Unterstützung des Zentrums, sogleich nach Eröffnung der neuen Legislaturperiode eine Interpellation dahingehend ein, ob dem »Herrn Reichskanzler bekannt [sei], daß der Deutsche Flotten-Verein, der von den Polizeibehörden als unpolitischer Verein angesehen und behandelt wird, die Wahlagitation durch Wort und Schrift beeinflusste und dabei im Einverständnis mit dem Reichskanzleramt handelte.«⁶ Der Flotten-Verein, der unter Leitung der radikalen Mehrheit der sogenannten Keimianer die seit 1903 zu beobachtenden parteiischen Politisierungstendenzen nationaler Massenagitationsvereine mitgeprägt und mit seinem Wahlengagement 1907 befestigt hatte, wurde nun von jenen Parteien, gegen die er das nationale und protestantische Bürgertum mobilisieren konnte, in Presse und Parlament scharf attackiert. Der Konflikt zwischen Reichstagsopposition und Flotten-Verein um den Wahleinsatz des Verbandes wurde von beiden Seiten unter Einsatz aller politischen und rechtlichen Mittel ausgefochten. Er wurde nationalisiert und auf dem politischen Massenmarkt ausgetragen.

Die historische Forschung hat die Rolle des Flotten-Vereins während des Wahlkampfes im Jahre 1907 bislang vorrangig unter verfassungs- und vereinsrechtlichen Aspekten untersucht. Der Verband erschien zum einen in der Rolle eines Handlungers der Reichskanzlei, Generalmajor Keim als Mediator zwischen den Blockparteien und Wahlkampfmanager Bülow.⁷ Der Betrachtungsrahmen umfaßte jene verfassungsrechtlichen Bedenklichkeiten im Hinblick auf den innenpolitischen Status der Protagonisten, die die Zentrums- und Sozialdemokraten mit der »Interpellation Albrecht und Genossen« an den Vorgängen während der Wahlbewegung geäußert hatten. Zum anderen wurden etwaige vereinsrechtliche Konsequenzen des Wahleinsatzes des gemäß seinen Satzungen als nicht-politischer Verband eingestuften Flotten-Vereins erörtert und die stets betonte konfessionelle Liberalität gegenüber einer Vielzahl von katholischen Vereinsmitgliedern an der

⁴ O. THISSEN, 1907, S. 11.

⁵ Siehe SBR, XII/1, Anl. Bd. 246, Bericht der Wahlprüfungskommission über die Wahl des Abgeordneten Eickhoff im ersten Wahlkreis des Regierungsbezirks Düsseldorf, S. 4442.

⁶ SBR, XII/1, 26.2.1907, S. 41; vgl. die kurze Erwähnung der Interpellation in G. D. CROTHERS, 1941, S. 191 f.

⁷ G. D. CROTHERS, 1941, S. 113 f.; K. SCHILLING, 1968, S. 299 ff.; A. WULF, 1983, S. 79; V. SCHULTE, 1989, S. 161 ff.; W. DEIST, Flottenpolitik, 1976, S. 202; etwas differenzierter, weil die Eigendynamik der Flotten-Vereinsagitation am Beispiel betonend, G. ELEY, Reshaping, 1980, S. 256 ff.

»kulturkämpferischen« Agitation gegen den politischen Katholizismus gemessen.

Geoff Eley hat die vorstehenden Ansätze der Forschung unter anderem Aspekt weitergeführt. Ihn interessierten weniger die vereins- und verfassungsrechtlichen als vielmehr die politischen Ergebnisse der Wahlkampagne insofern, als er nicht vorrangig das Verhältnis des Flotten-Vereins zum Reichskanzler, sondern zum Bülow-Block zu bestimmen suchte: Zum einen, so Eley, habe das Wahlengagement des Vereins zunächst einmal die lange bestehenden internen Spannungen innerhalb der Organisation zwischen einer »moderate minority« um den bayerischen Landesverbandsvorsitzenden von Würzburg und der radikalen Mehrheit um General Keim bloßgelegt. Diese Konflikte, die über flottenbaupolitische Fragen ausgebrochen waren, seien nun auf eine prinzipielle Ebene gehoben worden und hätten sich zu einem Dissens zwischen »altem patrizischem Politikstil« und einer neuen Art »populistischer Mobilisierung« ausgewachsen, die im Wahlkampf in eine »overt populist departure« (in einen »offenbaren populistischen Aufbruch«) der Keimianer gemündet sei. Zum anderen habe der Block engere politische Bindungen zwischen Flotten-Verein und »gewissen Parteipolitikern« in den Reihen der Freikonservativen und vor allem der Nationalliberalen gestärkt. Diese koalitionspolitische Neuausrichtung im Bülow-Block gegen das Zentrum habe dabei drittens das alte Miquelsche Sammlungskonzept verlassen, zu dem sich nunmehr die Keimianer in offenen Widerspruch begeben hätten. Und viertens schließlich seien die radikalen Nationalisten in den Krisenjahren des Blocks dazu gedrängt worden, außerhalb des existierenden parteipolitischen Rahmens und des parlamentarischen Diskurses nationale Politik allein mit ideologischen Mitteln zu verfolgen, d. h. »ideologische Lösungen für politische Probleme zu suchen«.⁸

Im Zusammenhang des Verbandsengagements während der Parteienkonkurrenz 1907 bilden diese Erörterungen Eleys eine Grundlage für weiterführende Betrachtungen über Wahl- und Wahlkampfstile. Denn der vereinsinterne Dissens um politische Arbeit und agitatorische Methoden zwischen den verschiedenen Vereinsflügeln erhielt im Verlauf der Wahlkampagne 1907 eine *wahl*politische Dimension, die den Streit auf der »prinzipiellen Ebene« erweiterte. Ganz ähnlich dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie konkurrierte der Flotten-Verein mit einem parteipolitischen Widerpart, dem politischen Katholizismus. Die radikalen Verbandsfunktionäre versuchten, die hegemoniale Stellung des Zentrums im Reichstag zu schwächen und den wachsenden politischen und parlamentarischen Einfluß der sogenannten »Zentrumsdemokraten« zu parieren. Diese hatten seit 1903 begonnen, die Fraktion des politischen Katholizismus nach und nach zu dominieren und verstanden es im Jahre 1906 massenagitatorisch geschickt, »Deutschlands Gloria im fernen Südwesten an der glanzlosen Elle des Bud-

⁸ G. ELEY, *Reshaping*, 1980, S. 260ff.

getrechts [zu messen]«. ⁹ Nicht ohne Grund war ihr prominentester Vertreter, Matthias Erzberger, Initiator und Autor der erwähnten Artikelserie im *Bayerischen Kurier* gewesen. Der junge Abgeordnete aus Württemberg hatte auf diese Weise Angriffe gegen seine Politik und seine Person gekontert, die während des Wahlkampfes insbesondere von Flotten-Vereinsseite geführt worden waren. ¹⁰ Die Konkurrenz politischer Stile innerhalb des Flotten-Vereins sowie des katholischen Zentrums zog ihre Kreise bis in die Wahlauseinandersetzungen zwischen beiden Massenorganisationen. Sie sollte 1907 auf einen unrühmlichen Höhepunkt der Wahlkampfführung im Kaiserreich zutreiben.

Im Rahmen eines Interviews, das er einem Reporter der *Elbinger Zeitung* Ende April 1907 gab, verteidigte Generalmajor August Keim die Motive, welche ihn bewogen hatten, den Flotten-Verein aktiv in das jüngste Wahlkampfgeschehen zu involvieren. Keim betonte, daß einem »Verein, der lediglich akademisch aufklärt, die Seele [fehlt], und ... die belebende, erzieherische Kraft auf die Volksmassen.« ¹¹ Sodann sei der Vorwurf »Wortklauberei«, der Flotten-Verein habe satzungswidrig gehandelt, »indem wir während der letzten Reichstagswahlen aufklärend wirkten, um eine nationale Mehrheit zu schaffen«. Der FV sei »kein politischer Verein, d.h. kein *parteilicher* Verein«. Der Verband müsse jedoch in solchen Ausnahmefällen wie einer Reichstagswahl den »Mut haben, Sinn und Geist seiner ganzen Bestrebungen höher zu stellen als den toten Buchstaben.« Nur mit einer nationalen Mehrheit des Reichstags, insistierte Keim, »sind die Ziele des deutschen Flotten-Vereins zu erreichen.«

Diese Sätze umrissen noch einmal deutlich das wahlpolitische Credo und den (partei)politischen Standpunkt Keims bzw. der Vereinsleitung. Zum einen bewegte sich das Verbandspräsidium ganz auf jener agitatorischen Linie, die den qualitativen Wandel der Öffentlichkeitsarbeit des Flotten-Vereins hin zur politischen Massenmobilisierung seit Jahren kennzeichnete. Die »Aktivisten« der Keim-Fraktion hatten nach 1902 gegen den ermüdend sachlichen Propagandastil der vormaligen industriellen Honoratiorenelite erfolgreich opponiert, indem sie das Konzept eines Volksvereins dagegen setzten, der mit populistischem Instrumentarium arbeitete. Zum anderen offenbarte die eigenwillige Interpretation, die Keim für den politischen Status des Flotten-Vereins im Wahlkampf lieferte, erneut den ambivalenten Standpunkt nationaler Aktivisten in bezug auf parteipolitisches Denken und Wirken. Parteipolitik wurde von der Politik im nationalen Interesse in ihrer verbandstheoretischen Auslegung zwar übergangen, ja war bei einer

⁹ W. BECKER, Kolonialwahlen, 1986, S. 81.

¹⁰ Zur Rolle Erzbergers in der Flotten-Vereins- und sogenannten »Briefdiebstahllaffaire« siehe K. EPSTEIN, Erzberger, 1976, S. 75 f.; siehe auch DERS., Erzberger und German Colonial Scandals, 1959; vgl. A. KEIM, 1925, S. 118 ff.

¹¹ Elbinger Zeitung, zitiert nach Kölnische Volkszeitung, 1. 5. 1907.

nicht unerheblichen Anzahl von Anhängern Keims in der Tat ein Tabu.¹² In der wahlpolitischen Praxis und der Parteienkonkurrenz zum Reichstag aber konnte das nationale Interesse nicht losgelöst von einem parteiischen Bekenntnis verfolgt werden. Auf dem schmalen Grat zwischen Parteipolitik und nationaler Politik wußte Keim denn auch stets mit Geschick zu balancieren: In einem kurzen Pressebeitrag, den der Flotten-Vereinsgeneral kurz nach den Wahlen von 1907 publizierte, wollte er die Agitation des Verbandes und seiner Mitglieder zwar frei von Wahleinmischungen und Wahlempfehlungen verstanden wissen. Im gleichen Atemzug charakterisierte er das Engagement der Vereinsrepräsentanten jedoch dahingehend, daß jeder

»an seinem Teil treulich und wacker mitgeholfen [habe], gute, d. h. nationale Wahlen machen zu helfen. Es haben ferner die einflußreichen Mitglieder des Deutschen Flotten-Vereins – der ja Angehörige der meisten Parteien in seinen Reihen zählt – eine vermittelnde und ausgleichende Wirkung ausgeübt, wo sich dem Zusammenschluß der nationalen Parteien Schwierigkeiten entgegenstellten... So haben die Mitglieder des Flotten-Vereins innerhalb der ihm satzungsgemäß gezogenen Grenzen in mehrwöchiger, mühsamer, unablässiger und höchst umsichtiger Weise ... ihre nationale Schuldigkeit als Angehörige eines nationalen Vereins getan. Für die gute Sache.«¹³

Ebenso war die Verve erstaunlich, mit der Keim sich über drohende vereinsrechtliche Konsequenzen des FV-Wahlengagements hinwegsetzte. Denn der Agitationsgegenstand des Flotten-Vereins und die Machtbasis, die er durch seine Massenmitgliedschaft besaß, waren per se politischer Natur und von politischer Bedeutung. Auch unterwarf der Verein seine Agitationsmethoden den Spielregeln modernen politischen Werbens, und diese zeitigten im Wahlkampf parteipolitische Implikationen. Obendrein benötigte der FV zur Durchsetzung seiner Ziele die Unterstützung von Parteienseite im Parlament. Unter dem Signum nationaler Politik war der Verband demzufolge und zweifelsohne parteiisch. Nicht von ungefähr gab es wiederholt Stimmen und Vorstöße, den Flotten-Verein wegen seiner agitatorischen Arbeit und seiner parteipolitischen Affiliationen zum politischen Verein erklären zu lassen. Bereits im Februar 1905 hatte der Zentrumsabgeordnete Adolf Gröber während der hitzigen Debatten im Reichstag um den ersten propagandistischen Vorstoß des radikalisierten Flotten-Vereins in die Parlamentspolitik damit gedroht, dem Preußischen Oberverwaltungsgericht einen Vorschlag zu unterbreiten, den Flottenfreunden den Status als private Vereinigung abzuerkennen.¹⁴ Sogar das Reichsmarineamt unter Tirpitz sah sich aufgrund der Vorkommnisse von 1907 dazu genötigt, die bis dato noch eben geduldeten agitatorischen Alleingänge der Keimianer und ihre Kritik

¹² G. ELEY, *Reshaping*, 1980; vgl. J. SHEEHAN, 1983, S. 323 ff.

¹³ August Keim, *Die Wahlen und der Deutsche Flotten-Verein*, abgedruckt u. a. in: *Dortmunder Zeitung*, 16. 2. 1907.

¹⁴ SBR, XI/1, 25. 2. 1905, S. 4795 f.

an der Flottenpolitik des Staatssekretärs angesichts der Ereignisse im verflochtenen Wahlgesehehen nunmehr anders zu deuten. So notierte der Leiter des Nachrichtenbüros des RMA, Kapitän z.S. Karl Boy-Ed, am 9. Februar, »daß [General Keim] in einer geradezu unverständlichen Weise bei der Wahlagitation gewütet [sic!] hat ..., scheint er doch die gesamte Organisation [des Flotten-Vereins] in ausgesprochen politischer Richtung verwendet zu haben«. ¹⁵ Und in einer Meldung an Tirpitz vom 23. Februar bezeichnete Boy-Ed den Flotten-Verein insgeheim »als politischen Verein im Sinne des Vereinsgesetzes mit all den sich daraus ergebenden Konsequenzen.« ¹⁶ Die von Tirpitz in der Folgezeit mit vollem Nachdruck betriebene Entlassung der Fraktion Keim aus der Verantwortung für den Flotten-Verein, die 1908 nur mit Mühen und einem kaiserlichen Vertrauensentzug für den Generalmajor gelang ¹⁷, nahm hier ihren Ursprung. Das als nationales, reichsineinendes Anliegen initiierte Werk der Flottenrüstung wäre als Folge vereinsrechtlicher Konsequenzen für den FV zu dem speziellen Interesse einer parlamentarischen Gruppe und zu einem politischen Wahlkampfthema reduziert worden; beides war für Tirpitz unannehmbar.

Die Auseinandersetzungen um den Flotten-Verein und dessen unpolitischen oder: nationalpolitischen Status wuchsen sich im Gefolge der Wahlen von 1907 zu einem Politikum aus. Keim und die ihn unterstützenden Landesverbände der Organisation hatten ihr Wahlengagement gegen alle vereinsrechtlichen Bedenken durchgesetzt. Sie bewiesen nicht allein den unbedingten Willen, wie bislang von Verbandsseite geschehen, den Reichstag und die in ihm vertretenen Parteien im Sinne des Ausbaus der Hochseeflotte durch gezielte Propaganda einer manipulierbaren Massenorganisation unter Druck zu setzen; dies war das Konzept des Reichsmarineamts und der Gründungshonoratioren aus Industrie und Handel gewesen. Keim und seine Aktivisten suchten vielmehr die Zusammensetzung des Parlaments über politische Agitation und Wählermobilisierung selbst und direkt mit zu beeinflussen. Dies war ein spürbarer Wandel in der Verbands- sowie auch in der Parteien- und Wahlpolitik.

Nirgendwo sonst wurde diese Metamorphose des Flotten-Vereins von einem politischen zu einem wahlkampfpolitischen Machtfaktor so deutlich wie im Rahmen der verbandsinternen Auseinandersetzungen zwischen Radikalen und Gemäßigten, zwischen den Keimianern und jener Landesorganisation, die sich am energischsten gegen ein Wahlengagement des Verbandes wider das Zentrum stemmte, dem Bayerischen Landesverband. Eine verstellte Tür in der Präsidialgeschäftsstelle des Flotten-Vereins erlangte dabei eine symbolhafte Bedeutung für diesen politischen Dissens:

¹⁵ BAMA RM 3/9915, Boy-Ed an Würzburg, 9. 2. 1907.

¹⁶ Boy-Ed an Tirpitz, zitiert nach W. DEIST, Flottenpolitik, 1976, S. 206.

¹⁷ Siehe ebd., S. 229 ff.; vgl. G. ELEY, Reshaping, 1980, S. 267–279.

Zu einer Sitzung des Präsidiums des FV in Berlin am 1. Februar 1907 waren auch die bayerischen Mitglieder zugegen.¹⁸ Generalmajor Keim referierte, nach der unverfänglichen Auskunft der *Flotte*, des Monatsblattes des Deutschen Flotten-Vereins, bei dieser Gelegenheit über den »Stand der Agitation«.¹⁹ In einem Nebenraum indessen lagerten Flugschriften, die in dieser heißen Phase des Stichwahlkampfes zum Versand vorbereitet wurden. Während somit der Leiter für Propaganda seinen anwesenden Präsidialkollegen aus Bayern eine wohl belanglose und profane Schilderung über die agitatorischen Erfolge des verflossenen Jahres lieferte, stapelten sich nebenan solche Titel wie »Die Lügen des Herrn Erzberger« oder »Weiteres aus der Kolonialen Lügenfabrik« – den Blicken der Bayern durch eine verstellte Tür entzogen. Hätten die Repräsentanten des bayerischen Landesverbandes diese Broschüren entdeckt, wäre die Sitzung, die von scharfen Auseinandersetzungen begleitet wurde, vollends im Eklat geendet. Die Atmosphäre war ohnehin explosiv aufgeladen: Die Bayern, die eine Erklärung ihres Verbandsprotektors Prinz Rupprecht gegen die politische Agitation General Keims, verbunden mit einer Rücktrittsdrohung des Prinzen, vorbringen wollten, wurden mit der lapidaren Bemerkung nach Hause geschickt, sie könnten ja einen »Sonderverband« bilden.²⁰

Der Bayerische Landesverband war das direkte Gegenstück zu den meisten der übrigen Landesorganisationen des FV, und sein Leiter, der Reichsrat Ludwig Freiherr von Würtzburg, war der Hauptantagonist Keims. Zum einen hing der Aufbau einer bayerischen Dependence des Vereins von den speziellen konfessionellen und parteipolitischen Bedingungen ab, die im Königreich herrschten. Der in seiner überwiegenden Mehrheit liberal-protestantische, föderativ strukturierte, aber nicht partikularistische Flotten-Verein hatte es zunächst schwer, in Bayern organisatorisch Fuß zu fassen. Ein bayerischer Landesverband wurde erst eineinhalb Jahre nach Gründung des Flotten-Vereins ins Leben gerufen. Im Jahre 1900 besaß die Landesorganisation lediglich 7713 Mitglieder und belegte in der Tabelle der 38 Provinzialverbände den zwölften Rang. Mit der Zeit allerdings verbuchte der Flotten-Verein in Bayern erstaunliche Erfolge. Im Januar 1907 konnten 25 585 Mitglieder gezählt werden; der Landesverband gehörte damit neben dem rheinischen, dem berlin-brandenburgischen, dem sächsischen sowie dem westfälischen zu den fünf größten Provinzialorganisationen.²¹ Die Flottenbewegung hatte dabei interessanterweise in den fünf vorwiegend katholischen Regierungsbezirken Oberbayern, Oberpfalz, Niederbayern, Schwaben und Neuburg sowie Unterfranken 16 681 Mitglieder gegenüber 6574 in

¹⁸ Zu dieser Episode siehe *Germania*, 9. 2. 1907 (1. Bl.), nach einem Bericht des Bayerischen Kurier; vgl. K. SCHILLING, 1968, S. 308.

¹⁹ Die *Flotte*, 3 (1907), S. 42.

²⁰ K. SCHILLING, 1968, Anm. 87 zu F.13, nach einem Bericht des preußischen Gesandten in Bayern Friedrich Graf von Pourtalès an Bülow, 13. 2. 1907.

²¹ Siehe H. W. SMITH, 1995, S. 150; vgl. G. ELEY, *Reshaping*, 1980, S. 125, zu den Mitgliederzahlen.

den beiden eher protestantischen Landesteilen Ober- und Mittelfranken ansprechen können; in Schwaben bestand zumal die größte der bayerischen Kreisorganisationen.²² Die Anziehungskraft, die der Verband damit auch in den katholischen Landesteilen erzielen konnte, beruhte in den ländlichen Gebieten zum einen vor allem auf der Rührigkeit lokaler Staatsbediensteter. Nicht selten erhielten die Flottenfreunde auch den Segen des katholischen Klerus sowie katholischer Notabeln und Honoratioren.²³ Zum anderen war der Vorsitzende des bayerischen Flotten-Vereins stets darauf bedacht, konsensstiftend und konzilient gegenüber den Katholiken und ihren politischen Repräsentanten zu bleiben. Würzburg bemühte sich nach Kräften, durch taktvolles Auftreten auch die Zentrumspartei in Bayern für die nationale Flottenbewegung zu gewinnen.²⁴

Der Freiherr verfolgte das Konzept eines Volksvereins, in welchem die integralnationalistischen Attitüden der Keimianer keinen Platz hatten. Für Tirpitz und die Nachrichtenabteilung im Reichsmarineamt, die einen nicht unwesentlichen Anteil an der Gründung des Landesverbandes in Bayern hatten, war Würzburg im Hinblick auf die parlamentarische Behandlung der Flottengesetze deshalb die ideale Besetzung. Seine sozialen und politischen Kontakte zu exklusiven Gesellschaftskreisen, vor allem zur königlichen Familie, zur Ministerialbürokratie, zu Armee, katholischem Adel und katholischer Kirche waren äußerst wertvoll. Der Reichsrat und Honorator pflegte zudem einen Stil der Öffentlichkeitsarbeit, der in jener Tradition stand, die vor der Machtübernahme der Keimianer im FV tonangebend gewesen war. Er agitierte nicht populär und populistisch, sondern bediente sich der sachlichen Aufklärung. Würzburg versuchte, seine binnenländisch-agrarische Klientel belehrend von der welt- und industriepolitischen Flottenbauidee zu überzeugen: Sein Adressat war nicht der Reichstag, sondern der katholische Bauer und Handwerker in der Oberpfalz und der partikularistische Zentrumsturm im Königreich. In parteipolitischer Hinsicht erforderte Würzburgs Politik strengste Neutralität.²⁵

Der spezifisch bayerische Rahmen, aber in nicht unerheblichem Maße auch der honoratiorenhafte Politikstil des Reichsrats von Würzburg mahn-ten zur Enthaltensamkeit des Landesverbandes bei der Wahlwerbung. So hielt Würzburg die bayerischen Kreisausschüsse am 20. Dezember 1906 an, keine Massenversammlungen oder Petitionen zu veranstalten bzw. zu veranlas-

²² In Schwaben und Neuburg waren 7866 Mitglieder organisiert. Die Bayerische Pfalz mit 4453 Mitgliedern war zu sehr konfessionell gemischt, als daß sie einem der katholischen oder protestantischen Landesteile klar zugeordnet werden könnte.

²³ G. ELEY, *Reshaping*, 1980, S. 126; W. SMITH, 1995, S. 150. Der Flotten-Verein konnte in Relation zu allen anderen nationalen Agitationsverbänden eine ungleich höhere Zahl an katholischen Mitgliedern organisieren; auch in Südbaden, wo Teile des Katholizismus liberale Züge trugen, in einigen Städten des Rheinlandes, in Schlesien und im Elsass waren Katholiken der Organisation beigetreten.

²⁴ W. SMITH, 1995, S. 152.

²⁵ W. DEIST, *Flottenpolitik*, 1976, S. 160; G. ELEY, *Reshaping*, 1980, S. 174 f.

sen. Diese Propaganda widerspreche zum einen dem bayerischen Vereinsgesetz, wonach »ein politischer Verein ist, der eine Tätigkeit entfaltet, die eine unmittelbare Einwirkung auf die staatliche Gesetzgebung oder Verwaltung zum Ziele hat.«²⁶ Zum anderen ließ der Reichsrat Vorsicht walten, indem er seine Unterorganisationen darauf aufmerksam machte, daß die Veröffentlichung von Berichten über belehrende, die anstehenden Fragen sachlich behandelnde Veranstaltungen sowie Appelle an das patriotische Empfinden stets »nahezu den gleichen Einfluß auf Wähler und Abgeordnete ausüben, als wenn eine bestimmte Resolution gefaßt und direkt an den Reichstag geschickt würde.« Und an die Vereinsmitglieder selbst richtete der Vorstand am 25. 12. in demselben Sinne die Bitte, sich über die politischen Ereignisse, die zur Reichstagsauflösung geführt hatten, eine »eigene Meinung [zu] bilden, und jeder mag der patriotischen Pflicht, die Wiederkehr solcher Erscheinungen zu verhindern, auf die ihm zweckmäßig erscheinende Art genüge leisten.«²⁷

Über seine Empfehlung zur Wahlkampfabstinenz des Vereins in Bayern setzte er sich am selben Tag auch mit dem Reichsmarineamt ins Einvernehmen. »Innerhalb des Flotten-Vereins haben sich Strömungen geltend gemacht«, informierte er den Direktor des Verwaltungsdepartements, Konteradmiral Eduard von Capelle, »dahingehend, daß der Verein sich in den bevorstehenden Wahlbewegungen beteiligen und insbesondere das Centrum bekämpfen solle.«²⁸ Dieser Richtung sei man entgegengetreten. Die »ideelle Grundlage« von Flottenfrage und Kolonialfrage dürfe nicht in das »politische Parteigetriebe verwickelt« werden, meinte Würzburg. Und über die schriftlichen Propagandamittel der Zentralleitung, die letztendlich auch nach München versandt worden waren, informierte Würzburg den Leiter des Nachrichtenbüros Boy-Ed am darauffolgenden Tag, daß der Landesvorstand »all das dumme Zeug, was uns von Berlin aus an Flugschriften geschickt wurde, in den Ofen geworfen [habe].« Was darüberhinaus an die Öffentlichkeit gekommen sei, habe Austrittserklärungen und sonstige Unannehmlichkeiten nach sich gezogen.²⁹

Es mag zutreffen, daß das bayerische Konzept eines auf indirekte politische Wirkung zielenden Aufklärungsvereins, wie Wilhelm Deist betont hat, lediglich eine »Schein-Alternative« war, da man auch in den Kreisen um Würzburg den Stellenwert und die massenwirksamen Kräfte, die in einer Organisation mit einer Million Mitgliedern schlummerten, zweifelsohne er-

²⁶ BAMA RM 3/9910, Freiherr von Würzburg an die Bayerischen Kreisausschüsse, 20. 12. 1906.

²⁷ Norddeutsche Allgemeine Zeitung, 25. 12. 1906.

²⁸ BAMA RM 3/9915, Würzburg an Capelle, 25. 12. 1906.

²⁹ BAMA RM 3/9915, Würzburg an Boy-Ed, 10. 2. 1907; siehe auch die Germania, 21. 2. 1907 (2. Bl.), die in einem ihrer zahlreichen Artikel über den »unpolitischen Flotten-Verein« eine Erklärung des bayerischen Landesvorstandes an die liberale Presse zitiert, wonach Broschüren aus Berlin auch nach Bayern verschickt worden seien, aber nicht verteilt wurden.

kannt hatte.³⁰ Nichtsdestoweniger vertraten die Bayern ihr Konzept vehement und gegen alle Widrigkeiten: Auf der außerordentlichen Kasseler Hauptversammlung des Flotten-Vereins im Januar 1908, auf der Würtzburg den Gegensatz zwischen Radikalen und Gemäßigten noch einmal mit den Worten »Agitation hier, Aufklärung dort« auf den Punkt brachte, mußte ein bayerischer Redner gegen die wütenden Proteste der Keimianer für seine Person um Schutz beim Präsidium nachsuchen. Die Versammlung, die zwischenzeitlich von tumultuarischen Szenen unter den 400 Anwesenden begleitet wurde, endete schließlich fast mit dem Auseinanderbrechen der Organisation.³¹

Zum politischen Verhalten der Funktionäre um Würtzburg, sowohl in wahl- und verbandspolitischen als auch in Hinsicht ihres Wahlkampfstils, ist schließlich jener »*Mahnruf zur Einigung der staaterhaltenden Parteien im Deutschen Reiche*« charakteristisch, der am 31. Januar 1907, wenige Tage vor den Stichwahlen, in der *Münchener Allgemeinen Zeitung* erschien. Das liberale Blatt veröffentlichte diesen Aufruf gegen eine am Vortag erlassene Stichwahlparole des bayerischen Zentrums zugunsten der Sozialdemokratie. Der Flotten-Verein war insofern an dieser politischen Kundgebung beteiligt, als der Herausgeber des Blattes das FV-Mitglied Dr. Mohr war und unter den 14 unterzeichneten Privatpersonen sich die führenden Mitglieder des bayerischen Landesverbandes Freiherr von Würtzburg, Theodor Freiherr von Cramer-Klett und Prof. Dr. Karl Freiherr von Stengel befanden. Der Ton des »Mahnrufs« war bezeichnend. Obwohl gegen die SPD und die Führung der Zentrumspartei gerichtet, fiel kein Wort gegen eine sozialdemokratische Umsturzpartei, gegen »Reichsfeinde« oder Ultramontanismus. Die Losung hieß Harmonie. Es ging um die »großen und realen Werte des staatlichen Lebens«, wider den »Geist der Verneinung«, für die »Anerkennung erblicher fürstlicher Gewalt«, für die errungenen »Kulturgüter«, für die »Freiheit der Wissenschaft und des Gedankens«, gegen konfessionellen Unfrieden. Liberalismus und politischer Katholizismus wurden gemeinsam als »staaterhaltende Parteien« bezeichnet, die nun die Gelegenheit hätten, »unter dem Schutze des allgemeinen Wahlrechts die Freiheit des Kampfes zu sichern für die berechtigte Rivalität der die Förderung des Staates, nicht dessen Vernichtung, erstrebenden Parteien«.³² Dies war jener Appell an das patriotische Empfinden, den Freiherr von Würtzburg für »zweckmäßig«

³⁰ W. DEIST, Flottenpolitik, 1976, S. 208 f.

³¹ Ebd., S. 231; K. SCHILLING, 1968, S. 350 ff., zum Verlauf der Hauptversammlung in Kassel am 19. 1. 1908.

³² Münchener Allgemeine Zeitung, 31. 1. 1907, nach: Wahlaufufe und Wahlkundgebungen, S. 41 ff.; ebd., S. 41: Stichwahlaufuf des bayerischen Zentrums vom 30. 1. 1907. Die Allgemeine Zeitung lehnte das Wahlengagement der Keimianer scharf ab und wurde darin vom bayerischen Flotten-Verein bestärkt, siehe Germania, 22. 2. 1907 (1. Bl.), die sich über gleichlautende, kritische Artikel in der MAZ und der Augsburger Abendzeitung wundert. Anscheinend habe man es mit einer »Aktion der bayerischen Landesgruppe des FV zu tun«, mutmaßte das Blatt nicht ohne Grund.

hielt und mit seinem politischen Stil und dem wahlpolitischen Verhalten des FV vereinbaren konnte.

Wie sehr das Verbandsengagement bei den Reichstagswahlen neben regionalen partei- und konfessionspolitischen Besonderheiten gerade auch davon abhing, ob an der Spitze einer Landesorganisation die Anhänger Keims oder Honoratioren des alten politischen Schlages standen, zeigt gerade auch der Fall der berlin-brandenburgischen Provinzialgruppe. Diese wurde präsiert von Admiral à la suite Friedrich von Hollmann³³ und Otto Freiherr von Manteuffel-Krossen, ehemaliger Vorsitzender der Konservativen Reichstagsfraktion und Erster Vizepräsident des Preußischen Herrenhauses. Beide leiteten die Landesgruppe im Stile einer »Vereinigung von Persönlichkeiten«, die einmal pro Jahr eine Delegiertenversammlung abhielt und ihre Hauptaufgabe ansonsten darin erblickte, dem Kaiser Huldigungstelegramme zu senden und sich in der Rolle des Sprachrohrs der Reichsregierung zu betätigen.³⁴ Die an der Delegiertenversammlung teilnehmenden Repräsentanten der Bezirks- und Ortsgruppen wurden auffälligerweise seit 1904 nicht mehr gewählt, sondern ernannt, was die Exklusivität der Versammlung wahrte.³⁵

Die Landesorganisation war stets auf ihre Unabhängigkeit vom Präsidium des Gesamtverbandes bedacht und pochte auf ihre »satzungsgemäßen Rechte«. Zu Keim und seinen Anhängern bestanden fortwährend Spannungen, die trotz publikumswirksamer Friedensschlüsse hinter den Kulissen andauerten³⁶ – schließlich war es Admiral von Hollmann gewesen, der flottenpropagandistische Anmaßungen General Keims im Mai 1905 dem Kaiser hintertrug, worauf der Monarch aus Sorge um seine Organisationsprärogative für die Marine Keim zu einem zeitweiligen Rücktritt von seinem Amt zwang.³⁷

Ähnlich dem bayerischen Landesverband legte sich auch die berlin-brandenburgische Provinzialgruppe im Verlauf der Wahlbewegung 1907 eine Selbstbeschränkung für die politische Agitation auf. Eine Wahlempfehlung des Vorstandsmitglieds und Wanderredners Hauptmann Röper am Abend der Reichstagsauflösung blieb Episode: Der Hauptausschuß für Berlin und die Mark Brandenburg hatte für den 13. Dezember in den großen Saal des Tiergartenhofes zu einem Unterhaltungsabend mit Militärkonzert, Lichtbildern und einem Vortrag des Hauptmanns zum Thema »*Welche Aufgaben*

³³ Hollmann war der – glücklose – Vorgänger von Tirpitz als Staatssekretär im Reichsmarineamt.

³⁴ Siehe etwa das Protokoll der Delegiertenversammlung der Provinzialgruppe am 21. Mai 1905, in: *Die Flotte*, 8 (1905), S. 120.

³⁵ Siehe *Die Flotte*, 6 (1904), S. 98; vgl. K. SCHILLING, 1968, S. 236 und Zitat.

³⁶ Ebd.; vgl. A. KEIM, 1925, S. 105 f.

³⁷ W. DEIST, *Flottenpolitik*, 1976, S. 181. Keim und mit ihm der Präsident Fürst zu Salm wurden nach ihrem Rücktritt nur durch die massive Intervention Tirpitz', der sich kurz vor dem Start der Propagandakampagne für eine neue Flottennovelle keine Skandale im Flotten-Verein leisten konnte, und des Marinekabinettschefs von Senden-Bibran, der Salm eine Audienz vermittelte, wieder mit ihren Ämtern betraut.

entstehen für Deutschland aus den Seerüstungen der anderen Großmächte?« eingeladen.³⁸ Röper, der offenbar zu einer weniger gemäßigten Fraktion der Provinzialgruppe gehörte³⁹, ergriff die sich bietende Gelegenheit und kommentierte die kurz zuvor erfolgte Auflösung des Parlaments »in einer ersten zustimmenden Kundgebung.«⁴⁰ Er forderte die Anwesenden »unter stürmischem Beifall« auf, »mit aller Kraft dafür einzutreten, daß nur Männer, gleichgültig welcher Parteirichtung sie angehörten, in den Reichstag entsendet werden, die sich verpflichteten, die Ausgaben zu bewilligen, die für die Erhaltung der Machtstellung Deutschlands ... unbedingt notwendig seien.« Zumindest in den sechs Berliner Wahlkreisen bedeuteten diese Worte eine indirekte Wahlempfehlung für Konservative und Freisinn. Allerdings blieb die Erklärung Röpers in jener euphorischen Stimmung, die der Tag der Parlamentsauflösung im nationalen Lager ausgelöst hatte, offenbar der einzige Anlaß, zu welchem die Provinzialgruppe ihre Parteilichkeit unter Beweis stellte. Im Mai 1907 sollte der Hauptausschuß des Verbandes eine Mitteilung publizieren, die die Beteiligung des berlin-brandenburgischen Verbandes bzw. seiner einzelnen Ortsvereine am Wahlkampf dementierte. Man habe, »getreu der Bestimmungen der Satzungen, die keine parteipolitische Tätigkeit erlauben, sich nicht in die parteipolitischen Kämpfe eingemischt.«⁴¹ Diese Erklärung war glaubwürdig, auch wenn sie im Rahmen der stürmischen öffentlichen Diskussion um das Verhalten des Flotten-Vereins im Wahlkampf erschien.

Eine ähnliche Kundgebung hatte auch der badische Landesverband erlassen, der von höheren Verwaltungsbeamten geleitet und von Schloßhauptmann Oberstleutnant a.D. von Stabel präsiert wurde. Die Provinzialgruppe befand sich stets auf seiten der Gemäßigten gegen das Berliner Präsidium.⁴² Insofern überrascht die Mitteilung in den *Alldeutschen Blättern* nicht, die im April 1907 »Unbegreifliches aus Baden« berichteten.⁴³ Bekanntlich sei Baden das einzige Bundesland, kritisierten die *ADB*, in welchem durch »ungeschickte Taktik der nationalen Parteien so üble Wahlergebnisse herbeigeführt wurden, daß die alte Reichstagsmehrheit ungeschwächt wieder auf der Bildfläche erschien«. Die *ADB* schrieben dies unter anderem der »Untätigkeit« der Karlsruher FV-Landesvertretung zu.⁴⁴

³⁸ National Zeitung, 12. 12. 1906.

³⁹ So hatte der Hauptmann im April 1906 Schülern gegenüber einen Krieg gegen England binnen eines Jahres prophezeit und diese dann aufgefordert, dem Flotten-Verein beizutreten. Dies führte zu einem Votenaustausch über die Klärung des Vorfalles zwischen Reichsmarineamt und Präsidialgeschäftsstelle, siehe BAMA RM 3/9910, Präsidialgeschäftsstelle des Flotten-Vereins an RMA/N [Nachrichtenabteilung].

⁴⁰ Norddeutsche Allgemeine Zeitung, 15. 12. 1906.

⁴¹ Kölnische Volkszeitung, 11. 5. 1907.

⁴² Siehe Kölnische Volkszeitung, 30. 3. 1907; zur Zusammensetzung des badischen Landesverbandes G. ELEY, Reshaping, 1980, S. 126 und 276.

⁴³ *ADB* 1907, S. 115.

⁴⁴ Ganz abseits jeglichen Wahleinsatzes scheinen einige Mitglieder des badischen Landesverbandes jedoch nicht gestanden zu haben. So berichtete die Kölnische Volkszeitung

Der Dissens zwischen Aktivisten und Honoratioren im Flotten-Verein, zwischen jenen Kräften, die aktiv und politisch auf eine Beeinflussung der Zusammensetzung des Reichstags drängten, und jener elitären Garde, die lieber satzungsgemäß im Stillen wirkte, stürzte den Verband 1907 in eine tiefe Krise. Keim und seine Anhänger behielten jedoch die Oberhand in diesem Streit um Macht und Wahlpolitik. Auf einer außerordentlichen Präsidialsitzung am 9. März 1907 entschieden nur 14 der 52 Landesverbände im Sinne eines Antrages des bayerischen Flotten-Vereins, eine Beteiligung des Verbandes an Wahlkämpfen künftig auszuschließen.⁴⁵ Und auf der Tagung des Vereins in Köln vom 10.–13. Mai wurde zwar einer Resolution stattgegeben, daß der Flotten-Verein als »nationaler, unpolitischer Verein einer Agitation für oder gegen eine politische Partei fernbleibt«. Dem Präsidium wurde jedoch zugleich »volles Vertrauen und herzlichen Dank für seine aufopfernde, tatkräftige Führung und Förderung des Vereins ausgesprochen«.⁴⁶ Angesichts der »stürmischen« und von Hochrufen begleiteten Begrüßung, die Keim von einer großen Mehrheit der Versammlung zuteil wurde, war nur allzu deutlich, welchen Passus der Resolution die meisten der Teilnehmer eher zu würdigen bereit waren.

Im Zuge der Politisierungstendenzen, die sämtliche nationalen Verbände um die Jahrhundertwende erfaßten, war die interne Konkurrenz zwischen Honoratioren und Aktivisten um ein Wahlengagement ihres Verbandes kein Charakteristikum allein des Flotten-Vereins. In der Massenorganisation der Marinefreunde brach diese Auseinandersetzung im Zuge der Wahlen von 1907 lediglich für die Reichsöffentlichkeit sichtbar und mit Vehemenz aus. Der Alldeutsche Verband sowie der 1894 gegründete Ostmarkenverein etwa hatten die nicht ganz reibungslose interne Wandlung zu Aktivistenorganisationen, welche wahlpolitische Ambitionen zeigten, schon vollzogen.⁴⁷ Auch der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie etwa hatte in seiner Gründungsphase eine ähnliche Diskussion durchstehen müssen. Allerdings war der Streit um das (wahl)politische Wirken gegen die SPD mit den personalen

vom 30. 3. 1907 über »Wagenladungen von Flugschriften«, die insbesondere in Karlsruhe von Haus zu Haus verteilt worden seien. Allerdings besaß der badische Landesverband in Karlsruhe keine Ortsgruppe.

⁴⁵ W. DEIST, Flottenpolitik, 1976, S. 207.

⁴⁶ Die Flotte, 7 (1907), S. 100.

⁴⁷ Zum Deutschen Ostmarkenverein in diesem Zusammenhang G. ELEY, Reshaping, 1980, S. 58–68; zum Wahlengagement des DOV 1903 siehe die Ausgaben der Verbandszeitschrift Die Ostmark, 2, 3, 5, 6, 7 (1903); für 1907 auch Norddeutsche Allgemeine Zeitung, 8. 1. 1907, wonach ein Wahlkompromiß für die ganze Provinz Posen zwischen dem BdL, dem konservativen und freisinnigen Zentralvorstand, dem Verein der deutschen Katholiken sowie dem Ostmarkenverein geschlossen worden sei. AdV und Ostmarkenverein nahmen einander in der wahlpolitischen Arbeit zum Vorbild, siehe Ph. BONHARD [Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses des AdV], 1902, S. 96, und Die Ostmark, 3 (1903), S. 22, mit einer Empfehlung an alle Mitglieder, die »in der Wahlbewegung irgendwie eine leitende Rolle spiel[en]«, sich die »Schrift Bonhards anzuschaffen«.

und organisatorischen Weichenstellungen, die 1904 auf seiner konstituierenden Sitzung in Halle vorgenommen wurden, bereits ausgestanden.

Der politische Mobilisierungsdruck, der im »Hottentottenwahlkampf« 1906/07 von den kolonialkritischen Massenorganisationen ausging und auf das gesamte nationale Lager ausstrahlte, entzweite auch die Funktionsränge der Deutschen Kolonialgesellschaft. Der nationale Verband, der infolge der Regierungsparole wohl das massivste Interesse am Ausgang der Wahlen haben mußte, trug die Auseinandersetzung zwischen Honoratioren und Aktivisten nunmehr ebenfalls aus. Im Gegensatz etwa zum Flotten-Verein nahmen die Akteure jedoch vertauschte Rollen an. So berichtete die *Kölnische Volkszeitung* am 24. Mai 1907 über die einen Tag zuvor begonnene Hauptversammlung des Verbandes in Worms, die das Blatt als »Gegenstück zum Kölner Flotten-Vereinstag« charakterisierte.⁴⁸ »Wir erleben nun das Schauspiel«, machte sich die *Volkszeitung* über Kritik bestimmter »Überpatrioten« lustig, »daß umgekehrt wie in Köln, wo die Gemäßigten ... gegen die Radikalen voringen, in Worms die Radikalen gegen die gemäßigtere Führung Sturm laufen.«

Die Beobachtung des Blattes entsprach zweifelsohne den Tatsachen. Die Kolonialgesellschaft war seit ihrer Entstehung während der ersten Begeisterung für überseeische Besitzungen in den achtziger Jahren ein Club sozialer Exklusivität. Hier dominierte, frappanter noch als in den übrigen nationalen Agitationsverbänden, die bildungs- und besitzbürgerliche Elite, die höhere Beamtenschaft sowie Stabsoffiziere. Die Vereinskultur der Gesellschaft zeichnete sich durch »Leblosigkeit« aus. Geoff Eley hat die Kolonialvereinigung als die in politischer Hinsicht »am wenigsten interessante« nationale Verbandsorganisation bezeichnet, zumal im Gegensatz etwa zu den Alldeutschen oder zum Flotten-Verein auch selten Reibungspunkte mit der Regierung zu verzeichnen sind.⁴⁹

Das politische und gesellschaftliche Gravitationszentrum der Kolonialvereinigung war Berlin; hier fielen alle wesentlichen Entscheidungen innerhalb der Führungsriege um den Präsidenten Johann Albrecht Herzog zu Mecklenburg und Schwerin. Die regionalen Organisationen hatten den Rang von Mitläufern. Allerdings regte sich gerade im Jahre 1907 im Rahmen der Frage um ein Engagement der Gesellschaft an der Reichstagswahlbewegung Widerstand aus den nachgeordneten Verbänden. Die Auseinandersetzungen kulminierten auf der Wormser Tagung.

Herzog Johann Albrecht hatte zur Reichstagswahl einen Aufruf veröffentlicht, der zwar vom »Versagen der Mehrheit der bisherigen Volksvertreter« gegenüber der nationalen Ehre und der Pflicht sprach, die Regierungs-

⁴⁸ Kölnische Volkszeitung, 24. 5. 1907.

⁴⁹ Zur Geschichte der Kolonialgesellschaft zusammenfassend am besten R. CHICKERING, 1984, S. 33 ff.; zu ihrer sozialen Schichtung ebd., S. 107, 115, Tab. 5.8; vgl. G. ELEY, Reshaping, 1980, S. 119 ff.; ferner E. HARTWIG, Deutsche Kolonialgesellschaft, 1983, S. 724–749; siehe auch R. V. PIERARD, 1964.

forderung für Deutsch-Südwest zu bewilligen. Der Herzog erwartete von den Mitgliedern jedoch lediglich ein Eintreten »für unsere Kolonien. Dann wird es uns auch beschieden sein, in den Reichstag eine Volksvertretung einziehen zu sehen, die in ihrer Mehrheit die Kolonien gleich hoch bewertet wie wir.« Allerdings, so Johann Albrecht, koloniale Fragen seien »keine Fragen der Partei«, ⁵⁰ Dies waren in äußerster Vorsicht gehaltene Formulierungen, die der Präsident im Sinne eines unpolitischen und überparteilichen Status der Gesellschaft zu Beginn der Wormser Tagung noch einmal »in bemerkenswerter Schärfe« wiederholte. ⁵¹ Die meisten Unterverbände der Kolonialgesellschaft scheinen sich während der Wahlbewegung an dieser Leitlinie orientiert zu haben. Andere Abteilungen blieben zumindest behutsam auf Distanz zu verhänglichen wahlpolitischen Äußerungen. So faßte etwa die Berlin-Charlottenburger Vertretung anläßlich eines Vortragsabends mit dem konservativen Fraktionsmitglied Karl Graf von Pappenheim über »*Madagaskar*« am 15. Januar eine Resolution, die im politischen Tenor eindringlicher als der Aufruf des Präsidenten gehalten war. ⁵² Wiederum andere regionale oder lokale Vertretungen, so etwa die Sektion im vierten arnsbergischen Wahlkreis Hagen-Schwelm, machten dagegen aus dem Willen zu wahlpolitischem Engagement keinen Hehl. Hier, im ehemaligen Stimmbezirk von Eugen Richter, sollte die *Dortmunder Zeitung* im Rahmen einer Meldung über nationalliberale Werbetätigkeit für den Kandidaten der Freisinnigen Volkspartei, Willi Cuno, auch eine von der Kolonialgesellschaft veranstaltete Versammlung mit über 600 Teilnehmern erwähnen. Diese habe »einen die Wahlbewegung der nationalen Parteien überaus fördernden Verlauf« genommen, berichtete das Blatt. ⁵³

Die Tagung in Worms stand im Zeichen solcher Gegensätze. ⁵⁴ Unmittelbar nach der Mahnung Herzog Johann Albrechts zur Einigkeit in den eigenen Reihen prallten die verschiedenen Meinungen aufeinander, als die Vertreter der »schärferen Tonart« eine Änderung der Satzungen forderten. ⁵⁵

⁵⁰ Aufruf der Deutschen Kolonialgesellschaft zur Reichstagswahl 1907, zitiert nach H. HILLGER/A. BLAUSTEIN, 1907, S. 151 f.

⁵¹ Kölnische Volkszeitung, 24. 5. 1907.

⁵² Norddeutsche Allgemeine Zeitung, 16. 1. 1907: »Die Mitglieder der Abteilung halten es für ihre vaterländische Pflicht, mit allen Kräften dahin wirken zu helfen, daß die verfassungsmäßige Vertretung des deutschen Volkes in Zukunft bei Behandlungen der kolonialen Angelegenheiten die nationale Ehre und das nationale Interesse in vollem Umfang wahrte; vgl. einen ähnlichen Aufruf in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, 17. 1. 1907.

⁵³ Dortmunder Zeitung, 20. 1. 1907 (3. Bl.).

⁵⁴ Der Chronist der Deutschen Kolonialgesellschaft, Erich Prager, der die Festschrift des Verbandes zu dessen 25jährigem Jubiläum verfaßt hatte, fühlte sich angesichts der Vorwürfe, man sei »zu lau« gewesen, immerhin dazu aufgefordert, die DKG zu rehabilitieren. Die Gesellschaft sei im Wahlkampf »hinter niemandem, auch hinter dem Deutschen Flotten-Verein nicht«, zurückgeblieben, behauptet E. PRAGER, 1908, S. 213.

⁵⁵ Siehe das kommentierte Protokoll der Tagung in der Kölnischen Volkszeitung, 24. 5. 1907.

Die Gesellschaft sollte nach ihrer Ansicht »popularisiert« werden, »d.h. in ihrer Verfassung und in ihrer Tätigkeit auf eine breitere Grundlage [gestellt] und vor allem für nicht vorherzusehende Zwischenfälle« – hiermit war unter anderem der Wahlkampf 1907 gemeint – »aktionsfähiger« gemacht werden. Bei der Reichstagsauflösung habe der Verein »völlig versagt«. Die Gruppe Naumburg a.S. beantragte desweiteren, der *Deutschen Kolonialzeitung*, dem Wochenblatt der Gesellschaft, einen »frischeren, nationalen Zug« zu geben. Der Antrag wurde damit begründet, daß auch die *Kolonialzeitung* bei den letzten Reichstagswahlen »völlig versagt« habe. Als der Redakteur der *Deutschen Zeitung*, der Alldeutsche Otto Eichler, die Debatte fortsetzte, kam es schließlich zu einem »heftigen Zusammenstoß«. Unter »Beifall und Widerspruch« plädierte er dafür, daß die »Kolonialgesellschaft oder wenigstens ihr Organ ... nach dem Muster des Flotten-Vereins Parteipolitik treiben« solle. Wer habe im Wahlgeschehen den Sieg errungen, fragte Eichler rhetorisch, »nicht die Kolonialgesellschaft, denn die hat geschlafen, sondern andere nationale Verbände, die sich eigentlich gar nicht so sehr um Kolonialpolitik zu kümmern haben, wie unser Verein [der Alldeutsche Verband, d. V.] [oder] der Flotten-Verein«.

Eichler drohte schließlich unter erneuten Beifalls-, aber auch Widerspruchsaussagen sowie »Schluß! Schluß!«-Rufen mit einer Abspaltung »entschlossener Kolonialpolitiker«. Dies war wohl des Guten zuviel gewesen. Nach einer scharfen Rüge des Präsidenten für Eichler und »lebhaftem Einspruch« von seiten der Gemäßigten, keine parteipolitischen Tendenzen in den Verein zu tragen, wurde die kleine Rebellion der Aktivisten beendet. Letztlich gab auch der Vertreter der Gruppe Naumburg a.S. klein bei, da sein Antrag von der Versammlung als Konzessionsentscheidung angenommen wurde. Der Präsident wurde unter »stürmischem Beifall« in seinem Amt bestätigt und der Wunsch nach einer Änderung der Satzungen auf eine außerordentliche Hauptversammlung im Dezember vertagt. Hier gab sich die Gesellschaft eine noch zentralistischer verfaßte Organisation, die dem Präsidenten weit größere Zuständigkeiten zubilligte, als er bis dato besessen hatte.⁵⁶

2. Die »Keimianer« im Wahlkampf

»Am tollsten trieb es der Flotten-Verein«, wußte Carl Bachem in seiner Geschichte der Zentrumsparlei nach einem Vergleich der wahlpolitischen Tätigkeit verschiedener Verbände gegen den politischen Katholizismus zu behaupten. Insbesondere dem Verband der Flottenfreunde sei »kein Mittel konfessioneller Verhetzung gegen das Zentrum zu bedenklich« gewesen.¹

⁵⁶ Siehe G. ELEY, *Reshaping*, 1980, S. 120, zu den Ergebnissen dieser Hauptversammlung.

¹ C. BACHEM, 1927–1932, Bd. VI, S. 402.

Allerdings beschreibt Bachem das Engagement des FV während der Wahlbewegung 1907 ausschließlich mit verengtem Blick auf kulturkämpferische Ambitionen des Verbandes. So verständlich dieser reduzierte Focus für den Zentrumsolitiker auch sein mag, der Flotten-Verein und sein Präsidium bemühten sich nach Kräften, weit mehr zu tun, als Bachem anklagen konnte.

Am 19. Dezember 1906, eine Woche nach Auflösung des Parlaments, versandte die Präsidialgeschäftsstelle des Flotten-Vereins ein Rundschreiben an die Hauptausschüsse, Landes- und Kreisverbände sowie die größeren Ortsgruppen und die Wanderredner.² Das Schreiben rekapitulierte das Interesse des Verbandes an der Wahlbewegung, umschrieb die parteipolitische Position des Flotten-Vereins und gab Anweisungen, wie sich die regionalen Gliederungen im kommenden Wahlgesehen zu verhalten hätten, um nicht in Konflikt mit dem Vereinsrecht zu geraten. Der Rundbrief des Präsidenten Fürst zu Salm ist ein Schlüsseldokument für die Wahlarbeit des Verbandes.

Der Präsidialbrief ist in zwei Fassungen überliefert: in einer offiziellen Version und als »Erster Entwurf«. Beide Varianten weichen passagenweise erheblich voneinander ab. Die Entwurfsfassung betont zum einen sowohl den Willen und das Eigeninteresse des Verbandes deutlicher, sich »an dem Wahlkampf unbedingt zu beteiligen«, als sie zum anderen auch parteipolitische Gegner und Verbündete explizit nennt und überdies Vorschläge für das geschickteste wahlorganisatorische Vorgehen der regionalen Gliederungen ausführlicher schildert.³ Die Vorsicht der Vereinsführung, die mit dem entschärften Präsidialschreiben zum Ausdruck kommt, war weniger durch die Tatsache motiviert, daß das Vereinsrecht der politischen Agitation des Flotten-Vereins Grenzen setzte. Es kam Fürst zu Salm vielmehr darauf an, die politische Tätigkeit des Vereins vor allem nicht in Öffentlichkeit und Parlament durch die bekämpften Parteien instrumentalisiert zu wissen. Diese Umsicht war in Anbetracht einer Vielzahl katholischer Vereinsmitglieder und Kreisgruppen, denen das Schreiben des Präsidenten nicht unbekannt bleiben konnte, wohlbegründet. So konnte kaum wundernehmen, daß die *Germania* bereits am 30. Dezember über »*Eine ungesetzliche Wahlagitation des Flotten-Vereins*« leitartikelte und dabei das Präsidialschreiben Satz für Satz auf vereinsrechtliche und antikatholische Verfehlungen hin analysierte.⁴

Das Präsidium machte seine Unterverbände zunächst auf wahlorganisatorische Leitlinien ihres Einsatzes aufmerksam. Sie sollten vor allem eine Mittlerfunktion zwischen den nationalen Parteien einnehmen. Dies entsprach den sammlungspolitischen Manövern, die ebenso die wahltaktische

² Schreiben des Präsidenten des Flotten-Vereins, Fürst zu Salm, an die regionalen Gliederungen vom 19. Dezember 1906 zur Beteiligung des Vereins am Reichstagswahlkampf, zitiert in V. BERGHAHN/W. DEIST (Hrsg.), 1988, IV/12, S. 220–223.

³ BA Potsdam Rkzlei. 1807, Präsidialgeschäftsstelle des Deutschen Flotten-Vereins an Landesverbände etc. [Entwurf], o. D.

⁴ *Germania*, 30. 12. 1906 (2. Bl.).

Arbeit anderer nationaler Verbände leitete. Da der Flotten-Verein Angehörige sämtlicher politischer Couleur unter seinen Mitgliedern zähle, sei es ihm »leicht möglich«, so der diesbezügliche Passus in beiden Versionen des Präsidialschreibens, »in den Wahlkreisen, in denen sich dem Zusammenschluß der nationalen Parteien Schwierigkeiten entgegenstellen, eine vermittelnde und ausgleichende Wirkung durch seine Mitglieder auszuüben.« Das empfohlene Instrumentarium ähnelte dabei jener Taktik des »Doppelgeichts«, die Alfred Hugenberg für die Wahlarbeit des Alldeutschen Verbandes vorgeschlagen hatte: Über soziale oder politische Kontakte sollten einzelne Mitglieder informelle Verbindungen zu den Parteiwahlkomitees herstellen und die Gremien infiltrieren. War dies geschehen, wurde sowohl die Einflußnahme auf die Kandidatenkür als auch die Kandidateninterpellation zum Haupt- und Stichwahlverhalten einer Partei erleichtert. Die Vereinsrepräsentanten hatten dabei Weisung, sich ganz flexibel an die lokalen parteipolitischen Verhältnisse anzupassen, jedoch unter der steten Mahnung, »politische Nuancen und Liebhabereien« der nationalen Parole gegen Zentrum und Sozialdemokratie hintanzustellen. Die erste Version des Präsidialschreibens faßte die wahlorganisatorischen Leitlinien folgendermaßen zusammen:

»Es muß ... die große über ganz Deutschland verbreitete und ausgezeichnete Organisation des Deutschen Flotten-Vereins mit den nötigen Kautelen in den Dienst derjenigen politischen Parteiorganisation gestellt werden, welche in dem betreffenden Wahlkreise den nationalen Abgeordneten zu stellen hat. In welchem Umfange hierbei Verhandlungen von Person zu Person und zwischen den Vorsitzenden der Ortsgruppen und Kreisgruppen mit den Vorsitzenden der in Betracht kommenden partei-politischen Vorstände stattzufinden haben, muß den betreffenden Herren überlassen bleiben; ebenso inwiefern die Vorsitzenden der Landes- und Provinzverbände in dieser Richtung hin Fühlung mit den Zentral-Wahlkomitees nehmen werden. ... Entsprechende Fühlung wird auch von seiten der Präsidial-Geschäftsstelle in vorsichtiger Weise mit den Vorständen der geeinten nationalen Parteien genommen, als welche diesmal anzusprechen sind: Deutsch-Konservative, Frei-Konservative, National-Liberale, Freisinnige Volkspartei, Freisinnige Vereinigung, Wirtschaftliche Vereinigung, Deutsche Reformpartei, Süddeutsche Volkspartei.«

Da die Repräsentanten des Vereins gehalten waren, sich im Rahmen ihres informellen Engagements »nicht ausdrücklich« als Flotten-Vereinsmitglieder »zu legitimieren«, geschweige denn Absprachen mit Parteivertretern schriftlich festzuhalten, ist ein Tätigkeitsnachweis oder eine Erfolgskontrolle zum Teil problematisch. Lediglich in solchen Fällen, in denen sich etwa Funktionäre des FV, wenn auch als Privatpersonen, zur Wahlempfehlung eines bestimmten Kandidaten an die Öffentlichkeit wandten, ist die Wahrscheinlichkeit groß, daß dies durch Verbandsinteresse motiviert sein konnte. Im Kreis Weimar-Apolda zum Beispiel, unterzeichneten der Vorsitzende des Landesverbandes für das Großherzogtum, Rechtsanwalt Dr. Flintzer, und sein Stellvertreter, Stiftslehrer Jacob Couvreur, neben weiteren FV-Aktivistinnen einen Stichwahlauf Ruf zur Einigung aller bürgerlichen Parteien auf

den Kandidaten der Wirtschaftlichen Vereinigung, Walter Graef.⁵ Im Nachbarwahlkreis Eisenach-Dermbach hatte der komplette Vorstand der FV-Ortsgruppe Tiefenort den Aufruf für den Vorsitzenden des Deutschnationalen-Handlungsgehilfenverbandes Wilhelm Schack unterzeichnet, der ebenfalls unter der Flagge der Anitsemiten segelte.⁶

Sprechen für die Arbeit der lokalen Vereinsvertretungen in den Gremien der politischen Parteien nur Indizien, sind die Anstrengungen, die das Präsidium unternahm, Arrangements für nationale Kandidaturen zu treffen, nahezu en detail nachvollziehbar. Insbesondere der rührige Einsatz General Keims in Kontaktnahme und Rücksprache zur Reichskanzlei ist hier zu nennen. Einer intensiveren Betrachtung der Wahlstätigkeit des hohen Vereinsfunktionärs in seiner Beziehung zur Regierung sollte allerdings folgende Bemerkung vorausgeschickt werden: Keim und der Flotten-Verein wurden nicht als Handlanger und Befehlsempfänger Bülows aktiv, sondern führten ihr wahlpolitisches Arbeiten in wohlverstandem Eigeninteresse und mit wahltaktischem Kalkül aus. Die Aktivisten im FV gehorchten keiner Befehlsstruktur wie etwa die Funktionäre und Mitglieder der Kriegervereine, deren Organisationen nach und nach zu »Kampfstätten gegen die Sozialdemokratie und Sammelstätten für die ehemaligen Soldaten aus allen bürgerlichen Parteien« umgewandelt werden sollten. Der Urnengang eines Kriegervereins glich oftmals einer militärischen Übung und wurde im Erfolgsfalle von den Landesvorständen oder dem Kyffhäuserbund etwa durch eine Fahnenverleihung belohnt oder im Falle des Mißerfolgs durch Ausschlüsse sanktioniert.⁷

Die »Selbst«- bzw. Reorganisation des Flotten-Vereins an der Basis, mit der die Keimianer manipulative Momente der Verbandsgründung »von oben« überwand, sollte auch auf ihre wahlpolitische Tätigkeit übertragen werden.⁸ Bereits die Initiative zur Kontaktaufnahme zwischen Keim und der Reichskanzlei Mitte Dezember 1906 ist mit einiger Sicherheit auf General Keim zurückzuführen.⁹ Denn für ihn und den Flotten-Verein sei es »selbstverständlich« gewesen, so Keim in seinen Erinnerungen, das Gewicht des Verbandes »zugunsten der Regierung in die Waagschale zu werfen.« Er habe im Einverständnis mit dem Fürsten Salm dem Reichskanzler gegenüber erklärt, »daß die Organisation des Vereines bei den Wahlen die regie-

⁵ Siehe G. ELEY, *Reshaping*, 1980, S. 258 f.

⁶ Siehe SBR, XII/1, Bericht der Wahlprüfungskommission über die Wahl des Abgeordneten Schack, 11. 4. 1907, Anl. Bd. 241, S. 1809; vgl. dazu Handbuch des Deutschen Flotten-Vereins, 1907, S. 238.

⁷ A. WESTPHAL, 1903, S. 7; siehe K. SAUL, *Deutscher Kriegerbund*, 1969; Th. ROHKRÄMER, 1990; R. HÖHN, 1969, Bd. III, S. 424–431.

⁸ Vgl. die zu diesem Punkt auffallend unschlüssigen Beiträge bei G. D. CROTHERS, 1941, S. 113 f.; R. CHICKERING, 1984, S. 257 f.; G. ELEY, *Reshaping*, 1980, S. 257; D. WULF, 1983, S. 79; K. SCHILLING, 1968, S. 296 f.; zur »Selbstorganisation« nationaler Verbände siehe den Aufsatz von W. MÖCK, 1981.

⁹ Siehe K. SCHILLING, 1968, S. 297.

rungsfeindliche Opposition bekämpfen werde«.¹⁰ Es gibt wenig Anlaß, an dieser Aussage zu zweifeln. Neben der Revanche für »gehässige Angriffe« von Zentrum und Sozialdemokratie im Reichstag hatte das Vereinspräsidium weitere, nicht unerhebliche Gründe, die bisherige scharfe Opposition gegen einzelne Regierungsbehörden zugunsten der Wahlarbeit für eine gouvernementale Parteienkoalition zu drosseln. Denn die Regierung blieb, war das Engagement des Verbandes von Erfolg gekrönt, in der Schuld der Flottenfreunde, und somit erlangten künftige rüstungspolitische Forderungen des Verbandes ein bedeutenderes Gewicht. Und im Hinblick auf die Loyalität der nationalen Parteien sicherte sich der Verein durch seine Wahlpolitik imperative Mandate. Keim war in Zusammenarbeit mit Regierungsstellen längst gewohnt, selbständig und ohne Scheu vorzugehen. Er hatte als Capri-vis Mitarbeiter 1892/93 während der Kampagne um die Militärvorlage und im anschließenden Wahlkampf Eigeninitiative bewiesen; mit dem Reichsmarineamt focht Keim unentwegt und mit Erfolg um die Unabhängigkeit des Flotten-Vereins. Die Wahlkampfambitionen Keims vertrugen demnach keine Auftragsaktik; der General wollte sich in eine Position manövrieren, aus welcher heraus er fordern konnte und nicht auf die Gewährung politischer Almosen angewiesen bleiben. Noch während der Wahlbewegung ließ Keim den Reichskanzler das gewachsene Selbstbewußtsein des Verbandes deutlich spüren. Er erwartete in der Öffentlichkeit Rückendeckung durch die Regierung für gegenwärtige und künftige Aufgaben jetzt, da der Verein »sich selbst an die Spitze der nationalen Bewegung« gesetzt habe.¹¹ Diese Forderung erhob Keim somit längst vor jener Rede des Kanzlers Ende Februar 1907 im Reichstag, in welcher Bülow im Rahmen der von Sozialdemokratie und Zentrum angeregten Debatte um die jüngsten Ereignisse Eingriffe seiner Regierungsstellen in den Wahlkampf leugnete, der Agitation des Flotten-Vereins aber Verständnis entgegenbrachte.¹²

Auch gegenüber der nationalliberalen Parteispitze pochte Keim auf das Prinzip des do-ut-des. So traf Ernst Bassermann in seinem Liegnitzer Wahlkreis auf einen Beisitzer des schlesischen Provinzialverbandes, der von Keim instruiert worden war, ihn an seine Schuldigkeit gegenüber dem Flotten-Verein zu erinnern.¹³

Keim reiste im Dezember durch Mitteldeutschland, um sich zunächst über den Stand der Kandidatennominierungen und das jeweilige Stimmungsbild in den Wahlkreisen zu informieren. So wurde am 29. 12. dem Reichskanzler von einer solchen Rundfahrt durch »Thüringen, Hessen und Frankfurt am Main pp.« berichtet, wo sich der Flotten-Vereinsmanager

¹⁰ A. KEIM, 1925, S. 118.

¹¹ BA Potsdam Rkzlei. 1807, Keim an von Günther, 15. 1. 1907; vgl. auch G. ELEY, Reshaping, 1980, S. 260.

¹² SBR, XII/1, 25. 2. 1907; Schulthess 1907, S. 45 ff.; siehe auch K. SCHILLING, 1968, S. 300; vgl. W. DEIST, Flottenpolitik, 1976, S. 204 f.

¹³ Keim an Amtsrichter Knaudt, Hoyerswerda, 15./18. 1. 1907, zitiert nach Germania, 9. 2. 1907.

»über die dortigen Wahlaussichten« kundig gemacht hatte.¹⁴ Für die Blockparteien rechnete der General nach den Vereinbarungen der Parteiwahlkomitees mit einem Gewinn von zehn Sitzen. Ferner kalkulierte er für das rheinische Lennep und zwei Wahlkreise der Provinz Sachsen ebenfalls mit einem Mandatsgewinn der nationalen Parteien. Der Reichskanzler notierte befriedigt an den Rand der Aufzeichnung, daß er ebenfalls dieser Ansicht sei, allerdings »nur bei *Einigkeit* und [können] die Wähler der bürgerlichen Parteien an die Wahlurne gebracht werden?«¹⁵

Das Vereinspräsidium des FV sah dies ähnlich. Die vorläufige Bestandsaufnahme der Wahlaussichten, die Fürst zu Salm »als persönliche Bitte des Vorsitzenden« am 28. 12. mit einem weiteren Rundschreiben an die Unterverbände machen konnte, ergab reichsweit in 34 Stimmbezirken »ein deutliches Bild von der Saumseligkeit und Gleichgültigkeit der Wähler.«¹⁶ Da in den betreffenden Wahlkreisen bei den letzten Reichstagswahlen jeweils nur wenige Stimmen an einer nationalen Mehrheit gefehlt hätten, die Gegner jedoch »alle Mannen an die Wahlurne gebracht haben – man erinnere sich nur der straffen Parteibasis der Sozialdemokraten – so sind die saumseligen nur allein bei den hier unterlegenen bürgerlichen und regierungsfreundlichen Parteien zu suchen«, erklärte Salm. Der Präsident fügte schließlich eine nach Parteien aufgeschlüsselte Gewinn- und Verlustrechnung entlang der Maßgabe bei, daß in den 34 genannten Stimmbezirken, die 1903 überwiegend in der Stichwahl verlorengegangen waren, die Einigkeit der nationalen Parteien hergestellt und ihre Klientel zur Wahl mobilisiert werden könne.

Die Liste des Präsidenten wies die regionalen Gliederungen auf Wahlkreise mit knappen Majoritäten hin. Ähnlich der »*Denkschrift zur innerpolitischen Tätigkeit des Alldeutschen Verbandes*« oder des RgS-Handbuchs »für nicht-sozialdemokratische Wähler« sonderte ebenso der FV spezifische Stimmbezirke für sein Wahlwirken aus, die den regionalen und lokalen Organisationen erfolversprechende Arbeitsfelder boten. Die Eroberung von Wahlhochburgen des Zentrums oder der Sozialdemokraten war auch für die Arbeit des Flotten-Vereins weniger attraktiv.

Der wahlpolitische Einsatz des Verbandes blieb freilich abhängig von der organisatorischen Basis in den jeweiligen Stimmbezirken. Der Flotten-Verein verzeichnete überdurchschnittliche Mitgliederzahlen in Mitteldeutschland, in Hessen, Thüringen und Sachsen, dort, wo auch die Sozialdemokraten zusehends viele ihrer Wahlerfolge erzielten. Es ist demnach erklärlich, daß die Liste der vom Präsidium genannten aussichtsreichen Agitationsbezirke neben 26 sozialdemokratischen, fünf welfischen und einem pol-

¹⁴ BA Potsdam Rkzlei. 1807, von Günther an Bülow, 29. 12. 1906.

¹⁵ Hervorhebung im Original.

¹⁶ BAMA RM 3/9910, Rundschreiben der Präsidialgeschäftsstelle des Deutschen Flotten-Vereins, 28. 12. 1906; in Auszügen auch zitiert in M. ERZBERGER, Bilder, 1907, S. 48. Das Schreiben wurde auch dem Reichskanzler zugestellt siehe BAMA RM 3/9910, Präsidialgeschäftsstelle des Deutschen Flotten-Vereins an Reichsmarineamt/Nachrichtenabteilung, 28. 12. 1906.

nischen lediglich zwei Zentrumswahlkreise – das unterfränkische Schweinfurt und den badischen Kreis Freiburg – enthält.¹⁷ Obwohl der FV seinen Wahleinsatz in erster Linie gegen den politischen Katholizismus und dessen hegemoniale Position im Reichstag zu lenken beabsichtigte, zwang ihn seine organisatorische Schwerpunktlege dazu, auf lokaler Ebene vorrangig Nebenkriegsschauplätze gegen die SPD zu eröffnen. Für die Flottenfreunde war dies in wahlpolitischer Hinsicht jedoch nicht weiter von Belang. Der Zweck, den Einfluß des Zentrums im Parlament zu unterminieren, war mit Mandatsverlusten eines der Partner der faktischen Mehrheitskoalition vom 13. Dezember erfüllt. Dies galt auch in dem Falle, daß der politische Katholizismus ungeschwächt aus dem Wahlkampf hervorgehen sollte. Trotz der organisatorischen Hemmnisse für reichsweite und umfassende Mittlerdienste vor Ort ist dennoch erstaunlich, wie ausgeprägt die Verantwortlichen des Flotten-Vereins in wahlgeographischen und wahltaktischen Kategorien dachten.

Setzte sich der Flotten-Verein allerdings mit den Sozialdemokraten auseinander, konnte er insofern an Wirkungsmächtigkeit einbüßen, als auch der Massenverband der Flottenfreunde im Kanon der vor Ort gegen die SPD agierenden nationalen Verbände- und Parteienkoalitionen überhört werden konnte. – Oder der RgS stellte ihn in den Schatten: Befand sich auf der Wahlkreisagenda des Vereinspräsidenten Salm etwa auch der Stimmbezirk Magdeburg, blieb der Flotten-Verein hier deutlich hinter dem lautstark und kraftvoll agitierenden Reichsverband zurück. Der RgS pflegte gleichwohl und nicht selten die Gewohnheit, die Lorbeeren des Sieges allein für sich zu beanspruchen, obwohl die Evidenz dagegen sprach. Im bereits erwähnten Wahlkreis Weimar-Apolda feierten sich die Reichsverbändler in ihrem publizierten Tätigkeitsbericht zur Wahl 1907 »als Mittelpunkt und Vorsitzende ... als die Wahlmacher.«¹⁸ Die Stichwahlkoalition zwischen Liberalismus und Antisemiten war jedoch durch die Vermittlung von Flotten-Vereinsfunktionären zustande gekommen; der im Ersten Wahlgang unterlegene Freisinn hatte es sogar abgelehnt, einer Wahlempfehlung des RgS zu folgen und stellte seinen Wählern die Entscheidung zwischen dem Kandidaten der Wirtschaftlichen Vereinigung und dem Sozialdemokraten Friedrich Baudert frei.¹⁹

¹⁷ Die Liste der Wahlkreise umfaßte: Stadt Königsberg; Thorn-Kulm; Frankfurt a.O.-Lebus; Stadt Stettin; Breslau-Ost; Stadt Magdeburg; Apenrade-Flensburg; Herzogtum Lauenburg; Osnabrück; Melle-Diepholz; Neustadt-Nienburg; Gifhorn-Peine; Lüchow-Uelzen; Bochum-Gelsenkirchen; Dortmund-Hörde; Stadt Frankfurt a.M.; Lennep-Mettmann; München I; Schweinfurt; Freiberg (Sachsen); Oschatz-Grimma; Stadt Leipzig; Borna; Sayda-Marienber; Annaberg-Schwarzenberg; Böblingen-Leonberg; Eßlingen-Kirchheim; Freiburg i.Br.; Pforzheim; Karlsruhe; Mannheim; Weimar; Reuß ä.L.; Reuß j.L.

¹⁸ Der Reichsverband in seiner praktischen Tätigkeit, 1907, S. 29.

¹⁹ Siehe National-Zeitung, 1. 2. 1907; zum RgS-Engagement in Weimar auch Vorwärts, 9. 1. 1907.

Kamen der Flotten-Verein und insbesondere General Keim dem RgS in die Quere, liefen sie Gefahr, sich mit den Reichsverbändlern zu überwerfen. So kritisierte Generalleutnant von der Boeckh, der Vorsitzende der Kasseler RgS-Ortsgruppe, das »verwerfliche« parteipolitische Engagement des Flotten-Vereins im allgemeinen sowie Gerüchte über bürgerlich-sozialdemokratische Stichwahlkoalitionen gegen das Zentrum, die mit Machinationen General Keims in Verbindung gebracht wurden, im besonderen.²⁰ Eine schwere Verstimmung zwischen beiden Generälen war die Folge, die zum Leidwesen für den Flotten-Verein in der Presse ausgefochten wurde.

Um Arrangements für nationale Kandidaturen treffen zu können, hatte General Keim nicht nur Rivalitäten von Verbändeseite, sondern auch erhebliche Widerstände auf seiten der politischen Parteien zu überwinden. Die Probleme, Kartellkandidaturen zwischen den Blockpartnern zu vermitteln, waren grundsätzlicher Natur und betrafen die Abneigung der Parteien, auf Kandidaturen, politische Positionen oder organisatorische Pfründe zu verzichten. Hier, wie auch im Falle des Reichsverbandes und seiner Mediatorrolle beim schwierigen Zustandekommen des Blocks, zeigt sich erneut, auf welch unsicherem Fundament das Bülow'sche Parteienkartell errichtet war. Das Anerbieten des rührigen Flotten-Vereinsgenerals, das Management für die Wahlpolitik der Regierung zu übernehmen, kam der Reichskanzlei in ihren Bemühungen, die Verhandlungen mit den Parteien nach Auflösung des Parlaments so rasch als möglich aufzunehmen, nur zupfaß. »Denn wenn erst Konservative und Freisinnige im Land gegeneinander loszuschießen begonnen haben, ist eine Verständigung unmöglich«, hieß es etwa in der internen Denkschrift der Reichskanzlei über »*Vorschläge zur Führung des Wahlkampfes durch die Regierung*«.²¹

Das Memorandum der Reichskanzlei sah im Hinblick auf den organisatorischen Ablauf der Blockformation vor, daß möglichst der Reichskanzler in Person die nötigen Koalitionsverhandlungen leiten sollte. Angesichts der Vielfalt der Probleme konnte ein solches Vorgehen aber nur bedingt erfolgversprechend sein. Denn sogar innerhalb des liberalen Lagers war mancherorts der Wille zur Einigkeit unter dem politischen Dach des Bülow-Blocks nicht sehr ausgeprägt. Hier konnte General Keim durch seine weitläufigen persönlichen Beziehungen für Entlastung sorgen. So berichtete Keim Ende Dezember aus Frankfurt am Main, daß sich der gesamte Liberalismus entschlossen habe, den freisinnigen Landtagsabgeordneten Funck aufzustellen, und wenn dieser die Kandidatur annehme, »die Verdrängung des Sozialdemokraten ... gesichert« sei.²² Funck lehnte die Nominierung nach kurzer Bedenkzeit jedoch ab, und die Liberalen in Frankfurt gingen mit drei Kan-

²⁰ Siehe Kölnische Volkszeitung, 9. 3. 1907; National-Zeitung, 24. 2. 1907, nach Berliner Politischen Nachrichten.

²¹ Denkschrift: Vorschläge zur Führung des Wahlkampfes durch die Regierung [Ludwig Asch/Otto Hammann], 14. 12. 1906, zitiert nach D. FRICKE, Reichstagswahlen, 1961, S. 549.

²² BA Potsdam Rkzlei. 1807, Aufzeichnung von Günther, 31. 12. 1906.

didaten in die Hauptwahl gegen die Sozialdemokraten: einem Volksparteiler, einem National- sowie einem Wildliberalen. Keim versuchte daraufhin von Berlin aus, »durch persönliche Beziehungen in Frankfurt zumindest dahin zu wirken, daß der Wahlkampf zwischen den Demokraten und National-Liberalen in einer Form geführt wird, welche es bei der Stichwahl ermöglicht, sich gegenseitig Stimmen zu geben.«²³

Ein anderes Beispiel für das Wahlmanagement Keims über persönliche, noch eher honoratiorenhafte wirkende Kontakte ist die Kandidatur des jungen Handelskammersyndikus Gustav Stresemann im 21. sächsischen Stimmbezirk Annaberg-Schwarzenberg. Im Falle Keims und Stresemanns kooperierten ein politischer Verbandsfunktionär und ein Parteipolitiker mit weitläufigen Verbändeaffiliationen, die beide jeweils die Interessen des anderen zu wahren und zu interpretieren verstanden. Sie ergänzten ihr Wirken im Wahlkampf 1907 insofern, als Keim Stresemann durch seinen Einfluß in der Reichskanzlei den Rücken gegen Konkurrenz aus dem Blocklager freihielt und das Jungliberale Flotten-Vereinsmitglied auf Anraten Keims im Erzgebirge eine Wahlkampagne für die Weltpolitik führte.²⁴

Anfang Januar konkurrierten in Annaberg drei politische Kräfte: Gustav Stresemann als Kandidat der Nationalliberalen und Konservativen, die zugunsten des liberalen Politikers auf eine Sonderkandidatur verzichtet hatten; der Sozialdemokrat Ernst Grenz verteidigte sein Mandat, und der Freisinn hatte den Landtagsabgeordneten Roch aufgestellt. Am 5. 1. allerdings nominierten von der Haltung der Konservativen enttäuschte Landwirte und Mittelstandsvertreter auf einer Versammlung in Aue einen eigenen Bewerber. Die Kandidatur der Mittelstandsvereinigung und des BdL wurde von Paul Mehnert, dem politisch gewaltigen Vorsitzenden des konservativen Landesverbandes und Wahlbeobachters für die Reichskanzlei, stillschweigend befürwortet. Mehnert hatte in einem Wahlbericht an Bülow vom 4. Januar zumindest beiläufig Andeutungen in die Richtung gemacht, »die extreme Stellung beider [liberalen] Kandidaten nach der linken Seite« durch einen »der rechten Seite mehr genehmen Mann« auszubalancieren, um alle Wähler in der Hauptwahl an die Urne zu bringen.²⁵ Da die Nationalliberalen in Annaberg jedoch keinen sicheren Vorsprung vor den Freisinnigen besaßen und deren Kandidat zudem »stark demagogische Mittel in der Agitation« anwandte²⁶, konnte Stresemann zum Opfer dieses konservativ-mittelständisch-agrarischen Wahlmanövers werden und den Einzug in die Stichwahl verpassen.

²³ BA Potsdam Rkzlei. 1807, Keim an von Loebell, 4. 1. 1907.

²⁴ BA Potsdam Rkzlei. 1807, Stresemann an Keim, 8. 1. 1907; vgl. K. KOSZYK, Stresemann, 1989, S. 93; A. THIMME, 1957, S. 17; F. HIRSCH, 1978, S. 40; R. v. RHEINBABEN, 1928, S. 52, zu einer Wahlrede des Kandidaten Stresemann.

²⁵ BA Potsdam Rkzlei. 1795, Mehnert an Bülow, 4. 1. 1907; vgl. H.-P. ULLMANN, Bund der Industriellen, 1976, S. 348 Anm. 397.

²⁶ Ebd., Mehnert an Bülow, 4. 1. 1907.

In dieser Situation waren die Dienste Keims gefragt, um die kontraproduktive Wirkung des Kontaktmannes der Reichskanzlei auszugleichen. Der General hatte am 7. Januar an einer Komiteesitzung mit sächsischen Flotten-Vereinsfunktionären teilgenommen, die das weitere Vorgehen im Wahlkampf zum Thema hatte. Stresemann war zum Zeitpunkt der Sitzung jedoch verhindert gewesen und richtete daraufhin schriftlich die dringende Bitte an Keim, auf den konservativen Landesvorsitzenden »in dem Sinne einzuwirken, daß diese Kandidatur unterbleibt«. ²⁷ Keim trat daraufhin mit dem Chef der Reichskanzlei in Verbindung, und Mehnert beugte sich. Die Mittelstandskandidatur wurde sechs Tage vor den Hauptwahlen »fallengelassen«. ²⁸ Stresemann honorierte die Dienste Keims, indem er auf der Tagung des Flotten-Vereins in Köln Mitte Mai seiner Rede über die wirtschaftlichen Bedingungen der Flottenrüstung einen persönlichen Dank vorausschickte. ²⁹

Wie bereits erwähnt, zeigte der Flotten-Verein im Wahlkampf gegen das Zentrum wenig Ambitionen, in jenen Stimmbezirken, die eine katholische Bevölkerungsmehrheit aufwiesen oder einen starken Prozentanteil Katholiken besaßen, eine intensive und ernsthafte Wahlagitation zu betreiben. Hier standen Aufwand und Nutzen in einem wenig günstigen Verhältnis. Aber nichtsdestoweniger wurde der Verband aus Prestigegegründen auch in den Stammlanden des Zentrums zugunsten der nationalen Parteien aktiv und versuchte, seine lokalen Vertretungen zu mobilisieren. »Die Flotten-Vereinsleute in Westpreußen – wir haben in dieser Provinz allein 300 Ortsgruppen«, informierte Keim Mitte Januar die Reichskanzlei, leisteten in Danzig-Land und Deutsch-Krone den nationalen Kandidaten gegen das Zentrum »sehr gute Dienste ... ebenso in Schlesien und Pless-Rybnik, im Rheinland, in Moers-Rees und in Zabern-Elsass.« ³⁰

Der Wahlkampf in den Hochburgen des politischen Katholizismus begann für den Flotten-Verein, dem einzigen nationalen Agitationsverband mit einer nennenswerten Anzahl an katholischen Mitgliedern ³¹, innerhalb der eigenen Organisation. Eine wesentliche Voraussetzung für die politische Mobilisierung in den Wahlkreisen der evangelischen Diaspora war demnach die Loyalität auch der organisierten katholischen Anhängerschaft. Das Präsidialschreiben vom 19. Dezember wies in diesem Sinne die Vereinsverantwortlichen vor Ort an, »dahin aufklärend [zu] wirken, daß man ein treuer

²⁷ Siehe die Notiz über dieses Treffen in G. ELEY, *Reshaping*, 1980, S. 257f., mit dem Detailfehler, daß Stresemann an dieser Sitzung teilgenommen habe, dagegen BA Potsdam Rkzlei. 1807, Stresemann an Keim, 8. 1. 1907.

²⁸ BA Potsdam Rkzlei. 1807, Keim an v. Loebell, 16. 1. 1907; ebd., Gesprächsnotiz Loebell, 16. 1. 1907, mit Vermerk »Annaberg«; ebd., Mehnert an v. Loebell, 23. 1. 1907; vgl. H.-P. ULLMANN, *Bund der Industriellen*, 1976, S. 348 Anm. 397.

²⁹ *Die Flotte*, 7 (1907), S. 101.

³⁰ BA Potsdam Rkzlei. 1807, Keim an v. Loebell, 15. 1. 1907.

³¹ Siehe H. W. SMITH, 1995, S. 149f., mit einer Aufschlüsselung nach regionalen Organisationserfolgen unter der katholischen Bevölkerung.

Katholik sein kann, ohne ... den parteipolitischen Bestrebungen der bisherigen Reichstagsmehrheit sich anzuschließen.«³²

Das Präsidium verfolgte eine flexible Linie der Sanktionierung gegenüber Ortsgruppen mit katholischer Klientel, die dem Ruf gegen das Zentrum nicht Folge leisten wollten, oder Einzelmitgliedern, die dissidierten. Lokale Gruppen des bayerischen Landesverbandes etwa, die sich gegen die parteipolitische Marschrouten der Führung in Berlin sträubten oder sich angesichts des Präsidialukas sogar auflösten, bedachte Keim mit herablassender Gleichgültigkeit. Aufgrund des besonderen Status der Bayern war der Handlungsrahmen ohnehin begrenzt. Die Auflösungsabsicht des Ortsvereins Wemding in Schwaben, Bezirk Donauwörth, die der Kreisausschuß für Schwaben und Neuburg am 1. Januar angezeigt hatte, kommentierte Keim mit den Worten, daß in Wemding die »nationale Seite der deutschen Flottensache hinter der Parteipolitik zurücktritt; solche Verluste können unserer Sache als solcher nicht schaden.«³³ Das Weitere zu veranlassen überließ er der Kreisvertretung.

Keim und das Präsidium des Vereins faßten die Entscheidung zur Mitgliedschaft im Flotten-Verein stets als ungeschriebene Absichtserklärung auf, der nationalen Gesinnung konfessionsübergreifend auch an der Wahlurne Ausdruck zu verleihen. Entzog sich ein Katholik der »Pflicht«, der Zentrumsparterie die Gefolgschaft zu verweigern, habe er auch »das Recht verwirkt, als ein treuer und überzeugter Freund unserer Sache zu gelten«³⁴, wurde die Entwurfsfassung des Präsidialerlasses vom Dezember 1906 deutlicher. Mitunter führte der »Wahlkampf« in diesem Zeichen zu Kuriosa, so im siebten Wahlkreis des Regierungsbezirks Düsseldorf, Moers-Rees. In Moers sei ein »ultramontaner Rentner« infolge der Unachtsamkeit des Kreisvorstandes Vorsitzender der Ortsgruppe geworden, und dieser »mache auf Geheiß des dortigen katholischen Geistlichen die Wahlen für das Zentrum«, meldete der Vorgänger im Amt Keim am 15. Januar.³⁵ Mit Gleichgesinnten wolle man sich deshalb des »ungeeigneten« Funktionärs »entledigen«, wurde in demselben Schreiben angekündigt. Keim, der es in seinem Antwortbrief »nicht für einen normalen Zustand« hielt, einen Zentrumsmann als Ortsgruppenvorsitzenden zu sehen, riet zwar, mit gebotener Vorsicht und »größter Diskretion« vorzugehen, sandte aber 300.- Mark für »Auslagen«. Die Diffamierung und Ablösung des Rentners scheint offenbar nicht geglückt zu sein, denn das Handbuch des Flotten-Vereins verzeichnet

³² Schreiben des Präsidenten des Flotten-Vereins, Fürst zu Salm, an die regionalen Gliederungen vom 19. Dezember 1906 zur Beteiligung des Vereins am Reichstagswahlkampf, zitiert nach V. BERGHAIN/W. DEIST (Hrsg.), 1988, IV/12, S. 221.

³³ BA Potsdam Rkzlei. 1807, Keim an den Kreisausschuß für Schwaben und Neuburg, 3. I. 1907; das Schreiben ist auszugsweise auch zitiert in M. ERZBERGER, Bilder, 1907, S. 7; K. SCHILLING, 1968, S. 305 f.

³⁴ BA Potsdam Rkzlei. 1807, Präsidialgeschäftsstelle des Deutschen Flotten-Vereins an Landesverbände etc. [Entwurf]. o.D.

³⁵ M. ERZBERGER, Bilder, 1907, S. 5; K. SCHILLING, 1968, S. 306.

ihn in seiner Ausgabe 1907 weiterhin als Mitglied der lokalen Vereinsleitung. Der ehemalige Vorsitzende, ein Rektor an der protestantischen Volksschule in Moers, setzte sich auf Veranlassung des Flotten-Vereins auch in Verbindung mit dem freikonservativen Kandidaten des Wahlkreises, Julius Vorster, und bot ihm seine Dienste zur Verteilung von Flugblättern gegen das Zentrum an. Vorster war als Freund des RgS-Vorsitzenden Liebert »warm empfohlen« worden. In Moers scheint demnach die sonderbare Situation entstanden zu sein, daß sich der Vorsitzende der FV-Ortsgruppe für seinen Zentrumskandidaten engagierte, Teile der Mitgliedschaft dagegen hinter seinem Rücken für die parteipolitische Konkurrenz in der Reichspartei arbeiteten.

Die wahlpolitische Agitation innerhalb der Ortsgruppen des Flotten-Vereins bewegte sich entlang der Richtlinien, die die Präsidialstelle in ihrem Rundschreiben Mitte Dezember erlassen hatte. Ausdrücklich war darin auf die vereinsrechtlichen Grenzen verwiesen worden, die einer parteipolitischen Tätigkeit, und dies ganz im wörtlichen Sinne, gesetzt blieben. Der Verband könne sich »als solcher« auch in seinen Unterabteilungen nicht am Wahlkampf beteiligen, erließ das Präsidium als Memento an die regionalen Gliederungen, »da wir nicht ein politischer Verein sind«.³⁶ In öffentlichen Versammlungen, die der Flotten-Verein abhalte, seien aus diesem Grund »Ausdrücke wie Wahl, Wähler, überhaupt alles, was mit der eigentlichen Wahlaktion« zusammenhänge, zu vermeiden; dies seien »Kennzeichen eines politischen Vereins«. Wenn die Flottenfreunde durch diese Vorsichtsmaßnahmen vermeiden wollten, nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch oder dem Vereinsrecht der Länder als Partei eingestuft zu werden, um ihre Versammlungs- und Organisationsfreiheit zu wahren, bot das Präsidium jedoch ausreichend Hinweise darauf, agitatorische Bewegungsspielräume zu nutzen. So biete der »eigentliche Grund« der Reichstagsauflösung genug Berührungspunkte, um von »neutralen Themata« einen fließenden Übergang dahin zu finden, den »Anforderungen zu entsprechen.« Auch bleibe der Geschicklichkeit der Redner überlassen, »alles das zu sagen, was zur Sache nötig ist, um Wahlergebnisse im nationalen Sinne zu fördern«. Nach Beendigung einer Versammlung sollten die Mitglieder desweiteren »gleichsam privatim« über die Lage aufgeklärt und für die Wahlen mobilisiert werden.

Die Direktiven und Empfehlungen des Präsidialbüros wurden auf lokaler Ebene meist diszipliniert von Rednern und Funktionären umgesetzt. So hielt die Ortsgruppe Brühl, Regierungsbezirk Köln, am Abend des 15. Januar eine gut besuchte Versammlung ab. Auf dem Programm stand ein Vortrag mit Lichtbildern über »Das Soldatenleben in Ostasien«, der von einem Hauptmann a.D. von Amelunxen, Geschäftsführer des Bezirksverbandes

³⁶ Schreiben des Präsidenten des Flotten-Vereins, Fürst zu Salm, an die regionalen Gliederungen vom 19. Dezember 1906 zur Beteiligung des Vereins am Reichstagswahlkampf, zitiert nach V. BERGHAIN/W. DEIST (Hrsg.), 1988, IV/12, S. 221.

Köln, gehalten wurde. Es sei ein guter Vortrag gewesen, kommentierte die katholische *Kölnische Volkszeitung* in ihrer Ausgabe des folgenden Tages, soweit sich der Referent auf die Schilderung von Land und Leuten der Kolonie beschränkt habe. Die »Seitensprünge« auf »das politische Gebiet im Geiste der Flottenschwärmerei« hätten den guten Eindruck jedoch verdorben. Die Ausführungen Amelunxens »trugen den Stempel der Wahlmache«, kritisierte das Blatt, »die man nicht unbeachtet vorübergehen lassen sollte, da dieses Schauspiel sich ... so heute in Königswinter, noch wiederholen wird.«³⁷

In anderen regionalen Verbänden wiederum scheinen die Funktionäre des Flotten-Vereins etwas eifriger gewesen zu sein, als das Verbandspräsidium empfohlen und geraten hatte. Aus Westpreußen meldete die *Volkszeitung* nach Ende des Wahlgeschehens, daß in Versammlungen des Flotten-Vereins gegen das Zentrum agitiert worden sei, wie man dies sonst von verbissenen Hakatisten und Eiferern des Evangelischen Bundes gewohnt war.³⁸

Der politische Katholizismus reagierte auf diese Vorgänge um den nationalen Agitationsverband mit dem Selbstbewußtsein einer Partei, die ihre Klientel hinter sich weiß: »Los vom Flotten-Verein!«, gaben sämtliche Zentrumsblätter bis zur kleinsten Provinzzeitung an ihre Leser aus.³⁹ Manches Zentrumskomitee ergriff solche Maßnahmen bereits vor den Aufforderungen in der Parteipresse. Eine Vertrauensmännerversammlung in Wiesdorf (Leverkusen) faßte angesichts der heftigen Flugblattagitation des Flotten-Vereins bereits am 2. Januar 1907 eine Resolution, in welcher sämtliche anwesenden Flotten-Vereinsmitglieder ihren Austritt aus dem Verein erklärten und sich »per Karte« in Berlin abmeldeten.⁴⁰

Die Konkurrenz der beiden Massenorganisationen um die katholische Klientel hatte während des Wahlkampfes auf den Mitgliederbestand des Flotten-Vereins insofern Einfluß, als die Mitgliederbewegung etwa innerhalb des Landesverbandes Bayern nicht unbedeutend gewesen sein muß. Für das Berichtsjahr 1906 zählte der bayerische Regionalverband 26038 Mitglieder, im Januar 1907 sogar 27708. Für das Jahr 1907 gibt das »*Handbuch des Flotten-Vereins*« jedoch nurmehr 25585 Personen an, ein Verlust von 7,6 Prozent oder 2123 Mitgliedern, der lediglich noch im Provinzialverband für Ostpreußen zu beobachten ist (431 Mitglieder).⁴¹ Hier ist der Schwund allerdings weniger auf das Protestverhalten von katholischen Mitgliedern zurückzuführen, als vielmehr auf die Kapitulation einiger Vereinsfunktionäre und Ortsgruppen gegenüber dem Einfluß der Keimianer. Letz-

³⁷ Kölnische Volkszeitung, 16. 1. 1907, sowie auch 19. 1. 1907 zu einem ähnlichen Vorgang in Gießen.

³⁸ Kölnische Volkszeitung, 9. 3. 1907.

³⁹ Siehe etwa Germania, 10. 2. 1907 (1. Bl.); Kölnische Volkszeitung, 1. 2. 1907; Saar-Post, 10. 1./19. 1. 1907.

⁴⁰ Kölnische Volkszeitung, 5. 1. 1907.

⁴¹ Siehe Tab Ia) Stand der Mitgliederbewegung 1900, nach: K. SCHILLING, 1968, S. 517; vgl. H. W. SMITH, 1995, S. 150.

tere konnten in ihren Landesausschüssen nach den Wahlen denn auch eine ziemlich positive Bilanz der Mitgliederbewegung aufmachen. Der Verband für das Großherzogtum Hessen etwa stellte im April 1907 befriedigt fest, daß dort »wie in den meisten anderen Landes- und Provinzverbänden« eine »wahrnehmbare Beunruhigung der Mitglieder« infolge der Vorgänge während der Wahlbewegung nicht eingetreten sei. Lediglich sieben Austritten stünden seit 1. Januar etwa 250 Beitritte gegenüber.⁴²

Daß die Klientel des politischen Katholizismus völlig unbeeindruckt von dem Wahlrummel blieb, den das Präsidium des Vereins zu organisieren in der Lage war, zeigen schließlich die Vorkommnisse im ersten Düsseldorfer Stimmbezirk, Lennep-Mettmann. Hier wurde als Kandidat eines freikonservativ-nationalliberal-linksliberalen Wahlkartells Professor Richard Eickhoff vom Freisinn gegen den sozialdemokratischen Mandatsinhaber nominiert. In dem städtischen Wahlkreis mit einem geringen Anteil Katholiken hatte das Zentrum seit einer Ersatzwahl 1895 wieder einen eigenen Kandidaten aufgestellt, der zwar im Ersten Wahlgang chancenlos blieb, dessen katholische Anhänger jedoch einer Stichwahlempfehlung des lokalen Wahlkomitees für den freisinnigen Bewerber gegen den Sozialdemokraten folgten. Dies war erstaunlich und interessant zugleich, denn der Kreis Lennep war im Wahlkampf von Flugblättern gegen Zentrum und Sozialdemokratie, die von Flotten-Verein und Regierungsstellen stammten, geradezu »überschwemmt« worden.⁴³ Auch Schriften, die kurz vor der Stichwahl an alle Zentrumswähler versandt worden waren und zur Wahlenthaltung aufforderten, hatten nur bedingt Erfolg.⁴⁴ Etwa 75 Prozent der Zentrumswähler entschieden sich für Eickhoff und damit für jenen Kandidaten, dessen Wahl »versöhnlich, teils agitatorisch« von Keim, Flotten-Verein und Reichskanzlei gefördert worden war.⁴⁵

⁴² BA Potsdam Rkzlei. 2261, Landesausschuß für das Großherzogtum Hessen an seine Mitglieder und die Vorsitzenden der Orts- und Kreisgruppen, 6. 4. 1907.

⁴³ So mit Text des sozialdemokratischen Wahlprotests siehe SBR, XII/1, Bericht der Wahlprüfungskommission über die Wahl des Abgeordneten Eickhoff, 18. 2. 1908, Anl. Bd. 246, S. 4442. Die Wahlprüfung im Falle Eickhoff wurde zum Paragrafenfall für die Verhandlung »amtlicher Wahlunterstützung« vor der Kommission und im Reichstag. Keim hatte in einem Schreiben an Eickhoff vom 15. Januar eine »amtliche Wahlunterstützung [als] in jeder Weise sichergestellt« bezeichnet. Das Schreiben wurde in der »Briefdiebstahllaffaire« enthüllt und zum Hauptbeweisstück der Anklage. Die Prüfungskommission lehnte die Klage ab, da die »Wirkung« auf die Wähler nicht behauptet worden sei. Nach Antrag auf Revision dieser Entscheidung und erneuter Gültigkeitserklärung bestätigte das Plenum die rechtmäßige Wahl mit hauchdünner Mehrheit, siehe SBR, XII/1 18. 2. 1908, Anl. Bd. 246, S. 4440–4446; ebd., S. 4535; SBR, XII/1, 6. 5. 1908, S. 5154 ff.; zu den Vorkommnissen in Lennep auch K. SCHILLING, 1968, S. 301.

⁴⁴ Siehe SBR, XII/1, 6. 5. 1908, S. 5164. Der Urheber dieser Flugblätter blieb unbekannt.

⁴⁵ Keim an Eickhoff, 3. 1. 1907, zitiert nach M. ERZBERGER, Bilder, 1907, S. 51.

3. Der Evangelische Bund und der Antilultramontane Reichsverband

Daß die wahlorganisatorische Arbeit, die von Verbänden gegen das Zentrum geleistet wurde, meist hinter den Erwartungen zurückblieb, war kein Phänomen, das allein die Tätigkeit des Flotten-Vereins beschreibt. Auch die größte »antilultramontane« pressure group der deutschen Protestanten, der Evangelische Bund, stand im Wahlkampf gegen den politischen Katholizismus vor ähnlichen Problemen. Der Weg des Bundes auf den politischen Massenmarkt und seine Wandlung zum Wahlhilfeverein der nationalliberalen Partei weisen dabei erstaunliche Parallelen zur Politisierung des Flotten-Vereins nach der Jahrhundertwende auf.

Der »Evangelische Bund zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen« wandelte sich von einem Kirchenverein zur Massenorganisation. Die Mitgliederzahl verdoppelte sich in den vier Jahren von 1902 bis 1906 auf 328 000.¹ Diese rasante Entwicklung des konfessionellen Massenverbandes forderte eine reformorientierte Opposition um den Ex-Jesuiten Paul Graf von Hoensbroech heraus, die ab 1904 in interner Auseinandersetzung mit den Gründungsvätern des EB allmählich zu neuen, politischen Zielen strebte. Der Bund habe trotz seiner reichsweiten Organisation »so gut wie keinen Einfluß in der politischen Welt, weder bei Regierungen, noch bei Parteien«, formulierte Hoensbroech in der Monatsschrift *Deutschland* provokant, und »seine Wirkung auf die große Tagespresse [sei] so gut wie Null.«² Hoensbroech übte mit Hilfe der von ihm 1903 gegründeten Antilultramontanen Wahlvereinigung, die aus dem Berliner Ortsverband des Evangelischen Bundes hervorgegangen war, Druck auf die Bundesorganisation aus. Er konnte Gleichgesinnte gewinnen, um dahingehend zu wirken, daß der Bund »auch in den Volksvertretungen« die Rolle spiele, die »auch nur annähernd der Größe seiner äußeren Gestalt entspricht.« Der Ultramontanismus wirke »auf politischem Boden«, predigte Hoensbroech, deshalb müßten »Einfluß und Gliederung [eingesetzt werden], damit die politischen Wahlen antilultramontan ausfallen«.³

Die stete Parole wirkte. Auf der Generalversammlung des Bundes in Dresden, am 4. Oktober 1904, sprach Superintendent Richard Bärwinkel, Mitbegründer des Verbandes, davon, daß die Organisation zwar »nicht wesentlich eine politische Vereinigung sein [müsse]«, der EB müsse sich aber

¹ Zum Evangelischen Bund weiterhin einschlägig W. FLEISCHMANN-BISTEN/H. GROTE, Protestanten, 1986; zur Gründung W. FLEISCHMANN-BISTEN, Evangelischer Bund in Erfurt, 1992; W. BEYSLAG, 1926; ferner H. GOTTWALD, Evangelischer Bund, 1983, mit Angaben zur Mitgliederentwicklung, S. 581.

² P. v. HOENSBROECH, Evangelischer Bund, 1906, S. 631.

³ Zur Antilultramontanen Wahlvereinigung, die zur Keimzelle des Antilultramontanen Reichsverbandes wurde, H. GOTTWALD, Antilultramontaner Reichsverband, 1983; H. W. SMITH, 1995, S. 128 ff.; Zitat: P. v. HOENSBROECH, Evangelischer Bund, 1906, S. 632; so wie DERS., Was tut not?, in: Die Wartburg, 3 (1904), S. 363.

»um die Politik kümmern«. So habe der Bund »also politische Aufgaben und zwar in ähnlicher Weise wie z. B. ... der Flotten-Verein und der Deutsche Ostmarkenverein.«⁴ Die Dresdener Tagung vollzog einen entscheidenden Schritt hin zu aktiver Wahlpolitik. Nachdem die Bundesleitung sich bis dato in eine Reichstagswahlbewegung lediglich 1903 mit einem Aufruf eingeschaltet hatte, der vom »evangelischen Christen als Wähler« private Interpellation seines Kandidaten forderte – eine sowohl für den Wähler als auch für den Kandidaten längst unpraktikable Methode –, verlegte sich die Führung des Bundes nun auf modernes Interpellationsmanagement.⁵ Auf Betreiben von Pastor Otto Everling, einem Vertreter der ehrgeizigen, jüngeren Generation von Verbandspolitikern und »Aktivisten«, der ab Dezember 1905 zum Direktor des EB aufstieg, wurde ein bestehender »Gesprächskreis« nach der Dresdener Tagung zu einem »Vermittlungsausschuß« umfunktioniert.⁶ Der Ausschuß arbeitete aus vereinsrechtlichen Gründen inoffiziell und nach einer Taktik, die an alldeutsche Prinzipien informeller Gremienarbeit erinnerte⁷: Die Kandidateninterpellation sollte nicht länger jedem einzelnen Wähler überlassen bleiben, sondern in organisierter Interessenvertretung über Ansprechpartner in Parteikomitees und Parlamenten vorgetragen werden. Wahlkampfpolitisches Ziel war, Stichwahlabkommen nicht-ultramontaner Kandidaten mit der Zentrumsparterie zu verhindern. Begleitend hierzu wurden Flugblätter verbreitet, die vor der Gefahr des Ultramontanismus für Staat und Nation warnten.⁸ Sie erschienen 1906 in 41 zu meist konservativen Wahlkreisen, deren Abgeordnete nach Ansicht des Vermittlungsausschusses keine ausreichende Gewähr dafür boten, gegen den politischen Katholizismus einzutreten. Das Gremium strebte mit Hilfe agitatorisch vorbereiteter, organisierter Interpellation zum Massenwahlkampf.

Waren der Vermittlungsausschuß und die Flugblattverbreitung untrügliche Indizien, daß auch der Evangelische Bund nach 1904 in die wahlrelevante Politisierungsphase der pressure groups eingetreten war, wurde die nationalliberale Kandidatur von Licentiat Everling hierfür zu einem sichtbaren Zeichen. Im Königreich Sachsen, wo mit mehr als 40000 Mitgliedern einer der größten EB-Landesverbände bestand, versuchte der Bundesdirek-

⁴ R. BÄRWINKEL, 1904, S. 9.

⁵ Der Aufruf ist zitiert in P. v. HOENSBROECH, Evangelischer Bund, 1906, S. 647; zur Kritik an der Durchführung G. RAUTER, 1905, S. 560.

⁶ Siehe H. W. SMITH, 1995, S. 130f.; vgl. zum Vermittlungsausschuß auch W. FLEISCHMANN-BISTEN/H. GROTE, Protestanten, 1986, S. 55. Die Erfolge des Ausschusses werden in beiden Arbeiten unterschiedlich bewertet. Smith gelingt aufgrund intensiven Aktentudiums eine umfassende Darstellung für die Tätigkeit des Gremiums.

⁷ Nicht ohne Grund war einer der beiden Vorsitzenden des Gremiums der AdV-Funktionär und Herausgeber der Täglichen Rundschau, Heinrich Rippler. Kurz vor der Dresdener Tagung hatte Rippler bezeichnenderweise in Richtung einer Politisierung des Evangelischen Bundes agitiert, siehe Tägliche Rundschau, 24. 9. 1904, zitiert nach P. v. HOENSBROECH, Evangelischer Bund, 1906, S. 633.

⁸ H. W. SMITH, 1995, S. 132.

tor, den Wahlkreis Döbeln-Roßwein gegen den sozialdemokratischen Mandatsinhaber Johann Pinkau zu erobern.⁹ Auch der Evangelische Bund strebte wie der Flotten-Verein nicht danach, das Zentrum frontal in seinen Hochburgen zu attackieren. »So kindisch« sei die Bundesleitung nie gewesen, erklärte Everling seine Entscheidung, nicht etwa in Bayern oder im Rheinland zu kandidieren, »daß sie glaubte, der Evangelische Bund könne dem Zentrum seine Wahlkreise abnehmen.«¹⁰ Ohne den organisatorischen Rückhalt einer regional und konfessionell konzentrierten Massenklientel hätte der Wahleinsatz des Bundesdirektors in zentrums-katholischen Stammländern einem Himmelfahrtskommando geglichen.

Probleme stellten sich Everling gleichwohl auch in Döbeln. Vor den Wahlerfolg des EB-Direktors setzten die Konservativen nämlich einen eigenen Kandidaten. Everling suchte den Blockkonkurrenten mit dem Hinweis zu übervorteilen, seine eigene Bewerbung sei »eine persönliche, nicht eine Kandidatur des Bundes und trage zur Einigung der Parteien bei.«¹¹ Im Wahlkreis wurde dessen ungeachtet ein Flugblatt des EB verbreitet, das die Wähler zur »energischen Betätigung ihrer Staatsbürgerrechte anfeuerte«, damit eine »wahrhaft nationale und antiultramontane Reichstagsmehrheit erzielt werde.«¹²

Everling arbeitete intensiv an den »Stimmungswerten«, am Zorn wider den Ultramontanismus, der in Sachsen nach seinem Dafürhalten die »Hilfs-truppen der Schwarzen zu Boden schlug«.¹³ Der Bundesdirektor muß den sogenannten »furor protestanticus« während 42 Wahlversammlungen gut geschürt haben; in seiner Hand wurde die Formel zum Wahlkampfeslogan. Obgleich er die Wirkung seines konfessionell geprägten Wahlkampfes in Sachsen auch etwas überschätzt haben mag, hatte Everling gelernt, eine Kampagne in wahlinhaltlicher und organisatorischer Hinsicht zu führen und zog als Abgeordneter in den neuen Reichstag ein. Das Wahlergebnis beschreibt die Wandlung des Evangelischen Bundes zu einer politisierten Massenorganisation der deutschen Protestanten wohl am eindringlichsten. Auch der EB hatte seinen Weg auf den politischen Massenmarkt gefunden.

Das Streben, wahlpolitisch gegen das Zentrum zu wirken, hatte den Antiultramontanen Reichsverband seit seiner Gründung im Oktober 1906 geprägt. Nachdem Paul von Hoensbroech über die Frage der Entwicklung des EB zu einem rein politisch wirkenden »Kulturbund« mit Otto Everling gebrochen hatte, der den konfessionell-protestantischen Charakter des Bundes gewahrt wissen wollte, konzentrierte er sich auf den Zusammenschluß

⁹ Im Wahlkreis Köslin 5, Neustettin, trat als weiterer Bundesfunktionär Professor Thümmel aus Jena für die Nationalliberalen gegen den konservativen Landrat a.D. von Bonin und den Antisemiten Ahlwardt an. Bonin konnte sein Mandat im Ersten Wahlgang verteidigen.

¹⁰ BA Potsdam 90 La 5/21, Everling an Lange, 6. 2. 1907.

¹¹ Germania, 18. 1. 1907 (2. Bl.).

¹² Ebd.

¹³ BA Potsdam 90 La 5/21, Everling an Lange, 6. 2. 1907.

Antiuultramontaner Vereinigungen.¹⁴ Zweck des AuR war, wie der Aufruf des Verbandes zur Reichstagswahl 1907 betonte, »die Bekämpfung des Ultramontanismus durch Verbreitung von Aufklärung über ihn und durch Stellungnahme gegen ihn bei politischen und kommunalen Wahlen.«¹⁵ Seine politische Tätigkeit belief sich in der Hauptsache darauf, Flugblätter herauszugeben und Volksversammlungen zu veranstalten. Wie Graf Hoensbroech zur qualitativen Gestaltung wirksamer Schriften ausführte, sollten diese den »Ansprüchen gediegener Aufklärung« in wissenschaftlicher, aber auch volkstümlicher Form genügen.¹⁶ Hoensbroech erkannte die Notwendigkeit, über die geschickte Gestaltung politischer Botschaften die Öffentlichkeitsarbeit zu steuern. Er paßte sich damit jener Tendenz an, pädagogische Aufklärung zur Wahlagitation umzugießen, die um dieselbe Zeit sämtliche wahlpolitisch agierenden Organisationen erfaßte. In seinem »*Antiuultramontanen Handbuch*«, herausgegeben 1913, ging der Verband unter der Überschrift »*Unerschütterlichkeit des Zentrumsturmes*« in diesem Zusammenhang auf die wahlarithmetischen Chancen der Agitation gegen den politischen Katholizismus ein. Die Mandatszahl der Zentrumspartei habe bei den letzten Reichstagswahlen (von 1912) »Veränderungen durchgemacht«, schrieb das Handbuch gegen die Vorstellung an, der parlamentarische Besitzstand des Ultramontanismus sei unantastbar und lohne gegnerische Agitation nicht. »Bei einer rücksichtslosen Aufklärungsarbeit und bei eifriger Agitation [können] in den Zentrumsturm noch ganz andere Brechen geschossen werden, als es bislang gelungen ist«, blickte der AuR erwartungsvoll in die Zukunft.¹⁷ Mit einem Mitgliederbestand, der kaum 10000 erreichte, blieb der Reichsverband jedoch eine »extremistische Ergänzung des Evangelischen Bundes«¹⁸, der seiner selbstgestellten Aufgabe, eine neue Kulturkampfstimmung zu wahlpolitischem Nutzen der antiultramontanen Parteien zu erregen, nicht gerecht werden konnte. Auch der Anspruch des Verbandes, ein »antiultramontanes Ferment ... in allen Parteien«¹⁹ zu bilden, wurde lediglich bei National- und Linksliberalismus eingelöst.

¹⁴ Siehe auch im folgenden H. GOTTWALD, Antiuultramontaner Reichsverband, 1983, S. 89–93; vgl. H. W. SMITH, 1995, S. 135 f.

¹⁵ Wahlaufuf des Antiuultramontanen Reichsverbandes, zitiert nach Wahlaufufe, 1907, S. 100 f.

¹⁶ P. v. HOENSBROECH, Evangelischer Bund, 1906, S. 669.

¹⁷ Antiuultramontanes Handbuch, 1913, S. 651.

¹⁸ So Thankmar Freiherr von Münchhausen auf dem Ersten Delegiertentag des AuR im Mai 1907, zitiert in Tägliche Rundschau, 28. 5. 1907, nach: H. GOTTWALD, Antiuultramontaner Reichsverband, 1983, S. 91.

¹⁹ Wahlaufuf des Antiuultramontanen Reichsverbandes, zitiert nach Wahlaufufe, 1907, S. 101; siehe ebd., zur Zusammensetzung des Verbandsvorstandes.

4. Eine Wahlkampagne auf nationaler Ebene

Ein 31-jähriger Abgeordneter der Zentrumsparlei aus Württemberg hatte Ende 1906 entscheidend mit dazu beigetragen, daß seine Fraktion den Nachtragshaushalt für die Niederwerfung des Aufstandes in Deutsch-Südwestafrika ablehnte. Er wurde nicht zuletzt aus diesem Grund im nationalen und gouvernementalen Lager zu einem der am meisten verachteten Politiker. Der rasante Aufstieg Matthias Erzbergers bis in die parlamentarische Führungsetage des politischen Katholizismus begann als Redakteur, Sekretär und Gewerkschaftsführer in der katholischen Arbeiterbewegung sowie im Volksverein für das katholische Deutschland, dessen organisatorische Basis in Württemberg mittelständisch geprägt war.¹ Ähnlich dem »Bauern doktor« Georg Heim suchte auch Erzberger eine Verbindung zwischen der »Reformbewegung« der katholischen Arbeiterschaft und dem ländlichen, bäuerlich-kleingewerblichen Populismus herzustellen, der in den 1890er Jahren eine eigenständige politische Kraft auch innerhalb des katholischen Deutschland geworden war, und das Protestpotential dieser »zentrumdemokratischen« Klientel zu mobilisieren.² Seinen ersten Reichstagswahlkampf führte der 28-jährige »Anwalt der kleinen Leute« im ländlichen Stimmbezirk Biberach-Leutkirch, der zu 91 Prozent katholisch war und sich seit 1872 in Zentrumshand befand. Erzberger hatte diesen »Riviera-Wahlkreis« durch Vermittlung seines politischen Mentors, des württembergischen Parteihonoratioren Adolf Gröber, erhalten. Obwohl der Stimmbezirk keine Betreuung durch den Kandidaten erforderte und Biberach auch 1903 von sozialdemokratischer Landagitation noch nicht oder nur unzureichend erfaßt worden war – links- oder nationalliberale Bewerber blieben eine zu vernachlässigende Größe –, entfaltete Erzberger eine ungewöhnlich aktive Wahlpropaganda. Er malte den »frommen Bauern das rote Gespenst an die Wand« und hatte in Eigenregie vier Flugschriften herausgegeben, »welche alle gute Übersicht zeigten und packend fürs Volk geschrieben waren«.³ Die agitatorischen Ambitionen des jungen Zentrumsdemokraten machten sich zum ersten Male bemerkbar.

Erzberger siedelte nach einem überzeugenden Wahlsieg nach Berlin über und widmete sich mit ungestüher Dynamik der Fraktions- und Öffentlichkeitsarbeit. Er gab eine Zeitungskorrespondenz heraus, wie sie später auch bei den Sozialdemokraten oder dem Reichsverband in journalistische Mode kam. Diese bediente die Zentrumsblätter und war durch ihre »geschickte, vielfach allerdings auch sensationelle Aufmachung, dann durch aufsehen-

¹ Siehe K. EPSTEIN, Erzberger, 1976, S. 24–33. Zu Erzbergers früher Tätigkeit ebenfalls W. HALDER, 1995, S. 302f.; D. BLACKBOURN, Class, 1980, S. 181f. und 188f.; vgl. W. LOTH, Katholiken, 1984, S. 95.

² Siehe W. LOTH, Katholiken, 1984, S. 94ff.; vgl. DERS., Soziale Bewegungen, 1991, S. 285ff. und 298ff.

³ Siehe K. EPSTEIN, Erzberger, 1976, S. 32; C. BACHEM, 1927–1932, Bd. VI, S. 342.

erregende Indiskretionen« rasch weit verbreitet und erlangte einen erheblichen politischen Einfluß auf die von ihr bedienten Zentrumsblätter.⁴ Getragen von seinem Ehrgeiz, seinem unbändigen Arbeitseifer und dem Bewußtsein, die zentrumsdemokratische Basis hinter sich zu wissen, rückte Erzberger in der Fraktion schnell zu einem der Hauptredner auf und gelangte bereits 1904 in die Budgetkommission des Reichstages. Der Berufspolitiker Erzberger düpierte die Honoratioren in der Zentrumsleitung, Graf Hompesch, Peter Spahn, Carl Bachem und auch seinen einstigen Protégé Gröber, mehrfach insbesondere in politischen Sach- und Kardinalfragen. Für seine öffentlichkeitswirksamen und schonungslosen Angriffe gegen die Kolonialverwaltung seit Ende 1905 und sein Bestreben, über die Beschneidung von Budgettiteln für den kolonialen Nachtragshaushalt die Kontrolle des Parlaments über die Außen- und Militärpolitik zu wahren und auszubauen, erlangte er die Rückendeckung der meisten Fraktionskollegen.⁵ Die Zentrumsführung, die der »Richtung Erzberger« entgegenzukommen suchte und zugleich auch nationale Zuverlässigkeit der Katholiken gegenüber der Reichsleitung demonstrieren wollte, verlor an Autorität und mußte zurückstecken.

Der emotional aufgeladene Wahlkampf, der sich nach der Parlamentsauflösung entfaltete, war für Matthias Erzberger wie geschaffen. Er stilisierte sich selbst zum »Helden« der zentrumsdemokratischen Bewegung sowie des gesamten katholischen Deutschland empor und führte als Wahlkampfmatador eine Kampagne, die zugleich öffentliche Demonstration und Provokation war. Im Schlagabtausch mit seinen politischen Gegnern vor allem im Flotten-Verein und in der Reichskanzlei Bülow's mündete diese Kampagne in einen nationalisierten und personalisierten Wahlkampf, wie er bisher unbekannt war. Die Kandidatur Erzbergers in seinem Heimatwahlkreis Biberach, wo er erneut einen Stimmenanteil von 90 Prozent erreichen sollte, spielte dabei nurmehr eine marginale Rolle.

Daß die Kampagne Erzbergers eine reichsweit beachtete und wirkende wurde, war zunächst ein Ergebnis der horrenden Anzahl von 50 Zählkandidaturen, die die Zentrumswahlkomitees ihrem Parteifavoriten antrugen und die der Nominierte offenbar gerne bereit war anzunehmen.⁶ Diese Wahlkreise befanden sich zumeist zwar in der katholischen Diaspora, da

⁴ C. BACHEM, 1927–1932, Bd. VI, S. 343.

⁵ Hierzu ausführlich W. LOTH, *Katholiken*, 1984, S. 98–120; vgl. K. EPSTEIN, *Erzberger and German Colonial Scandals*, 1959; DERS., *Erzberger*, 1976, S. 61.

⁶ Siehe SBR, XII/1, Verzeichnis der bei den Reichstagswahlen von 1907 gewählten Abgeordneten und ihrer Gegenkandidaten, Anl. Bd. 243, S. 3523 ff.; vgl. *Germania*, 25. 12. 1906 (2. Bl.); *Norddeutsche Allgemeine Zeitung*, 16. 12. 1906; *Vorwärts*, 5. 1. 1907; *Leipziger Volkszeitung*, 9. 1. 1907. Kein anderer Bewerber einer politischen Partei erreichte diese Zahl auch nur annähernd. Die beiden polnischen Abgeordneten Chociszewski und von Czarlinski sowie August Bebel wurden in 24 bzw. 20 resp. 10 Wahlkreisen als Zählkandidat aufgestellt und blieben somit zusammengenommen nur knapp über der Wahlkreisagenda Erzbergers. Allerdings verzeichnete die Reichsstatistik nur solche Kandidaturen, auf welche mindestens 26 Stimmen entfielen. Die Anzahl der Zähl-

Erzberger einer aussichtsreichen oder sicheren Kandidatur eines Parteikollegen nicht vorgreifen konnte. Dennoch trat er in fast ganz Sachsen an, auch zierte sein Name die Kandidatenlisten sämtlicher Berliner Wahlkreise; da, wo Nation und Blockparteien ihre Blicke am intensivsten hinrichteten, war er präsent. Die regionalen Parteigremien hatten sich nicht schwer getan, einen populären Bewerber zu finden, der im Wahlkampf ihre politischen Positionen vertreten konnte. So suchte man in Sachsen Mitte Dezember nach einem Zählkandidaten, »dessen Name ein Programm bedeutet« und dem man Dank und Anerkennung für seinen Kampf um das »Recht, [die] Sittlichkeit und [die] Menschlichkeit in den Kolonien« zollen wollte.⁷ Der Parteizentralausschuß für Berlin sprach derweil die Überzeugung aus, daß eine Kandidatur Erzberger »in allen Kreisen der Centrumspartei freudige Zustimmung finden wird.«⁸

Matthias Erzberger hatte unterdessen die Öffentlichkeitsarbeit und Kampagnetätigkeit in schriftlicher und mündlicher Form aufgenommen. Bereits Weihnachten 1906 erschien die in der *Germania* Tage zuvor angekündigte Broschüre »*Warum ist der Reichstag aufgelöst worden. Ein offenes Wort an die Wählerschaft*«. ⁹ Das Heft in Din-A-5 Format, das zu einem Preis von 20 Pfennigen pro Stück vor Wahlversammlungen angeboten oder an Zentrumskomitees zur Kolportage versandt wurde, war eine in scharfem Ton gehaltene Schrift, die das Budgetrecht des Reichstags auch in Militärfragen verteidigte. Sie bot zudem eine flammende Anklage gegen »autokratische« Tendenzen im Regierungsstil von Bülow. Als Handbuch für Wahlreden ließ Erzberger die 96 Seiten starke »*Kolonial-Bilanz*« folgen.

Erzbergers Talent, die katholischen Massen zu begeistern und zu mobilisieren, entfaltete sich vor allem auf Wahlreden während seines reichsweiten Kampagnefeldzuges. Die Stationen umfaßten Ende Dezember die Rheinprovinz, bis Mitte Januar weilte er in Berlin, und kurz vor den Hauptwahlen bereiste er Süddeutschland. Der Schwerpunkt seines Wahlkampfes lag jedoch in der Reichshauptstadt, »damit die Herren [in der Regierung] besser hören«, wie Erzberger am 9. Januar in der Bockbrauerei während einer seiner drei Großveranstaltungen unter Heiterkeit des über tausendköpfigen Publikums ausführte. Der junge Zentrumskandidat überraschte seine Zuhörer dabei mit ungewohnten agitatorischen Darbietungen. Sein politischer Stil lag weitab pastoraler Wahlpredigten oder den frommen Ansprachen von Vorsitzenden lokaler Zentrumswahlkomitees, die das katholische Wahl-

kandidaturen Erzbergers, bzw. der anderen genannten Kandidaten, ist möglicherweise noch etwas höher anzusetzen.

⁷ *Germania*, 19. 12. 1906 (2. Bl.). Da Erzberger auch in Berlin und Potsdam aufgestellt war, wollte die sächsische Zentrumsleitung zunächst auf Hermann Roeren ausweichen, der sich im Reichstag ähnlich exponiert hatte wie Erzberger.

⁸ *Germania*, 25. 12. 1906 (2. Bl.).

⁹ M. ERZBERGER, *Warum ist der Reichstag aufgelöst worden. Ein offenes Wort an die Wählerschaft*. Berlin [Germania] 1907; zur Ankündigung der Schrift siehe *Germania*, 22. 12. 1906 (2. Bl.).

volk sonst über sich ergehen lassen mußte. Typisch für jene politischen Andachten war etwa die Rede eines Zentrumsfunktionärs auf einer Katholikenversammlung in Charlottenburg kurz vor der Reichstagsauflösung. Der Parteiredner hatte in Anwesenheit zweier Reichstagsabgeordneter die Voraussetzung dafür, daß die »katholische Weltanschauung« zur Geltung gelange, noch mit dem »Leuchten des Sterns von Bethlehem« über Parlamenten und öffentlichem Leben in Verbindung gebracht.¹⁰ Auch die regionalen und Provinzialverbände des Zentrums vertrauten in ihren Wahlaufufen der immanenten Mobilisierungskraft des gegnerischen »furor protestanticus« und übten sich ansonsten in Bequemlichkeit. Die Aufrufe der Zentrumsverbände seien zu »trocken-geschäftsmäßig« ausgefallen und trafen nicht das »Populäre«, kritisierte Carl Bachem noch am Tag der Hauptwahlen.¹¹

Erzberger agitierte emotional, zugleich aber auch scharfsinnig im Detail, redegewandt und mit einem guten Schuß Populismus. Er inszenierte ein »Schauspiel«, das zu sehen »der jüngste Ehemann ... die Arme seiner teuern Gattin verließ«, kommentierte der *Hannoversche Courier* beeindruckt noch ein Jahr nach den Wahlereignissen.¹² Seine Großveranstaltung in der Bockbrauerei am 9. Januar war eine »Generalabrechnung« mit der Regierung. Seine Rede ein rhetorischer Galopp durch die Kolonialskandale, derweilen er sich immer wieder selbst mit den Worten »Weiter!«, »Nun weiter!«, »Weiter!« anfeuerte. Den Sylvesterbrief Bülows bezeichnete er als »scharfmacherisch«; der offiziösen *Norddeutschen Allgemeinen Zeitung* bescheinigte er ein »niedriges Niveau der Wahrheitsliebe«. Erzbergers Parforceritt endete in stürmischem Beifall und mit Annahme einer Resolution, die der Zentrumsfraktion im Preußischen Abgeordnetenhaus Dank für den Antrag auf Einführung des Allgemeinen Wahlrechts aussprach – nachdem Erzberger die Versammlung kurz zuvor über die Entscheidung der preußischen Parlamentarier informiert hatte.¹³ In auffälligem Gegensatz zur erwähnten Katholikenversammlung in Charlottenburg schloß die Großversammlung Erzbergers nicht mit einem »Hoch auf Papst und Kaiser« und dem Hymnus »Großer Gott, wir loben Dich«, sondern mit einem »Hoch auf das Zentrum«.

Die politischen Gegner beobachteten Erzbergers Kampagnestil aufmerksam und zogen ihre Schlüsse. Die liberale Parteipresse beließ es allerdings bei der Feststellung, daß sich Erzberger nunmehr nicht allein in Bezug auf die politischen Positionen, sondern auch im »Ton« der Sozialdemokratie angenähert habe: »Was man jetzt in klerikalen Wahlversammlungen zu hören bekommt, ist dieselbe Tonart, die auch aus den sozialistischen heraus-

¹⁰ Germania, 14. 12. 1906 (2. Bl.).

¹¹ Notiz Bachems vom 25. 1. 1907, zitiert nach V. SCHULTE, 1989, S. 177.

¹² Hannoverscher Courier, 21. 7. 1908, zitiert nach W. LOTH, Katholiken, 1984, S. 123.

¹³ Siehe W. LOTH, Katholiken, 1984, S. 124f., der diesen Antrag der altgedienten Honoratioren in der Zentrumsfraktion mit der Notwendigkeit erklärt, »demokratische« Themen aufzugreifen, um die »Demagogen« wie Erzberger und die Arbeiterkandidaten wieder in den Griff zu bekommen.

schallt, der Unterschied ist kaum mehr zu bemerken«, schrieb etwa die *Dortmunder Zeitung* am 1. Januar über eine Wahlveranstaltung Erzbergers in der Rheinprovinz. Die erste Großveranstaltung des Zentrumsmatadors in der Berliner »Neuen Welt« am 3. Januar bedachte die *National Zeitung* tags darauf mit einem ähnlichen Kommentar.¹⁴

Charakterisierte und äußerte die Presse der Blockparteien den Unmut, der sich gegen Erzberger im nationalen Lager angestaut hatte, schuf der Flotten-Verein in Zusammenarbeit mit den obersten Reichsbehörden diesem Unmut ein Ventil. Verband und Regierung inszenierten eine personalisierte Wahlkampagne gegen Erzberger unter der politischen Maßgabe, daß die Zentrumsfraktion ihre »demagogische Führung abschüttelt«.¹⁵ Die gegenwärtige Partei sei von radikalen Männern getragen, erläuterte General Keim das Kampagneziel gegen den Zentrumsabgeordneten, die »in allen nationalen Fragen mit den grundsätzlichen Gegnern des Reichs, den Sozialdemokraten, Schulter an Schulter zusammenstehen«.¹⁶ Die Verbandsleitung trat am 2. und 3. Januar 1907 mit der Reichskanzlei in Verbindung, um eine »Zentralstelle für die Herausgabe von Flugschriften« zu schaffen.¹⁷ Der Flotten-Verein erklärte sich überdies bereit, für Verpackung und Versand der Schriften zu sorgen. Keim ließ die Flugblattaktion gegen Erzberger vom sogenannten Komitee Patria refinanzieren, das über einen »Interfraktionellen Wahlfonds« aus Industriegeldern verfügte.¹⁸

Das Ergebnis der Verhandlungen Keims mit den Reichsbehörden um die wahlhaltliche Gestaltung der Agitation war eine der umstrittensten Schriften, die im Jahre 1907 in die Wahlkonkurrenz geworfen wurden: Sie trug den Titel »Lügen des Herrn Erzberger«. Der Text zu diesem außergewöhnlichen Rubrum, das Keim, Bülow und der Chef der Reichskanzlei übereinstimmend als das einzig »wirksame« bezeichneten, war in der Pressestelle der Kolonialabteilung entstanden. Dort besaß man das nötige Detailwissen, um die Broschüren Erzbergers zu widerlegen. Keim erbat sich schließlich einen Abzug des Manuskripts, um »hie und da noch einen Schlag aufsetzen« zu können.¹⁹ Bereits am 7. Januar konnte der Präsident des Flotten-Vereins dem Pressedezernenten der Kolonialabteilung, von der

¹⁴ *Dortmunder Zeitung*, 1. 1. 1907; *National Zeitung*, 4. 1. 1907.

¹⁵ Keim an von Savigny, 29. 1. 1907, zitiert nach M. ERZBERGER, *Bilder*, 1907, S. 6; vgl. BA Potsdam Rkzlei. 1807, Keim an Bülow, 3. 2. 1907.

¹⁶ *Elbinger Zeitung*, zitiert nach *Kölnische Volkszeitung*, 10. 5. 1907.

¹⁷ Keim an von der Groeben, 2. 1. 1907, zitiert nach M. ERZBERGER, *Bilder*, 1907, S. 49.

¹⁸ Einzelheiten zur technischen Abwicklung und den Finanzierungsmodalitäten in K. SCHILLING, 1968, S. 296f. Keim mußte allerdings über die Reichskanzlei Zahlungen des vom Führer der Freikonservativen, von Zedlitz-Neukirch, präsidierten Komitees für eigene Vorleistungen anmahnen, da das Gremium lieber eigene Flugschriften herstellen und verbreiten ließ, vgl. BA Potsdam Rkzlei. 1807, v. Loebell an Keim, 1. 2. 1907; ebd., Keim an von Günther, 2. 2. 1907. Zum Komitee Patria BA Potsdam Rkzlei. 1798; vgl. D. FRICKE, *Reichstagswahlen*, 1961, S. 554f.

¹⁹ Keim an von der Groeben, 3. 1. 1907, zitiert nach M. ERZBERGER, *Bilder*, 1907, S. 49. Nach A. KEIM, 1925, S. 124, geht die Überschrift auf ihn selbst zurück.

Groebe, mitteilen, daß »¼ Million Erzberger in alle Welt gesandt« seien und eine Fortsetzung spätestens in der nächsten Woche folgen müsse. Die Schriften erschienen u. a. als Beilage der Vereinszeitschrift *Die Flotte* oder auch in den *Alldeutschen Blättern*.²⁰

Die Kampagne gegen Erzberger begann im Gefolge dieser Flugblattaktion eine unheilvolle Dynamik zu entwickeln. Zunächst wurde die seit Mitte Dezember für den 17. Januar angekündigte vierte Großveranstaltung des Zentrums-kandidaten in der Berliner Brauerei Friedrichshain behördlich verhindert, da eine rechtzeitige Anmeldung der Versammlung »vergessen« worden sei.²¹ Auf einer zwei Tage darauf stattfindenden Veranstaltung Erzbergers in Würzburg wurde seine Rede durch »höhnende Zurufe und Pfeifen« »nationaler Studenten« gestört.²² Die »Siegesfeier« des Zentrums in den Berliner Concordiasälen am 15. Februar wurde schließlich zu einem Höhepunkt jenes »modernen« Stils politischer Auseinandersetzung. Erzberger, der von den 2500 anwesenden Zentrumsanhängern mit Beifall überschüttet wurde, hielt erneut Abrechnung – diesmal jedoch mit den »offiziösen Wahlmachern« vom Flotten-Verein.²³ Eine »nationale Sprengkolonne«, in welcher die *Germania* »Flotten-Vereinler, bekannte Alldeutsche, deutschnationale Handlungsgehilfen [und] antisemitische Studentenstermer« erkannte, versuchte die Versammlung zu stören. Als nach der Rede Erzbergers ein Funktionär des FV die Angriffe gegen den Verband zurückzuweisen suchte und eine Diskussion eröffnete, wurde ihm das Wort entzogen. Daraufhin erschall Lärm und regte sich Tumult, und etwa 150 Personen wurden vom Ordnungsdienst des Saales verwiesen, während sie »patriotische Gesänge« anstimmten. Solche Vorfälle seien ein neues Phänomen bei großen Zentrumsveranstaltungen, mußte die *Germania* konstatieren.

Als Matthias Erzberger im April 1907 seine »*Bilder aus dem Reichstagswahlkampf*« publizierte, die den Wahleinsatz des Flotten-Vereins erneut dem grellen Licht der Öffentlichkeit aussetzten, hatte er bereits einen hohen Preis für seinen Führungsanspruch in der Fraktion und seine politischen Dreistigkeiten entrichten müssen. Die alte Zentrumsführung nahm wieder das Heft in die Hand und entschied, den Block über eine Annäherung an die Konservativen zu sprengen. Damit entledigte sie sich zugleich der faktischen »schwarz-roten«-Majorität, in die sie Erzberger gedrängt hatte. Der junge Abgeordnete rückte ins zweite Glied und war gehalten, nurmehr zu Details des Budgets Stellung zu nehmen²⁴; bereits die Debatten um die Ge-

²⁰ Salm an von der Groebe, 7. 1. 1907; zur Distribution etwa *Germania*, 19. 1. 1907 (1. Bl.); ADB 1907, S. 17.

²¹ Norddeutsche Allgemeine Zeitung, 19. 1. 1907.

²² Kölnische Volkszeitung, 21. 1. 1907.

²³ Zu dieser Veranstaltung *Germania*, 17. 2. 1907 (Beil. zu 1. Bl.); Kölnische Volkszeitung, 16. 2. 1907; Dortmunder Zeitung, 16. 2. 1907; vgl. G. ELEY, *Reshaping*, 1980, S. 272.

²⁴ Hierzu W. LOTH, *Katholiken*, 1984, S. 135; C. BACHEM, 1927–1932, Bd. VII, S. 7 f.; E. L. EVANS, 1981, S. 157; G. D. CROTHERS, 1941, S. 194 f.; vgl. auch Ch. NONN, *Verbraucher-*

schehnisse während des Reichstagswahlkampfes wurden von Peter Spahn, Franz Xaver Schaedler und Adolf Gröber bestritten.

Die öffentliche Reizfigur Erzberger war zudem durch Prozesse, die nun gegen ihn angestrengt wurden, im Ruf angeschlagen. Nicht genug, daß er sich wegen der aufsehenerregenden Affaire um die entwendete Korrespondenz General Keims vor dem Berliner Landgericht zu verantworten hatte. Anfang März wurde ihm eine persönliche Stellungnahme im Parlament gegen den Chef der Reichskanzlei fast zum Verhängnis. Die gesamte Blockpresse kommentierte und feierte fast aufatmend die geschickte Verteidigung Friedrich von Loebells, der Erzberger vor dem Plenum einen Versuch der Rechtsbeugung im sogenannten Disziplinarprozeß Wistuba-Pöplau nachweisen konnte.²⁵ Bülow übermittelte seinem Kanzleichef daraufhin ein herzliches »Vincit veritas«. Sogar ein linksliberales Blatt wie die *Vossische Zeitung* war nicht bereit, die »moralische Hinrichtung« des Zentrumsabgeordneten Erzberger zu verurteilen.²⁶

protest, 1995, S. 172 ff., zu den parteipolitischen Optionen des Zentrums nach den Reichstagswahlen.

²⁵ Siehe das Material in BA Koblenz NL 45 v. Loebell 16; siehe K. EPSTEIN, Erzberger, 1976, S. 74, zur Sache Wistuba-Pöplau.

²⁶ BA Koblenz NL 45 v. Loebell 6, Bülow an v. Loebell, 4. 3. 1907; *Vossische Zeitung*, 5. 3. 1907.

Der Rückzug der nationalen Verbände aus der Wahlpolitik

General Keim war nach den Reichstagswahlen von 1907 so populär wie nie zuvor. Die Kritik und damit verbundene Rücktrittsforderungen, die von seiten der bayerischen Funktionäre um den Freiherrn von Würtzburg an seiner Wahl­tätigkeit geäußert wurden, versuchte er selbstbewußt mit dem Hinweis zu entkräften, eine Resignation seinerseits käme einer »Fahnenflucht im Kampfe und einer Verbeugung vor Erzberger und Bebel« gleich.¹ Doch Keim hatte den Bogen überspannt und vor allem den Staatssekretär im Reichsmarineamt unterschätzt. Tirpitz mußte auf die Tatsache reagieren, daß die Keimianer den Flotten-Verein in die Nähe einer politisch agierenden Vereinigung gerückt hatten, die den von ihm um seiner Flottengesetze willen hofierten politischen Katholizismus bei den Wahlen scharf agitatorisch attackiert hatte. Als Keim im Dezember 1907 gar zum Geschäftsführenden Vorsitzenden gewählt wurde und der Protektor des bayerischen Landesverbandes, Prinz Rupprecht, daraufhin aus Protest zurücktrat, verließ der Konflikt um den Flotten-Verein die verbandspolitische und konstitutionelle Ebene und stieß in dynastische Sphären vor. Dem kombinierten Druck des Kaisers und des Staatssekretärs war Keim trotz heftigster Gegenwehr nicht gewachsen. Er trat nach zähem Widerstand auf der außerordentlichen Tagung des Flotten-Vereins in Kassel im Januar 1908 zurück; der Präsident Fürst zu Salm, der die wahlpolitische Arbeit Keims stets unterstützt hatte, folgte seinem Geschäftsführer auf einer nicht-offiziellen Präsidialsitzung im März nach.² Die neue Vereinsführung unter Großadmiral Hans von Koester gerierte sich gegenüber der Marineverwaltung weniger aufsässig. Sie bestand zwar auf ihrem Status einer unabhängigen Vereinigung, schon um den Protest der Anhänger Keims zum Verstummen zu bringen und die Spaltung der Massenorganisation zu verhindern. Der Flotten-Verein pflegte von nun an

¹ Erklärung Keims, zitiert nach W. DEIST, *Flottenpolitik*, 1976, S. 207; vgl. G. ELEY, *Reshaping*, 1980, S. 273.

² Hierzu W. DEIST, *Flottenpolitik*, 1976, S. 210–239; G. ELEY, *Reshaping*, 1980, S. 275 ff.; K. SCHILLING, 1968, S. 312 ff.; G. ELEY sieht den Rücktritt Keims stärker im Zusammenhang mit dem Wirken einer »moderate minority« von »elder statesmen« innerhalb des Verbandes. Diese Interpretation von Entscheidungen und Entscheidungsträgern, die eher verbandsinterner Natur und Herkunft waren, bleibt im Rahmen der These von der »Selbstorganisation an der Basis«, ist jedoch angesichts der von W. DEIST herausgearbeiteten Aktivität Tirpitz' eher unwahrscheinlich und wenig plausibel. Sogar die personale Besetzung des nachfolgenden Präsidiums wurde im Reichsmarineamt geregelt.

jedoch eine »stille Agitation«³, und die Flottenfreunde sollten sich nie wieder in die Arena der Wahl- und Parteipolitik begeben. Mit dem Ausscheiden Keims war zugleich die Konkurrenz um politische Stilfragen entschieden bzw. die Arbeit des nationalen Verbandes für eine ihm gemäße Zusammensetzung des Parlaments mit Nachdruck »von oben« beendet worden. Allerdings hatte der Freiherr von Würtzburg, der honorationenpolitische Intimgegner Keims, seinen Vorsitz über den bayerischen Landesverband ebenfalls abgeben müssen.

Seinen erzwungenen Rückzug aus der Verantwortung für den Flotten-Verein kompensierte Keim zunächst damit, daß er im Februar 1908 dem Alldeutschen Verband beitrat. Dieser Schritt hing weniger mit einer politischen Radikalisierung des ehemaligen FV-Managers zusammen. Keims Beitritt zum AdV stand vielmehr im Zusammenhang erneuter Versuche, den lange gehegten Wunsch der Rechten nach einer organisatorischen Verbindung aus nationalen Verbänden und Kartellparteien im Zeichen des Bülow-Blocks nunmehr Gestalt annehmen zu lassen. Keim suchte bei den Alldeutschen »ein Vehikel« für einen »Nationalen Bund«, einen »Verband der Verbände«, der letztlich mit den Blockpartnern in einer »National-Partei« aufgehen sollte.⁴

Der General traf im Alldeutschen Verband auf die neue Führungsriege um Heinrich Claß, die nach dem Tode Ernst Hasses ihren seit 1903 angesteuerten Kurs der »Nationalen Opposition« nunmehr geradliniger verfolgte. Ihr Konzept eines strikt nach nationalen Erfordernissen votierenden, regierungskritischen Oppositionsblocks in- und außerhalb des Reichstages war nach den Wahlen von 1903 entstanden. Es sollte den Alldeutschen, die infolge des damaligen Wahlausgangs keinen vorwiegend die Verbandsinteressen wahrenen Vertreter mehr in das Parlament entsenden konnten, in einer existenzbedrohenden Krisensituation einen neuen programmatischen Ansatz für die weitere politische Arbeit liefern. Angesichts ihrer geringen Gefolgschaft suchten die Alldeutschen das neue Ziel durch geschickte Agitation, die nationale Notwendigkeiten wie Kolonial- und Flottennovellen sowie deren Deckungsvorlagen⁵ stets vor anderen Organisationen thematisierte, und durch personale Infiltration der Agitationsverbände bzw. der Parteiwahlvereine zu erreichen. Der Ausgang der Reichstagswahlen von 1907 und das Zustandekommen des Bülow-Blocks, woran der AdV mit-

³ Ebd., S. 246. G. ELEY, *Reshaping*, 1980, S. 277, betont, daß der gouvernementale Sieg letztlich nur oberflächlich gewesen sei und die »Radikalen« weiterhin das »Terrain« der Agitation bestimmten. Siehe dagegen V. BERGAHN/W. DEIST (Hrsg.), 1988, IV/15, S. 229, über eine Besprechung des Leiters der Nachrichtenabteilung im RMA mit dem neuen Vorsitzenden Admiral Koester, der als »fest entschlossen« geschildert wird, »dem Reichs-Marine-Amt unter keinen Umständen Schwierigkeiten zu machen«.

⁴ Siehe G. ELEY, *Reshaping*, 1980, S. 283.

⁵ Zu Anregungen der Alldeutschen für die Regierungskampagne zur Reichsfinanzreform 1909, siehe P.-C. WITT, 1970, S. 224. Die alldeutsche Initiative blieb jedoch eine unter mehreren.

gewirkt hatte, ließen die Forderungen nach einer »Nationalen Opposition« im alldeutschen Sinne zunächst verstummen. Die sich schon bald manifestierende politische Labilität des liberal-konservativen Parteienbündnisses gab dem Konzept jedoch sehr bald erneuten Auftrieb. Die »Daily Telegraph-Affaire« führte der Kritik am »Persönlichen Regiment« des Kaisers und an den politischen Fähigkeiten der Regierungsorgane neue Nahrung zu.

Die beiden Alternativen, eine die verbände- und parteipolitische Rechte überwölbende und transzendierende Sammlung entweder zu einer National-Partei reifen oder als »Nationale Opposition« konspirativ entstehen zu lassen, führten unter dem Dach des Alldeutschen Verbandes keine lange Koexistenz. Der Anstoß Keims, mit einem Nationalen Bund aus Alldeutschem Verband, Keimianern im Flotten-Verein, Mitgliedern der Kolonialgesellschaft, des Ostmarkenvereins und des Antiultramontanen Reichsverbandes einen organisatorischen Kristallisationskern für den Verband der Verbände zu schaffen, scheiterte bereits in Reihen des AdV. Insbesondere Heinrich Claß war nicht geneigt, die Unabhängigkeit seines Verbandes aufzugeben und Konkurrenz im eigenen Hause zu bewirten. Ein von Keim als Substitut angedachter »Nationaler Koordinationsausschuß« aus Alldeutschen und radikalen Flotten-Vereinsmitgliedern wurde im März 1908 von der Entwicklung in der FV-Leitung überholt.⁶ Keim gab das Projekt eines Verbandes der Verbände auf und näherte sich jenem der »Nationalen Opposition« an. Im Januar 1911 wurde er Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses des Alldeutschen Verbandes und rückte im September desselben Jahres in die Hauptleitung auf. Derweilen hatte er ein neues Tätigkeitsfeld im Deutschen Wehrverein gefunden. Dieser im Januar 1912 gegründete Agitationsverband, der zwei Jahre später etwa 90000 Mitglieder organisieren konnte, entsprang Keims eigener Inspiration und wurde mit Rücken-deckung von Heinrich Claß ins Leben gerufen. Wenn auch der Wehrverein kein rein alldeutsches Unternehmen war⁷, trug er jedoch unzweifelhaft Züge der »Nationalen Opposition«, denn die alldeutsche Führung konspirierte stets im Hintergrund und sicherte sich über informelle Verflechtungen Einfluß. Auffällig war, daß der Wehrverein vom Tage seiner Gründung an frei von Verbindungen zu Regierungsstellen blieb und sich auch nicht wie andere nationale Agitationsverbände mit Protektoren aus dem Hochadel schmückte.⁸ Spekulationen Keims, über den Wehrverein eine parteienüber-

⁶ Siehe G. ELEY, *Reshaping*, 1980, S. 282 f.; vgl. M. S. COETZEE, 1990, S. 22 f., zur eifersüchtig gewährten Unabhängigkeit des AdV von den Projekten Keims.

⁷ Zu dieser Kontroverse M. S. COETZEE, 1990, S. 25, unter anderem gegen S. FÖRSTER, 1985, S. 226–233. Die These, daß der Wehrverein ein direkter Ableger des Alldeutschen Verbandes gewesen sei, der dadurch eine Massenbasis ansprechen wollte, vertritt noch einmal M. PETERS, 1992, S. 156–165; vgl. zum Wehrverein auch R. CHICKERING, 1984; G. ELEY, *Reshaping*, 1980, S. 328 ff., beide mit differenzierenden Ansätzen; ferner K. STENKEWITZ, 1983.

⁸ G. ELEY, *Reshaping*, 1980, S. 328; R. CHICKERING, 1984, S. 277; M. S. COETZEE, 1990, S. 12.

greifende Sammlung von den Konservativen zu den Nationalliberalen herzustellen, wurden jedoch abermals enttäuscht. Der Verband stieß die Partei Heydebrandts durch seinen bürgerlichen Militarismus ab, und die Wehrvorlage 1913, für die der Wehrverein stritt, schuf in den parlamentarischen Verhandlungen zu ihrer finanziellen Deckung eine der kuriosesten Abstimmungskoalitionen, die der Reichstag je gesehen hatte.⁹

Das Schicksal der National-Partei bzw. des Verbandes der Verbände glich jenem vergeblichen Bemühen des Deutschbündgründers und Senioren der Rechten, Friedrich Lange, der bis 1905 mehrere fruchtlose Anläufe unternommen hatte, eine Deutschpartei über den Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien zu gründen. Dabei hatte Lange von Mal zu Mal seine organisatorischen, programmatischen und auch wahlpolitischen Ansprüche zurückschrauben müssen, weil die Parteien weder organisatorische Pfründe noch politische Positionen preisgeben wollten. Ende August 1909 nahm Lange mit dem Versuch, einen »Nationalen Block« zu gründen, den allerletzten Anlauf. Zugleich stellte dieses Projekt die dritte Alternative dar, die parteipolitische Rechte über die und mit den nationalen Verbänden zu einen. Lange beabsichtigte, nach dem Scheitern der Reichsfinanzreform und dem Sturz Bülow's die parlamentarische Gelegenheitskoalition des »schwarz-blauen Blocks« dadurch zu sprengen, daß er dem ehemaligen konservativ-liberalen Parteienbündnis neues Leben einhauchen wollte. Die nationalen Agitationsverbände sollten dabei erneut die Vermittlerrolle zwischen den zerstrittenen bürgerlichen Parteien übernehmen. Waren die Verbände hierzu bislang grundsätzlich bereit gewesen und hatten sie diesen Part während der Wahlbewegung 1907 nicht ohne Erfolg interpretiert, lagen die Dinge diesmal anders.

Dem Projekt Langes gegenüber hatten von den großen nationalen Verbänden lediglich der Alldeutsche Verband, der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, der Ostmarkenverein und der Verein für das Deutschtum im Auslande »grundsätzliche Unterstützung« bekundet oder die Teilnahme an einer Besprechung mit »vertraulichem und unverbindlichem Charakter« am 22. September in den oberen Räumen der Weinhandlung Huth in Berlin in Aussicht gestellt.¹⁰ Die Kolonialgesellschaft hatte mit dem Hinweis auf Paragraph I ihrer Satzungen von jeglicher Mitwirkung Abstand genommen, da sie »jede Stellungnahme zu parteipolitischen Fragen« ablehne. Der Flotten-Verein verwies auf »die eben durchgemachte schwere Krisis«, stellte seinen Mitgliedern jedoch frei, »privatim der guten Sache zu dienen«. Für

⁹ Siehe etwa D. GROH, Sozialdemokratie, 1974, S. 76–83. Die Wehrvorlage 1913 wurde durch einen einmaligen Wehrbeitrag der Besserverdienenden, die fortlaufenden Kosten durch eine Vermögenszuwachssteuer mit den Stimmen der liberal-bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokraten gegen die Konservativen angenommen. Dies war eine völlig neue parlamentarische Abstimmungskoalition gewesen.

¹⁰ BA Potsdam 90La5/20, Schreiben Langes an die Nationalen Vereine und Presseorgane, 16.9.1909. Interesse hatten ferner bekundet der Deutsche Verein für das nördliche Schleswig, die Deutsche Kleinsiedlungsgesellschaft (Ostrowo) und der Deutschbünd.

den Reichsverband ließ Vorstandsmitglied Dr. Bovenschen ausrichten, daß er sich »im gegenwärtigen Augenblick von der Verwirklichung des Gedankens nicht allzuviel verspricht«; unabhängig von der Absage Bovenschens entsandte Vorsitzender von Liebert jedoch einen Funktionär mit der Erklärung, der »Reichsverband sei durch das Parteiengozänk am meisten geschädigt«.¹¹

Die Sitzung am 22. September hatte lediglich eine »Erklärung« zum Ergebnis. Eine wenn auch noch so lockere organisatorische Verfestigung der teilnehmenden Verbände mit dem Ziel, einen Nationalen Block zu initiieren, gelang nicht; Lange hatte die Hoffnung infolge der wenig verheißungsvollen Reaktionen auf Verbandsseite wohl auch fahrenlassen. Die Erklärung nahm zu der im Gefolge der Reichsfinanzreform entstandenen politischen Situation Stellung und verlangte nahezu flehentlich die Verständigung aller bürgerlichen Parteien auf nationaler Grundlage, da dies der »meisterwünschte Zustand unseres Reichstages« sei.¹² Die Organe der »unparteiisch nationalen Bewegung« wurden zwar weiterhin als die aussichtsreichsten Mittler zwischen den Parteien genannt, und ihre Mitglieder sollten über informelle Kontakte zu den Parteiorganen »jedes erlaubte Mittel der Überredung und des Einflusses anwenden, um über vergangenen Verdruß hinwegzuhelfen.« Das Manifest blieb aber ein Aktionsprogramm auf kleinstem gemeinsamen Nenner und bedurfte schon des Hinweises auf die »Ehrenpflicht des jetzigen Augenblicks«, damit es an sämtliche, in Frage kommenden Verbände verteilt werden konnte, um die Zaudernden doch noch umzustimmen.

Lange war in seinen Ansprüchen bescheiden geworden, und diese Bescheidenheit war angebracht. Der Ostmarkenverein, der zur Sitzung am 22. September sein Hauptvorstandsmitglied Generalleutnant z. D. Leopold von Siemens mit der Bemerkung entsandt hatte, daß man eine »Einigung aller auf nationalem Boden stehender Parteien mit Freuden begrüße«, kündigte am 1. Oktober die weitere Mitarbeit auf. Man sei »aus prinzipiellen Gründen« nicht in der Lage, den Aufruf zu dieser »rein politischen Aktion« zu unterzeichnen, teilte der Vorstand Lange mit.

Heinrich Claß machte dem Projekt schließlich den Garaus. In einem Schreiben an Lange vom 2. Oktober setzte ihm der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes auseinander, daß die aufgestellte Erklärung zwar löblich sei, denn den Streit zwischen den nationalen Parteien fortzusetzen halte er für ein »politisches Verbrechen«. Der Wortlaut des Manifestes sei allerdings unglücklich, entweder »zu allgemein« oder zu tief im Einzelnen verhaftet.

¹¹ Sämtliche Schreiben befinden sich in BA Potsdam 90La5/20. Es ist in diesem Zusammenhang erstaunlich, wie kühl das Verhältnis zwischen Lange und der Leitung des RgS gewesen sein muß, saß der Deutschbündgründer doch seit 1905 im Vorstand des Reichsverbandes! Lange schied im Juli 1912 aus dem RgS aus, da er sich in Differenzen mit der Verbandsleitung um den Ausschuß zur Förderung der Bestrebungen vaterländischer Arbeitervereine begeben hatte.

¹² Siehe ebd. zum Text der Erklärung.

Desweiteren hänge die Wirkung des Aufrufs von der Zahl der dahinterstehenden Verbände ab. Sollten lediglich Deutschbund, Alldeutscher Verband und Reichsverband gegen die Sozialdemokratie unterzeichnen, halte er dies für einen »Schlag ins Wasser«. Von den größeren nationalen Verbänden müßte man zumindest den Ostmarkenverein, den Flotten-Verein und den Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband »herüberziehen«, an ein Mitwirken der Kolonialgesellschaft glaube er nicht, beurteilte Claß die Lage. Da der Reichstag ohnehin erst Ende November erneut einberufen werde, bleibe ja noch etwas Zeit, um »zunächst in persönlicher Verhandlung, also nicht in gemeinsamer Sitzung« mit den anderen Vereinen eine Grundlage zu suchen. Dies geschah dann offenbar nicht mehr. Claß hat dem Unternehmen Langes ernstlich wohl keinen Erfolg gewünscht. Er hatte den Bülow-Block stets als »widernatürliche Zusammenfassung von Gruppen, die sich ebenso wenig vertragen konnten wie Feuer und Wasser« angesehen. Eine politische Koalition, die die »bürgerlichen Linksliberalen« in der Fortschrittlichen Volkspartei einschloß, hielt er im Gegensatz zum Bismarckschen Kartell für wenig »nützlich«.¹³ Claß hatte bereits im Wahlgeschehen 1907 abseits gestanden, als die AdV-Leitung um Ernst Hasse eifrig Wahlkampf führte.

In Anbetracht der verhärteten Fronten zwischen den ehemaligen Blockpartnern, zwischen Liberalismus und Konservativen, sahen die Vertreter der meisten nationalen Agitationsverbände vorerst keine aussichtsreiche Vermittlungsbasis mehr, um eine Neuauflage von Kartellkoalitionen zustande zu bringen. Das Schicksal des Nationalen Blocks auf der Basis politischer Gemeinplätze war dabei wohl nurmehr der mit gewisser Logik folgende Nachklapp des im Frühjahr 1909 gescheiterten Versuchs, über die »Vereinigung zur Förderung der Reichsfinanzreform« eine Versöhnung der hadernenden Parteien und Interessenverbände anzubahnen. Das auf Anregung des Staatswissenschaftlers Ludwig Sevin in enger Zusammenarbeit mit der Reichskanzlei angeregte Unterfangen beinhaltete für die nationalen Verbände die konkrete Aufgabe, über eine Popularisierung der Finanzreform sämtliche bürgerlichen Parteien auf dieses nationale Ziel hin zu vereinen.¹⁴ Leopold von Siemens, der neben seiner Tätigkeit im Ostmarkenverein zugleich als Vorsitzender des Verbandes nationaler Vereine Groß-Berlins fungierte, präsidierte den Leitungsausschuß, welcher zu Beginn seiner Arbeit mit Verbands- und Parteipolitikern besetzt war, die den Bülow-Block noch nicht aufgegeben hatten. Abgeordnete wie der Freikonservative Otto Arendt, stets ein Exponent der Sammlungspolitik, der Zweite Vorsitzende der nationalliberalen Partei Robert Friedberg, Professor Dietrich Schäfer, aktiv in sämtlichen großen und bedeutenden patriotischen Organisationen, sowie, nicht zuletzt, Eduard von Liebert setzten weiterhin auf Vermittlung zwischen den Parteien über die nationalen Verbände und mit Hilfe agitatori-

¹³ Siehe H. CLASS, *Wider den Strom*, 1932, S. 143.

¹⁴ Zur Vereinigung zur Förderung der Reichsfinanzreform siehe D. FRICKE, *Vereinigung zur Förderung der Reichsfinanzreform*, 1983, S. 371.

scher Mittel.¹⁵ Allerdings fehlten zum Erfolg der Vereinsgründung von Verbändeseite Impulse und Initiativen wichtiger Massenorganisationen und von seiten der Konservativen Partei der Wille zum politischen Kompromiß. Der Flotten-Verein etwa mußte sogar durch das Reichsmarineamt erst dazu angehalten werden, für die Reichsfinanzreform zu agitieren. Nach den Querelen mit Tirpitz um die Eskapaden Keims auf parteipolitisches Gebiet sollte der Verein nunmehr Gelegenheit zu einer Aktion erhalten, »die wohl allgemein Billigung finden wird.«¹⁶

Das agitatorische Instrumentarium der VFR war zu alledem nicht gerade geeignet, eine Kampagne zu führen. So sollte sich die Vereinigung auf die Herausgabe und gezielte Verbreitung eines zweibändigen Werkes über die Finanzreform konzentrieren; erst als der Bruch des Blocks erfolgt war, erließ man einen Aufruf und legte Unterschriftenlisten aus.¹⁷ Eine am 6. November 1908 organisierte Versammlung der Berliner nationalen Vereine, die entschieden die Durchführung der Reichsfinanzreform forderte, erzielte zwar Aufsehen, aber erlangte offensichtlich keine Bedeutung.¹⁸ Die Propagandaaktion des Reichsschatzamtes, die von Tirpitz' ehemaligem Chefideologen und Veteranen der Flottenpropaganda Ernst von Halle über ein Volkswirtschaftliches Büro geleitet wurde, war ebenfalls nicht auf eine populäre Kampagne zugeschnitten. Halle sollte die Vertreter der Wissenschaft zur Unterstützung der Finanzreform veranlassen; er selbst verfaßte eine vierteilige Denkschrift, die zwischen November 1908 und Januar 1909 erschien.¹⁹

Sowohl die außen- als auch die innenpolitischen Ereignisse und Entwicklungen der Jahre 1911 und 1912 nahmen für das nationale Lager die Bedeutung einer nicht endenwollenden Kette von Fehlschlägen und Katastrophen an. Die Zweite Marokkokrise und das Ergebnis der Reichstagswahlen von 1912 desillusionierten die politische Rechte in Parteien und Verbänden. Die Regierung Bethmann Hollweg hatte sich diskreditiert, die Volksvertretung im Parlament, wo die ehemaligen Kartellparteien weniger Mandate besaßen als die Sozialdemokratie, schien nurmehr bedingt eine Bühne zu bieten, um den »Primat des Nationalen« zu propagieren. Zudem hatte sich das Spektrum derjenigen Fraktionen verengt, in welchem die Rechte ihre Abgeordnetenklintel fand, rekrutierte und unterstützte; es umfaßte nurmehr die wenigen verbliebenen Freikonservativen, die antisemitischen Splittergruppen, die konservativen Magnaten Ostelbiens, Zentrumshonoratioren um die christlichen Bauernvereine in Rheinland und Westfalen und die Gruppe des

¹⁵ Siehe G. ELEY, *Reshaping*, 1980, S. 303 f.; zu Dietrich Schäfer auch M. S. COETZEE, 1990, S. 81 f.

¹⁶ Capelle an Boy-Ed, 10. 10. 1908, zitiert nach V. BERGHAHN/W. DEIST (Hrsg.), 1988, IV/16, S. 230.

¹⁷ Siehe D. FRICKE, *Vereinigung zur Förderung der Reichsfinanzreform*, 1983, S. 371.

¹⁸ Siehe die kurze Meldung in *Schulthess* 1908, S. 166.

¹⁹ Siehe hierzu L. U. SCHOLL, 1987, VIII f.; vgl. P.-C. WITT, 1970, S. 223. WITT urteilt, daß die »Bedeutung dieser Propaganda ... nicht überschätzt werden« dürfe.

Altnationalliberalen Reichsverbandes. Letztere Verbindung, eine innerparteiliche Opposition gegen das nationalliberale Zentrum um Bassermann und Stresemann sowie den linken Flügel um die Jungliberalen, war eine »parteiinterne Sammlung von Eisen und Roggen«. Sie war Vorläufer für einen Versuch im August 1913, ein ähnliches Experiment auf nationaler und organisationsübergreifender Ebene zu initiieren.²⁰

Das »Kartell der schaffenden Stände«, ins Leben gerufen am 24. August 1913 auf dem dritten Jahrestag der Vertreter des Reichsdeutschen Mittelstandsverbandes, war eine Gründung der die traditionale Sammlung repräsentierenden führenden Wirtschaftsverbände, nunmehr ergänzt um die umworbene Klientel des alten Mittelstandes. Centralverband und Bund der Landwirte im Schulterschuß mit dem gastgebenden konservativen RDMV und den rechtskatholischen christlichen Bauernvereinen fanden sich zusammen auf der Basis von Leitsätzen zur »Aufrechterhaltung der Autorität in allen wirtschaftlichen Betrieben«, des »Schutzes der nationalen Arbeit« und der »Bekämpfung der Sozialdemokratie und sozialistischer Irrlehren«. Das Kartell war als Frontalangriff auf den »demokratischen« Reichstag, die Massenorganisationen der Sozialdemokratie und der Freien Gewerkschaften sowie den liberalen Hansabund gedacht. Die Leitsätze des Bündnisses waren begleitet von Forderungen und Gedanken, die mit einer korporatistisch verfaßten Reichsrepräsentation, Wahlrechtsänderungen und der Einrichtung eines Herrenhauses spielten. »Gemeinschaftsarbeit« in Kartellorganisationen bis hinunter zur lokalen Ebene sollte in Konkurrenz zur Vereinstätigkeit der sozialistischen Massenorganisationen treten. Mit den unter dem Dach des RDMV zusammengefaßten Interessenvertretungen des alten Mittelstandes bzw. der Klientel der Bauernverbände suchte das Kartell eine eigene Massenbasis zu mobilisieren.

Das Bündnis zwischen Agrariern, Industriellen, Handwerk und Kleinhandel kam wegen interner Spannungen um interessenpolitische Ziele nicht weit.²¹ Und die antiparteiischen und antiparlamentarischen Akzente, die vor allem der schwerindustrielle Flügel des Kartells setzen wollte, schreckten wegen der dahinterstehenden Staatsstreichneigungen der mächtigen Interessengruppe ab: Zu einem solchen Unterfangen mit ungewissem Ausgang waren weder die Regierung Bethmann Hollweg noch der Kaiser noch, und vor allem, die politischen Parteien des bürgerlichen Lagers zu überzeugen. Auch nicht die Parteikonservativen, die sich trotz allen Liebäugelns mit Staatsstreichgedanken der Funktionäre ihrer agrarischen Massenorganisa-

²⁰ D. STEGMANN, Erben, 1970, S. 305–316, 404; Ch. NONN, Verbraucherprotest, 1995, S. 194 ff., zur Basis des Altnationalliberalen Reichsverbandes in der Partei.

²¹ Zu den Spannungen zwischen »Roggen und Eisen« im Kartell, die eine Sammlung auf der Basis des Zollprotektionismus und der Antigewerkschaftsarbeit auf die Dauer nicht ermöglichten, K. SAUL, Staat, 1975, S. 339–346; D. STEGMANN, Erben, 1970, S. 330 ff., 381–385, 389; S. MIELKE, 1976, S. 166–180; H. KÄELBLE, 1967, S. 134–146, 226–232; zu den bislang kaum thematisierten, ebenfalls nicht problemlosen Beziehungen des RDMV zum Kartell siehe Ch. NONN, Verbraucherprotest, 1995, S. 310 ff.

tion kaum zu einem solchen Schritt bereiterklären konnten.²² Ein als »parteiliches Korrelat« zum Leipziger Kartell gedachter »Block der Rechten« scheiterte im Sommer 1913 am fraktionspolitischen Kalkül der Altnationalen.²³

Die Alldutschen und der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie nahmen gegenüber dem Kartell der schaffenden Stände eine ambivalente Haltung ein. Obwohl die nationalen Verbände die allgemeinen Richtlinien des Bündnisses billigten, erfuhr das Kartell von ihnen kaum aktive Förderung. Eine »Phalanx, die eindrucksvoll den ideologischen Gleichklang der nationalen Verbände neben den wirtschaftlichen Verbänden und den politischen Parteien der Rechten illustriert«²⁴, wie Dirk Stegmann das Kartell charakterisiert, bestand wohl nur in Absichtserklärungen und demonstrativen Gesteen. Und diese waren sämtlichen Politikern und Funktionären wohlfeil. So diskutierte die alldutsche Leitung auf einer Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses Anfang September 1913 in Breslau lediglich unter Punkt 6 der Tagesordnung über die »Sammlungspolitik« und das neue Kartell.²⁵ Von alldutscher Seite wünschte man dabei durchaus eine lose Form der Zusammenarbeit. Theodor Reismann-Grone, Herausgeber der Rheinisch-Westfälischen Zeitung in Essen, riet jedoch zur Vorsicht, da das Kartell eine »rein wirtschaftliche Vereinigung« sei und er die Loyalität gegenüber dem »Primat des Nationalen« weder bei Industriellen noch bei Agrariern als besonders ausgeprägt einschätze. Auch Heinrich Claß dachte auf der Breslauer Ausschusssitzung nicht an einen »amtlichen Zusammenschluß« zwischen Leipziger Kartell und Alldutschem Verband, sondern lediglich an eine »Verständigung von Fall zu Fall«. Der Vorsitzende des AdV hatte den »Gedanken an eine allgemeine Zusammenfassung aller nationalen Kräfte außerhalb der Parlamente«²⁶ zwar unterstützt und mit der BdL-Führung erörtert. Allem Anschein nach verfolgte er jedoch zum einen die Absicht, die sich bessernden Beziehungen zum Bund zu vertiefen und über diesen weitere Drähte zum Centralverband zu spannen.²⁷ Dies entsprach der Taktik und der praktischen Arbeit der »Nationalen Opposition«. Zum anderen dürfte Claß die Belastbarkeit der neuen VerbändeKoalition

²² Siehe hierzu zuletzt Th. KÜHNE, Dreiklassenwahlrecht, 1994, S. 570; zur Haltung der Parteikonservativen vgl. auch J. N. RETALLACK, 1988, S. 215.

²³ Zum »Block der Rechten« D. STEGMANN, Erben, 1970, S. 400f. Der Block kam nicht voran, da die Altnationalen ihren Einfluß in der Gesamtpartei nicht preisgeben wollten.

²⁴ D. STEGMANN, Erben, 1970, S. 397.

²⁵ BA Potsdam 61Ve1/90, Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses, 5.9.1913; siehe dagegen D. STEGMANN, Erben, 1970, S. 396f. Hauptgegenstand der Verhandlungen waren rüstungspolitische Fragen, insbesondere die Heeresrüstung.

²⁶ H. CLASS, Wider den Strom, 1932, S. 272.

²⁷ Zu dem Gedankenaustausch Claß' mit Cornelius von Wangenheim siehe D. STEGMANN, Erben, 1970, S. 361, 389f., 396f.; vgl. R. CHICKERING, 1984, S. 282f. Zu dem zwiespältigen Verhältnis des AdV-Vorsitzenden zu den Konservativen und zum Kartell auch S. FÖRSTER, 1985, S. 261f.

richtig eingeschätzt haben; in seinen Erinnerungen wird das Kartell nicht einmal namentlich erwähnt.

Auch der Reichsverband wechselte nicht mit fliegenden Fahnen ins Lager der Leipziger Sammlung. Der RgS zeigte zwar ausgesprochenes Interesse, denn die Leitlinien des Kartells hoben die Bekämpfung der Sozialdemokratie ausdrücklich hervor. Die offen zutage tretende Absicht der Kartellpartner, eine korporatistische Konkurrenz zum etablierten Parteien- und parlamentarischen System einzurichten sowie die ungeschminkte Interessenpolitik der Wirtschaftsverbände – zum BdL hatte der Reichsverband ohnehin nie ein gutes Verhältnis besessen – überzeugten jedoch nicht jeden Reichsverbändler von der nationalen Lauterkeit des neuen Bündnisses. So ist das als Flugblatt veröffentlichte Sitzungsprotokoll des RgS-Verbandstages in Breslau am 25. und 26. Oktober 1913, der zum ersten Male von einer allgemeinen Mitgliederversammlung begleitet wurde, kaum von ungebremster Euphorie über das Kartell geprägt. In seinem Tätigkeitsbericht beteuerte Geschäftsführer Dr. Ludwig neben der auch nach dem Tode August Bebel's ungemindert weiterbestehenden sozialdemokratischen Gefahr ebenso die Erwartung des RgS, daß sich der Bülow-Block wieder finden möge. Es bleibe bisweilen nichts anderes übrig, führte Ludwig aus, »als den Annäherungsprozeß unter den bürgerlichen Parteien, der früher oder später kommen müsse, abzuwarten und ihn, wenn er einmal gekommen sein werde, verständnisvoll zu fördern.«²⁸

Der konservative RDMV-Funktionär Walter Graef, der die programmatischen Richtlinien des neuen Kartells entworfen hatte, hielt es eingangs seines Referates über den »wirtschaftlichen Zusammenschluß der produktiven Stände gegen die Sozialdemokratie« für angebracht, die Leipziger Koalition vor Verdächtigungen in Schutz zu nehmen. Gegenüber den anwesenden RgS-Mitgliedern beteuerte er, daß »Angriffe auf die geplante Gemeinschaftsarbeit als eine angebliche Verschwörung zur Herbeiführung von Hochschutzzöllen völlig haltlos seien.« Es folgte eine »rege Erörterung« des Vortrages, über deren Inhalt sich das Protokoll ausschweigt. Die Mitgliederversammlung faßte keine Beschlüsse; die Vorträge und Aussprachen sollten »lediglich zur Orientierung dienen.«

Erst in der 1914 herausgegebenen Festschrift des Reichsverbandes zu seinem zehnjährigen Bestehen wurde gegenüber dem Zusammenschluß der produktiven Stände im Leipziger Kartell zumindest die »Hoffnung« ausgesprochen, daraus möge eine »dauernde Gemeinschaftsarbeit gegen die Sozialdemokratie« entstehen.²⁹ Mehr als eine ideologische Teilhabe am Kartell der schaffenden Stände war mit dieser Aussage aber weiterhin nicht verbunden. Zudem hatte diese nur um Nuancen gewandelte Haltung ihre Ursache in der prekären Situation, in der sich die Organisation des Reichsverbandes

²⁸ GStA, Rep. 89, Nr. 15266, Flugschrift des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie Nr. 193: Die Reichsverbandstagung in Breslau.

²⁹ 10 Jahre Reichsverband, 1914, S. 33.

mittlerweile befand. Der RgS wurde von Personalsorgen geplagt und von politischem Zwist an der Basis in seinem Wirken nahezu gelähmt. Der Zweite Vorsitzende, Landgerichtsrat Paul Hagemann, war im Februar 1912 verstorben; bei den vorausgegangenen Reichstagswahlen hatte er sein nationalliberales Mandat für Erfurt-Schleusingen-Ziegenrück an die Sozialdemokraten verloren. Mitte Oktober 1913 bereits hatte der Geschäftsführer Dr. Albert Bovenschen infolge persönlicher Differenzen mit dem Vorsitzenden von Liebert sein Amt niedergelegt. Eduard von Liebert selbst trug sich in diesen Tagen mit Rücktrittsabsichten. Der Wahlprüfungsausschuß des Reichstages schien nach langer Prüfung einer Klage der Sozialdemokraten stattzugeben, sein 1912 verteidigtes Mandat in Borna aufgrund von Unregelmäßigkeiten in der Führung der Wählerlisten zu kassieren.³⁰ Auf der außerordentlichen Sitzung des RgS-Gesamtausschusses in Breslau nahm er offenbar aus diesem Grund nicht teil. Nach der erfolgten Ungültigkeitserklärung des Mandates im Januar 1914 besaß der RgS keinen leitenden Funktionär mehr im Reichstag. Liebert mußte sich einer Nachwahl stellen und erneut um seinen »parlamentarischen Traum« kämpfen. Den Wahlkampf gegen seinen sozialdemokratischen Herausforderer und einen liberalen Gegenkandidaten schildert er als »unerfreulich und erbittert«. Liebert gelang es zwar, den Zweiten Wahlgang zu erreichen, aber sowohl Links- als auch Nationalliberale verweigerten dem freikonservativen Bewerber die Unterstützung³¹: Liebert hatte sich gegenüber seinen ehemaligen liberalen Blockpartnern mit Verbalinjurien unbeliebt gemacht und diese präsentierten daraufhin die Rechnung in Form einer Empfehlung zur Wahlenthaltung. Die liberale Klientel befolgte diesen Rat bzw. sie wanderte zu einem Drittel in das Lager des sozialdemokratischen Bewerbers ab.³² Sein Ausscheiden aus dem Reichstag traf Liebert schwer. Die Gewißheit, von Auftritten auf der wichtigsten Bühne der Reichspolitik ausgeschlossen zu sein und den Sozialdemokraten nicht mehr gegenüberzutreten zu können, lastete so sehr auf ihm, daß er die Folgen seiner persönliche Niederlage verdrängte. »Die erste Hälfte des Jahres 1914 ist eine der eindrucklosesten Zeiten meines

³⁰ SBR, XIII/1, Anl. Bde. 301, S. 921 ff.; 303, S. 2537 ff. Liebert hatte die Wahl gegen den Sozialdemokraten Karl Ryssel lediglich mit 23 Stimmen Mehrheit in der Stichwahl gewinnen können. Daraufhin ergriffen die Sozialdemokraten die Chance, etwaige Unstimmigkeiten in der Wählerlistenführung, die ohne weiteres jederzeit auftreten konnten, zum Gegenstand einer Klage zu erheben. Der Wahlprüfungsausschuß eruierte die von den Sozialdemokraten angegebenen Fälle fast ein ganzes Jahr und beantragte am 16. Januar 1914, die Wahl Lieberts für ungültig erklären zu lassen, siehe K. SAUL, Staat, 1975, S. 461; vgl. E. v. LIEBERT, Leben, 1925, S. 190. Zu den Rücktrittsabsichten Lieberts im Oktober 1913 siehe GStA, Rep. 92, NL Bovenschen Lit. L, Liebert an Bovenschen, 16. 10. 1913.

³¹ E. v. LIEBERT, Leben, 1925, S. 190.

³² Liebert hatte die Nationalliberalen als »Demokratenzeug« beschimpft, siehe K. SAUL, Staat, 1975, S. 461. Siehe Schulthess 1914, S. 139 und 185, zur Wahl und zu den Wahlergebnissen in Borna.

Lebens gewesen«, schrieb er in seinen Memoiren, »ich habe so gut wie gar keine Erinnerung daran zurückbehalten«. ³³

Liebert hatte sich ungeschickt verhalten und den bestehenden Riß im bürgerlichen Lager vertieft. Es dauerte zumal nicht lange und der Spaltpilz begann innerhalb des Reichsverbandes zu wuchern. So endete eine RgS-Versammlung in Stuttgart am 20. April 1914 aufgrund der Nachwirkungen von Lieberts Wahlattacken auf die Nationalliberalen mit »schweren Tumulten«. Die württembergische sowie die sächsische Landesorganisation der Nationalliberalen Partei empfahlen ihren Mitgliedern bzw. liberalen Unternehmern daraufhin, aus dem Reichsverband auszutreten und ihre Beitragszahlungen einzustellen. ³⁴ Die Gruppe um den Parteivorsitzenden Bassermann war schon seit Gründung des RgS auf Distanz zu dieser Organisation gegangen. Nun wollten das Parteizentrum und die ihm angeschlossene Basis mit dem Reichsverband überhaupt nichts mehr zu tun haben. Diese Entscheidung nimmt nicht weiter wunder, wenn man bedenkt, daß süddeutsche und sächsische Industrielle zeitweilig Verständnis für die Großblocktaktik aufgebracht hatten. ³⁵

Die Organisation des Reichsverbandes schrumpfte bis Mai 1914 auf 800 Ortsgruppen zusammen; innerhalb zweier Jahre hatte der RgS 500 lokale Vertretungen verloren. Im Verband machten sich angesichts der unaufhaltsam scheinenden sozialdemokratischen Erfolge und des andauernden Streits im bürgerlichen Lager Auflösungserscheinungen bemerkbar. »Mutlosigkeit, Gleichgültigkeit und Unlust« erfaßten die Basis. ³⁶ Bereits im August 1911 hatte der RgS-Vorstand Kanzler von Bethmann Hollweg über eine steigende Zahl von Austrittserklärungen berichtet. Das 16seitige Klagelied war jedoch eher aus politisch motiviertem Zweckpessimismus entstanden und beschrieb die hohe Fluktuationsrate der Mitgliedschaft (die Organisation war zu diesem Zeitpunkt noch im Wachsen begriffen). Das Schreiben zielte auf ein energischeres Regierungshandeln im Hinblick auf die bevorstehenden Reichstagswahlen ab und war mit der Forderung nach einem zweiten Sylvesterbrief verbunden. ³⁷ Eine weit düsterere Prognose stellten Liebert und

³³ E. v. LIEBERT, *Leben*, 1925, S. 191.

³⁴ Zu diesen Vorgängen K. SAUL, *Staat*, 1975, S. 461. Gemäß der Statistik zur Anzahl der lokalen Vertretungen in den Einzelstaaten, die im Mai 1914 in der Festschrift des RgS publiziert wurde, bestanden im Königreich Württemberg zwei, im Königreich Sachsen 14 Ortsgruppen. Ob jüngst erfolgte Austritte hierin schon berücksichtigt sind, ist nicht bekannt, siehe 10 Jahre Reichsverband, 1914, S. 52.

³⁵ Siehe Ch. NONN, *Verbraucherprotest*, 1995, S. 195; K. H. POHL, *Sachsen*, 1992, S. 209–216.

³⁶ So der Vorsitzende einer Ortsgruppe an die Hauptstelle des RgS, 20. 6. 1912, zitiert nach K. SAUL, *Staat*, 1975, S. 131.

³⁷ BA Potsdam 1395/6, Vorstand des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie an Bethmann Hollweg, 12. 8. 1911. Der RgS-Vorstand zitiert in seiner Denkschrift auch folgende Austrittserklärung eines nicht näher bezeichneten Mitglieds: »Und die Regierung? Hätschelt jeden Gegner in einer geradezu unmännlichen Weise, während sie alle, die ihr treu, glaubt missachten zu können... Ich bin ehrlich reichstreu und meinem Kaiser ergeben,

Geschäftsführer Bovenschen ihrer Organisation wie dem gesamten antisozialistischen Lager dagegen wenige Monate später: »Der ungünstige Ausfall der Reichstagswahlen im Januar 1912 hat leider starke Mutlosigkeit der bürgerlichen Kreise zur Folge gehabt«, schrieb der Vorstand am 14. Januar 1913 an den Chef des Zivilkabinetts, Rudolf von Valentini.³⁸ Der Kampf gegen die Sozialdemokratie werde »vielfach als aussichtslos angesehen.« Die schleichende Agonie der Organisation und der wachsende Pessimismus innerhalb der Klientel trugen scheinbar auch dazu bei, daß der Reichsverband gegenüber neuen antisozialdemokratischen Koalitionen wie dem Leipziger Kartell in Reserve verharrete.

Das Phänomen resignativer Haltung oder auch der Vereinsmüdigkeit, gar der Apathie an der Basis war ebenso in den anderen nationalen Agitationsverbänden zu beobachten. Ganz unterschiedliche Momente führten dabei in den einzelnen Organisationen zu ähnlichen Problemen. Der Flotten-Verein etwa hatte zur Durchsetzung der Novelle 1912, die den letzten Baustein in den Stufenplan der maritimen Rüstungen einfügte, in propagandistischer Hinsicht keinen entscheidenden Beitrag leisten können. Auch sollte die jahrelang angeheizte Marinepropaganda in der Öffentlichkeit einen schleichenden Überdruß erzeugen.³⁹ Die Rückorientierung von der Welt- zur Kontinentalpolitik in den letzten beiden Friedensjahren, die mit der Gründung des die Heeresrüstung propagierenden Wehrvereins ihren organisatorischen Ausdruck gefunden hatte, machte nur deutlicher, daß der Flotten-Verein im Grunde seine *raison d'être* verloren hatte.

Der gerade erst im Januar 1912 entstandene Wehrverein wurde mit ähnlichen Problemen konfrontiert. Nachdem die große Heeresvorlage den Reichstag im Sommer 1913 passiert hatte, war dem neuen Agitationsverband bereits für absehbare Zeit der Gegenstand seiner propagandistischen Bemühungen genommen. General Keim sollte bereits im Juni 1913 konsterniert feststellen, daß die eigene Basis wenig Sinn darin erblicke, sich weiterhin für den Wehrverein einzusetzen. Der Zuwachs an neuen Verbandsmitgliedern stagnierte ab Sommer 1913; Werbeerfolge blieben auf wenige regionale Zweigverbände beschränkt.⁴⁰ Es muß für die Mitglieder des Verbandes letztlich der Gipfel der Absonderlichkeit gewesen sein, daß die Dekungsvorlage für die beiden Heeresnovellen 1912 und 1913 einmal auf der sogenannten »lex Bassermann-Erzberger« beruhte und ein andermal von den Sozialdemokraten gegen die Konservativen mitgetragen worden war.

Der einzige nationale Agitationsverband, der seinen eigenen Weg einer Sammlung der rechten parlamentarischen und außerparlamentarischen Gruppen mit Konsequenz weiterzuverfolgen versuchte, blieb der Alldeut-

aber das hindert nicht, dass mich das, was man Regieren und Gesetzgebung und Gerechtigkeit nennt, anwidert. Daher mein Austritt. Ich mache eben nicht mehr mit!«

³⁸ GStA, Rep. 89, Nr. 15266, Vorstand des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie an von Valentini, 14. I. 1913.

³⁹ Siehe W. DEIST, *Flottenpolitik*, 1976, S. 314, 332.

⁴⁰ Siehe M. S. COETZEE, 1990, S. 70 ff., 98 f.

sche Verband. Doch für Heinrich Claß sollte sich das Konzept der »Nationalen Opposition« auf der Reichstagebene als Chimäre erweisen. Keine der großen und etablierten Parteien war jemals bereit gewesen, den Primat des Nationalen als politische Grundlage einer prinzipiellen Opposition gegen die Regierung zu vertreten. Und die verbesserten und engeren Beziehungen zum Bund der Landwirte hatten den Alldeutschen lediglich die Rolle eines Juniorpartners zugewiesen. Zudem mußte dieses Bündnis mit den Agrariern in einem konspirativen Status auf der Führungsebene beider Verbände verweilen. Die Leitung des AdV hatte der eigenen Mitgliedschaft diesen Schritt nicht offenbaren können, da die Basis politische Zugeständnisse an die ostelbischen Junker ablehnte.⁴¹

Mit ihrem Rückzug aus der Wahlpolitik hatten die nationalen Verbände vorläufig Abschied vom »praktischen Parlamentarismus« genommen. Die »pragmatische Anpassung an die bestehenden verfassungsmäßigen Verfahrensweisen«⁴², die die nationalen Verbände trotz Überparteilichkeitsgestus und Abneigung gegen den parlamentarischen »Kuhhandel« stets geübt hatten, fiel ihnen nach 1909 und erst recht nach 1912 immer schwerer. Die Leitung des Alldeutschen Verbandes zog dabei den Schlußstrich unter ihr Wahlengagement am raschesten. Der AdV hatte bereits seit 1908 damit begonnen, seinen Weg auf der Route der »Nationalen Opposition« zu gehen und die organisatorische und ideologische Arbeit an dieser Taktik auszurichten. Sein Verhalten in den Krisenjahren des Blocks und die Quasiabstinenz bei den Reichstagswahlen von 1912 waren Ausdruck dafür. Im Reichsverband gegen die Sozialdemokratie wuchs die Gewißheit erst allmählich, angesichts der Dominanz der »Linken« auf dem politischen Massenmarkt vorerst vor einer ausweglosen Situation zu stehen. »Die Hoffnung, die irregeleiteten Massen auf den Boden des Gegenwartsstaates zurückzuführen, muß vorerst aufgegeben werden«, konstatierte die Festschrift des Reichsverbandes im Mai 1914.⁴³ Der RgS erblickte die Ursache für das Dilemma in »unserer zügellosen Preßfreiheit« und »dem blinden Glauben der Masse an das gedruckte Wort«, wobei die »Volksverhetzung einen Grad erreicht [habe], von der man sich vor Jahrzehnten nichts hätte träumen lassen«. Dies war allerdings keine Forderung nach einem Staatsstreich oder einer Neuauflage der Bismarckschen Sozialistengesetzgebung, sondern eine Aufforderung an die Regierung Bethmann Hollweg, »die Politik der Tatenlosigkeit von oben« zu beenden und auf die wirksamer werdende sozialdemokratische Agitation mit einer scharfen Pressezensur zu antworten. Es war ein Eingeständnis des RgS, daß er die wahlinhaltliche Konkurrenz mit den Sozialdemokraten verloren hatte. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

⁴¹ Siehe R. CHICKERING, 1984, S. 285.

⁴² G. ELEY, *Problem*, 1982, S. 25; DERS., *Reshaping*, 1980, S. 320.

⁴³ 10 Jahre Reichsverband, 1914, S. 53.

In sämtlichen Verbänden war die Gewißheit weit verbreitet, daß eine parlamentarische Sammlung der Rechtsparteien und/oder eine außerparlamentarische korporatistische Lösung zwischen »Roggen und Eisen« nurmehr bedingt Erfolg haben konnte. Solche Initiativen gingen bezeichnenderweise auch nicht von den nationalen Agitationsverbänden aus, sondern wurden von ihnen lediglich gebilligt. Infolge der anhaltenden, interessenpolitisch motivierten Mißstände im bürgerlichen Partei- und Verbändelager sahen die meisten Funktionäre der nationalen Vereine vorerst wenig Sinn darin, weiterhin Kräfte für Kartell- und Rechtsblockkoalitionen freizumachen, die letztlich zum Scheitern verurteilt waren. Im Gegenteil setzte sich der politische Riß im bürgerlichen Lager bis in die Reihen der Verbände fort. Hinzu kam, daß integrative Momente zündender nationaler Parolen nach Auslaufen der großen Rüstungsvorlagen fehlten. All dies macht deutlich, daß sich die nationalen Agitationsverbände vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges am Scheideweg ihrer politischen Existenz zwischen ideologischen Lösungen und praktischem Parlamentarismus befanden.

Die Liberalen und das Aufgebot der Massen

Der Rückzug der nationalen Verbände aus der Wahlpolitik wurde begleitet vom Übergang nun auch der liberalen Parteien zur internen Modernisierung und externen Ausbreitung ihrer Organisation. Zudem suchten die bürgerlichen Parteien nach wählermobilisierender Unterstützung in neugegründeten wirtschaftlichen pressure groups. Neben das alte Geflecht zwischen (National-)Liberalismus und nationalen Verbänden trat im Zuge insbesondere der politischen Verwerfungen, die die Frage der Reichsfinanzreform und dann der Bruch des Bülow-Blocks hervorgerufen hatten, seit 1909 ein neues Beziehungssystem. Es basierte nun sowohl auf interessenpolitischen als auch auf wahlorganisatorischen und wahlkampfrelevanten Bindungen. Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, dessen Rückzug aus der Wahlpolitik eher unfreiwillig erfolgte, beobachtete die neuen organisatorischen Bemühungen der bürgerlichen Parteien und die aufstrebenden Konkurrenten in den wirtschaftlichen Interessenverbänden mit steigendem Argwohn. Deren wahlpolitische Zusammenarbeit innerhalb des politischen Lagers bedrohte die Existenz und die Bedeutung des überparteilichen nationalen Wahlhilfeverbandes:

»Seitdem der Reichsverband begründet wurde, haben es auch die politischen Parteien des Bürgertums für erforderlich gehalten, ihre Organisation zu vermehren und alle Kräfte für den politischen Parteikampf heranzuziehen. Außerdem sind seitdem neue teils wirtschaftliche, teils vaterländische Vereine und Verbände geschaffen worden, sodaß der weitere Ausbau der Zweigvereine des Reichsverbandes mit immer mehr Schwierigkeiten verbunden ist.«¹

Die Nationalliberalen hatten eine erstaunliche Organisationsoffensive gestartet.² Diese war zunächst das Ergebnis von Auseinandersetzungen traditioneller Honoratioren in den liberalen Führungsgremien mit dem Jungliberalen Reichsverband gewesen, der mehr Mitsprache und Mitwirkungsmöglichkeiten für die Parteimitglieder einforderte. Das neue Parteistatut von 1905 ist auf diesen Streit um Organisationsfragen zurückzuführen. Es trug dazu bei, den Nationalliberalismus dem modernen politischen Betrieb anzunähern und versuchte zugleich, die Parteibasis auf die eigenen Grundsätze organisatorisch festzulegen und einzuschwören. Erst jetzt stand jedem

¹ Zehn Jahre Reichsverband, 1914, S. 51 f.

² Siehe Th. NIPPERDEY, Organisation, 1961, S. 99–105; vgl. D. LANGEWIESCHE, Liberalismus, 1988, S. 147 ff.; G. SEEGER/C. HOHBERG, 1983, S. 424 ff.; zur Nationalliberalen Partei nach 1907 vgl. auch G. ELEY, Reshaping, 1980, S. 304–312.

nationalliberalen Anhänger oder Wähler die Möglichkeit offen, auch Mitglied eines Orts- bzw. Wahlvereins zu werden – ohne daß die Partei à la longue zur Mitgliederorganisation wurde. Für das Berichtsjahr 1907 erschien zum ersten Mal ein Kompendium über die Parteigremien und die Mitgliedschaft mit dem »*Organisationshandbuch der Nationalliberalen Partei*«. Es führt 819 nationalliberale und 121 jungliberale Vereine auf. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß die Nationalliberalen mit ihrem Organisationshandbuch der Ausgabe 1907 den Sozialdemokraten nur um ein Jahr hintanstanden, denn die SPD kann erst seit 1906 exakte Zahlen über ihre organisatorische Entfaltung und ihren Mitgliederbestand liefern.

Mit dem Start intensivierter organisatorischer Arbeit begann die nationalliberale Partei zugleich, auf agitatorischer Ebene ihr bisheriges Phlegma abzustreifen. Im Oktober 1906 wurde unter der Leitung von Hermann Kalkoff die Schriftenvertriebsstelle der Nationalliberalen Partei gegründet. Sie verbreitete zentralisierter als bislang Druckschriften, Flugblätter und anderes Agitationsmaterial. Der Parteiverlag war im Hinblick auf den Reichstagswahlkampf des Jahres 1908 ins Leben gerufen worden. Diese Weitsicht auf dem Gebiet der Wahlwerbetätigkeit war für liberale Honoratioren, die es nicht gewohnt waren, zwischen den Wahlkampagnen wahlorganisatorisch zu arbeiten, recht ungewöhnlich; sie wurde durch die überraschende Parlamentsauflösung im Dezember 1906 allerdings gestört. Die Parteiorgane blieben zu einem guten Teil auf die Druckerzeugnisse der nationalen Massenverbände sowie der verbandsorganisierten Werberedner angewiesen. Erst in der Folge der Reichstagswahlen entstanden die ersten parteieigenen Rednerschulen.

Das Wahlergebnis 1907, gesamtliberale Auspizien im Block, das Gefühl, wieder »Regierungspartei« zu sein, nicht zuletzt aber auch die Abhängigkeit von Mittelsmännern in den überparteilichen Verbänden trugen zu weitergehenden Forderungen bei, die nationalliberale Parteiarbeit zu intensivieren. Am 1. Februar 1907 hielt im Zentralvorstand, dem die Wahlvorbereitungen und Organisation oblagen, strategisches Denken in bezug auf die nächste Wahlbewegung in fünf Jahren Einzug. In den *Nationalliberalen Blättern* verlautbarte das Gremium, es sei »durchaus erforderlich, in der politischen Kleinarbeit nicht zu rasten, sondern nunmehr in allen Wahlkreisen eine so zuverlässige Organisation auszubauen, daß sie sich als brauchbares Instrument bei den nächsten Wahlen erweist«.³ Das organisatorische Engagement fand auf dem Gebiet wahlinhaltlicher Gestaltung jedoch auch weiterhin nicht sofort und überall ein Pendant. Die Parteileitung konnte von der alten Mode und ihrer soziokulturellen Befangenheit nicht lassen und forderte vor allem »aufklärende wissenschaftliche Arbeit«, damit die Klientel eine »wissenschaftlich geläuterte Gesamtüberzeugung« erwerbe.⁴ Im anbrechenden

³ Nationalliberale Blätter, 1907, S. 25, Der geschäftsführende Ausschuß des Centralvorstands der Nationalliberalen Partei an die Parteifreunde im Lande, 1. 2. 1907.

⁴ Nationalliberale Blätter, 1907, S. 301, »Parteiwesen und Entwicklung«, 1. 12. 1907.

Zeitalter der Massen war dies die unbrauchbarste Strategie, um eine breite, sozial heterogene Wählerbasis anzusprechen. Die Massenparteien hatten von dieser Art langweiliger Aufklärungstätigkeit längst Abstand genommen oder waren gerade dabei, dies zu tun. Immerhin jedoch waren die Nationalliberalen auf regionaler Ebene zur Modernisierung ihrer Wahlkampfgestaltung fähig. Als sie seit 1907/08 und insbesondere seit dem Bruch des Bülow-Blocks im konservativ geprägten Ostelbien zu expandieren begannen, startete die Partei Kampagnen mit riesigem finanziellem Aufwand und bediente sich bei Reichstagsersatzwahlen »amerikanischer Methoden« der Wählermobilisierung, so jedenfalls lautete das Urteil der konservativen Gegner. Die Erfolge der Liberalen in den BdL-Hochburgen waren zwar nicht von langer Dauer, dafür aber aufsehenerregend.⁵

Im Rahmen des Ausbaus liberaler Parteiorganisation achtete die Parteiführung vor allem auch darauf, affilierte Kräfte und Vereinigungen unter dem eigenen Banner zu sammeln und zentrifugalen Tendenzen vorzubeugen. In der *National-Zeitung* erging Mitte Februar 1907 ein Aufruf an die Parteifreunde, sich allein der »eigenen Partei zuzuwenden und sich nicht durch andere, von außen an sie herantretende politische Sonderbestrebungen in Anspruch nehmen zu lassen.«⁶ Die hier angesprochenen »Sonderbestrebungen« waren Vorstöße, im Zeichen des Blocks gesamtliberale bzw. überparteiliche nationalpolitische Sammelorganisationen zu bilden. Die Gründung des Nationalvereins für das liberale Deutschland, der linksliberale Versuch einer Verschmelzung des politischen Erbes des alten Nationalvereins von 1859 mit einer liberalen Kopie des massenorganisierten katholischen Volksvereins, war eine dieser Initiativen. Der Nationalverein strebte an, den parteiorganisatorisch zersplitterten Liberalismus von den lokalen Organisationen her zu reintegrieren und die liberale Propaganda auf eine »volkstümlichere«, populärere Basis zu stellen.⁷ Den linksliberalen Initiatoren des Vereins war dabei die Tatsache, daß das bürgerliche Lager im vorangegangenen Wahlkampf trotz politischer Differenzen seine wahlinhaltlichen Lücken mit dem Flugblattmaterial des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie überbrückt hatte, ein besonders unangenehmer Dorn im Auge.⁸ Das gesamtliberale Einigungsunternehmen war jedoch eine Totgeburt. Der begonnene Ausbau der einzelnen liberalen Parteiorganisationen stand dem Konzept einer solchen Dachvereinigung diametral entgegen. Die nationalliberale Parteispitze verhielt sich dem Ansinnen des NV gegenüber sogleich ablehnend. Zur öffentlichen Konstituierung des Nationalvereins

⁵ Zur nationalliberalen Offensive im Osten siehe J. BERTRAM, Wahlen, 1964, S. 62 ff.; Th. KÜHNE, Dreiklassenwahlrecht, 1994, S. 291 f. und 565 f.; Ch. NONN, Verbraucherprotest, 1995, S. 190 ff., zu den nationalliberalen Wahlauspizien im Rahmen von Finanzreform und Teuerungsprotest; vgl. auch P. HILDENHAGEN, 1913, zu einem nationalliberalen Wahlkampf 1913 in Ragnit-Pillkallen, Regierungsbezirk Gumbinnen.

⁶ National-Zeitung, 16. 2. 1907. Hervorhebung im Original.

⁷ Siehe H. SCHWAB, 1983, S. 530; vgl. W. LINK, 1964, S. 422 ff.; siehe auch W. OHR, 1910.

⁸ Die Hilfe, 17 (1911), S. 118 f.

auf seinem Gründungskongreß in Heidelberg am 22./23. Juni 1907 waren u. a. auch der Parteivorsitzende Ernst Bassermann sowie Gustav Stresemann geladen. Beide konferierten im Vorfeld der Tagung über die politischen Chancen und die Provenienz der neuen Vereinigung, wobei Stresemann eine »abwartende Haltung« gegenüber dem Verein empfahl, da dieser, wie er annahm, unter Einfluß der Freisinnigen Vereinigung stehe. Bassermann stimmte der Taktik und der Einschätzung seines Parteikollegen bei und ließ ihn wissen, daß auch er nicht teilnehmen werde.⁹ Die nationalliberale Parteiführung änderte ihre negative Einstellung gegenüber dem gesamtliberalen Einigungswerk nicht mehr.

Die Konsolidierungsanstrengungen der Nationalliberalen betrafen auch das Verhältnis der Partei zu den nationalen Verbänden und überparteilichen Sammlungsbemühungen auf der Rechten. In Sachsen hatte der Dresdner Nationale Ausschuß als Zusammenschluß nationaler Verbände unter der organisatorischen Obhut der alldeutschen Ortsgruppe im Wahlkampf 1907 erfolgreich für den Liberalismus gewirkt. Dementsprechend selbstbewußt trat der Ausschuß auf und suchte sich über das ganze Land zu verbreiten. Die Nationalliberalen gingen daraufhin zunächst einmal auf Distanz. Die Zusammenarbeit zwischen der nationalpolitischen Verbändeorganisation und der nationalliberalen Partei wurde zugunsten der Ausdehnung der Parteiorganisation neu definiert.¹⁰ Die Leiter der führenden nationalliberalen Ortsvereine wurden Anfang März dringend darum gebeten, neue lokale Dependancen zu gründen, die sich die »Vertretung der Parteigrundsätze zur Pflicht machen.«¹¹ Damit sollte Vereinigungen vorgebeugt werden, die unter dem Eindruck der Reichstagswahlen »Zusammenschlüsse nationaler Wähler« anstrebten und Parteizwecke »ausschlossen«. Gegen solche Bestrebungen sei eine »klare, verständige und volkstümliche Parteipolitik« zu setzen, verfügte der Nationalliberale Landesverein für das Königreich. Immerhin strebten die Nationalliberalen Sachsens somit in Konkurrenz zum Dresdner Nationalen Ausschuß »volkstümlicheres« Arbeiten an, was man von der Gesamtpartei nicht gerade behaupten konnte.

Einen anderen Weg, die Kooperation mit den nationalen Agitationsverbänden bzw. Interessengruppen neu zu arrangieren, scheinen die rheinischen Provinzialorgane der Partei gegangen zu sein. Hier wurde der Versuch unternommen, »Verbände nationaler Vereine« auf lokaler Ebene zu bilden und unter nationalliberale Fittiche zu nehmen. Dies war eine Weiterentwicklung des Dresdener Musters. In Bonn präsiidierte seit Ende März/Anfang April 1907 der Vorsitzende des nationalliberalen Provinzialvorstandes und Mitglied des Zentralvorstandes der Partei, Dr. Oscar Hamm, einen Zusammenschluß dreier liberaler Vereine mit Verbänden mehr oder minder

⁹ BA Koblenz, NL Stresemann FC 429 P, Stresemann an Bassermann, 15. 6. 1907; Bassermann an Stresemann, 17. 6. 1907.

¹⁰ Vgl. K. H. POHL, Nationalliberale in Sachsen, 1995, S. 103 ff.

¹¹ Kölnische Zeitung, 5. 3. 1907. Hervorhebung im Original.

»unpolitischer Natur«, wie die zentrumskatholische *Kölnische Volkszeitung* mit kritischem Blick berichtete.¹² In Köln wurde, so das Blatt weiter, am 28. März eine ähnliche Organisation unter Einschluß des Alldeutschen Verbandes, des Allgemeinen Deutschen Schulvereins, des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins, des Deutschbundes, der Kolonialgesellschaft, des Deutschen Ostmarkenvereins, des Deutschnationalen Handlungsgehilfen Verbandes, des Verbandes Kölner Turnvereine und des Flotten-Vereins gegründet. Die *Kölnische Volkszeitung* bemerkte zu diesem Unterfangen, daß es eine »politische Mache« sei und ein Versuch, »unpolitische Vereine für den Liberalismus einzufangen«, damit dieser verbandsübergreifende Zusammenschluß bei den nächsten Wahlen seine Schuldigkeit tue.

Einen weiteren Versuch, das nationalpolitische Potential in den patriotischen Agitationsverbänden für nationalliberale Wahldienste nutzbar zu machen, startete die Parteimitte um Gustav Stresemann. Der jungliberale Parteiaktivist, selbst in das nationale Verbändewesen stark eingebunden und mit Hilfe General Keims und des Flotten-Vereins in den Reichstag gewählt, war der Architekt einer Strategie, die die 1907 freigelegten massenorganisierten und wahlkampfrelevanten Energien des Nationalismus zu Parteizwecken einzuspannen versuchte. Das bürgerlich-nationale Verbändespektrum sollte vom vorrangig überparteilichen Wahlkampfhelfer und parteipluralistischen Wählerreservoir zur ausschließlich nationalliberalen Rekrutierungsbasis umfunktioniert werden.¹³ In diesem Sinne war es ein Gebot politischer Vernunft, daß die Nationalliberalen, wie Stresemann 1908 an Bassermann schrieb, die Führung in Kolonial- und Flottenfragen übernahmen, um etwa die organisierten Flotten-Vereinsmitglieder oder auch die wachsende Zahl der freiberuflich Tätigen, die über den trennenden Kräften ökonomischer Konflikte stünden und der einigenden, nationalen Politik stets zugetan seien, anzusprechen. Eine Partei der Mitte wie die Nationalliberalen müsse bei künftigen wirtschaftspolitischen Entscheidungen mit den größten Schwierigkeiten rechnen, das nationale Interesse biete eine Ersatzparole, die über divergierende wirtschaftliche Interessen gehe.¹⁴ Bassermann machte sich diese Strategie zu eigen. Auf dem 12. Vertretertag der Partei Anfang Oktober 1910 in Kassel verkündete er, daß die Wahlen durch das nicht-organisierte »Treibholz« entschieden würden, denn da seien »hunderttausende Wähler«, die sich durch nationale Parolen, die die »Volksseele« bewegten, »hinüberschieben« ließen zu den Parteien, »die das Positive wollen.«¹⁵ Die Parteiiinitiative im Rheinland und die Stresemannsche Taktik waren Ausdruck dafür, daß die Nationalliberalen nicht allein den Wandel von der Honoratioren- zur Aktivistenorganisation anstrebten, sie suchten sich

¹² Kölnische Volkszeitung, 24. 4. 1907.

¹³ Siehe dazu G. ELEY, *Notable Politics*, 1990, S. 215 f.; vgl. auch D. LANGEWIESCHE, *German Liberalism*, 1990, S. 226.

¹⁴ T. ESCHENBURG, 1929, S. 116 f.; vgl. auch G. ELEY, *Reshaping*, 1980, S. 311.

¹⁵ Siehe das Referat Bassermanns auf dem Zwölften Allgemeinen Vertretertag der Nationalliberalen Partei in Kassel, NLP PT, 1910, S. 23 f.

in einem ersten Schritt auch Organisationen dienstbar zu machen, die eine Massenbasis darstellten und darüber hinaus selbst Wähler für den Liberalismus mobilisieren konnten.

Doch die patriotische Parole als Wahlkampfeslogan und nationale Verbände als Wählerreservoir bzw. Hilfstruppen im Wahlkampf waren gleichwohl zu Erhalt und Ausbau liberaler Mandatszahlen nicht hinreichend. So trat nach dem Bruch des liberal-konservativen Bülow-Blocks im Jahr 1909 jene Verbände-Parteienkonstellation zutage, die bei den Reichstagswahlen von 1912 die Wählermobilisierung für die Liberalen von den patriotischen Agitationsverbänden zwar nicht in Form, aber im Stil übernehmen sollte. Insbesondere die Verbändekoalition im Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie dokumentierte das neue Erfordernis, angesichts der nahezu unüberwindlichen Spaltung der Wirtschaftsinteressen zwischen »Eisen und Roggen« Politik massenwirksam verkaufen zu müssen. Dieser antikonservative, antiagrarische Zusammenschluß der führenden Wirtschaftsverbände sowie des alten und neuen Mittelstandes unter liberalem Parteiengagement hatte einen umfassenden Politisierungsanspruch für bürgerliche Positionen. Er war auf binnenliberalen Ausgleich und Sammlung der Kräfte gegen die alten konservativen Eliten bedacht. Der Hansa-Bund stellte mit 650 Ortsgruppen und 200 000 Einzelmitgliedern eine Macht gerade auch auf wahlkampfpolitischem Gebiet dar. Der Bund der Landwirte war dabei sein Gegenstück in Organisation und agitatorischem Wirken. Der HB finanzierte und interpellierte liberale Mandatsbewerber und mobilisierte die bürgerliche und mittelständische Klientel. Die personale Verflechtung der liberalen Parteien mit dem Bund war bedeutend, die Zahl liberaler Reichstagskandidaten, die mit Unterstützung des Hansa-Bundes gewählt wurden, war groß. Im Jahr 1912 erhielten von 447 liberalen Kandidaten etwa 300 »Freunde« und Mitglieder Wahlkampfhilfe. Welcher Art diese Wahlkampfunterstützung war, ob lediglich noch rein finanzieller Natur oder ob bereits massenmobilisierende Wahlkampfleitung von HB-Ortsgruppen in den jeweiligen Stimmbezirken geleistet wurde, ist für den Einzelfall kaum zu ermitteln. Festzuhalten bleibt jedoch, daß der Bund einen ansehnlichen Wahlfonds von 1,5–2,5 Millionen Mark ansammelte, eigene Agitationsausschüsse einsetzte, drei Millionen Flugblätter druckte und verbreitete und in der Gestaltung der Agitationsmaterialien gleich den Sozialdemokraten eine Spitzenstellung einnahm.¹⁶ Die HB-Wahlmaschinerie wurde zudem, ganz modern, arbeitsteilig tätig. Die Zentrale übernahm die Referentenvermittlung, die Herstellung des Werbematerials, die Planung mehrerer Dutzend Großkundgebungen und 300 Versammlungen. Die regionalen Gliederungen waren dafür zuständig, den Wahlkampf auf die spezifischen Verhältnisse in den Wahlkreisen zuzuschneiden, die Werbematerialien zu verteilen und weitere

¹⁶ Siehe J. BERTRAM, *Wahlen*, 1964, S. 167 ff.; vgl. DERS., *Reichstagswahlkampf*, 1978, S. 349 ff.; zur HB-Wahlorganisation insbesondere S. MIELKE, 1976, S. 151 ff.

2000 Versammlungen zu organisieren. Allerdings konnte der Hansa-Bund keinen bestimmenden Einfluß auf die unmittelbaren Nominierungsverhandlungen liberaler Kandidaten erlangen; hier behielten die Parteien ihre Prärogative. Nach eigenen Angaben wurden durch den HB im Jahre 1912 64 liberale Mitglieder und Funktionäre der Organisation von insgesamt 87 MdR der nationalliberalen und der Fortschrittlichen Volkspartei gewählt. Von 45 nationalliberalen Mandaten kamen 23 mit Bundesunterstützung zustande, von 42 linksliberalen sogar 41.¹⁷ Dabei ist allerdings zu beachten, daß die 87 liberalen MdR lediglich in vier Fällen nationalliberaler Kandidaten ein Direktmandat erzielten. Zu mehr als einer Selbstbehauptung des Liberalismus reichte auch die Wahlhilfe des Hansa-Bundes in der Ära der Massen nicht mehr aus.

Der Linksliberalismus, der sein Spaltungsdilemma 1910 überwunden hatte, war der eigentliche Gewinner des Hansa-Bundengagements; die Nationalliberalen blieben in der Rolle des Nutznießers und Teilhabers. Daß sich der Linksliberalismus seit seiner Reintegration zu einer relativ ansehnlichen Organisation mit 1912 etwa 120000 (männlichen) Mitgliedern entwickeln konnte, läßt die Bedeutung der HB-Wahlhilfe für die Partei nur stärker hervortreten. Trotz ihrer verbesserten personalen Ressourcen waren die Linksliberalen auf die Hilfe des Massenverbandes angewiesen.

War der Hansa-Bund als Dachorganisation von Industrie-, Handels- und Mittelstandsorganisationen in sich eine Verbindung heterogener Interessen, hatte er darüber hinaus den ebenfalls 1909 gegründeten Deutschen Bauernbund im finanziellen Schlepptau. Mit dem liberalen DBB sollten die im Bund der Landwirte organisierten agrarischen Massen den konservativen Eliten streitig gemacht und den Nationalliberalen, die die einflußreichsten Funktionärspositionen besetzten und dem Bauernbund ebenfalls finanziell unter die Arme griffen, zugeführt werden.¹⁸ Die Nationalliberalen hatten neben einem industriellen stets auch einen agrarischen Interessen verbundenen Flügel besessen, der wahlpolitisch vom BdL protegiert wurde. Diese Basis brach nach 1909 weg. Der DBB sollte die Ersatzfunktion übernehmen. Agrarische Produzenteninteressen machten jedoch vor der Parteiräson nicht halt. Mit der zweiten großen Teuerungswelle, die die wilhelminische Gesellschaft 1910/12 traf, mobilisierte der Stadt-Land-Dissens die designierten »Hilfstruppen der Partei«¹⁹ zunehmend gegeneinander und lähmte die Nationalliberalen pünktlich zu den anstehenden Reichstagswahlen. Der Streit unter den Wahlhilfeverbänden war nicht nur in wirtschafts- und sozi-

¹⁷ Siehe hierzu S. MIELKE, 1976, S. 215. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß das sogenannte »Dämpfungsabkommen« des Freisinns mit der Sozialdemokratie, welche die Liberalen durch »Dämpfung« ihrer Wahlagitation in 16 überwiegend städtischen Wahlkreisen indirekt unterstützte, das Überleben der FRVP sichern half.

¹⁸ H. SCHWAB, *Deutscher Bauernbund*, 1983, S. 415 ff.; siehe zuletzt auch Ch. NONN, *Verbraucherprotest*, 1995, S. 189.

¹⁹ So Eugen Schiffer, zitiert nach Ch. NONN, *Verbraucherprotest*, 1995, S. 192.

alpolitischer Hinsicht für die Nationalliberalen auf die Dauer fatal.²⁰ Im Wahlkampf mußte die nationalliberale Parteiarmee trotz unbestreitbarer Organisationserfolge über kurz oder lang ohne Chance bleiben, arbeiteten die ihr nahestehenden Interessenorganisationen gegeneinander und kontraproduktiv. Die Alternative einer Neuauflage des Zweckbündnisses mit den nationalen Verbänden war zu jenem Zeitpunkt kaum mehr möglich; diese wähten in einem Wahlengagement für ihre Interessen keinen politischen Gewinn mehr oder blieben still.

²⁰ Siehe zu den parteipolitischen Überlebensaussichten des Nationalliberalismus im Rahmen der Teuerungsproblematik ebd., S. 188–202; vgl. D. S. WHITE, 1978, S. 182 ff.

Schlußbetrachtung

Mit dem Wahlkampfengagement von Agitations- und Interessenverbänden während der letzten beiden Wahlkämpfe im Kaiserreich vollzog sich ein Stilwandel der Wahlorganisation und Wahlpolitik. Daß Verbände in den politischen Parteien einen Partner – oder ein Instrument – zur Durchsetzung ihrer Forderungen suchten und fanden, ist zwar nicht weiter erstaunlich. Auch ihr Interesse an Wahlen, Wahlkämpfen und Kandidaten lag nahe. Ein wesentliches Kennzeichen »moderner« Wahlkämpfe war jedoch ganz im Gegensatz zu Wahlentscheidungen vor der Jahrhundertwende, daß Massenverbände sich in der Wahlarbeit nicht mehr lediglich auf finanzielle Förderung und Kandidateninterpellation beschränkten, um Einfluß auf politische Entscheidungen zu nehmen. Interessenorganisationen mobilisierten als Wahlhilfstruppen des jeweiligen Milieus selbst Wähler, und ihre bald nach Hunderttausenden zählende Mitgliedschaft gestaltete die Parteienkonkurrenz im wilhelminischen Deutschland nun erst zu einem »Aufgebot der Massen«. Die organisatorische Entfaltung von Massenparteien und das Eingreifen von nationalen Agitations- und wirtschaftlichen Interessenverbänden in das Wahlgeschehen war für die »Fundamentalphitisierung« der wilhelminischen Gesellschaft eine wesentliche Voraussetzung. Der neue Stil ist an seinem Ursprung in den beiden Umbruchsdekaden um die Jahrhundertwende zu verorten, als sich die »sozialen Mechanismen, Techniken und Organisationsformen von Politik fundamental zu wandeln begannen«.¹

Die Entstehung eines politischen Massenmarktes war keine unmittelbare und zwangsläufige Folge der Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts in der Reichsgründungsepoche. Der neue, normative Verfassungsrahmen wurde erst allmählich mit dem Wandel zu massenpolitischer Wahlkampforganisation ausgefüllt. Der mit dem Aufstieg der politischen Arbeiterbewegung entstandene, übermächtige Mobilisierungsdruck einer Massenpartei provozierte im bürgerlich-nationalen Lager zunächst hastige Reaktionen. Aber nicht die liberalen Parteien, deren Organisationsstruktur noch immer Honoratiorencharakter besaß, sondern die in der beginnenden Ära der »Weltpolitik« gegründeten nationalen Massenagitationsverbände versuchten als erste bürgerliche Gruppen, den Mobilisierungsdruck der Arbeiterbewegung zu kontern. Sie legten ihren »unpolitischen« Charakter still beiseite und stiegen in den Wahlkampf gegen Sozialdemokratie und auch Zentrums-katholizismus ein.

Organisationen wie etwa der 1898 entstandene Flotten-Verein, der sich in der marinebegeisterten Öffentlichkeit ein Publikum erschließen konnte,

¹ So jüngst auch P. NOLTE, 1996, S. 290.

wurde von Verbandsmanagern politisiert und unter Erprobung neuer Mobilisierungsstrategien für die »nationalen Parteien« und gegen »vaterlandslose Gesellen«, aber auch gegen die Regierung auf den politischen Massenmarkt geführt. Hier operierte bereits der Alldeutsche Verband – kein Verein mit zahlreicher Mitgliedschaft, aber im Reichstag mit eigenen Abgeordneten vertreten. Gerade auf der Parlamentsbühne suchte der selbsternannte »Gralshüter« des integralen Nationalismus seinen Einfluß über erfolgreiche Kandidaturen unter meist nationalliberaler Parteiflagge zu wahren und auszubauen.

Der Druck, auf dem politischen Massenmarkt und im nationalen Parlament präsent sein, nicht allein Politik, sondern auch Wahlpolitik treiben zu müssen, erfaßte mit den Flottenfreunden oder den Alldeutschen nach dem großen sozialdemokratischen Wahlerfolg des Jahres 1903 das gesamte »unpolitische« bürgerliche Verbändewesen. Interne Konflikte zwischen »alten« Honoratioren und »neuen« Aktivisten um den Kurs und den Stil der weiteren, politischen Arbeit entschieden letztere fast ausnahmslos für sich. Auch eine Organisation wie der Evangelische Bund zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen beteiligte sich am Wahlkampf. Unter neuer Leitung wurde der Bund »antiultramontane Propagandazentrale« und »Wahlhilfsverein« für die Nationalliberalen.² Nicht zuletzt gründeten und definierten sich nach 1903 auch Verbandsorganisationen wie der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie und der Antiultramontane Reichsverband im Hinblick auf die nächsten Reichstagswahlen über wahl- und parteiunterstützende Aufgaben. Lediglich die Deutsche Kolonialgesellschaft, ein 1887 aus der Taufe gehobenes Honoratiorenenensemble par excellence, blieb Ausnahme von der modernen wahlagitatorischen Regel.

Die wachsende Bedeutung der Zusammenarbeit von bürgerlichen Parteien und nationalen Verbänden im Wahlgeschehen ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Zunächst einmal stellte die Metamorphose überparteilich unpolitischer Verbände zu quasi-politischen Organisationen und danach zu wahlpolitisch orientierten pressure groups, welche die Zusammensetzung des Reichstags selbst mitbestimmen wollten, eine Wegmarke des Wandels politischer Kultur im Kaiserreich dar. Bürgerlichen Wählern wurden auf weite Sicht neue Partizipationschancen eröffnet, indem die wahlpolitische Bedeutung des integralen Nationalismus außerhalb der liberalen Honoratiorenparteien organisatorischen Ausdruck und damit politisches Gewicht gewann. Zugleich wurde das politische Interesse mehr als bislang auf die Geschehnisse des nationalen Parlaments gelenkt. Daß der Nationalismus jedoch wahlpolitische Relevanz erlangen konnte und der politische Massenmarkt in Deutschland von Agitationsverbänden von rechts mit aus der Taufe gehoben wurde, belastete allerdings die politische Kultur mit einer schweren gesellschaftlichen Hypothek. Kontinuitätslinien in die Republik von

² Vgl. Th. NIPPERDEY, Deutsche Geschichte, 1990, Bd. I, S. 478.

Weimar sind zwar nicht zwangsläufig zu ziehen, jedoch durchaus erkennbar.

Sodann schuf dieser Wandel die Voraussetzung dafür, daß die politische Auseinandersetzung zwischen der sozialistischen Massenpartei und den nationalistischen Massenverbänden nicht nur auf der ideologischen Ebene verharrte, sondern auch in den Wahlkampf vordrang. Seit dem Jahr 1903 versuchten die nationalen pressure groups durch intensive Propaganda und organisatorisches Wirken ein politisches Klima zu erzeugen, das im Jahr 1907 den parteipolitischen Zusammenschluß im sogenannten »Bülow-Block« ermöglichte. Dieses Bündnis aus den konservativen und beiden liberalen Parteien, welches seine Klientel auch und vor allem aus den Reihen des organisierten Nationalismus rekrutierte, wurde somit zur Zweckkoalition deklariert, längst bevor Reichskanzler von Bülow im Rahmen der »Hottentottenwahlen« gegen das lose parlamentarische Bündnis aus Sozialdemokratie und Zentrumspartei »von oben« ein nationales Kartell zu bilden suchte. Als der Block unter diesen Vorzeichen zur Wahlentscheidung antrat, hatten die nationalen Verbände bereits einen ersten bedeutenden politischen Erfolg errungen. Weder der Nationalismus an sich noch jene Wahlpolitik, die seinen Zwecken diene, bedurften im Kaiserreich einer Manipulation von oben. Die in Teilen der Literatur vertretene These vom Massen manipulierenden Obrigkeitsstaat ist gerade auch im Hinblick auf die Wahlpolitik nationaler Verbände revisionsbedürftig.

Ziele und selbstgewählte Aufgaben der nationalen Verbände im Wahlgeschehen lassen sich als Versuch umschreiben, die Zusammensetzung des Reichstags zugunsten der bürgerlichen »Ordnungsparteien« aktiv zu beeinflussen. Zugleich wollten die Verbände ihre eigenen Vertreter als Abgeordnete in das nationale Parlament entsenden, um ihre machtpolitischen Einflußpositionen zu wahren und auszubauen. Verfassungspolitisches Zukunftsbild der »Rechten« blieb ein Parlament, das ausschließlich nach »nationalen« Bedürfnissen und Optionen entscheiden und mit der Regierung in einer Art Dualismus kohabitieren sollte. Für politische Gruppen, die wie die Sozialdemokratie oder auch die Zentrumspartei dem nationalen Entscheidungskonsens nicht bedingungslos folgen wollten, sollte im Reichstag kein Platz mehr sein. Insofern wandelte sich das nationale Parlament auch für die schlimmsten Kritiker parlamentarisch-demokratischer Normen von einer Adresse, an die interessenpolitische Forderungen gestellt wurden, zu einer Institution, deren Entscheidungsgremien es mitzubestimmen und mitzugestalten galt. Auch wenn das Parlament letztlich im »Vorhof der Macht« verweilte, war der Reichstag unverkennbar zur Bühne der Reichspolitik geworden, und er besaß eine gewichtige Korrektivfunktion für die Gesetzgebung. Diese Funktion wollten zunehmend auch verbandsorganisierte Kritiker des Parlamentarismus von rechts über die Beeinflussung der Wahlen und der Fraktionsstärken mit ihnen genehmen Mandatsträgern ausfüllen.

Die Reichstagswahlen von 1907 boten den patriotischen Agitationsverbänden wegen der umstrittenen Kolonialkriegsproblematik eine willkommene Gelegenheit, die neue Zielsetzung zu erproben. Wenn das Ergebnis wahlpolitischer Arbeit der nationalen Agitationsverbände summa summarum auch nicht überzubewerten ist, so setzten sie doch in den Kernregionen ihrer Organisationen, im geographischen Mittelhürtel Deutschlands von Sachsen über Thüringen und Hessen bis nach Westfalen insbesondere der Sozialdemokratie schwer zu. Sie vermittelten Stichwahlkoalitionen zwischen den bürgerlichen Parteien und mobilisierten die eigene Klientel, Nichtwähler und Wechselwähler. Da in den Führungsetagen der patriotischen Verbände professionelle Manager Organisation und Agitation übernommen hatten und ihre Mitgliedschaft bzw. die bürgerliche Öffentlichkeit seit Jahren wahlpolitisch für ihre Ziele sensibilisieren konnten, waren die pressure groups für den politischen Massenmarkt bestens gerüstet. Professionelles Arbeiten garantierte Kontinuität und Permanenz auf der nationalen, regionalen und lokalen Ebene. Ein zunehmend in Rhetorikschulen ausgebildeter Stamm von Wanderrednern agitierte auf Kampagnetouren unablässig für nationalpolitische Zwecke mit parteipolitischer Relevanz. Hier tat sich der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie besonders hervor. Veranstaltungen wurden periodisch einberufen, auch verbandsübergreifend organisiert. Neben der wahlpolitischen Bedeutung nationaler Verbände war ihre modernen Ansprüchen genügende wahlorganisatorische Arbeit vor Ort, die nach dem Beispiel oder in Konkurrenz zu Massenorganisationen der übrigen politischen Lager entwickelt wurde, ein wesentlicher Faktor der Massenmobilisierung der bürgerlich-nationalen Klientel.

Es ist in diesem Zusammenhang nicht genau zu quantifizieren, wie groß jeweils der Anteil von Nicht- oder Wechselwählern am Zustandekommen des liberal-konservativen Wahlsiegs von 1907 war. Nach neueren Berechnungen Jonathan Sperbers scheinen etwa 24 Prozent jener Stimmberechtigten, die sich 1903 noch der Wahl enthalten hatten, 1907 einen Stimmzettel für die Blockparteien abgegeben zu haben. Etwa ein Fünftel jener Wähler, die sich 1903 für sozialdemokratische Kandidaten entschieden hatten, wählten im Jahr 1907 »nationale« Parteien. Der parteipolitische Liberalismus gewann während der Wahlen von 1907 am meisten im protestantischen städtischen Mittelstand. Diese Zahlen verdeutlichen sowohl die These Sperbers von eher aufgelockerten sozialmoralischen Milieus als sie auch die Annahme bestätigen, daß die Wahlkampfstrategie der Verbände, gerade auch Nichtwähler und »unsichere Kantonisten« durch nationale Parolen zu mobilisieren, durchaus erfolgreich war. Geht man von der Beobachtung aus, daß das bürgerlich-nationale Lager und die Sozialdemokraten im Kaiserreich zunehmend über ihr konsolidiertes organisatorisches Milieu hinausstrebten und bei Wahlen um die gleiche – mittelständische – Klientel kämpften, vermag dies sowohl den hohen Anteil ehemaliger Nichtwähler, die 1907 zum Urnengang bereit waren, zu erklären als auch den Wechsel ehemaliger sozialdemokratischer Protestwähler, die 1907 ins nationale Lager zurück-

kehrten. Letztere kamen vornehmlich aus dem zahlenmäßig anwachsenden städtischen neuen Mittelstand. Das ambivalente Wahlverhalten der Angestellten zielte wohl einerseits auf soziale Absicherung und Verbraucherschutzinteresse gegenüber liberaler »Produzentenpolitik« ab. Andererseits demonstrierte man nationales Treuebekenntnis im Gegensatz zu sozialdemokratischen Parolen einer proletarischen Internationale.³

Die Wahlen von 1907 waren gleichwohl Höhe- und Endpunkt des Engagements nationaler Verbände im Wahlkampf. Der Flotten-Verein hatte sich in seinem Wirken gegen die Zentrumspartei zu weit vorgewagt und wurde vom Reichsmarineamt unter Tirpitz per allerhöchster Order an die Leine gelegt. Die Alldeutschen gingen unter Heinrich Claß, der neben seinem unbefriedigten völkischen Faible noch immer unter der 1903 gescheiterten Kandidatur zum Reichstag litt, den Weg der außerparlamentarischen Opposition in den politischen Extremismus. Als der AdV nach Wahlniederlagen seiner leitenden Funktionäre seine Einflußmöglichkeiten im Reichstag verloren hatte und die wichtigste politische Bühne nicht mehr betreten durfte, flüchtete er ab 1908 in die »Nationale Opposition«, ein relativ inhaltsloser Begriff antiparlamentarischer Trotzhaltung, der niemals ein bedeutendes Publikum ansprach.

Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, die erfolgreichste Wahlhilfeorganisation auf lokaler Ebene, verfiel angesichts seiner Erfolge als Mittler, Mobilisator und Makler für den »Bülów-Block« nach 1907 zunächst in organisatorischen Übermut. Er trat zunehmend als politische Konkurrenz zu jenen Parteien hervor, die er im verflossenen Wahlkampf unterstützt hatte und mit denen er politisch affiliert war. Der Bruch der liberal-konservativen Koalition über die Frage der Reichsfinanzreform im Jahr 1909 bedeutete für ihn zunächst einen graduellen Einflußverlust und dann politische Bedeutungslosigkeit. Wie ein Ertrinkender suchte sich der RgS zuletzt an den Strohalm einer Neuaufgabe des Parteienblocks der Ordnungskräfte zu klammern.

Das letztendliche Scheitern jener Organisationen, die aus dem vorparlamentarischen Raum mit nationalistischen Parolen die Zusammensetzung des Reichstags zu beeinflussen suchten, kann durchaus als Indiz für die zunehmende Bedeutung des Parteienstaats im Kaiserreich gewertet werden. Den

³ Siehe J. SPERBER, *The Kaiser's Voters*, 1997, S. 249f. Vgl. Ch. NONN, Verbraucherprotest, 1995, S. 80–83, der die Stimmengewinne der Liberalen im Jahr 1907 zwar ebenso an der Propagierung nationaler Parolen festmacht, jedoch zwischen Wahl- und Organisationsverhalten des neuen Mittelstandes stärker unterscheidet. Im Grunde sei der Mittelstand, so NONN, ein verbraucherorientiertes Protestpotential und in diesem Sinne potentiell »Mitläufer« der Sozialdemokratie gewesen. Nationale Treuebekenntnisse für die Alldeutschen oder den Flotten-Verein seien eher »floskelhaft« gewesen. Wenn auch die Wahlentscheidung aus Verbraucherschutzinteresse bei NONN etwas überpointiert scheint, gilt es, diese anregende These weiter zu untersuchen.

nationalen Verbänden war es zwar gelungen, den politischen Massenmarkt auch von rechts zu begründen. Dies wurde, so sei nochmals betont, zu einer belastenden Hypothek und mag auf einen deutschen »Sonderweg« in die Moderne hinweisen. Zugleich ist festzuhalten, daß die Massenparteien von SPD und Zentrum sowie auch der linke und rechte Liberalismus vor dem Ersten Weltkrieg ihr politisches Gewicht, das sie vor dem Aufstieg der nationalen Massenagitationsverbände besaßen, nach 1907 wieder erlangen und ausbauen konnten. Bei den Reichstagswahlen von 1912 spielten die rechten Verbände keine Rolle mehr, dringlicher erscheinende Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik forderten das Engagement etwa des neugegründeten Hansabundes heraus, der den Liberalismus wahlorganisatorisch unterstützte. Die Nationalliberale Partei, ehemals bevorzugter Partner der nationalen Verbände im Wahlkampf, hatte bereits nach der Wahl von 1907 eine organisatorische Offensive gestartet. Sie suchte und rekrutierte darüber hinaus neue, wirtschaftlichen Interessen verbundene »Hilfstruppen«, die sie in Reaktion auf die gescheiterte Sammlungs- und Kartellwahlpolitik gegen die Konservativen unterstützen und der industriellen Partei etwa über den Deutschen Bauernbund auch ländliche Wähler zurückgewinnen sollten.

Die Rechte in den nationalen Verbänden fiel angesichts dieser Entwicklung nach und nach in tiefe Apathie, auch weil ihre organisatorischen Erfolge, an einer Sättigungsgrenze angelangt, schwanden und ihre Verbandsziele durch die von Parteienseite gebilligten großen Wehrvorlagen der Jahre 1912 und 1913 erfüllt schienen. So gesehen, befand sich die nationale Rechte vor 1914 in einer latenten Krise, die patriotischen Agitationsverbände steckten in einer Sackgasse. Extremisten wie Heinrich Claß propagierten nicht zuletzt aus Verzweiflung über die ungünstige parlamentarische Situation die Flucht nach vorn in den großen Krieg und verbanden damit die Erwartung, innenpolitischen Profit aus militärischen Erfolgen zu ziehen.

Bot das Engagement bei Reichstagswahlen nationalen Verbänden eine Möglichkeit, Einfluß auf den Reichstag auszuüben, war die Bildung einer einheitlichen Rechtspartei eine weitere Option, die Politik des Parlaments mitzubestimmen. Die Mobilisierungs- und Wahlerfolge der politischen Arbeiterbewegung und der katholischen Zentrumspartei veranlaßten wiederholt Versuche auf der politischen Rechten, Parteien und Verbände zu einem schlagkräftigen Block, zu einer einzigen nationalen Sammlungspartei gegen die parlamentarische Linke zusammenzufassen. Die vorliegende Studie konnte darlegen, daß sämtliche seit den 1890er Jahren angestrebten Versuche zur Bildung eines solchen Zusammenschlusses jedoch über bescheidene Anfänge nicht hinausreichten oder von den in Frage kommenden Gruppen eher dilatorisch verfolgt wurden. Dieses Scheitern ist mit den gestiegenen Anforderungen moderner Wahlorganisation sehr eng verbunden.

Das antisozialistische (und antiultramontane) Lager war eine heterogene Masse. Es organisierte sich in einer Vielzahl von Agitationsverbänden sowie den liberalen und konservativen »Ordnungsparteien« bzw. antisemitischen

Splittergruppen. Eifersüchtig wachten die einzelnen Organisationen über ihre politischen und agitatorischen Pfründe sowie nationalen Symbole. Eine Sammlung auf der Rechten konnte die divergierenden Interessen vor allem industrieller und agrarischer Proteges nicht ausgleichen. Eine Sammlungspolitik gelang weder auf manipulativem Wege »von oben«, noch gab es vor dem Krieg sammlungsgeneigte Organisationen, die auf Anregung »von innen« dazu bereit gewesen wären, selbst dauerhaft in einer auf fester organisatorischer Basis beruhenden Verbands- bzw. Parteienkoalition, die etwa den Namen National- oder Deutschpartei oder aber Nationaler Block trug, zusammenzuarbeiten. Gerade die Wahlpolitik macht das Scheitern von Projekten etwa des antisemitischen Deutschbundgründers Friedrich Lange mit dem Zuschnitt festgefügtter Wahlkartelle, die das kurzlebige Beispiel der Septennatswahlen von 1887 übertreffen sollten, deutlich. Symptomatisch für die wenig sammlungsgeneigte Haltung der übrigen Verbände und Parteien ist, daß ein politischer Außenseiter wie Lange die Initiative ergreifen sollte.

Die mannigfachen Ansätze zur Bildung einer Nationalpartei wurden von Parteien und Verbänden nicht etwa unterstützt, sondern eifersüchtig beäugt. Die Bildung einer »Sonderorganisation« zu Wahlkampfzwecken wurde aus Furcht vor Stimmenzersplitterung im Hauptwahlkampf abgelehnt; insbesondere die politischen Parteien verteidigten ihren Anspruch, eigene Kandidaten aufzustellen und eine eigene Wahlkreisvertretung zu organisieren, jederzeit mit Nachdruck und Erfolg.

Die großen und bedeutenden nationalen Verbände zeigten sich in diesem Zusammenhang aber ebenfalls initiativlos. Sie hielten sich, da sie ihre Massenbasis und ihr finanzielles Fundament nicht mit anderen Organisationen teilen mochten, bedeckt und fürchteten darüber hinaus für die Übergangszeit einer Parteibildung um ihren bequemen vereinsrechtlichen Status »unpolitischer« Organisationen. Auch das alternative Konzept einer vom Alldeutschen Verband präsierten, prinzipiell oppositionellen Bewegung, die zuletzt nurmehr antiparlamentarischen Zielen folgte und einem diktatorischen Verfassungsverständnis zuneigte, war den meisten Parteivertretern und auch gemäßigten Nationalisten in den verschiedenen Verbänden äußerst suspekt. Nach 1909 wurden Sammlungsparolen, von wem sie auch stammten, ohnehin kaum mehr mit ernsthaftem politischen Willen verbunden und verfolgt – weder von Parteien noch von Verbänden. Das Scheitern des Kartells der schaffenden Stände war hier ein herausragendes Beispiel.

Die Bildung einer »Nationalpartei« war der bürgerlich-nationalen Rechten gerade auch im Hinblick auf wahlpolitische Divergenzen vor dem Krieg nie geglückt. Ein Ausblick in die Jahre 1914–1918 zeigt, daß dies auch unter der politischen Druckglocke des Weltkrieges nur unzureichend gelang. Die Gründung der Deutschen Vaterlandspartei am 2. September 1917 als Massen- oder gar Volkspartei der Rechten gegen den Kanzler und die parlamen-

tarische Mehrheit der Friedensresolution markiert lediglich auf den ersten Blick eine nunmehr erfolgreich verlaufene politische Sammlung gegen Links. Bezeichnenderweise ist die Vaterlandspartei nicht etwa vom Alldeutschen Verband, auch nicht von einer der liberalen und konservativen Parteien, sondern von einem verbandspolitisch unbeschriebenen Blatt und »bürgerlichen Konservativen«, dem Generaldirektor der preußischen Landschaft in Königsberg, Wolfgang Kapp, in Eigeninitiative gegründet worden.⁴ Kapp war während des Krieges durch mehrere Lagedenkschriften und eine Duellforderung an den Reichskanzler aufgefallen, nachdem ihn Bethmann Hollweg im Parlament als »Piraten der öffentlichen Meinung« tituliert hatte. Die Vaterlandspartei wurde zwar rasch zu einem organisatorischen Massenerfolg; sie setzte sich aus den lokalen Vereinen der Ordnungsparteien und der nationalen Verbände bzw. einer Vielzahl von Einzelpersonen zusammen. Sie mußte allerdings ohne den einflußreichen Alldeutschen Verband und das offizielle Wohlwollen der Konservativen auskommen; die Nationalliberalen waren in der Frage einer Kooperation gespalten. Die Vaterlandspartei verstand sich selbst nicht als Konkurrenz zu den »vaterländisch gerichteten politischen Parteien«.⁵ Als »Hindenburg-Kartell« geplant, sah sie von der Aufstellung eigener Kandidaten bei Reichstagsersatzwahlen ab und verlegte sich lediglich auf Interpellationen. Sie nahm offiziell keine Stellung zu Fragen der inneren Politik und sollte sich programmgemäß nach Friedensschluß auflösen.

Die DVLP war eine Bestätigung der Grenzen organisierter Sammlungs-, Nationalpartei- und Kartellwahlpolitik. Hierin und in der ideologischen Tradition blieb sie im Kaiserreich fest verankert. Nichts wäre unzutreffender, als ihr das Etikett einer »prä-« oder »protofaschistischen« Bewegung Weimarer Zuschnitts anzuheften.⁶ Die Vaterlandspartei übernahm – fast selbstverständlich – das moderne Instrumentarium einer Massenorganisation der wilhelminischen Ära: Sie besaß eine Presseabteilung, eine Abteilung für besoldete Wanderredner und unbesoldete Werberedner; eine Propagandaabteilung entwarf Flugschriften, Plakate und Aufrufe; die Partei paßte sich der etablierten Versammlungskultur an, arbeitete mit Anzeigen, Lichtbildern und Filmvorführungen; eine Arbeiterabteilung bot schließlich Rhetorikkurse für Arbeiter an.⁷ Von Massenaufmärschen und physischer Gewalt zu politischen Zwecken, von einem »Aufstand der Bilder« und

⁴ Zur Biographie Kapps und seiner Initiative zur Gründung der DVLP, jetzt die neue Arbeit von H. HAGENLÜCKE, 1997, S. 109–142 und 143–164.

⁵ Siehe den Gründungsauftrag der Vaterlandspartei vom Oktober 1917, abgedruckt in ebd. (Vorsatz- und Nachsatzblatt).

⁶ Siehe zutreffend die These von H. HAGENLÜCKE, 1997, S. 16, 408, etwa gegen F. MEINEKE, 1946, und D. STEGMANN, Neokonservatismus, 1983.

⁷ Siehe H. HAGENLÜCKE, 1997, S. 171–188. Hagenlücke schreibt der DVLP ein Honoratiorenimage zu und belegt dies vor allem mit dem soziologischen Hintergrund der Klientel. Die Arbeitsweise dieser »Honoratioren« war in ihrem Anspruch jedoch zweifels- ohne moderneren Maßstäben verpflichtet.

Symbole völkischer Bewegungen, wie es in der Republik von Weimar schlechter Usus wurde, war die Vaterlandspartei weit entfernt. Vielleicht kann auch dies als Ergebnis der Untersuchung von Kontinuität und Wandel der Wahlkampfkultur und der Wahlstile gelten.

Verzeichnis der Abkürzungen

ADB	Alldeutsche Blätter
AdV	Alldeutscher Verband
BA Koblenz/	
BA Potsdam	Bundesarchiv Koblenz/Abteilungen Potsdam
BAMA	Bundesarchiv Militärarchiv Freiburg i. Br.
BdL	Bund der Landwirte
CVDI	Centralverband Deutscher Industrieller
DBB	Deutscher Bauernbund
DVLP	Deutsche Vaterlandspartei
DOV	Deutscher Ostmarkenverein
EB	Evangelischer Bund
FV	Flotten-Verein
FVP	Freisinnige Volkspartei
GEA	Gesamtverband Evangelischer Arbeitervereine
GStA	Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin
HB	Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie
HDA	Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände
MdA	Mitglied des (Preußischen) Abgeordnetenhauses
MdR	Mitglied des Reichstages
NL	Nachlaß
NLP	Nationalliberale Partei
PT	Parteitag
RDMV	Reichsdeutscher Mittelstandsverband
RgS	Reichsverband gegen die Sozialdemokratie
RMA	Reichsmarine-Amt
RMI	Reichsministerium des Innern
SBR	Stenographische Berichte des Reichstages
SDAP	Sozialdemokratische Arbeiterpartei
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VDA	Verein Deutscher Arbeitgeberverbände
VfKD	Volksverein für das katholische Deutschland
VFR	Vereinigung zur Förderung der Reichsfinanzreform

A. Ungedruckte Quellen

1. Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin-Dahlem (GStA)

- Rep. 77, Tit. 1137 Nr. 35 Bd. 1
- Rep. 77, Tit. 1137 Nr. 35 Bd. 2
- Rep. 77, Tit. 1137 Nr. 35 Adlib
- Rep. 89, 15472–3 Flotten-Verein
- Rep. 89, 15264–66 Sozialdemokratie und Reichsverband gegen die Sozialdemokratie
- Rep. 92, NL Bovenschen
- Rep. 195, Nr. 126 Vol. I. Ostmarkenverein, Schriftverkehr Dr. Bovenschen
- XII HA/IV Nr. 286 Reichsverband gegen die Sozialdemokratie

2. Bundesarchiv-Militärarchiv, Freiburg i. Br. (BAMA)

- RM 3/9907–19 Deutscher Flotten-Verein, 1898–1919
- RM 3/9925 Hauptausschuß des Deutschen Flotten-Vereins für Berlin und die Mark Brandenburg
- RM 3/28 Flotten-Vereinsangelegenheiten, Krisis 1907/08
- NL 253 Tirpitz

3. Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam (BA Potsdam)

- 1393–95 Akten der Reichskanzlei, Fortschrittliche, Freisinnige und Nationalliberale Partei
- 1395/1–6 Akten der Reichskanzlei, Sozialdemokratische Partei und Reichsverband gegen die Sozialdemokratie
- 1795 Akten der Reichskanzlei, Reichstagswahlen, Januar 1907
- 1798 Akten der Reichskanzlei, Reichstagswahlen, Februar-März 1907
- 1807 Akten der Reichskanzlei, Spezialakte zum Ausfall der Reichstagswahlen, General Keim
- 1808 Akten der Reichskanzlei, Reichstagswahlen, Mai 1910-Februar 1912
- 61Ve1/7, Alldeutscher Verband
- 61Ve1/43, Alldeutscher Verband
- 61Ve1/58, Alldeutscher Verband
- 61Ve1/82, Alldeutscher Verband
- 61Ve1/90, Alldeutscher Verband
- 61Ve1/187, Alldeutscher Verband
- 61Ve1/190, Alldeutscher Verband
- 61Ve1/321, Alldeutscher Verband
- 61Ve1/369, Alldeutscher Verband: Hasse als Politiker, hrsg. v. d. Wahlvereinigung zur Wiederwahl Hasses in den Reichstag, 1898

- 61Ve1/534, Alld deutscher Verband: Bonhard, Philipp: Denkschrift über die innerpolitische Tätigkeit des Alld deutschen Verbandes, 1902
 90La5/3 NL Friedrich Lange
 90La5/19-21 NL Friedrich Lange

4. Bundesarchiv, Koblenz (BA Koblenz)

- NL 16 v. Bülow
 NL 45 v. Loebell
 NL Stresemann (Mikrofilm)
 ZSg. 1-90 Sozialdemokratische Partei
 ZSg. 1-130/4(1) Reichsverband gegen die Sozialdemokratie
 ZSg. 1-130/5(2) Reichsverband gegen die Sozialdemokratie

5. Stadtarchiv, Dresden (StaD)

- Jahresbericht über das Neunte Vereinsjahr (1906/07) der Ortsgruppe Dresden des Alld deutschen Verbandes, Dresden 1907.

B. Gedruckte Quellen und Literatur

- Alld deutsche Blätter, hrsg. v. Alld deutschen Verband, Mainz/Berlin 1903-1912.
 Anderson, Margaret Lavinia: Windthorst. Zentrums Politiker und Gegenspieler Bismarcks, Düsseldorf 1988.
 Anderson, Pauline R.: The Background of Anti-English Feeling in Germany 1890-1902, New York 1969.
 Antiultramontanes Handbuch, hrsg. v. Antiultramontanen Reichsverband, Berlin 1913.
 Aschoff, Hans-Georg: Welfische Bewegung und Politischer Katholizismus 1866-1918. Die Deutsch-Hannoversche Partei und das Zentrum in der Provinz Hannover während des Kaiserreichs, Düsseldorf 1987.
 Asmus, Herbert: Die ökonomischen Kämpfe der Magdeburger Arbeiter 1899-1906. 2 Bde, Berlin 1968.
 Bachem, Carl: Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrums Partei. 9 Bde, Köln 1927-1932.
 Bärwinkel, Richard: Hat der Evangelische Bund politische Aufgaben?, Leipzig 1904.
 Becht, Hans-Peter: Wahlen, Wahlkämpfe und »politische Öffentlichkeit« als Auslöser und Indikatoren politischen Wandels in Baden 1819-1871, in: Gerhard A. Ritter (Hrsg.), Wahlen und Wahlkämpfe, 1997, S. 17-61.
 Becker, Josef: Liberaler Staat und Kirche in der Ära von Reichsgründung und Kulturkampf. Geschichte und Strukturen ihres Verhältnisses in Baden 1860-1876, Mainz 1973.
 Becker, Winfried: Christliche Parteien und Strömungen im 19. und 20. Jahrhundert. Ein Forschungsbericht 1986-1994, in: Historisches Jahrbuch 114 (1994), S. 451-478.
 Becker, Winfried: Modernismus und Modernisierung. Ein Versuch zur Abgrenzung der Positionen von Franz Xaver Kraus, Hermann Schell, Georg v. Hertling und

- Ludwig Windthorst in der Auseinandersetzung um den Katholizismus im Kaiserreich, in: *Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte* 57 (1994), S. 119–141.
- Becker, Winfried: Die Deutsche Zentrumspartei im Bismarckreich, in: Ders. (Hrsg.), *Die Minderheit als Mitte. Die Deutsche Zentrumspartei in der Innenpolitik des Reiches 1871–1933*, Paderborn 1986, S. 9–45.
- Becker, Winfried: Kulturkampf als Vorwand: Die Kolonialwahlen von 1907 und das Problem der Parlamentarisierung des Reiches, in: *Historisches Jahrbuch* 106 (1986), S. 59–84.
- Bendikat, Elfi: *Wahlkämpfe in Europa 1884–1889. Parteiensysteme und Politikstile in Deutschland, Frankreich und Großbritannien*, Wiesbaden 1988.
- Bendikat, Elfi/Lehnert, Detlef: »Schwarzweißrot« gegen »Schwarzrotgold«. Identifikation und Abgrenzung parteipolitischer Teilkulturen im Reichstagswahlkampf des Frühjahr 1924, in: Detlef Lehnert/Klaus Megerle (Hrsg.), *Politische Identität und nationale Gedenktage. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik*, Opladen 1989, S. 102–142.
- Berghahn, Volker: *Der Tirpitz-Plan. Genesis und Verfall einer innenpolitischen Krisenstrategie unter Wilhelm II.*, Düsseldorf 1971.
- Berghahn, Volker/Deist, Wilhelm (Hrsg.): *Rüstung im Zeichen der wilhelminischen Weltpolitik. Grundlegende Dokumente 1890–1914*, Düsseldorf 1988.
- Berghahn, Volker: Zu den Zielen des deutschen Flottenbaus unter Wilhelm II., in: *Historische Zeitschrift* 210 (1970), S. 34–100.
- Bergsträsser, Ludwig: Geschichte der parteipolitischen Agitation und Organisation in Deutschland, in: *Vergangenheit und Gegenwart* 2 (1912), S. 241–253.
- Bernstein, Eduard: *Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung*. 3 Bde, Berlin 1907–1910.
- Bertram, Jürgen: *Die Wahlen zum deutschen Reichstag vom Jahre 1912. Parteien und Verbände in der Innenpolitik des wilhelminischen Reiches*, Düsseldorf 1964.
- Bertram, Jürgen: Zum Reichstagswahlkampf für die Wahl des Jahres 1912, in: Otto Büsch/Monika Wölk/Wolfgang Wölk (Hrsg.), 1978, S. 549–569.
- Best, Heinrich (Hrsg.): *Politik und Milieu. Wahl- und Elitenforschung im historischen und internationalen Vergleich*, St. Katharinen 1989.
- Best, Heinrich: *Die Männer von Bildung und Besitz. Struktur und Handeln parlamentarischer Führungsgruppen in Deutschland und Frankreich 1848/49*, Düsseldorf 1990.
- Best, Heinrich: Mandat ohne Macht. Strukturprobleme des deutschen Parlamentarismus 1867–1933, in: Ders. (Hrsg.), 1989, S. 175–222.
- Beyschlag, Willibald: *Zur Entstehungsgeschichte des Evangelischen Bundes. Persönliches und Urkundliches*, Berlin 1926.
- Biefang, Andreas: *Politisches Bürgertum in Deutschland 1857–1868. Nationale Organisationen und Eliten*, Düsseldorf 1994.
- Blackbourn, David: *Class, Religion, and Local Politics in Wilhelmine Germany. The Centre Party in Württemberg before 1914*, New Haven/London 1980.
- Blackbourn, David: *Populists and Patricians. Essays in modern German History*, Boston 1987.
- Blackbourn, David/Eley, Geoff: *Mythen deutscher Geschichtsschreibung. Die gescheiterte bürgerliche Revolution von 1848*, Frankfurt a. M. 1980.
- Blank, Richard: Die soziale Zusammensetzung der sozialdemokratischen Wählerschaft Deutschlands, in: *Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik* 20 (1905), S. 507–553.

- Blaschke, Olaf/Kuhlemann, Frank-Michael (Hrsg.): Religion im Kaiserreich. Milieus-Mentalitäten-Krisen, Gütersloh 1996.
- Blaschke, Olaf: Kolonialisierung der Laienwelt, Priester als Milieumanager und Kanäle klerikaler Kuratel, in: Ders./Frank-Michael Kuhlemann (Hrsg.), 1996, S. 93–135.
- Bodewig, H.: Geistliche Wahlbeeinflussungen in ihrer Theorie und Praxis dargestellt, München 1909.
- Böttcher, Ulrich: Anfänge und Entwicklung der Arbeiterbewegung in Bremen von der Revolution 1848 bis zur Aufhebung des Sozialistengesetzes 1890, Bremen 1953.
- Bogedain, Bernhard: Karl Liebknechts historischer Wahlsieg 1912 im Reichstagswahlkreis Potsdam-Spandau-Osthavelland, in: Brandenburger Kulturspiegel (1980), S. 2–5.
- Bonhard, Philipp: Was lehren uns die Ergebnisse der Reichstagswahlen? Wahlstatistische Betrachtungen, Heidelberg 1902.
- Botzenhart, Manfred: Deutscher Parlamentarismus in der Revolutionszeit 1848–1950, Düsseldorf 1977.
- Brandt, Hartwig: Parlamentarismus in Württemberg 1819–1870, Anatomie eines deutschen Landtags, Düsseldorf 1987.
- Brauns, Heinrich: Die sozialdemokratische Organisation und Agitation, in: Präsidial Korrespondenz 22 (1909), S. 261–283.
- Büsch, Otto/Wölk, Monika/Wölk, Wolfgang (Hrsg.): Wählerbewegungen in der deutschen Geschichte. Analysen und Berichte zu den Reichstagswahlen 1871–1933, Berlin 1978.
- Büsch, Otto: Historische Wahlforschung als Zugang zur Geschichte: Einführung zu: Ders./Monika Wölk/Wolfgang Wölk (Hrsg.), 1978, S. 1–36.
- Buchheim, Karl: Der deutsche Verbandskatholizismus. Eine Skizze seiner Geschichte, in: Bernhard Hanssler (Hrsg.), Die Kirche in der Gesellschaft, Paderborn 1961, S. 30–83.
- Busold, Heinrich: Lehren aus dem Wahlkampf, in: Die Neue Zeit 25 (1906/07), S. 706f.
- Carstanjen, Richard: Erfahrungen über die Bildung einer Ortsgruppe [des Deutschen Flotten-Vereins] in einer größeren Fabrikstadt, Berlin 1904.
- Carsten, Francis L.: August Bebel und die Organisation der Massen, Berlin 1991.
- Casseler Allgemeine Zeitung. Amtlicher Anzeiger für die Residenzstadt und den Landkreis Cassel, 1906/07; 1911/12.
- Casseler Tageblatt und Anzeiger, 1906/07; 1911/12.
- Chickering, Roger: We Men Who Feel Most German. A Cultural Study of the Pan-German League 1886–1914, Boston 1984.
- Childers, Thomas: The Social Language of Politics in Germany. The Sociology in the Political Discourse in the Weimar Republik, in: American Historical Review 95 (1990), S. 331–358.
- Claß, Heinrich: Wider den Strom, Leipzig 1932.
- Claß, Heinrich [Daniel Frymann]: »Wenn ich der Kaiser wär'«, Leipzig 1912.
- Coetzee, Marilyn Shevin: The German Army League. Popular Nationalism in Wilhelmine Germany, New York/Oxford 1990.
- Crothers, George Dunlap: The German Elections of 1907, New York 1941.
- Deist, Wilhelm: Flottenpolitik und Flottenpropaganda. Das Nachrichtenbureau des Reichsmarineamts 1897–1914, Stuttgart 1976.

- Deist, Wilhelm: Reichsmarineamt und Flottenverein 1903–1906, in: Herbert Schottelius/Wilhelm Deist (Hrsg.), *Marine und Marinepolitik im kaiserlichen Deutschland 1871–1914*, Düsseldorf 1972, S. 116–145.
- Domann, Peter: Sozialdemokratie und Kaisertum unter Wilhelm II. Die Auseinandersetzung der Partei mit dem monarchistischen System, seinen gesellschafts- und verfassungspolitischen Voraussetzungen, Wiesbaden 1974.
- Dortmunder Zeitung. Anzeiger und Handelsblatt. Unabhängiges Organ für nationale Politik, verbunden mit der Westfälischen Allgemeinen Zeitung. Amtliches Kreisblatt für den Stadt- und Landkreis Dortmund 1906/07.
- Drechsler, Ingun: Magdeburger Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg, Magdeburg 1992.
- Drechsler, Ingun: Von Fehden und Kämpfen, in: Helga Grebing/Hans Mommsen/Karsten Rudolph (Hrsg.), *Demokratie und Emanzipation zwischen Elbe und Saale. Beiträge zur Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung vor 1933*, Essen 1993, S. 42–53.
- Düding, Dieter: Der Nationalsoziale Verein 1896–1903. Der gescheiterte Versuch einer parteipolitischen Synthese von Nationalismus, Sozialismus und Liberalismus, München 1972.
- Düding, Dieter/Friedemann, Peter/Münch, Paul (Hrsg.): *Öffentliche Festkultur. Politische Feste in Deutschland von der Aufklärung bis zum Ersten Weltkrieg*, Reinbek 1988.
- Dürr, Tobias/Schmidtke, Klaus: *Die SPD in Sachsen und Thüringen zwischen Hochburg und Diaspora*, Bonn 1993.
- Eley, Geoff: *Reshaping the German Right. Radical Nationalism and Political Change after Bismarck*, New Haven/London 1980.
- Eley, Geoff: *Reshaping the Right. Radical Nationalism and the German Navy League, 1898–1908*, in: *Historical Journal* 21 (1978), S. 324–354.
- Eley, Geoff: Die »Kehrites« und das Kaiserreich: Bemerkungen zu einer aktuellen Kontroverse, in: *Geschichte und Gesellschaft* 4 (1978), S. 91–107.
- Eley, Geoff: Zum Problem der Verbände im Kaiserreich, in: *Sozialwissenschaftliche Informationen für Unterricht und Studium* 11 (1982), S. 22–28.
- Eley, Geoff: *Sammlungspolitik, Sozialimperialismus und das Flottengesetz von 1898*, in: Ders., *Wilhelminismus, Nationalismus, Faschismus. Zur historischen Kontinuität in Deutschland*, Münster 1991, S. 99–143.
- Eley, Geoff: *Notable Politics, the Crisis of German Liberalism, and the Electoral Transition of the 1890s*, in: Konrad H. Jarausch/Larry Eugene Jones (Hrsg.), 1990, S. 187–216.
- Epkenhans, Michael: *Die Wilhelminische Flottenrüstung 1908–1914. Weltmachtstreben, industrieller Fortschritt, soziale Integration*, München 1991.
- Epkenhans, Michael: *Zwischen Patriotismus und Geschäftsinteresse. F. A. Krupp und die Anfänge des deutschen Schlachtflottenbaus 1897–1902*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 15 (1989), S. 196–226.
- Epstein, Klaus: *Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie*, (1959) Frankfurt a. M. 1976.
- Epstein, Klaus: *Erzberger and the German Colonial Scandals*, in: *English Historical Review* 74 (1959), S. 637–663.
- Erdmann, August: *Noch eine Wahlbetrachtung*, in: *Die Neue Gesellschaft* 4 (1907), S. 239–244.
- Erzberger, Matthias: *Bilder aus dem Reichstagswahlkampf 1907. Die Agitation der Zentrumsgegner beleuchtet nach deren Wahlschriften*, Berlin 1907.

- Erzberger, Matthias: Warum ist der Reichstag aufgelöst worden? Ein offenes Wort an die Wählerschaft, Berlin 1907.
- Eschenburg, Theodor: Das Kaiserreich am Scheideweg. Bassermann, Bülow und der Block, Berlin 1929.
- Evans, Ellen Lovell: The German Center Party 1870–1933, Carbondale 1981.
- Evans, Richard J. (Hrsg.): Society and Politics in Wilhelmine Germany, London 1978.
- Fairbairn, Brett: Authority versus Democracy. Prussian Officials and the German Elections of 1898 and 1903, in: *Historical Journal* 33 (1990), S. 811–838.
- Fairbairn, Brett: Interpreting Wilhelmine Elections. National Issues, Fairness Issues, and Electoral Mobilization, in: Larry Eugene Jones/James Retallack (Hrsg.), 1992, S. 17–48.
- Fesser, Gerd: Reichskanzler Bernhard von Bülow. Eine Biographie, Berlin 1991.
- Fleischmann-Bisten, Walter/Grote, Heiner: Protestanten auf dem Wege. Geschichte des Evangelischen Bundes, Göttingen 1986.
- Fleischmann-Bisten, Walter: Der Evangelische Bund in Erfurt, in: U. Weiß (Hrsg.), Erfurt 742–1992. Stadtgeschichte, Universitätsgeschichte, Weimar 1992, S. 563–580.
- Die Flotte. Monatsblatt des Deutschen Flotten-Vereins und des Hauptverbandes Deutscher Flotten-Vereine im Auslande, Jge. 1903–1912.
- Förster, Stig: Der doppelte Militarismus. Die deutsche Heeresrüstungspolitik zwischen Status-Quo-Sicherung und Aggression 1890–1913, Stuttgart 1985.
- Fricke, Dieter (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945). 4 Bde, Köln/Leipzig 1983 ff.
- Fricke, Dieter: Handbuch zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1869–1917. 2 Bde, Berlin 1987.
- Fricke, Dieter: Reichsverband gegen die Sozialdemokratie (RgS) 1904–1918, in: Ders. (Hrsg.), 1983, Bd. 4, S. 63–77.
- Fricke, Dieter: Die Sozialdemokratische Parteischule (1906–1914), in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 5 (1957), S. 229–248.
- Fricke, Dieter: Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie von seiner Gründung bis zu den Reichstagswahlen von 1907, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 7 (1959), S. 237–280.
- Fricke, Dieter/Bramke, Werner: Der Kyffhäuserbund der deutschen Landeskriegerverbände 1899/1900–1943, in: Dieter Fricke (Hrsg.), 1983, Bd. 3, S. 325–344.
- Fricke, Dieter: Deutschbund (Db) 1894–etwa 1943, in: Ders. (Hrsg.), 1983, Bd. 1, S. 517–525.
- Fricke, Dieter: Gesamtverband Evangelischer Arbeitervereine Deutschlands (GEA), in: Ders. (Hrsg.), 1983, Bd. 3, S. 14–29.
- Fricke, Dieter: Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände (HDA) 1904–1913, in: Ders. (Hrsg.), 1983, Bd. 3, S. 117–124.
- Fricke, Dieter: Verein Deutscher Arbeitgeberverbände (VA) 1904–1913, in: Ders. (Hrsg.), 1983, Bd. 4, S. 277–281.
- Fricke, Dieter: Verein zur Förderung der Reichsfinanzreform (VFR) 1908–1909, in: Ders. (Hrsg.), 1983, Bd. 4, S. 371 f.
- Fricke, Dieter: Deutscher Flotten-Verein und Regierung 1900–1906, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 30 (1982), S. 141–157.
- Fricke, Dieter: Der deutsche Imperialismus und die Reichstagswahlen von 1907, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 9 (1961), S. 538–576.

- Gall, Lothar/Langewiesche, Dieter (Hrsg.): Liberalismus und Region. Zur Geschichte des deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert, München 1995.
- Galos, Adam/Gentzen, Felix-Heinrich/Jakobczyk, Witold: Die Hakatisten: Der Deutsche Ostmarken-Verein 1893–1934. Ein Beitrag zur Geschichte der Ostpolitik des deutschen Imperialismus, Berlin 1966.
- Germania. Zeitung für das deutsche Volk und Handelsblatt, 1906/07; 1911/12.
- Gottwald, Herbert: Antiultramontaner Reichsverband (AuR) 1906-etwa 1925, in: Dieter Fricke (Hrsg.), 1983, Bd. 1, S. 89–93.
- Gottwald, Herbert: Evangelischer Bund zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen (EB) 1886–1918, in: Dieter Fricke (Hrsg.), 1983, Bd. 3, S. 580–587.
- Graf, Wolfgang: Kirchliche Beeinflussungsversuche zu politischen Wahlen und Abstimmungen als Symptome für die Einstellung der katholischen Kirche zur Politik, Mainz 1973.
- Groh, Dieter: Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Frankfurt a. M. 1973.
- Groh, Dieter: Die Sozialdemokratie im Verfassungssystem des 2. Reiches, in: Hans Mommsen (Hrsg.), Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei, Frankfurt a. M. 1974, S. 62–83.
- Grünthal, Günther: Wahlkampfführung der Konservativen im preußischen Verfassungskonflikt, in: Gerhard A. Ritter (Hrsg.), Wahlen und Wahlkämpfe, 1997, S. 63–78.
- Guratzsch, Dankwart: Macht durch Organisation. Die Grundlegung des Hugenberg-schen Presseimperiums, Düsseldorf 1974.
- Guttsman, Wilhelm L.: The German Social Democratic Party 1875–1933, London 1981.
- Hagen, Manfred: Das politische Plakat als zeitgeschichtliche Quelle, in: Geschichte und Gesellschaft 4 (1978), S. 412–436.
- Hagenlücke, Heinz: Deutsche Vaterlandspartei. Die nationale Rechte am Ende des Kaiserreichs, Düsseldorf 1997.
- Halder, Winfried: Katholische Vereine in Baden und Württemberg 1848–1918, Paderborn 1995.
- Hallgarten, George W. F.: Imperialismus vor 1914. Die soziologischen Grundlagen der Aussenpolitik Europäischer Großmächte vor dem Ersten Weltkrieg, 2 Bde, München 1973.
- Hamel, Iris: Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft. Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband 1893–1933, Frankfurt a. M. 1967.
- Handbuch des Alldeutschen Verbandes, München 1899, 1905, 1908.
- Handbuch des Deutschen Flotten-Vereins, Berlin 1907.
- Handbuch für nicht-sozialdemokratische Wähler zur Reichstagswahl 1907, hrsg. vom Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, Berlin 1907.
- Handbuch für nicht-sozialdemokratische Wähler, hrsg. vom Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, Berlin 1909.
- Hardtwig, Wolfgang: Geschichtskultur und Wissenschaft, München 1990.
- Hardtwig, Wolfgang: Bürgertum, Staatssymbolik und Staatsbewußtsein im Deutschen Kaiserreich 1871–1914, in: Geschichte und Gesellschaft 16 (1990), S. 269–295.
- Hartwig, Edgar: Zur Politik und Entwicklung des Alldeutschen Verbandes von seiner Gründung bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges (1891–1914), Jena 1966.
- Hartwig, Edgar: Alldeutscher Verband (ADV) 1891–1939, in: Dieter Fricke (Hrsg.), 1983, S. 13–47.

- Hartwig, Edgar: Deutsche Kolonialgesellschaft (DKG) 1887–1936, in: Dieter Fricke (Hrsg.), 1983, Bd. 1, S. 724–748.
- Hartwig, Edgar: Deutscher Ostmarkenverein (DOV), in: Dieter Fricke (Hrsg.), 1983, Bd. 2, S. 225–244.
- Hasse, Ernst: Deutsche Politik. 1. Bd., München 1907.
- Heidenheimer, Arnold J./Langdon, Frank C.: Business Associations and the Financing of Political Parties: A Comparative Study of the Evolution of Practices in Germany, Norway, and Japan, The Hague 1968.
- Heitzer, Horstwalter: Der Volksverein für das katholische Deutschland im Kaiserreich 1890–1918, Mainz 1979.
- Hertz-Eichenrode, Dieter: Parteiorganisation und Wahlkämpfe der Sozialdemokratie in Berlin 1871–1918, in: Gerhard A. Ritter (Hrsg.): Der Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung. Sozialdemokratie und Freie Gewerkschaften im Parteiensystem und Sozialmilieu des Kaiserreichs, München 1990, S. 219–258.
- Hettling, Manfred/Nolte, Paul (Hrsg.): Bürgerliche Feste. Symbolische Formen politischen Handelns im 19. Jahrhundert, Göttingen 1993.
- Hildenhausen, Paul: Kulturträger im finstersten Ostelbien. Skizzen aus dem letzten Reichstagswahlkampf in Ragnit-Pillkallen, Königsberg 1913.
- Die Hilfe, 1900–1914.
- Hillger, Hermann/Blaustein, Arthur: Hermann Hillgers Wegweiser für die Reichstagswahl, Berlin/Leipzig 1907.
- Hirsch, Felix: Stresemann. Ein Lebensbild, Göttingen 1978.
- Hoensbroech, Paul Graf v.: Der Evangelische Bund. Eine Kritik, in: Deutschland. Monatsschrift für die gesamte Kultur 8 (1906), S. 629–669.
- Hoensbroech, Paul Graf v.: Was tut not?, in: Die Wartburg 3 (1904), S. 362 f.
- Höhn, Reinhard: Sozialismus und Heer. Bd. 3: Der Kampf des Heeres gegen die Sozialdemokratie, Bad Harzburg 1969.
- Hörner, Manfred: Die Wahlen zur badischen Zweiten Kammer im Vormärz (1819–1847), Göttingen 1987.
- Hoffmann, Adolf: Ursachen und Wirkungen. Betrachtungen zum 25. Januar 1907, in: Die Neue Zeit, 25 (1906/07), S. 639–641.
- Holl, Karl/List, Gunther (Hrsg.): Liberalismus und imperialistischer Staat, Göttingen 1975.
- Jarausch, Konrad H./Jones, Larry Eugene (Hrsg.): In Search of a Liberal Germany. Studies in the History of German Liberalism from 1789 to the Present, New York 1990.
- Jones, Larry Eugene/Retallack, James (Hrsg.): Elections, Mass Politics, and Social Change in Modern Germany, New York 1992.
- Joos, Joseph, Wie kommt die Sozialdemokratie aufs Land?, in: Präsides Korrespondenz 26 (1913), S. 250–255.
- Kaelble, Hartmut: Industrielle Interessenpolitik in der Wilhelminischen Gesellschaft: Centralverband Deutscher Industrieller 1895–1914, Berlin 1967.
- Kantorowicz, Hermann U.: Die Sozialdemokratische Presse Deutschlands, Tübingen 1922.
- Kaufhold, Joseph: Die Konservative Partei und die Reichstagswahlen 1907, Berlin 1907.
- Kehr, Eckart: Schlachtflottenbau und Parteipolitik. Versuch eines Querschnitts durch die innenpolitischen, sozialen und ideologischen Voraussetzungen des deutschen Imperialismus, Berlin 1930.
- Keil, Wilhelm: Erlebnisse eines Sozialdemokraten. 2 Bde, Stuttgart 1947/48.

- Keim, August: Erlebtes und Erstrebtes. Lebenserinnerungen von Generalleutnant Keim, Hannover 1925.
- Kennedy, Paul M./Nicholls, Anthony (Hrsg.): Nationalist and Racialist Movements in Britain and Germany before 1914, London 1981.
- Kiesenwetter, Otto v.: Fünfundzwanzig Jahre wirtschaftspolitischen Kampfes. Geschichtliche Darstellung des Bundes der Landwirte, Berlin 1918.
- Kipper, Josef: Windthorstbunde, ihre Entstehung, ihre Ziele und ihre Tätigkeit, Hamm i. W. 1906.
- Klein, Gotthard: Der Volksverein für das katholische Deutschland 1890–1933. Geschichte, Bedeutung, Untergang, Paderborn 1996.
- Klein, Thomas: Die Hessen als Reichstagswähler. Tabellenwerk zur politischen Landesgeschichte 1867–1933. Bd. 1: Provinz Hessen-Nassau und Waldeck-Pyrmont 1867–1918, Marburg 1989.
- Klein, Thomas: Reichstagswahlen und -abgeordnete der Provinz Sachsen und Anhalts 1867–1918. Ein Überblick, in: Walter Schlesinger (Hrsg.), Festschrift für Friedrich von Zahn. Bd. 1: Zur Geschichte und Volkskunde Mitteldeutschlands, Köln/Graz 1968, S. 65–141.
- Klenke, Dietmar: Zwischen nationalkriegerischem Gemeinschaftsideal und bürgerlich-ziviler Modernität, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 4 (1994), S. 207–223.
- Knauf, Heinrich: Aus der Praxis der Agitation, in: Die Neue Zeit 30 (1911/12), S. 673–677.
- Kölnische Zeitung, 1906/07.
- Kölnische Volkszeitung und Handelsblatt. Allgemeiner Anzeiger für Rheinland-Westfalen, 1906/07.
- Kolb, August: Wahllehren für Agitation und Organisation, in: Sozialistische Monatshefte 16 (1912), S. 973 f.
- Koszyk, Kurt: Deutsche Presse im 19. Jahrhundert. Geschichte der deutschen Presse. Tl 2, Berlin 1966.
- Koszyk, Kurt: Gustav Stresemann. Der kaisertreue Demokrat, Köln 1989.
- Kuczynski, Jürgen: Studien zur Geschichte des deutschen Imperialismus. 2. Bd., Berlin 1950.
- Kühne, Thomas: Dreiklassenwahlrecht und Wahlkultur in Preußen 1867–1914. Landtagswahlen zwischen korporativer Tradition und politischem Massenmarkt, Düsseldorf 1994.
- Kühne, Thomas: Handbuch der Wahlen zum Preußischen Abgeordnetenhaus 1867–1918. Wahlsoziologie, Wahlbündnisse und Kandidaten, Düsseldorf 1994.
- Kühne, Thomas: Wahlrecht, Wahlverhalten, Wahlkultur. Tradition und Innovation in der historischen Wahlforschung, in: Archiv für Sozialgeschichte 33 (1993), S. 481–547.
- Kühne, Thomas: Entwicklungstendenzen der preußischen Wahlkultur im Kaiserreich, in: Gerhard A. Ritter (Hrsg.), Wahlen und Wahlkämpfe, 1997, S. 131–198.
- Kuttner, Georg: Politische Vereine und der Deutsche Flotten-Verein, 2. Aufl., Hannover 1909.
- Lässig, Simone: Wahlrechtsreformen in Sachsen (1895–1909). Parteien, politische Kultur und gesellschaftlicher Wandel, Essen 1996.
- Lässig, Simone: Wahlrechtsreformen in den Einzelstaaten. Indikatoren für Modernisierungstendenzen und Reformfähigkeit im Kaiserreich?, in: Dies./Karl H. Pohl/James Retallack (Hrsg.), Modernisierung und Region im wilhelminischen Deutschland, Bielefeld 1995, S. 127–170.

- Lange, Friedrich: Reines Deutschtum. Grundzüge einer nationalen Weltanschauung, 4. Aufl., Berlin 1904.
- Langewiesche, Dieter: Liberalismus in Deutschland, Frankfurt a. M. 1988.
- Langewiesche, Dieter: Die Anfänge der deutschen Parteien. Partei, Fraktion und Verein in der Revolution von 1848/49, in: *Geschichte und Gesellschaft* 4 (1978), S. 324–361.
- Langewiesche, Dieter: German Liberalism in the Second Empire, 1871–1914, in: Konrad H. Jarausch/Larry Eugene Jones (Hrsg.), 1990, S. 217–236.
- Lau, Dirk: Wahlkämpfe der Weimarer Republik. Propaganda und Programme der politischen Parteien bei den Wahlen zum Deutschen Reichstag von 1924 bis 1930, Mainz 1995.
- Laufenberg, Heinrich: Geschichte der Arbeiterbewegung in Hamburg, Altona und Umgebung. Bd. 1, Hamburg 1911; Bd. 2, Hamburg 1931.
- Leipziger Volkszeitung, 1906/07; 1911/12.
- Lepper, (Peter) Herbert-(Heinrich): Die politischen Strömungen im Regierungsbezirk Aachen zur Zeit der Reichsgründung und des Kulturkampfes 1867–1887, Bonn 1967.
- Lepper, Herbert: Volk, Kirche und Vaterland. Wahlaufrufe, Satzungen und Statuten des Zentrums 1870–1933. Eine Quellensammlung zur Geschichte insbesondere der Rheinischen und Westfälischen Zentrumspartei, Düsseldorf 1998.
- Lepsius, M. Rainer: Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: Festschrift Lüttge, Stuttgart 1966, S. 371–393; auch in: Gerhard A. Ritter (Hrsg.), *Deutsche Parteien vor 1918*, Köln 1973, S. 56–80.
- Levy, Richard S.: *The Downfall of Anti-Semitic Political Parties in Imperial Germany*, New Haven 1975.
- Liebert, Bernd: Politische Wahlen in Wiesbaden im Kaiserreich 1867–1918, Wiesbaden 1988.
- Liebert, Eduard von: Aus einem bewegten Leben. Erinnerungen, München 1925.
- Liebert, Eduard von: Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, in: *Deutsche Monatsschrift für das gesamte Leben der Gegenwart* 9 (1905/06), Berlin 1906, S. 629–637.
- Liebknecht, Karl: Die Methoden des Reichslügenverbandes, in: Ders., *Gesammelte Reden und Schriften*. (7 Bde 1958–1971) Bd. 2, Berlin 1960, S. 3–10.
- Linde, Hermann: Planmäßige Aufklärung der Über- und Mitläufer, in: *Die Neue Zeit* 25 (1906/07), S. 698–702.
- Lindenberger, Thomas: Straßenpolitik. Zur Sozialgeschichte der öffentlichen Ordnung in Berlin 1900–1914, Bonn 1995.
- Link, Werner: Der Nationalverein für das liberale Deutschland, in: *Politische Vierteljahresschrift* 5 (1964), S. 422–444.
- Loreck, Jochen: Wie man früher Sozialdemokrat wurde. Das Kommunikationsverhalten in der deutschen Arbeiterbewegung und die Konzeption der sozialistischen Parteipublizistik durch August Bebel, Bonn 1977.
- Loth, Wilfried: Katholiken im Kaiserreich. Der politische Katholizismus in der Krise des wilhelminischen Deutschlands, Düsseldorf 1984.
- Loth, Wilfried: Das Kaiserreich. Obrigkeitsstaat und politische Mobilisierung, München 1996.
- Loth, Wilfried: Soziale Bewegungen im Katholizismus des Kaiserreichs, in: *Geschichte und Gesellschaft* 17 (1991), S. 279–310.

- Lützenkirchen, Ralf: Der sozialdemokratische Verein für den Reichstagswahlkreis Dortmund-Hörde, Dortmund 1970.
- Magdeburgische Zeitung, 1906/07.
- Mattheier, Klaus: Die Gelben. Nationale Arbeiter zwischen Wirtschaftsfrieden und Streik, Düsseldorf 1973.
- [Mehring, Franz], Über den Reichslügenverband, in: Die Neue Zeit 25 (1906/07), S. 793–796.
- Meinecke, Friedrich: Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen, Wiesbaden 1946.
- Meyer, Jürg: Die Propaganda der deutschen Flottenbewegung, Bern 1967.
- Mielke, Siegfried: Der Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie 1909–1914, Göttingen 1976.
- Mittmann, Ursula: Fraktion und Partei. Ein Vergleich von Zentrum und Sozialdemokratie im Kaiserreich, Düsseldorf 1976.
- Mock, Wolfgang: »Manipulation von oben« oder »Selbstorganisation an der Basis«? Einige neuere Ansätze der englischen Historiographie zur Geschichte des deutschen Kaiserreiches, in: Historische Zeitschrift 232 (1981), S. 358–375.
- Molt, Peter: Der Reichstag vor der improvisierten Revolution. Untersuchungen zur deutschen Parlamentssoziologie vor dem Ersten Weltkriege, Köln/Opladen 1963.
- Mommsen, Wolfgang J.: Bürgerstolz und Weltmachtstreben. Deutschland unter Wilhelm II. 1890–1918, Frankfurt a.M./Berlin 1995. (= Propyläen Geschichte Deutschlands, Bd. 7/2).
- Müller, August: Kritisches und Antikritisches zu den Reichstagswahlen, in: Die Neue Gesellschaft 3 (1907), S. 243–246.
- Müller, Gerd: Das Wahlplakat. Pragmatische Untersuchungen zur Sprache in der Politik am Beispiel von Wahlplakaten der Weimarer Republik und der Bundesrepublik, Tübingen 1978.
- Nationalliberale Blätter, 1907–1914.
- National-Zeitung, 1906/07.
- Die Neue Gesellschaft.
- Neue Preußische Zeitung (Kreuzzeitung), 1906/07.
- Die Neue Zeit, 1903–1912.
- Nichols, J. Alden: Germany After Bismarck. The Caprivi Era 1890–1894, Cambridge 1958.
- Nipperdey, Thomas: Deutsche Geschichte 1866–1918. 1. Bd.: Arbeitswelt und Bürgergeist, München 1990; 2. Bd.: Machtstaat vor der Demokratie, München 1992.
- Nipperdey, Thomas: Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918, Düsseldorf 1961.
- Nipperdey, Thomas: Interessenverbände und Parteien in Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg, in: Politische Vierteljahresschrift 2 (1961), S. 262–280.
- Nolte, Paul: 1900: Das Ende des 19. und der Beginn des 20. Jahrhunderts in sozialgeschichtlicher Perspektive, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 5/6 (1996), S. 281–300.
- Nonn, Christoph: Verbraucherprotest und Parteiensystem im wilhelminischen Deutschland, Düsseldorf 1995.
- Nonn, Christoph: Parteien und Wahlen im wilhelminischen Deutschland (1890–1914), in: Neue Politische Literatur (1997), S. 30–42.
- Norddeutsche Allgemeine Zeitung, 1906/06; 1911/12.

- Nuhn, Heinrich: Wahlen und Parteien im ehemaligen Landkreis Hersfeld. Eine historisch-analytische Längsschnittstudie, Darmstadt/Marburg 1990.
- Obenaus, Herbert: Anfänge des Parlamentarismus in Preussen bis 1848, Düsseldorf 1984.
- O'Donnell, Anthony Joseph: National Liberalism and the Mass Politics of the German Right 1890–1907, Princeton 1974.
- Ohr, Wilhelm: Der Neue Weg. Ein Bericht über die Tätigkeit des Nationalvereins für das liberale Deutschland, München 1910.
- Oncken, Hermann: Rudolf von Bennigsen. 2 Bde, Stuttgart 1910.
- Organisationshandbuch der Nationalliberalen Partei 1907, Berlin 1907.
- Die Ostmark, 1903.
- Parole. Deutsche Kriegerzeitung. Amtliche Zeitung des Deutschen Kriegerbundes. Präsidial Korrespondenz, hrsg. vom Volksverein für das katholische Deutschland.
- Protokolle über die Verhandlungen des Parteitags der SPD, 1890–1913.
- Paul, Gerhard: Aufstand der Bilder. Die NS-Propaganda vor 1933, Bonn 1990.
- Peters, Michael: Der Alldeutsche Verband am Vorabend des Ersten Weltkrieges (1908–1914), Frankfurt a. M. 1992.
- Pierard, Richard V.: The German Colonial Society 1882–1914, (Iowa) 1964.
- Piper, August: Die Organisations- und Agitationsmethode der Sozialdemokratie, in: Präsidial Korrespondenz 27 (1914), S. 49–66.
- Pohl, Karl Heinrich: Die Nationalliberalen in Sachsen vor 1914. Eine Partei der konservativen Honoratioren auf dem Weg zur Partei der Industrie, in: Lothar Gall/Dieter Langewiesche (Hrsg.), 1995, S. 195–216.
- Pohl, Karl Heinrich: Sachsen, Stresemann und die Nationalliberale Partei, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 4 (1992), S. 197–216.
- Pollmann, Klaus Erich: Parlamentarismus im Norddeutschen Bund 1867–1870, Düsseldorf 1985.
- Präsidial Korrespondenz, hrsg. vom Volksverein für das katholische Deutschland.
- Prager, Erich: Die Deutsche Kolonialgesellschaft 1882–1907, Berlin 1908.
- Protokolle über die Verhandlungen des Parteitags der SPD, 1890–1913.
- Puhle, Hans Jürgen: Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im wilhelminischen Reich (1893–1914). Ein Beitrag zur Analyse des Nationalismus in Deutschland am Beispiel des Bundes der Landwirte und der Deutsch-Konservativen Partei, 2. Aufl., Bonn 1975.
- Puhle, Hans Jürgen: Parlament, Parteien und Interessenverbände 1890–1914, in: Michael Stürmer (Hrsg.), Das kaiserliche Deutschland. Politik und Gesellschaft 1870–1918, Düsseldorf 1970, S. 340–377.
- Puhle, Hans Jürgen: Repräsentation und Organisation. Bürgerliche Parteien und Interessenverbände im wilhelminischen Deutschland, in: Hermann W. von der Dunk/Horst Lademacher (Hrsg.), Auf dem Weg zum modernen Parteienstaat. Zur Entstehung, Organisation und Struktur politischer Parteien in Deutschland und den Niederlanden, Melsungen 1986, S. 209–226.
- Pyta, Wolfram: Gegen Hitler und für die Republik. Die Auseinandersetzungen der deutschen Sozialdemokratie mit der NSDAP in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1989.
- Pyta, Wolfram: Dorfgemeinschaft und Parteipolitik 1918–1933. Die Verschränkung von Milieu und Parteien in den protestantischen Landgebieten Deutschlands in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1996.
- Rauter, G.: Die Tätigkeit des Evangelischen Bundes, in: Deutschland. Monatsschrift für die gesamte Kultur 4 (1905), S. 559–566.

- Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie in seiner Entwicklung und in seiner praktischen Tätigkeit bei den Reichstagswahlen von 1907, Berlin 1907.
- Reiwal, Hugo: Geschichte des Fortschrittlichen Vereins »Waldeck« zu Berlin im ersten Vierteljahrhundert seines Bestehens, Berlin 1903.
- Requate, Jörg: Journalismus als Beruf, Göttingen 1995.
- Retallack, James N.: Notables of the Right. The Conservative Party and Political Mobilization in Germany 1876–1918, Boston 1988.
- Rheinbaben, Rochus v.: Stresemann. Der Mensch und der Staatsmann, Dresden 1928.
- Ritter, Gerhard: Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des »Militarismus« in Deutschland. 4 Bde, München 1954–1968.
- Ritter, Gerhard A.: Die Arbeiterbewegung im wilhelminischen Reich. Die Sozialdemokratie und die Freien Gewerkschaften 1890–1900, Berlin 1959.
- Ritter, Gerhard A. (Hrsg.): Gesellschaft, Parlament und Regierung. Zur Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland, Düsseldorf 1974.
- Ritter, Gerhard A. (Hrsg.): Wahlen und Wahlkämpfe in Deutschland. Von den Anfängen im 19. Jahrhundert bis zur Bundesrepublik Deutschland, Düsseldorf 1997.
- Ritter, Gerhard A./Merith Niehuss: Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreiches 1871–1918, München 1980.
- Ritter, Gerhard A.: Die deutschen Parteien 1830–1914. Parteien und Gesellschaft im konstitutionellen Regierungssystem, Göttingen 1985.
- Ritter, Gerhard A.: Der Sozialstaat. Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich, München 1989.
- Ritter, Gerhard A./Tenfelde, Klaus: Arbeiter im deutschen Kaiserreich, Bonn 1992.
- Ritter, Gerhard A.: Entwicklungsprobleme des deutschen Parlamentarismus, in: Ders. (Hrsg.), Gesellschaft, 1974, S. 11–54.
- Ritter, Gerhard A.: Zu Strategie und Erfolg der sozialdemokratischen Wählerrekru- tierung im Kaiserreich, in: Otto Büsch/Monika Wölk/Wolfgang Wölk (Hrsg.), 1978, S. 313–324.
- Rohe, Karl: Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteiensysteme im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 1992.
- Rohkrämer, Thomas: Der Militarismus der »kleinen Leute«. Die Kriegervereine im deutschen Kaiserreich 1871–1914, München 1990.
- Romeyk, Horst: Die politischen Wahlen im Regierungsbezirk Koblenz 1898 bis 1918, Bonn 1969.
- Rosenberg, Hans: Große Depression und Bismarckzeit, Berlin 1967.
- Rosenhaft, Eve: Beating the Fascists? German Communists and Political Violence 1929–1933, Cambridge 1983.
- Rudolph, Karsten: Die sächsische Sozialdemokratie (1971–1923), Köln 1995.
- Saar-Post, 1906/07.
- Saul, Klaus: Staat, Industrie und Arbeiterschaft im Kaiserreich, Düsseldorf 1974.
- Saul, Klaus: Der »Deutsche Kriegerbund«. Zur innenpolitischen Funktion eines »na- tionalen« Verbandes im kaiserlichen Deutschland, in: Militärgeschichtliche Mittei- lungen 2 (1969), S. 95–159.
- Scheidemann, Philipp: Memoiren eines Sozialdemokraten, Dresden 1928.
- Schilling, Konrad: Beiträge zu einer Geschichte des radikalen Nationalismus in der Wilhelminischen Ära 1890–1909, Köln 1968.
- Schmädeke, Jürgen: Wählerbewegung im Wilhelminischen Deutschland. 2 Bde, Ber- lin 1995.

- Schmidt, Gustav: Parlamentarisierung oder »Präventive Konterrevolution«? Die deutsche Innenpolitik im Spannungsfeld konservativer Sammlungsbewegungen 1907–1914, in: Gerhard A. Ritter (Hrsg.), Gesellschaft, 1974, S. 249–278.
- Schmolke, M.: Die Schlechte Presse. Katholiken und Publizistik zwischen »Katholik« und »Publik« 1821–1968, Münster 1971.
- Schödl, Günter: Alldentscher Verband und deutsche Minderheitenpolitik in Ungarn 1890–1914. Zur Geschichte des deutschen »extremen Nationalismus«, Frankfurt a.M. 1978.
- Scholl, Lars U.: Einführung zu: Tjard Schwarz/Ernst v. Halle, Die Schiffbauindustrie in Deutschland und im Ausland. 1. Bd., 1902, Düsseldorf 1987, V–XXXI.
- Schorske, Carl E.: German Social Democracy 1905–1917. The Development of the Great Schism, Cambridge/Mass. 1955.
- Schröder, Hans-Christoph: Sozialismus und Imperialismus, Hannover 1968.
- Schröder, Wilhelm: Geschichte der sozialdemokratischen Parteiorganisation, Dresden 1912.
- Schröder, Wilhelm: Rückblick, Rechnung und Ausblick, in: Sozialistische Monatshefte 11 (1907), S. 179–183.
- Schröder, Wilhelm Heinz (Bearb.): Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Reichstagskandidaten 1898–1918. Biographisch Statistisches Handbuch, Düsseldorf 1986.
- Schulte, Volker: Die Reichstagswahlen 1907. Parlamentarisierungsanforderungen und interfraktionelle Allianzen von Zentrum und SPD, Göttingen 1989.
- Schulthess' Europäischer Geschichtskalender. Neue Folge, hrsg. v. Hans Delbrück u. a., München 1890 ff.
- Schwab, Herbert: Deutscher Bauernbund, in: Dieter Fricke (Hrsg.), 1983, Bd. 2, S. 33–41.
- Schwab, Herbert: Nationalverein für das liberale Deutschland (NVD) 1907–1918, in: Dieter Fricke (Hrsg.), 1983, Bd. 3, S. 530–532.
- Schwentker, Wolfgang: Konservative Vereine und Revolution in Preussen 1848/49. Die Konstituierung des Konservatismus als Partei, Düsseldorf 1988.
- Seeber, Gustav/Hohberg, Claudia: Nationalliberale Partei (NLP) 1867–1918, in: Dieter Fricke (Hrsg.), 1983, Bd. 3, S. 403–436.
- Sheehan, James J.: Der deutsche Liberalismus. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg 1770–1914, München 1983.
- Siemann, Wolfram: Die deutsche Revolution von 1848/49, Frankfurt a.M. 1985.
- Siemann, Wolfram: Vom Staatenbund zum Nationalstaat. Deutschland 1806–1871, München 1995.
- Smith, Henry W.: German Nationalism and Religious Conflict. Culture, Ideology, Politics 1870–1914, Princeton 1995.
- Specht, Fritz/Schwabe, Paul (Bearb.): Die Reichstagswahlen von 1867 bis 1907, 2. durch einen Nachtrag erg. Aufl., Berlin 1908.
- Sperber, Jonathan: Popular Catholicism in Nineteenth-Century Germany, Princeton 1984.
- Sperber, Jonathan: The Kaiser's Voters. Electors and Elections in Imperial Germany, Cambridge 1997.
- Sperlich, Waltraud: Journalist mit Mandat. Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und ihre Arbeit in der Parteipresse 1867–1918, Düsseldorf 1983.
- Starosson, Franz: Landagitation, in: Die Neue Zeit 25 (1906/07), S. 33–35.
- Steinbach, Peter: Die Politisierung der Region. Reichs- und Landtagswahlen im Fürstentum Lippe 1866–1881. 5 Tle in 2 Bden, Passau 1989.

- Steinbach, Peter: Die Zähmung des politischen Massenmarktes. Wahlen und Wahlkämpfe im Bismarckreich im Spiegel der Hauptstadt- und Gesinnungspresse. 3 Bde, Passau 1990.
- Steinbach, Peter: Historische Wahlforschung, in: Archiv für Sozialgeschichte 21 (1981), S. 499–526.
- Steinbach, Peter: Politisierung und Nationalisierung der Region im 19. Jahrhundert. Regionalspezifische Politikrezeption im Spiegel der historischen Wahlforschung, in: Ders. (Hrsg.), Probleme politischer Partizipation im Modernisierungsprozeß, Stuttgart 1982, S. 321–349.
- Steinbach, Peter: Deutungsmuster der historischen Modernisierungstheorie für die Analyse westeuropäischer Wahlen, in: Otto Büsch/Peter Steinbach (Hrsg.), Vergleichende europäische Wahlgeschichte. Eine Anthologie. Beiträge zur historischen Wahlforschung vornehmlich West- und Nordeuropas, Berlin 1983, S. 158–245.
- Steinbach, Peter: Nationalisierung, soziale Differenzierung und Urbanisierung als Bedingungsfaktoren des Wahlverhaltens im Kaiserreich, in: Historical Social Research 15 (1990), S. 63–82.
- Stegmann, Dirk: Die Erben Bismarcks. Parteien und Verbände in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschlands, Köln 1970.
- Stegmann, Dirk: Vom Neokonservatismus zum Proto-Faschismus: Konservative Partei, Vereine und Verbände 1893–1920, in: Deutscher Konservatismus im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Fritz Fischer, Bonn 1983, S. 199–230.
- Steil, Hans Willi: Die politischen Wahlen in der Stadt Trier und in den Eifel- und Moselkreisen des Regierungsbezirks Trier 1867–1887, Bonn 1961.
- Stenkewitz, Kurt: Deutscher Wehrverein (DWV) 1912–1935, in: Dieter Fricke (Hrsg.), 1983, Bd. 2, S. 330–342.
- Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages. Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgebung. Jahresbericht 1906, Berlin 1907.
- Suval, Stanley: Electoral Politics in Wilhelmine Germany, Chapel Hill/London 1985.
- Tenfelde, Klaus: Die Entfaltung des Vereinswesens während der industriellen Revolution in Deutschland (1850–1873), in: Otto Dann (Hrsg.), Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft in Deutschland, München 1984 (= HZ Beiheft 9), S. 55–114.
- Theiner, Peter: Sozialer Liberalismus und die deutsche Weltpolitik. Friedrich Naumann im wilhelminischen Deutschland, Baden-Baden 1983.
- Thimme, Anneliese: Gustav Stresemann. Eine politische Biographie aus der Weimarer Republik, Hannover/Frankfurt a. M. 1957.
- Thissen, Otto: Der Wahlkampf 1906/07. Ein Gedenkblatt aus bewegter Zeit für die Zentrumswählerschaft des deutschen Reiches, Köln 1907.
- Turk, Eleanor L.: German Liberals and the Genesis of the German Association Law, in: Konrad H. Jarausch/Larry Eugene Jones (Hrsg.), 1990, S. 237–260.
- Ullmann, Hans-Peter: Der Bund der Industriellen, Organisation, Einfluß und Politik klein- und mittelbetrieblicher Industrieller im Deutschen Kaiserreich 1895–1914, Göttingen 1976.
- Ullmann, Hans-Peter: Interessenverbände in Deutschland, Frankfurt a. M. 1988.
- Ullmann, Hans-Peter: Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918, Frankfurt a. M. 1995.
- Varain, Heinz Josef (Hrsg.): Interessenverbände in Deutschland, Köln 1973.
- Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgebung. Jahresbericht 1906, Berlin 1907.

- Vogel, Jakob: Nationen im Gleichschritt: der Kult der »Nation in Waffen« in Deutschland und Frankreich 1871–1914, Göttingen 1997.
- Volksblatt. Organ für die Werktätige Bevölkerung in Hessen und Waldeck, 1906/07.
- Volksstimme. Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg, 1906/07.
- Der Volksverein, hrsg. vom Volksverein für das katholische Deutschland.
- Vorwärts. Berliner Volksblatt. Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 1906/07; 1911/12.
- Wahlaufrufe und Wahlkundgebungen zur Reichstagswahl 1907. Fürst Bülow's Abrechnung mit dem Zentrum und der Sozialdemokratie im Reichstag, hrsg. v. d. Nationalliberalen Partei, Berlin 1907.
- Ward, Frank J.: The Center Party and the German Elections of 1907, Los Angeles 1984.
- Warren, Donald: The Red Kingdom of Saxony. Lobbying Grounds for Gustav Stresemann, Den Haag 1960.
- Weber, Christoph: »Eine starke, enggeschlossene Phalanx«: Der politische Katholizismus und die erste deutsche Reichstagswahl 1871, Essen 1992.
- Wehber, Thorsten: Zwischen Hannover und Preußen. Politische Parteien in Göttingen 1866–1890, Göttingen 1995.
- Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. 3. Bd.: Von der »Deutschen Doppelrevolution« bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges, München 1995.
- Wehler, Hans-Ulrich: Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918, Göttingen 1973.
- Weichlein, Siegfried: Politische Kultur und Sozialmilieus im Regierungsbezirk Kassel 1920–1960, in: T. Schiller/Th. v. Winter (Hrsg.), Politische Kultur im nördlichen Hessen, Marburg 1993, S. 84–124.
- Weichlein, Siegfried: Konfession und Region, in: Olaf Blaschke/Frank-Michael Kuhlemann (Hrsg.), 1996, S. 193–232.
- Wenck, Martin: Alldeutsche Taktik, Jena 1917.
- Wertheimer, Mildred: The Pan-German League 1890–1914, New York 1924.
- Westphal, Alfred: Das Deutsche Kriegervereinswesen, seine Ziele und seine Bedeutung für den Staat, Berlin 1903.
- Wette, Wolfram: Gustav Noske, Düsseldorf 1987.
- Wettengel, Michael: Die Revolution von 1848/49 im Rhein-Main-Raum. Politische Vereine und Revolutionsalltag im Großherzogtum Hessen, Herzogtum Nassau und der Freien Stadt Frankfurt, Wiesbaden 1989.
- White, Dan S.: Splintered Party. National Liberalism in Hessen and the Reich 1867–1918, Cambridge/Mass./London 1978.
- Wienfort, Monika: Kaisergeburtstagsfeiern, in: Manfred Hettling/Paul Nolte (Hrsg.), Bürgerliche Feste. Symbolische Formen politischen Handelns im 19. Jahrhundert, Göttingen 1993, S. 157–191.
- Willmer, Karin: Die Kriegervereine im System der politischen Organisation der bürgerlichen Gesellschaft 1890–1914, Jena 1988.
- Wilpert, Gabriele: Wahlflugblätter aus der Weimarer Zeit. Untersuchungen zur historischen Ausprägung eines Texttyps, Göttingen 1978.
- Winkler, Jürgen: Sozialstruktur, politische Traditionen und Liberalismus. Eine empirische Längsschnittstudie zur Wahlentwicklung in Deutschland 1871–1933, Opladen 1995.
- Witt, Peter-Christian: Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches von 1903–1913, Lübeck 1970.

- Wolter, H.-W.: Generalanzeiger – das pragmatische Prinzip. Zur Entwicklungsgeschichte und Typologie des Pressewesens im späten 19. Jahrhundert mit einer Studie über die Zeitungsunternehmungen Wilhelm Girardets (1838–1918), Bochum 1981.
- Wölk, Wolfgang: Sozialstruktur, Parteienkorrelation und Wahlentscheidung im Kaiserreich am Beispiel der Reichstagswahl von 1907, in: Otto Büsch/Monika Wölk/Wolfgang Wölk (Hrsg.), 1978, S. 505–548.
- Würzburger, Eugen, Die »Partei der Nichtwähler« (1907), in: Otto Büsch/Monika Wölk/Wolfgang Wölk (Hrsg.), 1978, S. 208–216.
- Wulf, Amandus: Deutscher Flotten-Verein (DFV) 1898–1934, in: Dieter Fricke (Hrsg.), 1983, Bd. 2, S. 67–89.
- Wurm, Emanuel: Flugblatt oder Zeitung?, in: Die Neue Zeit 25 (1906/07), S. 641–644.
- Zehn [10] Jahre Reichsverband. Festgabe der Hauptstelle des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie in Berlin zum 9. Mai 1914, Berlin 1914.
- Zehnter Allgemeiner Vertretertag der nationalliberalen Partei am 5. und 6. Oktober 1907 in Wiesbaden, Berlin 1907.
- Zitzen, Emil: Die Versammlungspraxis auf dem Lande, in: Präsidial Korrespondenz 25 (1912), S. 372–377.
- Zwölfter Allgemeiner Vertretertag der nationalliberalen Partei am 1. und 2. Oktober 1910 in Cassel, Berlin 1910.

Verzeichnis der Abbildungen

1. Kundgebung der SPD um 1910 im Treptower Park; Redner:
Richard Fischer (1855–1926), M.d.R. Schutzumschlag
(Ausschnitt), Vor und Nachsatz
Fotograf: Franz Hermann Titzenthaler (1869–1937)
Landesbildstelle Berlin

2. Eduard von Liebert, Heinrich Claß, August Keim 6
Reichstags-Handbuch (1907)
40 Jahre Dienst am Deutschtum 1890–1930.
Den Mitarbeitern, Freunden und Gesinnungsgenossen zum 1. Sep-
tember 1930 von J.F. Lehmanns Verlag in München; Universitäts-
und Landesbibliothek Düsseldorf
August Keim, Erlebtes und Erstrebtes, Lebenserinnerungen von
Generalleutnant Keim, Hannover: Ernst Letsch Verlag 1925

3. Matthias Erzberger, August Bebel 10
Reichstags-Handbuch (1907)

4. Philipp Scheidemann, Karl Liebknecht 28
Reichstags-Handbuch (1907) und Nachtrag zum Reichstags-
Handbuch (1916)

5. Friedrich Naumann, Hermann Paasche 100
Reichstags-Handbuch (1907)

6. Ernst Hasse, Dietrich Schäfer 102
Vierzig Jahre Dienst am Deutschtum 1890–1930
(J.F. Lehmanns Verlag in München)

Register

Das Personenregister erschließt auch die Namen der im Text und in den Anmerkungen genannten zeitgenössischen Autoren. Wahlkreise sind nach der Einteilung der Reichswahlstatistik verzeichnet, nicht unter dem Namen des Einzelstaats oder der Provinz. Keinen eigenständigen Eintrag erhielten allgemeine und/oder sehr häufig erwähnte Begriffe wie »*Bürgerliche Parteien*«, »*Nationale Verbände*«, »*Reichstag*«, »*Wahlen*« sowie auch Begriffsverbindungen wie »*Reichsverband gegen die Sozialdemokratie und Sozialdemokratie*« bzw. »*Sozialdemokratie und Reichsverband gegen die Sozialdemokratie*«.

- Affiliationsverbot 29
- Ahlwardt, Hermann 44, 269
- Alldeutscher Verband
 - Parteiverbindungen 17
 - Organisation 49, 66, 87, 103, 106 ff., 250
 - Kandidaturen 23, 50, 153
 - Wahlorganisation 132 f.
 - Agitation 67, 118, 122, 216 f., 253, 255
 - Wahlpolitik 12 f., 22, 50, 119 f., 132, 153, 255, 302
 - »Bülow-Block« 144, 279
 - »Nationale Opposition« 20, 25, 65, 123 ff., 136, 279 ff., 286, 291, 305, 307
 - »Nationalpartei« 90, 119 f., 279, 281 ff., 286, 297, 308
 - Bund der Landwirte 138 f.
 - nationale Verbände 59, 85, 120 f., 138, 279, 296 f.
 - bürgerliche Parteien 104, 112 f., 116, 118 f., 125, 127, 190, 296
 - Arbeiterbewegung 117 f.
- Allgemeiner Deutscher Schulverein 297
- Allgemeiner Deutscher Sprachverein 297
- Altdamm 156
- Altnationalliberaler Reichsverband 138, 285 f.
- Amelunxen (FV-Funktionär) 264 f.
- »Amtliche Wahlmache« 45, 266
- Annaberg-Schwarzenberg 132, 261
- Antisemitische Parteien
 - Wahlkampfstil 44 f., 150 f.
 - Wahlkampf 127, 132, 149–152, 158 ff., 163 f., 169, 177, 192, 194–197
 - Regierung 151
 - »Nationalpartei« 73, 91, 93, 284
 - (nationale) Verbände 67, 113, 149–152, 194, 255
 - bürgerliche Parteien 160, 163, 174 f., 192
- Antultramontaner Reichsverband 52, 97, 267, 269 f., 280, 302
- Arendt, Otto 189, 283
- Arnim-Muskau, Hermann Graf von 67, 106, 153
- Arnsberg 79
- Aue 261
- Auerbach i. S. 220
- Augsburg 235
- Ausschuß für nationale Politik 96 ff.
- Avenarius, Richard 108
- Baden 36, 186, 191
- Bachem, Carl 253 f., 272, 274
- Bärwinkel, Richard 257
- Bamberger, Ludwig 109
- Barbeck, Hugo 111
- Barmen 59
- Barth, Theodor 186
- Bassermann, Ernst 67, 138, 142 f., 153, 185, 193, 195, 197, 257, 285, 289, 296 f.
- Baudert, Friedrich 259
- Bauernvereine (christliche) 284 f.
- Bautzen-Kamenz 134
- Bayern 56, 60, 111, 244, 269
- Beamte 82, 114, 158, 165
- Beamtenerlaß 45
- Beaulieu-Marconnay, Carl W. Freiherr von 55
- Bebel, August 11, 39, 63, 68, 193, 202, 209 ff., 215, 218, 222, 228, 272, 278, 287
- Becker, Jacob 153

- Bennigsen, Rudolf von 56, 91
 Bergsträsser, Ludwig 224
 Berlin 31 ff., 42, 69, 75, 93, 97 f., 107 f.,
 117, 132, 204, 228 f., 232, 234, 251, 271,
 273, 275 f., 281
 Berliner nationale Vereine 284
 Bethmann Hollweg, Theobald von 135,
 192, 284 f., 289, 291, 307 f.
 Beumer, Wilhelm 75
 Beuthen 62
 Beutler, Otto 128
 Biberach-Leutkirch 271 f.
 Bingen-Alzey 107 ff., 115, 120
 Bismarck, Otto von 21, 50, 57, 73, 89 f.,
 96, 103, 118, 123, 137, 214, 283, 291
 Blank, Richard 218
 Blell, Karl 146
 Bley, Fritz 107, 111, 113
 »Block der Rechten« (siehe unter Natio-
 nalparteiprojekte)
 Blohm, Hermann 72
 Bochum-Gelsenkirchen 48, 79, 236
 Bodewig, H. 36
 Bodelschwingh, Franz von 194, 197
 Böckel, Otto 44 f., 92, 103, 109, 150 f.,
 169
 Boeckh, von der (RgS-Funktionär) 160,
 165, 171 f., 196 f.
 Böhlendorf, Carl von 189
 Böhme, Karl 48
 Böhke (linksliberaler Politiker) 114
 Bonhard, Philipp 108, 119 ff.
 Bonin, Joachim von 269
 Bonn 296
 Borna-Pegau 145, 147 f., 150 ff., 288
 Bovenschen, Albert 71 f., 78–80, 82 f., 87,
 99, 147, 155, 180, 219, 282, 288, 290
 Boy-Ed, Carl 243, 246, 279
 Boykott (siehe auch Wahlterror) 44, 72,
 84, 86
 Bredow-Landin, Max von 146
 Breithaupt, Richard 192
 Bremen 39
 Breslau 286
 Bromberg 153
 Bronsart von Schellendorf, Walther 56
 Bülow, Bernhard von 23, 52, 75, 106,
 116 f., 130 ff., 141–145, 147 f., 153, 203,
 238 ff., 256 ff., 261, 272–275, 277, 281,
 303
 »Bülow-Block« 13 f., 19 f., 114, 136,
 141–144, 155 f., 188, 191 f., 196, 234,
 236, 240, 260, 283 f., 287, 291, 293, 295,
 297, 303, 305
 Bund der Industriellen 51
 Bund der Landwirte
 – Massenorganisation 69
 – Organisation 43 f., 49 f.
 – imperative Mandate 44
 – Wahlorganisation 43 f., 157, 184, 203,
 207, 209, 231, 237, 261, 298 f.
 – »Nationalpartei« 93 f., 285 ff., 291
 – Verbändewesen 108, 110 f., 134, 139
 – Deutschkonservative Partei 19, 43,
 192, 203
 Busold, Heinrich 221

 Calmbach, Heinrich 119
 Calw-Herrenberg 106
 Capelle, Eduard von 246
 Caprivi, Leo von 56 f., 91, 105, 122, 257
 Casinobewegung (siehe auch Zentrum
 und Wahlorganisation) 36
 Centralverband Deutscher Industrieller
 49, 51, 75, 285 f.
 Charlottenburg 274
 Chemnitz 82, 218
 Chociszewski (Polnischer Politiker) 272
 Claß, Heinrich 23, 55, 65, 74, 96, 103,
 106–112, 115, 117, 119–124, 133–139,
 151, 279 f., 282 f., 286, 291, 305
 Connwitz 149
 Cottbus-Spremberg 152
 Cuvreur, Jacob 255
 Cramer-Klett, Theodor Freiherr von 247
 Credner (AdV-Funktionär) 91
 Crimmitschau 71
 Cuno, Willi 252
 Cuxhaven 41
 Czarlinski, Leon von 272

 Dallwitz, Hans von 46
 Danzig 223, 262
 Darmstadt-Groß Gerau 181
 David, Eduard 228
 Deutschbund 73 f., 92, 96, 107, 111,
 281 f., 297
 »Deutsche Abende« 59 f.,
 Deutsche Fortschrittspartei (siehe auch
 unter Linksliberale Parteien)

- Deutsche Kleinsiedlungsgesellschaft 281
 Deutsche Kolonialgesellschaft 66, 251 ff.,
 280 f., 283, 297, 302
 Deutsche Reformpartei (siehe unter An-
 tisemitische Parteien)
 Deutsche Vaterlandspartei 26, 307 ff.
 Deutscher Bauernbund 299, 306
 Deutscher Ostmarkenverein 49 f., 58 f.,
 72, 75, 120, 250, 265, 270, 280–283, 297
 Deutscher Verein für das nördliche
 Schleswig 281
 Deutschkonservative Partei (Konserv-
 vative Parteien)
 – »Bülow-Block« 142 f., 189, 260
 – Organisation 15, 18, 21, 24, 30, 43, 186
 – amtliche Wahlhilfe 43
 – Wahlpolitik 45, 127 ff., 146, 152, 158,
 160 f., 172, 175, 193 f., 197
 – »Nationalpartei« 73, 93 f., 284–287,
 308
 – Reichsverband gegen die Sozialdemo-
 kratie 72, 75, 77, 147 ff., 154 ff., 161,
 172, 183, 185 f., 190, 196, 198, 233
 – Bund der Landwirte 19, 43 f., 203
 – Alldeutscher Verband 103, 106, 113,
 119, 132, 134, 136, 138
 – bürgerliche Parteien/Verbände 12, 17,
 44, 61, 116, 119, 131, 156, 158, 174 f.,
 189, 192, 194 f., 235, 249 f., 255, 261,
 268 f., 281, 283 f., 290
 – Zentrum 188, 276
 – Arbeiterbewegung 209, 222
 – Deutsche Vaterlandspartei 308
 Deutsch-Krone 262
 Deutschnationaler Handlungsgehilfen-
 Verband 194, 256, 283, 297
 Deutschsoziale Partei (siehe unter Anti-
 semitische Parteien)
 Dirksen, Willi von 75, 152
 Dithfurt, Wilhelm von 193
 Dithmarschen 132
 Döbeln-Roßwein 105, 112, 116, 134, 181,
 216, 234, 269
 Döbler, Adolf 135
 Dortmund-Hörde 59, 202
 Dresden(-Altstadt) 59, 126–132, 136,
 149, 267
 Dresdner nationaler Ausschuß 86,
 127–130, 136, 296
 Düsseldorf 79
 Eichler, Otto 99, 253
 Eickhoff, Richard 266
 Eisenach-Dermbach 256
 Elm, Adolf von 48
 Elsaß-Lothringen 136
 Erdmann, August 205, 210 f.
 Erfurt-Schleusingen 59, 152 f., 174, 288
 Erlangen-Fürth 107, 111, 183 f.
 Ermer, Gustav 233
 Erzberger, Matthias 22 f., 25, 130, 141,
 237, 241, 271–278
 Essen 107, 126, 286
 Evangelischer Bund 37, 265, 267–270,
 302
 Everling, Otto 216 f., 268 f.,
 Eyken, Hans von 90
 Fabarius (AdV-Funktionär) 97
 Fischbeck, Otto 144
 Fischer, Ludwig von 104
 Fleischsteuerung 162, 223
 Flintzer (FV-Funktionär) 255
 Flotten-Verein [Deutscher]
 – Trägerschaft 16, 68
 – Organisation 11, 49 f., 52, 59 f., 265 f.,
 301
 – Wahlpolitik/-organisation 12 f., 22 f.,
 203 f., 255 f., 258, 264 f., 302
 – Agitation 63 ff., 68, 203, 238–250,
 264 ff., 274, 290
 – Wahlkreise 259
 – Staatsbehörden 53, 242 f., 248, 256 ff.,
 266, 274, 278, 284, 305
 – »Nationale Opposition«/»National-
 partei« 20, 280 f., 283 f., 297
 – Zentrumsparlei 25, 56, 60, 62 f., 66,
 238–247, 253–260, 262–264
 – Arbeiterbewegung 56, 62 ff., 67,
 258–261, 266
 Flugschriften/Flugblatt agitation 24,
 32 f., 37 ff., 42, 45, 48, 57, 62 f., 65, 83 f.,
 128 ff., 137, 142, 166 f., 171, 178,
 181–184, 189 f., 195 ff., 200–212,
 214–217, 220–225, 231, 244, 246,
 264 ff., 268–271, 275 f., 287, 294 f., 298,
 308
 Förster, Emil Theodor 126
 Fortschrittliche Volkspartei 191, 283, 299
 Frankfurt a. M. 159, 192, 235, 237, 257,
 260

- Fränkel, Heinrich 75
 Frege-Weltzien, Arnold von 147
 Freiburg i.Br. 259
 Freisinnige Parteien (siehe auch links-liberale Parteien) 56, 63, 73, 109 ff., 114, 118 f., 128 f., 134, 152, 154, 174 f., 182 ff., 202, 204, 207, 227, 249, 252, 255, 259 ff., 266
 Freund, Richard 154 f.
 Friedberg, Robert 144, 189, 283
 Friedberg-Büdingen 221
 Freikonservative Reichspartei (siehe auch unter Konservative Parteien) 15, 17, 61, 67, 75 f., 90 f., 104 ff., 125, 133, 138, 144, 147, 152, 185, 189, 192, 240, 264, 266, 275, 283 f.
 Freisinnige Vereinigung (siehe unter Freisinnige Parteien)
 Freisinnige Volkspartei (siehe unter Freisinnige Parteien)
 Fritzsche, Curt 149 ff., 169
 Fulda 36
 Fundamentalpolitisierung 14 f., 20, 301
 Gau-Algesheim 108
 Geiser, Alfred 120, 129, 132, 135
 Generalanzeiger 33, 179, 200, 220, 231 f.
 Gensungen 167
 Gera 223
 Gesamtverband Evangelischer Arbeitervereine 67
 Gewerkschaften/Werkvereine
 – Freie 51, 71, 86, 173, 229, 285
 – Gelbe Werkvereine 85, 87, 175
 – Hirsch-Dunckersche 84, 175
 Gießen 103, 107, 109
 Görcke, Max 189
 Göttingen 34, 59, 235
 Gradnauer, Georg 130
 Graef, Walter 256, 287
 Gräser, Paul 111
 Greitz 72, 78 f., 88, 183
 Grenz, Ernst 261
 Grillenberger, Karl 39
 Groeben, Wilhelm Graf von der 276
 Gröber, Adolf 242, 271 f., 277
 »Großblock« 186, 191, 289
 Grund (RgS-Funktionär) 171
 Gumbinnen-Insterburg 221
 Hagemann, Paul 152, 154, 219, 288
 Hagen-Schwelm 236, 252
 Hahn, Diedrich 138
 Halle, Ernst von 284
 Halle a. S. 75, 82, 175, 209
 Hamburg 39 ff., 72, 132
 Hamm, Oscar 296
 Hanisch (Antisemitischer Politiker) 132
 Hannover 132, 136, 181
 Hannover (Provinz) 33 f.
 Hansa-Bund 19 f., 157, 194, 204, 226, 285, 297 f., 306
 Hansemann, Adolph von 90
 Harburg 72
 »Hakatisten«, »H-K-T-Verein« siehe Deutscher Ostmarkenverein
 Hasse, Ernst 91, 105–108, 110, 113 f., 116, 120, 122 ff., 131–134, 147, 153, 181, 217, 279, 283
 Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände 72
 Hebel (Nationalliberaler Politiker) 159, 163
 Heeringen, August von 54
 Heidelberg 117
 Heim, Georg 271
 Heinze, Rudolf 130
 Henckel-Donnersmarck, Guido Fürst von 90
 Hessen 24, 44, 55, 149, 158, 257 f., 304
 Hessen-Nassau 157, 170
 Hessische Rechtspartei siehe Welfische Bewegung
 Heydebrand und der Lasa, Ernst von 138, 281
 Heydt, Carl von der 90 f., 104 f.
 Hillger, Hermann 189
 Hirsch, Wilhelm 75
 Hoensbroech, Paul Graf von 267, 269 f.
 Höchst 66
 Hoffmann, Adolf 220
 Hollmann, Friedrich von 248
 Hompesch, Alfred Graf von 272
 Hopf, Friedrich 126 ff., 130 f., 133, 136
 »Hottentottenwahlen« siehe Reichstagswahlen 1907
 Hüttmann, Heinrich 159, 161, 164, 166, 170, 172 f., 192, 195, 197 f.

- Hugenberg, Alfred 91, 106, 111, 124 f., 213, 255
 Hunsdieker, Robert 133
- Itschert, Peter 66
 Itzenplitz, Karl 119, 134
- Jena 269, 152
 Johann Albrecht, Herzog zu Mecklenburg 251 ff.
 Jungliberalismus 193, 261, 285, 293
- Kalkoff, Hermann 294
 »Kanzelparagraph« 37
 Kapp, Friedrich 30
 Kapp, Wolfgang 308
 Kardorff, Wilhelm 104, 114
 Karlsruhe 186, 250
 Kartell der schaffenden Stände 138, 285 ff., 290, 307
 Katholikentage 36
 Katholische Arbeitervereine 36
 Kassel 23, 59, 74, 82, 140, 157–173, 176, 179, 192, 247, 278, 297
 Keim, August 22 f., 53, 55 f., 61 f., 66, 68 f., 98 f., 145 f., 150 f., 238–244, 256 ff., 275, 277–280, 284, 290, 297
 Kiderlen-Wächter, Alfred von 135
 Klingemann, Karl 107, 111, 119, 133, 136
 Kobelt, Wilhelm 174–179
 Köcher (AdV-Funktionär) 85
 Köln 59, 136, 250, 262, 297
 Königsberg 223
 Königswinter 265
 Koester, Hans von 278 f.
 Kolb, August 222
 Kolonialpolitik 162, 279
 Konservative Partei siehe Deutschkonservative Partei
 Kreuznach-Simmern 107, 111, 152
 Kriegervereine
 – Staatsbehörden 45
 – Wahlkampf 45, 165, 256
 – Wahlorganisation 47 f.
 – Wahlstörungen 39
 – nationale Verbände 83 f.
 – Arbeiterbewegung 39, 46, 50
 Krüger, Ohm 106
 Krupp, Friedrich Alfred 54, 111
 Kulturkampf 33, 38, 52, 254
- Kuttner, Georg 60
 Kyffhäuserbund der Deutschen Landeskriegerverbände (siehe auch Kriegervereine) 46, 84, 256
- Labiau-Wehlau 221
 Landtagswahlen 158, 174, 186, 203
 Lange, Friedrich 73 f., 80, 89, 91–99, 107, 112, 185, 280, 283, 307
 Langhans, Paul 47
 Lassalle, Ferdinand 206
 Lattmann, Wilhelm 133 f., 158–164, 169–173, 192, 194 f., 197
 Lehmann, Julius 122 f.
 Lehmann, Paul 152
 Lehr, Adolf 105 f., 112, 116
 Leipzig 82, 107, 113, 134
 »Leipziger Kartell« siehe Kartell der schaffenden Stände
 Lennep-Mettmann 258, 266
 Liebermann von Sonnenberg, Max 67, 123, 133, 170
 Liebert, Eduard von 23, 64, 66, 70 f., 78 ff., 82, 86 f., 96–99, 125, 131, 133, 138, 142, 145–152, 188, 192, 212, 219, 232, 264, 282 f., 288 f.
 Liebknecht, Karl 154, 213 f., 216, 219, 233 f.
 Liebknecht, Wilhelm 39, 215
 Liegnitz 257
 Liman, Paul 115
 Linde, Hermann 221
 Lindequist, Oskar von 46
 Linksliberale Parteien
 – Organisation 299
 – Wahlkampfpolitik 44, 116, 144 f., 174, 191, 250 f.
 – Wahlorganisation 31, 39, 109, 204, 227
 – Regierung 144
 – Nationalverein 295
 – Nationalverein für das liberale Deutschland 236, 295
 – nationale Verbände 61, 114 ff., 154 ff., 183 ff., 260, 266, 270, 288
 – bürgerliche Parteien 128, 144 f., 154 ff., 159, 193, 260, 266
 – Zentrum 277
 – Arbeiterbewegung 191
 – Hansa-Bund 298 f.
 Lippe (Fürstentum) 32

- Löbbecke (Konservativer Politiker) 172
 Loebell, Friedrich von 75, 78, 80, 82, 146, 151, 262, 275, 277
 Lorenz, Max 72, 75
 Lucanus, Friedrich von 66
 Lucas, Alexander 104
 Ludwig, Prinz von Bayern 67
 Ludwig (RgS-Funktionär) 287
 Lübeck 59, 135
 Luxemburg, Rosa 178, 229
- Mackensen (RgS-Funktionär) 175 ff.
 Magdeburg 23, 30, 59, 82, 155, 157 f., 173–180, 233, 259
 Mainz 59
 Maltzahn-Grimmen, Hans Freiherr von 156 f.
 Manteuffel-Krossen, Otto Freiherr von 61, 143, 248
 Marburg 44
 Martin, Julius 159, 169
 Maurenbrecher, Max 229
 Mehnert, Paul 116, 147, 149, 151, 234, 261 f.
 Mehring, Franz 212, 219, 228 f.
 Merseburg 174
 Militärvorlagen 56, 61, 209, 257, 280, 290, 292, 306
 Miquel, Johannes von 54, 89, 240
 Mirbach-Sorquitten, Julius Graf von 104
 Mittelstand
 – Wahlkampf 83, 152, 193–196, 261 f., 304 f.
 – Parteien und Verbände des 114, 150 f., 156, 160, 174 f., 261 f., 285, 287, 298
 Möhring, Paul 160, 164 ff.
 Moers-Rees 262 ff.
 Mohr (FV-Funktionär) 247
 Motteler, Julius 114
 Moulin-Eckart, Richard Graf du 107, 111, 133 f.
 Müller, August 218
 Müller (Oberst z. D.) 97
 Müller-Fulda, Richard 61
 Müller-Meinungen, Ernst 182
 München 59, 111, 122
 Münchhausen, Thankmar Freiherr von 97
- »Nationale Opposition« 13, 20, 25, 65, 123 ff., 133, 136, 279 f., 286, 291, 305
 »Nationaler Block« siehe Nationalpartei
 Nationaler Reichswahlverband 73 f., 80, 96
 Nationalismus 11 f., 49, 70, 91, 297, 302 f.
 Nationalliberale Partei
 – Organisation 30, 158, 174, 292–300
 – Wahlorganisation 15, 30 f., 34, 39 f., 72, 108, 128, 130, 181, 186, 193, 204, 227, 236, 295
 – Presse 23, 84
 – Wahlpolitik 127 f., 296
 – »Bülow-Block« 143, 240, 294 f.
 – Altnationalliberaler Reichsverband 138, 285
 – »Nationalpartei« 73, 93 f., 281, 283
 – Vaterlandspartei 308
 – nationale Verbände 17, 61, 67, 75–77, 84, 90 f., 103 ff., 107 f., 112 ff., 127, 152, 154, 182, 185, 240, 257, 261, 266 ff., 288 f., 293, 296 f., 302, 306
 – Linksliberale Parteien 31, 260 f., 266, 295 f.
 – Nationalverein für das liberale Deutschland 295 f.
 – Hansa-Bund 298 f.
 – Deutscher Bauernbund 298 f., 306
 – Deutschkonservative Partei 31, 116, 130, 137, 154, 261, 281, 283, 295, 298, 306
 – Bund der Landwirte 109
 – Zentrum 271
 – Welfische Bewegung 33 f.
 Nationalpartei
 – Nationalpartei 25, 73, 89–99, 126, 280–283, 286, 306 f.
 Nationalsozialer Verein 114, 116
 Nationalsozialismus 201, 217, 225
 Nationalverein 34, 234, 295
 Nationalverein für das liberale Deutschland 234 ff., 295 f.
 Naumann, Friedrich 114, 204, 227
 Naumburg-Weißenfels 175
 Neuhaus, Gustav 135
 Neustadt a. d. O. 152
 Neustettin 269
 Noske, Gustav 218
 Nürnberg 235

- Oschatz-Grimma 134
 Osnabrück 59, 132
 Ostpreußen 50, 186
 Oldenburg-Januschau, Elard von 138 f.
 Oriola, Waldemar von 66 f., 221
- Paasche, Hermann 111, 113, 152
 Pappenheim, Karl Graf von 252
 Pauli, August 152, 154 f., 213, 233
 Petitionen 63–68, 245
 Petzold, Gustav 119
 Peus, Heinrich 146
 Pfannkuch, Wilhelm 174, 178 f.
 Pfeil, Joachim Graf von 97 f., 133
 Pieper, August 205 ff., 225
 Pinkau, Johann 181, 269
 Pinneberg-Segeberg 48, 132
 Pirna 59, 132
 Plakat/Plakatwerbung 33, 42, 110, 128 f.,
 166, 176, 182, 201, 217, 224, 308
 Plauen 122 f., 183
 Pleß, Hans Heinrich Fürst von 75, 186
 Pölitz 156
 Pommern 156
 Porzig, Max 152
 Posen 59
 Potsdam-Osthavelland 59 f., 111, 145,
 152, 154, 213, 233, 273
 Prager, Erich 252
 Preußen 44, 138
- Quarck, Burkhardt 182
- Randow-Greifenhagen 156
 Raßbach, Wilhelm 174, 177
 Rednerschulen 183, 226–237, 304
 Reibnitz, Eugen Freiherr von 98 f.
 Reichsdeutscher Mittelstandsverband
 285, 287
 Reichsfinanzreform 46, 136, 138, 188,
 190, 193, 203, 231, 279, 281–284, 293,
 305
 Reichsmarineamt 23, 53 f., 61, 63, 242 f.,
 246, 279, 305
 Reichstagswahlen
 – 1912 17, 35, 51, 159, 173, 191 f., 195 f.,
 202, 204, 222, 224, 236, 284, 288, 290 f.,
 306
 – 1907 12, 17, 21, 46, 51 f., 86, 88, 127,
 130, 132, 153, 169, 180 f., 184, 192, 196,
 200, 202 f., 218 f., 222 ff., 227, 236,
 250 f., 254, 270, 279, 281, 283, 287, 294,
 297, 304 f.
 – 1903 12, 48, 50 ff., 65, 70 ff., 74, 103,
 110, 113, 119, 123, 132, 158 f., 170, 202,
 218, 279
 – 1898 32, 44, 50, 115 f., 173 f., 202 f.
 – 1893 32, 202, 208
 – 1890 15, 159, 172 ff.
 – 1887 20 f., 42, 44, 93 f., 141, 143 f., 199,
 214, 218, 306
 – 1878 31
 – 1874 39
 – 1871 38 f.
 – zum Norddeutschen Bund 31, 33 f.
 Reichsverband gegen die Sozialdemo-
 kratie
 – Gründung 69, 75 f., 250
 – Organisation 49, 81, 83, 85, 87, 140,
 160, 176, 180, 183, 186 f., 232, 237, 250,
 271, 288 ff., 293, 304 f.
 – Wahlkreise 23, 157 f., 180, 184 f.
 – Wahlkampfstil 22, 180
 – Werbematerial 24, 129, 203 ff.,
 211–217, 225, 271, 295
 – Wahlkultur 25, 140
 – Wahlpolitik 12 f., 22 f., 25, 93, 140, 302
 – Wahlkampfkosten 181
 – »Nationale Opposition« 20
 – »Bülow-Block« 144, 155, 305
 – »Nationalpartei« 96, 98, 281 ff., 286,
 290
 – Reichswahlverband 73 f., 80, 98
 – nationale Verbände 70, 78, 81, 83 ff.,
 131, 146, 259
 – Zentrum 80, 142, 189
 Reichswahlverband 73 f., 80, 98, 127
 Reismann-Grone, Theodor 119, 126,
 133, 135 f., 286
 Reuß ä. L. 72
 Reuß j. L. 220, 222 f.
 Reventlow, Ludwig von 119, 123, 132
 Rheinprovinz/-land 24, 31, 55, 164, 236,
 262, 269, 273 f., 297
 Rheinhessen 107
 Richter, Eugen 31, 63, 252
 Richthofen-Damsdorf, Karl Friedrich
 Freiherr von 152
 Rießer, Jacob 194, 196
 Ritter, Paul 75

- Roch (Linksliberaler Politiker) 261
 Röper (FV-Funktionär) 248 f.
 Roeren, Hermann 273
 Rupprecht, Prinz von Bayern 67, 244, 278
 Ryssel, Karl 288
- Sachsen (Königreich) 24, 39, 51, 55, 116, 131, 136, 148 f., 158, 258, 273, 289, 296, 304
 Sachsen (Provinz) 157, 173 ff., 258
 Sachsen-Altenburg 152
 Sachsen-Coburg-Gotha 38, 124, 182, 190
 Sachsen-Meiningen 47
 Sachsen-Weimar 255, 259
 Sächsische Mittelstandsvereinigung 150, 152
 Salm-Horstmar, Otto Fürst zu 66, 248, 254, 256, 258 f., 263, 278
 Samassa, Paul 99, 117 ff., 121, 132, 135
 Sammlungspolitik (siehe auch Kartell der schaffenden Stände) 16, 50, 54, 89, 96, 112, 137, 139, 254, 280, 283, 286, 292, 297, 307
 Schack, Wilhelm 126, 156
 Schaedler, Franz Xaver 277
 Schäfer, Dietrich 283
 Scheidemann, Philipp 82, 160, 164 ff., 195
 Schettler (Konservativer Politiker) 154
 Schirp, von (Antisemitischer Politiker) 177
 Schlesien 186, 262
 Schmalkalden 160
 Schmidt, Edmund 152
 Schmidt, Reinhard 109
 Schöpflin, Georg 145, 148, 150, 152
 Schrader, Hermann 75
 Schrenpf, Friedrich
 Schroeder, Theodor 159 f., 162 f., 169 f., 192, 194–198
 Schroeder, Wilhelm 219
 Schroeder-Poggelow, Wilhelm 90, 133
 Schulenburg-Rimptsch, Werner Graf von der 30
 Schulz, Heinrich 154, 228 f.,
 Schwaben-Neuburg 263
 Schweinburg, Victor 54 f.
 Schweinfurt 259
 Schwerin-Wismar 221
- Segitz, Johann 111
 Seibel (Antisemitischer Politiker) 161
 Senden-Bibran, Gustav Freiherr von 248
 »Septennatswahlen« siehe Reichstagswahlen 1887
 Sevin, Ludwig 189, 283
 Siemens, Leopold von 282 f.
 Sieverts, Rudolf 72
 Simons, Walter 119
 Singer, Paul 178, 215
 Solingen 164
 Sozialdemokratische Partei Deutschlands (politische Arbeiterbewegung)
 – Wahlergebnisse 12, 51, 137, 159, 169, 172 f., 181, 190, 284, 302
 – Organisation 21 f., 24, 29, 88, 158 f., 173, 195, 209, 218, 271, 294, 304
 – Wahlorganisation/-agitation 22, 32, 38–43, 51, 109, 115, 127 ff., 134, 141, 145, 148, 154–157, 159, 164–168, 170, 174 ff., 178–184, 192, 195, 197 f., 200, 202, 204–226, 228 f., 232 f., 237, 271, 291, 298, 304
 – Wahlterror 41, 84
 – Presse 33, 206 f.
 – Parteitage der 71, 168, 209, 215, 218 f., 226
 – Petitionen 65
 – Nationalismus 14 f., 218
 – Regierung 145, 239
 – Rüstungspolitik 12, 290
 – Kolonialskandale 141
 – nationale Rechte 48, 51, 63 f., 67, 115, 127 ff., 134, 239, 257, 288
 – bürgerliche Parteien 129, 153, 186, 191, 284
 – Hirsch-Dunckersche Werkvereine 175
 – Evangelischer Bund 269
 – Volksverein für das katholische Deutschland 207 f., 210 f., 222
 »Sozialistengesetz« 38, 41 f., 173, 208 f., 228, 291
 Spahn, Peter 272, 277
 Stabel, von (FV-Funktionär) 249
 Starosson, Franz 221
 Stengel, Karl Freiherr von 247
 Stern, Otto 62
 Stettin 156 f.
 Stockmann, Wilhelm 75

- Stössel, Georg Freiherr von 98, 111 f.,
 116, 119, 133, 138, 153
 Stötzler, Gerhard 111
 Stölsberg-Wernigerode, Udo Graf zu 104,
 106
 Streikbewegung; Streiks 62, 71, 86, 173,
 177
 Stresemann, Gustav 51, 67, 130 f., 261 f.,
 285, 295, 297
 Stuttgart-Schweidnitz 152
 Stuttgart 59
 Suchsland (Konservativer Politiker) 154
 Süddeutsche Volkspartei 255
 Sunkel (Nationalliberaler Politiker) 161,
 163 f.
 Thissen, Otto 238
 Thümmel (Nationalliberaler Politiker)
 269
 Thüringen 24, 55, 158, 257 f., 304
 Tiedemann, Christoph von 152
 Tiedemann, Heinrich von 75
 Tirpitz, Alfred von 22, 53 f., 62 f., 65, 67,
 242 f., 245, 248, 278, 284, 305
 Treitschke, Heinrich von 107
 Trimborn, Karl 36
 Unrasch (Konservativer Politiker) 130
 Valentini, Rudolf von 290
 Verband nationaler Vereine Groß-Ber-
 lins 283
 Verein Deutscher Arbeitgeberverbände
 72
 Verein für das Deutschtum im Auslande
 281
 Verein Reichsteuer Arbeiter siehe Ge-
 werkschaften, Gelbe Werkvereine
 Verein Sächsischer Industrieller 67
 Vereinigung zur Förderung der Reichs-
 finanzreform 189, 283 f.
 Versammlungsstörung/-sprengung siehe
 Wahlterror
 Viereck, Ludwig 134
 Volksverein für das katholische
 Deutschland
 – Organisation 50, 271
 – Wahlagitation/-organisation 38, 184,
 202, 204, 206 f., 210, 227, 230 f., 237,
 295
 – Zentrum 19, 36
 – nationale Verbände 80
 – Sozialdemokratie 36, 207 f., 210 f., 222,
 229
 Vollmar, Georg von 228
 Vopelius, Richard 61
 Vorster, Julius 264
 Wadehn, Johannes 97 f.
 Wahlprüfungskommission 24, 46, 239,
 266
 Wahlrecht
 – Reich 29, 203, 301
 – Preußen 203
 Wahlredner siehe Rednerschulen
 Wahlschlepper 40, 116, 130, 168, 179,
 181, 196, 231
 Wahlterror (siehe auch Boykott) 40 f., 44,
 72, 84
 Wählerlistenkontrolle 40, 167, 181, 231
 Waldersee, Alfred Graf von 90
 Wanckel, Adolf 97 f.
 Wangenheim, Cornelius Freiherr von
 138, 286
 Weber, Ludwig 67
 Wehrverein [Deutscher] 58, 280 f., 290
 Weimar-Apolda 255, 259
 Weißenfels a. S. 132
 Welfische Bewegung 33 f., 159, 172
 Wenckstern, Adolf von 232
 Westfalen 31, 158, 231, 304
 Westhavelland-Brandenburg 146–148
 Westpreußen 31, 186, 262, 265
 Wiesdorf (Leverkusen) 265
 Wilhelm II., Deutscher Kaiser 53, 248,
 278, 280, 285
 Windthorstbunde 231
 Wirtschaftliche Schutzverbände 72
 Wirtschaftliche Vereinigung (siehe unter
 Antisemitische Parteien)
 Wislicenus, Johannes 104
 Witzleben, Job von 61
 Wolff, Louis 159, 169, 172
 Worms 107, 119, 251 f.
 Württemberg 241, 271, 289
 Württembergische Volkspartei 29
 Würzburg, Ludwig Freiherr von 60,
 240, 244 f., 247, 278 f.
 Würzburg 276
 Wurm, Emanuel 220

Zabern 262

Zedlitz-Neukirch, Octavio Freiherr von

75, 144, 275

Zeit, Karl 47

Zentrum (Zentrumspartei)

– Organisation 35, 109

– Wahlorganisation 36, 167, 200, 227,
231, 237, 241, 272 f., 274

– Presse 33, 207, 271 f.

– klerikaler Wahlkampf 37, 110, 274

– bürgerliche Wahlkoalitionen 46, 192,
195, 197

– Kulturkampf 33 ff., 38, 52, 208, 254

– Rüstungs-, Kolonialpolitik 12, 141,
271 f., 274

– nationale Verbände 52, 54, 56, 60 ff.,
66, 73 f. 80, 93, 128, 131 f., 142, 189,
238 f., 242, 245, 253 f., 257, 265, 267,
271 f., 275 f., 278, 301, 303, 306

– Regierung 52, 118, 135, 238 ff., 257,
271 f., 275

– Deutsch-Konservative Partei 188,
276

– Arbeiterbewegung 247

»Zentrumsdemokraten« 141, 240,
271 f.

Zetkin, Clara 228

Zietsch, Fritz 182

Zitzen, Emil 231

Zolltariffrage 51, 118, 141

Grißmer, Axel:

Massenverbände und Massenparteien im wilhelminischen Reich :
zum Wandel der Wahlkultur 1903–1912 / Axel Grißmer. –

Düsseldorf : Droste, 2000

(Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien ; Bd. 124)

ISBN 3-7700-5228-5



EX OFFICINA

2000

Satz

Linotype Stempel Garamond

Satzweise Föhren

Papier ☉

Geese Hamburg

Gewebe

Bamberger Kaliko

Druck

Verlagsdruckerei Schmidt

Neustadt/Aisch

Printed in Germany